



Nutzungsbedingungen der retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg

Die retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) werden zur nichtkommerziellen Nutzung gebührenfrei angeboten. Die digitalen Medien sind im Internet frei zugänglich und können für persönliche und wissenschaftliche Zwecke heruntergeladen und verwendet werden.

Jede Form der kommerziellen Verwendung (einschließlich elektronischer Formen) bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der FZH, vorbehaltlich des Rechtes, die Nutzung im Einzelfall zu untersagen. Dies gilt insbesondere für die Aufnahme in kommerzielle Datenbanken.

Die Verwendung zusammenhängender Teilbestände der retrodigitalisierten Veröffentlichungen auf nichtkommerziellen Webseiten bedarf gesonderter Zustimmung der FZH. Wir behalten uns das Recht vor, im Einzelfall die Nutzung auf Webseiten und in Publikationen zu untersagen.

Es ist nicht gestattet, Texte, Bilder, Metadaten und andere Informationen aus den retrodigitalisierten Veröffentlichungen zu ändern, an Dritte zu lizenzieren oder zu verkaufen.

Mit dem Herunterladen von Texten und Daten erkennen Sie diese Nutzungsbedingungen an. Dies schließt die Benutzerhaftung für die Einhaltung dieser Bedingungen beziehungsweise bei missbräuchlicher Verwendung jedweder Art ein.

Kontakt:

Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg

Beim Schlump 83

20144 Hamburg

Tel. 040/4313970

E-mail: fzh@zeitgeschichte-hamburg.de

Web: <http://www.zeitgeschichte-hamburg.de>

K. KWIET/H. ESCHWEGE

Selbstbehauptung und Widerstand

Deutsche Juden im Kampf
um Existenz und Menschenwürde
1933—1945



CHRISTIANS

Konrad Kwiet
Helmut Eschwege

Selbstbehauptung und Widerstand

Deutsche Juden im Kampf
um Existenz und Menschenwürde
1933–1945

CHRISTIANS

HAMBURGER BEITRÄGE
ZUR SOZIAL- UND ZEITGESCHICHTE BAND XIX

*Im Auftrag der
Forschungsstelle für die Geschichte
des Nationalsozialismus in Hamburg
und der Hamburger Bibliothek
für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung
herausgegeben von
Werner Jochmann, Werner Johe
und Ursula Büttner*

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Kwiet, Konrad:
Selbstbehauptung und Widerstand: Dt. Juden im
Kampf um Existenz u. Menschenwürde 1933–1945 /
Konrad Kwiet; Helmut Eschwege. –
Hamburg: Christians, 1984.
(Hamburger Beiträge zur Sozial- und
Zeitgeschichte; Bd. 19)
ISBN 3-7672-0850-4
NE: Eschwege, Helmut.; GT

© Hans Christians Verlag, Hamburg 1984
Alle Rechte, auch die des auszugsweisen
Nachdrucks und der photomechanischen
Wiedergabe, vorbehalten
Ausstattung Alfred Janietz
Printed in Germany
ISBN 3-7672-0850-4

Für Julia
und Konstanze Kwiet

INHALT

Vorwort	7
1. Die Rahmenbedingungen	11
<i>Der Forschungsstand (11) Die Quellen (20) Fragen zur »Endlösung« (27) Deutsche Gesellschaft und Judenverfolgung (34) Zur sozialen Situation der Juden (49)</i>	
2. Juden im organisierten Widerstand	61
<i>Die politische Bindung (61) Sozialdemokratische Partei (65) Sozialistische Arbeiterpartei (72) KPD-Opposition (76) Internationaler Sozialistischer Kampfbund (80) Neu Beginnen (86) In der KPD 1933–1936 (92) Juden im Spanischen Bürgerkrieg (101) Das Exil (110) Die Herbert-Baum-Gruppe (114)</i>	
3. Zur Typologie nonkonformen Verhaltens: Die Verweigerung	141
<i>Flucht (141) Im Untergrund (150) Deutsche und jüdische Fluchthilfe (159) Der Selbstmord (194)</i>	
4. Zur Typologie nonkonformen Verhaltens: Die Abwehr	217
<i>Offener Protest (217) Druck und Vertrieb illegaler Schriften (238) Attentat, Sabotage, Spionage (246) Im Ghetto (260) Widerstehen in den Lagern (270) Bei den Partisanen (298)</i>	
Schluß	303
Abkürzungsverzeichnis	305
Anmerkungen	307
Quellen- und Literaturverzeichnis	351
Personenregister	377

Vorwort

Je größer der Abstand zur Zeit der Verfolgung und Ermordung der deutschen Juden wird, desto bohrender wird gefragt, warum sie sich im nationalsozialistischen Deutschland so widerstandslos aus dem öffentlichen Leben verdrängen und diskriminieren ließen, warum sie sich gegen ihre Vernichtung nicht mit aller Kraft auflehnten. So verständlich eine solche Frage auf den ersten Blick angesichts des furchtbaren, noch immer unfaßbaren Verbrechens auch erscheint, so zeugt sie doch von unzureichenden Kenntnissen über die in Deutschland lebenden Juden und ihre Beziehungen zur Umwelt. Wer sich an Erörterungen dieser Art beteiligt, der geht in der Regel von der falschen Vorstellung aus, die Juden seien eine homogene, von der übrigen deutschen Bevölkerung klar abgegrenzte Gruppe gewesen. Nicht selten werden dabei – wenn auch zumeist unbewußt – die Argumente der Judenfeinde übernommen, nach denen die Angehörigen dieser Minderheit »Fremdlinge« in der deutschen Gesellschaft gewesen seien. Falsche Thesen dieser Art führen zu falschen Schlüssen.

Die Juden waren in Deutschland seit der Römerzeit sesshaft, und die Mehrzahl von ihnen liebte dieses Land wie jeder andere Deutsche. Ihr Schicksal war in Jahrhunderten mit der deutschen Geschichte aufs engste verwoben, und seit Beginn des 19. Jahrhunderts beteiligten sie sich in allen Bereichen am Prozeß der Modernisierung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Sie waren daher so vielfältig mit der Volksmehrheit

verbunden, daß auch die Gruppe der Juden wie diese sozial, religiös und politisch gegliedert und differenziert war. Selbst diejenigen, die sich angesichts des Antisemitismus in der deutschen Bevölkerung mehr und mehr von ihr abgrenzten, waren noch in ihrem geistigen und gesellschaftlichen Habitus von ihrer Umwelt geprägt.

Unter diesen Umständen haben die Juden auf die Bedrohung durch den Nationalsozialismus kaum anders reagiert als die Mehrheit der deutschen Hitlergegner. Sie erkannten als Betroffene die heraufziehende Gefahr oft früher und klarer, aber sie teilten als Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Liberale, Konservative unterschiedlichster Prägung die Vorstellungen, Irrtümer und Illusionen ihrer Partei oder Gruppe. Als Geschäftsleute, als Akademiker oder Beamte waren sie ebenso standhaft oder kleinmütig wie ihre nichtjüdischen Berufskollegen, sie trafen sich mit anderen gleichaltrigen Deutschen in ihrer Skepsis oder in den verschiedenartigsten Erwartungen. Tatbereit waren nur junge Menschen.

Die Juden, die fest in ihrem Glauben wurzelten und schon vor 1933 gelernt hatten, sich ohne Einvernehmen mit der deutschen Bevölkerung zu behaupten und durchzusetzen, empfanden die Ereignisse des Jahres 1933 und die damit beginnende Zeit der Entrechtung nicht als einen so schweren Schock wie jene, die sich bereits ganz oder teilweise vom Judentum gelöst hatten. Sie besaßen den Rückhalt in ihren Gemeinden und Organisationen und hofften, die Verfolgung als jüdische Schicksalsgemeinschaft überstehen zu können. Sie spannten angesichts der Benachteiligung ihre Kräfte an, um die Widrigkeiten des Alltags besser zu bestehen und den Willen zur Selbstbehauptung zu stärken.

Sehr viel schwieriger war die Lage der Juden, die sich weithin an die deutsche Umwelt angepaßt hatten, die sich Parteien, Verbänden und anderen nichtjüdischen Organisationen angeschlossen hatten und dort auch geistig beheimatet waren. Sie hatten vor 1933 mit Genossen, Kollegen und Parteifreunden kollektive Abwehrstrategien gegen die NSDAP entwickelt. Nach der raschen Abdankung des liberalen und konservativen Bürgertums 1933 und der schnellen und widerstandslosen Liquidierung der organisierten Arbeiterbewegung waren sie ohne Rückhalt und weithin verunsichert. Je nach Alter und Intensität der persönlichen Bindungen leisteten einzelne in ihren Gruppen Widerstand. Sie standen für ihre politische Überzeugung ein und verteidigten die Ideale, für die sie vorher schon gestritten hatten. Wer sich vor 1933 innerlich gefestigte und zuverlässige Freunde gewählt hatte – so äußerte ein engagierter Linksliberaler in einem Gespräch –, der behielt sie auch nach 1933. Er konnte mit ihnen dem Terror begegnen.

Wer diese dauerhaften Bindungen nicht besaß, wessen Parteifreunde oder Verbandskollegen kleinmütig und resigniert aufgaben oder ihre Wi-

derstandsgruppen durch die Mitarbeit von Juden nicht zusätzlich gefährden wollten, der fand keinen Rückhalt für entschiedenen Widerstand. Diese Menschen mußten sich – zumal in kleinen Orten – in einer Umgebung von Begeisterten oder Angepaßten, von Furchtsamen und Eingeschüchtern behaupten. Das aber war besonders schwer. Als einzelner in einer solchen Umwelt und unter so extremen Bedingungen Widerstand zu leisten, war praktisch unmöglich, zumal in den meisten Fällen Rücksichten auf Frauen oder Kinder, auf alte oder kranke Eltern oder Angehörige die Entscheidung erschwerten.

Aus der Rückschau und einer veränderten Bewußtseinslage heraus wird bei der Beurteilung des Verhaltens der Juden noch ein weiterer Faktor übersehen. Wer nicht als revolutionärer Marxist oder radikaler Pazifist in Opposition zur bestehenden politischen Ordnung in Deutschland gestanden hatte – und das traf entgegen der Behauptung der Nationalsozialisten nur für eine verschwindend kleine Gruppe der deutschen Juden zu –, der war kaum in der Lage, binnen kurzer Zeit zu einer Fundamentalopposition gegen den Staat überzugehen. Das hat auch keiner der anderen Deutschen vermocht, auch wenn er ein noch so erklärter Gegner der Nationalsozialisten war. In ihrer Mehrheit waren die deutschen Juden Bürger, die sich nur schwer entscheiden konnten, ihr Werk oder ihren Beruf aufzugeben, sich von lieb gewordenen Arbeiten und Vorstellungen zu trennen. Es erschien den meisten undenkbar, sich gegen einen Staat zu wenden, den man zwar mit Mängeln behaftet und in der Hand von brutalen Machtmenschen wußte, aber doch noch immer als den eigenen ansah. Es lag außerhalb des Vorstellungsvermögens, den Staat als Werkzeug des Verbrechens und der Vernichtung zu betrachten.

Die deutschen Juden waren viel zu stark mit der geistigen Tradition ihrer Heimat verwachsen, sie liebten die deutsche Kultur, die sie ebenso wie die Wissenschaft gemehrt und gefördert hatten, zu sehr, als daß ihnen die Abkehr vom Land ihrer Väter und vielfach auch ihres eigenen Schaffens in wenigen Jahren möglich gewesen wäre. Sie lebten vielfach mehr in der Welt des Geistes und dieser Kultur als in der rauhen Alltagswelt mit beispielloser Wirtschaftsnot, politischer Gewalttat und systematischer Herabsetzung und Diffamierung Andersdenkender. Namentlich die älteren, und unter den etwa 500000 in Deutschland lebenden Juden gab es einen hohen Prozentsatz von ihnen, konnten sich mit dem Wandel der politischen Kultur nur schwer abfinden.

Die vorliegende Studie ist an erster Stelle für nichtjüdische deutsche Leser geschrieben. Die Verfasser schildern Bedingungen und Umfang der Widerstandstätigkeit von Juden. Dabei wird deutlich, daß die Entscheidung für den Widerstand nicht anders als bei den übrigen Deutschen immer nur

die Sache des einzelnen, niemals einer Gruppe war. Darüber hinaus werden die vielfachen Formen der Selbstbehauptung selbst unter den extremsten Bedingungen dargestellt. Das Studium dieses Werkes sollte vor allem zum Nachdenken darüber anregen, wie schwer die Mehrheit der deutschen Bevölkerung den Juden durch Teilnahmslosigkeit, durch die Inhumanität des Wegsehens und die Hinnahme offensichtlicher Diskriminierung die Wahrung der Menschenwürde machte. Weil der überwiegende Teil des Volkes die Juden im Stich ließ, die Schaffung eines Ausnahmerechts für eine Gruppe duldete, erleichterte er den Nationalsozialisten ihre Vernichtungspläne. Er war so von den eigenen Interessen und Plänen absorbiert, daß er die Not derer nicht wahrnahm, die in seiner Mitte verfolgt wurden und um ihre Existenz rangen. In dieser Ausnahmesituation hat oft allein schon das Standhalten in Würde alle Kräfte beansprucht.

Das Buch hat eine eigene Geschichte. Ende der 60er Jahre legte Helmut Eschwege nach Auswertung aller ihm erreichbaren Quellen in den Archiven der DDR ein Manuskript über den Widerstand der deutschen Juden vor. Es fand weder die verdiente Anerkennung, noch eröffnete sich eine Möglichkeit zur Veröffentlichung. Um die im ganzen begrenzte Quellenbasis für die Untersuchung zu erweitern, nahm 1973 Konrad Kwiet mit Unterstützung des Leo Baeck Instituts Verbindung mit Helmut Eschwege auf. Mit ihm hat er in den folgenden Jahren nach der Erschließung neuer Aktenbestände in allen westlichen Archiven in enger Beratung ein Konzept erarbeitet, in dem die ganze Breite des jüdischen Selbstbehauptungskampfes und die vielfältigen Formen des Widerstandes berücksichtigt werden. Die Fertigstellung der Studie verzögerte sich aber, als Kwiet Berlin verließ und einen Ruf nach Australien annahm. Erst ein längerer Forschungsaufenthalt in Europa bot ihm die Möglichkeit, die begonnene Arbeit abzuschließen. Dr. Arnold Paucker, Direktor des Londoner Arbeitszentrums des Leo Baeck Instituts, entwickelte den Plan zur Erweiterung der Studie und schuf die Möglichkeiten zu seiner Realisierung. Ihm gebührt daher besonderer Dank.

Die Forschungsstelle, die beide Autoren bei ihren Arbeiten nach Kräften unterstützte und förderte, hat nach der Fertigstellung die Vereinheitlichung der zu verschiedenen Zeiten entstandenen Manuskriptteile übernommen und die Quellennachweise koordiniert. Dieser Aufgabe hat sich Werner Johe mit großer Sorgfalt angenommen. Ihm gebührt daher nächst den beiden Autoren der Dank dafür, daß der Band nun in der vorliegenden Form erscheinen kann.

Werner Jochmann

Hamburg, im Januar 1984

I. Die Rahmenbedingungen

Der Forschungsstand

Über Jahre hinweg gehörte die Frage nach den Verhaltensweisen der Juden im Dritten Reich zu den großen Tabus der deutschen Geschichtswissenschaft.¹ Die deutschen Historiker fühlten sich nach 1945 einer anderen Tradition verpflichtet. Von jeher waren sie weder in der Lage noch willens, Bereiche der deutsch-jüdischen Geschichte, des Antisemitismus und der Judenverfolgung in den Kanon der erforschungswürdigen Themen aufzunehmen.² Angesichts der eigenen, vielbeklagten »deutschen Katastrophe«³ fiel es ihnen nicht schwer, die Erforschung der jüdischen Katastrophe den unmittelbar Betroffenen, den Juden selbst, zu überlassen. Hinter dem Schutzschild einer nur als mittelbar empfundenen Betroffenheit glaubten sie der Pflicht und Verantwortung enthoben zu sein, selbst Rechenschaft über eine Gesellschaft zu geben, die die »Judenfrage« gestellt⁴ – und in Auschwitz gelöst hatte. Es entsprach ebenso dem politisch-nationalen wie dem pädagogischen Legitimationsbedürfnis, einen ganz anderen Themenbereich in den Mittelpunkt der sich herausbildenden Zeitgeschichtsforschung zu stellen: die Würdigung des bürgerlich-konservativen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Die entscheidenden Anstöße gaben Gerhard Ritter und Hans Rothfels, der zugleich maßgeblich am Aufbau des Münchner Instituts für Zeitgeschichte beteiligt war,⁵ von dem seit 1953 die ersten Impulse zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der nationalsozialistischen Judenverfolgung durch Deutsche ausgingen.⁶

Anfang der sechziger Jahre änderte sich das Bild. Vor dem Hintergrund der Prozesse, in denen in der Bundesrepublik die Mörder der Juden vor Gericht standen, und angesichts antisemitischer Ausschreitungen und des Jerusalemer Eichmann-Tribunals rückten Antisemitismus und Judenverfolgung in das Blickfeld von Öffentlichkeit, Forschung und Lehre. Eine Aufklärungskampagne setzte ein, die alsbald jenen Grad der Übersättigung erreichte, der die schnelle Immunisierung der Bevölkerung bewirkte. Ausstellungen und Kirchentagsdiskussionen wurden organisiert, Mahn- und Gedenkbücher veröffentlicht; es war jene Zeit, in der der »jüdische Mitbürger« entdeckt wurde. Man beeilte sich, Schulbücher und Geschichtsunterricht zu revidieren, und an einigen Universitäten traf man Vorkehrungen, die bis dahin fast völlig ausgeklammerten Themenbereiche in das Lehr- und Forschungsprogramm aufzunehmen. Gleichzeitig vollzog sich eine personelle Wachablösung, die die Emanzipation von den »Vaterfiguren« und den traditionellen Themen der Geschichtsschreibung einleitete. Eine jüngere Historikergeneration rückte nach und nahm Methoden und Ergebnisse der Sozialwissenschaft zur Kenntnis, eine kleine Gruppe schälte sich heraus, die sich auf eine gesellschaftsbezogene Antisemitismusforschung spezialisierte.⁷ Die etablierte Geschichtswissenschaft honorierte dieses Bemühen mit einem späten Anerkennungsakt, als sie 1974 erstmals einen Fragenkomplex der deutsch-jüdischen Geschichte in den Themenkatalog eines Historikertages aufnahm.⁸

Etwas größer war die Zahl westdeutscher Historiker, die sich an die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Judenverfolgung heranwagten. Im Mittelpunkt ihrer Arbeiten standen die Rekonstruktion eines Daten- und Faktengerüsts, die Analysen über Ideologie, Struktur und Entwicklung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems sowie die Beschreibungen des zentralen⁹ und vor allem des regionalen Ablaufs der Verfolgung.¹⁰ Trotz der Fülle von Monographien, Aufsätzen, Dokumentationen und Erlebnisberichten blieben empirische Detailaufhellung und Theoriebildung fragmentarisch und unbefriedigend. Dies gilt nicht nur für die Aufdeckung des konkreten historischen Entscheidungsprozesses oder die Absicherung einer überzeugenden Interpretation der Judenvernichtung,¹¹ sondern vor allem auch für die Fragen nach der Verantwortung der Gesellschaft und der Reaktion der Juden. Erst in jüngster Zeit zeichnete sich die Tendenz ab, sich auch diesen zentralen Fragestellungen zuzuwenden.

So sehr sich die westdeutsche Zeitgeschichtswissenschaft auch bemüht hat, den Anschluß an die internationale Forschung zu finden, in der westdeutschen Öffentlichkeit hat die bisherige historische Aufklärungsarbeit wenig Anerkennung und Resonanz gefunden. Sie vermochte weder das allgemeine Defizit an historischem Wissen über die Judenverfolgung abzu-

bauen noch den vielfältigen apologetischen Spekulationen und historischen Legenden, geschweige denn den antisemitischen Bewußtseinshaltungen und Vorfällen einen Riegel vorzuschieben. Mit Desinteresse verfolgte man in der westdeutschen Öffentlichkeit die KZ-Prozesse;¹² spontane und massive Proteste blieben aus, als sich Zeugen und Gutachter – wie z. B. Wolfgang Scheffler – Diffamierungskampagnen ausgesetzt sahen, die Verteidigung und neonazistische Kreise entfachten. Kritik und Unmut regten sich erst, als niederschmetternde Kenntnisse westdeutscher Mittelschüler über die nationalsozialistische Zeit publik wurden. Feiern, Reden und Publikationen zur vierzigjährigen »Gedenkfeier« der »Reichskristallnacht« signalisierten im Herbst 1978 ein wachsendes Interesse.

Es bedurfte offensichtlich erst der Ausstrahlung der amerikanischen Fernsehserie »Holocaust«, um im Januar 1979 die Verfolgung und Vernichtung der Juden zum »Thema der Nation« zu erheben und emotionale Reaktionen freizusetzen, mit denen man schon den großen »Durchbruch« zu beweisen suchte. Zweifel sind angebracht, ob dieses spektakuläre Medienereignis tatsächlich in einer »historischen Woche« stattgefunden und langfristige Bewußtseinsveränderungen ausgelöst hat. Die westdeutschen Verlage jedenfalls ließen sich die Chance nicht nehmen, mit einer wahren Bücherflut die plötzliche Nachfrage zu decken. Symptomatisch wie gewinnbringend war, daß man dabei nur auf Neuauflagen alter Standardwerke oder auf eiligst niedergeschriebene »Holocaust«-Beiträge zurückgreifen konnte. Die etablierte Geschichtswissenschaft geriet unversehens in das Schußfeld der Kritik, »jahrzehntelang an den Interessen und Bedürfnissen der Öffentlichkeit vorbeigelebt zu haben«.¹³ So berechtigt dieser Vorwurf vielleicht sein mag, es bleibt festzuhalten, daß die westdeutsche Gesellschaft selbst über Jahre hinweg Interessen und Bedürfnisse entwickelt und artikuliert hat, die die Aufnahme solcher Forschungsergebnisse ausschlossen.

Mit dem Anspruch, ihren Beitrag zur »Bewältigung der deutschen Vergangenheit« geleistet zu haben, tritt die Deutsche Demokratische Republik auf. Sie beruft sich dabei auf das »historische Verdienst«, mit dem »Aufbau des Sozialismus« die klassenmäßigen Wurzeln des Kapitalismus und Imperialismus, des Faschismus und Antisemitismus beseitigt zu haben. In der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft findet sie das ideologiebildende und herrschaftsstabilisierende Instrument, das diese »Grundwahrheiten« wissenschaftlich sanktioniert und propagiert. Themenbereiche der deutsch-jüdischen Geschichte, des Antisemitismus und der Judenverfolgung besitzen für die DDR-Historiker keine selbständige Relevanz.¹⁴ Die entsprechende Literatur bewegt sich in bescheidenen Grenzen.¹⁵ Ansätze einer wissenschaftlichen Aufarbeitung lassen sich – wie in der Bundesrepublik – erst Anfang der 60er Jahre nachweisen.

Ebenso charakteristisch ist, daß sich Forschungsinteresse und -ergebnisse stets in den Grenzen eines bestimmten Orientierungsrahmens bewegen. Die Aussagen der marxistischen Klassiker zur »Judenfrage«, die Dogmen zur Faschismus- und Antifaschismuskonzeption sowie die auf den Parteitagen verkündeten programmatischen Leitlinien geben das Interpretationsmuster vor. Das Prinzip der marxistisch-leninistischen »Parteilichkeit« gewährleistet die wissenschaftliche Erhärtung der politisch-ideologischen »Grundwahrheiten«. ¹⁶ Es schließt die Klassenauseinandersetzung mit Imperialismus, Kapitalismus und Zionismus ein, als deren Hauptvertreter die USA, die Bundesrepublik und Israel erscheinen.

Faschismus- und Antifaschismusforschung sind darauf ausgerichtet, der DDR historische Legitimität und moralische Integrität zu verleihen. Schon von hier aus scheidet jede grundsätzliche Kritik an den Interpretationsmodellen aus. Wider besseres Wissen wird dabei ein Antifaschismus beschworen, der allein dem Legitimationsbedürfnis der Staats- und Parteiführung Rechnung trägt. Man bemüht sich, die soziale Funktion des Antisemitismus als Ablenkungsinstrument der herrschenden Klasse herauszustellen und die Judenverfolgung in die allgemeine Terrorpolitik des deutschen Faschismus einzuordnen. Das Hauptaugenmerk konzentriert sich auf die Konstruktion einer ungebrochenen antifaschistischen Tradition. Der von allen Widersprüchen und Abweichungen gesäuberte Traditionsstrang reicht von den Anfängen der Weimarer Republik bis in die unmittelbare Gegenwart. Im Mittelpunkt steht der »glorreiche« und »ruhmvolle« Widerstand der Kommunisten, die »einzige reale Konzeption« der KP-Führung. Nur vor diesem Hintergrund erfahren Antifaschisten jüdischer Herkunft ihre besondere Würdigung. Sehr viel größere Schwierigkeiten hat es der Geschichtswissenschaft der DDR bereitet, die Judenvernichtung mit Hilfe der marxistischen Faschismuskonzeption zu erklären. Bis heute ist sie eine überzeugende Antwort schuldig geblieben. Dies gilt ebenso für die Absicherung einer anderen These, die sich wie ein roter Faden durch Geschichtsschreibung und Propaganda der DDR zieht: Es ist die Behauptung, daß nicht die Juden, sondern die Kommunisten »in erster Linie« dem nationalsozialistischen Terror unterworfen waren.

Widersprüchlich sind auch die Aussagen über das Verhalten der Juden. Auf der einen Seite wird betont, daß Schutz und Sicherheit dieser Bevölkerungsgruppe im deutschen Faschismus unerreichbar waren. Man bescheinigt den Juden, einen geistig-moralischen Widerstand geleistet zu haben, und nimmt zuweilen selbst Repräsentanten der jüdischen Bevölkerung vor der Anklage der Kollaboration in Schutz. Auf der anderen Seite wird die »objektive Logik des Klassenkampfes« herausgestellt, um das »unhistorische« und »reaktionäre« Verhalten der bürgerlichen Juden attackieren zu

können. Den Juden und vor allem den Zionisten wird der Vorwurf gemacht, nicht den Weg in den kommunistischen Widerstand gefunden zu haben, der allein die Rettung versprechen konnte. Er gipfelt in der Anklage, daß die Juden durch fehlende Einsicht die »internationale antifaschistische Volksfront« mit verhindert und damit dazu beigetragen hätten, daß Krieg und Völkermord ihren Lauf nehmen konnten. Implizit wird ihnen damit Schuld und Verantwortung für ihren Untergang angelastet.

Es versteht sich von selbst, daß eine derartige Geschichtsbetrachtung andere »objektive Tatbestände« verschweigen oder verzerrt darstellen muß, die den Weg der Juden in den kommunistischen Widerstand versperrt haben. Hierzu gehörten nicht nur die politische und soziale Affinität der Juden zum Bürgertum, sondern auch die Barrieren, die die Kommunisten selbst errichtet hatten. Diese manifestierten sich in der Prophezeiung, die bürgerliche »Judenfrage« werde sich im Sozialismus durch die Auflösung des Judentums von selbst lösen, in der Dogmatisierung der Sozialfaschismustheorie, die vor wie nach 1933 die Bildung einer »antifaschistischen Volksfront« ausschloß, in der Tatsache, daß im Zuge der stalinistischen Säuberungen Kommunisten jüdischer Herkunft der Gestapo zur Liquidierung übergeben wurden, sowie im Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes vom August 1939, der den Nationalsozialisten die Möglichkeit zur Entfesselung des Zweiten Weltkrieges bot und der für viele Sozialisten den Bruch mit Moskau besiegelte. Mit Stillschweigen wird schließlich in der DDR-Historiographie die Entscheidung der deutschen KP-Führung im Pariser Exil 1936/1937 übergangen, »im Interesse der eigenen Sicherheit« Kommunisten jüdischer Herkunft aus den dezimierten illegalen Kadern herauszuziehen und vor die Alternative zu stellen, entweder zu emigrieren oder sich zu rein jüdischen Gruppen zusammenzuschließen.¹⁷

Über Jahre hinweg waren es fast ausschließlich Autoren jüdischer Herkunft, die über Antisemitismus und Judenverfolgung schrieben. Sie lebten – von Ausnahmen abgesehen – im Ausland, publizierten in vielen Sprachen, vornehmlich in Jiddisch, Hebräisch, Englisch, Französisch, Deutsch, Niederländisch, Polnisch und Russisch.¹⁸ Im Ausland wurden auch die jüdischen Institute aufgebaut, die sich zu den entscheidenden Dokumentations-, Forschungs- und Publikationszentren entwickelten. In den ersten Nachkriegsjahren war die Rückschau von den Erfahrungen der Leidenszeit bestimmt, im Mittelpunkt standen Dokumentation und Beschreibung des Verfolgungs- und Vernichtungsprozesses. Sie schlugen sich in einer Fülle von Erlebnisberichten und Einzeldarstellungen sowie in einer Handvoll umfassender Gesamtdarstellungen nieder.¹⁹ Erst Raul Hilbergs monumentales – und bis heute unübertroffenes – Standardwerk²⁰ si-

gnalisierte eine veränderte Blickrichtung. Es erschien zu einer Zeit, als der Jerusalemer Eichmannprozeß die Juden in Israel wie in den Diasporagemeinden mit der Realität der jüdischen Katastrophe konfrontierte und die Frage nach den Verhaltensweisen der Juden aufwarf. Es war Hannah Arendt,²¹ die mit ihrem globalen Kollaborationsvorwurf gegen die Judenräte auf diesen Problembereich hinwies und eine lange, vehemente innerjüdische Diskussion auslöste.

Vor dem Hintergrund dieser Debatte setzte sich die Erkenntnis der Notwendigkeit durch, mit der systematischen Sichtung der archivalisch-dokumentarischen Überlieferung und der wissenschaftlichen Erforschung der Verhaltensweisen und speziell des jüdischen Widerstandes zu beginnen. Charakteristisch freilich blieb, daß sich das Hauptaugenmerk nach wie vor auf die von Deutschland besetzten Gebiete richtete, vor allem auf die Geschehnisse in Osteuropa, da man hier – in den Zentren des europäischen Judentums – an den Beispielen der Fluchtversuche, der Revolten in den Zwangsgghettos und Konzentrationslagern sowie des Partisanenkampfes die besonderen Bedingungen und Formen eines spezifisch jüdischen Widerstandes darstellen und würdigen konnte. Daneben bemühte man sich, die Geschichte der Judenräte aufzuhellen und die Verhaltensweisen von Nichtjuden zu beschreiben. All diese Problembereiche erhielten auch in den neueren Gesamtdarstellungen eine zentrale Bedeutung,²² und sie fanden ebenso ihren gebührenden Platz in den Vorträgen, Essays oder Interviews, die jüngst von kompetenter jüdischer Seite zum Thema »Holocaust« präsentiert wurden.²³

Neben diesem Forschungstrend, der zweifellos durch eine Reihe persönlicher Faktoren – wie Herkunft und Sprache – verstärkt wurde, zeichnete sich in den letzten Jahren die Tendenz ab, der Geschichte der deutschen Juden größere Aufmerksamkeit zu schenken. Die Publikationen der Leo Baeck Institute legten den Grundstein.²⁴ Arnold Paucker fällt das Verdienst zu, als erster den Blick auf den Abwehrkampf deutscher Juden gelenkt und seine Geschichte und Problematik im Wilhelminischen Kaiserreich und in der Weimarer Republik aufgezeigt zu haben.²⁵ Hans-Georg Adler präsentierte seine monumentale Studie über die Ausschaltung und Deportation deutscher Juden und schnitt in Exkursen auch die Frage der Gegenwehr an.²⁶ Themenbereiche der deutsch-jüdischen Geschichte rückten zunehmend in das Blickfeld auch der amerikanischen und israelischen Geschichtswissenschaft.²⁷ Man kann davon ausgehen, daß die laufenden und geplanten Forschungsprojekte weitere Lücken schließen werden.

Eine umfassende und systematische Untersuchung über den Widerstand deutscher Juden liegt bis heute jedoch noch nicht vor. Sucht man in der kaum noch überschaubaren Literatur über Judenverfolgung und Wider-

stand nach Beiträgen, die sich mit diesem Bereich befassen, so findet man – von verstreuten Hinweisen abgesehen – nur wenige. 1959 bejahte Kurt Ball-Kaduri die Frage nach dem Widerstand deutscher Juden.²⁸ Der israelische Historiker deutscher Herkunft stützte sich bei diesem Urteil auf die Aktivitäten der kommunistisch-jüdischen Herbert-Baum-Gruppe sowie auf »einige Widerstandsoperationen« der »Reichsvertretung«. Autoren wie Ernst Simon und Hans Freeden verneinten dagegen die Existenz eines »aktiven« Widerstandes. Sie prägten den Begriff des »geistigen Widerstandes« und sprachen von einem jüdischen Selbstbehauptungswillen, der sich in der Presse-, Kultur- und Erziehungsarbeit manifestiert.²⁹ Die persönlichen Erfahrungen bestimmten so die historische Rückschau. Sie schlugen sich auch in den Berichten über die Untergrundtätigkeiten zionistischer Jugendgruppen nieder.³⁰ Der polnische Historiker Bernhard Mark rekonstruierte 1961 die Geschichte der Baum-Gruppe und stellte deren spezifisch jüdische Problematik heraus.³¹

Den »Anteil der Juden am Widerstand in Deutschland« hob wenige Jahre später Lucien Steinberg hervor.³² Gestützt auf Gestapo- und Justizakten, die ihm als Mitglied der französischen KP in den Archiven der DDR zugänglich waren, entwarf er eine Typologie jüdischer Widerstandskämpfer und jüdischen Widerstandskampfes. Der französische Historiker unterschied zwischen Antifaschisten jüdischer Herkunft, die als Parteimitglieder im Arbeiterwiderstand gekämpft haben, »geschlossenen jüdischen Widerstandsgruppen«, für die die Baum-Gruppe und Organisationen in den Konzentrationslagern exemplarisch waren, und einer »gemischten Widerstandsgruppe«, die von einem Juden geführt wurde. Diese Typologie bedarf der Korrektur und der Erweiterung: Steinbergs Trennungslinien erwiesen sich in Wirklichkeit als sehr viel durchlässiger und schließen zudem andere Formen und Bereiche der Gegenwehr aus. Sein Erklärungsmodell enthält außerdem allgemeine Aussagen über Faktoren, die »eine größere und breitere Widerstandstätigkeit« verhindert haben. Steinberg sieht sie in der Assimilation, die so weit ging, daß die deutschen Juden »überhaupt nicht imstande waren, anders als die übrige Bevölkerung zu handeln«, im nationalsozialistischen Terror und in der völligen Isolierung der Juden, in der mangelnden Hilfe des Auslands und nicht zuletzt in der langen jüdischen Tradition, die vom Bewußtsein einer »jüdischen Schicksalsgemeinschaft« geprägt wurde und die den aussichtslosen »bewaffneten und einfachen aktiven Widerstand« nicht kannte.

Ende der sechziger Jahre legte Helmut Eschwege in der DDR eine Arbeit über den Widerstand deutscher Juden vor. Weder im Osten noch im Westen fand das Manuskript uneingeschränkten Beifall. In der DDR nahm man daran Anstoß, daß die sowjetmarxistische Faschismus- und Antifa-

schismuskonzeption nicht gebührend gewürdigt worden waren. Ebenso schwer wog offensichtlich auch das Vergehen, einen jüdischen Antifaschismus zu einem Zeitpunkt herausgestellt zu haben, als die Staats- und Parteiführung der DDR im Begriff stand, ihre antizionistischen Propagandafeldzüge zu verschärfen. Im Westen bemängelte man Form und Stil sowie den begrenzten archivalisch-dokumentarischen Grundstock. Das Wort vom »biographischen Steinbruch« fiel. Ablehnung und Skepsis wurden vor allem in Israel laut. Einige Historiker und Sozialwissenschaftler stellten das Vorhandensein eines Widerstandes deutscher Juden prinzipiell in Abrede und nahmen daran Anstoß, daß der Antifaschismus von Sozialisten jüdischer Herkunft als jüdischer Widerstand deklariert worden war. Schließlich wurde die Befürchtung geäußert, daß eine Bearbeitung des Themas wissenschaftlich, politisch und pädagogisch unergiebig sei und letztlich nur der Apologie Vorschub leisten würde.

Ein überarbeiteter Auszug aus dem Manuskript wurde dann 1970 veröffentlicht.³³ Die folgende Diskussion³⁴ führte schließlich zu der Entscheidung, das Thema in die Liste der Forschungsvorhaben des Londoner Leo Baeck Instituts aufzunehmen. Im Frühjahr 1973 begann Konrad Kwiet, die archivalisch-dokumentarische Überlieferung zu sichten und zusammen mit Helmut Eschwege eine Studie zu konzipieren, die die ganze Breite und Problematik der jüdischen Abwehr- und Überlebensstrategien aufnimmt und damit auch Voraussetzungen und Bedingungen, Möglichkeiten, Besonderheiten und Formen eines Widerstandes deutscher Juden behandelt.

Die Beantwortung dieser Fragen setzt die Klärung der Grundbegriffe voraus: Was ist Widerstand? Wer ist Jude? Das Problem der Begriffsbestimmung liegt darin, daß die Wissenschaft über keinen Kriterienkatalog verfügt, der als allgemein verbindlich anerkannt ist. Je nach dem Standort, je nach dem politischen, religiösen oder wissenschaftstheoretischen Selbstverständnis werden die jeweiligen Kriterien ausgewählt. Es fehlt dabei nicht an formalen oder wertenden Kategorien oder in jüngster Zeit auch an Versuchen, mit einem »offenen« Widerstandsbegriff zu operieren und spieltheoretische Ansätze auf ihre Tragfähigkeit zu überprüfen. Hüttenbergers »Vorüberlegungen zum Widerstandsbegriff« erweisen sich hierbei für eine sozialwissenschaftlich orientierte Widerstandsforschung als richtungweisend.³⁵ Wir werden – ohne größeren theoretischen Aufwand treiben zu wollen – die im folgenden definierten Begriffe für die empirisch erfassbaren Aktionen verwenden.

Als Widerstand wird jede Handlung bezeichnet, die darauf ausgerichtet war, der Ideologie und Politik des Nationalsozialismus entgegenzuarbeiten. Dies schließt auch Handlungen von Juden und jüdischen Organisationen ein, die sich entgegen ihren Intentionen objektiv gegen den National-

sozialismus richteten und damit als eine Herausforderung und Gefährdung des Regimes angesehen wurden. Es waren Handlungsweisen, die sich dem allgemeinen Rollenverhalten widersetzen, das von der jüdischen Bevölkerungsgruppe im nationalsozialistischen Herrschaftssystem erwartet wurde. Dieser Widerstand wird als offene Abweichung vom verordneten Modell definiert.³⁶ Er stellte einen Verstoß gegen die Erwartungshaltung der Nationalsozialisten dar und schloß das persönliche Risiko ein, wurde also unter der Gefahr der individuellen oder kollektiven Existenzbedrohung und -vernichtung begangen.

Bei der Betrachtung des Widerstandes sind zwei Ebenen zu unterscheiden. In dem Bereich des weiteren Widerstandes fällt alles nichtkonforme Verhalten, das sich in der Weigerung ausdrückte, sich dem Herrschaftssystem voll zu unterwerfen; es wird verschiedentlich auch als Resistenz oder Opposition bezeichnet.³⁷ Als konformes Verhalten gelten alle Handlungsweisen, die darauf abzielten, den Anordnungen der Nationalsozialisten Folge zu leisten. Das nationalsozialistische Herrschaftssystem setzte der jüdischen Bevölkerungsgruppe Verhaltensnormen, die den jeweiligen Etappen der Judenpolitik entsprachen. Von den Juden wurde erwartet – und durch Terror erzwungen –, Diffamierung, Separierung, Registrierung, Konzentrierung, Kennzeichnung, Deportation und Tötung widerspruchslos hinzunehmen. Mit diesem schrittweisen Vorgehen stellten sich Bewußtseinsveränderungen ein, die die jeweilige Anpassung bedingten. Sie lagen zunächst in der Gewißheit, daß trotz der Diskriminierung die »jüdische Schicksalsgemeinschaft« weiter existierte, dann – nach der Isolierung – in der Erfahrung, daß Hilfe und Solidarität von außen nicht zu erwarten waren, und schließlich – nach der Demoralisierung und Deportation – in der Aussichtslosigkeit, noch einen rettenden Ausweg zu finden.

Widerstand im engeren Sinne wird als Antifaschismus verstanden. Er impliziert eine politische Programmatik und Organisation, strebt nach Transparenz, will die gesamte Bevölkerung oder wenigstens Teilgruppen erreichen und mobilisieren. Zu diesem politischen Widerstand gehören alle Aktivitäten, die im Rahmen des organisierten Antifaschismus ausgeübt wurden.

Jude ist, wer sich zur jüdischen Gemeinschaft bekennt. Diese Definition erfaßt zunächst nur die 1933 knapp 500 000 deutschen Juden, die von den Nationalsozialisten als »Glaubensjuden« oder »Volljuden mosaischen Glaubens« bezeichnet wurden. Die Definition wird allerdings der historischen Realität nicht ganz gerecht. Sie schließt den Kreis derer aus, die sich von der Bindung des Judentums gelöst hatten, nach wie vor aber von der Umwelt als »Juden« eingestuft und behandelt wurden. Wir verwenden in diesem Fall den Begriff Deutsche jüdischer Herkunft. Die pragmatische

Differenzierung in deutsche Juden und Deutsche jüdischer Herkunft, die sich freilich in der Praxis nicht immer durchführen läßt, erlaubt es, all jene deutschen Antifaschisten jüdischer Herkunft miteinzubeziehen, die in den Reihen der verschiedenen politischen Widerstandsorganisationen gekämpft haben.

Mit diesen begrifflichen Klärungen ist die Struktur der Arbeit vorgegeben. Sie gliedert sich in drei Teile. Im ersten werden verschiedene Bezugsrahmen beschrieben. Dazu gehören die Quellenlage, der Ablauf und die Interpretation der »Endlösung«, das Verhalten und die Verantwortung der Gesellschaft sowie das Sozialprofil der jüdischen Bevölkerungsgruppe. Der zweite Teil ist dem politischen Widerstand gewidmet. Die einzelnen illegalen Parteien und Gruppen der zerschlagenen deutschen Arbeiterbewegung werden skizziert, die Aktivitäten und die Stellung der jüdischen Mitglieder in ihnen dargestellt. Im dritten Teil wird dann der Versuch unternommen, eine Typologie der nonkonformen Verhaltensweisen der deutschen Juden zu entwerfen. Die Beschreibungsmodelle folgen weitgehend der Chronologie. Dabei zeigt sich, daß Juden oder Personen jüdischer Herkunft auf beiden Ebenen Widerstand geleistet haben. Erkennbar wird auch, daß verschiedene Widerstandshandlungen gleichzeitig praktiziert wurden und sich zudem noch die beiden Ebenen tendenziell aufhoben.

Die Quellen

Die methodischen und inhaltlichen Fragestellungen müssen der Kontrolle durch die empirische Überprüfung unterzogen werden. Damit ist die Frage nach der archivalisch-dokumentarischen Überlieferung gestellt und ein Bereich angeschnitten, der sich noch immer – im weitesten Sinne des Wortes verstanden – dem sicheren Zugriff der Historiker und Archivare entzieht. Man kann es auch so formulieren: Bis heute ist es nicht gelungen, auch nur annähernd alle in Frage kommenden Materialien zur Judenverfolgung zu erschließen und der Forschung zugänglich zu machen. Man kann davon ausgehen, daß eine allumfassende Bestandsaufnahme weder zu erwarten noch zu leisten ist.³⁸

Die Barrieren sind mannigfaltig. Die Materialien sind unüberschaubar; sie beziehen sich auf nahezu alle Lebens-, Handlungs- und Wissensbereiche. Die Quellen sind verstreut; sie werden in in- und ausländischen Archiven und Forschungsinstitutionen, in Bibliotheken und Gerichten, in Tresoren oder an sonstigen Orten aufbewahrt. Die Dokumente sind fragmentarisch; sie wurden versteckt, vernichtet oder requiriert. Große Aktenbe-

stände sind schließlich noch gänzlich unzugänglich: »Judenakten« werden in den Ostblockstaaten unter besonderem Verschuß gehalten, Restriktionen erschweren auch in westlichen Staaten die Einsichtnahme. Mehrere Jahre nahmen die Archivstudien in Anspruch, die von Helmut Eschwege in der Deutschen Demokratischen Republik begonnen und dann von Konrad Kwiet in der Bundesrepublik Deutschland, in den Niederlanden, in Großbritannien und Israel fortgeführt wurden.³⁹ Sie förderten umfangreiches, fast völlig unbekanntes Material zu Tage, das durch Korrespondenzen und Zeugeninterviews ergänzt wurde.

Den ersten großen Quellenkomplex bilden die Hand- und Sachakten. Sie umfassen Schriftwechsel, Aktenvermerke, Anweisungen, Protokolle, Denkschriften, Statistiken etc., die von den Behörden angefertigt wurden. Obgleich große Teile dieses Schriftgutes durch Kriegszerstörung und amtliche Vernichtung verloren gingen oder von den alliierten Siegermächten und anderen Staaten requiriert und teilweise aus geschlossenen Aktenvorgängen bzw. -sammlungen gerissen wurden, stehen der Forschung heute noch umfassende Bestände zur Verfügung. Sie erstrecken sich auf fast alle Herrschafts-, Ressort- und Dienststellenbereiche und gestatten es, die Zuständigkeiten für die Judenverfolgung festzustellen und ihre Abläufe und Auswirkungen auf der zentralen, regionalen und örtlichen Ebene zu dokumentieren. Die Akten werden – je nach Provenienz – im Bundesarchiv in Koblenz, im Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg i. Br., im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn, in den Staats- und Landesarchiven, in den Stadt- und Gemeindearchiven sowie in einigen ausländischen Archiven aufbewahrt. Sie sind im allgemeinen über Kataloge oder Karteien leicht zugänglich.

Sehr viel schwieriger gestaltet sich die Suche nach den Strafakten der Justiz, insbesondere nach den Prozeßakten von Juden, die von Gerichten zwischen 1933 und 1945 abgeurteilt wurden.⁴⁰ Restbestände lassen sich in einigen Archiven und Gerichten aufspüren. Die Materialien sind nur schwer zugänglich, da eine systematische Erschließung unterblieben ist – und wohl auch in Zukunft nicht zu erwarten ist. Nachforschungen beim Westberliner Generalstaatsanwalt blieben erfolglos. Die Überprüfung seiner Karteien und Registraturen ergab, daß in den vorhandenen Akten keine Anhaltspunkte für Widerstandshandlungen deutscher Juden zu finden waren.⁴¹

Umfangreiche Materialien verschiedenster Provenienz wurden von der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen archiviert, die seit 1958 in Ludwigsburg mit der Aufklärung und Verfolgung der nationalsozialistischen Tötungsverbrechen beauftragt ist. Auf nationalsozialistischem Schriftgut basieren schließlich die Quellensammlungen, die vom Institut für Zeitgeschichte in München, der Hamburger Forschungsstelle für die

Geschichte des Nationalsozialismus und einigen anderen Dokumentationsstellen aufgebaut wurden.

Der zweite Quellenkomplex umfaßt die sogenannten Lage- und Stimmungsberichte. Sie lassen sich nach der Funktion der berichtenden Stellen in mehrere Gruppen einteilen. Von Beginn an und teilweise bis in den Zweiten Weltkrieg hinein verfügten staatliche Verwaltung, SS und Partei sowie Wehrmacht und Industrie über ihre eigenen konkurrierenden Informationsquellen. All diese Berichte durchliefen einen bestimmten Instanzenweg und wurden in regelmäßigen Abständen und nach einem vorgeschriebenen Schema verfaßt. Sie gaben – je nach Blickrichtung und Interessenlage – Auskünfte und Beurteilungen über Stimmung und Lebensverhältnisse der Bevölkerung, über alle »staatsfeindlichen Bestrebungen« und so auch über die Lage und Verhaltensweise der Juden. Dieser Informationsquelle lag eine gewisse Tradition zugrunde, denn die deutschen Behörden waren bereits im 19. Jahrhundert verpflichtet, den vorgesetzten Stellen über die soziale und wirtschaftliche Lage und über besondere Ereignisse zu berichten.⁴² Die loyale Bürokratie setzte nach 1933 die Berichterstattung fort und paßte sie den Erfordernissen des nationalsozialistischen Herrschaftssystems an. Im Zusammenhang mit der Röhm-Affäre wies der Reichsinnenminister Frick die Regierungspräsidenten und Oberpräsidenten an, fortan dem Ministerium monatliche Gesamtübersichten vorzulegen. Die Berichte sollten ein »erschöpfendes und wahrheitsgemäßes Bild der politischen Gesamtlage« vermitteln.

Neben dieser »monatlichen Gesamtübersicht« hatten die Regierungs- und Oberpräsidenten auch weiterhin die jeweilige Landesregierung mit Monats- und Sonderberichten zu versorgen. Von der doppelten »Arbeitslast« wurden sie bald befreit: im Frühjahr 1936 wurde die Berichterstattung an das Reichsinnenministerium eingestellt. Die Beobachtung der »politischen Gesamtlage« blieb von nun an der Geheimen Staatspolizei und dem SD vorbehalten. Göring rechtfertigte als Preußischer Ministerpräsident die Einstellung auf seine Weise. Er warf seinen untergeordneten Behörden vor, mit den »betont pessimistischen Lageberichten« wiederholt das »Verantwortungsgefühl der örtlichen zuständigen Stellen geschwächt und ihre Entschluß- und Tatkraft gehemmt« zu haben. Er erklärte weiter: »Hinzu kommt, daß die Partei die Stimmung im Volke weit besser kennt und beurteilen kann, als dies der Bürokratie der Behörden möglich ist. Es muß daher Sache der Partei sein, für die Unterrichtung des Führers zu sorgen.«⁴³ Die Berichte aus Bayern und Preußen sind weitgehend erhalten geblieben.⁴⁴ Umfang und Geschlossenheit erlaubten es, zumindest für die Anfangsphase der nationalsozialistischen Judenverfolgung neue Aussagen zu tref-

fen und ein differenzierteres Bild über die Reaktionen von Juden und Nichtjuden zu entwerfen.

Herrschaftssysteme gleich welcher Art haben sich von jeher bemüht, rechtzeitig »staatsfeindliche Bestrebungen« zu entdecken und unter Kontrolle zu bringen. Im kaiserlichen Deutschland und in der Weimarer Republik oblag es den politischen Polizeiabteilungen und speziellen Nachrichtendiensten, die entsprechenden Berichte abzufassen. Der Polizei- und SS-Apparat baute diese Berichterstattung im Dritten Reich zu einem umfassenden internen Informationssystem aus. Seit 1933 waren die regionalen Stapo- und Stapoleitstellen angehalten, geheime Lage- und Stimmungsberichte anzufertigen. Die Führung verlangte einen »erschöpfenden und getreuen« Monatsbericht über die Entwicklung und den Stand der »Gegnerbekämpfung«. Im Mai 1934 legte Reinhard Heydrich das »klare und übersichtliche« Gliederungsschema dieser Meldungen fest.⁴⁵

Neben den Monatsberichten hatten Polizei-, Gestapo- und SD-Dienststellen Tages- und Wochen-, Halbjahres- und Jahresberichte, Einzel- und Sondermeldungen zu verfassen. Sie berichteten über Abläufe und Auswirkungen der Judenverfolgung und über die Reaktionen des Auslandes oder die Aktivitäten der Emigranten. Überwachungsbeamte registrierten die anmeldepflichtigen Sitzungen, Veranstaltungen und Druckerzeugnisse der jüdischen Organisationen. Man fertigte Statistiken über alle Aktivitäten oder die Binnenwanderung der Juden an. Man hielt die Zahlen der Emigranten und die Auswanderungsländer fest. Im Zweiten Weltkrieg dehnte sich der »Oppositionsbereich« aus. Aus den besetzten Gebieten trafen die jeweiligen SD-Meldungen ebenso ein wie die Rechenschaftsberichte anderer Stellen der Verwaltung. Aktenschränke füllten schließlich die Tätigkeitsberichte der SD-Einsatzgruppen, die die Verfolgung und Liquidierung des osteuropäischen Judentums dokumentierten. All diese Meldungen wurden im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) ausgewertet und für den »internen Dienstgebrauch« in den besonderen »Ereignismeldungen des RSHA« weitergeleitet. In der Bundesrepublik stehen von diesem Material der Forschung nur noch Restbestände zur Verfügung.⁴⁶ Ein Bruchteil davon liegt gedruckt vor,⁴⁷ ihr Quellenwert ist unbestritten. Die Bestände erweisen sich als Schlüsseldokumente für die Beschreibung des nationalsozialistischen Alltages, des Herrschaftsapparates und Verfolgungsprozesses.

Auch verschiedene Dienststellen der NSDAP und insbesondere die SA hatten bereits vor der Machtergreifung mit der Abfassung von »Erfahrungs- und Stimmungsberichten« begonnen. Der systematische Aufbau dieser parteiinternen Berichterstattung wurde jedoch erst Ende 1934 in die Wege geleitet. Offenbar bestand eine Notwendigkeit, der Staatsbürokratie und der SS ein Gegengewicht zu bieten, genauer, den Führungsanspruch

der Partei zur Geltung zu bringen. Am 21. Dezember 1934 wies Rudolf Heß die Gauleiter an, einen monatlichen »Tätigkeits- und Stimmungsbericht« beim Stab des Stellvertreters des Führers abzuliefern. In 41 Gliederungspunkten wurden nahezu alle Bereiche des öffentlichen und parteiinternen Lebens erfaßt.⁴⁸ Besonderen Wert legte man auch hier auf die ausführliche Schilderung jeder »illegalen Tätigkeit«.

Nach Kriegsausbruch mußten die Gauleiter ihren politischen Lagebericht jeden Samstagabend durch Fernschreiben der Parteikanzlei übermitteln. Zu diesen Gauleiterberichten gesellten sich Sonder- und Einzelrapporte sonstiger Parteistellen. Aus diesen Informationen fertigte die Parteikanzlei ihre »Auszüge aus den Berichten der Gaue und anderen Dienststellen« an. Über Inhalt, Quellenwert und Verbleib dieser parteioffiziellen Rechenschaftsberichte ist nur wenig bekannt. Lediglich minimale Restbestände haben offensichtlich das Kriegsende überlebt.⁴⁹

Ebenso bruchstückhaft ist die Überlieferung von Lageberichten anderer Herkunft. Splitterbestände liegen aus einzelnen Ministerien und aus verschiedenen Parteidienststellen vor. Für den Bereich der Justiz kommen die Berichte der Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte sowie die »Führerinformationen« des Reichsjustizministeriums in Betracht, die nur eine Handvoll, allerdings höchst aufschlußreicher Meldungen über die Judenverfolgung enthalten.⁵⁰ Ein breites Spektrum deckt der militärische Bereich ab. Die Tätigkeits- und Abschlußberichte der Militärverwaltungen sind ebenso zu nennen wie die Diensttagebücher. Hinzu kommen die Rapporte aus den besetzten Gebieten, vor allem die Meldungen der im rückwärtigen Heeresgebiet eingesetzten Verbände (Einsatzgruppen, Sicherungsdivisionen und -bataillone), die sich auf den »Partisanenkrieg« und den »Bandenkrieg« konzentrierten. Die oberflächliche Sichtung der im Militärarchiv liegenden Bestände ergab, daß diese Meldungen keine nennenswerten Hinweise über Widerstandshandlungen deutscher Juden enthielten. Für die Erforschung des Verhaltens der osteuropäischen Juden, insbesondere der russischen, und deren Verfolgung sind sie jedoch von erheblicher Bedeutung. Bezeichnend für das Interesse der Historiker an diesem Themenkomplex ist die Tatsache, daß auf den Benutzerzetteln der einschlägigen Akten fast ausschließlich die Namen gerichtlicher Ermittlungsbehörden zu finden waren.

Weitgehend unüberwindlich für den Forscher sind derzeit die Barrieren, die den Zugang zu den Berichten und Akten jener Betriebe und Konzerne versperren, die sich an der »Arisierung« jüdischen Besitzes und an der Ausbeutung jüdischer Arbeitskraft beteiligten.

Der dritte große Quellenkomplex, der für unser Thema von Bedeutung ist, umfaßt die Personenakten der Gestapo. Es gehörte zum Routinebetrieb

des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, über jede Person eine Akte anzulegen, die »allgemeinpolitisch in Erscheinung« getreten war und gegen die eine »staatspolizeiliche Maßnahme« getroffen wurde. Im Klartext: Jeder Deutsche, Ausländer oder Staatenlose, jeder Jude, der die Aufmerksamkeit der Gestapo auf sich zog, wurde von der zuständigen Dienststelle »aktenmäßig« erfaßt. In der Regel enthielten diese Akten der Gestapo einen Personalbogen mit kurzem Lebenslauf, die polizeilichen Vernehmungsprotokolle und Ermittlungsergebnisse, in Fällen von »Straftätern« die Anklageschriften und Strafurteile, die Schutzhaftbefehle sowie Vermerke über die Konzentrationslagerhaft, über Entlassung, Deportation und Tod. Nur geringe Restbestände – rund 100 000 Personenakten – stehen in der Bundesrepublik der Forschung zur Verfügung.⁵¹ Kriegszerstörungen, Auslagerungen und Vernichtung durch die Gestapo, aber auch alliierte Beschlagnahmen haben zu dieser Reduzierung geführt. Die westdeutschen Splitterbestände stammen aus den ehemaligen Stapoleitstellen Neustadt (Weinstraße), Würzburg und Düsseldorf.

Über Jahre hinweg galten die Akten der Stapoleitstelle Neustadt (Weinstraße) als verloren. Erst 1970 wurden rund 12 000 Personenakten auf dem Dachboden der Bezirksregierung Rheinhessen/Pfalz aufgestöbert und dem Staatsarchiv Speyer übergeben.⁵² Der Bestand ist inzwischen kartemäßig erfaßt und enthält 600 Akten über Juden. Er ist für die Forschung gesperrt, da sich die rheinland-pfälzische und saarländische Archivverwaltung die dokumentarisch-historische Auswertung selbst vorbehalten.⁵³ Aufgrund einer Sondergenehmigung wurde uns ein knappes Dutzend Akten ausgehändigt; sie erwiesen sich als unergiebig. Sachbearbeiter erklärten, daß der Bestand keine weiteren Belege über Widerstandshandlungen deutscher Juden enthalte.

Die Würzburger Gestapoakten, die jüngst von Adler ausgewertet wurden,⁵⁴ weisen eine ebenso lückenhafte wie bemerkenswerte Überlieferung auf. Die Akten wurden 1945 nach Thüringen ausgelagert, wo ein kleiner Teil verbrannte. Der Hauptteil fiel 1945 den Amerikanern in die Hände. Ausgewählte Handakten wurden dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zur Verfügung gestellt; die Originale gelten seitdem als verschollen. Die Personenakten übergab man bereits im Oktober 1948 den deutschen Behörden. Sie wurden zunächst dem Oberstaatsanwalt beim Landgericht Würzburg anvertraut und für Entnazifizierungs- und Entschädigungsverfahren verwendet. Nach Abschluß der Entnazifizierung zeigte das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz Interesse an der weiteren Aufbewahrung und Auswertung. Bis 1961 lagerten die 18 130 Personenakten in München, ehe sie dem Hauptstaatsarchiv Würzburg überlassen wurden. Im Unterschied zu den Neustädter Akten stößt die Ein-

sichtnahme auf keine administrativen Barrieren. Die Sichtung der rund 2000 Juden betreffende Akten erwies sich allerdings als äußerst zeitraubend, da der Bestand noch nicht archivalisch bearbeitet war. Das einzige Hilfsmittel stellen zwei Repertorien dar, die ein alphabetisches Namensverzeichnis enthalten. Die jüdischen Namen sind mit einem roten, handschriftlichen J markiert. Die Kennzeichnung war fehlerhaft und unvollständig. Die Auswertung von 871 Personenakten brachte keine nennenswerten Hinweise auf Widerstandshandlungen der Juden im Würzburger Raum.

Die Personenakten der Stapoleitstelle Düsseldorf, die mit den ihr unterstehenden Stapostellen Duisburg, Essen, Mönchengladbach, Krefeld, Oberhausen und Wuppertal sowie ihren Grenzkommissariaten Emmerich, Kaldenkirchen und Kleve fast für das gesamte Ruhrgebiet zuständig war, sind von unschätzbarem Wert.⁵⁵ Rund 72 000 Personenakten sind erhalten geblieben. Sie reichen von 1926 bis 1944 und betreffen nicht nur Personen, die im räumlichen Zuständigkeitsbereich der Stapoleitstelle ihren Wohnsitz hatten, sondern enthalten auch Angaben über »solche, die in dem Gebiet aufgetreten waren oder hätten auftreten können«, etwa aus Fahndungsrundschreiben oder polizeilichen Anfragen.⁵⁶ Die Akten wurden 1945 von den Amerikanern beschlagnahmt. Kurz darauf gelangten sie in die Hände der Britischen Militärregierung, ehe sie im April 1952 dem Hauptstaatsarchiv Düsseldorf übergeben wurden. Seitdem bemüht man sich um die systematische Erschließung des Bestandes. Er dürfte inzwischen nahezu vollständig in einem umfassenden Katalogsystem erfaßt sein, das in seiner Art vorbildlich und einzigartig ist. Katalog und Akten erwiesen sich für unser Thema als wahre Fundgrube. Mehrere hundert Akten wurden ausfindig gemacht, die sich auf alle Bereiche und Formen des deutsch-jüdischen Widerstandes beziehen. Die meisten sind Personenakten von Antifaschisten jüdischer Herkunft, die in den Reihen des organisierten Antifaschismus gekämpft haben.

Es ist evident, daß die genannten Materialien allein für die Beschreibung und Interpretation der Verfolgung und des Widerstandes nicht ausreichen. Sie geben nur das wieder, was von den nationalsozialistischen Verfolgern vermutet, entdeckt und festgehalten wurde. Der Erweiterung der Quellenbasis sind allerdings Grenzen gesetzt. Die Forschung steht vor der Tatsache, daß nur minimale Überreste des jüdischen Schrifttums erhalten geblieben sind. Akten der jüdischen Gemeinden und jüdischer Organisationen wurden beschlagnahmt und vernichtet, nur Restbestände lassen sich an verschiedenen Orten aufspüren. Die Forschung steht ferner vor dem Grundproblem, daß der Widerstand unter den Bedingungen der Illegalität konspirative Formen annehmen mußte, die allein schon im Interesse der eigenen Sicherheit die Anfertigung und Aufbewahrung schriftlicher Unter-

lagen ausschlossen. Nur fragmentarisch sind deshalb die Zeugnisse, die Selbstaussagen des Antifaschismus, die den vierten Quellenkomplex ausmachen. Zu ihnen zählen illegale Druckschriften und Flugblätter, Briefe und Tagebuchaufzeichnungen sowie vor allem Augenzeugen- und Erlebnisberichte.

Schon in der Zeit der Verfolgung haben sich deutsche Juden – wie auch später Juden in den besetzten Gebieten – bemüht, Unterlagen zu sammeln und anzufertigen, zu archivieren und weiterzuleiten, um die Welt und spätere Generationen über Existenzbedrohung und Vernichtung aufzuklären. Der Syndikus des »Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens«, Alfred Wiener, baute eine entsprechende Sammlung auf. Sie wurde seit 1933 im niederländischen Exil erweitert und kurz vor Kriegsausbruch nach London gebracht, wo sie den Grundstock für die »Wiener Library« bildete. In den ersten Nachkriegsjahren wurde hier unter der Federführung Eva Reichmanns mit der Sammlung von Augenzeugenberichten begonnen. Juden verschiedenster Herkunft schrieben ihre Erinnerungen nieder. Die Schilderungen beziehen sich auf alle Phasen und Schauplätze der Verfolgung. Der Bestand besteht aus 1248 Berichten. Zusammen mit den anderen Unterlagen der Wiener Library wurde er inzwischen nach Israel weitergegeben und gesellt sich nun für Forschung und Dokumentation zu den Berichten, die Ball-Kaduri gesammelt hatte.⁵⁷ Mitarbeiter von Yad Vashem und des Institute of Contemporary Jewry trugen weitere Erlebnisberichte zusammen. Sie bauten in den letzten Jahren einen Bestand auf, der weit über die Periode und die Länder des Holocaust hinausreicht.⁵⁸

Die Erlebnisberichte emigrierter Juden deutscher Herkunft wurden für diese Studie systematisch ausgewertet. Mit Hilfe von Korrespondenzen und Zeugenbefragungen wurden weitere Informationen zusammengetragen. Sie lieferten jedoch kaum noch konkrete, gesicherte Daten und Fakten. Was die wenigen Überlebenden nach über drei Jahrzehnten in der historischen Rückschau bezeugen konnten, waren die Erfahrungen ihres Überlebens und die Bekenntnisse über Bewußtseinshaltungen und Motive ihres Widerstandskampfes.

Fragen zur »Endlösung«

Aus der Fülle der bekannten Daten und Fakten läßt sich ein historischer Bezugsrahmen herstellen, der die Phasen, Formen und Zielsetzungen der nationalsozialistischen Judenverfolgung verdeutlicht. Ausgangspunkt ist dabei die These, daß der Nationalsozialismus aus einer Krise der Demokra-

tie und der kapitalistischen Wirtschaft hervorgegangen ist und – bei aller Widersprüchlichkeit seiner politisch-ideologischen Programmatik – vier konkrete Ziele anvisiert hat: die Zerstörung der Demokratie, die Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung, die Entfernung der Juden aus dem deutschen Herrschaftsbereich und die globale Hegemonie Deutschlands. In diesem Programm besaß der Antisemitismus einen zentralen Stellenwert. Von Beginn an fungierte er zusammen mit dem Antikommunismus als dominierende Mobilisierungs- und Rechtfertigungsideologie. Die judenfeindlichen Stereotypen waren weder neu noch revolutionär. Sie besaßen eine lange Tradition, und es lohnt sich, sie zurückzuverfolgen und den Platz anzudeuten, den die Juden als Minderheit in der Geschichte eingenommen haben.⁵⁹

Die frühen Christen setzten das Bild von den »Gottesmördern« in die Welt, jene Projektion, mit der sie die Schuld und Verantwortung am Tod des Erlösers auf die Juden abwälzen konnten: sie bildet die Wurzel des religiös motivierten Judenhasses. Als sich das Christentum vom Judentum endgültig losgesagt hatte und zur Staatsreligion aufgestiegen war, formulierten die Kirchenväter die Lehre von der »ewigen Knechtschaft« der Juden, nach der die »verstockten«, nicht konvertierenden Juden für den »Gottesmord« verflucht, zugleich aber auch als »ewiges Zeugnis für die Wahrheit des Christentums« toleriert werden durften. Lange Zeit blieb diese Doktrin unbeachtet. Die Juden genossen die Privilegien, die ihnen als Kaufleuten von den Herrschern gewährt wurden.

Im hohen Mittelalter veränderte sich die Landschaft des Feudalismus. Vor dem Hintergrund des Machtkampfes zwischen dem Kaisertum und dem Papsttum, der Kreuzzüge und der Ketzerkriege sowie des Aufkommens der Städte und der Geldwirtschaft büßten die Juden ihre besondere rechtliche, soziale und wirtschaftliche Schutzstellung ein. Man verdrängte sie aus dem lukrativen Handel und überließ ihnen das »verwerfliche« Geld- und Pfandleihgeschäft. Der Typ des »jüdischen Wucherers« kam auf. Als die deklassierten jüdischen Gemeinschaften dann aus West- und Mitteleuropa vertrieben wurden, tauchte die alte Legende von Ashasver auf, jenem Schuster, der Christus auf dem Kreuzweg verhöhnt haben soll und zur Strafe zu einem ruhelosen Umherirren verurteilt worden war. Der Mythos vom »Wandernden Juden« prägte sich ein.

Verfluchung und Verteufelung erreichten im ausgehenden Mittelalter ihren Höhepunkt. Sie ließen im Bewußtsein einer unaufgeklärten und abergläubischen Bevölkerung die Juden als fremde, geheimnisvolle und unheimliche Kreaturen erscheinen, als ein Tabu-Volk, um einen Begriff von Sigmund Freud zu gebrauchen, dessen Berührung das »Böse«, Unheil und Tod brachten. Die Juden wurden zu Teufeln und Hexern, Magiern und

Giftmischern erklärt, zu »Antichristen«, die in der Versklavung und Zerstörung der christlichen Gesellschaft ihr letztes Ziel erblickten. Auch diese Verschwörungstheorie wurde tradiert und erwies sich noch im 20. Jahrhundert als eine wirksame Propagandawaffe. Man findet sie in den Fälschungen der »Protokolle der Weisen von Zion« wieder.⁶⁰

Aufklärung und Emanzipation, Säkularisierung und Industrialisierung geboten es allerdings, die mittelalterlichen Symbolisierungen einer zeitgemäßen Vorstellungswelt anzupassen. Der moderne Antisemitismus nahm die Gleichsetzung des Jüdischen mit dem Liberalismus oder der Sozialdemokratie, mit dem Marxismus oder Kapitalismus, der Freimaurerei oder dem Pazifismus vor. Je nach Standort konnten die jeweiligen Tendenzen, Phänomene und Konflikte der sich herausbildenden bürgerlichen Gesellschaft mit dem Attribut »jüdisch« identifiziert und angegriffen werden. Und schließlich: Der aufkommende Rassismus lieferte den Antisemiten den »unwiderlegbaren« Beweis, daß die Juden, die nunmehr aus ihrem Ghetto ausgebrochen und im Begriffe waren, als gleichberechtigte Staatsbürger in der bürgerlichen Gesellschaft aufzugehen, per se »andersartig«, »minderwertig« und »zerstörerisch« waren.⁶¹

Aus dem Arsenal dieses Erbes stammten die nationalsozialistischen Wahn- und Propagandabilder. Sie kulminierten in dem Mythos vom »jüdisch-bolschewistischen Weltfeind«, der zum Kampf gegen die »arische«, sprich deutsche »Herrenrasse« angetreten war. Niederlage und Revolution von 1918, die heftigen politischen Auseinandersetzungen in der Weimarer Republik, Inflation und Weltwirtschaftskrise riefen ein allgemeines Gefühl von Unsicherheit hervor. Sie schufen den Nährboden, auf dem die Nationalsozialisten und andere ihre judenfeindliche Agitation betreiben konnten.⁶² Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten erfuhr der Antisemitismus jedoch eine entscheidende qualitative Veränderung. Anders als in der Weimarer Republik und im Wilhelminischen Kaiserreich wurde er 1933 zur Staatsdoktrin erhoben und als Herrschaftsinstrument eingesetzt – nach innen und außen.

Der Antisemitismus diente zunächst der Konsolidierung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Schon sehr schnell wurde offenkundig, daß sich die »nationale Revolution« in der Monopolisierung der politischen Gewalt erschöpfte. Die versprochene und von vielen erhoffte »soziale Revolution« blieb aus. Aber die Gleichschaltung und der staatlich sanktionierte Terror halfen, die weiterbestehenden Widersprüche und Konflikte zu verschleiern und eine »deutsche Volksgemeinschaft« zu errichten, die durch die Ausschaltung der jüdischen Bevölkerungsgruppe wie durch die Verfolgung und Bestrafung aller potentiellen oder vermeintlichen Regimegegner zusammengehalten wurde.

Am Anfang stand ein »traditioneller« Verfolgungsprozeß. Er manifestierte sich seit 1933 in den vielfältigen Versuchen, durch moralische Diffamierung und soziale Diskriminierung den Juden in Deutschland – und ab 1938 in den einverlebten österreichischen und tschechoslowakischen Gebieten – die Existenzgrundlage zu entziehen und die »Judenfrage« durch die Vertreibung zu lösen. Die schrittweise Herauslösung aus allen Bereichen des politischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens zog sich bis in die Anfänge des Zweiten Weltkrieges hin. Bis zu diesem Zeitpunkt bewegte sich die offizielle Judenpolitik des Dritten Reiches gleichsam in den Bahnen eines altvertrauten Antisemitismus, da sie der jüdischen Bevölkerungsgruppe noch die Überlebenschmöglichkeit beließ – die »Wahl« zwischen Deklassierung oder Auswanderung.

Auf die Frage nach den Kontinuitäten und Brüchen der nationalsozialistischen Judenverfolgung gibt es in der Forschung keine eindeutige Antwort. Bis vor kurzem dominierte die Kontinuitätstheorie, die auf der politisch-ideologischen wie bürokratisch-administrativen Ebene einen geradlinigen, konsequenten Weg in den organisierten Massenmord zu rekonstruieren suchte. Neuere Untersuchungen⁶³ haben solche Zwangsläufigkeit in Frage gestellt. Vergeblich suchten ihre Verfasser nach empirischen Belegen, nach umfassenden Planungen, in denen die systematische Lebensvernichtung anvisiert wurde. Sie glauben vielmehr, verschiedene Konzeptionen und Weichenstellungen, »historische Alternativen« zeigen zu können, die der Judenverfolgung eine andere Richtung hätten geben können. So konträr sich beide Auffassungen auch gegenüberzustehen scheinen, unbestritten ist, daß der Wille zur Vernichtung der Juden in der nationalsozialistischen Weltanschauung angelegt war und in zahlreichen programmatischen Bekundungen ablesbar ist. Diese ideologische Kontinuitätslinie von »Mein Kampf« nach Auschwitz wurde jedoch zugleich auch von Abweichungen und Widersprüchen in der realen Politik gegenüber den Juden begleitet und unterbrochen. 1933 und in den folgenden Jahren war die systematische Vernichtung der Juden für die nationalsozialistischen Rassenfanatiker allenfalls ein stiller Wunschtraum, eine Möglichkeit, deren Verwirklichung bestimmte politische und technische Bedingungen voraussetzte, die zu dieser Zeit nicht gegeben waren.

Von Beginn an ließ die nationalsozialistische Führung allerdings keinen Zweifel daran, daß sie den Friedensvertrag von Versailles revidieren und den alten Traum von einer deutschen Weltmachtstellung erfüllen wolle. Dieses letzte große Ziel implizierte die politische und völkisch-rassistische Neuordnung Europas, die »Gewinnung neuen Lebensraumes im Osten« und die dauerhafte Unterdrückung der besiegten Völker. Auch für die Vorbereitung und Durchführung eines Krieges boten sich Ju-

den- und Völkerhaß als bestimmende Mobilisierungs- und Rechtfertigungsideologien an.

Mit der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges wurde die Judenverfolgung auf die eroberten Gebiete ausgedehnt und verschärft.⁶⁴ Eine zweite, kurze Phase – sie erstreckte sich auf die Jahre 1939–1941 – markierte den Übergang zur systematischen Vernichtung. Versklavung und Austreibung wurden zwar noch immer propagiert und praktiziert, Pläne zur Errichtung von »Judenreservaten« in Osteuropa und Madagaskar entworfen,⁶⁵ aber gleichzeitig begann die nationalsozialistische Führung, Methoden und Personal für eine Massentötung zu erproben. In Deutschland ließ sie Geistesranke und andere »unerwünschte« Personengruppen im Rahmen des sogenannten »Euthanasie«-Programms vergasen. In Polen spezialisierten sich die mobilen Einsatzgruppen auf die Erschießung von Angehörigen der Führungsschicht, von Geistlichen und Juden.

Die destruktive Dynamik der Verfolgung erreichte schnell den Punkt, an dem der traditionelle Katalog sozialer Diskriminierung und Unterdrückung ausgeschöpft war. Dies zeigte sich vor allem in Polen, wo einzelne Besatzungsautoritäten um das ersehnte Ziel wetteiferten, als erste ihre neuen Herrschaftsgebiete als »judenfrei« deklarieren zu können. Die Formen und das Ausmaß der chaotischen Vertreibungs- und Umsiedlungsaktionen, das Leben und Sterben in den Zwangshettos und Arbeitslagern, Kompetenzstreitigkeiten und Profitgier der nationalsozialistischen Machthaber, all dies ebnete und erleichterte den Weg in die systematische Tötung. Es bedurfte offensichtlich auch keines schriftlichen Geheimbefehls Hitlers, um die eskalierenden Kräfte der Zerstörung auf den organisierten Massenmord zu lenken. Schrittweise und vor dem Hintergrund des Überfalls auf die Sowjetunion bildete sich ein allumfassendes Programm zur »Endlösung der Judenfrage« heraus, das in den Jahren 1941 bis 1945 unter dem Schleier höchster Geheimhaltung in die Praxis umgesetzt wurde.⁶⁶

Im Herbst 1941 wurde den deutschen Juden der große gelbe Stern auf die linke Brustseite der Kleidung geheftet, um – wie es Hitler im April 1937 vor Kreisleitern der NSDAP angekündigt hatte – den gezielten »Todesstoß in das Herz« zu führen.⁶⁷ Die Kennzeichnung stand am Beginn der planmäßigen Deportationen.⁶⁸ Wenige Wochen später trafen sich die Bürokraten der »Endlösung«, um auf der »Wannseekonferenz« das Programm zu koordinieren. Sie beschlossen, Europa von Westen nach Osten zu durchkämmen. Das Schicksal der deutschen Juden verband sich mit dem der Juden in den besetzten Gebieten.

Drei Hauptformen der systematischen Tötung lassen sich nachweisen.⁶⁹ Massenweise starben Juden auf den Deportationstransporten, in den Konzentrationslagern und in den Zwangshettos. Die Tötung erfolgte durch

Einzelaktionen und Mißhandlungen, der Tod war Folge von Epidemien, Erschöpfung und Unterernährung. Die Zahl der Opfer dürfte die Millionengrenze überschritten haben. Ebenso hoch darf man die Zahl derjenigen ansetzen, die von den mobilen SD-Einsatzgruppen in der Sowjetunion und Teilen Südosteuropas durch Massenerschießungen und in den dort eingesetzten Gaswagen liquidiert wurden. Die technisch-fabrikmäßige Massenvergasung schließlich ermöglichte die Ermordung von mindestens drei Millionen jüdischer Menschen. Sie fand in den Vernichtungslagern von Chelmno, Belzec, Sobibor, Treblinka, in den Vernichtungs- und Konzentrationslagern von Majdanek und Auschwitz statt. Sorgfältige und ständig verbesserte Vorkkehrungen gewährleisteten einen nahezu störungsfreien, schnellen und effizienten Tötungsverlauf. Der Tötung schlossen sich Akte der industriellen Leichenfledderei an. Zur Spurenbeseitigung dienten Massengräber und Einäscherungsöfen. Arbeitsklaven wurden in Barackenlager getrieben; man sprach offiziell von der »Vernichtung durch Arbeit«. Nur wenige haben die Torturen und Qualen der Lagerhaft überlebt.⁷⁰

Die Realität der versuchten Ausrottung des europäischen Judentums entzieht sich noch immer einer gesicherten historischen Interpretation. Es scheint, daß keine der gängigen Faschismustheorien dazu tauglich ist, diesen zentralen Verbrechenskomplex des nationalsozialistischen Herrschaftssystems zu erfassen. Eine kurze Aufzählung einiger Erklärungsversuche mag dies verdeutlichen. Eine schlichte Aussage machte ein Marxist jüdischer Herkunft, als er 1948 auf die Frage, warum die Juden ermordet wurden, antwortete: »Nur weil es Juden waren«.⁷¹ Große methodische Schwierigkeiten bereitete es später den marxistisch-leninistischen Historikern der DDR, die Judenvernichtung auf eine ökonomische Basis zurückzuführen und mit den Profitinteressen des herrschenden Monopol- und Finanzkapitals in Einklang zu bringen. Noch in den sechziger Jahren glaubte man,⁷² in Nebenerscheinungen der Mordindustrie die empirischen Belege gefunden zu haben, die als Beweis für den Wahrheitsgehalt der sakrosankten Dimitroff-Doktrin erhalten mußten: Es waren die Gewinne deutscher Betriebe aus den Lieferungen der Vergasungs- und Verbrennungsanlagen sowie die Profite aus der industriellen Leichenfledderei. Diese abstrusen Ableitungsversuche wurden jedoch bald fallengelassen. Im Zuge der Modifizierung der marxistischen Faschismustheorie berief man sich auf »gewisse Verselbständigungstendenzen« und attestierte der nationalsozialistischen Führung einen Handlungsspielraum, der es ihr erlaubt habe, die »rein ideologisch« motivierte Judenvernichtung gegen die materiellen Interessen der Bourgeoisie durchzusetzen.⁷³

An der Forderung Himmlers, »daß wirtschaftliche Überlegungen bei der Lösung der Judenfrage grundsätzlich nicht zu berücksichtigen« seien,⁷⁴

orientierten sich jene Faschismustheoretiker, die – wie Tim Mason – den »Primat der Politik« hervorhoben⁷⁵ und die Judenausrottung als Beispiel für die Selbstzerstörung und den Irrationalismus des deutschen Faschismus anführten. Die Beweisführung erschöpfte sich in Hinweisen auf die ökonomischen Schwierigkeiten und Nachteile, die sich aus der Ausschaltung der Juden ergaben: auf die Vernichtung menschlicher Arbeitskraft; auf die vergeblichen Interventionen von Industrie und Wehrmacht, unersetzliche jüdische Rüstungsarbeiter nicht zu deportieren; auf den Einsatz der Deportationszüge für die Massenvernichtung zu Lasten der militärischen Nachschubversorgung und auf die spätere Politik der »verbrannten Erde«.

Auch Falk Pingel hob jüngst das Eigengewicht der Judenpolitik im Krieg hervor und betonte, daß die »Judenvernichtung nicht aus den Kriegsereignissen erklärbar« sei. Seine Interpretation beruht auf der Umkehrung des von allen Autoren konstatierten Zusammenhanges zwischen Kriegführung und Judenmord. Er schreibt: »Die Vernichtung der Juden gehörte mit zu den Zielen des Krieges, und sie wurde nur insoweit auch als Mittel seiner Durchführung funktionalisiert, als sie selbst dadurch nicht in Frage gestellt wurde. Sie hatte als Ziel dieser Politik damit einen anderen Stellenwert erhalten als in der Zeit vor dem Krieg, wo sie weit mehr als Mittel der Politik angesehen wurde. Aufgrund dieser Verschiebung wurde diese Judenpolitik den regulären politischen und wirtschaftlichen Staatsinstitutionen entzogen und die Durchführung der Vernichtung als alleinigem Vollzugsorgan mit klarem Endauftrag der SS übertragen.«⁷⁶

Auch bürgerlichen Historikern bereitete es einige Verlegenheit, die Judenvernichtung zu erklären. In den ersten Nachkriegsjahren beschränkten sich verschiedene westdeutsche Gelehrte darauf, den Massenmord als einen bedauerlichen »Betriebsunfall« der deutschen Geschichte beiseite zu schieben oder der »Dämonie« Hitlers anzulasten. Ausländische Autoren fanden in den »unheilvollen« Traditionen der deutschen Geistes- und Kulturgeschichte ihre ersten Erklärungskategorien. Generell neigte man dazu, die Judenvernichtung als ein metahistorisches Ereignis einzustufen. Hinzu kamen die Versuche, aus dem instrumentalen Charakter des Antisemitismus die »Endlösung« abzuleiten. Beispielhaft hierfür ist die vor allem von Leon Poliakov vertretene »Brücken-Verbrennungs-Theorie«.⁷⁷ Sie beruht auf der Annahme, daß die Judenausrottung dazu gedient habe, die deutsche Bevölkerung in ein gigantisches Kollektivverbrechen hineinzuziehen, um sie noch fester an die nationalsozialistische Führung zu binden.

Es folgten die Ansätze, aus weltanschaulichen und pathologischen Motiven die Judenvernichtung zu erklären.⁷⁸ In den Mittelpunkt rückten die hinter dem Judenhaß stehende manichäische Weltdeutung und chiliastische Endzeitvorstellung. Sie ließen sich in den frühen Prophezeiungen und in

der späteren Verwirklichung des rasseideologischen Vernichtungsfeldzuges gegen den imaginären, allgegenwärtigen jüdischen »Weltfeind« nachweisen. Im Selbstverständnis der nationalsozialistischen Rassenfanatiker erschien die Tötung der Juden als eine notwendige, befreiende »Heilstat«. Sie entsprang der Wahnvorstellung, damit die Gesundung einer deutschen »Herrenrasse« herbeizuführen, deren gesicherte biologische und ökonomische Existenz auf der angestrebten Weltmachtstellung Deutschlands und – in der letzten Vision – auf der »bewußten Züchtung eines neuen Menschen« basieren sollte.⁷⁹

So einleuchtend diese Deutungen auch sind, das Problem bleibt bestehen, die Umsetzung von Weltanschauung und Paranoia in die Wirklichkeit empirisch nachzuweisen und die konkreten Vermittlungen oder Verzerrungen zu erfassen. Martin Broszat hat jüngst auf diese Problematik hingewiesen und mit aller Vorsicht eine weiterführende These formuliert, nach der die Judenvernichtung »nicht nur aus dem vorgegebenen Vernichtungswillen [entstand], sondern auch als ›Ausweg‹ aus einer Sackgasse, in die man sich selbst manövriert hatte. Einmal begonnen und institutionalisiert, erhielt die Liquidierungspraxis jedoch dominierendes Gewicht und führte schließlich faktisch zu einem umfassenden ›Programm‹.«⁸⁰

Deutsche Gesellschaft und Judenverfolgung

Der Vorgang der Ausschaltung und der Vernichtung der Juden wirft die Frage nach dem Verhalten und der Verantwortung der Gesellschaft auf. Die Beantwortung setzt voraus, einen sozialen Bezugsrahmen herzustellen, der die einzelnen Beziehungen und Dimensionen sichtbar werden läßt. Ausgangspunkt ist die Tatsache, daß die jüdische Bevölkerungsgruppe weder in Deutschland noch im Ausland ausreichend Schutz, Rückhalt und Solidarität fand. Die Ausnahmen bestätigen die Regel. Als generelle These gilt der Satz: Das Verhalten der Gesellschaft erleichterte und ermöglichte der nationalsozialistischen Führung, den schrittweisen Prozeß der Ausschaltung und Vernichtung in die Praxis umzusetzen. Letztlich unvorbereitet und hilflos sahen sich die Juden in Deutschland wie später in den besetzten europäischen Ländern einem Herrschaftssystem ausgeliefert, das ihnen nicht die geringste Chance einer kollektiven Abwehrstrategie bot.

In der propagandistischen Selbstdarstellung präsentierte sich der nationalsozialistische Staat als ein homogener, monolithischer Block, der – getreu der Parole »Ein Volk – Ein Reich – Ein Führer« – hierarchisch strukturiert und einzig und allein durch die Omnipotenz Adolf Hitlers zusammengehalten wurde. Totalitarismusforschung und die Vertreter der »Hitle-

asmus-Theorie« übernahmen und modifizierten diese Vorstellung; einer kritisch-empirischen Überprüfung hielt sie nicht stand. Neuere Untersuchungen haben das Bild eines Herrschaftsgefüges nachgezeichnet, das von mehreren »Machtsäulen« getragen wurde, die, ineinander verzahnt, sich nicht selten bekämpften und blockierten. Als Bestandteile dieser dynamischen und komplizierten »Polykratie«⁸¹ erschienen die Führungsspitze und die Massenpartei (NSDAP), die Staatsbürokratie, SS, Militär und Wirtschaft. Keine dieser »Machtsäulen«, zu denen sich noch Kirche und Wissenschaft gesellten, zeichnete sich durch innere Geschlossenheit aus. Übernimmt man dieses Strukturmodell, so wird sichtbar, daß das Bündnis zwischen Nationalsozialismus und alten sozialkonservativen Eliten, das dem System Funktionsfähigkeit, Effizienz und Dynamik sicherte, sich auch in der Judenverfolgung bewährte. Mehr noch: Die systemimmanenten Kompetenzstreitigkeiten und Profilierungskämpfe erwiesen sich als ein entscheidender Faktor für die Radikalisierung der nationalsozialistischen Judenpolitik.

Die Grundentscheidungen wurden von der nationalsozialistischen Führungsspitze getroffen. Bei allem Handlungsspielraum, den sich die einzelnen Machtgruppen erstritten und den sie mit eigenen, oft widersprüchlichen Plänen und Aktionen auszufüllen suchten, der »Führer und Reichskanzler« Adolf Hitler bestimmte Kurs und Ziel der Judenpolitik. Diese Aussage leistet dem »Hitlerismus« keineswegs Vorschub. Sie unterstreicht allein die Erkenntnis, daß Hitler willens und imstande war, ein nationalsozialistisches Grundprinzip durchzusetzen: die Entfernung der Juden aus dem deutschen Herrschaftsbereich. Offen blieb die Frage, wann und wie diese »Kernidee« sich verwirklichen ließ. Das Fehlen umfassender, systematischer und langfristiger Planungen ist ein Indiz hierfür. Hitler war entscheidend auf die Mitwirkung der einzelnen politischen, staatlichen und sozialen Machtträger angewiesen. Ihnen wurde es überlassen, die Leitlinien auszufüllen, also nach Wegen und Mitteln zu suchen, die die konkrete Umsetzung der Rassendoktrin in die Wirklichkeit erlaubten. Einflußnahme und Profilierung waren ihnen damit gewährleistet.

Der NSDAP und ihren Massenorganisationen blieb es vorbehalten, den Verfolgungsprozeß in Gang zu setzen und voranzutreiben. Parteimitglieder besorgten die moralische Diffamierung; die Hetzkampagnen dienten nicht nur der Isolierung und Demoralisierung der Juden, sie verliehen dem Vorgang auch die »weltanschauliche« Legitimation. Es waren in erster Linie lokale Parteinstanzen, die immer wieder vorprellten und das Startzeichen zu »willkürlichen« Einzelaktionen gaben, um »von unten« Druck auf die zentralen Stellen auszuüben, die »gesetzlichen« Grundlagen zur Ausschaltung der jüdischen Bevölkerungsgruppe zu schaffen. Dies geschah be-

zeichnenderweise zu einer Zeit, als die Jubeltage der Machtergreifung verfliegen waren und Preissteigerungen, konstant niedrige Löhne sowie Lebensmittel- und Konsumgüterknappheit Unzufriedenheit und Mißstimmung in weiten Teilen der Bevölkerung hervorriefen.

In den Anfangsjahren des Dritten Reiches kam es wiederholt zu jüdenfeindlichen Ausschreitungen, die von der NSDAP provoziert und organisiert wurden. Die Ereignisse vom April 1933 und November 1938 sind bekannt. Weitgehend unbekannt ist hingegen jene antisemitische Welle, die im Frühjahr und Sommer 1935 über fast alle Teile Deutschlands hinwegrollte. Unüberhörbar waren damals die Forderungen der regionalen Parteifunktionäre nach »klaren« Richtlinien, was »im Rahmen der antisemitischen Propagandawelle« erlaubt sei und was nicht. In allen Lage- und Stimmungsberichten⁸² wurden Klagen laut, daß die »Frage des Verkehrs zwischen Juden und Arieren« immer noch nicht geregelt sei. Die Lösung dieses Problems wurde als »dringendste Aufgabe« hingestellt. Von hier aus führte ein direkter Weg zur Vorbereitung und Verabschiedung der »Nürnberger Gesetze« vom September 1935, die keineswegs – wie vielfach behauptet – auf einen überstürzten und einsamen Entschluß Hitlers zurückzuführen sind.

Wann immer die Partei ihre »spontanen« Aktionen beendet und vermeintlichen »Volkswillen« bekundet hatte, trat die Staats- und Verwaltungsbürokratie in Aktion, um dem »Gesetz« und der »Ordnung« Geltung zu verschaffen. Der deutschen Beamenschaft fiel es – von Ausnahmen abgesehen – im Jahre 1933 nicht schwer, die staatlich-bürokratische Kontinuität aufrechtzuerhalten. Im 19. Jahrhundert hatte sie entscheidend an der Emanzipation der Juden mitgewirkt; im Dritten Reich gelang es ihr, diesen Prozeß wieder rückgängig zu machen. Dabei zeichneten sich die Staatsdiener kaum durch eine besondere antisemitische Grundeinstellung aus. Loyalität gegenüber der Staatsführung sowie Diensteifer und Sachverstand gewährleisteten einen effizienten und nahezu störungsfreien Ablauf der pseudolegalen Ausschaltung. Mit der Entfernung der jüdischen Beamten machte man im April 1933 den Anfang. Durch mehr als 500 Ausnahme-gesetze, Anordnungen und Durchführungsbestimmungen⁸³ wurde die jüdische Bevölkerungsgruppe schließlich systematisch aus allen Bereichen des öffentlichen, kulturellen und ökonomischen Lebens vertrieben. Es gab kein Ministerium, kaum eine Behörde, keine Stadtverwaltung, kein Gericht, Arbeitsamt oder Finanzamt, keine Schule oder Universität und später keine deutsche Besatzungsverwaltung, die nicht irgendwann von »Amtswegen« an der Verfolgung der Juden beteiligt war.

Neben die staatlichen Zwangsmaßnahmen trat die polizeilich-administrative Praxis der Unterdrückung und Terrorisierung. Diese Aufgabe

übernahm die SS. Mit dem Aufbau und der wachsenden Machtentfaltung des weitverzweigten SS-Apparates schuf sich der Nationalsozialismus das Instrumentarium, das dem »bloßen« Judenhaß eine rational-bürokratische Logik unterlegte und ihm ein administratives Moment gab.⁸⁴ Systematisch und relativ lautlos wurden von der SS im allgemeinen und der Geheimen Staatspolizei im besonderen Aufspürung, Überwachung und Bekämpfung aller »Volks- und Reichsfeinde« organisiert und durchgeführt. Heinrich Himmler und Reinhard Heydrich bauten die Eckpfeiler ihres Machtdreiecks von SS, Polizei und KL so aus, daß sich dieser Apparat im Zweiten Weltkrieg anbot, als Exekutivorgan der »Endlösung« eingesetzt zu werden.

Die zentrale Rolle der SS im Verfolgungs- und Vernichtungsprozeß darf als bekannt vorausgesetzt werden. Weitgehend im Dunkel liegt hingegen die Tätigkeit der Helfershelfer und Nutznießer. Transportfirmen wurden für die Deportationen angeheuert, Juden mit Kraftwagen oder Taxen, mit Bussen, Lastkraftwagen oder Straßenbahn zu den Verladebahnhöfen gebracht. Eisenbahnpersonal half, die Transportprobleme zu lösen. Die Ausarbeitung der Fahrpläne, die Bereitstellung und Bedienung der Züge, die Erfassung und Verwertung der materiellen Güter der Deportierten – all dies erforderte nicht nur einen gewaltigen Zeit- und Arbeitsaufwand, sondern setzte auch die enge Zusammenarbeit mit der SS voraus. Das galt auch für jene Ingenieure und Architekten, die die Konzentrations- und Vernichtungslager bauen halfen, für die Chemiker, die das Gift lieferten, für jene Ärzte, die sich an der Euthanasieaktion zur »Vernichtung lebensunwerten Lebens« und an den unmenschlichen »medizinischen« Versuchen in den Lagern beteiligten. Die Berufsskala läßt sich erweitern: Journalisten, Lehrer und Professoren, Künstler, Juristen, Geschäftsleute oder Bauern – der Nationalsozialismus bot vielen die Möglichkeit, wider den »undeutschen Geist« zu Felde zu ziehen und sich an der Diffamierung und Separierung der »artfremden« Juden zu beteiligen.

Auch die Wehrmacht leistete ihren Beitrag. Ihre Mitwirkung und Mitverantwortung an der Verfolgung und Vernichtung der Juden gehörten über Jahre hinweg zu den großen Tabubereichen, die von der einschlägigen Memoirenliteratur, Geschichtsschreibung und Publizistik gemieden wurden. Erst in jüngster Zeit kündigt sich hier eine kritische Aufarbeitung an.⁸⁵ Man kann davon ausgehen, daß im Selbstverständnis der preußisch-deutschen Armee Bewußtseinshaltungen weiterlebten, die einer »traditionellen« Lösung der »Judenfrage« nicht widersprachen. Sie manifestierten sich in der Gleichgültigkeit, mit der man nach 1933 die Ausschaltung und Vertreibung der deutschen Juden zur Kenntnis nahm. Schon zuvor hatte sich das Militär als eine Institution erwiesen, deren Verhalten die Grenzen der

jüdischen Emanzipation markierte. An der Frage des Militärdienstes der Juden läßt sich dies verdeutlichen.⁸⁶

Das preußische Reformedikt von 1812 stellte den »jüdischen Glaubensgenossen« den Waffendienst in Aussicht. Freiwillige jüdischer Herkunft nahmen an den Befreiungskriegen teil. Die Hoffnung, über den Militärdienst in den Genuß der staatsbürgerlichen Rechte zu kommen, erfüllte sich jedoch nicht. Im Zuge der allgemeinen Restauration nach dem Wiener Kongreß wurden die Emanzipationsedikte und -versprechen einer gründlichen Revision unterzogen. Theorie und Praxis des christlichen Staates zielten darauf ab, die Emanzipationsbestrebungen der Juden aufzufangen und in eine bestimmte Richtung zu lenken: Man erwartete als Dank für die Aufnahme in den christlichen Staats- und Gesellschaftsverband von ihnen die Loslösung vom Judentum. Der Armee fiel dabei eine Schlüsselstellung zu. Die weiterbestehende Militärdienstpflicht der Juden sollte dazu dienen, den jüdischen Wehrpflichtigen auf den Weg zum Taufbecken zu bringen und ihm diesen Schritt zu erleichtern. Nur dieses »Entréebillet« versprach den Zugang zum Staatsdienst oder die Aufnahme in das Offizierskorps. Auch nach der Reichsgründung von 1871 und der formalen staatsbürgerlichen Gleichstellung dauerte die soziale Diskriminierung an. Deutschen Juden wurde in der Regel der Zugang zur aktiven Offizierslaufbahn versagt; Zurücksetzungen limitierten ihre Ernennung zum Reserveoffizier.⁸⁷

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges gab den deutschen Juden die Möglichkeit, Pflichtbewußtsein, Patriotismus und Opferbereitschaft unter Beweis zu stellen. Juden aller Schichten eilten freiwillig und begeistert zu den Fahnen. Doch der allseits beschworene »Burgfriede« währte auch auf diesem Gebiet nicht lange. Schon im Herbst 1914 setzten die Anfeindungen gegen die jüdischen »Drückeberger«, »Kriegsgewinnler« und »Volkschädlinge« ein. Die äußeren und inneren Spannungen und Konflikte des Wilhelminischen Kaiserreiches verliehen dem virulenten Antisemitismus eine mobilisierende Kraft. Es dauerte nicht lange, bis sich die antisemitischen Tendenzen im Heer durchsetzten und das preußische Kriegsministerium im Herbst 1916 veranlaßten, die sogenannte »Judenzählung« durchzuführen. Diese diskriminierende Maßnahme prägte sich ein. Die Debatte über die »Judenstatistik« zog sich bis in die Anfänge der nationalsozialistischen Herrschaft hin, als die militärischen Führungsspitzen dazu übergingen, die Grundsätze der nationalsozialistischen Judenpolitik auf die Wehrmacht zu übertragen.

Den Auftakt bildete die Einwilligung, Offiziere und Soldaten jüdischer Herkunft aus den Reihen der Reichswehr zu entfernen. Das Wehrgesetz von 1935, mit dem die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt wurde, schloß die Juden vom aktiven Wehrdienst aus. Dieser Akt, der noch vor der

Verkündung der »Nürnberger Gesetze« das Ende der Emanzipation bedeutete, löste spontane jüdische Proteste und Stellungnahmen aus, von denen noch die Rede sein wird.⁸⁸ Hier sei nur darauf verwiesen, daß der Entzug des Rechts, Waffendienst zu leisten, den deutschen Juden jeden Zugang zu Waffen versperrte. Damit wurde ihnen zugleich eine Grundvoraussetzung für eine mögliche spätere individuelle oder kollektive bewaffnete Gegenwehr genommen. Die letzten Hindernisse, die nach 1935 noch einer »judenreinen« Wehrmacht im Wege standen, wurden auf dem Verordnungswege beseitigt.⁸⁹ Im März 1939 erfolgte der Ausschluß der Juden aus der Ersatzreserve, kurz vor Kriegsausbruch hatten sie die Wehrpässe abzuliefern und erhielten Ausschließungsscheine, deren Wortlaut keinen Zweifel mehr daran ließ, daß Juden als »dauernd wehrunwürdig« angesehen und damit der Kategorie asozialer und krimineller Elemente zugeordnet wurden, eine Gleichstellung, die im März 1940 ihre gesetzliche Verankerung fand.

Noch bevor die Phase der Ausschaltung und Vertreibung der deutschen Juden abgeschlossen war, trug das Militär dazu bei, die territoriale Ausdehnung der Judenverfolgung und den Übergang in den organisierten Massenmord zu ermöglichen. Trotz aller Bedenken, die zunächst gegen die »risikoreiche« Kriegspolitik Hitlers geäußert wurden, und trotz des offenen Unmuts über die »unehrenhafte« Behandlung widerstrebender Generale folgte das Offizierskorps den Eroberungsbefehlen. Die ersten »Blitzkriege« verstärkten die allgemeine Siegeszuversicht und ließen die oppositionellen Stimmen verstummen. Auch die schnelle Auflösung der Militärverwaltung in Polen und in den Niederlanden beweist die Anpassungsfähigkeit der militärischen Führung. Mit Erleichterung zog sich das Heer aus der Verantwortung für die Besatzungsverwaltung zurück, um die politische »Neuordnung« und die »völkische Flurbereinigung« den Instanzen von Staat, Partei und SS zu überlassen. Dieser Entschluß wurde durch die Kenntnisse und Konflikte über die ersten Ausrottungsaktionen der Einsatzkommandos im besetzten Polen mitbestimmt. Es hat dort wie auch in anderen Gebieten nicht an vereinzelt Protesten und Interventionen gefehlt, dominierend war und blieb jedoch die »Haltung des achselzuckenden Wegschauens«.⁹⁰

In der Forschung hat sich für dieses Verhalten die These von der »institutionellen Bewahrungspolitik« durchgesetzt. Sie besagt, daß es der Heeres- und Wehrmachtsführung letztlich darum ging, gegenüber den rivalisierenden politischen Kräften und Ressorts die eigene Position abzusichern, um bei der Gestaltung des anvisierten »Großgermanischen Reiches« weiterhin eine ausschlaggebende Rolle spielen zu können. Eine solche Integration in die nationalsozialistische Politik erforderte Anpassung und Profilierung.

Beides stellten die Wehrmachtsdienststellen bei der Judenverfolgung in den besetzten Gebieten unter Beweis. Militärverwaltungen gaben die amtlichen Judenverordnungen heraus, die die juristischen Voraussetzungen für die Erfassung und Ausschaltung der Juden bildeten. Militärische Dienststellen überwachten die »Arisierung« jüdischen Besitzes, kommandierten den Einsatz jüdischer Rüstungsarbeiter oder stellten Kommandos zur Verfügung, die die Deportationszüge bis zur Grenze begleiteten. Dank der technischen und praktischen Hilfe der Militärverwaltungen fiel es den SS-Dienststellen nicht schwer, die »Lösung der Judenfrage« im Sinne der politischen Führung voranzutreiben und zum Abschluß zu bringen.

Der qualitative Sprung von der Mitwisserschaft zur Mittäterschaft läßt sich nicht nur mit dem Hinweis auf die »institutionelle Bewahrungspolitik«, sondern auch aus der ideologischen Interessenidentität erklären. Christian Streit hat die Komponenten dieser Übereinstimmung aufgedeckt und den Nachweis für die Einbeziehung der Wehrmacht in die nationalsozialistische Ausrottungspolitik erbracht.⁹¹ Widerspruchslos nahmen hohe Offiziere aller drei Wehrmachtsteile die Ankündigung Hitlers vom 30. März 1941 hin, bei der Durchführung der »rasseideologischen Prinzipien seiner Ostkriegskonzeption« die Fronttruppe aktiv zu beteiligen.⁹² Dies ließ sich um so leichter bewerkstelligen, als Hitlers »Lebensraum«-Konzept neben den territorialen Expansionszielen ein politisch-soziales Aggressionsojekt anbot, das die Integration der Militärs erlaubte. Es war das Bild vom »jüdischen Bolschewismus«, in dem Juden und Bolschewisten zu einer Einheit zusammengefaßt und der Vernichtung anheimgegeben wurden. Die Bestimmungen des »Kommissarbefehls«, die offiziellen Schriftwechsel, Tagebucheintragungen, militärischen Einsatzbefehle, die Aufrufe an die Frontsoldaten und die Ereignismeldungen ließen nichts an Deutlichkeit fehlen.⁹³ Es waren reguläre Wehrmachtseinheiten, die sich allein oder in enger Kooperation mit den SD-Einsatzgruppen im Zeichen der »Bandenbekämpfung« in Ost- und Südosteuropa nicht nur an der Aufspürung und Verfolgung, sondern auch an den Massenerschießungen und Massenvergasungen von Juden, Zigeunern und anderen »asiatisch-minderwertigen Volksschädlingen« beteiligten.

Bekannt sind ebenso Rolle und Verantwortung der Wehrmacht gegenüber den Kriegsgefangenen. Der Massenmord an den sowjetischen Kriegsgefangenen forderte Millionen Opfer, und es verstand sich von selbst, daß die sowjetischen Gefangenen jüdischer Herkunft unverzüglich und ausnahmslos liquidiert wurden.⁹⁴ Dasselbe Schicksal erlitten offensichtlich auch jüdische Gefangene anderer Nationalitäten. Dies entsprach einer Weisung vom 17. Juli 1941, mit der das Oberkommando der Wehrmacht die Übergabe »politisch gefährlicher Elemente« unter den Gefangenen an die

SS befahl. Die Direktiven der SS wiederum verlangten die Liquidierung aller Juden. Im Befehlsbereich des Oberkommandos des Heeres trat die OKW-Weisung erst im Oktober 1941 in Kraft. Obwohl sich gegen das Verfahren Widerspruch regte und es fast allgemein im Offizierskorps abgelehnt wurde, blieb es doch bei dieser engen Zusammenarbeit zwischen Wehrmacht und SS. Die ideologisch motivierte Verschmelzung von Judentum, Bolschewismus und Partisanentätigkeit im Kriegsgebiet trug in den Augen vieler konservativ denkender Offiziere das ihre zu dieser Entwicklung bei.⁹⁵ Lediglich in einem Punkt setzte sich die Militärführung gegenüber der SS durch. Sie weigerte sich, kriegsgefangene Offiziere jüdischer Herkunft den SS-Erschießungskommandos zu übergeben. Soweit bekannt, haben so einige Gruppen unter dem »Schutz« der Wehrmacht die »Endlösung« überlebt.

Vor den Gerichten und in ihren Memoiren haben verschiedene deutsche Generale die Legende in die Welt gesetzt, von der Vernichtung des europäischen Judentums nichts gewußt zu haben.⁹⁶ Es fiel ihnen auch weiter nicht schwer, das Bedauern über den Massenmord auszusprechen, da die Verbrechen auf Veranlassung der nationalsozialistischen Führung begangen worden seien und die Wehrmacht nichts damit zu tun gehabt habe. Angesichts der Tatsachen erweisen sich diese späteren Bekenntnisse, stets korrekt und ehrenhaft gehandelt zu haben, als reine Apologie.

Zu den Säulen des nationalsozialistischen Herrschaftssystems zählte die Wirtschaft, eine Macht, von der sich die jüdische Bevölkerungsgruppe ebenfalls wenig Schutz und Hilfe erhoffen konnte. Im Gegenteil: Die Verdrängung der Juden aus dem Wirtschaftsleben versprach die Befreiung vom jüdischen Konkurrenten und die Übernahme jüdischen Eigentums.⁹⁷ Zahlreiche Wirtschafts- und Industriebetriebe sowie ein Heer von kleinen Geschäftsleuten drängten auf die »Arisierung«, bereicherten sich am fremden Besitz und zogen noch aus der späteren Versklavung und Ausbeutung von Hunderttausenden von Zwangsarbeitern und Konzentrationslagerhäftlingen den größtmöglichen Nutzen. Nahezu alle großen Konzerne errichteten in den Konzentrationslagern Fabrikationsstätten, liehen sich von der SS billige Arbeitssklaven aus, für die sie teilweise selbst fabrikeigene Lager zur Verfügung stellten. Sicher hat es auch hier nicht an vereinzelt Bemühungen gefehlt, die katastrophalen Arbeits- und Überlebensbedingungen der Häftlinge zu entschärfen. Entscheidend und charakteristisch war jedoch, daß sich die führenden Wirtschaftsvertreter der nationalsozialistischen Forderung beugten und die Vernichtung der jüdischen »Arbeitskraft« hinnahmen. Diese Bereitschaft wurde ihnen offensichtlich nicht zuletzt auch deshalb erleichtert, weil sie den »Verlust« verschmerzen – oder anders formuliert –, weil sie den

ständig steigenden Bedarf an Arbeitskräften durch das Potential der ausländischen Zwangsarbeiter decken konnten.

Innerhalb des nationalsozialistischen Systems nahmen die Kirchen als moralische Instanz eine besondere Stellung ein,⁹⁸ die sich auch in ihrer Einstellung zur »Judenfrage« niederschlug. Große Teile der Amtskirche einschließlich hoher Würdenträger sowohl katholischer als auch protestantischer Konfession und nicht zuletzt breite Schichten des Klerus begrüßten die Machtergreifung und versprachen sich von der »nationalen Revolution« die Gesundung einer von »jüdisch-bolschewistischen« Elementen bedrohten deutsch-christlichen »Volksgemeinschaft«. Die obrigkeitsstaatlichen, jüdenfeindlichen und antisozialistischen Traditionen erleichterten Anpassung und Kooperation. Der »Pakt« brach auch nicht auseinander, als die Kirchen bald selbst in das Schußfeld nationalsozialistischer Angriffe gerieten und sich ein kirchlicher Widerstand regte.⁹⁹ Lediglich einzelne geistliche Würdenträger – vor allem aus dem niederen Klerus – oder kleine kirchliche Kreise wichen von der offiziellen Kirchenführung ab und wagten es, gegen die Verfolgung offen zu protestieren, oder bemühten sich, Juden wie anderen Verfolgten Schutz und Hilfe zu gewähren.

Die Kirchenleitungen in Deutschland hüllten sich – anders als in den besetzten Gebieten – in Schweigen. Sie erwiesen sich selbst als unfähig, die Christen jüdischer Abstammung zu schützen. Als Ende 1941 in Deutschland die Deportationen einsetzten, wurden die getauften Juden von den Kirchen wieder zu Juden deklariert und der »Endlösung« überlassen. Symptomatisch für die Haltung der Katholischen Kirche war ihre Reaktion auf das »Euthanasie«-Programm. Mit der Tötung von Geisteskranken sah die Kirche eines ihrer fundamentalen Glaubensdogmen verletzt. In den Protestpredigten und -briefen des Münsteraner Bischofs Graf Galen schlugen sich Empörung und Auflehnung nieder. Aufgeschreckt durch die Gegenwehr und die allgemeine Unruhe in der deutschen Bevölkerung erklärte Hitler 1941 die »Euthanasie« offiziell für beendet, nur um sie im geheimen fortzusetzen. Von der »Euthanasie« führte ein direkter Weg zur »Endlösung der Judenfrage«. Die Gerüchte über die systematische Vernichtung der Juden vermochten weder die Kirche noch die Bevölkerung aufzuschrecken.

Die Frage nach den Einstellungen und Verhaltensweisen der deutschen Bevölkerung berührt einen Themenkomplex, der noch weitgehend unaufgeklärt ist.¹⁰⁰ Richtungweisend für die Forschung sind die jüngsten Studien des englischen Historikers Ian Kershaw¹⁰¹. In groben Umrissen läßt sich immerhin eine allgemeine Verhaltenstypologie entwerfen, die drei Grundmuster unterscheidet: Solidarität, Aggression und Gleichgültigkeit.

Ausschaltung und Vertreibung der deutschen Juden spielten sich bis 1941 in aller Öffentlichkeit ab. Sie lösten keine allgemeine Gegenwehr der Be-

völkerung aus. Was man in allen Teilen Deutschlands finden kann, sind einzelne Akte solidarischen Verhaltens und humanitärer Hilfestellung. So gab es Deutsche aus allen Gesellschaftsschichten, die sich über die Judenverfolgung empörten: Äußerungen des Abscheus, des Bedauerns und des Mitleids sind überliefert. Einzigartig ist ein Vorfall, der sich Anfang 1935 in Sigmaringen abspielte. Angehörige eines Betriebes setzten sich dort für ihren jüdischen Arbeitgeber ein, der von der NSDAP angegriffen worden war. Sie drohten mit einem Streik und erreichten, daß die Hetzkampagne eingestellt wurde.¹⁰² Die schärfste Form einer öffentlichen Auflehnung – soweit bekannt – bildete eine spektakuläre Protestdemonstration. Im Februar 1943 erzwangen »arische« Frauen damit in Berlin die Freilassung ihrer inhaftierten jüdischen Ehemänner.¹⁰³ Der erfolgreiche Ausgang der beiden Fälle legt die Vermutung nahe, daß ähnliche Aktionen den Kurs der nationalsozialistischen Judenpolitik in andere Bahnen hätte lenken können. Man kann lange über mögliche Reaktionen debattieren, fest steht, daß ein rechtzeitiger, offener und massiver Protest der deutschen Bevölkerung ausgeblieben ist. »Störungsfrei« konnten die Nationalsozialisten den Prozeß der Ausschaltung, Vertreibung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerungsgruppe abwickeln.

Was den Juden in Deutschland noch zuteil wurde – und was die Nationalsozialisten wiederholt mit Überraschung und Unwillen zur Kenntnis nahmen –, waren individuelle Sympathiebekundungen. Sie zeigten sich in kleinen Freundlichkeiten und Gesten. In den Anfangsjahren des Dritten Reiches kauften zahlreiche Deutsche weiter in jüdischen Geschäften. Nach der Einführung des Judensterns im Herbst 1941 erhoben sich vereinzelt Deutsche in Verkehrsmitteln von ihren Plätzen, um dem gezeichneten »Volksfeind« eine Sitzgelegenheit anzubieten. Heimlich oder offen wurden ihnen Lebensmittel oder Rauchwaren zugesteckt, man erledigte Besorgungen. Darüber hinaus gab es Deutsche, die über Jahre hinweg den persönlichen Umgang mit jüdischen Bekannten weiter pflegten und sich ab 1941/1942 in der sicheren Kenntnis der eigenen Lebensbedrohung für die Rettung von Juden einsetzten. Beispiele dieser Fluchthilfe werden später präsentiert.¹⁰⁴ Hier sei nur vorweggenommen, daß der Berliner Senat nach Kriegsende 687 Berliner Bürger für ihr Rettungswerk auszeichnete. Das israelische Yad Vashem fand und ehrte bis 1971 weitere 69 »aufrechte« Deutsche.¹⁰⁵ Der Kreis der Retter und Helfer umfaßte jedoch mehr Personen, vermutlich einige Tausend. Nach Kriegsende wurde bedauerlicherweise versäumt, die Anregungen Max Horkheimers und Thomas Manns aufzunehmen und eine systematische Untersuchung über diesen Personenkreis in die Wege zu leiten.¹⁰⁶ Heute lassen sich nur noch fragmentarische Daten zusammentragen.

Größer als die Zahl der Retter und Helfer war die der Deutschen, die ihrem Judenhaß freien Lauf ließen. Die Aggressionen entluden sich in judenfeindlichen Demonstrationen und Anpöbeleien, in Mißhandlungen und Plünderungen. Intensität und Ausmaß variierten. Zu offenen Aggressionen kam es vor allem in den Anfangsjahren des Dritten Reiches, und sie traten offensichtlich weniger in Großstädten und industriellen Ballungszentren als vielmehr in jenen Regionen zutage, in denen der Antisemitismus auf eine lange Tradition zurückblicken konnte und feste Wurzeln geschlagen hatte. Dies galt besonders für Gebiete in Hessen, Franken, Ober- und Niederbayern sowie Schlesien. Es bedarf noch einer intensiven Forschungsarbeit, um regionale Unterschiede und Besonderheiten aufzuhellen und spezifische Ursachen, Formen und Auswirkungen zu beschreiben. Vielleicht ließe sich so auch die These empirisch absichern, daß proportional mehr Juden aus ländlichen antisemitischen Gegenden gerettet wurden als Juden, die in den weniger judenfeindlichen Großstädten lebten. Diese Vermutung stützt sich auf die Tatsache, daß sich die Juden auf dem Land sehr viel massiveren Anfeindungen ausgesetzt fanden und sich nicht nur zum Wegzug in die Großstadt, sondern gleich zur schnellen, rechtzeitigen Emigration veranlaßt sahen. Dabei kam ihnen vermutlich auch zugute, daß sie bei ihren Bemühungen zu emigrieren in weitaus stärkerem Maße als die Juden in den Großstädten auf die Unterstützung von Familienangehörigen bauen konnten, die schon Jahre zuvor die ländlichen Regionen verlassen und sich vorwiegend im außereuropäischen Ausland eine neue Heimat aufgebaut hatten.

Zum Alltag des Nationalsozialismus gehörte noch eine besondere Verhaltensform: Denunziation und Bespitzelung.¹⁰⁷ Die Quellenlektüre vermittelt ein erschreckendes Bild von Verbreitung und Auswirkungen dieses Phänomens, das selbst damals von der Bürokratie wiederholt als »Unwesen« bezeichnet und als »arbeitsstörender« Eingriff empfunden wurde. Die bruchstückhafte Überlieferung schließt eine gesicherte Quantifizierung aus, sie gestattet allein Aussagen über relative Werte. So enthält z. B. die überwiegende Zahl der Akten deutscher Juden Vermerke und Belege über Denunziationen. Allein aus dem Düsseldorfer Bestand wurden 150 Personenakten herangezogen, in denen der Vorwurf »staatsfeindlichen Benehmens« auftauchte. Die Überprüfung ergab, daß nur in 30 Fällen den angezeigten Juden ein tatsächliches »Vergehen« nachgewiesen werden konnte; in 120 Fällen reichten die Verdachtsmomente für eine Bestrafung nicht aus. Das Denunzieren, bei dem sich lokale Parteigrößen im allgemeinen und die Nachbarn im besonderen hervortaten, nahm nach der »Reichskristallnacht« ein Ausmaß an, das den Generalfeldmarschall Göring zum Eingreifen zwang. In seiner Eigenschaft als Generalbevollmächtigter für den

Vierjahresplan beklagte er sich über die »vielen Denunziationen ... in der Judenfrage«; am 10. Januar 1939 ließ er über das Reichsministerium des Innern die Reichsstatthalter anweisen,¹⁰⁸ im Interesse »der unbedingt erforderlichen, gleichmäßigen und störungsfreien Durchführung« des Vierjahresplanes gegen diese »unerfreulichen Mißstände« vorzugehen. Doch auch trotz der Intervention durch hochgestellte Persönlichkeiten fanden Bespitzelung und Denunziation kein Ende. Hunderte von Juden und Nichtjuden fielen ihnen noch zum Opfer, vor allem in der Zeit der Deportationen.

Beide Reaktionen – Aggression und Solidarität – markieren nur die äußeren Grenzwerte der allgemeinen Verhaltensskala. Die überwältigende Mehrheit der deutschen Bevölkerung verhielt sich passiv, nahm die Rolle eines Zuschauers ein. Allgemein herrschte die Gleichgültigkeit, mit der man die Ausschaltung und Vertreibung hinnahm. Allgemein waren nach der Einführung des Judensterns Verwunderung und Betroffenheit, wer und wie viele, plötzlich als »Juden« erkennbar, noch unter ihnen lebten: ein Indiz dafür, wie wenig Deutsche 1941 noch einen direkten Kontakt zu Juden hatten.

Passivität und Gleichgültigkeit als dominierende Verhaltensweise resultierten kaum aus einer antisemitischen Grundeinstellung. Anders ausgedrückt: Man brauchte kein Antisemit zu sein, um sich passiv und gleichgültig gegenüber den Juden zu verhalten. Der von den Nationalsozialisten propagierte und praktizierte Judenhaß fand in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung nur eine geringe Resonanz. Aber auch der Terror vermag die schweigende Zuschauerrolle nicht hinreichend zu erklären. Einer Antwort kommt man näher, wenn man die soziale Funktion ins Auge faßt, die Antisemitismus und Judenverfolgung als direktes und indirektes Herrschaftsinstrument erfüllten: Der Antisemitismus wurde zum Paradigma nationalsozialistischer Gewaltherrschaft erhoben, und die direkte Terrorisierung der Juden – wie anderer »Volks- und Reichsfeinde« – schlug indirekt auf die Bevölkerung zurück und zwang sie zu Anpassung, Unterwerfung und Anerkennung des Systems. An der Behandlung der verfemten und sozial deklassierten Juden konnte die Bevölkerung erkennen und ermessen, wie es dem erging, der dem Regime nicht genehm war.¹⁰⁹ Hinzu kamen Propaganda und Indoktrination. Sie verschafften – gleichsam als positive Ergänzung – der Bevölkerung das befriedigende Gefühl, Teil des privilegierten, »auserwählten Herrenvolkes« zu sein. Diese Identifizierung schloß solidarisches Verhalten weitgehend aus: Man wollte und durfte für die Verfolgten nicht Partei ergreifen. Man sah ihre Lage, ahnte ab 1941 ihr ungewisses Schicksal – ein Los, das man nicht teilen wollte. Man schaute weg – und genau das war es, was die nationalsozialistische Führung erreichen wollte.

J. P. Stern schrieb dazu:¹¹⁰ »Die Bevölkerung wußte so viel und so wenig, wie sie wissen wollte. Was sie nicht wußte, das wollte sie aus verständlichen Gründen nicht mehr wissen. Etwas nicht wissen zu wollen, heißt jedoch stets, daß man genug weiß, um zu wissen, daß man nicht mehr wissen will.« Man kann noch einen Schritt weiter gehen. Passivität und Gleichgültigkeit entsprangen einer alten Norm kollektiven Verhaltens, das man von jeher den Juden gegenüber an den Tag gelegt hatte.

Das Kontinuum wurde gewahrt. Als nach Kriegsende das Ausmaß der Judenvernichtung bekannt wurde, blieb der Aufschrei der deutschen Bevölkerung aus. Nur vereinzelt wurden Klagen und Anklagen laut. Sie verhalten in einer Gesellschaft, die sich nach den Erfahrungen der nationalsozialistischen Zeit und angesichts der Kriegsfolgen atomisiert und in der der einzelne sich in die private Lebenssphäre zurückgezogen hatte. Zeitgenossen sprachen von den »Tagen des Überlebens«. Alexander und Margarete Mitscherlich prägten Jahre später die Formel von der »Unfähigkeit zu trauern«. Stimmt ihre Definition, nach der Trauer nur dort entsteht, »wo das verlorene Objekt um seiner selbst willen geliebt wurde, oder genauer ..., wo ein Individuum der Einfühlung in ein anderes Individuum fähig geworden ist«,¹¹¹ so hieße das – auf die Geschichte projiziert –, daß der »Verlust« der jüdischen Bevölkerungsgruppe keine Trauer auslösen konnte, da sich die Deutschen bereits zuvor als unfähig erwiesen hatten, die jüdische Existenz zu achten, geschweige denn zu lieben – und eben dies manifestierte sich in der allgemeinen Passivität und Gleichgültigkeit.

Dies gilt selbst für den Stellenwert, den die Verfolgung der Juden in den Überlegungen des deutschen Widerstandes besaß. Innerhalb der Widerstandsbewegung hat es nicht an vereinzelt Protesten und Beispielen humanitärer Hilfe gefehlt. Gleichwohl läßt sich die These aufstellen, daß die einzelnen – von der Gestapo verfolgte, von der Bevölkerung isolierte – Widerstandszentren weder in der Lage noch willens waren, den Kampf gegen die Judenverfolgung in den Mittelpunkt ihres Handelns zu stellen.

Der kirchliche Widerstand entzündete sich in erster Linie an theologischen Grundsatzfragen; eine Teilnahme von Juden im Rahmen dieses »Kirchenkampfes« verbot sich von selbst. Verschllossen blieb ihnen auch der Weg in den bürgerlich-konservativen Widerstand, zu dem Honoratioren, Bürokraten und Militärs fanden. 1933, als die deutsch-jüdische »Lebensgemeinschaft« zerstört wurde, rührte er sich kaum. Diese Opposition setzte erst in der unmittelbaren Vorkriegszeit ein, zu einem Zeitpunkt, als die Juden aus der Gesellschaft bereits ausgestoßen waren. Nur am Rande tauchte in diesen Gruppen das Problem der »Judenfrage« auf. Die konkreten Bezüge lassen sich in internen Diskussionen, Protesten oder individuellen Hilfsaktionen des Kreisauer Kreises, des Oster-Kreises, der Gruppen

um die Geschwister Scholl (»Weiße Rose«) und anderer kleinerer Kreise belegen.

Die Schwierigkeiten, denen sich Juden in solchen Gruppen gegenübersehen, werden in Aufzeichnungen deutlich, die Hans Robinsohn kurz vor Kriegsausbruch niedergeschrieben hat. Hans Robinsohn, ein Hamburger Geschäftsmann, war im Dezember 1918 der Deutschen Demokratischen Partei beigetreten und gehörte seit 1922 deren Hamburger Landesvorstand an. 1930 verließ er die Partei, gegen deren Abdriften nach rechts er vergeblich gekämpft hatte. Schon 1924 hatte Robinsohn mit anderen entschiedenen Demokraten einen politischen Klub gegründet, aus dem sich im Dritten Reich eine liberale Oppositionsgruppe entwickelte. Mit seiner Denkschrift, die auch seine persönlichen Erfahrungen widerspiegelt, wollte er das Ausland über die Möglichkeiten und Schwierigkeiten des deutschen Widerstands unterrichten. Über die geringe Bedeutung, die der Verfolgung der Juden von den Gegnern der Nationalsozialisten beigemessen wurde, zeigte er sich beunruhigt:

»Ein besonders typisches Beispiel für diese dauernde Verschlimmerung der Verhältnisse ist die Judenfrage ... So selbstverständlich nämlich die in der ganzen Welt herrschende Erregung über die Lage der Juden in Deutschland, über die Pogrome, die Vermögensberaubung und die zahllosen Schikanen ist, so handelt es sich doch bei allem diesen nicht um den Kern des deutschen Problems. Die Judenfrage ist nur eine Erscheinungsform dieses Problems, allerdings eine, die an der völligen und fürchterlichen Rechtlosigkeit der Juden in überdeutlicher Weise klar macht, zu welchen Dingen es führt, wenn man den Boden des Rechtsstaates verläßt und zur Diktatur übergeht. Aber gerade das sieht die Welt nicht; sie betrachtet den Antisemitismus wie ein zufälliges, wenn auch verabscheuungswürdiges Anhängsel der Diktatur und übersieht beinahe geflissentlich die eben gezeigte grundsätzliche Bedeutung.«¹¹²

Als Hans Robinsohn dies schrieb, befand er sich bereits im Exil. Nach den Ereignissen des November 1938 hatte er seinen Versuch aufgegeben, sich in Deutschland weiter »zu behaupten«. Er war nach Kopenhagen ausgewandert, wo er die Verbindungen zu seinen Freunden aufrechtzuerhalten suchte und vorübergehend als Mittelsmann in einer Nachrichtenkette fungierte, die die deutsche Opposition mit England verband.

Weitgehend im dunkeln liegen die Verbindungen, die zwischen Repräsentanten der »Reichsvertretung« und dem Goerdeler-Kreis bestanden, und nahezu unbekannt ist, daß der Geschäftsführer der Bosch-Werke, Hans Walz, Hilfgelder zur Verfügung stellte und sich für die Rettung von Verfolgten einsetzte. Davon wird noch bei der Behandlung der organisierten Fluchthilfe die Rede sein. Leo Baeck wurde offensichtlich von Carl

Goerdeler gebeten, ein Manifest zu verfassen, das nach einem erfolgreichen Staatsstreich dem Deutschen Volk präsentiert werden sollte.¹¹³ Trotz solcher vereinzelter Querverbindungen bleibt es eine Tatsache, daß es innerhalb des bürgerlich-konservativen Widerstandes keinen Platz mehr für einen deutschen Juden gegeben hat. Ein weiteres Indiz für seine »Exklusivität« bietet die politisch-ideologische Programmatik. Goerdelers berühmte Denkschriften sind von traditionellen machtpolitischen Ansprüchen, völkisch-nationalen Tönen und illiberalen Ressentiments durchzogen. Hier wie in anderen Neuordnungskonzeptionen bürgerlich-konservativer Provenienz wird nur allzu deutlich, daß Betroffenheit über die Vernichtung der jüdischen Gemeinschaft und die Auseinandersetzung mit dem Judenhaß nur von marginaler Bedeutung waren.

Von Beginn an haben sich Angehörige der deutschen Arbeiterbewegung um die Organisierung und Entfaltung des Widerstandes bemüht. Aber auch bei ihnen spielte die »Judenfrage« keine entscheidende Rolle. Das traditionelle marxistische Interpretationsmodell schrieb die Leitlinien vor, an denen sich ihre Haltung orientierte. Im Unterschied zum bürgerlichen Widerstand – und dies wird noch gezeigt werden – bot der Arbeiterwiderstand jedoch Parteimitgliedern und Sympathisanten eine, wenn auch begrenzte Möglichkeit, den aktiven Kampf gegen den Nationalsozialismus aufzunehmen.

Dieses am Herrschafts- und Gesellschaftssystem in Deutschland entwickelte Beschreibungsmodell läßt sich auch auf das Ausland übertragen. Je nach den zeitlichen, politischen und regionalen Gegebenheiten können die entsprechenden Bezugsgruppen und Machtträger eingesetzt werden: Regierungen, Parteien, Organisationen, Presse, Kirchen – und, in der Kriegszeit – Exilleitungen, kollaborierende Instanzen, Widerstandsbewegungen und Bevölkerungsgruppen. Entsprechend breit fallen die Bezugfelder aus. Sie liegen zunächst in der restriktiven Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik aller ausländischen Staaten¹¹⁴ sowie in der allgemeinen Einstellung, die sich in der öffentlichen Meinung niederschlug. Ein weiterer Bezugspunkt liegt in den Bestrebungen verschiedener Regierungen und Organisationen, zu einer internationalen Lösung des Flüchtlingsproblems und speziell des jüdischen zu gelangen. Aber wie die entscheidende Konferenz von Evian im Sommer 1938 scheiterte, so erwiesen sich auch alle Pläne als illusorisch, den verfolgten Juden außereuropäische Siedlungsgebiete zur Verfügung zu stellen. Die Lösungsvorschläge, die in fast allen Ländern – offiziell und inoffiziell – diskutiert wurden und den wachsamem »Judenexperten« des Sicherheitsdienstes und des Auswärtigen Amtes nicht verborgen blieben, konzentrierten sich nicht nur auf Palästina, sondern sie reichten von Guyana über Kenia, Uganda und Madagaskar bis in die Kimberley, einen fernen, menschenleeren Landesteil im Nordwesten Australiens.¹¹⁵

Nach 1939 fanden die Nationalsozialisten in allen besetzten Gebieten ein ausreichendes Potential kollaborierender Gruppen und Einrichtungen, die an der Verfolgung und Vernichtung der jüdischen Gemeinden mitzuwirken bereit waren. Auch hier bestimmten Solidarität, Gleichgültigkeit und Aggression die Verhaltensweisen der Bevölkerung. Im Unterschied zu Deutschland fielen jedoch die Grenzwerte anders aus. In Teilen Osteuropas entluden sich die offenen judenfeindlichen Einstellungen in weitaus stärkerem Maße. In Nord- und Westeuropa traten sie dagegen kaum in Erscheinung. Hier nahmen Akte und Demonstrationen der Solidarität und Hilfestellung einen breiteren Raum ein. Charakteristisch war jedoch auch, daß sich der Widerstand weniger an der nationalsozialistischen Judenpolitik, sondern primär an der allgemeinen Besatzungspolitik entzündete und massivere Formen erst zu einer Zeit annahm, als die Deportationen schon vorüber waren und sich mit der veränderten militärischen Lage die baldige Befreiung des okkupierten Landes ankündigte. Die Kriegseignisse lieferten fast allen Staaten die Handhabe, die Grenzen hermetisch abzuriegeln. Die Nachrichten über die Vernichtung der jüdischen Gemeinschaften, die sichere Kenntnis von der Existenz der SD-Einsatzgruppen und der Massenvernichtungslager lösten nur noch verbale Proteste aus.¹¹⁶ Die Priorität der politischen und militärischen Kriegsziele der Alliierten und ihrer Verbündeten gebot es, den »Verlust« der jüdischen Bevölkerungsgruppen in Kauf zu nehmen. Auch hier hat es nach Kriegsende kaum einen lauten Aufschrei gegeben.

Zur sozialen Situation der Juden

Noch ein dritter Bezugsrahmen muß aufgestellt werden. Er beschreibt die soziale Landschaft, in der die jüdischen Abwehr- und Überlebensstrategien entstanden. Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, daß es einen allgemeinen jüdischen Widerstand weder gab noch geben konnte. Ebenso wenig haben sich die Juden – um die berühmte Formel zu gebrauchen – »wie Schafe zur Schlachtbank« treiben lassen.¹¹⁷ Juden entwickelten – kollektiv und individuell – eine Vielzahl von Abwehr- und Überlebensstrategien, die durch Traditionen ebenso bedingt waren wie vom Zeitpunkt, vom sozialen Standort ebenso wie von ganz persönlichen Prägungen. Die wesentlichste Entscheidung, die Situation und Verhalten der deutschen Juden bestimmte, fiel 1933. Mit der Zerstörung der Weimarer Republik endete der über Jahre hinweg praktizierte und auf demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien basierende jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus.¹¹⁸

Nach der politischen Abdankung des liberalen Bürgertums und der schnellen Liquidierung der organisierten Arbeiterbewegung fehlten den deutschen Juden, die sich in ihrer überwältigenden Mehrheit assimiliert, das heißt in ihrer sozioökonomischen Stellung und ihrem politisch-ideologischen Bewußtsein fast völlig der Umwelt angepaßt hatten, die beiden gesellschaftlichen Kräfte, die einst ihre Emanzipation gefördert und getragen hatten. Die Nationalsozialisten zerstörten die deutsch-jüdische »Symbiose« – in den Augen der Zionisten ohnedies nur ein Mythos.¹¹⁹ Der staatliche Terror konstituierte eine jüdische »Zwangsgesellschaft«, in der die unterschiedlichen Standorte, Strömungen und Bewußtseinshaltungen weiter wirksam blieben. Mit anderen Worten: Es war die soziale, politische und religiöse Heterogenität des Judentums – und dies galt auch später für die jüdischen Gemeinschaften in den besetzten Gebieten –, die ein einheitliches innerjüdisches Abwehrkonzept ausschloß.

Wie sah die gesellschaftliche Situation der Juden in Deutschland aus? Das demographische Bild zeigt, daß die Zahl der Juden in Deutschland bis 1925 zunahm, aber schon vor 1933 rückläufig war. Dagegen fiel der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung zwischen 1880 und 1933 von 1,09 % auf 0,76 %.

*Tab. 1 Anteil der Juden an der deutschen Gesamtbevölkerung*¹²⁰

Jahr	1000 Juden	1000 Deutsche	Anteil der Juden in %
1871	383	36323	1,05
1880	437	40218	1,09
1890	465	44230	1,05
1900	497	50626	0,98
1910	539	58451	0,92
1925	568	63181	0,90
1933	503	66029	0,76

Die Ursachen für das verringerte Wachstum der jüdischen Bevölkerungsgruppe sind bekannt.¹²¹ Im Zuge der Emanzipation vollzog sich der rasche Aufstieg in das Bürgertum – und damit auch die Übernahme bürgerlicher Lebensweisen. Weniger Ehen wurden geschlossen; das Heiratsalter erhöhte sich; die Geburtenkontrolle nahm zu; die Kinderzahl verringerte sich. Taufen und Mischehen wirkten sich aus. Im Wilhelminischen Kaiserreich nahmen etwa 23000 Juden den christlichen Glauben an. In Preußen machten relativ häufig Juden von der gesetzlichen Möglichkeit Gebrauch, aus der jüdischen Gemeinde auszutreten, ohne den Weg zum Taufbecken

antreten zu müssen. Der hohe Grad der Assimilierung zeigte sich in der ständig steigenden Zahl der Mischehen. 1911 entfielen auf 100 jüdische Ehen 31 Mischehen. Diese »natürlichen Bevölkerungsverluste« durch Geburtenrückgang, Taufen und Mischehen, die nur zu einem gewissen Grade durch die Einwanderung von Ostjuden¹²² ausgeglichen werden konnten, lösten schon früh jüdische Warnrufe aus. Der Zionist und Soziologe Arthur Ruppin wies bereits 1902 auf den Auflösungsprozeß hin; 1911 folgte der Statistiker Felix Theilhaber mit seiner Studie »Der Untergang der deutschen Juden«.¹²³

In der deutschen Öffentlichkeit nahm man vom Substanzverlust der jüdischen Bevölkerung kaum Notiz. Man warf statt dessen eine »Judenfrage« auf und debattierte darüber, welchen »mächtigen« und »zersetzenden« Einfluß die Juden in Staat und Gesellschaft ausübten. Die Nationalsozialisten leiteten ihren Angriff gegen die jüdische Bevölkerungsgruppe so zu einem Zeitpunkt ein, als diese sich bereits in einem Stadium der Abnahme befand. Innerhalb weniger Jahre löschten sie die Substanz des deutschen Judentums fast völlig aus. Im Januar 1933 lebten 525 000 »Glaubensjuden« in Deutschland, im Mai 1945 waren es noch 25 000.

Tab. 2 Rückgang der jüdischen Bevölkerung 1933–1945¹²⁴

Jahr	Anzahl der Juden
Januar 1933	525 000 (geschätzt)
Juni 1933	499 682
Mai 1939	213 390
September 1939	185 000
Oktober 1941	164 000
Januar 1943	51 257
April 1943	31 910
September 1944	14 574
Mitte 1945	25 000 (geschätzt)

Auch die Zahl der Juden, die in einer Mischehe lebten, nahm kontinuierlich ab. Sie fiel von 35 000 im Jahre 1933 auf 12 487 im September 1944. Kinder aus Mischehen wurden als »Mischlinge« geführt. Gehörten sie der jüdischen Glaubensgemeinschaft an, waren sie als »Geltungsjuden« den »Glaubensjuden« gleichgestellt. Bei einem christlichen Bekenntnis – und dies traf für die meisten zu – spielte die Anzahl der jüdischen Großelternanteile die entscheidende Rolle: Als Mischling ersten Grades galt, wer zwei jüdische Großelternanteile aufwies, als Mischling zweiten Grades, wer von

einem jüdischen Großelternteil abstammte. Verlässliche Angaben liegen für diese Gruppen nicht vor. Man nimmt an, daß ihre Zahl im Jahre 1933 bei etwa 300000 gelegen hat.¹²⁵ Zwei Jahre später nannte das Reichsinnenministerium wesentlich höhere Zahlen. Anfang April 1935 teilte es im Hinblick auf die Vorbereitung der Wehrgesetze der Wehrmachtsadjutantur beim Führer »z. Hd. von Herrn Major Hoßbach« mit, in Deutschland lebten

»Volljuden mosaischen Glaubens	475 000
Volljuden nicht mosaischen Glaubens	300 000
Mischlinge 1. und 2. Grades	750 000.« ¹²⁶

Das Innenministerium betonte, daß allein die Zahl »der Religionsjuden ... mit hinreichender Genauigkeit« ermittelt werden konnte. Die anderen Angaben beruhten auf Schätzungen, die man im Ministerium, in der Reichsstelle für Sippenforschung und im Rassenpolitischen Amt der NSDAP vorgenommen hatte. Sie waren weit übertrieben und dürften vermutlich dazu gedient haben, das Ausmaß der »Verjudung« unter Beweis zu stellen.

Bei der Volkszählung vom 17. Mai 1939 lebten nur noch 233 997 Juden in Deutschland,¹²⁷ von denen knapp 20000 als »Rassejuden« klassifiziert wurden, also die jüdische Glaubensgemeinschaft verlassen hatten. Auch die Zahlen für die Halb- und Vierteljuden fielen bescheidener aus. Man registrierte 52 446 Mischlinge ersten und 32 999 Mischlinge zweiten Grades. Zieht man alle »Kategorien« in Betracht,¹²⁸ so kommt man auf eine Gesamtzahl von über 800000 Menschen, die 1933 in Deutschland ansässig und – wenn auch in unterschiedlichem Maße – aus sogenannten rassischen Gründen den nationalsozialistischen Anfeindungen und Verfolgungen ausgesetzt waren. Die nebenstehende Verlustbilanz der deutschen Juden hat Herbert A. Strauss zusammengestellt.¹²⁹

Der Bevölkerungsrückgang war nur ein Charakteristikum der demographischen Entwicklung. Ein zweites Phänomen, das ebenso entscheidend auf die Verhaltensweise gewirkt hat, ist die Verschiebung der Altersstruktur der jüdischen Bevölkerungsgruppe. Verstreute Hinweise in der Literatur und in den Quellenresten deuten darauf hin, daß es einen Zusammenhang zwischen Alter und Widerstand gibt. So wurden Widerstandshandlungen offenbar vorwiegend von jüngeren Menschen praktiziert, oder anders formuliert: mit zunehmendem Alter nahm die Bereitschaft zur Gegenwehr ab. Die Altersgruppe zwischen 20 und 30 Jahren scheint die dominierende gewesen zu sein. Stimmt diese Hypothese, dann stellt die jüdische Altersstruktur einen signifikanten Faktor dar, der die Widerstandsbereitschaft hemmen mußte.

Die Überalterung der deutschen Juden zeichnete sich schon vor 1933 ab. Die Gründe dafür sind bekannt. So lag »die Säuglingssterblichkeit ... bei

Tab. 3

Jahr	Jüd. Bevölkerung	Emigranten	Sterbefälle	Deportierte
1933	525 000	37 000	5 500	
1934		23 000	5 500	
1935		21 000	5 500	
1936		25 000	6 000	
1937		23 000	7 000	
1938		40 000	8 000	
1939 17. 5.	233 390			
1939 31. 12.		78 000	10 000	
1940		15 000	8 000	10 000
1941 1. 5.	169 000			
1941 1. 10.	164 000	8 000	4 000	25 000
1942	139 000		7 500	73 000
1943	51 000	8 500	5 000	25 000
1944	14 500			1 000
1945	20–25 000			
insgesamt		278 000	72 000	134 000

Juden traditionell niedriger als bei Christen, was zusammen mit der höheren Lebenserwartung der Mittelklasse, der die meisten Juden jetzt angehörten, eine geringere Sterblichkeitsrate der jüdischen Bevölkerung bewirkte. In Preußen starben 1906–1909 im Jahresdurchschnitt pro tausend Einwohner 17,7 Personen, aber nur 13,9 von tausend Juden. Die niedrigere Mortalitätsrate führte, verbunden mit dem Geburtenrückgang, zu einer deutlichen Überalterung der jüdischen Bevölkerung.¹³⁰ Im Dritten Reich nahm das Altersbild abnormale Züge an. Die Vertreibungswellen reduzierten gerade die Zahl der jüngeren Menschen, während in erster Linie ältere Juden in Deutschland blieben. Die Tabellen 4 und 5 illustrieren diese Veränderungen in der Altersstruktur und den hohen Grad der Überalterung.¹³¹

Die große Mehrzahl der deutschen Juden war Stadtbewohner. Die Verstädterung resultierte aus einer Binnenwanderung, die sich vor dem Hintergrund der rapiden Industrialisierung vollzog und den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg beschleunigte. 1933 lebten 70 % der deutschen Juden in Großstädten; fast jeder dritte hatte seinen Wohnsitz in Berlin. Die starke Konzentration in Berlin läßt erkennen, welche enorme Anziehungskraft die Reichshauptstadt ausübte. Die Metropole offerierte viele Möglichkei-

Tab. 4 *Die Altersgliederung der jüdischen Bevölkerungsgruppe 1933–1939*

Alter	Juni 1933	September 1939	Abnahme in %
über 60	8 1400	59 700	27
40–59	157 400	76 600	51
25–39	119 700	24 100	80
16–24	58 600	9 700	83
0–15	82 700	15 000	82
insgesamt	499 800	185 100	63

Tab. 5 *Juden über 60 Jahre 1933–1941*

Jahr	Anzahl	%
1933	8 1400	16,30
1938 (Anfang)	96 200	27,49
1938 (Ende)	90 500	30,17
1939 (September)	59 700	32,25
1941 (Juli)	60 941	36,44

ten, am wirtschaftlichen und kulturellen Leben teilzunehmen. Zudem gab es ein mannigfaltiges jüdisches Gemeinde- und Sozialleben und nicht zuletzt auch eine kosmopolitische Atmosphäre, die sich lindernd über den virulenten Antisemitismus legte. Reste dieser vielgepriesenen weltstädtischen Liberalität fanden sich noch in der Zeit der Deportationen. Im Unterschied zu anderen deutschen Großstädten fand sich dort eine ganze Anzahl von Bürgern, die untergetauchte Juden aufnahmen und zu verstecken suchten.

Innerhalb Berlins gab es einige Bezirke, in denen sich Juden besonders zahlreich niedergelassen hatten. 1933 lebten 80% aller Berliner Juden in sechs von 20 Verwaltungsbezirken. Die beliebtesten lagen im Westteil der Stadt – in Charlottenburg und Wilmersdorf. Es waren die besseren, die bürgerlichen Wohngebiete. Nur wenige Juden zogen in die ärmlichen, in die »roten« Arbeiterviertel des Nordens oder des Ostens. Die soziale Affinität zum Bürgertum schlug sich in der Wohnlage nieder. Die räumliche Trennung ließ soziale Kontakte und Bindungen zur Arbeiterschaft kaum aufkommen. Einen Ausbruch vollzogen Ende der zwanziger Jahre große

Teile der jüdischen Jugend, die, angesichts des militanten Antisemitismus an Schulen und Universitäten, sich nach Verbündeten umsahen und sich zunehmend sozialistischen Bewegungen anschlossen.

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme setzte sich die Konzentration in den Städten fort. Tausende verließen die ländlichen Regionen, um in der Anonymität der Großstädte Zuflucht zu suchen und um in den Genuß der sozialen Fürsorge der noch intakten großen jüdischen Gemeinden zu kommen. Die kontinuierliche Abwanderung reduzierte die Zahl der Gemeinden. 1937 hatten bereits 200 von insgesamt 1600 jüdischen Gemeinden aufgehört zu existieren. Um einen anderen Zahlenvergleich zu geben: 85 % aller Juden lebten in 52 Gemeinden; 63 % wurden allein von sieben Großgemeinden betreut,¹³² die restlichen 15 % verteilten sich auf 1348 kleine Gemeinden. Die Nationalsozialisten überwachten die Wanderungsbewegung. Mit Akribie hielten sie die Daten der »Fortzüge« und »Zuzüge« fest,¹³³ sie kannten die Namen und Adressen. Sie brachten auch in Erfahrung, daß zahlreiche Deutsche Ansprüche auf die Übernahme jüdischer Wohnungen anmeldeten. Dieser Druck »von unten« verschärfte sich seit Kriegsbeginn. Als im Herbst 1941 die Deportationsentscheidung getroffen wurde, wußte man, daß 75 % der Juden in den Städten eingefangen waren; fast 40 % waren in Berlin konzentriert.

Interessant ist auch ein Blick auf die Wirtschafts- und Sozialstruktur. Hier hatten Emanzipation, Industrialisierung und Urbanisierung die Voraussetzungen für den Zugang zu und den Aufstieg in der bürgerlichen Gesellschaft geschaffen, wobei ein spezifisches Merkmal tradiert wurde: die starke Präsenz im Handel. Die Judenemanzipation »fiel für Deutschland zeitlich etwa zusammen mit der Einführung der Gewerbefreiheit und der ersten Phase der Industrialisierung. Handwerk und Landwirtschaft befanden sich auf lange Sicht in der Rezession und stellten das Industrieproletariat für die Städte. Industrie und Handel dagegen boten als expandierende Wirtschaftssektoren Unternehmern gute Aufstiegsmöglichkeiten ... Es zeigte sich, daß Juden durch ihre jahrhundertelange Handelstradition beim Übergang in die kapitalistische Industriegesellschaft besser auf die moderne Wirtschaftsform vorbereitet waren als andere Sozialgruppen. Gewöhnt an Geld- und Kreditwirtschaft, geschäftliche Flexibilität, Kundenwerbung und wirtschaftlichen Wettbewerb, besaßen sie einen Vorsprung, der ihnen einen günstigen Start in die Industriegesellschaft ermöglichte.«¹³⁴

Die vorliegenden Studien und Statistiken sagen so gut wie nichts über die qualitative Rolle, die die Juden im deutschen Wirtschaftsleben gespielt haben. Sie geben lediglich den quantitativen Anteil in den einzelnen Wirtschaftszweigen und Berufen wieder und erklären die Gründe für die Disproportionalitäten. In ihrer beruflichen und sozialen Stellung unterschied-

den sich die Juden von ihrer Umwelt deutlich. 1933 sah das Bild so aus:¹³⁵

Tab. 6 Gliederung nach Wirtschaftszweigen 1933

	Juden %	Gesamtbevölkerung %
Land- und Forstwirtschaft	1,7	28,9
Industrie und Handwerk	23,1	40,4
Handel und Verkehr	61,3	18,4
Öffentl. Dienst und priv. Dienstleistungen ausschl. häusl. Dienste	12,5	8,4

Tab. 7 Gliederung nach der sozialen Stellung 1933

	Juden %	Gesamtbevölkerung %
Selbständige	46,0	16,4
Mithelfende Familienangehörige	9,6	16,4
Beamte und Soldaten	1,0	4,6
Angestellte	33,5	12,5
Arbeiter	8,7	46,3
Hausangestellte	1,2	3,8

Vergleicht man die Zahlen von 1933 mit denen von 1925 und 1907, so wird erkennbar, daß die Unterschiede zur Gesamtbevölkerung kleiner geworden waren. Die deutschen Juden standen im Begriffe, ihre Sonderstellung langsam zu verlieren. Diesen Trend unterbrachen die Nationalsozialisten, und es ist müßig, darüber zu spekulieren, ob er tatsächlich – wie vielfach behauptet – eine vollständige Angleichung gebracht hätte. Die Juden wurden nach 1933 systematisch aus ihren beruflichen und sozialen Stellungen vertrieben. Die Zahl der Arbeitslosen unter ihnen nahm ständig zu. 1939 betrug die jüdische Arbeitslosenquote mehr als 80 %.

Am Vorabend der Deportationen boten die deutschen Juden so das Bild einer dezimierten, überalterten, in den Städten konzentrierten, sozial deklassierten und verarmten Bevölkerungsgruppe, und man kann wahrlich behaupten, daß diese »Sonderstellung« eine allgemeine Auflehnung schwerlich zuließ. Einem Widerstand waren aber auch aus anderen Gründen enge Grenzen gesetzt.

Die deutschen Juden bildeten keine Einheit.¹³⁶ Unterschiedlich fielen schon die politischen Einstellungen aus. Die überwiegende Mehrzahl fühlte sich dem Liberalismus verpflichtet. Im Kaiserreich und in der Republik votierte man für die bürgerlichen Parteien, in der Schlußphase zeichnete sich eine Annäherung an die Sozialdemokratie ab. Dominierend war und blieb die antimarxistische Grundeinstellung. Dazu trat ein Antiliberalismus bei den extrem nationalistischen Splittergruppen, die sich im rechten Lager zu Hause fühlten. Antiliberale und antimarxistische Töne schlug auch eine andere kleine Gruppe an. Es waren die strenggläubigen Juden, die sich gegen diese »säkularen« Kräfte zu Wehr setzten. Einige zogen es sogar vor, sich in dieser Frage und bei Wahlen mit dem katholischen Zentrum zu verbinden. Auf der äußersten Linken stand die Schar derer, die sich gänzlich von den Bindungen des Judentums losgesagt hatten.

Trennungslinien durchzogen auch die religiöse Sphäre und die Gemeinden. Die große Mehrzahl bekannte sich zum liberalen Judentum. Für viele verband sich mit ihm nur noch der Weg in die Synagogen an den hohen Feiertagen. Lediglich eine Minderheit folgte den alten Gesetzen und Traditionen. 10 % bekannten sich zur Orthodoxie, die in den ländlichen Regionen und in einigen Großstädten ihre Bastionen und Separatgemeinden besaß.

Die Zerrissenheit spiegelte sich auch in den Standorten und in der Programmik der deutschen jüdischen Organisationen wider. Da gab es den Central-Verein (CV), der 1893 als Abwehrverein gegen den Antisemitismus gegründet worden war und der sich zur größten Organisation entwickelte. 1932 zählte er etwa 60 000 Mitglieder. Der CV repräsentierte das assimilationistische Lager. Er sprach und handelte für die große Mehrzahl der Juden, die sich als »deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens« verstanden und die fest an die Existenz der deutsch-jüdischen »Symbiose« glaubten.

Dicht neben dem CV operierte der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RjF),¹³⁷ der im Februar 1919 von ehemaligen jüdischen Soldaten gegründet worden war, um nicht nur die antisemitischen Vorwürfe von der »jüdischen Drückebergerei« zu widerlegen, sondern auch, um »die maßlosen Drohungen der deutsch-völkischen Gegner gegen Leben und Eigentum jüdischer Mitglieder nicht zur Tat werden« zu lassen. Der Reichsbund zog 35 000 Juden an. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme kamen weitere 15 000–20 000 Mitglieder hinzu. Auch sie ließen an ihrem Patriotismus keinen Zweifel und waren überzeugt, daß sich ihr Deutschtum mit ihrem Judentum in Einklang befinde. Noch einen Schritt weiter gingen die 2000 Juden, die sich im Verband Nationaldeutscher Juden (VNJ) vereinten und einem Nationalismus huldigten, der teilweise chauvinistische Züge trug.¹³⁸ Innerhalb des jüdischen Lagers zogen sie vor allem gegen die Zioni-

sten und die eingewanderten »fremden« Ostjuden zu Felde. Auch die Gemeinden schufen sich ihre eigenen Interessenvertretungen. 1920 schlossen sich in Halberstadt die Orthodoxen zum Bund gesetzestreuer jüdischer Gemeinden Deutschlands zusammen. Ein Jahr später gründeten sie in Preußen einen eigenen Landesverband,¹³⁹ der 130 Gemeinden umfaßte. 720 Gemeinden gehörten dem großen Rivalen, dem allgemeinen Preußischen Landesverband jüdischer Gemeinden an.

Eine besondere Stellung nahmen die Zionisten ein. Sie lehnten grundsätzlich eine Assimilierung ab und propagierten ein neues jüdisches Selbstverständnis. Aus der Realität des Antisemitismus zogen sie den Schluß, daß die Integration in die Gesellschaft die »Judenfrage« nicht lösen werde. Die zionistische Alternative lag in der nationalen Selbstbesinnung, in der Wiederaufnahme jüdischer Traditionen und ihrer Einbeziehung in das tägliche Leben sowie in der Auswanderung und Errichtung des eigenen Judenstaates in Palästina. Das Programm wurde 1897 auf dem Ersten Zionistischen Weltkongreß in Basel verkündet; wenige Wochen später formierte sich die Zionistische Vereinigung für Deutschland (ZVFD). Nur ein kleiner Teil der deutschen Juden – im Jahre 1925 waren es 22 000 – schloß sich der zionistischen Bewegung an, die selbst verschiedene Strömungen umfaßte.¹⁴⁰ Nur wenige deutsche Zionisten nahmen bis 1933 ihr Gelöbnis ernst und wanderten nach »Erez Israel« aus. Es dauerte nicht lange, bis Zionisten und Assimilanten die Klänge kreuzten. Die Fehde zog sich über Jahre hin.

Als die Nationalsozialisten die deutsch-jüdische »Symbiose« aufkündigten, meldeten sich die jüdischen Organisationen zu Wort.¹⁴¹ Unter dem Eindruck der Geschehnisse und Auswirkungen des Boykotts am 1. April 1933 bemühten sie sich um eine Standortbestimmung. Die Gemeinsamkeit erschöpfte sich jedoch im allseitigen Protest gegen die Diffamierung – von dem noch die Rede sein wird¹⁴² –, im Treuebekenntnis zum deutschen Volk, in lautstarken Versicherungen, den ausländischen Boykottaufrufen und »Einmischungsversuchen« entgegenzutreten und im Bemühen, zu einem Modus vivendi mit den Nationalsozialisten zu gelangen.

Damit aber endete die Gemeinsamkeit. Die Assimilanten hielten unbeirrt an ihren traditionellen Abwehrargumenten fest und pochten auf ihr »Heimatrecht«. Man gab die Parole aus: »Jeder bleibt auf seinem Posten.« Die Zionisten beriefen sich auf die »jüdische Anomalie« und propagierten die Auswanderung nach Palästina. Die Orthodoxen forderten die ungeschmälerte Ausübung der Religion. Die rechtsradikalen Nationalisten gaben sich der Hoffnung hin, selbst einen gebührenden Platz im neuen »Führerstaat« zu erhalten. Die internen Auseinandersetzungen und Animositäten blieben den Nationalsozialisten nicht verborgen, und die »Judenexperten« der Gestapo und des SD ließen es sich nicht nehmen, den innerjüdi-

schen Zwist zu schüren und die Gruppen gegeneinander auszuspielen. Dabei fiel es ihnen auch nicht schwer, in den Anfangsjahren des Dritten Reiches den »gegenassimilatorischen« Kräften, vor allem den Staatszionisten, eine Vorzugsstellung einzuräumen. Eines freilich hatte der Schock der Machtübernahme doch bewirkt: Die Repräsentanten der Juden sahen sich veranlaßt, eine Dachorganisation des deutschen Judentums zu konstituieren.

Von Beginn an ließen die Führer der 1933 etablierten »Reichsvertretung der Juden in Deutschland«, Leo Baeck und Otto Hirsch, keinen Zweifel daran, daß sich ihre Aktivitäten in den Bahnen und Grenzen strikter Legalität bewegen würden. Zwei Richtungen des Handelns gilt es zu unterscheiden. Nach außen – gegenüber den staatlichen und polizeilichen Kontrollinstanzen – wurde die Haltung von der Sorge bestimmt, daß jede offene Abweichung, jedes als illoyal zu interpretierende Verhalten weitere Gefährdungen der jüdischen Gemeinschaft nach sich ziehen würde. Dazu wirkte sich das traditionelle Bewußtsein aus, im Interesse der kollektiven Existenzsicherung und Solidarität auf einen aussichtslosen militanten Widerstand zu verzichten. Die Möglichkeit wurde erwogen – und verworfen. So lehnten jüdische Repräsentanten einen Vorschlag Moshe Shapiras ab, der aus Palästina herbeigeeilt war und den Aufbau einer jüdischen Selbstschutzorganisation gegen die antisemitischen Anfeindungen empfohlen hatte.¹⁴³ Ebensovornig war Leo Baeck nach der »Reichskristallnacht« vom November 1938 gewillt, einem Ratschlag Gandhis zu folgen und die deutschen Juden zu einem Massensuizid als spektakulärem Akt eines passiven, gewaltlosen Widerstandes aufzurufen.¹⁴⁴ Nach innen – gegenüber der jüdischen Gemeinschaft – hoffte und vertraute man darauf, die moralische Diffamierung und soziale Diskriminierung auf traditionelle Weise abfangen und beantworten zu können. Wie in früheren Krisen- und Verfolgungsphasen der jüdischen Geschichte lag die wesentliche Antwort in der Intensivierung jüdischen Lebens und jüdischer Kreativität. Erziehungs- und Kulturarbeit, Glaubenstreue und Standhaftigkeit, soziale und medizinische Fürsorge, Studium und Forschung, Berufsumschichtungen und Auswanderungsanstrengungen legen Zeugnis für diesen Selbstbehauptungswillen ab, für den jüdische Autoren den Begriff des »Aufbaues im Untergang« geprägt haben.¹⁴⁵

Mit der Intention, jüdische Existenz zu wahren und zu schützen, folgten die Repräsentanten des deutschen Judentums auch nach 1939 den Anordnungen der Nationalsozialisten und übernahmen Aufgaben, die alsbald die beabsichtigte Schutzfunktion in ihr Gegenteil verkehrten. Kurz vor Kriegsbeginn wurde die »Reichsvertretung« in die »Reichsvereinigung« überführt¹⁴⁶ und gezwungen, die bürokratisch-administrativen Hilfsdien-

ste zu leisten, die den Nationalsozialisten die weitere Demoralisierung, Kontrolle und Ausschaltung der jüdischen Bevölkerungsgruppe erleichterten. Die »Reichsvereinigung« wie die in den besetzten Gebieten errichteten Judenräte waren angehalten, bei Registrierung, Konzentrierung, Kennzeichnung und Deportation behilflich zu sein. Terror und Privilegien sorgten dafür, daß sie bis zum Ende ihre Rolle als Befehlsübermittler weiter spielten.

Problematik und Komplexität des Handelns dieser jüdischen Repräsentanten lassen Pauschalurteile nicht zu.¹⁴⁷ Unumstritten ist das verzweifelte Bemühen, im Angesicht des drohenden Untergangs jüdische Existenz- und Überlebensräume abzusichern und auszubauen. Es gab eine ganze Reihe von Judenräten, die nationalsozialistische Anordnungen unterliefen, offen rebellierten und Kontakte zu Widerstandsgruppen suchten. Mitglieder anderer Judenräte erlagen der Versuchung: diktatorische Machtstellung, offene Kollaboration, persönliche Bereicherung und Verrat waren die Folge. Die Reichsvereinigung hat sich nur wenige »Verstöße« zuschulden kommen lassen. Bis zu ihrer Liquidierung im Sommer 1943 verharnte sie in der Falle der Legalität.

2. Juden im organisierten Widerstand

Die politische Bindung

Nach dem Regierungsantritt Hitlers, nach der raschen Ausschaltung der demokratisch-republikanischen Gegenkräfte, nach der zügigen Gleichschaltung der politischen Institutionen und der gesellschaftlichen Zusammenschlüsse waren die Juden schon bald eine isolierte Gruppe. Lediglich in den illegalen Parteien und Organisationen der geschlagenen und zerstrittenen deutschen Arbeiterbewegung fanden Mitglieder oder Sympathisanten jüdischer Herkunft einen Platz, um den Kampf gegen den Nationalsozialismus aufzunehmen. Ein solcher Entschluß wurde – und dies gilt es festzuhalten – nicht durch eine spezifisch jüdische Motivation, sondern ausschließlich durch den politischen Standort bestimmt. Anders ausgedrückt: nicht als Juden, sondern als überzeugte Kommunisten, undogmatische Marxisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftler, Trotzlisten oder Anarcho-Syndikalisten schlossen sie sich den Organisationen an: in Deutschland, im Exil, im Spanischen Bürgerkrieg, in den besetzten Gebieten und in den Konzentrationslagern. Fast alle hatten sich von den Bindungen des Judentums gelöst. Nur in der Erinnerung waren Kindheit und jüdisches Elternhaus lebendig.

Heinz Brandt, der als Kommunist im Dezember 1934 verhaftet wurde und der die »Endlösung« überlebte, beschreibt die »poetische Zeremonie« eines Sederabends im Posener Haus seines frommen Großvaters und hört dessen Worte: ¹ »Wir essen das bittere Kraut zum Gedenken an die Bitter-

nis der Knechtschaft, das ungesäuerte Brot in der Erinnerung daran, wie rasch unsere Flucht erfolgen mußte. Jeder Jude soll so leben, als sei er selbst Knecht gewesen in Ägypten, selbst befreit worden. Wir wissen, was Knechtschaft ist, und gerade heute – am Sederabend – denken wir daran. Wir wollen, daß nirgends in der Welt Knechtschaft sei, keiner den anderen unterdrücke und sich von keinem anderen unterdrücken lasse. Nicht Knecht sein und keinen zum Knecht machen, dies ist der Sinn des Sederabends, das ist das Geheimnis der Juden. Am Ursprung des Judentums – das prägte sich mir tief ein –, weitab der mir fremden religiös-konfessionellen Vorstellungen, steht eine epochale, befreiende soziale und nationale Revolution. So ist die jüdische Idee im Kern human, radikal, revolutionär wie jede große Menschheitsidee.« Viele jüdische Marxisten hätten diese Interpretation teilen können.

Als einen »äußerst verstockten und verschlagenen Menschen« stuft die Gestapo Ossip K. Flechtheim ein,² der 1935 in Schutzhaft genommen und verdächtigt wurde, mit kommunistischen Funktionären in Verbindung gestanden zu haben. Flechtheim, der nach der Entlassung emigrierte, 1951 nach Deutschland zurückkehrte und in Berlin eine Professur für Politikwissenschaft übernahm, sagt über seine Herkunft: »Bereits meine Eltern standen der jüdischen Religion distanziert gegenüber – mein Vater fühlte sich sicherlich nicht nur als Jude, sondern auch als Deutscher, meine Mutter als Jüdin und Russin.« Flechtheim begrüßte »die russische Revolution als Sieg über den nationalistischen, antisemitischen und antihumanen Zarisismus. Als Schüler suchte ich Zuflucht bei sozialistischen und kommunistischen Theorien ... Mit 18 Jahren trat ich auch formell aus der Synagogengemeinde aus und in die KPD ein. Damals erhoffte ich die Lösung aller Probleme (auch der nationalen, religiösen und ›rassischen‹) von der Weltrevolution. Als diese ausblieb und der Kommunismus in Deutschland wie in der Sowjetunion seine Widersprüche und Unzulänglichkeiten offenbarte, trennte ich mich 1932/33 von der KPD. Die Nationalsozialisten stempelten mich 1933 zum ›Nicht-Arier‹. Zur jüdischen Religion oder Nation konnten sie mich aber nicht zurückführen. Ich blieb Jude und Deutscher, Europäer, Weltbürger, auch ein Bürger derer, die da kommen werden.«³

Eine andere Tonart schlägt der linientreue Kommunist Emil Carlebach an. Für ihn verläuft – wie er es im Jahre 1979 formulierte – die Grenze nicht zwischen »Juden und Nichtjuden, sondern zwischen Besitzern und Habenichtsen, zwischen Faschisten und Nichtfaschisten«.⁴ Seine Herkunft umschreibt er so: »Also wieso ›bin ich Jude?‹ Vor ca. 1500 Jahren sollen Vorfahren von mir im Vorderen Orient gelebt haben – aber wer kann für seine Vorfahren das Gegenteil beweisen? Soweit zurück reichte nicht einmal der Ariernachweis, den Herr Globke verlangte, als er noch ... bei denen stand,

die die ›Endlösung der Judenfrage‹ betrieben. Prüfen wir weiter: Vor ca. 64 Jahren schnitt man mir ein Stückchen Haut vom Leibe. Bin ich deshalb Jude? Ich hatte – ganze acht Tage alt – darüber nicht mitzuentcheiden. Und überdies weiß man, daß es Millionen Menschen gibt, denen dieselbe Operation zugefügt wurde aus Gründen der Hygiene oder weil sie Moslems sind – sie alle sind deshalb keine Juden. Vor ca. 58 Jahren steckten mich meine Eltern in eine religiöse, jüdische Schule, wo man uns Buben mit Pentateuch und Talmud vollpaukte; aber ich versichere an Eides Statt, daß ich schon damals wenig überzeugt von diesen Dingen war. Und überdies: im Anschluß an dieses Institut der Frommen besuchte ich bis zum Abitur eine andere Schule, die als Gegengabe für ihre Haltung unter der Weimarer Republik bereits 1934 die Erlaubnis bekam – als erste Schule in Deutschland – sich ›Adolf-Hitler-Schule‹ zu nennen. Bin ich deshalb etwa ein ›Arier‹ oder gar ein Nazi?«

Noch eine andere Erinnerung prägte sich ihm ein. Am 2. Mai 1933 – als die SA die Gewerkschaftshäuser stürmte – erlebte er, wie eine rechtsradikale zionistische Gruppe (Brith Trumpeldor) das Frankfurter jüdische Jugendheim in der Eschersheimer Landstraße stürmte und Angehörige anderer jüdischer Jugendorganisationen hinausprügelte. Er sah ihre Braunhemden, Koppel und Schulterriemen und hörte ihren Kampfruf: »Jetzt sind wir Faschisten dran.« Vom kommunistischen Widerstandskämpfer Carlebach wird noch die Rede sein.

Der Sozialdemokrat Friedrich Stampfer ging 1933 ins Exil. Das jüdische, großbürgerliche Elternhaus lag im tschechischen Brünn. Die »Familie empfand sich kulturell und politisch so selbstverständlich dem Deutschtum zugehörig, daß dem jungen Stampfer jedes durch jüdische Tradition geprägtes Gruppenbewußtsein von vorneherein fehlte.«⁵ Auch die Exilzeit änderte nichts daran.

Der Sozialist Heinz Abosch wich 1933 nach Frankreich aus. In der historischen Rückschau bekennt er: »Wo bleibt das Judentum? Der Verfasser hat weder ein religiöses noch ein nationales Bekenntnis, er ist kein Gläubiger und kein Zionist. Was ihn prägt, ist das Experiment der Verfolgung, die Treue zu den Opfern, ist der Versuch, analoge Verbrechen zu verhindern. Hier ist es notwendig, gegen einen Mythos Stellung zu nehmen: es besteht kein einheitliches Judentum. In sozialer, philosophischer und politischer Hinsicht war und ist es vielgestaltig, aber eine humane Komponente ist ihm eigen.«⁶

Dagegen wiesen Angehörige der Linken, die aus der jüdischen Jugendbewegung hervorgegangen waren und sich dem sozialistischen Widerstand verpflichtet fühlten, teilweise noch gewisse Bindungen an das Judentum auf. Alle hatten jedoch eines gemeinsam: In ihren Einstellungen zur »Ju-

denfrage« orientierten sie sich am marxistischen Interpretationsmuster. Sie zeigten sich überzeugt, daß die Lösung im Sozialismus liege, eine Lösung, die mit der Auflösung des Judentums identisch war.⁷ Die deutschen Widerstandskämpfer jüdischer Herkunft operierten damit auch außerhalb der jüdischen Gemeinschaft. Sie suchten und fanden keinen Kontakt oder Rückhalt bei den deutsch-jüdischen Repräsentanten, deren Abwehrstrategien auf einer gänzlich anderen Ebene lagen als im politisch organisierten Antifaschismus.

Die fragmentarische Überlieferung läßt eine gesicherte Quantifizierung über den Anteil der Juden nicht zu. Die Sichtung der einschlägigen Personenakten, der Lageberichte, Justizakten und der Widerstandsliteratur erlaubt höchstens eine Schätzung: Die Zahl dürfte 2000 nicht überschritten haben. Sicher ist, daß die überwiegende Mehrheit im kommunistischen Untergrund gekämpft hat. Eine Gestapoangabe liegt für Ende 1934 vor, und sie ist mit Vorsicht zu gebrauchen. »In der letzten Zeit«, so heißt es in einem Rundschreiben des Geheimen Staatspolizeiamtes vom 11. Januar 1935, »mehren sich die Fälle, in denen jüdische Elemente als Träger der illegalen Arbeit der kommunistischen Partei festgestellt werden konnten. Es ist nunmehr erforderlich, über die kommunistische Betätigung der Juden eine genaue Übersicht zu gewinnen. Ich ersuche daher alle bisherigen Fälle kommunistischer bzw. marxistischer Betätigung der jüdischen Elemente – unter Berücksichtigung des 1. Oktober 1934 als Stichtag – umgehend hierher mitzuteilen.«⁸

Aus allen Stapodienststellen trafen die Meldungen über die registrierten Festnahmen ein.⁹ Einige Polizeistellen warteten mit Fehlanzeigen auf. Die Gestapo in Bremen entschuldigte den Umstand, »daß sich bei den sehr umfangreichen Ermittlungen gegen die illegale KPD und auch bei den durchgeführten Verhaftungen ... Juden nicht haben feststellen lassen«, mit dem Hinweis, »daß Bremen allerdings an und für sich sehr judenarm« sei. Aus den eingegangenen Meldungen stellte das Geheime Staatspolizeiamt am 22. März 1935 einen Schlußbericht zusammen. Danach waren bis zum 1. Oktober 1934 insgesamt 195 Juden aus Gründen politischer Betätigung festgenommen worden. Im einzelnen wurden sie folgenden Organisationen zugerechnet:

- 79 Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)
- 14 Kommunistischer Jugendverband Deutschlands (KJVD)
- 7 Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO)
- 4 Kommunistische Partei Deutschlands/ Opposition (KPO)
- 4 Rote Hilfe
- 1 Internationale Arbeiter-Hilfe (IAH)
- 15 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

- 12 Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands (SAP)
- 3 Sozialistischer Jugendverband (SJV)
- 9 Anarcho-Syndikalisten
- 20 Liga für Menschenrechte
- 27 gehörten keiner Organisation an.

Die Widerstandskämpfer jüdischer Herkunft setzten sich einer doppelten Gefährdung aus – als Sozialisten und Juden. Unter den Bedingungen der Illegalität und des nationalsozialistischen Terrors vollzog sich bei einigen eine Bewußtseinsveränderung.¹⁰ Es war die Erfahrung, wieder von der Umwelt als »Juden« klassifiziert und behandelt zu werden. 1935 wurde die Gestapo angewiesen, hinter den Namen des Festgenommenen das Wort »Jude« zu setzen.¹¹ Die Richter verfuhrten in den Prozessen und Urteilen ebenso. Die Presse wurde aufgefordert, »strafbare Handlungen von Juden ... besonders zum Ausdruck zu bringen«.¹² In den Konzentrationslagern heftete man ihnen schon in den Vorkriegsjahren den gelben Judenwinkel an. Eine besondere Behandlung erfuhren die gefährdeten Kommunisten jüdischer Herkunft in den Vorkriegsjahren freilich auch von den nichtjüdischen Kameraden. Man zog sie aus den dezimierten illegalen Kadern heraus und stellte sie vor die Alternative, entweder zu emigrieren oder sich zu rein jüdischen Gruppen zusammenzuschließen. Gleichwohl kann es keinen Zweifel darüber geben, daß der Widerstand von Frauen und Männern jüdischer Herkunft Teil des allgemeinen deutschen Widerstandes im Rahmen des organisierten politischen Antifaschismus war – und als solcher auch von ihnen verstanden wurde.

Sozialdemokratische Partei

Der beschwörende Appell des Parteivorstandes zur Verteidigung der Verfassung am Tage der Machtübernahme und der demonstrative Verweigerungsakt bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Sozialdemokratie im Frühjahr 1933 unbeirrt ihrem Legalitätskurs folgte: kampflos wurde der Untergang der Weimarer Republik hingenommen.¹³ Die traditionsreiche und große Arbeiterpartei, die sich auf 900 000 Mitglieder stützen konnte, hatte schon längst die politische Initiative verloren. Seit 1930 hatte sie die Notverordnungspolitik der Präsidialkabinette toleriert und damit zur Aushöhlung der parlamentarischen Demokratie beigetragen. Entschlußlosigkeit und Ohnmacht offenbarten sich am 20. Juli 1932, als der »Preußenschlag« Papens die sozialdemokratisch geführte Regierung in Preußen hinwegfegte. Ebenso vergeblich warteten viele Parteimitglieder an der Basis auf ein Signal »von oben«, der

Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler offenen Widerstand entgegenzusetzen. Ebensovienig zeigte sich die Parteileitung bereit, sich dem Aufruf der Kommunisten zum Generalstreik anzuschließen. Zu tief war der Graben, der die beiden Arbeiterparteien schon seit Jahren trennte. Hinzu kam bei vielen der Glaube, daß der Nationalsozialismus nur eine vorübergehende Erscheinung sei und in kurzer Zeit zusammenbrechen werde.

Es zeigte sich sehr schnell, daß die Hoffnung, sich durch eine legale Oppositionshaltung noch rechtsstaatliche Sicherungen und die Parteixistenz bewahren zu können, getrogen hatte. Am 2. Mai 1933 wurden die Gewerkschaften ausgeschaltet. Massenverhaftungen setzten ein. Am 10. Mai wurde das Vermögen der SPD beschlagnahmt. Wenige Tage zuvor waren als erste Parteiführer Wels, Vogel, Crummenerl, Stampfer, Hertz und Ollenhauer ins Ausland ausgewichen, um die Bildung eines Exilvorstandes in die Wege zu leiten. Heftige parteiinterne Auseinandersetzungen entbrannten. Sie führten zum offenen Bruch, als die Mehrheit der Funktionäre in Berlin weiter auf dem Legalitätskurs beharrte. Aber die Anpassung half wenig. Am 22. Juni 1933 verboten die Nationalsozialisten jede Betätigung für die SPD, was praktisch dem Parteiverbot gleichkam. Inzwischen hatte sich in Prag ein Exilvorstand unter der Abkürzung »Sopade« etabliert und den Anspruch angemeldet, der alleinige Repräsentant der deutschen Sozialdemokratie und des »anderen Deutschlands« zu sein.

Auf den Fahndungs- und Ausbürgerungslisten der Nationalsozialisten erschienen bald die Namen der »staatsfeindlichen« Emigranten. Nicht wenige wiesen eine jüdische Herkunft auf: Friedrich Stampfer, Paul Hertz, Rudolf Hilferding, Erich Kuttner, Ernst Hamburger, Siegfried Aufhäuser, Tony Sender, Hans Hirschfeld, Alexander Schifrin, Alfred Braunthal, um nur einige namhafte Sozialdemokraten zu nennen.¹⁴ Die Gestapo suchte den sozialdemokratischen Gewerkschaftssekretär Bruno Süß,¹⁵ der sich zunächst nach Saarbrücken und dann nach Paris abgesetzt hatte, wo er die Pressekorrespondenz der gewerkschaftlichen Auslandsvertretung herausgab. Er starb in einem französischen Internierungslager.¹⁶ Nach der Entlassung aus der Schutzhaft emigrierte Hugo Etteroth 1934 in die Tschechoslowakei.¹⁷ Der ehemalige Redakteur der Rheinischen Zeitung wurde verdächtigt, sich weiter für die illegale SPD betätigt zu haben. Umfangreiche Ermittlungen betrieb die Gestapo über die Aktivitäten Siegfried Thalheimers¹⁸, der einst die Düsseldorfer Lokalzeitung verlegt hatte, 1933 nach Saarbrücken gegangen war und dort die antifaschistische Zeitung Westland herausgab. Die jüdischen Redakteure Hirschmann und Fritz Heymann halfen ihm dabei. Die Geheime Staatspolizei nahm an, daß Thalheimer

auch vom Nachrichtendienst der SPD unterstützt werde, der in Saarbrücken seinen Sitz hatte. Der Journalist Konrad Heiden soll ihn geleitet haben. 1933 zog sich der bekannte Hitlerbiograph nach Amerika zurück.

In den Dezernaten der Gestapo wurden die illegalen Aktivitäten der Sozialdemokratie bald registriert.¹⁹ Man kannte viele Namen und Adressen der Auslandsvertretungen und »Grenzsekretariate« und brachte selbst interne Vorgänge und Entscheidungen in Erfahrung. Viele Kurierere und Kurierwege wurden ermittelt. Die Polizei entdeckte den »lebhaften Personenschmuggel«, der sich an den Landesgrenzen abspielte. Ladungen von eingeschleusten »marxistischen« Tarn- und Flugschriften wurden beschlagnahmt. Man stöberte Hersteller, Verteiler und Leser auf. Der Einsatz von »Vertrauensmännern« und Spitzeln zahlte sich aus. In regelmäßigen Abständen wurden alle in Deutschland zurückgebliebenen und erfaßten ehemaligen sozialdemokratischen Funktionäre, Parlamentarier und Gewerkschaftssekretäre einer genauen Überwachung unterzogen. Aus allen Stapoleitstellen trafen die Meldungen über Lebensgewohnheiten und Einstellungen der Beobachteten zum Regime ein. Ab Mitte 1935 gaben die Beobachtungen kaum noch Anlaß zum Einschreiten.²⁰ Der Erfolg all dieser Bemühungen blieb nicht aus. Gruppe für Gruppe wurde ausgehoben.

Im Oktober 1934 verhaftete die Gestapo den 44jährigen Apotheker Ehard Alterthum (Deckname »Dr. Mann«), der sich mit einem zweiten Sozialdemokraten jüdischer Herkunft namens Layer und anderen ehemaligen Parteimitgliedern für die »Ziele der aufgelösten und verbotenen SPD« sowie für das Reichsbanner eingesetzt hatte.²¹ Eine ganze Zeit verbrachten sie in Untersuchungshaft, ehe sie vom Oberlandesgericht Karlsruhe zur Rechenschaft gezogen wurden.²² Mehrere Monate sperrte man den 39jährigen Kaufmann Siegfried Rosenthal in das Konzentrationslager Kislau. Man verdächtigte das Mitglied des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, sowohl in der SPD wie in der KPD illegal gearbeitet zu haben. Die Gestapo Karlsruhe meldete Anfang 1935 die Verhaftung des jüdischen Arztes Schnurmann und eines ehemaligen SPD-Funktionärs. Beide hatten die Druckschrift »Man flüstert in Deutschland – Die besten Witze über das Dritte Reich« verbreitet.²³

Am 29. Januar 1935 meldete die Bayerische Politische Polizei: »Der Kaufmann James Todtmann ..., hat sich im Jahre 1934 mit einer Reihe ehemaliger Marxisten an dem Aufbau der illegalen SPD in der Pfalz beteiligt. Gegen ihn ist ... ein Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat beim Bayerischen Obersten Landesgericht anhängig. Todtmann ist Mitglied des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten.«²⁴ Im Frühjahr 1935 brach die Gestapo durch einen Spitzel in die illegale Berliner Bezirksleitung

der SPD ein. Bald darauf hob sie die letzten Mitglieder aus. Unter den Inhaftierten befand sich der aus dem Staatsdienst entlassene Richter Michael Hirschberg. Er erhielt zwei Jahre Zuchthaus. Anfang 1937 verstarb er im Gefängnis Berlin-Plötzensee; nach schweren Mißhandlungen nahm sich Hirschberg vermutlich selbst das Leben.²⁵ Noch eine ganze Reihe anderer Prozesse ließe sich anführen, in denen Sozialdemokraten jüdischer Herkunft auf der Anklagebank erschienen.

Angesichts der Verhaftungs- und Prozeßwelle setzte sich in der SPD die Erkenntnis durch, daß mit der Widerstandsmethode der Massenpropaganda das nationalsozialistische Herrschaftssystem nicht zum Einsturz zu bringen sei. In der Exilleitung war Anfang Januar 1935 die Entscheidung gefallen, die kommunistischen Offerten zur Bildung einer Volksfront zurückzuweisen. Statt dessen unternahm die Sopade 1937 den Versuch, die Kontakte zu noch bestehenden Gruppen in Deutschland nicht abreißen zu lassen und in zäher Klein- und Einzelarbeit weiter Widerstand zu leisten, um auf diese Weise das NS-Regime zu überdauern.²⁶ An dieser Strategie wird deutlich: Man wollte weitere Blutopfer vermeiden, um sich eine Basis zu erhalten, die nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus für den Wiederaufbau der Partei und eines neuen demokratischen Staates mobilisiert werden konnte. Daß die Gestapo auch mit dieser Form des Widerstehens ihre Probleme hatte und ihn nicht gering achtete, wird in einem Lagebericht aus dem Jahre 1937 deutlich, in dem die Formen dieses Zusammenhalts der Illegalen beschrieben wurde:

»Man sitzt abends nach Betriebsschluß zusammen und trinkt ein Glas Bier, man trifft sich mit seinen früheren Gesinnungsgenossen in den Wohngebieten, man hält den Zusammenschluß durch Familienbesuche aufrecht, man vermeidet irgendwelche Organisationsformen und sucht in der geschilderten Weise nur, die Freunde bei ihrer Gesinnung zu halten. Bei diesen Zusammenkünften wird natürlich über die politische Lage gesprochen, es werden die erhaltenen Nachrichten ausgetauscht, man betreibt die sogenannte Flüsterpropaganda im großen, die z. Z. die wirksamste illegale Arbeit gegen den Staat, seine Einrichtungen und Maßnahmen und gegen die Partei darstellt ... Dadurch, daß viele ehemalige Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre heute als Vertreter und Reisende tätig sind, werden solche Parolen usw. verhältnismäßig rasch auch in die entferntesten Teile des Reiches getragen. Trotz des Umfanges dieser subversiven Tätigkeit ist es bisher selten gelungen, einen dieser Leute auf frischer Tat zu fassen, ihn zu überführen und dem Gericht zur Aburteilung zu überstellen.«²⁷

In diesem Rahmen lief der sozialdemokratische Widerstand weiter. Nur noch vereinzelt stieß die Gestapo in den Vorkriegsjahren auf Namen, vor die sie das Wort »Jude« setzte. So wurde ein 30jähriger Kaufmann aus dem

oberfränkischen Kulmbach verdächtigt, 1937 in Verbindung mit Emigranten in der Tschechoslowakei gestanden und am Wiederaufbau einer illegalen SPD-Gruppe mitgewirkt zu haben.²⁸ Nach der Entlassung aus dem Konzentrationslager Buchenwald gelang ihm 1939 die Ausreise nach Shanghai. Aus Berlin wurde am 1. Juli 1937 die Festnahme von sechs Personen gemeldet, denen man die »illegale Fortführung des verbotenen Reichsbanners« vorwarf. Sie hatten ehemalige Mitglieder zu Zusammenkünften eingeladen, auf denen Vorträge gehalten und Propagandaschriften verteilt wurden. Die Treffen waren getarnt. Die Gestapo fand heraus, daß sie in Lokalen »Skat-Abende« und sogar im Saalbau Friedrichshain einen »Walzer- und Operetten-Abend« arrangiert hatten. Als Leiter der Gruppe wurde der Jude Felix Jonas ermittelt. Man fing ihn in Saarbrücken ab, als er sich auf dem Weg nach Frankreich befand.²⁹

Skat-, Lese- und Spielabende wurden auch an anderen Orten organisiert. Im April 1938 führte die Staatspolizeistelle Frankfurt an der Oder »eine größere Aktion gegen marxistische Kreise« im Niederlausitzer Industriegebiet durch. Man nahm zwölf Personen in Haft und klagte sie wegen »Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens« an. Der Gestapobericht hält die Herkunft und Tätigkeit der Gruppe fest. Er verdient es, in voller Länge zitiert zu werden.

»Die Festgenommenen gehörten fast ausnahmslos der SPD, dem Reichsbanner, der Freien Turnerschaft und anderen marxistischen Unterorganisationen, z. T. aber auch der KPD an. Sie bildeten unter Führung des ehemaligen KPD-Stadtrates und Juden Oskar Hertz in Kirchhain eine Hörergemeinschaft, die sich mit dem Abhören des Moskauer, Straßburger und Prager Senders beschäftigte. Weiterhin veranstaltete diese Gruppe im Anschluß an die Sendungen gemeinsame Aussprachen über die Darbietungen sowie über allgemeine politische Probleme. Als Versammlungsort wurde die Ladenstube bei Hertz benutzt. Die Zusammenkünfte selbst waren als Skat- und Spielabende getarnt. Obwohl die Teilnehmer aus der SPD und der KPD hervorgegangen sind, bestanden unter ihnen keine Meinungsverschiedenheiten in politischer Hinsicht. Der Jude Hertz hat lange Jahre der USPD, dem freigewerkschaftlichen Lederarbeiterverband und später auch der KPD angehört. Er verstand es in außerordentlich geschickter Weise, die politischen Ansichten aller Teilnehmer auf einen Nenner zu bringen. Er propagierte nachdrücklich den Gedanken einer Volksfront und stellte die Behauptung auf, daß der Zusammenbruch des Marxismus im Jahre 1933 nicht erfolgt wäre, wenn sich KPD und SPD zu einer großen antifaschistischen Organisation zusammengeschlossen hätten. Die Einigungsbestrebungen des Juden Hertz im Sinne der Volksfront hatten Erfolg.

Die Arbeit dieser Gruppe war eine rein örtliche. Verbindungen nach an-

deren Orten der Niederlausitz wurden nicht festgestellt, auch konnte den Festgenommenen eine eigentliche Arbeit im Sinne der konspirativen Regeln nicht nachgewiesen werden. Die von der Gruppe Hertz in der Kirchhainer Arbeiterschaft verbreiteten Gerüchte über Kriegsvorbereitungen in Deutschland und entsprechende Gegenmaßnahmen des Auslandes verursachten keine Beunruhigung, da die Mehrzahl der Arbeiter dem unsinnigen Geschwätz der ehemaligen Marxisten ablehnend gegenüberstand. Hertz und seinen Anhängern war es gelungen, vier HJ-Angehörige – darunter auch einen Kameradschaftsführer – zur Teilnahme an dem Rundfunkempfang und den Diskussionen zu gewinnen.« Abschließend stellte der Berichtserstatter allgemein fest: »Auslandsverbindungen marxistischer Kreise wurden im Berichtsmonat nicht festgestellt; auch konnte der Auslandsleitung der illegalen SPD bisher noch nicht nachgewiesen werden, daß sie über Verbindungen zu marxistischen Gruppen meines Bezirkes verfügt.«³⁰

Auch andere Stapostellen brachten nichts oder kaum etwas über sozialdemokratische Aktivitäten und Auslandsverbindungen in Erfahrung. In den Monatsberichten von Januar bis August 1938 dominieren die Vokabeln »relativ ruhig« oder »völlig ruhig«.³¹ Fieberhafte Nachforschungen löste jedoch die Festnahme von Sophie Kalisch im August 1938 aus, die offenbar für eine SPD-Gruppe in Breslau tätig gewesen war. Sie gestand, mit dem sozialdemokratischen Grenzsekretär Franz Bögler in Verbindung gestanden zu haben. Wenige Wochen später, am 7. November 1938, wurde der Haftbefehl wegen »Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens« erlassen. Das Strafmaß und die Hintergründe dieses Falles sind unbekannt. Die Gestapo hielt allein ihre Vermutung fest, daß Sophie Kalisch Kurierdienste für die SPD in Breslau geleistet habe.³² Als Kurier der SPD im Rheinland war lange Zeit Josef Neuberger tätig gewesen. Er blieb im Exil. Nach Kriegsende kehrte er nach Deutschland zurück; im Bundesland Nordrhein-Westfalen übte er lange Jahre das Amt des Justizministers aus.

Eine besondere Verbindungslinie führte von Chemnitz nach Prag. Sie lief über eine Skihütte, die am Keilberg auf tschechoslowakischem Territorium lag. Das Heim befand sich an versteckter Stelle im Gebirge und stand den Sozialdemokraten zur Verfügung gestellt. Es diente als Stützpunkt für die illegale Arbeit, vor allem für das Einschleusen der Propagandaschriften.³³ Ein Sozialdemokrat jüdischer Herkunft hielt in den Vorkriegsjahren in Berlin die Verbindung zu Exilkreisen in Dänemark aufrecht. Es war Günter Salomon-Salter,³⁴ der sich von Ernst Gelbert anwerben ließ und mit dem nach Kopenhagen ausgewichenen Kieler SPD-Führer Richard Hansen zusammenarbeitete. Von Hansen erhielt er Druckschriften, die er weiter verteilte. Als dieser Weg zu gefährlich wurde, versuchte er in Berlin eine Druckerei ausfindig zu machen, um die Herstellung in eigene Regie übernehmen

zu können. Es scheint, daß diese Bemühungen der Gestapo nicht verborgen blieben. Während Ernst Gelbert, der ebenfalls jüdischer Herkunft war, noch nach Dänemark entkommen konnte, wurde Günter Salomon-Salter am 16. März 1939 gefaßt. Ein Jahr später stand er vor dem 1. Senat des Volksgerichtshofes, der eine Strafe von sechs Jahren Zuchthaus aussprach. Spätestens 1943 dürfte auch dieser »jüdische Hochverräter« der SS überstellt und in einem Vernichtungslager umgebracht worden sein.

Mit der Übersiedlung der Sopade von Prag nach Paris im Mai 1938 lösten sich die Verbindungen zu den Resten sozialdemokratischer Gruppen in Deutschland auf. Auch in Paris blieben die exilierten Parteiführer isoliert. Das Gezänk und die Fehden, die sich immer wieder an der Frage der »Volksfront« entzündeten, gingen weiter, zumal namhafte Sozialdemokraten wie Breitscheid, Böchel, Max Braun, Grzesinski, Marck und Schiffrin trotz der strikt ablehnenden Haltung der Sopade zeitweilig mit den Kommunisten kooperierten und andere wie Paul Hertz absprangen, um sich der Gruppe »Neu Beginnen« anzuschließen.³⁵ Als der Krieg ausbrach, rissen nicht nur die letzten Kontakte nach Deutschland ab. Zahlreiche Emigranten fielen wieder in die Hände der Nationalsozialisten. In Frankreich wurde ein Heer von Flüchtlingen interniert. Nicht allen gelang die Flucht, die vor allem von amerikanischer Seite organisiert wurde.

Gemäß Art. XIX des deutsch-französischen Waffenstillstandsvertrages vom Juni 1940 verlangten die Nationalsozialisten die Auslieferung der auf ihren Fahndungslisten erfaßten »früheren deutschen Staatsangehörigen«. So übergaben die Vichy-Behörden auch die Sozialdemokratin Johanna Kirchner. Sie wurde nach Deutschland überführt, vom Volksgerichtshof abgeurteilt und hingerichtet. Ausgeliefert wurden die beiden Parteiführer Breitscheid und Hilferding. In einem Pariser Gefängnis nahm sich Rudolf Hilferding vermutlich das Leben.

Diejenigen, die nach England und Amerika entkommen konnten, setzten die Arbeit fort.³⁶ Man debattierte, organisierte und stritt sich weiter. Man entwarf Neuordnungskonzepte für das demokratische Nachkriegsdeutschland – und fand dabei in den Vereinigten Staaten die Unterstützung einer gewerkschaftlichen Organisation, die eine besondere Erwähnung verdient. Dies war das Jewish Labor Committee, dem verschiedene Gewerkschaften angehörten, deren Mitglieder größtenteils eingewanderte Ostjuden waren. Es gewährte den deutschen Sozialdemokraten nicht nur finanzielle Unterstützung, sondern es öffnete ihnen auch den Weg zur großen antikommunistischen Gewerkschaftsorganisation AFL, der American Federation of Labour. Sozialdemokratische und persönliche Bindungen müssen wohl diese einzigartige deutsch-jüdische Koalition in der Phase der Vernichtung des europäischen Judentums zusammengehalten haben.

»Die meisten dieser jüdischen Gewerkschafter und Sozialdemokraten«, so schrieb Friedrich Stampfer, »waren durch die Schule der deutschen Arbeiterbewegung gegangen, sie hatten in der deutschen Sozialdemokratie den siegreichen Vortrupp des internationalen Sozialismus verehrt, und nun sahen sie viele der geschlagenen Führer der einst so mächtigen Bewegung als hilfeschuchende Flüchtlinge in ihr Land kommen. Daß sie ihnen, trotz aller Enttäuschungen, die kameradschaftliche Treue hielten und halfen, wo sie konnten, obwohl sie zu gleicher Zeit für ihre verfolgten Glaubensgenossen in Europa die größten Opfer brachten, gereicht ihnen zur Ehre.«³⁷ Auch an dieser Würdigung läßt sich noch einmal der Stellenwert von Stampfers jüdischer Herkunft erkennen: sie hatte keinen. Jedes jüdische Gruppenbewußtsein war ihm fremd. Selbst die Verfolgung löste keine Identifizierung aus: Stampfer spricht von *ihren* verfolgten Glaubensgenossen.

Während exilierte Sozialdemokraten in der Kriegszeit den Tag des militärischen Zusammenbruchs des Dritten Reiches herbeisehnten, lebte in Deutschland der sozialdemokratische Widerstand noch einmal auf. Aus den Strafanstalten und Konzentrationslagern waren verschiedene Parteiführer, Parlamentarier und Gewerkschaftsfunktionäre wieder entlassen worden. Sie bemühten sich, die Verbindung zu den sich spät etablierenden bürgerlich-konservativen Oppositionsgruppen in Bürokratie und Wehrmacht aufzunehmen. Zu diesem Zeitpunkt war Deutschland schon fast völlig »judenrein«. Nur eine Handvoll Sozialdemokraten jüdischer Herkunft überlebte die Todeslager. Manche kehrten aus dem Exil nicht zurück. Den Zurückgekommenen hing über Jahre hinweg nur allzu häufig der Makel des »Emigranten« an.

Sozialistische Arbeiterpartei

Es waren neun Abgeordnete der Sozialdemokratie, die im Jahre 1931 die Parteidisziplin durchbrachen und mit den Kommunisten gegen die Vorlage der Regierung stimmten, die Mittel zum Bau eines Panzerkreuzers bereitzustellen, und damit auch die sozialdemokratische Politik der Tolerierung des Kabinetts Brüning torpedierten. Vom linken Flügel der SPD und vom rechten Oppositionslager der KPD wurden die Gefolgsleute angezogen, die sich zu einer neuen Splitterpartei zusammenschlossen: der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.³⁸ 72 630 Wähler gaben der SAP im Juli 1932 ihre Stimme. Im November 1932 fiel die Stimmzahl auf 45 200. Die Krisenstimmung in der Partei wurde durch die nationalsozialistische Machtübernahme verschärft. Die Mehrheit im Vorstand – unter ihnen die

beiden Hauptrepräsentanten Seydewitz und Rosenfeld – plädierte für die Selbstauflösung und empfahlen den rund 16000 Parteimitgliedern, sich der SPD anzuschließen. Eine Minderheit bestand jedoch darauf, die Parteiarbeit fortzusetzen und den Weg in die Illegalität anzutreten. Am Vorabend der Märzahlen trommelte man 60 Delegierte zu einem illegalen Parteitag in einem Gasthaus in der Nähe von Dresden zusammen. Dort fiel die Entscheidung, den Widerstandskampf aufzunehmen mit dem Ziel, die »proletarischen Massen« zu mobilisieren und zu einer »proletarischen Klassenfront« zum Sturz des Faschismus zusammenzuschweißen.

Die ersten Schritte wurden im Frühjahr 1933 unternommen. Verschiedene SAP-Funktionäre bauten im Exil Auslandsstützpunkte auf. Der Vorsitzende der Sektion Lübeck, Willy Brandt, begab sich nach Oslo. Andere gingen nach Prag. In Paris wurde unter Führung Walchers eine »Auslandsleitung« errichtet, in Berlin konstituierte sich eine illegale »Reichsleitung«. Hier wie in anderen Städten waren es vor allem Mitglieder des »Sozialistischen Jugendverbandes« (SJV), die illegale Aktionen organisierten. Dabei zeigte sich jedoch auch, daß die Nichtbeachtung konspirativer Regeln den offenen Einsätzen ein schnelles Ende setzte. Relativ rasch gelang es der Gestapo, die Existenz der Jugendgruppen auszulöschen. Über die Anfänge und Probleme des Widerstandes berichtete ein SAP-Mitglied jüdischer Herkunft, das in Berlin einen kleinen Buchladen betrieb:

»Nach dem 30. Januar 1933 ging für uns ein Doppelleben los. Einmal im Beruf und dann in der illegalen politischen Arbeit. Es wurde ein unglaubliches Maß an Opferwillen und Hingabe aufgebracht. Wir hatten ja die große Arbeitslosigkeit, die ein noch engeres Zusammensein mit den Genossen mit sich brachte, da wir im Rahmen der gegenseitigen Hilfstätigkeit viele Freunde in unseren Wohnungen verpflegten usw. Ich gehörte damals einer der illegalen Bezirksleitungen der SAP an ...

Im Jahre 1933 haben wir dann eine Gedenkfeier zum 150. Todestage von Karl Marx durchgeführt, alle Genossen erschienen, während im selben Hause, ein Stock tiefer in einem SA-Lokal, die SA eine Versammlung abhielt. Wir haben nun versucht, unsere Arbeit einigermaßen abgedichtet fortzusetzen. Ich reiste viel nach außerhalb, um die Genossen zusammenzuhalten. Wir wählten in Berlin eine illegale Reichsleitung mit Klaus Zweiling und Walter Fabian an der Spitze. Bei der ersten Verhaftungswelle, die ein Racheakt für das Vergangene gewesen war, hatte man ja noch nicht einer illegalen Organisation und Tätigkeit der Linken nachgespürt, das kam erst später ... Durch Spitzel war das Protokoll des Parteitages in Dresden der Gestapo in die Hände gespielt worden, die nun zu einem Schlag ausholte, von dem wir uns nicht mehr erholten, und der die gesamte illegale Reichsleitung, außer Fabian, zum Opfer fiel ... Dann rollte von Norddeutsch-

land her eine neue Verhaftungswelle heran, bei der auch der größte Teil meiner Freunde in Berlin mitverhaftet wurde. Wir mußten nun dauernd unsere Quartiere wechseln.

Wir waren sehr gut orientiert, durch Genossen, die nur kurz in Haft gewesen, über die Torturen, denen man im Falle der Verhaftung unterzogen wurde. Das Wissen um das Grauenhafte, was einem bevorsteht, war so stark belastend, daß man begann, in einer ständigen Angst zu leben. Unter diesem Druck ging ich eines Tages zu einem befreundeten Arzt, auch ein Genosse, dem ich mich anvertraute und bat ihn, mir doch ein Mittel zu geben, um wenn es hart auf hart gehen sollte, Schluß machen zu können, ehe man in die Lage kam, bei Versagen: der physischen Konstitution, Namen von Freunden preiszugeben. Über diese Dinge gab es im eigenen Kreis heftige Diskussionen. Zu meiner inneren Beruhigung sagte mir ein enger Freund: ich habe immer in der Kleidung eine Rasierklinge eingenäht, damit ich Schluß machen kann, wenn sie mich dran kriegen. Ich muß es ehrlich zugeben, die Angst vor dem, was uns mit Bestimmtheit erwartete, hat uns täglich beschäftigt. Um die Angst zu überspielen, ist man an manchen Abenden von einem Lokal ins andere gezogen, mein Kaffeekonsum ist damals ungeheuer gewesen. Trotz der fürchterlichen Angst, die man hatte, versuchte man, nicht fahnenflüchtig zu werden. Es galt, auch das Ansehen innerhalb der Gruppe nicht zu verlieren. Man war in eine Situation gedrängt worden, der man eigentlich nicht gewachsen war. Wir hatten beschlossen, daß alle Genossen, die ohne Genehmigung und Verständigung der Gruppe ins Ausland gingen, als Feiglinge verpönt und von den »legal emigrierten Genossen draußen nicht unterstützt wurden.

Durch mein Geschäft und durch andere äußere Bedingungen war ich besser dran als die arbeitslosen Genossen und als mancher kleine Funktionär. Mein Laden wurde Treffpunkt, dort hielten wir Sitzungen ab und Diskussionen, dort wurden auch flüchtende Genossen ... vorübergehend untergebracht. Alles das grenzte aber an sträflichen Leichtsinns.«³⁹

Es dauerte nicht lange, bis die Gestapo Zug um Zug illegale SAP-Gruppen aufrollte und dabei wiederholt auf Mitglieder jüdischer Herkunft stieß. In Hamburg war es Rudolf Saalfeld, der mit seinem Bruder Kurt und Albert Kahn eine Widerstandsorganisation aufgebaut, Verbindungen zu Gruppen in anderen Städten geknüpft, Beiträge und Spenden eingesammelt und deren Erlös für die Herstellung von Flugschriften sowie für die Unterstützung der Familien inhaftierter Kameraden verwandt hatte.

In einem anderen Hochverratsprozeß gegen SAP-Mitglieder in Köln wurde im Juni 1935 ein jüdischer Angeklagter zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.⁴⁰ Vergeblich fahndete die Gestapo dagegen nach Norbert Rabin, den man verdächtigte, für die SAP gearbeitet zu haben. Die Beamten nah-

men an, daß der jüdische Kaufmann nach London entkommen war.⁴¹ Bis Ende 1936 führte Hermann Herz, der einst der Freien Deutsch-Jüdischen Jugend (FDJJ) angehört hatte, unter dem Decknamen »Fips« den illegalen SAP-Apparat in Südwestdeutschland. Als Interbrigadist zog er dann in den Spanischen Bürgerkrieg.⁴² Denselben Weg ging Peter Blachstein. Er war aus der Deutsch-Jüdischen Jugendgemeinschaft (DJJG) hervorgegangen und hatte sich 1930 den »Kameraden« angeschlossen. So wie Herz trat er in die FDJJ ein und nahm in den Anfangsjahren des Dritten Reiches am Widerstand der SAP teil. Auch ihn sah man als Angehörigen der Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg wieder.

Im Juni 1936 verhaftete die Gestapo einen jüdischen kaufmännischen Angestellten, der seine Kölner Wohnung als Anlaufstelle für SAP-Mitglieder zur Verfügung gestellt hatte.⁴³ Der 4. Strafsenat des OLG Hamm sprach eine zweijährige Zuchthausstrafe aus. Nach der Strafverbüßung blieb ihm die Einweisung ins Konzentrationslager erspart. Es gelang ihm, noch im Frühjahr 1939 ein Auswanderungszertifikat nach Palästina zu erhalten.

Vor Kriegsausbruch war der illegale SAP-Apparat praktisch zerschlagen. Nur winzige Restbestände existierten weiter. Sozialisten jüdischer Herkunft befanden sich nicht mehr darunter. Im Zuge der nationalsozialistischen Expansion gingen Stützpunkte im Ausland verloren. Die geflohenen Funktionäre tauchten in der »resistance« der Gastländer unter oder zogen sich nach England oder Amerika zurück. In dem eingangs zitierten Erlebnisbericht eines SAP-Mitgliedes heißt es dazu: »In der Emigration kam es zu unvermeidlichen Schwierigkeiten ... In Frankreich z. B. wirkte sich das Arbeitsverbot gerade auf die Handwerker unter uns geradezu demoralisierend aus. Man versuchte zusammenzuhalten. Das Kollektiv hatte eine große Bedeutung, wenn es galt, einzelne gegen alle möglichen Angebote immun zu machen. So wurde alles getan, daß niemand den ausländischen Nachrichtendiensten zum Opfer fiel. Spionagearbeit war nicht unsere Sache.

Es kam zwischen uns zu großen politischen Differenzierungen, die Haltung zu Rußland war immer die Kardinalfrage und hat innere Zerklüftung mit sich gebracht. Bis zur Zeit der Volksfront in Frankreich haben wir als politische Gruppe sehr isoliert gelebt. Es gab aber dann Berührungspunkte mit der SPD. Als wir dann vor den Deutschen fliehen mußten, kamen wir zunächst nach Motauban. Dort lebten dann die deutschen und die österreichischen Sozialisten. Wir wurden im Rahmen der Solidaritätsaktionen der AFL und des Jewish Labour Committee unterstützt, bekamen auch von daher unsere danger-visa nach den Staaten ... Europa lag damals noch den Nazis zu Füßen, die Perspektiven für die Zukunft waren sehr düster.

Unsere Hauptbeschäftigung, die einem fulltime-job gleichkam, bestand

darin, daß wir uns um affidavits bemühten, daß wir alles taten, um gefährdete Freunde zu retten. Wir haben die obskursten Visen nach Mexiko und Cuba beschafft. Allmählich fing man sich dann wieder und kam untereinander zusammen, um die Lage zu analysieren. Die US-Behörden waren uns gegenüber mißtrauisch, sie kannten diesen neuen Typ von Einwanderer noch nicht. Um eine Basis für den Aufbau eines eigenen Zirkels zu bekommen, waren wir einem Arbeiterring, der vor langen Jahren von ostjüdischen Arbeitern gegründet war, beigetreten, dessen soziale Einrichtungen wir dann auch für uns in Anspruch nehmen konnten. Im Rahmen dieser Organisation bauten wir dann unsere politische Arbeit wieder auf. Nach und nach wurde man aber existentiell mehr auf sich gestellt. Meine Frau und ich, wir haben dann angefangen, Lebensmittel zu verkaufen, konnten uns dann ein Etagengeschäft mit Wäsche aufbauen, in dem wir noch eine deutsche Bücherecke hatten.

Als der Zusammenbruch in Sicht war, ist unser Zirkel dann in den Dienst der Solidarität getreten. Eine Reihe von Emigranten dienten ja in der Army, so konnten wir durch viele Soldaten nach den Schicksalen zurückgebliebener Freunde im Zuge des Vormarsches der alliierten Truppen forschen lassen, konnten sofort Lebensmittel und sonstige Unterstützung weitergeben. Wir hatten nicht vor, in den Staaten zu bleiben, waren aber noch lange in die Hilfstätigkeit eingespannt. Als wir wieder nach Deutschland zurück kamen, haben wir erst eine große Reise gemacht, um zu sehen, wo wir uns niederlassen könnten. Dann sahen wir hier eine Möglichkeit, Pläne von früher in die Tat umzusetzen, und stehen hier auch wieder in politischer Arbeit.«⁴⁴

Andere SAP-Mitglieder jüdischer Herkunft kehrten ebenso aus der Emigration zurück, um am Wiederaufbau mitzuwirken. Ein paar entschieden sich für den Sozialismus, der im östlichen Landesteil verordnet wurde, ein paar mehr blieben im Westen, so Peter Blachstein, der als Sozialdemokrat fast 20 Jahre dem Deutschen Bundestag angehörte und für kurze Zeit als Botschafter die Bundesrepublik Deutschland in Jugoslawien vertrat.

KPD-Opposition

Auf 4000 bis 5000 Personen schätzte die Gestapo die Mitgliederstärke einer Splitterpartei, die im deutschen Kommunismus die organisierte Rechtsopposition repräsentierte und deren Entstehungsgeschichte eng mit der Entwicklung der KPD verknüpft war. Im Jahre 1928 trennte sich die KPD von ihrem rechten, einst einflußreichen Flügel, weil seine Mitglieder hinsichtlich der inneren Struktur der Partei, in der Frage des Verhältnisses zur

Sowjetunion und in bezug auf die Bekämpfung des aufkommenden Faschismus eine Position bezogen hatten, die von der offiziellen, von der Komintern bestimmten Linie der Parteimehrheit abwich. Unter der Führung von Heinrich Brandler und August Thalheimer bildeten sie die »Kommunistische Partei Deutschlands-Opposition« (KPO).⁴⁵

Aufgrund der ideologischen und organisatorischen Geschlossenheit gelang es der Gruppe besser als den beiden großen Arbeiterparteien, sich 1933 den veränderten Bedingungen anzupassen. Etwa 70 KPO-Funktionäre verließen Deutschland. Die meisten setzten sich nach Frankreich ab, wo sie in Paris unter Leitung von Brandler, Thalheimer und Leo ein Auslandskomitee errichteten, das über Kuriere die Verbindung zu den illegalen Gruppen in Deutschland aufrechterhielt. Das Berliner Komitee fungierte als Inlandsleitung. Schnell wurden Propagandaschriften hergestellt, eingeschleust und verteilt. Sie gaben Auskunft über die Herrschaftspraktiken des nationalsozialistischen Regimes, über die Formen des Widerstandes und über die Diskussionen, die im Exil im Lager der Arbeiterbewegung geführt wurden. Die Kampfziele der KPO waren in dem illegalen Kampfblatt »Gegen den Strom« formuliert worden, dessen erste Ausgabe im Mai 1933 in Straßburg erschien. Sie forderte die »revolutionäre Erhebung der Arbeiterklasse« und vertraute darauf, daß nach dem Sturz des Faschismus die »Diktatur des Proletariats« folgen würde. Als unerläßliche Voraussetzung sah sie die »Schaffung neuer organisatorischer Zentren des Kampfes« an. Man glaubte sie in den »illegalen kommunistischen Organisationen« finden zu können, in den »illegalen Gewerkschaften«, in den »revolutionären Obleuten oder Vertrauensleuten in den Betrieben« sowie in den »illegalen oder halbillegalen proletarischen Einheitsfrontorganen«.⁴⁶

Sieht man von den ersten Verhaftungen ab – etwa 600 KPO-Mitglieder wurden im Frühjahr 1933 vorübergehend in Schutzhaft genommen –, so konnte sich die KPO über einige Monate hinweg dem Zugriff der Gestapo entziehen. Die größeren Verhaftungswellen setzten 1934 ein. Sie zerschlugen Organisationen in Leipzig und Weimar, in Hamburg, Breslau und Stuttgart. Im Juni 1936 meldete die Gestapo die Festnahme von mehreren Personen, die sich in Hamburg der kommunistischen Westermann-Gruppe angeschlossen hatten, einer Widerstandsorganisation der »Richtung Brandler-Thalheimer-Versöhnler«. Bei drei Mitgliedern stellte man eine jüdische Herkunft fest.⁴⁷ Ende 1936 leitete die Gestapo gegen die KPO eine »Großaktion« ein – »im Reichsmaßstab«. Am 3. November 1936 fiel ihr zunächst Dagobert Lubinsky in die Hände: ein Kommunist jüdischer Herkunft, der 1893 in Breslau geboren, 1921 der KPD beigetreten und 1928 zur KPO übergewechselt war.⁴⁸ Der ehemalige Wirtschaftsjournalist hatte eine längere Schutzhaftzeit hinter sich, als er Anfang 1934 die KPO-Bezirkslei-

tung Niederrhein übernahm. Bald darauf wich er jedoch von der offiziellen Linie der Partei ab: Dagobert Lubinsky suchte und praktizierte die Zusammenarbeit mit der KPD. Das Ergebnis der Verhöre und Ermittlungen faßte die Stapoleitstelle Düsseldorf in einem Bericht wie folgt zusammen:

»Dieses [das Berliner Komitee] stellte die Inlandsleitung der illegalen KPO dar und nahm im Laufe der Zeit zu den einzelnen Bezirken im Reich Verbindungen auf. Dem Bezirk Niederrhein, zu dem die Unterbezirke Düsseldorf, Köln, Mönchen-Gladbach, Viersen, Solingen, Schwelm und Gevelsberg gehörten, leitete der Wirtschaftsjournalist Jude Dagobert Lubinsky. Nachdem im Jahre 1934 ein Teil der illegal arbeitenden KPO-Anhänger erfaßt und ein Strafverfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat durchgeführt worden war, stellte sich die Leitung der KPO in ihrer konspirativen Arbeit ebenfalls auf Mundpropaganda, Informationen und Schulung der einzelnen Mitglieder bei regelmäßigen Besprechungen um.

Der Leiter des Westens, Lubinsky, stand 1934 auf dem Standpunkt, daß infolge der taktischen Linie der KPD, die in der Volksfrontpolitik in Frankreich sowie später in den Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Komintern im Herbst 1935 zum Ausdruck kam, die Existenznotwendigkeit der KPO nicht mehr gegeben sei und somit einer Wiedervereinigung mit der KPD nichts mehr im Wege stehe. Weiter stand Lubinsky auf dem Standpunkt, daß das Prinzip des demokratischen Zentralismus in der Illegalität nicht aufrecht erhalten werden könne und daher der Streitpunkt zwischen der KPD und KPO fortfallen mußte. Mit diesen Ansichten setzte sich Lubinsky in scharfen Gegensatz zu der Leitung der KPO in Paris und Berlin. Die Streitigkeiten fanden 1935 ihren Höhepunkt und endeten damit, daß Lubinsky von der Leitung gemaßregelt wurde und daß er mit seinen Anhängern nach seinen Richtlinien eine illegal arbeitende Gruppe bildete. Im Laufe des Jahres 1936 gelang es Lubinsky den größten Teil der KPO-Mitglieder im Westen für seine Richtlinien zu gewinnen. Der Grund zur Loslösung von der illegalen KPO und zur Bildung der neuen Gruppen war für Lubinsky nur eine taktische Frage. Sein Endziel war, wie das der illegalen KPO, den gewaltsamen Sturz der bestehenden Staatsform herbeizuführen. Zu diesem Zweck erstrebte Lubinsky die Wiedervereinigung mit der KPD, was ihm auch gelang. Er trat mit Funktionären der KPD in Verbindung, die ihn mit leitenden Personen der Auslandsleitung der KPD in Amsterdam in Verbindung brachten.«⁴⁹

Es ist anzunehmen, daß durch diese Kontaktaufnahme die konspirativen Sicherungsmauern durchlässiger wurden. Die Gestapo rollte die gesamte Lubinsky-Gruppe auf. Der Massenprozeß fand im Frühjahr 1938 vor dem 3. Strafsenat des OLG Hamm statt. Angeklagt waren 58 Personen.⁵⁰ Dagobert Lubinsky stammte als einziger der Beteiligten aus einem jüdischen

Elternhaus. Die Strafe für ihn lautete auf zehn Jahre Zuchthaus. Er verbrachte sie in der Strafanstalt Remscheid-Lüttringhausen, bis er in der Phase der »Endlösung« zusammen mit anderen Strafgefangenen jüdischer Herkunft der SS überstellt, nach Auschwitz deportiert und umgebracht wurde.

Neben der Lubinsky-Gruppe konnte die Gestapo noch eine weitere KPO-Organisation im Rheinland ausheben, die von einem Widerstandskämpfer jüdischer Herkunft geleitet wurde. Er konnte sich jedoch – wie es scheint – noch rechtzeitig in Sicherheit bringen. Vergeblich suchte die Gestapo den »flüchtigen Juden« zu ermitteln.⁵¹ Einen großen Fang machte sie dagegen, als sie Hans Löwenthal ergriff und schnell herausfand, daß dieser als Verbindungsmann zwischen dem Berliner Komitee und der Auslandsleitung der KPO tätig gewesen war. Ebenso rasch brachte sie auch die Kontaktpersonen in Erfahrung. Im Februar 1937 erfolgten die Massenverhaftungen, die die Existenz des Berliner Komitees auslöschten. Löwenthal wurde am 10. November 1937 vom Volksgerichtshof zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Auch er teilte später das Schicksal Lubinskys.

Im Zuge der »Großaktion« gegen die KPO wurden weitere Personen jüdischer Herkunft erfaßt. Unter ihnen befand sich auch Wolfgang Abendroth – ein Studienfreund Löwenthals –, der einst der KPO angehört hatte und im Frühjahr 1933 aus der Referendarausbildung am OLG Frankfurt/M entlassen und vorübergehend in Schutzhaft genommen worden war. Nachdem er im Jahre 1935 an der Berner Universität den Doktorgrad erworben hatte, war er nach Deutschland zurückgekehrt. Er nahm die Verbindungen zu alten Freunden wieder auf, reiste in die Niederlande und bemühte sich dann, als Bankvolontär in Berlin eine neue Existenz aufzubauen. Die Gestapo hatte seine politische Vergangenheit sorgfältig registriert. Sie warf ihm vor, von der KPO zur KPD übergetreten zu sein – was nicht zutraf – und Kontakte zu einem Kurier des Zentralkomitees sowie zu sozialdemokratischen Kreisen aufgenommen zu haben. In den Verhören wies Abendroth die Anschuldigungen zurück. Aus seiner Ablehnung gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland machte er keinen Hehl, wobei er auch zu Protokoll gab, daß er vor allem die »antisemitischen Maßnahmen der Regierung« mißbillige. Es half ihm wenig, selbst noch die Forderung zu erheben, »mich sobald es tunlich ist, aus der Haft zu entlassen«; der Haftbefehl wurde am 22. April 1937 ausgestellt.⁵² Im Dezember 1937 wurde die vierjährige Zuchthausstrafe verhängt.

Wolfgang Abendroth hat überlebt. Er hielt weiter an seinen Grundüberzeugungen fest und blieb über Jahre hinweg ein Außenseiter im etablierten Wissenschaftsbetrieb der Bundesrepublik Deutschland. In Marburg ließ er sich als Hochschullehrer nieder, und es verstand sich fast von selbst, daß

aus seiner Schule die ersten Studien kamen, die sich mit der Geschichte und dem Widerstand der deutschen Arbeiterbewegung befaßten.

Die Nationalsozialisten zerschlugen 1937 fast alle illegalen Gruppen der KPO. »Durch die Großaktion gegen die KPO«, so heißt es in dem Lagebericht der Stapoleitstelle Düsseldorf vom 6. Januar 1938, »die durch die diesseitigen Ermittlungen im Reichsmaßstabe durchgeführt werden konnten, dürfte die KPO vorläufig als nicht mehr bestehend anzusehen sein.«⁵³ Reste und Ideen der organisierten Rechtsopposition im deutschen Kommunismus existierten weiter – im Widerstand des Dritten Reiches, in der Emigration und im Nachkriegsdeutschland. Die beiden Hauptrepräsentanten konnten sich aus der Internierung in Südfrankreich befreien. Sie erhielten Einreisevisen nach Kuba, wo sie das Ende des Zweiten Weltkrieges erlebten. Noch einmal versuchten sie, KPO-Mitglieder zu aktivieren und in Wort und Schrift eine sozialistische Neuordnung zu entwerfen. Heinrich Brandler ließ sich 1947 in London nieder. August Thalheimer hatte sich vergeblich um die Rückkehr nach Deutschland bemüht. Er starb 1948 in Kuba. Auf einem jüdischen Friedhof in der Nähe von Havanna fand er seine letzte Ruhestätte.⁵⁴

Internationaler Sozialistischer Kampfbund

Auch der Internationale Sozialistische Kampf-Bund (ISK) ging 1933 in die Illegalität und versuchte, dem Nationalsozialismus zu widerstehen.⁵⁵ Der Göttinger Philosoph Leonard Nelson hatte diese Organisation gegründet, die sich von den Sozialdemokraten wie den Kommunisten deutlich abgrenzte und sich um eine Erneuerung der Arbeiterbewegung bemühte. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme wich der Leiter des Kampf-Bundes Willy Eichler mit anderen Mitgliedern nach Paris aus, wo die Auslandszentrale errichtet und das Verbindungsnetz zur illegalen Landesleitung und zu den einzelnen Gruppen aufgebaut wurde. Sehr schnell fand man auch den Weg zur Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF), die von dem Niederländer Edo Fimmen geleitet wurde. Eine enge Zusammenarbeit entwickelte sich. Der Kampf-Bund erhielt finanzielle Zuwendungen und durfte den Gewerkschaftsapparat für die illegale Arbeit in Anspruch nehmen. Über die Formen des Widerstandes berichtet eine Lehrerin, die als Jüdin im Mai 1933 auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums aus dem Schuldienst entlassen worden war:

»Nun stand ich ja auch vor der Frage, meine Existenz wieder aufzubauen. Ich erwarb die Lizenz für ein Vollkornbrot, das erlaubt wurde, in ganz Deutschland herzustellen. Dadurch bekam ich die Möglichkeit, un-

verdächtig durch ganz Deutschland hin und her zu reisen und bis 1938 ungeschoren politische Arbeit zu leisten. Zunächst habe ich die Kontakte zu den alten Freunden aufrecht gehalten, dann gründete ich an verschiedenen Orten Arbeitsgemeinschaften, die vorwiegend den Zweck hatten, sozialistische Ideen zu vertiefen und das, was die Propaganda des Dritten Reiches von ihnen verzerrte, aufzudecken und uns die Hintergründe des Dritten Reiches bewußt zu machen und so zu erhalten. Z. B. wurde damals schon auf die drohende Kriegsgefahr hingewiesen, darauf, daß Volkswagen, Autobahnen und KdF-Schiffe ja nur diesem Zwecke dienen.

Wir haben dann einen richtigen Widerstand aufgebaut, allerdings sehr behelfsmäßig: durch Flüsterpropaganda haben wir bis in die Betriebe hinein über die Judenverfolgung berichtet, es kam uns immer darauf an, auch Außenstehenden sichtbar zu machen, daß es noch Widerstand gab. Wir haben im ganzen Reich Material über die Methoden der Gestapo, über Einzelheiten in Fabriken usw. zusammengetragen und dann über die Grenze geschmuggelt, dort wurde dieses Material in ein Organ verarbeitet, das draußen gedruckt und als ›Reinhart-Briefe‹ wieder illegal nach Deutschland eingeschmuggelt und dann von uns wieder verteilt wurde.

Dann haben wir in Zeitabständen Aktionen gestartet, so haben wir nachts in Geschäftsstraßen und vor allem an Fabrikeingängen und Mauern Klebmarken gegen die Hetze des ›Stürmers‹ angebracht. Wir haben Münzen hergestellt, die wir am 1. Mai in Umlauf brachten mit der Einprägung: ›Brecht das Joch des Tyrannen‹. Wir haben mit einer Tinte, die erst bei Lampenlicht die Schrift erkennen ließ, vor einer der Abstimmungen auf die Kaffee-Hag-Reklamen geschrieben: ›Stimmt mit Nein!‹ Dann haben wir Portemonnaies hergestellt, in die wurden Flugblätter eingelegt. Diese Portemonnaies hatten wir vor dem 1. Mai auf Straßen verstreut, weil ein Portemonnaie ja etwas ist, was jeder aufhebt ... Von den Nazis wurden eine Zeitlang Marken in Umlauf gebracht mit den Köpfen von Ley und Hitler und der Aufschrift: ›Die Juden sind unser Unglück‹, diese Marken haben wir dann auch hergestellt mit der Aufschrift: ›Die Nazis sind unser Unglück‹, gewiß waren das alles kleine Sachen, die wir damals machten, aber es bedeutete schon viel für uns, hörten wir, daß unsere Propaganda Wirkung hatte ... Das war natürlich sehr gefährlich und kein Mensch wird heute nachvollziehen können, was man für eine Angst dabei ausgestanden hat ... Auch die Frage eines Attentates auf Hitler wurde bei uns diskutiert.

Ich bin in den Jahren viel im Reich herumgereist und habe illegale Schulkurse abgehalten, z. B. erinnere ich mich eines Kurses auf einem Bauernhof im Sauerland, auf dem wir uns, wir waren 8 Leute, als Kurgäste getarnt, eingemietet hatten. Man kannte sich bei diesen Kursen nicht bei den richtigen Namen. Auf diesen Kursen wurden alle Informationen, vor

allem aus dem Ausland vermittelt, die für die Arbeiter in den Fabriken wichtig waren und von den Kursteilnehmern an diese weitergegeben wurden. Aus dem KZ und aus dem Zuchthaus entlassene Politische wiesen uns an, wie man sich gegenüber der Gestapo und in den Strafanstalten verhalten müsse. Man wurde mit all dem vertraut gemacht, was einem bei und nach einer Verhaftung bevorstand. Wir haben politische Schulungsarbeit weiter betrieben.

Wir glaubten, nur aus einer weltanschaulichen Haltung heraus Widerstand gegen den Nationalsozialismus leisten zu können. Es wurden Paten für die Kinder von gefährdeten Freunden bestimmt, falls diese einmal verhaftet werden würden. Wir haben auch viele Menschen dazu bewogen, keine Kinder mehr in die Welt zu setzen. In den Kursen wurde auch erprobt, ob man sich die Folgen der Gruppenzugehörigkeit zutraute. Viele, denen wir das keineswegs übelnahmen, sind, je schwieriger die Zeit wurde, dann auch ausgeschieden. Dann hatten wir eine rege Hilfstätigkeit für die Angehörigen politischer Häftlinge organisiert. In diesen Jahren hat man besonders wertvolle Freundschaften geschlossen. Es wurden Verfahren ausgearbeitet, durch die man sich bisher völlig Unbekannten gegenüber, die einem namhaft gemacht worden waren, als vertrauenswürdige Persönlichkeit legitimierte, mit der man Aktionen unter Gefahren durchführte. Man hielt auch Kontakte zu Gruppen anderer aktiver Organisationen, das wurde aber mit der Zeit immer spärlicher.«⁵⁶

Ein anderes Mitglied, das in der Redaktion der ISK-Zeitung »Der Funke« in Berlin beschäftigt und bis Anfang 1934 illegal tätig war, beschreibt die Aktivitäten im Pariser Exil: »Wir hatten in Berlin schon einen Verlag ›Öffentliches Leben‹ aufgebaut, dessen Buchbestand wurde von ausländischen Freunden nach und nach in deren Autos in die Schweiz herübergeschmuggelt, wo ein Bücher-Depot von uns errichtet wurde. Diese Bücher bildeten übrigens den Grundstock für den nach 1946 hier wieder ins Leben gerufenen Verlag. Ich ging also zunächst in die Schweiz. Im Sommer 1934 siedelte ich dann nach Paris über. Da waren schon eine Menge Bekannter, Eichler, Lewinskis usw. Ich kam dort schon in eine fertige Gemeinschaft, hatte auch gleich eine Bleibe, insofern hatte ich es in Paris nicht sehr schwer. Mein Visum hatte ich durch die Liga für Menschenrechte bekommen. Hellmuth v. Gerlach hatte für mich gebürgt. Ein gültiger Paß und ein Visum für das betreffende Land, in das man emigrierte, war[en] von großer Bedeutung.

Unser Kreis gab nun zunächst in Paris eine Zeitschrift heraus: »Die soziale Warte«. Wir waren sehr auf die Arbeit nach Deutschland hinein konzentriert. Diese Zeitschrift wurde von Privatpersonen in das Reich gebracht, auch kleinere Schriften, die aufklärend über das Wesen

des Nationalsozialismus berichteten, gingen verhältnismäßig leicht nach Deutschland zu bringen und fanden dort große Verbreitung. Dann sorgten wir dafür, daß, wenn immer jemand auf der Flucht aus Deutschland nach Paris kam, ihm eine Unterkunft zu besorgen. Für uns alle war das vegetarische Restaurant unserer jüdischen Freunde Lewinski eine sehr große Hilfe. Auch haben uns Genossen, die in Deutschland geblieben waren, mit Geld unterstützt, das z. B. in den Pappücken ungerahmter Bilder oder in Buchrücken versteckt war, die nach Paris mitgebracht oder verschickt wurden.«

An anderer Stelle berichtet der Emigrant: »Ein Teil unserer Tätigkeit bestand darin, einen Nachrichtenaustausch mit Genossen, die in Deutschland geblieben waren, zu organisieren, um so viele authentische Informationen besonders über die Verfolgungen der Juden und der Sozialisten aus dem Reich herauszubekommen, wie irgend möglich, weil die Menschen im Ausland es einem gar nicht glauben wollten, was in Deutschland an Furchtbarem geschah. Wenn wir Emigranten darüber berichteten, wurde uns immer vorgehalten, daß wir nur Ressentiments hätten gegenüber Deutschland und aus diesem Grunde mehr oder weniger übertriebene Nachrichten verbreiteten, so brauchten wir eben dringend ganz genaues Informationsmaterial. Dann aber versuchten wir auch den Genossen im Reich möglichst »kräftigende Nachrichten« hereinzugeben und ihnen für sie wichtige Informationen aus dem Ausland zugänglich zu machen. Je mehr der Krieg herannahte, versuchten wir den Franzosen beizubringen, daß Hitler unweigerlich den Krieg bedeute, auch das wurde uns als Ressentiment nicht abgenommen. Für unsere in Deutschland verbliebenen Freunde bekamen wir immer mehr Sorge und für diese war es ein großer Schock zu sehen, wie das Ausland immer wieder sich bemühte, mit Hitler seinen Frieden zu machen, wie schon gesagt, bedeutete das Münchner Abkommen für uns alle draußen wie drinnen eine ungeheure Enttäuschung.«⁵⁷

Zu diesem Zeitpunkt waren bereits die meisten illegalen ISK-Gruppen in Deutschland ausgehoben worden. Die Entdeckung einer Sendung »Reinhardt-Briefe« und die Aussage eines Eisenbahnbeamten hatten die Gestapo auf die Spur des Hersteller- und Verteilerapparates geführt. Im Jahre 1937 leitete sie ihre Großaktion ein. Von der Verhaftungswelle wurde auch Julius Philippson erfaßt.

Julius Philippson – von Beruf Studienassessor – gehörte seit 1926 dem ISK an.⁵⁸ 1933 nahm er einen Platz in der Reichsleitung ein. Er war zugleich für den Bezirk »Ost«, der sich auf Berlin, Brandenburg, Sachsen und Thüringen erstreckte, zuständig. Philippson entfaltete eine unermüdliche Aktivität. Er führte Schulungskurse durch, hielt regelmäßige Besprechungen mit den Verantwortlichen in den Unterbezirken ab, sammelte die Gelder

für die Hilfsaktionen, verfertigte und verteilte Flugschriften und hielt über Kuriere den Kontakt zur Auslandszentrale aufrecht. Am 5. August 1937 wurde er verhaftet. Lange Verhöre folgten, in denen die Gestapo die Namen der ISK-Mitglieder aus ihm herauszupressen suchte. Vier Monate später brach sie in die Organisation ein. Am 5. Dezember 1938 wurde Julius Philippon mit neun weiteren ISK-Mitgliedern vor dem 2. Senat des Volksgerichtshofs angeklagt. Als Hauptträdelsführer erhielt er eine lebenslängliche Zuchthausstrafe. Die jüdische Herkunft diente als zusätzliche Begründung für die Schärfe des Urteils, und es war nicht verwunderlich, daß der »Völkische Beobachter« in seiner Prozeßberichterstattung die vom Volksgerichtshof vorgenommene Plakatierung, der ISK sei »ein Vorposten für das Weltjudentum«, in mannigfacher Weise variierte. Die Schlagzeile vom 7. Dezember 1938 lautete: »Jüdischer Hochverräter vor dem Volksgerichtshof«; einen Tag später hieß es: »Von Juden verführt«. ⁵⁹

Der Volksgerichtshof begründete sein Urteil so: »Hinzu kommt die politische Weltlage, in der je länger je mehr der unversöhnliche Kampf des Weltjudentums gegen den nationalsozialistischen Staat sich klar herausstellt. Unbedenklich kann ... der ISK ... als ein Vorposten für das Weltjudentum in diesem Kampf mit dem Juden Philippon an der Spitze bezeichnet werden. Also haben die Angeklagten sich in die Kampflinie des Weltjudentums gegen den nationalsozialistischen Staat gestellt ... Der Senat gibt hierbei dem Gedanken Raum, daß der Angeklagte mit aus Haß gegen das nationalsozialistische Deutschland gehandelt hat, wofür insbesondere der Inhalt der von ihm verfaßten Flugblätter spricht; gerade aus diesen Flugblättern bestätigt sich die Erfahrungstatsache, daß jüdisches Denken anders als das Denken der Deutschen ist.« ⁶⁰

Die »Baseler National-Zeitung«, deren Korrespondent offenbar den Verhandlungen beigewohnt hatte, schrieb am 9. Dezember 1938, daß Philippon »mit einer Offenheit ohnegleichen vor dem Gericht für seine Mitangeklagten eintrat und alle Schuld auf sich nahm«. Über das Verhalten der angeklagten ISK-Mitglieder befand er: »Mit einer Überlegenheit, wie man sie von Angeklagten vor diesem Forum selten findet, führen sie ihre Auseinandersetzungen mit dem Vorsitzenden ... Es sind Männer, die eine Überzeugung haben, und diese Überzeugung bis ins letzte, wenn auch aussichtslos, verteidigen.« ⁶¹ Viereinhalb Jahre hielten die Nationalsozialisten Julius Philippon in verschiedenen Haftanstalten fest, bis sie ihn am 22. Mai 1943 nach Auschwitz deportierten und ermordeten. ⁶²

Aus der langen Liste verurteilter ISK-Mitglieder können noch weitere Widerstandskämpfer jüdischer Herkunft genannt werden. So erhielt Fritz Rosenfeld aus Erfurt, der 1937 gefaßt worden war, vier Jahre Zuchthaus; der in Weimar wohnhafte Hans Seidenstücker wurde zu fünf Jahren Zucht-

haus verurteilt; für zwei Jahre sperrte man die Bremerin Jantje Dornberger ein.⁶³

Manchem gelang im letzten Augenblick die Flucht. Vergebens fahndete die Gestapo nach einem 30jährigen Kaufmann aus Essen, der sich nach 1938 in Hamburg für den ISK betätigt hatte.⁶⁴ Bereits 1933 war sein Name »aktenkundig« geworden, als die Polizei eine Haussuchung vornahm und den Verdacht hegte, daß das SPD-Mitglied »marxistische« Literatur vertrieben habe. Eine Paßsperre und die Überwachung der Korrespondenz waren daraufhin angeordnet worden. 1938 gelang dem Gesuchten die Flucht in die Niederlande, von dort soll er weiter nach Argentinien gezogen sein. Die Nationalsozialisten ordneten die Ausbürgerung und den Einzug seines Vermögens an.

Während des Krieges bemühten sich geflohene ISK-Mitglieder um die Fortsetzung des Widerstandes. Einige arbeiteten für die Rettung der in Südfrankreich internierten Emigranten. Diese Fluchthilfe wurde noch fortgesetzt, nachdem deutsche Truppen auch diesen Teil Frankreichs besetzt hatten. Willy Eichler ließ sich 1940 in London nieder, wo er den Kontakt zu den verstreuten Mitgliedern des ISK aufrechtzuerhalten suchte.

Nach London hatte sich auch eine junge Sozialistin jüdischer Herkunft zurückgezogen, die zu den aktivsten und wagemutigsten Widerstandskämpfern zählt. Unter dem Namen Hilda Monte ging sie in die Geschichte des Widerstandes ein.⁶⁵ Ihr wirklicher Name lautete Hilda Olday, geborene Meisel. Sie war in Wien geboren und 1933 – 19jährig – mit ihren Eltern nach England emigriert. Sie kam aus der jüdischen Jugendbewegung, aus dem »Schwarzen Haufen«, dem auch der im Konzentrationslager ermordete Hans Litten angehört hatte. Unter seinem Einfluß wurde sie Sozialistin. Mit 15 Jahren begann sie für das ISK-Blatt »Der Funke« zu schreiben. Über den ISK nahm sie in London die Verbindung zu den politischen Freunden und illegalen Gruppen auf. Sie leistete Kurierdienste, schmuggelte Literatur und Informationen über die Grenzen und verhalf bedrohten Mitgliedern zur Flucht. Als in den Jahren 1938 / 1939 die Widerstandskraft in Deutschland erlahmte, wurde ein Attentat auf Hitler geplant. Der Kriegsausbruch soll die Vorbereitungen zunichte gemacht haben.

In Wort und Schrift drängte Hilda Monte das Ausland darauf, den Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu unterstützen. Aus ihrer Feder stammen zwei Publikationen, die in englischer Sprache verfaßt wurden und ein breiteres Lesepublikum fanden. 1940 erschien bei Victor Gollancz eine Schrift, in der sie den Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes ankündigte und eine politische und wirtschaftliche Neuordnung entwarf, die auf ein vereintes Europa hinauslief. Eine Novelle gesellte sich hinzu. Sie trug den Titel: »Where Freedom perished« – »Wo Freiheit zugrunde ging«

und war der Versuch, den englischen Leser über das Leben und den Terror im nationalsozialistischen Deutschland aufzuklären.⁶⁶

In der Schlußphase des Krieges begab sich Hilda Monte auf ihre letzte Mission. Sie hatte sich bereiterklärt, Kurierdienste für ein österreichisches Komitee in Zürich und für die Auslandsleitung der sozialistischen Widerstandsbewegung 05 zu übernehmen. Im Frühjahr 1945 passierte sie die schweizerisch-österreichische Grenze und nahm in Österreich die Kurierpost in Empfang. Auf dem Rückweg in die Schweiz wurde sie am Morgen des 17. April 1945 in einem Waldstück in der Nähe von Feldkirch-Tisis von einem Grenzbeamten entdeckt und abgeführt. Sie wies sich durch ihre gefälschten Papiere aus, die auf den Namen Eva Schneider lauteten, und gab vor, im Auftrage des Reichspropagandaministeriums Kurierdienste in die Schweiz auszuführen. Der Beamte, dem die »Sache viel zu hoch« erschien, gab Order, die Kurierin zum Hauptzollamt Tisis zu eskortieren, wo die weitere Überprüfung veranlaßt werden sollte.

Was dann geschah, hält eine Notiz des Feldkirchener Staatsanwalts vom 20. April 1945 fest: »Wie ich aus der beige-schlossenen Unterlage zu entnehmen bitte, versuchte die Kontoristin Eva Schneider am 17. April 1945 früh, die Reichsgrenze bei Feldkirch-Tisis unerlaubt zu überschreiten. Sie wurde jedoch festgenommen und sollte von der Grenzaufsichtsstelle Tisis zum Hauptzollamt Tisis gebracht werden. Auf dem Wege dahin gelang es ihr zu flüchten. Der die Überstellung ausführende Hilfszollbezirksassistent ... schoß ihr nach und traf sie in den rechten Oberschenkel. Nach wenigen Minuten starb die Schneider. Bemerken möchte ich, daß die Schneider angeführt hat, daß sie im Auftrag des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda die Reichsgrenze illegal überschreiten sollte und auch Briefe, gegebenenfalls vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, bei sich führte. Ob diese echt sind, steht noch nicht fest. Diese Briefe samt den übrigen bei der Schneider vorgefundenen Sachen wurden an das Gruppenpolizeikommissariat Bregenz der Geheimen Staatspolizei weitergeleitet.«⁶⁷ Hilda Monte wurde auf Grund ihrer gefälschten Papiere als Eva Schneider beerdigt. Erst 1947 wurde die Namensänderung im Sterberegister vorgenommen. Das Grab liegt auf dem kleinen evangelischen Friedhof von Feldkirch.

Neu Beginnen

Außerhalb des etablierten Parteienspektrums stand mit Neu Beginnen eine Gruppe, deren Anfänge bis ins Jahr 1929 zurückreichen und in der von Anfang an einige Sozialisten jüdischer Herkunft tonangebend waren. Wal-

ter Löwenheim, aus der kommunistisch ausgerichteten Freien Sozialistischen Jugend hervorgegangen und später in Opposition zur KPD geraten, baute die vorerst noch namenlose »Organisation« auf.⁶⁸ Die kleine Gefolgschaft von zunächst etwa 100 Personen rekrutierte sich fast ausschließlich aus jungen kritischen Kommunisten und Sozialdemokraten, die überzeugt waren, daß der aufziehende Faschismus nur durch eine starke und geeinte Arbeiterbewegung erfolgreich bekämpft werden könne. Der Anspruch und Versuch, die beiden großen verfeindeten Arbeiterparteien wieder zu verschmelzen, setzten Geheimhaltung und Konspiration voraus. Die Durchdringungspolitik zielte darauf ab, in aller Stille innerhalb der Parteien Anhänger zu gewinnen. Hinzu kam die Vorbereitung auf die Illegalität, die Absicht, nach einem befürchteten Sieg des Faschismus im Untergrund weiterzuarbeiten. Lenins klassische Anweisungen standen Pate, als Löwenheim die unbedingte Weisungsbefugnis der Leitung und die konspirative Abdeckung nach außen als Prinzipien seiner illegalen Gruppen übernahm.⁶⁹

Praktisch ungestört verlief nach der nationalsozialistischen Machtübernahme der Übergang in die Illegalität. Der Leitung in Berlin gelang es, die Verbindungen zu anderen Städten auszuweiten und über ein neues, besonderes »Provinzbüro« zu koordinieren. Man nahm Kontakte zur Sozialistischen Arbeiterinternationale (SAI) auf und etablierte im Mai 1933 in Prag ein Auslandssekretariat. Karl Frank wurde mit der Leitung betraut und angewiesen, für die Finanzierung der Inlandstätigkeit und für die Aufklärung im Ausland zu sorgen.

Unter dem Pseudonym Miles veröffentlichte Walter Löwenheim im September 1933 seine programmatische Schrift »Neu Beginnen«, die dann auch der Gruppe ihren Namen gab.⁷⁰ Sie erschien im sozialdemokratischen Parteiverlag Graphia in Karlsbad und erregte beträchtliches Aufsehen. Scharfe Kritik übte Löwenheim am Versagen der Arbeiterbewegung, weil sie der »faschistischen Offensive« ohne ernsthaften Widerstand zum Opfer gefallen sei und sich als unfähig erwiesen habe, das Wesen des Nationalsozialismus zu begreifen. Löwenheim forderte die Erneuerung der Arbeiterbewegung und pries Neu Beginnen als die Kaderorganisation an, die die »besten, mutigsten, kritischsten und ergebensten Menschen« aus dem sozialistischen Lager aufnehmen wolle. Ebenso unerlässlich war für ihn die Mobilisierung anderer Regimegegner. Löwenheim hoffte auf die Mitarbeit aller »antifaschistischen und gegen die faschistische Parteiführung gerichteten Kräfte«.

In verschiedenen Teilen Deutschlands bildeten sich Zirkel, die in Dreier- und Fünfergruppen das »Programm« diskutierten, Informationen sammelten und weiterleiteten und versuchten, das Verbindungsnetz auszudehnen.

An die Kontaktaufnahme erinnert sich J.J. Grey: »Im Herbst 1933 ... erhielt ich von einer Berliner Gruppe von Neu Beginnern ein [getarntes] Pamphlet. Es trug den Titel: ›Schopenhauer. Über Religion‹. Die Druckschrift enthielt ihre Ideen. Mit einem Freund traf ich mich mit zwei Mitgliedern in Jena, und wir kamen überein, weitere Diskussionen zu arrangieren. In den folgenden Monaten fuhr ich oft nach Leipzig, wo wir all die Prinzipien und Probleme erörterten, die für uns wichtig waren. Obwohl ich nicht der einzige Vertreter Thüringens war, wurde ich im Laufe der Zeit der offizielle Verbindungsmann zwischen Berlin und Thüringen. Wir trafen dann die Entscheidung, unsere Arbeit zu erweitern. Wir hielten eine Tagung ab, an der Vertreter aus Thüringen, Berlin und Sachsen teilnahmen. Sie fand im Mai 1934 nördlich von Leipzig in Düben statt. Auf der Konferenz traf ich einen jungen Studenten aus Sachsen. Er hatte einen ähnlichen Hintergrund wie ich, der einzige Unterschied zwischen uns lag nur darin, daß er kein Jude war. Wir maßten diesem Unterschied keinerlei Bedeutung zu. Sein Deckname war ›Siegfried‹.«⁷¹

Die Begegnung mit dem deutschen »Siegfried« sollte dem jüdischen Sozialdemokraten Grey zum Verhängnis werden. Kurz nach der Tagung wurde der sächsische Vertreter verhaftet, gefoltert und gezwungen, sein Wissen preiszugeben. Seine Aussage führte die Gestapo auf die Spur zu Grey. Er wurde am 4. August 1934 festgenommen und zunächst in das Konzentrationslager Bad Sulza gebracht, dann in Untersuchungshaft genommen und im April 1935 mit zwei Kameraden vor Gericht gestellt. Er berichtet: »Der Prozeß war nicht öffentlich. Zuhörer durften nur zu Beginn zugegen sein, als die Namen und Daten verlesen wurden ... zwei Freunde aus Sachsen waren als Zeugen der Anklage geladen, einer von ihnen war Siegfried. Mein Pflichtverteidiger stand auf und entschuldigte sich, mich verteidigen zu müssen; ein Schritt, der zu dieser Zeit an der Tagesordnung war. Er half mir nicht. Ich mußte mich selbst verteidigen ... Der Staatsanwalt prangerte mich als Jude an, aber er war der einzige, der diese Tatsache erwähnte.«⁷²

Als Hauptangeklagter wurde Grey vom Oberlandesgericht in Jena wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. In verschiedenen Strafanstalten lernte er, sich den Haftbedingungen anzupassen: »Die Ernährung war nicht schlecht, aber nie ausreichend. Ich mußte Stunden mit mir kämpfen, ob ich mir schon tagsüber eine zusätzliche Scheibe Brot leisten sollte, was bedeutete, daß ich den Hunger am Abend und in der Nacht verspürte ... Die Mahlzeiten blieben die Höhepunkte im Leben der Gefangenen. Selbstmitleid war tödlich. Man mußte die Tatsache akzeptieren, daß man ein Gefangener war. Man mußte die verschiedenen Arbeiten verrichten und ebenso bestimmte Erniedrigungen wie die Durch-

suchung des eigenen Körpers als unausweichlich hinnehmen. Ich habe eine starke Tendenz zu Tagträumen. Sie haben mir über das Schlimmste hinweggeholfen. Ich konnte das Gefängnis, die Zelle und die monotone Arbeit hinter mir lassen und in die Phantasien und Träume entfliehen; eine gefährliche Angewohnheit manchmal, aber ich fand sie sehr hilfreich.«⁷³ Nach der Strafverbüßung floh Grey nach Polen. Von dort gelang ihm im Mai 1939 die Weiterreise ins sichere England.

Die Aufdeckung und Unterbindung der Verbindung Berlin–Thüringen hatte noch keine Großaktion der Gestapo gegen Neu Beginnen ausgelöst. Die einzelnen Gruppen arbeiteten dezentralisiert und wußten oft nichts über die Existenz anderer Zirkel. So effektiv sich die konspirative Abschottung auch erwies, in der Praxis blieben sichtbare Erfolge aus: Weder die revolutionäre Erneuerung der Arbeiterbewegung noch die Mobilisierung der bürgerlichen Regimegegner stellten sich ein. Eine weitere Enttäuschung kam hinzu: Ende 1934 sperrte die Sopade in Prag die Gelder, die bislang und trotz aller Kritik am Programm von Neu Beginnen dem Auslandssekretariat zugeflossen waren. Die Sozialdemokraten begründeten diesen Schritt mit dem Vorwurf, daß Karl Frank sich entscheidend an der Bildung einer Sonderorganisation oppositioneller Gruppen innerhalb der Partei beteiligt habe.⁷⁴

Vor diesem Hintergrund mehrten sich die Stimmen in der alten Garde, die forderten, die illegale Arbeit einzustellen und den Weg ins Exil anzutreten. Eine erbitterte Auseinandersetzung schloß sich an. Es waren vor allem Richard Löwenthal und Werner Peuke, die mit der Unterstützung Franks die Opposition in Berlin anführten. Sie erklärten im Frühjahr 1935 die Inlandsleitung für abgesetzt und wählten ein neues provisorisches Leitgremium. Unverzüglich informierte man die Sozialistische Arbeiterinternationale und deren Generalsekretär Friedrich Adler über den Führungswechsel, der den Bruch von Neu Beginnen besiegelte. Walter Löwenheim emigrierte mit seinen engsten Mitarbeitern im September 1935 nach Prag, wo er den Exilvorstand der SPD über die Vorgänge in Berlin aufklärte und seinerseits die Selbstaflösung von Neu Beginnen bekannt gab.

Kurze Zeit später legte das Sonderdezernat »Neu Beginnen«, das inzwischen im Gestapohauptquartier eingerichtet worden war,⁷⁵ die ersten Erfolgsmeldungen vor. Zu den damals verhafteten Mitgliedern gehörte Lisel Paxmann, eine ehemalige Philosophiestudentin aus Dresden. Sie war als Kurier tätig gewesen und bei der Rückkehr aus der Tschechoslowakei im Zug abgefangen worden. Um nicht zu belastenden Aussagen gezwungen zu werden, nahm sich die Widerstandskämpferin jüdischer Herkunft am 13. Oktober 1935 das Leben.⁷⁶ Im Frühjahr 1936 holte die Gestapo in Berlin eine ganze Reihe von Angehörigen der »Miles-Gruppe« aus ihren Woh-

nungen. Vor den Vernehmungsbeamten wie vor Gericht verstanden sie es geschickt, ihre illegale Tätigkeit zu verschleiern oder als harmlos hinzustellen. Daher fielen die Strafen relativ milde aus. So wurde Ludwig Lazarus wegen »Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens« im Januar 1937 vom 4. Strafsenat des Berliner Kammergerichts »nur« zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Schon bei seinen ersten Vernehmungen im März 1936 hatte der 36jährige jüdische Buchhändler nach Meinung des Beamten »einen äußerst verstockten Eindruck« gemacht und sei »trotz vorliegender Beweise und Vorhaltungen nicht zu bewegen« gewesen, »die Wahrheit zu sagen«.

In der Aktennotiz der Gestapo vom 31. März 1938 heißt es dann weiter: »Lazarus hat durch sein Verhalten die hiesigen Ermittlungen sehr erschwert.« Die Gestapo vergaß sein Verhalten nicht. Als Lazarus seine Strafe abgesessen hatte, wurde er in das Gefängnis in der Prinz-Albrecht-Straße überführt. Aus dem Entlassungszeugnis der Strafanstalt Brandenburg-Görden erfuhr die Gestapo zudem, daß »Lazarus sich dort nicht einwandfrei geführt« habe. »Seine Arbeitsleistungen waren unbefriedigend. Belehrungen zeigte er sich nur sehr schwer oder gar nicht zugänglich. Seine Gedankengänge sollen nach wie vor marxistisch sein.« Die Gestapo nahm an, daß Lazarus, »falls er entlassen wird, sich ins Ausland begeben und von dort eine wüste Hetze gegen das Reich entfalten« werde. Der Aktenvermerk endet mit dem Hinweis: »Aus den geschilderten Gründen erscheint es dringend erforderlich, Lazarus in Schutzhaft zu nehmen und ihn einem Konzentrationslager zu überweisen.« So geschah es. Ludwig Lazarus kam nach Dachau. Wenige Monate später wurde er »zwecks Auswanderung« entlassen. Es gelang ihm, 1940 nach Shanghai zu emigrieren.⁷⁷

Zu denen, die sich damals dem Zugriff der Gestapo entziehen konnten, gehörte Gerhard Bry. Der jüdische Apothekersohn gab 1933 sein Studium auf und arbeitete in einer Gruppe von »Neu Beginnen«. Über seine Erfahrung schrieb er später: »Einer der wenigen Punkte, in denen sich die Einstellung jüdischer und nichtjüdischer Org-Mitglieder unterschied, war meiner Meinung nach die Frage des Nationalgefühls. Wir sprachen nicht oft über dieses Thema, aber wenn wir es erörterten, hatte ich immer den Eindruck, daß viele der nichtjüdischen Mitglieder überzeugt waren, daß sozialistischer Widerstand gegen Hitler zugleich eine hohe patriotische Aufgabe sei. Sie, die Widerständler, waren die wirklichen Patrioten, nicht die Nazis. Meine eigene Einstellung war mehr internationalistisch geprägt oder, um es noch vorsichtiger zu formulieren, ihr fehlte die Komponente patriotischen Eifers ... Der Grund dafür war natürlich nicht, daß Juden, wie die Nazis behaupteten, wurzellos sind und loyal nur ihren eigenen ›Rassengenossen‹ gegenüber handeln, nicht aber gegen ihre ›Wirtsvölker«.

Die Ursache war vielmehr, daß wir uns im Deutschland der dreißiger Jahre durch die antisemitischen Traditionen, denen ein großer Teil der deutschen Öffentlichkeit anhing, und durch die antisemitischen Maßnahmen der Nazis von den spezifisch deutschen Werten weitgehend gelöst und entfremdet hatten.

Jüdischer Widerstand gegen die Nazis konnte nur als organisierter Widerstand, nicht als individuelle Aktion sinnvoll sein. Eine solche Organisation durfte sich aber auch nicht als bloß jüdische verstehen, sondern sie mußte umfassendere politische Ziele vertreten. Widerstand mußte geplant, nicht improvisiert werden. Folglich war es für die Juden damals wirksamste Methode des Widerstands, sich an Widerstandsgruppen im Untergrund zu beteiligen.«⁷⁸

Nach der ersten Verhaftungswelle lief die illegale Arbeit der noch verschont gebliebenen Gruppen weiter, wobei jedoch eine leichte Kursänderung vorgenommen wurde. Man bemühte sich stärker um die Bildung einer Volksfront und näherte sich einer kleinen Gruppe, die sich aus alten SPD- und Gewerkschaftsfunktionären um Otto Brass und Hermann Brill gebildet hatte. Gemeinsam debattierte und präsentierte man eine Reihe von programmatischen Schriften. Im April 1938 erschien ein Manifest über die »Deutsche Freiheit«, 100 Exemplare, die mit der Unterstützung des Rechtsanwaltes und früheren Syndikus der Freien Gewerkschaften, Ernst Fraenkel, hergestellt worden waren. Die Verfasser verkündeten die Errichtung der »Deutschen Volksfront« und ließen wissen, daß sie »den Kampf gegen das Diktatorsystem führt und gewillt ist, die Regierung der deutschen Republik nach dem Fall Hitlers mit einem festen Programm zur Rettung des deutschen Volkes aus dem Chaos von Politik und Wirtschaft, in das uns Hitler geführt hat, zu übernehmen.«⁷⁹

Das Volksfrontprogramm stieß beim Exilvorstand der Sopade auf wenig Gegenliebe. Auch die Kontakte mit der KPD verliefen ergebnislos. Otto Brass selbst, der mit dem ZK-Mitglied Anton Ackermann zusammengetroffen war, lehnte nach dem Gespräch die Zusammenarbeit mit den Kommunisten ab. Noch ehe andere Bündnispartner gewonnen werden konnten, hatte die Gestapo die »infame unterirdische Wühltätigkeit« der beiden Gruppen entdeckt. Im Herbst 1938 holte sie zu einem zweiten und entscheidenden Schlag aus. Auch diesmal fand sie wieder unter den Inhaftierten einige Sozialisten jüdischer Herkunft – so Otto Sperling, Edith Jacobsen und Georg Eliasberg. Hohe Zuchthausstrafen folgten auf dem Fuße; Neu Beginnen und die Volksfrontgruppe hörten auf zu existieren.

Emigrierte und geflohene Mitglieder setzten die Arbeit noch fort, wobei freilich auch die einstigen revolutionären Ideen begraben wurden. In den westlichen Hauptstädten suchte man den Anschluß an die Sozialdemokra-

tie und schloß seinen Frieden mit der bürgerlichen Demokratie. Der sozialdemokratische Kreis umfaßte Paul Hertz, Erwin Schöttle, Waldemar von Knoeringen, Fritz Erler, Repräsentanten, die das Bild der Nachkriegs-SPD wie die Politik der jungen Bonner Republik entscheidend mitbestimmten. Karl Frank wurde nach Kriegsende die Rückkehr nach Deutschland verwehrt. Die Denunziation, ein Kommunist zu sein, nahm die amerikanische Regierung zum Anlaß, dem einstigen Auslandsvertreter von Neu Beginnen die Ausreisegenehmigung zu verweigern. Der Widerstandskämpfer jüdischer Herkunft Richard Löwenthal, der unter dem Pseudonym Paul Sering als sozialistischer Faschismustheoretiker bekannt geworden war, nahm 1961 einen Ruf der Freien Universität Berlin an.

In der KPD 1933 – 1936

Vieles ist über die politische Theorie und Praxis der KPD geschrieben worden.⁸⁰ Man weiß, daß die Partei mit ihren 300 000 Mitgliedern der Weimarer Republik keine allzu großen Sympathien entgegenbrachte und selbst noch nach Hitlers Machtübernahme ihrer Sozialfaschismustheorie folgte und in der Sozialdemokratie die »soziale Hauptstütze der Kapitalsdiktatur« sah. Im Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus propagierte sie die »Einheitsfront von unten«, mit der sie primär die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer »entlarven« und die Führung der deutschen Arbeiterklasse erobern wollte. Ohne größere Resonanz war denn auch der Aufruf vom 30. Januar 1933 zum Generalstreik und zu Massendemonstrationen geblieben: Nur an einigen Orten löste er spontane, gemeinsame Abwehraktionen aus. Die geheiligte Faschismuskonzeption bestärkte die Partei in ihrem Glauben, daß der Nationalsozialismus auf schwachen Füßen stehe und der baldige Zusammenbruch die »revolutionäre Krise« verschärfen und letztlich die Bourgeoisie und den Kapitalismus hinwegfegen werde. Die ZK-Resolution vom Mai 1933 schloß mit den Worten: »Wenn wir die Massen an die entscheidenden Kämpfe heranzuführen, durch wachsende Massenaktionen die faschistische Diktatur erschüttern, dann wird die revolutionäre Krise zu einem raschen Tempo heranreifen, dann wird das deutsche Proletariat in naher Zukunft dem Beispiel des siegreichen Proletariats der Sowjetunion folgen.«⁸¹

Zu diesem Zeitpunkt hatten die Nationalsozialisten bereits den ersten Schlag gegen die KPD geführt. Der Reichstagsbrand diente als Vorwand, die Partei zu verbieten und die Funktionäre in Schutzhaft zu nehmen. Tausende wurden eingesperrt, viele mißhandelt und ermordet. Die neuen Machthaber hatten sich auf die »Abrechnung« vorbereitet. Sie benutzten

das von der Politischen Polizei zuvor gesammelte Material über die KPD, Denunzianten gaben weitere Hinweise. Mehr als die Hälfte der Funktionäre wurde verhaftet. Aus seinem Berliner Versteck holte die Polizei Anfang März 1933 den Parteiführer Ernst Thälmann ab.

Die Verhaftungs- und Terrorwelle erschwerte den Übergang in die Illegalität. Hinzu kam, daß die untergetauchten Führer der Partei, von denen einige unverzüglich ins Exil auswichen, beim Aufbau des illegalen Parteiapparates am zentralistischen Organisationsprinzip festhielten. An der Spitze stand das Zentralkomitee (ZK) mit der Auslands- und Inlandsleitung. Über die ausländischen Grenzstellen und inländischen Oberberater liefen die Verbindungswege zu den Bezirks- und Unterbezirksleitungen, dann weiter zu den Orts- und Stadtteileitungen, bis sie die Zellenleitung erreichten. Etwa 100000 Mitglieder waren nach der nationalsozialistischen Machtübernahme bereit, ihren Platz im illegalen Parteiapparat einzunehmen. Es zeigte sich jedoch sehr schnell, daß die verbotene Partei und der auf Massenmobilisierung ausgerichtete Antifaschismus mit Streikaufrufen und Propagandaschriften das Herrschaftssystem nicht in Bedrängnis bringen konnten. Die Fehleinschätzung der politischen Lage durch die Parteiführung rächte sich bitter. Der Einsatz forderte einen Tribut, von dem sich die KPD nicht mehr erholen sollte. Der Parteiapparat brach auseinander, Tausende von opferbereiten Kommunisten verschwanden in den Zuchthäusern, Konzentrationslagern und Vernichtungsstätten⁸² – mit ihnen die Genossen jüdischer Herkunft. In allen Teilen Deutschlands nahmen sie am Widerstand teil. Der folgende geographische Streifzug kann nur einige Beispiele aufführen.

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme wurden in Nürnberg Kommunisten jüdischer Herkunft wegen »illegaler Betätigung« festgenommen und im KL Dachau umgebracht.⁸³ Im 2. Halbjahr 1933 gingen in Karlsruhe 36 Zeitungsverteiler der KPD der Polizei ins Netz. Eva Maria Rosenberg führte die Verhaftungsliste an. Sie erhielt zwei Jahre Zuchthaus.⁸⁴ Mit 19 anderen Kommunisten wurde Lotte Landwehr inhaftiert und angeklagt, im Bezirk Heidelberg den »organisatorischen Zusammenhalt der KPD aufrecht erhalten und Beiträge kassiert« zu haben.⁸⁵ Rasch kam die Gestapo in Frankfurt/M kommunistischen Gruppenbildungen und »Zersetzungsversuchen« auf die Spur. Anfang Januar 1934 verhaftete sie Emil Carlebach, Heinz Zucker, Fritz Rommer und Gertrud Wilmersdorfer. Sie hatten unter anderem die Schrift »Der Rote Gewerkschaftler« verteilt.⁸⁶ Die Gestapo Magdeburg meldete die Zerschlagung einer Gruppe, deren »geistiger Kopf« ein »kleiner rothaariger Jude namens Holzer« war. Er soll 1934 aus der Sowjetunion zurückgekehrt sein und versucht haben, die Magdeburger Parteiorganisation wieder aufzubauen.⁸⁷

Jüdische Bürger nahmen auch in Hannover am Widerstand teil.⁸⁸ Die Familie Friedmann aus Peine büßte ihren Einsatz für die illegale KPD mit dem Leben.⁸⁹ Die Ausreise nach England glückte dem Arzt Freudenthal, der in Hannoversch Münden Kontakte zur örtlichen Widerstandsgruppe unterhielt. Er unterstützte sie mit Geldspenden und verteilte Propagandaschriften. Anfang 1935 fand man bei der Kontrolle seines Wagens die illegalen Schriften. Er mußte vier Jahre Zuchthaus verbüßen.⁹⁰ In der Chronik des Görlitzer Antifaschismus tauchen die Namen von vier jüdischen Helfern auf.⁹¹ Bis zu seiner Emigration nach Palästina im Jahre 1936 beteiligte sich Stephan Hermlin, alias Rudolf Leder, als Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes (KJVD) in seinem Geburtsort Chemnitz und in Berlin an der illegalen Arbeit.⁹²

Aus Chemnitz stammte auch der Jungkommunist Leo Bauer, der 1933 mehrere Monate in Schutzhaft verbracht hatte und dann ins französische Exil geflohen war, wo er weiter tätig blieb. Als kommunistischer Abgordneter zog er 1946 in den hessischen Landtag ein. Später ging er in die Sowjetische Besatzungszone, wo er als Chefredakteur des Deutschlandsenders tätig war. Auch dort nicht zu blindem Gehorsam bereit, fiel er bald in Ungnade. Ein sowjetisches Militärgericht verurteilte ihn schließlich zum Tode. Zu 25 Jahren Arbeitslager begnadigt, kehrte er 1955 in die Bundesrepublik zurück, wo er als Journalist bis zu seinem Tod im Jahr 1972 arbeitete.

Wegen »kommunistischer Umtriebe« wurde der Dresdner Heinz Weinberg mehrmals in Schutzhaft genommen. 1939 erteilten ihm die Genossen die Genehmigung zur Auswanderung⁹³. Kurt Kohn und seine Schwester wurden am 8. April 1933 in Plauen/Vogtland verhaftet, als sie kommunistische Flugblätter verteilten.⁹⁴

In Hamburg hatte die »Arbeitsgemeinschaft jüdischer Sozialisten« noch zu den Reichstagswahlen am 5. März 1933 ein antifaschistisches Flugblatt herausgebracht. Mit der gewaltsamen Auflösung der Gruppe wurden etwa 20–25 Mitglieder in Haft genommen und schließlich zu hohen Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt.⁹⁵ Eine ganze Reihe von Kommunisten jüdischer Herkunft setzte den Widerstand fort, so – um nur einige zu nennen – Rachel Rubinstein, Fürstenberg und Martin Löwenberg – er wurde 1940 ermordet –,⁹⁶ dann Walter Bloch, Alfred Levi – ein ehemaliges Mitglied der Hamburger Bürgerschaft – oder Erich Markowitsch und Curt Posener, die später im Konzentrationslager den kommunistischen Widerstand organisierten.⁹⁷ Organisationsleiter der Bezirksleitung Hamburg war 1934/1935 Horst Fröhlich. Dafür erhielt er 15 Jahre Zuchthaus. Er wurde in Auschwitz umgebracht.⁹⁸ Über den Widerstand von Dagobert Biermann und Herbert Michaelis wird später noch berichtet werden.⁹⁹

Eine führende Rolle bei der Ankurbelung des Widerstands im Ruhrgebiet spielte Gerhard P.,¹⁰⁰ ein Musiklehrer, Mitglied der Bezirksleitung des KJVD, der vor 1933 auch für das »Ruhr-Echo« geschrieben und den Vorsitz des Arbeiter-Theater-Bundes innegehabt hatte. Vielerorts war diese Gruppe mit politischen Zeitstücken aufgetreten. Ende November 1933 wurde P. verhaftet, im August 1934 stand er mit 27 Jungkommunisten vor dem Strafsenat des Oberlandesgerichts Hamm. Man legte ihnen zur Last, den »organisierten Zusammenhang des verbotenen KJV aufrecht erhalten bzw. neu hergestellt zu haben«. Als Hauptangeklagter erhielt P. zwei Jahre und neun Monate Zuchthaus. Die anschließende Einweisung in das Konzentrationslager wurde mit dem Hinweis auf seine »Staatsgefährlichkeit« begründet. Der Antrag seiner Mutter, ihm einen Paß zur Auswanderung auszustellen, wurde 1937 abgelehnt.

Eine sechsjährige Zuchthausstrafe hatte Anfang Juni 1941 der Kommunist Alfred O. verbüßt, als ihm die beantragte Emigration verweigert wurde.¹⁰¹ In den Anfangsjahren des Dritten Reichs hatte er sich im Bezirk Niederrhein am Widerstand beteiligt. Propagandaschriften waren in seinem Wagen gefunden worden. Die Gestapo brachte zudem in Erfahrung, daß O. mit den führenden Funktionären in Verbindung stand und sie in seiner Wohnung beherbergt hatte. Die im Juni 1941 verhängte Schutzhaft dauerte nicht lange: Am 24. Juni 1942 kam O. im Lager Neuengamme um. In seiner Personakte steht hinter der Todesursache »Tuberkulose« ein Fragezeichen. Vergeblich hingegen suchte die Gestapo Erich Glückauf¹⁰² ausfindig zu machen, der bis September 1933 die Bezirksleitung Niederrhein zusammengehalten hatte.¹⁰³ Sein Fluchtweg lief über viele Orte nach Frankreich, wo er später interniert wurde, aber erneut entkommen konnte.

In den Versuch der Kommunisten, ihre Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) zu reorganisieren,¹⁰⁴ gehört die folgende Episode aus Düsseldorf. Unmittelbar nach der nationalsozialistischen Machtübernahme hatten die leitenden Funktionäre der RGO-Bezirksleitung Rudi Goguel,¹⁰⁵ Alfred Fuhrmann und Paul Appelbaum den »Verein für Kunst und Literatur« ins Leben gerufen, der als Auffangorganisation bei der zu erwartenden Auflösung der RGO dienen und vor allem Angestellte aufnehmen sollte. Nach der Etablierung zogen sich die Funktionäre zurück und überließen den Vorsitz dem jungen jüdischen Genossen Werner N., der erst wenige Monate zuvor zur KPD gestoßen war.¹⁰⁶ Im März 1933 wählte man einen neuen Tarnnamen (»Verein für Freizeitgestaltung«), organisierte Wanderungen und traf sich in verschiedenen Lokalen. Die Teilnehmerzahlen nahmen ständig ab. Von den etwa 40 Gründungsmitgliedern waren im Juli 1933 weniger als die Hälfte übriggeblieben. Nur Pfennigbeträge wanderten in die Sammelbüchsen. Der Fehlschlag spornte die Funk-

tionäre an, außerhalb des Vereins die alten Zellen in den Betrieben zu reaktivieren. Einige bestanden in den großen Kauf- und Warenhäusern der Stadt, und es waren Kommunisten jüdischer Herkunft, die hier als Zellenobmänner fungierten. In der Firma Coppel und Goldschmidt wurden illegale Schriften verteilt. Der Verkäufer Eugen S. vertrat dort die RGO. Der kaufmännische Angestellte Leo A. wirkte im Kaufhaus Schmitz, Erwin F. leitete die Zelle im Kaufhaus Tietz. Nicht identifizierbar blieb der Verbindungsmann in der Firma Guttmann. Eine Leitfunktion bis zu seiner Verhaftung im März 1933 übte Alfred Benjamin aus. Die Gestapo sah in ihm den Leiter der Angestellten der RGO im Bezirk Niederrhein.

Der RGO-Kreis wurde schnell ausgehoben. Die leitenden Funktionäre – so Rudi Goguel, Heinrich Niebes, Alfred Fuhrmann und Paul Appelbaum – wurden wegen Hochverratsvorbereitung zur Rechenschaft gezogen und in Massenprozessen zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt. Der Obmann Erwin F. erhielt im August 1934 vom 3. Strafsenat des OLG Hamm ein Jahr und neun Monate Zuchthaus. Anschließend emigrierte er nach Holland¹⁰⁷. Die beiden anderen Verbindungsleute konnten sich der Verhaftung entziehen. Im Januar 1935 entkam Eugen S. nach Holland, ein Jahr später zog Leo A. in die Schweiz. Alfred Benjamin, der im Dezember 1933 aus dem Konzentrationslager Lichtenburg entlassen worden war, floh – noch während der Hochverratsprozeß gegen ihn vorbereitet wurde – ins benachbarte Ausland und setzte den Widerstand fort. Im Sommer 1942 gelang ihm am Vorabend seiner Auslieferung die Flucht aus dem französischen Internierungslager. Beim Versuch, in die Schweiz zu entkommen, verunglückte er tödlich.¹⁰⁸ Werner N. hatte sich Ende 1933 nach Italien begeben. 1935 kam er zurück und wurde in »Schulungshaft« genommen. In den Ermittlungsakten der Gestapo und den Prozeßakten der Justiz finden sich Hinweise auf seine illegale Tätigkeit für die RGO bis zum Sommer 1933. Im Juni 1936 wurde N. vom OLG Hamm zu einem Jahr und sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Nach der Verbüßung spernte man ihn in die Konzentrationslager Sachsenhausen und Dachau. Der Kommandant von Dachau erhob im Frühjahr 1939 Einspruch gegen eine Entlassung: N. sei »träge« und zeige »schlechte Führung«. In einem Vermerk vom 4. November 1939 heißt es: »Nach Mitteilung [der Gestapo] ist mit der Entlassung des N. aus der Schutzhaft während des Krieges nicht mehr zu rechnen.« Die letzte Eintragung in seiner Personenakte datiert aus dem Jahre 1943.

Im Bezirk Niederrhein spielte sich auch ein Vorgang ab, der die Problematik der kommunistischen Organisationsstruktur und Widerstandspraxis aufzeigt. Er verbindet sich mit dem Namen eines Antifaschisten jüdischer Herkunft. Detlef Peukert schildert den Fall: »Im Dezember 1934 bekam der Politische Leiter des Bezirks, Heinrich Wiatrek, eine Düsseldorfer

kommunistische Zeitung mit dem Titel ›Die Rote Front‹ zu Gesicht, deren Herkunft ihm unbekannt war. Nach vier Wochen vergeblicher Suche erhielt seine Gewerkschaftsinstrukteurin Elli Schmidt über die Genossin Maria van de Maat Kontakt zu Siegfried Steineberg, der die Gruppe Bilk/Oberbilk leitete und die ›Rote Front‹ herausgegeben hatte. Steineberg hatte zwar vor 1933 der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, nicht aber der KPD angehört. Zusammen mit einigen anderen jungen jüdischen Kommunisten war er außerdem Mitglied des zionistischen Turnvereins Makabi. Steinebergs Gruppe arbeitete seit einem halben Jahr auf sich allein gestellt, nach dem die Verhaftungen von August bis September 1934 endgültig die Verbindung nach oben zerrissen hatten. Sie machten bald aus der Not der Isolierung die Tugend der Selbständigkeit und vertraten die Auffassung, daß illegales Arbeiten ohne Verbindung zu einer zentralistischen Leitung weitaus risikoärmer und effektiver sei. Daher lehnte Steineberg gegenüber Elli Schmidt jede Zusammenarbeit mit der Bezirksleitung ab. Erst als diese auf die ultimativen Forderungen der Bilker Kommunisten einging, daß die Bezirksleitung weder eigene Druckereien noch konspirative Wohnungen noch zentrale Mitarbeiter im Gebiet von Bilk unterhalten dürfe, um die Gestapo nicht anzulocken, bequeme sich Steineberg zu einer lockeren Zusammenarbeit.«¹⁰⁹

Die Instrukteurin Elli Schmidt formulierte ihre »neuen Erfahrungen«, die sie mit Steinebergs Gruppe machte, in einem Memorandum, das sie im Juni 1935 an die Parteileitung adressierte. Sie plädierte für dezentralisierte Gruppen und ein lockeres Instruktorensystem, für einen Volksfrontkurs, für den Verzicht auf bürokratisches Kommandieren und auf massenhafte Flugschriftenverteilung. Es waren die »Grundzüge« des neuen Organisations- und Widerstandskonzeptes, die wenig später von Franz Dahlem auf der »Brüsseler Konferenz« offiziell verkündet werden sollten.¹¹⁰ Für Siegfried Steineberg kamen sie zu spät. Zusammen mit seinem Freund Erwin Simons wurde er im Sommer 1935 an der Rheinbrücke bei Zons gefaßt, als er die Verbindung mit dem KPD-Funktionär Johann Scheer aufnehmen wollte.¹¹¹ Der Volksgerichtshof sprach eine hohe Zuchthausstrafe aus. Die Personenakte schließt mit dem Hinweis, daß Steineberg am 2. Dezember 1941 im Konzentrationslager Mauthausen »auf der Flucht erschossen« wurde.¹¹² Im großen Scheer-Prozeß wurde Erwin Simons mit der Begründung, daß er Jude sei, zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Er wurde 1943 in Auschwitz umgebracht.

Die Unterstützung »kommunistischer Umtriebe«, die Aufnahme untergetauchter Funktionäre, die Annahme und Weitergabe illegaler Schriften wurden wiederholt und an vielen Orten jüdischen Bürgern zur Last gelegt. Der Kaufmann Salomon Najdorf aus Essen besaß in seinem Büro einen

Abzugsapparat, den die illegale KPD benutzte.¹¹³ In der Wohnung des Apothekers Gymnich entdeckte man 1935 »technische Einrichtungen«, die aus der Kölner Parteileitung stammten.¹¹⁴ Als Mischling klassifizierten die Nationalsozialisten die Ärztin Doris M.,¹¹⁵ die 1935 festgenommen und vom Volksgerichtshof wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Die Gestapo hatte ihre Verbindung zum illegalen Parteiapparat aufgedeckt und nachgewiesen, daß ihre Wohnung als wichtige »Anlaufstelle« diente. Bis Ende 1938 existierte in Dortmund eine jüdische Jugendgruppe unter der Leitung eines Rabbinersohnes, die den Gedanken der »Volksfront« aufnahm und in Kontakt mit der örtlichen KPD-Gruppe stand. Sie übernahm auch die technische Herstellung der illegalen Zeitschrift »Volkswille«. Die Ausgabe Nr. 4 befaßte sich mit den Reaktionen aus Dortmund auf die Novemberereignisse von 1938.¹¹⁶ Als »Halbjüdin« stufte die Gestapo die 50jährige parteilose Berta Fuchs ein,¹¹⁷ die Anfang Januar 1943 im Zuge der Großaktion gegen die KPD gefaßt wurde.¹¹⁸ Seit März 1941 hatte sie in ihrer Düsseldorfer Wohnung aus den Niederlanden eingeschleuste Instruktoren aufgenommen. Darüber hinaus verteilte sie illegales Schrifttum und ein selbstverfaßtes Flugblatt, das die Überschrift trug: »Hier spricht eine deutsche Arbeiterfrau an die übrige Welt!« In ihrer Vernehmung bekannte sie sich zu ihrem Tun und gab zu Protokoll, daß sie »infolge ihrer jüdischen Abstammung immer ein Gegner des nationalsozialistischen Staates bleiben werde«. Berta Fuchs wurde 1944 hingerichtet.¹¹⁹

Auch in Berlin beteiligten sich Juden in kommunistischen Widerstandskreisen. Ende 1935 flog der gesamte illegale Funktionärskreis des Unterbezirks Nordring auf. Er umfaßte 33 Personen. Hinter zwei Namen stand das Wort »Jude«. Ein Mitglied wurde als Halbjude klassifiziert. Als Leiter wurde Siegfried Loewenstein ermittelt, ein 28jähriger Kürschner. Im Gestapobericht hieß es: »Durch seine Festnahme ist es gelungen, auch endlich einmal den Verfasser einer Hetzschrift zu bekommen. L. ist überführt und geständig, sämtliche Artikel des Organs ›Der Ausweg‹ selbst geschrieben zu haben, und gibt zu, daß ›Der Ausweg‹ in regelmäßigen Zeitabständen – in einer Auflage von 1000 Stück – hergestellt wurde. Es wurde abwechselnd auf 2 Produktionsstellen gearbeitet. Für die Verbreitung waren 2 Haupt- und 5 Nebenverbreitungsstellen eingerichtet. Der Transport wurde von 1 Haupt- und 2 Nebenkurieren geleistet. An Hand einer hier bestehenden, mit Fotokopien ausgerüsteten Kartei konnte dem Beschuldigten nachgewiesen werden, daß ›Der Ausweg‹ seit März 1934 regelmäßig hergestellt wurde und zur Verbreitung gelangte. Durch die Aushebung des gesamten Apparates wurde eine weitere Quelle verstopft, die den Norden Berlins laufend mit Hetzmaterial überschwemmte. Auch in dieser Sache ist be-

zeichnend, daß die festgenommenen jüdischen Personen bei der Herstellung und Verbreitung an erster Stelle gearbeitet haben.«¹²⁰

Kurz darauf wurden die Reste der Parteiorganisation in den südlichen Stadtbezirken ausgehoben. Die Gestapo stieß auf die Leiterin Margarete Kaufmann. Fast zwei Jahre wurde sie qualvollen Verhören unterworfen. Das Urteil lautete im April 1938 auf 15 Jahre Zuchthaus; die letzte Eintragung in ihrer Justizakte: »Margarete Kaufmann ist am 21. Dezember 1942, 18.13 Uhr, an den Herrn Reichsführer der SS übergeben worden.«¹²¹ 150 Mitglieder wurden 1936 gefaßt, als die Gruppe Prenzlauer Berg zerschlagen wurde: acht wiesen eine jüdische Herkunft auf.¹²² Unter den Verhafteten des Unterbezirks Schöneberg befand sich Rudolf Israelski, der in diesem Stadtteil den illegalen Parteiapparat mit aufgebaut hatte. Der Volksgerichtshof bestrafte ihn im November 1937 mit zwölf Jahren Zuchthaus. In der Urteilsbegründung hieß es:

»Der Angeklagte hat durch seine illegale Arbeit nicht nur [die] innere Ruhe ganz allgemein gefährdet, sondern dadurch, daß er sich auch mit der kommunistischen Zersetzung der Wehrmacht befaßte, auch die Abwehrkräfte des Staates gegen innere und äußere Feinde zu schwächen versucht, um den jüdisch-marxistischen, volks-, kultur- und staatszerstörenden Bestrebungen des Kommunismus zum Siege zu verhelfen. Und zwar begann er mit dieser Tätigkeit und setzte sie in steigendem Maße fort zu einer Zeit – Anfang 1934 bis Anfang 1936 –, als das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit in vielfachen Wahlkundgebungen seinen Willen zum Nationalsozialismus und seine Gegnerschaft gegen den Kommunismus eindeutig zum Ausdruck gebracht hatte. Der Angeklagte hat diesen Willen des deutschen Volkes nicht geachtet und das Seine getan, um den rasse- und volksfremden Bestrebungen des internationalen Kommunismus, die ihm als Juden näher lagen, zum Siege zu verhelfen und sie dem deutschen Volke aufzuzwingen. Er stempelte sich dadurch selbst zum Volksfeind. Es kommt weiter erschwerend hinzu, daß der Angeklagte auch in der Hauptverhandlung nicht rückhaltlos geständig gewesen ist, sondern offenbar bemüht war, seine Tätigkeit nach Möglichkeit gering erscheinen zu lassen, Zusammenhänge zu verschleiern und Mitarbeiter zu decken.« Das Urteil schloß mit den Sätzen: »Als Jude genoß der Angeklagte Gastrecht in Deutschland. Er hat dieses Gastrecht in schwerster Weise verletzt und handelte dadurch ehrlos. Der Senat hat ihm daher die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren aberkannt.«¹²³ Es verstand sich von selbst, daß der Rektor der Frankfurter Johann Wolfgang Goethe-Universität dem Musikwissenschaftler unverzüglich den einst erworbenen Doktorgrad aberkannte. Als sich Ende 1942 in der Haft der Gesundheitszustand Israelskis verschlechterte, wollte die Gefängnisverwaltung ihn von Hameln

in das Jüdische Krankenhaus Berlin überführen lassen. Die Gestapo lehnte ab und bestand auf der Übergabe an die SS. Der Transport fand nicht mehr statt; die Gefängnisverwaltung ließ wissen, »daß der Häftling am 1. Dezember 1942 an Tuberkulose gestorben« war.¹²⁴

Namen und Schicksale dieser Kommunisten jüdischer Herkunft wurden hier stellvertretend für all die vielen genannt, die im Widerstandskampf der illegalen KPD standen. Die Verluste waren hoch. Nach den unvollständigen Angaben der »Roten Hilfe« wurden bis 1935 insgesamt 4656 Personen ermordet. Man zählte 4619 Prozesse mit 21433 Angeklagten, es gab 18939 Verurteilungen, davon 98 Todesstrafen.¹²⁵ Die Blutopfer und der Zerfall der Organisationen blieben nicht ohne Wirkung auf die Politik der Parteiführung. Schon Mitte 1934 wurden die ersten Stimmen laut, die auf eine Kursänderung drängten. Sie setzten sich durch, als die Komintern intervenierte und – nach teilweise heftigen internen Auseinandersetzungen – neue Richtlinien beschloß. Im Oktober 1935 versammelten sich die deutschen Spitzenfunktionäre in der Nähe von Moskau, um auf ihrer 4. Parteikonferenz – man nannte sie aus Gründen der Tarnung »Brüsseler Konferenz« – die entsprechenden Beschlüsse auch für die KPD zu fassen.¹²⁶

Die »kühne Wendung« wurde vollzogen, der »neue Weg zum Sturz der Hitlerdiktatur« abgesteckt. Die KPD-Führer sahen ihn in der Aktionseinheit mit der Sozialdemokratie und in der Volksfront. Die illegale Arbeit sollte in die nationalsozialistischen Massenorganisationen, vor allem in die Deutsche Arbeitsfront (DAF) verlegt werden, um von innen oder mit Hilfe der Taktik des »Trojanischen Pferdes« das Herrschaftssystem zu zersetzen. Ferner wollte die KPD die »werkstätige« Jugend mobilisieren und alle bürgerlichen Regimegegner in der antifaschistischen Volksfront vereinen. Daher setzte man den gemeinsamen Kampf um die »demokratischen Rechte und Freiheiten« an die Spitze des Programms. Eines freilich blieb gewahrt: der Führungsanspruch der Partei. »Die endgültige Befreiung der werktätigen Massen von der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung kann nur durch die Aufrichtung der Sowjetmacht erfolgen, die allein die Klassenherrschaft stürzt, den Sozialismus aufbaut und dem ganzen Volk Freiheit und wachsenden Wohlstand sichert.« Eine »Neuorientierung« vollzog sich auch auf der organisatorischen Ebene. Man verzichtete darauf, auf dem »Trümmerhaufen«, vor dem man stand,¹²⁷ einen neuen zentralistischen Apparat zu errichten. Die Reste der alten Leitungsgremien wurden aufgelöst. Nunmehr sollten die im Ausland operierenden Abschnittsleitungen und Grenzstellen über Instrukteure die Kontakte zu den dezentralisierten Parteiabteilungen und -gruppen aufrechterhalten. Das ZK der KPD behielt sich die Koordinierung der illegalen Arbeit vor.

Den Konzepten blieb ein Erfolg versagt. Noch bevor der illegale Parteiapparat umstrukturiert war, zerschlug die Gestapo in den Jahren 1936/37 Gruppen und Auslandsverbindungen. Von der politischen Programmatik ging keine große Resonanz aus. Nur an einigen Orten formierten sich kleinere Zirkel, die den Gedanken der Volksfront debattierten. Beharrlich und kategorisch wies die Sopade alle Offerten zurück. Einen Widerhall fanden die Appelle im Exil, vor allem in Frankreich.¹²⁸ Zahlreiche jüdische Emigranten der verschiedensten Schattierung wirkten in dem »Ausschuß zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront« mit oder setzten ihre Namen unter die Aufrufe, die von diesem Komitee ausgingen. Von einem »Freundeskreis der deutschen Volksfront« stammte ein Manifest, das 1937 speziell an die »deutschen jüdischen Freunde« gerichtet war. Sie wurden aufgefordert, »alles Trennende« beiseite zu schieben und sich »in die sich bildende Front der antifaschistischen Kämpfer« einzureihen, zusammen mit allen »Katholiken, Sozialdemokraten [und] Kommunisten«. Das »große Ziel« lag in der Verteidigung des Friedens und im Sturz der Hitlerdiktatur. »An der Stelle des Hitlerfaschismus« wolle man »eine freie demokratische Volksrepublik aufbauen, in der die freie Arbeit geadelt und die Menschenwürde geschützt wird, wo der Jude, sei er Wissenschaftler oder Künstler, Arbeiter oder Staatsmann, die gleichen Rechte und Freiheiten genießt wie jeder, der für das Wohl unseres Volkes arbeitet«.¹²⁹

Die Appelle verhallten. Der Vorbereitungsausschuß stellte seine Arbeit bald wieder ein. Die Schuld für das Scheitern schob man sich gegenseitig in die Schuhe. Während in Deutschland der organisierte Widerstand der zerstrittenen Arbeiterparteien weitgehend zertrümmert und im Exil das »Gezänk« über die Volksfront fortgeführt wurde, vollzog sich auf einem dritten Schauplatz eine Auseinandersetzung, die mit einer Niederlage des Antifaschismus endete, im Spanischen Bürgerkrieg.

Juden im Spanischen Bürgerkrieg

Als im Sommer 1936 der Spanische Bürgerkrieg ausbrach,¹³⁰ eilten 45 000 Freiwillige aus 53 Ländern der spanischen Republik zu Hilfe. Außerordentlich hoch fiel der Anteil jüdischer Freiwilliger aus, für die Josef Toch eine Zahl von 7758 ermittelt hat.¹³¹ Keine Statistik hält die Zahl der deutschen Juden fest. Man kann nur vermuten, daß von den 3200 deutschen Rotspanienkämpfern etwa 300–500 jüdischer Herkunft waren. Auch hier galt, was schon für den organisierten Arbeiterwiderstand in Deutschland festgestellt wurde: Die meisten schlossen sich nicht als Juden, sondern als

Kommunisten, Sozialisten oder schlechthin als Antifaschisten den Internationalen Brigaden an.

Die ersten Freiwilligen befanden sich beim Ausbruch des Bürgerkrieges bereits im Lande. Dazu gehörte eine kleine Gruppe von Juden, die aus Deutschland vertrieben worden waren. Zu ihnen zählte Siegfried Mayer, der in Madrid einen Buchladen besaß und versucht hatte, durch den Vertrieb von Emigrantenliteratur der massiven Propaganda der Auslandsorganisation der NSDAP entgegenzuwirken. Über ihn berichtet Josef Toch: »Er nahm vom ersten Tag der Kämpfe an diesen und am Sturm auf die Montana-Kaserne – dem Sitz der aufständischen Militärs – teil. Später wurde er Dolmetscher im ersten internationalen Bataillon, »Edgar André«, und Verbindungsmann zu den republikanischen Milizen an der Madrider Front. Er fiel im Dezember 1936 im Casa del Campo.«¹³² Eine zweite Gruppe wurde in Barcelona vom Aufstand überrascht. Es handelte sich um Sportler und Delegierte, die an der Arbeiter-Olympiade teilnahmen, die von der internationalen Linken als Gegenstück zur offiziellen Olympiade in Berlin organisiert worden war. Sie beteiligten sich an den Kämpfen in Katalonien und halfen, die ersten internationalen Einheiten, so die »Centuria Thälmann«, aufzubauen.

Einen bedeutenden Beitrag leisteten die Ärzte, die den Sanitätsdienst der Internationalen Brigaden übernahmen. Relativ viele wiesen einen deutschen Geburtsort und eine jüdische Herkunft auf; der Grund für ihren hohen Anteil ist nicht schwer zu erraten. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme waren sie wegen ihrer jüdischen Abstammung aus den Krankenhäusern verjagt worden. Einige emigrierten sofort, andere wurden wegen ihrer politischen Überzeugung festgenommen und abgeurteilt. 1936 zogen sie nach Spanien, wo sie eine Aufgabe sahen und die Möglichkeit fanden, in ihrem Beruf den Widerstand fortzusetzen.

Aus Mainz stammte Ursula Amann-Meier, die 1933 nach Spanien ausgewandert und im Sanitätsdienst tätig war. Rudolf Neumann baute den Sanitätsdienst mit auf und leitete ihn zeitweilig. Seit 1925 gehörte dieser Mediziner dem »Verein sozialistischer Ärzte« an. 1933 wurde er als Oberarzt an einem Berliner Kinderkrankenhaus entlassen und wegen antifaschistischer Tätigkeit zu einer mehrmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt. Nach der Strafverbüßung emigrierte er nach Paris, von dort ging er nach Spanien. Im Rang eines Majors stand Herbert Baer, ebenfalls Mitglied des sozialistischen Ärztevereins, der 1933 zu einer Haftstrafe verurteilt worden war und aus der Emigration in der Tschechoslowakei zu den Internationalen Brigaden stieß. Zu den Mitbegründern des Sanitätsdienstes zählte Fritz Frenkel, ein ehemaliger Kreisarzt aus Berlin. Als Chefarzt diente er eine Zeitlang in der XI (deutschen) Brigade. Bei einem Fliegerangriff fiel im Juni 1937 der

Major und Chefarzt der XII. Brigade, Heilbronn. An Typhus starb der Arzt Feldmann, der im Spätsommer 1937 seine Praxis in Genua aufgegeben hatte. Bei einem Angriff auf ein Lazarett wurde der Hamburger Karl Schnell getötet, der aus dem französischen Exil gekommen war. Ebenfalls im Jahr 1937 wurden die Namen Kuba-Bacharach, Sauer aus Deutschland und Blank erwähnt, letzterer ein Röntgenologe aus Köln, sowie, aus der Schweizer Emigration kommend, Kurt Winter. In die Internationalen Brigaden reihten sich weiter Rolf Zuckermann, Herbert Kretzschmer und Kurt Glaser ein.¹³³

Neben den unbekannt gebliebenen Ärzten stehen die bekannt gewordenen Intellektuellen, die Gruppe der Künstler und Schriftsteller. Zu ihr gehörten Rudolf Leonhard, Anna Seghers, Alfred Kantorowicz, Egon Erwin Kisch, Jeanne und Kurt Stern, F. C. Weiskopf, Stephan Hermlin, Gerhard Eisler und andere mehr.¹³⁴ Man hörte Ludwig Kaiser, den Sprecher und Leiter des deutschsprachigen Senders in Barcelona.¹³⁵ Man traf einige prominente Politiker deutsch-jüdischer Herkunft, wie den KP-Führer Heinz Neumann oder den Sozialdemokraten Erich Kuttner, der von der Linie der Sopade abgewichen und auf »eigene Faust« nach Spanien gekommen war. Aus Valencia schrieb er im Juni 1937 an Friedrich Stampfer in Prag:

»Warum findet keiner von Euch jemals den Weg hierher? Ihr könntet hier sehen, was uns doch immer als Ziel vorgeschwebt hat: eine demokratische Entwicklung auf der Grundlage eines gebändigten Kapitalismus, eines aufgeteilten Großgrundbesitzes und sozialisierter Schlüssel-Industrien. Wenn jemand Grund hat, mit voller Begeisterung für die hiesige Sache einzutreten, dann wirklich wir. Und da scheint mir noch viel, viel zu fehlen, bei Euch und der 2. Internationale überhaupt. Aber bleiben wir bei uns. Die deutsche Sozialdemokratie spielt hier bei der internationalen Hilfe keine Rolle. Daß es anders sein könnte, das beweisen die Österreicher (Deutsch) und die Italiener (Nenni). Warum aber unser Versagen? Weil wir (richtiger: Ihr) vor lauter ›Taktik‹ die großen, entscheidenden Dinge nicht sehen. Man mußte es spätestens im November 1936 in den Fingerspitzen fühlen: Hier in Spanien liegt der Brennpunkt aller antifaschistischen Kämpfe, auch des unsern. Aber Euch ist der alte Streit mit den Kommunisten so ins Blut gegangen, daß Ihr Eure Bedenken gegen die Einheitsfront, die hier Grundbedingung des Sieges ist, nicht loswerdet. Ich will aber nicht bitter werden. Ich erfülle hier aus eigener Initiative und auf eigene Faust, was ich als Pflicht der Partei betrachte. Wenn ich auch nicht die Waffe trage – ich kann es nicht mehr –, so habe ich doch das Bewußtsein, hier nicht unnützlich zu sein.«¹³⁶

Kuttners Plädoyer vermochte die Sopade nicht zu bewegen, sich aus ihrer Passivität zu lösen. Auch eine Spanienreise des Sopadesprechers Hertz

änderte nichts an der grundsätzlich abwartenden Haltung der deutschen Exilsozialdemokratie. Erich Kuttner zog sich nach dem Spanischen Bürgerkrieg wieder in das niederländische Exil zurück. Nach dem deutschen Einmarsch ging er in den Untergrund. Im April 1942 wurde er gefaßt und wenige Monate später – am 1. Oktober 1942 – im Konzentrationslager Mauthausen umgebracht.¹³⁷

Aus der großen Zahl der deutschen Juden, die in den Internationalen Brigaden gegen Franco und seine Helfer kämpften, können nur einige genannt werden. Ihre Schicksale sind jedoch beispielhaft für die vieler anderer, die ihr Leben für die republikanische Sache einsetzten. Hans Neumann kämpfte bei den Internationalen Brigaden und später in den Streitkräften des Generals de Gaulle. Nach dem Krieg übernahm er bis zu seinem Lebensende den Vorsitz der Jüdischen Gemeinde Fulda.¹³⁸ Adolf Besmann aus Weilburg in Hessen ging an die spanische Front. 1940 wurde er, wie viele Emigranten, der Fremdenlegion zugeteilt und nach Eindringen der Wehrmacht in Nordafrika in der Sahara interniert. Nach der Befreiung durch englische Streitkräfte reihte er sich bei ihnen ein.¹³⁹ Der ehemalige Gerichtsreferendar Nordheim, den die Gestapo 1933 als KP-Funktionär in »Schutzhaft« genommen hatte, emigrierte nach der Entlassung nach Paris. Von dort ging er nach Spanien. 1939 wurde er von den Nationalsozialisten ausgebürgert, drei Jahre später ordneten sie die Beschlagnahme seines Vermögens an.¹⁴⁰ Die gleichen Maßnahmen wurden auch gegen andere deutsche Rotspanienkämpfer getroffen, so gegen Harry Hellfeld oder Ernst Apfel,¹⁴¹ dem die Nationalsozialisten zudem noch vorwarfen, »Hetzreden« im deutschsprachigen Sender in Spanien gehalten zu haben.

Die Familie Neubeck gehörte im Ruhrgebiet zu den führenden kommunistischen Widerstandskämpfern. 1934 hatte Hans Neubeck als Abwehrmann unter dem Decknamen »Heini« die illegale Bezirksleitung mit aufgebaut.¹⁴² Ein Jahr später floh er mit seiner Frau nach Brüssel, wo sie weiter für die KPD tätig waren. Bei Ausbruch des Bürgerkrieges eilte Neubeck nach Spanien. Im Herbst 1936 wurde er als Angehöriger der »Centuria Thälmann« schwer verwundet. Die Kopfverletzung hinterließ eine Lähmung. Neubeck wurde später in ein Hospital in Frankreich gebracht; er soll 1940 in einem sowjetischen Sanatorium seinen Verletzungen erlegen sein.¹⁴³ Seine Frau Anna Neubeck wurde nach der Besetzung Belgiens von der Sicherheitspolizei aufgespürt und nach Deutschland gebracht. Das Oberlandesgericht Hamm verurteilte sie wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten. Am 7. Dezember 1942 wurde sie nach Auschwitz überstellt und dort am 1. Januar 1943 ermordet.¹⁴⁴

In der Literatur tauchen nur wenige Namen der etwa 200–300 deutsch-

jüdischen Jugendlichen auf, die in den Internationalen Brigaden gekämpft haben. Viele von ihnen besaßen Personaldokumente, die auf falsche Namen lauteten. Bekannt ist, daß junge Antifaschisten deutsch-jüdischer Herkunft auch aus anderen Ländern an die spanische Front eilten. So entsandte das damals kleine englische Mandatsgebiet Palästina 400 Kämpfer, drei von ihnen werden namentlich als deutsche Juden ausgewiesen. Hans Kohn stammte aus Berlin. Er fiel in Spanien an unbekanntem Ort. Robert Aaquist war mit seinen Eltern aus Hamburg nach Palästina emigriert und Mitglied eines Kibbuz der Jugend-Alija geworden. 1936 sah es der Jungkommunist als seine Pflicht an, sich am Kampf in Spanien zu beteiligen. Zwei Jahre später fiel er als Offizier der Thälmannbrigade, am 23. September 1938, einen Tag vor dem Abzug seiner Einheit von der Front. Robert Biel hatte in Palästina als Redakteur der deutschsprachigen Zeitung »Der Freiheitskämpfer« gearbeitet. In Spanien wurde er aufgrund seiner Kenntnisse in Russisch, Polnisch, Spanisch und Jiddisch als Dolmetscher eingesetzt. Nach Beendigung des Bürgerkrieges gehörte er zu den Organisatoren der Hilfe für die in Frankreich internierten Spanienkämpfer. Bei der Okkupation Frankreichs schloß er sich den Partisanen an, nach der Verhaftung und Folterung durch die Gestapo beging er Selbstmord.¹⁴⁵

Aus Königsberg stammte Moses Biletzki. Während seines Studiums an der Technischen Hochschule in Dresden war er einer der Organisatoren der »Roten Studentengruppe« gewesen. 1933 setzte der Jungkommunist die Arbeit illegal fort. Die Nationalsozialisten verhafteten ihn und sperrten ihn für mehrere Monate im Lager Lichtenburg ein. Nach der Entlassung emigrierte Biletzki in die Tschechoslowakei und nahm sein Studium wieder auf. Er unterbrach es, als der Spanische Bürgerkrieg ausbrach. Im August 1938 fiel er bei den Kämpfen am Ebro¹⁴⁶. Auf den Schlachtfeldern blieben auch Helmut Sperling und Viktor Wolf¹⁴⁷ sowie Ernst Blank, der letzte Kommissar der XI. Internationalen Brigade.¹⁴⁸

Noch ein Beitrag ganz anderer Art kann genannt werden: die materielle Hilfe deutscher Emigranten. Der Schriftsteller Ernst Toller rief eine Hilfsaktion für spanische Kinder ins Leben.¹⁴⁹ Andere spendeten Geld, Künstler stellten die Einkünfte aus dem Verkauf ihrer Bilder, Skulpturen oder Noten zur Verfügung, Schauspieler die Erträge ihrer Aufführungen, Wissenschaftler die Einnahmen für Vorträge und Aufsätze. 1936 organisierte sich in den Vereinigten Staaten das Bataillon »Abraham Lincoln«. Um an die spanische Front zu gelangen, fehlte es an Geld für Überfahrt, Bewaffnung und Medikamente. Einer der Freiwilligen wandte sich an Albert Einstein, der in Princeton lebte. Da Einstein über keine größeren Mittel verfügte, bat man ihn, eines seiner Manuskripte zum Verkauf anzubieten. Einstein akzeptierte und schrieb innerhalb von zwei Tagen noch einmal seinen

grundlegenden Aufsatz über die Relativitätstheorie nieder, den er 31 Jahre zuvor unter dem Titel »Zur Elektrodynamik bewegter Körper« in einer Fachzeitschrift veröffentlicht hatte. Das Bataillon erhielt das Manuskript. Ein Sammler erwarb es für 4 Millionen Dollar und übergab es der Kongreßbibliothek in Washington.¹⁵⁰ Wenige Tage später befand sich das Bataillon »Abraham Lincoln«, dem bei einer Gesamtstärke von 3200 Freiwilligen 1236 Juden angehörten, auf dem Weg zur spanischen Front.

Mit dem Sieg des Franco-Regimes zogen sich die geschlagenen und dezimierten Internationalen Brigaden zurück. Die ausländischen Freiwilligen begaben sich wieder in ihre Heimatländer. Den deutschen – wie den österreichischen und tschechoslowakischen – Antifaschisten blieb dieser Weg versperrt. Für sie begann eine neue Flucht. Sie wurden in alle Himmelsrichtungen verstreut. Manche kamen in Nordafrika unter, wo sie später interniert und nach der Befreiung in die englische Armee aufgenommen wurden. Einige flohen nach England oder gelangten nach Mexiko, wo sie sich der Bewegung »Freies Deutschland« anschlossen. Andere führte ihr Weg bis nach China, wo sie in der chinesischen Armee gegen die japanischen Invasoren weiterkämpften.

Viele blieben in Westeuropa. Ein großer Teil der Heimatlosen ging zurück ins französische Exil. Sie wurden kurze Zeit danach von den Behörden interniert und später den Nationalsozialisten übergeben. Wer sich dem Zugriff entziehen konnte, schloß sich der französischen Widerstandsbewegung an. Andere zogen weiter nach Belgien und Holland, wo sie ebenfalls nach der Okkupation den Deutschen in die Hände fielen. Ihre Namen standen in den Karteien und Fahndungslisten der SS. Nach der Verhaftung wurden sie eingehend vernommen und in die Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert. Die Rotspanienkämpfer bildeten eine besondere Häftlingskategorie. Die relativ geschlossene Gruppenbindung und politische Ausrichtung sicherten die Organisation und Fortsetzung des Widerstandskampfes. Der österreichische Rotspanienkämpfer Hermann Langbein hat ihre besondere Rolle gewürdigt:

»Trotz ihrer geringen Zahl – selbst im Verhältnis zu den aus politischen Gründen Inhaftierten – haben sie eine Rolle gespielt, deren Bedeutung nicht übersehen werden kann. Das liegt nicht nur daran, daß sie sich den Kampf gegen den Faschismus zu ihrer Aufgabe gemacht hatten; sie haben mit ihrer Meldung zu den Internationalen Brigaden ein klares Bekenntnis zum internationalen Charakter dieses Kampfes abgelegt und dort auch in der Praxis internationale Zusammenarbeit schätzensgelernt, die in den Konzentrationslagern eine entscheidene Voraussetzung dafür war, das mit Bedacht vorgenommene Ausspielen von Angehörigen verschiedener Nationalität durch die Lagerführung zu entkräften.«¹⁵¹ Es waren dann auch die

»Interbrigadisten«, die in den Konzentrations- und Vernichtungslager ein solidarisches Verhalten praktizierten und sich oft bemühten, die Barrieren zwischen nichtjüdischen und jüdischen Häftlingen zu durchbrechen.

Im Konzentrationslager verschwand auch ein Rotspanienkämpfer, dessen Lebensweg und Standort an Hand der Gestapo-Personenakte rekonstruiert werden kann. Es ist die Geschichte des Georg Hornstein,¹⁵² eines bis heute unbekanntem Antifaschisten, der vor der Gestapo auch ein Bekenntnis über sein Judentum abgelegt hat. Georg Hornstein wurde am 8. Dezember 1900 als Sohn eines Kaufmanns in Berlin geboren. Zwei Jahre später zogen die Eltern nach Düsseldorf, wo Hornstein das Abitur bestand. In Köln besuchte er anschließend die Handelshochschule. Als Kriegsfreiwilliger rückte er Anfang 1918 zur Ostfront aus. Als Fähnrich entlassen, setzte er nach dem Krieg das Studium fort. 1921 brach er es ab. Längere Reisen und Sprachstudien führten ihn nach Paris, London und Südamerika. 1926 kehrte er nach Deutschland zurück, um nach dem Tod seines Vaters den Familienbetrieb zu übernehmen. Hornstein gehörte nicht der jüdischen Glaubensgemeinschaft an. Vor der Gestapo bezeichnete er sich als glaubenslos. Ebenso wenig besaß er das Mitgliedsbuch einer politischen Partei oder einer anderen Organisation. Der Gestapo erklärte er:

»Im Jahre 1930 beabsichtigte ich, nach Amerika auszuwandern, was jedoch aus familiären Gründen sich wieder zerschlug. Ich nahm hierauf ein Angebot der Firma Bijenkorff in Amsterdam an und bereiste als Zentraleinkäufer ganz Europa einschließlich Teile von Nordafrika. Als im Jahre 1935 die Nürnberger Gesetze in Deutschland erlassen wurden, fühlte ich mich in Holland nicht mehr sicher und beabsichtigte, nach England auszuwandern. Da ich jedoch in meinem Paß eine unbegrenzte Aufenthaltsbewilligung für Holland erhalten hatte, wurde mir eine Übersiedlung nach England von den dortigen Behörden verweigert. Ich habe mich hierauf kürzere Zeit in London, Brüssel und Paris aufgehalten, bis ich im Jahre 1936 wieder nach Amsterdam zurückkehren mußte, um mein Anrecht auf meine Aufenthaltsgenehmigung nicht zu verlieren.«

Nach seiner Rückkehr lernt Hornstein in Amsterdam den spanischen Generalkonsul kennen, der ihm den Vorschlag unterbreitete, nach Spanien zu gehen – als Dolmetscher zur republikanischen Armee. Hornstein nahm das Angebot an. Über Paris gelangte er nach Barcelona, wo er über seine politische Vergangenheit und seine bisherige Tätigkeit befragt wurde. Man bildete ihn zum Instrukteur aus und bediente sich seiner Dienste als Dolmetscher. Zwei Monate später erhielt er das Offizierspatent der rotspanischen Armee und wurde als Oberleutnant in der XI. (deutschen) Brigade eingesetzt. Weitere Kommandos folgten. An der Schlacht bei Brunete nahm er als Kompanieführer teil. Eine schwere Verwundung hielt ihn eine

Zeitlang im Lazarett fest. Nach der Genesung fungierte er als Verbindungs-offizier zwischen der ortsprachigen Regierung und dem Generalstab der Internationalen Brigaden. Im April 1938 kehrte Hornstein nach Holland zurück und suchte sich eine Existenz aufzubauen. Als die Deutschen im Mai 1940 das Land überfielen, liquidierte er sein Ledergeschäft und versuchte zu fliehen, doch im Oktober 1940 wurde er von der Sicherheitspolizei festgenommen. Auf die Frage, »aus welchem Grund [er] als Offizier bei den Internationalen Brigaden an den Kämpfen in Spanien teilgenommen habe«, erklärte er den Gestapobeamten:

»Ich besitze zwar die deutsche Staatsangehörigkeit und gelte nach den Buchstaben des Gesetzes als deutscher Staatsangehöriger. Als Jude habe ich jedoch praktisch alle Rechte in Deutschland verloren und war darum bemüht, mir eine neue Heimat zu suchen. Daß ich hierbei gerade die besonderen Umstände in Spanien ausnutzte, ergibt sich aus der Natur der Sache. Mir war bekannt, daß ich in Spanien auch gegen deutsche Freiwilligenverbände kämpfte und vor allem als Offizier bei einer vom Deutschen Reich nicht anerkannten Regierung diente. Als Jude habe ich hier für meine Überzeugung und meine Lebensrechte gekämpft. Ich betrachte mich unter den gegebenen Umständen nicht mehr als deutschen Staatsangehörigen und würde jede Gelegenheit benutzen, eine neue Staatsangehörigkeit zu erwerben, wie ich auch als Jude jederzeit bereit wäre, für meine Lebensrechte zu kämpfen.«

Es gibt keinen anderen Fall, oder anders, kein anderes überliefertes Dokument, in dem ein deutscher Jude gegenüber der Gestapo so unmißverständlich seinen Widerstand gegen das nationalsozialistische Deutschland zu Protokoll gegeben hat. Hornstein weigerte sich, die Namen anderer Rotspanienkämpfer preiszugeben. In ihrem Schlußbericht vom 24. Juli 1941 stufte die Gestapo Hornstein als »einen intellektuellen Juden« ein, der »in der Erkenntnis der Lage des Judentums alles auf eine Karte gesetzt« habe. Er sei »ein fanatischer Gegner des nationalsozialistischen Deutschland« und stelle eine »Gefahr für die öffentliche Ordnung« dar, »so daß die Unterbringung in ein KZ angebracht ist«. Die langen Ermittlungen und Verhöre waren jedoch noch nicht zu Ende. Es dauerte noch einige Monate, bis der Schutzhaftbefehl ausgestellt wurde. Am 6. März 1942 verfügte das RSHA die Einweisung in ein Konzentrationslager. Georg Hornstein wurde nach Buchenwald überführt und unverzüglich umgebracht.

Das Einzelschicksal ordnet sich in den historischen Kontext ein. So wie Georg Hornstein kämpften viele jüdische Freiwillige im Spanischen Krieg um ihre Lebensrechte. Sie teilten ebenso seine Überzeugung, daß nur ein Sieg des Antifaschismus diese garantieren könne. Ihr Antifaschismus wurde durch den sozialistisch-kommunistischen Internationalismus ge-

prägt – und damit auch durch den festen Glauben an eine »Lösung der Judenfrage« im marxistischen Sinn. Als sie nach Spanien gingen, war ihnen klar, daß auf den Schlachtfeldern eine Entscheidung darüber fiel, welches Herrschaftssystem und welche Lösung sich durchsetzen und das Schicksal der Juden bestimmen würden. Der Faschismus behielt die Oberhand. Zwar kannte das Franco-Regime keine scharfe antisemitische Politik, entscheidend war aber, daß das nationalsozialistische Deutschland von Beginn an am Spanischen Krieg beteiligt war und durch seine tatkräftige Unterstützung maßgeblich zum Sieg Francos und der Falange beitrug.

Machtpolitische Überlegungen veranlaßten Hitler zur Intervention. Es galt nicht nur, die wirtschaftlichen und wehrtechnischen Vorteile für die deutsche Kriegsrüstung auszunutzen, sondern vor allem auch zu verhindern, daß nach der Etablierung der Volksfrontregierung in Frankreich im Juni 1936 die spanische Republik einen ähnlichen Weg einschlug. Die Folge wäre eine weitere Annäherung des Landes an Frankreich und an die Sowjetunion gewesen. Ein faschistisches Spanien hingegen sicherte den Nationalsozialisten die Rückenfreiheit, um den beabsichtigten Feldzug gegen den »jüdisch-bolschewistischen Weltfeind« in der Sowjetunion führen zu können. Hinzu kam, daß Italien ebenfalls in Spanien eingegriffen hatte, aber nur sehr bedingt in der Lage war, die wirtschaftlichen Versprechen zu erfüllen. Die Nationalsozialisten nutzten die Chance, dem Bündnispartner unter die Arme zu greifen, um ihn noch fester auf die deutsche Seite zu ziehen. Mit dem Sieg der Faschisten in Spanien war dann auch für das nationalsozialistische Herrschaftssystem eine weitere Stufe auf dem Weg zur militärischen Eroberung Europas und zur »Endlösung der Judenfrage« erreicht.

Die westlichen, bürgerlichen Demokratien, die das Prinzip der assimilatorischen Lösung der Judenfrage hochhielten, nahmen die faschistische Herausforderung nicht an. Aus Furcht vor einer Ausweitung zu einem Weltkrieg praktizierten sie eine Politik der Nichtintervention. Nach anfänglicher Unterstützung zog sich auch die Sowjetunion zurück, deren eigene nationale Existenzsicherung es gebot, den internationalen Sozialismus und Antifaschismus zurückzustellen. Dazu gehörte dann auch, daß sie wenige Monate nach der Niederlage des Antifaschismus in Spanien und wenige Tage vor dem Ausbruch des Krieges im August 1939 mit den Nationalsozialisten einen folgeschweren Nichtangriffspakt aushandeln und abschließen konnte.

Das Heer der antifaschistischen Freiwilligen im Spanischen Krieg rekrutierte sich in erster Linie aus den aktivsten Mitgliedern der kommunistischen und sozialistischen Parteien Europas und Amerikas. Die ein starkes Kontingent stellenden Spanienkämpfer jüdischer Herkunft erhoben nicht

den Anspruch, mit einem »speziellen jüdischen Defensiv-Anliegen« nach Spanien gekommen zu sein. Gleichwohl konnten sie nicht umhin, »die besondere Bedrohung zu empfinden«, die ein Sieg des Faschismus »für sie als Juden bedeuten würde«. Folgt man weiter dem Urteil des Spanienkämpfers Josef Toch,¹⁵³ so hatte der Sozialismus »durch sein Versagen im Ersten Weltkrieg und durch sein mit dem Kommunismus gemeinsames Versagen in der darauf folgenden Gesellschaftskrise den Faschismus heraufbringen geholfen. Mit dem spanischen Krieg hatte die europäische Linke die Auseinandersetzung mit dem Faschismus verloren – und damit auch ihren Anspruch, eine zweite Weltkatastrophe verhindern zu können. Die weitere Auseinandersetzung wurde nicht mehr von der Linken geführt, sondern von den in ihrer Existenz bedrohten Staatsmächten. Für das linke Judentum jedoch war damit eine Epoche zu Ende, in welcher es an den internationalen Sozialismus als Schutzdach und ultimativ als Lösung der Judenfrage geglaubt hatte«. Und an anderer Stelle: »Es wäre – wenn sie möglich gewesen wäre – eine Lösung durch Auflösung des Judentums, durch Verzicht auf seine Wesenheit mit allem, was sie für Juden und die Welt bedeutet, gewesen. Damit erwies sich diese Lösung jedoch nicht nur als Fernziel, sondern auch praktisch als unmöglich. Der Sozialismus ist als Proposition wie als praktische Politik nur für Völker möglich, welche einen eigenen nationalen Boden unter den Füßen, eine eigene Staatlichkeit haben.«

Diese pointierte Auffassung stellt nur eine Variante einer jüdischen Bewußtseinsveränderung dar. Sie führte den Spanienkämpfer Josef Toch ins sozialistisch-zionistische Lager. Andere blieben ihren kommunistischen oder sozialistischen Überzeugungen treu. Manche vollzogen erst später ihren Bruch mit Moskau und der Partei.

Das Exil

Auch im Exil setzten deutsche Kommunisten den Widerstand fort. Nicht wenige von ihnen fielen wieder in die Hände der Nationalsozialisten. Einige wurden im Zuge der stalinistischen Säuberungen von der Sowjetunion der Gestapo übergeben, andere von westlichen Regierungen und in der Besatzungszeit von kollaborierenden Landesbehörden ausgeliefert. Den Rest faßte die Sicherheitspolizei selbst, als sie mit ihren Fahndungslisten die Kontrolle in den besetzten Gebieten übernahm. Einige Beispiele sollen das Schicksal von Kommunisten jüdischer Herkunft illustrieren.

In die Tschechoslowakei hatte sich Hans Dankner, ein Mitglied des ZK des KJVD, abgesetzt. Eine einjährige Gefängnisstrafe lag hinter ihm, als er Ende 1934 von Prag aus die politische Arbeit der Auslandsorganisation der

KPD für Ostsachsen leitete. Mit gefälschten Papieren fuhr er nach Dresden. Lea Grundig – seine Cousine – schildert die Begegnung: »Hans ging nach Prag und lebte dort das schwere Leben des politischen Emigranten und aktiven Funktionärs, ohne Mittel, ständig seine Wohnung wechselnd, verfolgt von den reaktionären tschechischen Behörden und unter dem Späherblick der Fünften Kolonne. Aber heimlich war er wiedergekommen, hatte Fäden geknüpft, Verbindungen geschaffen. Literatur, verbotene, ge-jagte Literatur, kam auf heimlichen Wegen in das ›Dritte Reich‹. Ich war ihm begegnet; auf einer Straße voller Verkehr, unweit seiner heimatlichen Wohnung, hörte ich mich leise anrufen. Ich beschleunigte meinen Schritt, und in einem Schaufenster hinter mir spiegelte sich das schmale Gesicht Hans Dankners mit seinen brennend schwarzen Augen und dem dunklen Haarschopf. Ein Gesicht, das auffällt, ein Gesicht, das man sich merkt. Dieses gejagte und verbotene Gesicht des jüdischen Kommunisten Hans Dankner erblickte ich in der spiegelnden Scheibe.«¹⁵⁴ Nach der Besetzung der Tschechoslowakei wurde Hans Dankner aufgespürt. 18 Monate verbrachte er in Untersuchungshaft, ehe das Gericht eine zwölfjährige Zuchthausstrafe verkündete. Im November 1943 traf er in Auschwitz ein. Sein letztes Lebenszeichen stammt vom Februar 1944.

Aus dem südfranzösischen Internierungslager Vernet wurde Hermann Axen an die Deutschen übergeben. 1932 hatte sich der Leipziger Jungkommunist dem KJVD angeschlossen. Nach der Verbüßung einer dreijährigen Zuchthausstrafe war er nach Frankreich emigriert, wo er der KPD beitrug. In Jawischowitz – einem Nebenlager von Auschwitz – baute er eine kommunistische Widerstandsorganisation auf.¹⁵⁵ Axen überlebte und gehört heute zu den bekanntesten Antifaschisten jüdischer Herkunft, die in der DDR leitende Partei- und Staatsfunktionen bekleiden.¹⁵⁶ In Südfrankreich ergriff man Alice und Kurt Bachmann. Sie waren aus der jüdischen Jugendbewegung hervorgegangen und 1929 zu den Kommunisten übergetreten. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme nahmen sie die illegale Arbeit in Köln auf. 1938 flohen sie nach Frankreich. Alice Bachmann wurde in Auschwitz vergast, Kurt Bachmann überlebte. Nach der Befreiung kehrte er in seinen Heimatort zurück. Er gehörte zu den Mitbegründern der VVN – der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – und wurde Mitglied des Generalrates der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer. Dem Kommunismus blieb er treu. 1969 übernahm er den Vorsitz der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).¹⁵⁷ Nach der Entlassung aus der »Schutzhaft« war Werner S. 1933 in die Niederlande emigriert.¹⁵⁸ Dort verhaftet, wurde er am 22. Juli 1940 nach Düsseldorf überstellt. Mehrere Monate liefen die Verhöre und Ermittlungen wegen illegaler Tätigkeit für die KPD. Es gelang der Gestapo offenbar nicht, ihm

Hochverrat nachzuweisen. Anfang 1941 wurde S. in die Niederlande zurückgebracht und in das Lager Westerbork gesperrt. S. erlebte die Befreiung.¹⁵⁹

1943 ergriff man in Amsterdam den wegen seiner Tätigkeit für die KPD gesuchten Emil L.¹⁶⁰ Die Sicherheitspolizei ordnete die sofortige »Sonderbehandlung« an. Der aus Hamburg stammende Kaufmann verschwand mit dem nächsten Judentransport. Intensive Nachforschungen löste die Festnahme des Buchdruckers Joseph Mahler aus.¹⁶¹ Niederländische und belgische Behörden hatten ihn des Landes verwiesen, am 21. März 1940 wurde er von den Niederländern der Gestapo übergeben. Bei den ersten Vernehmungen bestritt Mahler die Beschuldigung, für die KPD in Venlo und Brüssel tätig gewesen zu sein. Der Gestapo gelang es nicht, ihm das Gegenteil zu beweisen. Auch er wurde daraufhin nach Westerbork deportiert. Die Ermittlungen liefen aber weiter, und man fand Beweise, die eine erneute Überführung nach Düsseldorf rechtfertigten. Wieder folgten lange Verhöre. Am 21. September 1942 berichtete die Stapoleitstelle Düsseldorf:

»Mahler befindet sich z. Zt. im Gerichtsgefängnis Düsseldorf-Derendorf. Er ist Jude und wird der Vorbereitung zum Hochverrat beschuldigt. Mahler, der in Krefeld geboren ist, verzog 1933 nach Holland und verlegte zu diesem Zeitpunkt auch seine Druckerei von Krefeld nach dort. Wie aus den Akten beigefügten Unterlagen ersichtlich, betätigte er sich dort für die illegale KPD und war auch an der Herstellung illegaler Flugschriften maßgebend beteiligt. Wegen dieser politischen Betätigung wurde er aus Holland ausgewiesen und begab sich 1937 nach Belgien. Dort nahm er Unterstützungen illegaler kommunistischer Organisationen entgegen und arbeitete auch nachweislich für die illegale KPD, indem er z. B. von seiner Stieftochter, Frau Erna M. aus Köln, Berichte über Stimmung und Zustände in Deutschland verlangte. März 1940 wurde Mahler auch von Belgien wegen seiner politischen Betätigung wieder ausgewiesen, kehrte nach Holland zurück und wurde von dort den deutschen Behörden überstellt. In den damaligen Vernehmungen gelang es nicht, Mahler zu überführen, so daß er in das jüdische Internierungslager überstellt wurde. In einem größeren hier anhängigen Hochverratsverfahren konnte jetzt festgestellt werden, daß auch Mahler weiterhin mit den illegalen KPD-Kreisen in Verbindung stand und diesen Verbindungen und Anlaufstellen in Deutschland vermittelte. Die Unschädlichmachung des Mahler ist daher geboten. Es wird gebeten, Mahler in ein Konzentrationslager Stufe III einzuweisen und seine Überführung zu veranlassen.«¹⁶² Dazu kam es nicht mehr. Am 2. September 1943 teilte das Gerichtsgefängnis der Gestapo mit, daß Joseph Mahler verstorben sei; als Todesursache wurde Herzschlag angegeben.

Eine lange Odyssee hatte auch eine 41jährige, in Crimmitschau geborene

Kommunistin hinter sich, als sie von den Nationalsozialisten zur Rechenschaft gezogen wurde. 1933 war Marianne G. von Berlin nach Paris geflohen.¹⁶³ Von dort wurde sie 1936 durch die Parteileitung für zwei Jahre auf die Moskauer Leninschule geschickt. Als Funktionärin nahm sie dann einen Platz in der Emigrationsleitung der KPD in Amsterdam ein. In der Illegalität wurde sie Anfang 1943 im Zuge der schon erwähnten Großaktion gegen die KPD im Westen gefaßt. Man unterzog sie langen Verhören über Verbindungen, Treffen und Namen. In einem Polizeibericht vom 25. Februar 1944 steht zu lesen: »Frau G. stellt als Jüdin und überzeugte Kommunistin stets eine Gefahr für die Sicherheit des deutschen Volkes dar ... Ihre Unschädlichmachung ist, zumal im fünften Kriegsjahr, eine Notwendigkeit.« Marianne G. wurde am 19. Juni 1944 vom Gefängnis Ratingen nach Auschwitz deportiert.

Kommunisten jüdischer Herkunft fanden in den Anfangsjahren des Dritten Reiches, im Spanischen Bürgerkrieg, im Exil, in den besetzten Gebieten sowie in den Konzentrationslagern, über die noch berichtet wird, die entsprechenden Parteiorganisationen, die Aufnahme und Fortführung des Widerstandskampfes erlaubten. Die allgemeine Gruppenbindung erfuhr in den Vorkriegsjahren in Deutschland allerdings eine nicht unwesentliche Akzentverschiebung. Angesichts der Verschärfung der Judenverfolgung war es auch der kommunistischen Parteiführung nicht mehr verborgen geblieben, daß die Juden per se zunehmend bedroht waren. Im Herbst 1935 korrigierte sie die offizielle These, daß nur die jüdischen Arbeiter, Akademiker, Angestellten und kleinen Kaufleute verfolgt würden. Man schloß nunmehr auch die »besitzenden jüdischen Schichten« mit ein.¹⁶⁴ Eine besondere Gefährdung wurde den jüdischen Genossen attestiert. Man darf mit Sicherheit annehmen, daß in den Kommandozentralen darüber debattiert wurde, wie man die Beziehungen zu den Juden und speziell den Parteimitgliedern jüdischer Herkunft reorganisieren könne. Der interne Entscheidungsprozeß bleibt jedoch im Dunkeln, entsprechende Parteidokumente liegen unter Verschuß. Überliefert sind lediglich einige Anweisungen an die jüdischen Genossen. Nach der Annexion Österreichs forderte die Kommunistische Partei Österreichs die jüdischen Mitglieder auf, »das Land [zu] verlassen, um nicht andere Genossen und die illegale Arbeit der Partei zu gefährden«. Dieser Satz entstammt einem Referat, das Toni Reisinger – einer der Leiter der Pariser Emigrationsorganisation der Partei – im Herbst 1938 in Paris vor Spanienkämpfern hielt.¹⁶⁵

Eine ähnliche Entscheidung hatte schon einige Monate zuvor die deutsche Parteispitze im Pariser Exil getroffen. Sie gab Order, die Kommunisten jüdischer Herkunft aus den dezimierten Kadern in Deutschland herauszunehmen und vor die Alternative zu stellen, entweder zu emigrieren

oder sich zu rein jüdischen Gruppen zusammenzuschließen. Charlotte Holzer erinnert sich: »Im Jahre 1936/1937 zog die Kommunistische Partei die Juden aus den illegalen Gruppen heraus, um diese illegalen Gruppen nicht durch die Zugehörigkeit von Juden doppelt zu gefährden, und faßte die jüdischen Genossen in besonderen Gruppen zusammen. Die Juden ... erhielten von der Partei auch das Recht, illegal auszuwandern. Sie wurden nicht gezwungen, den illegalen jüdischen Gruppen beizutreten, wenn sie es vorzogen auszuwandern.«¹⁶⁶

Anders als die Sozialdemokraten und Sozialisten, deren Organisationen in den Vorkriegsjahren fast völlig zertrümmert waren, offerierten die Kommunisten in Deutschland den wenigen noch im Land gebliebenen Angehörigen der jüdischen Linken eine organisatorische Plattform, um den Widerstand fortzusetzen, freilich nur als abgesonderte und damit isolierte »jüdische« Gruppe. Erst mit der vor dem Hintergrund der Niederlage des Antifaschismus, der Reorganisierung des kommunistischen Widerstandes und der Verschärfung der Judenverfolgung getroffenen Entscheidung zur Trennung, die von der parteioffiziellen Geschichtsschreibung der DDR mit Stillschweigen übergangen wird, war der Weg frei für die Etablierung einer jüdisch-kommunistischen Widerstandsorganisation. Es war dies die Gruppe um Herbert Baum.

Die Herbert-Baum-Gruppe

Die Herbert-Baum-Gruppe ist die größte und bekannteste deutsch-jüdische Widerstandsorganisation. Legenden haben sich um diese Berliner Gruppe gebildet, und es ist nicht ganz einfach, auf der Grundlage einer fragmentarischen Überlieferung ihre Geschichte zu rekonstruieren. Nur einige Darstellungen liegen vor. Je nach Standort des Autors fällt die Einordnung aus. Nach dem Urteil des jüdischen Historikers Bernhard Mark gilt die Baum-Gruppe als Musterbeispiel des deutsch-jüdischen Widerstandes.¹⁶⁷ Andere jüdische Autoren haben diese Lesart übernommen. Demgegenüber steht das Bild der DDR. Margot Pikarski hat es entworfen.¹⁶⁸ Vor dem Hintergrund des kontinuierlichen Antifaschismus der KPD erscheint hier die Baum-Gruppe als eine illegale Widerstandsorganisation, die von Anbeginn nach den Beschlüssen oder im Sinne der KP-Führung von Herbert Baum geführt wurde. Es gibt jedoch einige Aspekte, die nicht ganz in dieses Bild passen. Das beginnt schon bei der langen und komplizierten Entstehungsgeschichte.

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme soll der Jungkommunist Herbert Baum den Parteiauftrag erhalten haben, Verbindung zu

jüdischen Jugendorganisation aufzunehmen, um deren Mitglieder für den Widerstandskampf zu mobilisieren. Aus diesem Grund sei er auch Anfang 1934 in den »Ring – Bund Deutsch-Jüdischer Jugend« eingetreten. Die Tatsache, daß Jugendliche aus dieser Organisation, aus dem ihr nahestehenden »Schwarzen Haufen« sowie aus den zionistischen Jugendvereinigungen wie etwa dem »Haschomer Hazair« später zur Baum-Gruppe stießen, wird von Pikarski mit dem Hinweis erklärt, daß sie ihren Beitritt zu den jeweiligen jüdischen Organisationen nicht aus Überzeugung, sondern auf Anweisung von Herbert Baum vollzogen hätten.¹⁶⁹

Belegt ist: Herbert Baum fungierte seit Mitte 1934 als Organisationsleiter des KJVD im Berliner Unterabschnitt Südost, der sich auf die Bezirke Mitte, Kreuzberg und Neukölln erstreckte. In dieser Eigenschaft bemühte er sich, in den jüdischen Jugendorganisationen politische Aufklärungsarbeit zu leisten. Er schien für diese Aufgabe der geeignete Mann zu sein. Im Jahre 1928 war er – 16jährig – in die »Deutsch-Jüdische Jugendgemeinschaft« eingetreten. Als sich diese Gruppe 1931 auflöste, schloß er sich den jüdischen »Kameraden« an. Im gleichen Jahr wurde er auch Mitglied im Kommunistischen Jugendverband. 1932 zerfiel der Wanderbund »Kameraden«, Herbert Baum rückte in die »Roten Pfadfinder« ein.

Er kannte sich also in den jüdischen und kommunistischen Jugendorganisationen aus, und er traf auf Genossen, die ihm bei seiner Aufgabe halfen: auf Marianne Cohn – seine spätere Frau – sowie auf Sala und Martin Kochmann. Sie bildeten später den Kern der Baum-Gruppe. Ihnen zur Seite standen weitere Kommunisten jüdischer Herkunft, so Wilhelm Bamberger, Herbert Ansbach, Walter Sack, Ismar Zöllner oder Paul Friedländer, ein Kreis, der sich bald dem Zugriff der Nationalsozialisten entzog und den Weg in die Emigration antrat. Die ersten Mobilisierungsversuche schlugen fehl. Wie in anderen Regionen wurden auch in Berlin bis 1935 die meisten illegalen Gruppen zerschlagen.

Herbert Baum blieb von den Verhaftungswellen verschont, und die KP-Führung im Exil griff auf ihn zurück, als sie nach der Brüsseler Konferenz die Reorganisierung des Widerstandsapparates in Angriff nahm. Wilhelm Bamberger erinnert sich: »Als Instrukteur des ZK des KJVD bekam ich in Prag den Auftrag, illegal nach Berlin einzureisen, um die Berliner Organisation des KJVD wieder mitaufzubauen und vor allem die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz zu erläutern und ihre Durchführung zu organisieren.« Über Herbert Ansbach, der ebenfalls wiederholt illegal nach Deutschland eingereist war, nahm der Instrukteur im Februar 1936 die Verbindung zu Herbert Baum auf. Ziel dieser Kontakte war es, »aktive politische Arbeit in legalen Sportverbänden und in verschiedenen Jugendorgani-

sationen, die bis 1938 legal arbeiten durften, zu leisten«. ¹⁷⁰ Man nannte dies die Taktik des »Trojanischen Pferdes«.

Zu dieser innerparteilichen Neuorientierung schreibt Margot Pikarski: »Erst die Rassegesetze brachten aus Gründen der Sicherheit eine Umorganisation, in deren Verlauf Zellen jüdischer Kommunisten entstanden, die als besondere Aufgabe die Arbeit unter den jüdischen Bevölkerungsteilen und in deren Organisationen erhielten. Das war kein einfaches Problem. Die jüdischen Organisationen boten den Kommunisten jüdischer Herkunft wie Herbert Baum und anderen Genossen die Möglichkeit, sich konspirativ besser abzusichern, die mit ihnen bisher zusammenarbeitenden Funktionäre und Mitglieder der KPD und des KJVD weniger zu gefährden und unter den jüdischen Bürgern Verbündete für den antifaschistischen Kampf zu gewinnen.« ¹⁷¹

Diese neue Taktik »entsprach am besten der besonderen Lage, in der sie [die jüdischen Genossen] sich befanden. In den jüdischen Organisationen, die bis 1938 legal waren, konnten die Genossen noch einige Jahre politisch wirken. Herbert Baum und seine Freunde hatten dort viele Freunde. Sie kannten die Bedingungen und Gepflogenheiten in den jüdischen Vereinen und wußten, dort sind Menschen, die für den gemeinsamen Kampf gegen den Hitlerfaschismus gewonnen werden müssen, denn die jüdische Bevölkerung wurde in ihrem privaten, beruflichen und gesellschaftlichen Leben durch die antisemitischen Gesetze und Aktionen der Nazis systematisch behindert und in immer stärkerem Maße diffamiert und terrorisiert. So wurde das Wirken jüdischer Genossen in verschiedenen jüdischen Jugendorganisationen zu einem Bestandteil des Kampfes um die Verwirklichung der Volksfrontpolitik der KPD«. ¹⁷² Man darf annehmen, daß mit diesen Aussagen die schon erwähnte Entscheidung der KP-Führung umschrieben wird, die Kommunisten jüdischer Herkunft aus den illegalen Kadern herauszuziehen und sie vor die Wahl zu stellen, entweder zu emigrieren oder sich zu rein jüdischen Gruppen zusammenzuschließen. Margot Pikarski bestätigt es: Diese Anweisung wurde auch getroffen, um die nichtjüdischen Kommunisten »weniger zu gefährden«.

Ein Tätigkeitsbericht des KJVD aus dem Jahre 1936 führt eine jüdische Zelle im Unterbezirk Südost an. Sie bestand aus zwölf Mitgliedern. Weitere 30 Jugendliche sollen in ihrem Wirkungs- und Einflußbereich gestanden haben. ¹⁷³ Es scheint, daß diese Zelle bald wieder von der Bildfläche verschwand. In den folgenden Monaten gibt es jedenfalls keine Anhaltspunkte für die Existenz einer Herbert-Baum-Gruppe.

Der erste Gruppenzusammenschluß kündigte sich erst Ende 1938/Anfang 1939 an, zu einem Zeitpunkt, als die jüdischen Jugendorganisationen von den Nationalsozialisten verboten wurden. Die Herbert-Baum-

Gruppe entstand denn auch als eine Art Auffangorganisation, die Freunde und Kameraden aus der aufgelösten jüdischen Jugendbewegung aufnahm. Es waren zunächst nur eine Handvoll, die sich um Herbert und Marianne Baum scharten. Sala und Martin Kochmann waren dabei, dann Heinz Birnbaum, Felix Heymann und Alfred Eisenstädter sowie Gerd und Hanni Meyer. Zwei Nichtjuden reihten sich ein: Irene Walter, die mit einem Mitglied befreundet war, und Suzanne Wesse, die, in Frankreich geboren, nach Berlin geheiratet hatte, aber von ihrem Ehemann getrennt lebte.

Über diesen Kern der Gruppe berichtet Charlotte Paech, die später hinzustieß: »Ursprünglich kamen wir aus verschiedenen politischen Kreisen, von denen wir Juden aus Sicherheitsgründen abgehängt waren. Man fand sich 1938/39 zusammen, fürs erste noch nicht nach außen in Aktion tretend, sondern wir gingen damals soweit möglich auf Fahrt, trieben viel Musik und schulten uns.«¹⁷⁴ Gemeinsame Wanderungen, Musik- und Lesabende sowie politische Diskussionen bestimmten die ersten Aktivitäten des Freundeskreises, der sehr schnell neue Mitglieder anzog, die ebenfalls einen Weg suchten, die Isolierung, in der sie lebten, zu durchbrechen. Aus der jüdischen Jugendbewegung kam Charlotte Paech, die als Krankenschwester im Berliner jüdischen Krankenhaus ihren Dienst versah und von dem Patienten Herbert Baum 1940 überzeugt wurde, sich der Gruppe anzuschließen. Mit ihr erschien Richard Holzer, der aus Ungarn stammte und Kontakte zu verschiedenen kommunistischen Gruppen besaß.¹⁷⁵

Weitere Mitglieder wurden in den Siemens-Werken angeworben. Seit 1940 waren hier – wie auch in anderen Betrieben – Juden zur Zwangsarbeit eingesetzt. Im Elektromotorenwerk des Konzerns gab es zwei »Judenabteilungen« mit 700 bzw. 200 Arbeitskräften, die von den deutschen Arbeitern getrennt waren. Zur Einnahme des Mittagessens wurden sie von einer Wache in die Werkskantine geführt. Ihr Wochenlohn lag zwischen 15 und 20 Reichsmark; er reichte kaum aus, die Lebenshaltungskosten zu decken. Ein deutscher Arbeiter verdiente mehr als das Doppelte. Urlaub stand den Juden nicht zu, ebensowenig das Recht auf Sozialleistungen und Arbeitsschutz. Eines wurde ihnen zugestanden: Sie durften aus ihren Reihen einen Vertreter wählen. Er war berechtigt, ihre Wünsche dem aufsichtführenden Werksmeister und der Werksleitung vorzutragen – und deren Anordnungen bekanntzugeben. Angehörige der Baum-Gruppe arbeiteten dort, und Herbert Baum gelang es, das Vertrauen der jüdischen Arbeitskräfte zu gewinnen: er wurde ihr Sprecher. Es gelang ihm zudem, eine Gruppe von Jugendlichen zur Mitarbeit zu gewinnen, die sich um Hans und Marianne Joachim gesammelt hatte. Mit ihnen kamen zur Baum-Gruppe Lotte und Siegbert Rotholz, Hildegard Loewy und Helmut Neumann, Lothar Salinger und Herbert Budzislawsky; dann Ursula Ehrlich sowie Heinz Rotholz,

Hella und Alice Hirsch und Ilse Stillmann: alles Jugendliche, die ebenfalls schon ihren Weg durch verschiedene jüdische Jugendorganisationen hinter sich hatten. Mit ihrem Beitritt hatte sich 1941 die Herbert-Baum-Gruppe personell konstituiert. Sie zählte nunmehr etwa 30 Mitglieder. In ihrem Einfluß- und Wirkungsbereich standen vermutlich noch weitere 40 bis 50 Jugendliche.¹⁷⁶

Vor dem Hintergrund dieser Entstehungsgeschichte lassen sich einige Charakteristika der Gruppen aufzeigen. Bezeichnend ist zunächst die Isolierung. Die kommunistisch-jüdische Widerstandsgruppe Herbert Baum war von der Berliner Bevölkerung durch eine unsichtbare Ghettomauer getrennt. Sie operierte außerhalb der jüdischen Gemeinde, und innerhalb des kommunistischen Widerstandes nahm sie nur eine Randstellung ein. Signifikant ist die Altersstruktur. Im Jahre 1941 lag das Durchschnittsalter ihrer Angehörigen bei 22 Jahren. Zu den jüngsten zählten Alice Hirsch mit 18 und Hildegard Loewy mit 19 Jahren, zu den ältesten Marianne und Herbert Baum sowie Sala und Martin Kochmann mit 29 Jahren. Charlotte Paech führte mit 32 Jahren die Alterspyramide an. Man nannte sie in der Gruppe »Großmutter«.¹⁷⁷ Kaum eine andere deutsche Widerstandsorganisation weist eine derartige Altersstruktur auf. Sie erklärt sich aus der Tatsache, daß die Baum-Gruppe Reste aus den aufgelösten jüdischen und kommunistischen Jugendorganisationen aufgefangen hat. Nur fünf Gruppenmitglieder waren 1933 älter als 21 Jahre, die meisten zum Zeitpunkt der Machtergreifung zwischen 10 und 13 Jahren alt. Die Älteren, die noch (bis auf Charlotte Paech) Jungkommunisten gewesen waren, führten die jüngeren an, die der KPD nicht angehört hatten. Ihr politisches Bewußtsein entwickelte sich in der nationalsozialistischen Verfolgungszeit – zuerst in den legalen jüdischen Organisationen und dann in der Illegalität.

Fast alle Mitglieder stammten aus sehr bescheidenen kleinbürgerlichen Familien. Herbert Baums Vater war Buchhalter. Unter den Eltern fanden sich weiter ein Tuchhändler, eine Schneiderin, einige Kaufleute, ein Milch- und Eierhändler, Handwerker, Vertreter, ein städtischer Angestellter. Als einziger Akademiker war ein Zahnarzt vertreten.¹⁷⁸ Eine weitere Ausnahme stellte die großbürgerliche Herkunft Suzanne Wesses dar, die in einem wohlhabenden französischen Elternhaus aufgewachsen war. Den Kindern blieb ein sozialer Aufstieg versperrt. Nur die älteren hatten ihn ins Auge gefaßt. Herbert Baum wollte Ingenieur werden, aber die nationalsozialistischen Rassengesetze erzwangen den Abbruch des begonnenen Studiums: Baum wurde Elektrotechniker. Charlotte Paech hatte vor, Ärztin zu werden. Die bescheidenen Mittel der Eltern veranlaßten sie, noch vor 1933 den Beruf einer Krankenschwester zu erlernen.

Sala Kochmann und Marianne Joachim betätigten sich als Kindergärtne-

rinnen, Hildegard Loewy als Angestellte, die anderen Mädchen wurden als Arbeiterin angestellt. Die beiden nichtjüdischen Mitglieder Irene Walter und Suzanne Wesse verdienten ihr Geld als Büroangestellte bzw. Übersetzerin. Unter den Jungens findet man Arbeiter, Dreher, Eisendreher, Hilfsmechaniker, Kohlenarbeiter und Transportarbeiter. Der soziale und ökonomische Standort der Eltern dürfte vermutlich auch mit ein Grund gewesen sein, warum die Familien nicht ausgewandert sind. Es ist bekannt, daß die Emigration nicht zuletzt auch an Geldmittel gebunden war und leichter von wohlhabenden Juden verwirklicht werden konnte. Der Auswanderungswunsch findet sich jedoch bei den Kindern, die sich den zionistischen Jugendorganisationen angeschlossen und sich auf die »Alija« vorbereitet hatten.

Doch nicht nur Herkunft und Lebensweg, sondern auch die gemeinsame Erfahrung der moralischen Diffamierung und sozialen Deklassierung schloß die Mitglieder zusammen. In der Gruppe entwickelten sie ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und Solidarität, das ihnen half, die Isolierung und Vereinsamung zu durchbrechen. Das galt vor allem für die Jüngeren, die 1940/1941 hinzukamen und von den Älteren integriert wurden, von einem Freundeskreis, der sich schon seit Jahren kannte und durch enge persönliche Beziehungen zusammengehalten wurde. Neue, teilweise innige Freundschaften entstanden, und es gab Momente, wo die Jugendlichen Zuneigung, Liebe und Glück erlebten. Auf gemeinsamen Wanderungen, Les- und Musikabenden wurden die Gruppenbindungen vertieft.

Auf den Schulungsabenden folgte dann die politische Arbeit, die Vorbereitung auf den Widerstandskampf. Es war in erster Linie Herbert Baum, der – wie Charlotte Paech es formuliert – der Gruppe »politischen Inhalt und ein festes Ziel« gab.¹⁷⁹ Inhalt und Ziel wurden durch die Ausrichtung auf das sowjetische Vorbild festgelegt. Freilich, nicht alle stimmten bedingungslos zu. Es gab interne Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen. Hildegard Loewy, die aus dem »Haschomer Hazair« kam, verteidigte ihren Pazifismus und Zionismus bis zuletzt. Andere blieben dem Zionismus ebenso treu. Edith Fraenkel, die zehn Jahre lang die anthroposophische Rudolf-Steiner-Schule besucht hatte, lehnte die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung der bolschewistischen Revolution ab. Es gab auch einige, die sich – wie ihr Verlobter Harry Kühn – schnell wieder aus den Schulungskursen zurückzogen und warnten, sich mit der Gruppe einzulassen. Auch Alice Hirsch empfand zuweilen die Diskussionen als »unangenehm« und »gefährlich«. Helmut Neumann zog sich für einige Monate aus der Gruppe zurück – »infolge Meinungsverschiedenheiten persönlicher Art«. Als er im Frühjahr 1942 wieder eintrat, erreichte er, daß Herbert Baum den Untergruppenleiter Hans Joachim »wegen Unfähigkeit«

ablöste. Man warf Joachim vor, ein Buch von Lenin »bloß vorgelesen« zu haben, »ohne es zu erläutern«, so daß die Schulung »nicht einprägsam genug« gewesen wäre.¹⁸⁰

Trotz dieser internen Spannungen und Meinungsverschiedenheiten blieben Solidarität und Disziplin gewahrt. Als Gruppe fühlte man sich dem Kommunismus sowjetischer Prägung verpflichtet und suchte den Kontakt zu anderen illegalen Gruppen aufzunehmen. Dabei zeigte sich, daß eine zentrale Parteileitung in Berlin nicht mehr existierte und also auch keine Vermittlungs- oder Koordinierungsdienste leisten konnte. Bereits mit dem deutschen Einmarsch in die Tschechoslowakei waren im Frühjahr 1939 die Verbindungswege der ZK-Instrukteure abgeschnitten worden. Im Mai 1939 hatte zwar Willi Gall aus Kopenhagen, illegal nach Berlin gereist, versucht, ein neues Leitungsgremium aufzubauen. Wenige Monate später war es mit der Verhaftung von 80 Kommunisten – einschließlich Galls – bereits wieder von der Gestapo zerschlagen worden.

In der Geschichtsschreibung hat sich die Auffassung festgesetzt, daß die Baum-Gruppe zu allen größeren Berliner Widerstandsgruppen Kontakte gehabt habe – so zur Robert-Uhrig-Gruppe, zur Schulze-Boysen/Harnack-Gruppe, die als deutscher Unterteil der Roten Kapelle operierte und bekannt geworden ist, und zur Europäischen Union Robert Havemanns.¹⁸¹ Konkrete Belege dafür lassen sich nicht finden, lediglich vage Hinweise oder Behauptungen, die Margot Pikarski als Beweis dienen, daß die Herbert-Baum-Gruppe so die Verbindung zur illegalen KPD hergestellt und von dort ihre Informationen und Anweisungen erhalten habe. Charlotte Paech, die diese Version bestätigt,¹⁸² hat als einzige Angehörige der Roten Kapelle getroffen, nur geschah das in der gemeinsamen Haft im Gefängnis von Moabit im Jahre 1943.¹⁸³

Zwei Querverbindungen sind belegt. Die erste führte zu einer kommunistischen Gruppe, die sich um Werner Steinbrink und Joachim Franke gebildet hatte. Zu ihr gehörte auch Hildegard Jadamowitz, die – ebenso wie Steinbrink¹⁸⁴ – zum engsten Freundeskreis von Herbert Baum zählte. Beide Gruppen arbeiteten eng zusammen, zusammen wurden sie auch zerschlagen. Persönliche und familiäre Bindungen führten auch zur zweiten Widerstandsgruppe, die unter der Leitung von Hans Fruck in Berlin-Weißensee tätig war. Drei Kommunisten jüdischer Herkunft hatten sich ihr angeschlossen:¹⁸⁵ Es waren Bernhard und Margot Heymann sowie Lothar Cohn – der Bruder von Marianne Baum. Sie teilten später das Schicksal ihrer Kameraden.

Als kommunistische Widerstandsorganisation trat die Herbert-Baum-Gruppe bis Ende 1941 nach außen nicht in Erscheinung. In den Bereich der Mutmaßungen gehört die Behauptung, daß Angehörige der Baum-Gruppe

in den Siemenswerken Sabotagehandlungen ausgeführt hätten. Wenn dies stimmt, dann müssen sie sehr geschickt vorgegangen sein. Die Gestapo, die monatelang gegen die Baum-Gruppe ermittelte und mit Sicherheit Erkundigungen auf den Arbeitsplätzen einholte, entdeckte jedenfalls keine Sabotage, sie äußerte nicht einmal einen entsprechenden Verdacht. In diesem Kontext stehen auch die Versuche, Kontakte zu ausländischen Arbeitern aufzunehmen. Sie wurden – vermutlich Ende 1941 / Anfang 1942 – mit der Hilfe der Übersetzerin Suzanne Wesse geknüpft, um in den Besitz gefälschter Papiere zu gelangen. Über belgische und französische Arbeiter kaufte man gefälschte Ausweise, mit denen man sich auf das Leben in der Illegalität vorbereitete. Soweit bekannt, hat diese Aktion keine weiteren Solidarierungen oder gemeinsame Widerstandshandlungen mit ausländischen Arbeitern ausgelöst. Eine besondere Demonstration wurde jedoch in dieser Vorbereitungsphase ausgeführt. Als die Gruppe erfuhr, daß der bekannte Jungkommunist jüdischer Herkunft Rudi Arndt im Konzentrationslager umgebracht worden war,¹⁸⁶ rief sie zu einer Gedenkfeier auf. Sie wurde auf dem jüdischen Friedhof von Berlin-Weißensee abgehalten und von den Teilnehmern als tiefes Erlebnis empfunden, das den »kämpferischen Geist« anspornte.¹⁸⁷

Die Herbert-Baum-Gruppe hatte eine politisch-ideologische Programmatik entwickelt, die sich allein am kommunistischen Modell orientierte – »es gab keine spezifisch jüdische Ideologie, sondern nur die allgemein kommunistische.«¹⁸⁸ Es ist daher charakteristisch, daß sie den Zeitpunkt für den Widerstandskampf für gekommen hielt, als der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt zerbrach und die Nationalsozialisten die Sowjetunion überfielen. Gleichzeitig aber fiel der Entschluß in der Zeit, als auch die Deportation der deutschen Juden einsetzte. Die Kommunisten jüdischer Herkunft in der Baum-Gruppe hielten an ihrer Grundüberzeugung fest, daß nur ein Sieg der Sowjetunion die Lage der Juden bessern und daß im Endstadium nur der Kommunismus die »Judenfrage« – durch die Auflösung des Judentums – lösen könne. Ihr Antifaschismus zielte denn auch nicht speziell darauf ab, die Juden und deren Repräsentanten zu mobilisieren, die Judenverfolgung offen anzuprangern oder gar Sabotageanschläge auf Deportationseinrichtungen zu verüben, sondern vielmehr darauf, die Berliner Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterschaft, zum Kampf gegen die Hitlerdiktatur aufzurufen. Nach wie vor betrieb man innerhalb der Gruppe die entsprechende politisch-ideologische Schulung. Man las und debattierte die marxistischen Klassiker, so Marx' »Das kommunistische Manifest«, Lenins »Staat und Revolution« oder Bebels »Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft«. Die Mitglieder hielten Vorträge über historisch-politische Themen, hörten auslän-

dische Sender, allen voran Radio Moskau, und diskutierten über Tagesmeldungen.

Erst im Herbst 1941 ging die Herbert-Baum-Gruppe zur »Massenpropaganda« über. Die ersten antifaschistischen Kampfschriften und Aufrufe stammten noch von anderen Gruppen, so ein 19 Schreibmaschinenseiten langes Pamphlet, das den Titel trug: »Organisiert den revolutionären Massenkampf gegen Faschismus und imperialistischen Krieg!«. In der Schrift, die Heinz Birnbaum über einen jüdischen Freund erhalten und an Herbert Baum weitergeleitet hatte, hieß es: »Die historische Gewißheit, daß die faschistische Kriegsmacht durch die Rote Armee vernichtend geschlagen werden wird, und zwar bald, wirft auch in Deutschland ihre wachsende Überzeugungskraft voraus. Während man in Moskau jede drohende Gefahr geradezu öffentlich plakatiert, um die Initiative des Sowjetvolkes aufs höchste zu steigern, sind der totale Terror und die Maßlosigkeit der Propaganda, womit die wachsende Erkenntnis der deutschen Massen erstickt werden soll, Anzeichen der faschistischen Befürchtungen angesichts der wirklichen Lage und Entwicklung.«

Dann wurden Formen und Möglichkeiten aufgezählt, den Sturz der Hitlerdiktatur zu beschleunigen: »Die Armee, sinnlos von Hitler geopfert, kann sich rasch radikalisieren. Feldpostadressen werden gesammelt und mit Material beliefert, die Angehörigen sind unauffällig zu beeinflussen, mit Urlaubern und Verwundeten ist Fühlung zu nehmen. Die Genossen an der Front bilden Zellen, die die Niederlagen, Verluste, schlechte Verpflegung, mangelhafte Kleidung, Überheblichkeit der Offiziere, den SS-Terror, die Urlaubssperre zum Anlaß politischer Aufklärungsarbeit nehmen, die den Defätismus fördernd, auf Massengehorsamsverweigerung, Übergehen zu den Sowjets und Umkehren der Gewehre hinzielt.« Die Arbeiterschaft sollte durch »Proteste, Verlangsamung der Arbeitsgänge, passive Resistenz, Sabotage, Streik« zum Sturz Hitlers beitragen. Ihr galt auch die Parole: »Kampf der maßlosen Sowjethetze und Stärkung des Internationalismus gegenüber ausländischen Arbeitern, auch mit jüdischen Arbeitern.« Die Flugschrift endete mit dem optimistischen Ausspruch Lenins: »Genossen! Der Sieg ist nicht fern, er wird unser sein!«¹⁸⁹

Weitere Schriften und Aufrufe gingen durch die Hände der Baum-Gruppe. Im Oktober 1941 wurde ein »Kurzbericht zur Lage« verteilt; im November 1941 kam die hektographierte Flugschrift »Der Weg zum Sieg« dazu. Die Baum-Gruppe folgte den Anweisungen dieser Anleitungen. Man verstreute Flugzettel mit den Parolen »Arbeite langsam« oder »Nieder mit dem Krieg gegen die Sowjetunion«. Ende 1941 bereitete man die Herausgabe einer Zeitung vor, die den Titel trug: »Der Ausweg«. Sie war als »Frontausgabe« bezeichnet und wurde an deutsche Soldaten verschickt. In

einer der Ausgaben, die sechs Seiten umfaßte, heißt es: »Soldaten! Laßt nicht Hitler den Zeitpunkt bestimmen, an dem ihr für eine aussichtslose Sache geopfert werden sollt, bestimmt selbst den Zeitpunkt eurer Rückkehr. Der Krieg ist dann aus, wenn ihr euch mit den antifaschistischen Werktätigen darüber einig seid, wie ihr ihn beenden werdet: Durch den Sturz der Hitlerdiktatur!«

Im Frühjahr 1942 nahmen die Mitglieder der Baum-Gruppe einen Artikel von Goebbels in der Zeitung »Das Reich« zum Anlaß, einen »Aufruf an die Berliner Hausfrauen« zu verfassen. Sie setzten sich darin mit der Ernährungslage auseinander, verglichen die Rationen vor und während des Krieges und entlarvten die Propagandalügen des Ministers. Ein anderer Aufruf war »An die deutsche Ärzteschaft« adressiert. Ihr sollte zu denken geben, daß an der russischen Front mehr deutsche Soldaten verwundet würden, als es die nationalsozialistische Propaganda weismachen wolle, und daß die Soldaten in den Lazaretten schlecht versorgt würden.¹⁹⁰

Adressaten und Tenor der Aufrufe bestätigen der Geschichtsschreibung der DDR, daß die Gruppe gemäß den Berner Beschlüssen gearbeitet und alle Anstrengungen unternommen habe, um die geforderte breite Volksbewegung gegen den Krieg zu mobilisieren. Dieser Kontinuitäts- und Führungsanspruch kränkelt freilich ein wenig daran, daß die Anweisungen der »Berner Konferenz« Anfang 1939 – vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs – gegeben wurden. Seit August 1939 gerieten sie in Vergessenheit und erhielten erst wieder ihre volle Gültigkeit, als der Krieg gegen die Sowjetunion eröffnet worden war.

In den Gestapo- und Justizakten sowie in den Erlebnisberichten finden sich keine Angaben über die Auflagenhöhe der illegalen Schriften. Man darf annehmen, daß sich die Zahlen in bescheidenen Grenzen hielten. Die Gruppe verfügte nur über einen sehr beschränkten Herstellungs- und Verteilerapparat. Richard Holzer berichtete,¹⁹¹ daß die Herstellung so organisiert war, daß verschiedene Mitglieder zu einzelnen Themen Artikel schrieben, die dann gemeinsam besprochen und zu einem Flugblatttext ausformuliert wurden. Die Matrizen schrieben Irene Walter und Suzanne Wesse an ihren Arbeitsplätzen; als Nichtjüdinnen war ihnen die Benutzung von Schreibmaschinen erlaubt. Die Vervielfältigung wurde mit einem eigenen Apparat vorgenommen, den Hans Joachim besorgt und im Keller der Wohnung Herbert Baums aufgestellt hatte.

Die konspirative Arbeit kostete Geld, und nichts deutet darauf hin, daß die vermeintliche »Parteigruppe« Herbert Baum von der KP-Führung mit finanziellen Zuschüssen bedacht wurde. Die Kosten für den Vervielfältigungsapparat mußten aufgebracht werden, ebenso die für Matrizen, Papier und Porto. Als im Frühjahr 1942 der Übergang in die Illegalität vorbereitet

wurde, besorgte man sich Ausweichquartiere, deren Miete bezahlt werden mußte. Über die ausländischen Arbeiter waren – wie schon erwähnt – für die meisten Mitglieder gefälschte Papiere erworben worden. Der Marktwert eines Ausweises lag zu dieser Zeit bei 150 Reichsmark, ein Jahr später stieg er um ein Vielfaches.¹⁹² Die Mitglieder zahlten einen Mitgliedsbeitrag, der zwischen 5–20% ihres kargen Wochenlohns von 15–20 RM schwankte. Die meisten zahlten einen Betrag von 1,20 RM pro Woche. Zuletzt fungierte Helmut Neumann als »Kassierer«. Im Juli 1942 wies der Kassenstand der Herbert-Baum-Gruppe eine Summe zwischen 30 und 50 Reichsmark aus. Es waren die nichtjüdischen Mitglieder, insbesondere Suzanne Wesse, die die Gruppe finanziell über Wasser hielten. Zuschüsse gingen auch von der Steinbrink-Franke-Gruppe ein. Einzelne Gruppenmitglieder bemühten sich um Mehreinnahmen. Sie nahmen alle möglichen Extra- oder Schwarzarbeiten an, was mitunter in kleinen Werkstätten möglich war, die es mit der Herkunft ihrer Beschäftigten nicht so genau nahmen und für wenige Stunden einen billigen Arbeiter einstellten. Aus dem Verdienst als Zwangsarbeiter, aus dem Nebenverdienst als Schwarzarbeiter und aus den Zuschüssen der Freunde wurde der Antifaschismus finanziert.

Es bedarf keiner weiteren Erläuterung, daß die »Finanzfrage« in der Baum-Gruppe eine wichtige Rolle gespielt hat. Sie leitet auch zu einer Episode über, die wohl am deutlichsten ihre schwierige Lage dokumentiert. Der Vorfall spielte sich Anfang Mai 1942 ab und ist – was von den Geschichtsschreibern übersehen worden ist – der Auftakt zu der unmittelbar folgenden Aktion, die den Höhepunkt ihres Kampfes bildete. Um sich die Mittel für die illegale Existenz zu verschaffen, entschloß sich die Gruppe, Wertgegenstände von Juden zu requirieren und zu veräußern. Über die Moralität und Legalität dieses Entschlusses muß man nicht streiten. Nur ist anzumerken, daß Margot Pikarski in diesem Fall den Zeigefinger erhebt und kritisiert, daß dieses Verhalten nicht den »Regeln der Konspiration« entsprochen habe, was nur bedeuten kann – und Lucien Steinberg hat dies mit Recht angemerkt¹⁹³ –, daß sich die nichtjüdischen Kommunisten in einer weniger aussichtslosen Lage befanden.

Im Jahre 1942 besaßen noch einige Juden Reste ihres Eigentums: Silbergerät, Teppiche, Gemälde. Es waren Gegenstände, über die sie keine Verfügungsgewalt mehr hatten. Sie waren registriert, und Gestapobeamte erschienen regelmäßig und überprüften die Aufstellungslisten, bis sie die »legale« Handhabe hatten, nach der Deportation der Besitzer die zurückgelassenen Werte endgültig zu konfiszieren und dem Deutschen Reich gutzuschreiben. Um diese Vermögenswerte ging es der Gruppe.

Das Opfer einer solchen Aktion wurde die Familie Freundlich in Berlin.¹⁹⁴ Während Herbert Baum auf der Straße Posten stand, erschienen

Werner Steinbrink und Heinz Birnbaum an der Wohnungstür. Sie gaben sich als Gestapobeamte aus, indem sie einen Briefbogen mit einem Stempel vorzeigten, den sie zuvor von einer nach der Deportation der jüdischen Bewohner versiegelten Wohnung abgelöst hatten. Sie ließen sich die Wertgegenstände zeigen und nahmen »15 echte Teppichbrücken, eine Schreibmaschine, zwei photographische Apparate, zwei Operngläser, eine Herrenuhr und ein Ölgemälde im Werte von insgesamt 20000 Reichsmark« mit.¹⁹⁵ Die Gegenstände wurden in Koffer verpackt und in der Wohnung von Herbert Baum versteckt.

Nachdem sich die »Gestapobeamten« verzogen hatten, setzte sich die Familie mit ihrem Anwalt in Verbindung, der bei der Polizei nachfragte und erfuhr, daß diese keine Beschlagnahme vorgenommen habe. Der Fall ging an die Presse. Am 9. Mai 1942 meldeten die Berliner Zeitungen, daß Räuber, die sich als Polizeibeamte ausgegeben hätten, in die Wohnung des »Juden Felix Israel Freundlich« eingebrochen seien. Viel Zeit für die Verteilung und Veräußerung der Beute blieb der Steinbrink- und Baum-Gruppe nicht. Sie bereiteten bereits eine neue, spektakuläre Aktion vor, die ihnen zum Verhängnis werden sollte.

Anfang Mai 1942 wurde im Berliner Lustgarten die Ausstellung »Das Sowjetparadies« eröffnet. Den Anstoß dazu hatte Joseph Goebbels gegeben, als er nach den ersten militärischen Niederlagen an der russischen Front die Reichspropagandaleitung der NSDAP anwies, das Propagandawerk auf die Beine zu stellen. Auf insgesamt 9000 qm Fläche wurden drei nebeneinandergestellte, riesige Zelthallen errichtet, in denen dem Besucher »ein Stück des bolschewistischen Alltags ... lebensecht« vorgeführt werden sollte.¹⁹⁶ Modernste Ausstellungstechniken sowie politische, künstlerische und akademische Fachberater sorgten dafür, daß die gestohlenen Originalstücke, Attrappen und Fälschungen, die Vitrinen, Schaukästen, Zeichnungen und Fotomontagen so aufgestellt, beleuchtet und beschriftet wurden, daß der »jüdisch-bolschewistische Weltfeind« fast leibhaftige Züge annahm. Widerstandsgruppen in Berlin debattierten darüber, wie man auf diese geradezu beispiellose Hetze reagieren solle. Die »Rote Kapelle« etwa klebte antifaschistische Parolen an Mauern und Wände.

Diese Form des Protestes aber reichte Herbert Baum nicht aus. Er schlug vor, die Ausstellung in Brand zu setzen. In der Geschichtsschreibung der DDR wird die Auffassung vertreten, daß dieser Entschluß durch die Solidarität zur Sowjetunion und durch die Absicht bestimmt wurde, die deutsche Bevölkerung auf den Widerstand gegen das Regime aufmerksam zu machen und sie zum aktiven Kampf zu mobilisieren. Diese Motive haben sicher eine Rolle gespielt, nur wurden sie vermutlich noch durch einen dritten Beweggrund ergänzt: Der Anschlag sollte nicht zuletzt auch den ande-

ren Widerstandsgruppen signalisieren, daß die Baum-Gruppe aus ihrem Ghetto ausgebrochen war und ihren gleichberechtigten Platz im kommunistischen Widerstand eingenommen hatte. Daß sich gerade die Baum-Gruppe die Ausstellung auswählte, um ihren Antifaschismus zu demonstrieren, dürfte kein Zufall gewesen sein. Als Kommunisten jüdischer Herkunft fühlten sie sich besonders getroffen und berufen, gegen die antikomunistische und antijüdische Hetze vorzugehen. Instruktionen der KP-Führung lagen nicht vor, als der Plan in der Gruppe besprochen wurde. Nicht alle Mitglieder zeigten sich begeistert. Sie waren sich der Risiken durchaus bewußt. Charlotte Paech erinnert sich: »Herbert Baum und andere der Gruppe waren für den Plan eines Attentates auf die Ausstellung. Die Meinungen in der Gruppe waren geteilt, und nicht wenige waren dagegen, weil man mit vielen unschuldigen jüdischen Opfern rechnen mußte, wenn der Plan mißlang, aber trotzdem setzte sich der Plan durch und wurde ausgeführt.«¹⁹⁷

Die Aktion wurde zusammen mit der Steinbrink-Franke-Gruppe vorbereitet und ausgeführt. Werner Steinbrink, der als Chemielaborant im Kaiser-Wilhelm-Institut arbeitete, beschaffte die Brandmaterialien und übergab sie am 15. Mai 1942 Herbert Baum, Angehörige der Baum-Gruppe besorgten Hülsen und fertigten die Brand- und Sprengsätze an. Als Termin der Brandlegung wurde der Nachmittag des 17. Mai gewählt. Aus der Baum-Gruppe waren sieben Mitglieder beteiligt: Herbert und Marianne Baum, Hans Joachim, Sala Kochmann, Gerd Meyer, Suzanne Wesse und Irene Walter. Eines der Auswahlkriterien war, daß man die zurückließ, die durch ihr »jüdisches« Aussehen besonders aufgefallen wären. Aus der anderen Gruppe nahmen Joachim Franke, Werner Steinbrink und Hildegard Jadamowitz teil. Am Nachmittag des 17. Mai, eines Sonntags, erschien der Trupp in der Ausstellung, aber der starke Publikumsverkehr durchkreuzte den Plan. Am Nachmittag des 18. Mai waren die Umstände günstiger. Sie konnten die kleinen Behälter an verschiedenen Stellen und zur gleichen Zeit abstellen – vermutlich an den Zeltwänden –, entzünden und unbemerkt die Ausstellung verlassen. Die schnell eintreffende Feuerwehr löschte den Brand, der Schaden blieb in Grenzen. Die nationalsozialistische Presse schwieg den Anschlag tot, nur Gerüchte wurden laut und verbreiteten sich in Windeseile. Der Sabotageakt, der die Anerkennung der anderen illegalen kommunistischen Gruppen fand, hatte fatale Folgen – für die Baum-Gruppe wie für die Berliner Jüdische Gemeinde. Innerhalb weniger Tage wurden fast alle unmittelbar an der Brandlegung beteiligten Mitglieder der Steinbrink- und Baum-Gruppe festgenommen.

Am 27. Mai 1942 meldete die Gestapo ihren Erfolg: »Der Stapoleitstelle Berlin gelang es, in eine illegale kommunistische Gruppe einzudringen, die

kurz nach Kriegsausbruch mit der SU errichtet worden war und sich bis in die letzte Zeit hinein mit der Herstellung und Verbreitung von Hetzmateriale befäßt, in Berlin kommunistische Schmieraktionen durchgeführt und eine Abhörgegemeinschaft gebildet hatte. Auch waren von dieser Gruppe Sabotageakte geplant und schließlich am 18. Mai ein Anschlag auf die Ausstellung ›Das Sowjetparadies‹ im Berliner Lustgarten verübt worden, wobei Brandsätze in einigen Ausstellungsräumen ausgelegt wurden. Durch rechtzeitiges Einschreiten konnte jedoch größerer Schaden verhindert werden.

Bei der Aktion gegen diese Gruppe wurden bisher ... 22 Personen, darunter 7 Juden bzw. Mischlinge I. Grades, festgenommen. Als geistiger Träger und Führer der illegalen Gruppe wurde der technische Angestellte der AEG, Joachim Franke, der sich bereits vor der Machtübernahme, insbesondere auf schriftstellerischem Gebiet, sehr rege für die KPD betätigt hatte, festgestellt.«¹⁹⁸

In einer Anlage wurden die Namen von 22 Festgenommenen aufgeführt. Unter ihnen befanden sich Werner Steinbrink, Hildegard Jadamowitz, Herbert und Marianne Baum, Sala Kochmann, Hanni und Gerhard Meyer sowie Suzanne Wesse und Irene Walter. Aus der schnellen Verhaftung zogen die Überlebenden der Gruppe den Schluß, daß der Anschlag verraten worden sei. Als Denunziant wurde der von der Gestapo als »geistiger Führer« bezeichnete Joachim Franke genannt. Charlotte Holzer berichtet dazu: »In unserer Gruppe waren keine Spitzel, aber in die andere Gruppe hatte sich ein Spitzel eingeschlichen. Einige Zeit vorher war der Kommunist Franke mit seiner Frau von der Gestapo gefaßt worden, und die Frau wurde in Gegenwart des Mannes so mißhandelt, daß er sich schließlich bereit erklärte, mit der Gestapo zusammenzuarbeiten. Obwohl die Partei im allgemeinen Leute nach solchen Verhaftungen nicht wieder aktiv werden ließ, weil darin immer diese Gefahr bestand, wurde bei Franke schließlich eine Ausnahme gemacht und er in die Parallelgruppe aufgenommen. Der Gestapo fiel damals illegales kommunistisches Material, das aus den nordischen Ländern eingeschmuggelt war, in die Hand. Sie fälschte das Material dadurch, daß sie die Aufforderung zu Einzelaktionen hineinsetzte und spielte es dann den illegalen Gruppen in die Hand, weil sie diese zur Aktivität veranlassen wollte, um sie dadurch zu finden und zu fassen. Dieses Material verteilte sie auch durch Franke.«¹⁹⁹

In den Gestapo- und Justizakten finden sich keine Belege, die den Verrat Frankes beweisen. Zusammen mit seiner Frau und den anderen wurde er zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die Vermutung, er sei ein Spitzel gewesen, führte dazu, daß sein Name nach dem Kriege nicht in das Mahn-

mal der ermordeten Mitglieder der Baum-Gruppe eingemeißelt wurde. Die Formulierung in der Meldung vom 27. Mai 1942, daß es gelungen sei, »in eine illegale kommunistische Zelle einzudringen«, scheint Charlotte Holzers Aussage über das Einschleusen gefälschter Materialien und Handlungsanweisungen zu Einzelaktionen zu bestätigen. Man könnte meinen, daß die Steinbrink- und die Baum-Gruppe in eine sorgfältig präparierte Falle der Gestapo gelaufen sind. Die Verhöre und Folterungen taten das ihrige, um aus den ersten Verhafteten die Namen der anderen Gruppenmitglieder und der Helfer herauszupressen. Die Gestapo brauchte nicht lange, um die gesamte Gruppe zu zerschlagen.

Während die Verhöre und Ermittlungen anliefen, hielten sich die Nationalsozialisten an die Berliner Juden. 500 Geiseln wurden verhaftet.²⁰⁰ Die Zahl entsprach der in den besetzten Gebieten geübten Praxis: für jeden der fünf »jüdischen Saboteure« wurden je 100 Juden bestraft. Die Geiseln wurden ermordet, 250 sofort in der SS-Kaserne in Berlin-Lichterfelde erschossen, die andere Hälfte wenig später im Konzentrationslager Sachsenhausen liquidiert.²⁰¹ Günter Weisenborn und Heinz Galinski berichten,²⁰² daß auch Familienangehörige der Geiseln im Zuge dieser Vergeltungsaktion nach Auschwitz deportiert und dort vergast wurden. An den Geiseler-schießungen in Berlin mußten Vertreter der Reichsvereinigung als Zeugen teilnehmen.

Am 29. Mai 1942 wurden zudem die Repräsentanten der deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden ins Reichssicherheits-hauptamt beordert. Heinrich Löwenherz, der Vertreter der Wiener Juden, hat in einem Aktenvermerk festgehalten, was ihnen Adolf Eichmann zu sagen hatte: »Auftragsgemäß meldete ich mich gemeinsam mit Dr. Benjamin Marmorstein, den sechs Mitgliedern des Vorstandes der Reichsvereinigung ... Bacck, Eppstein, Henschel, Kozower, Kreindler und Lilienthal, sowie zwei Vertretern der Jüdischen Kultusgemeinde Prag, Weidmann und Friedmann ... in Berlin. Dort wurde uns eröffnet, daß im Zusammenhang mit einem Anschlag auf die Ausstellung ›Das Sowjetparadies‹, an dem fünf Juden aktiv beteiligt waren, 500 Juden in Berlin festgenommen, davon 250 erschossen und 250 in ein Lager abgeführt worden sind. Es wurde uns außerdem eröffnet, daß weitere Maßnahmen dieser Art zu erwarten sind, falls noch einmal ein Sabotageakt vorkommen sollte, an dem Juden beteiligt sind. Es ist uns der Auftrag erteilt worden, diesen Sachverhalt in geeigneter Weise unter den Juden bekanntzugeben, um ihnen die Folgen derartiger Handlungen klarzumachen.«²⁰³

Die jüdischen Empfänger dieser Weisung gaben den »Sachverhalt in geeigneter Weise« weiter. Die Nationalsozialisten, allen voran der Reichspropagandaminister Goebbels, konnten gegenüber der deutschen Bevölke-

rung weiter den Anschlag verschweigen, weil er nicht ganz in das Bild von den Verhältnissen paßte, die in Deutschland herrschen sollten. Die Belagerung der Juden durch ihre eigenen Repräsentanten diente dazu, ihnen den Terror bewußt zu machen und ein warnendes Exempel zu statuieren, daß jede künftige Auflehnung weitreichende Konsequenzen nach sich ziehen würde. Die »Reichsvereinigung«, erschüttert über den Geiselmord und schockiert über die Androhung weiterer Repressalien, reagierte sofort. Sie beschloß, den Kontakt zu den jüdischen Kommunisten aufzunehmen. Das Problem war, daß keiner der Vorstandsmitglieder in Verbindung mit den jüdischen Dissidenten stand. Paul Eppstein wußte Rat. Er bat Norbert Wollheim, der bis Ende 1941 in der Reichsvereinigung gearbeitet hatte, den Weg zu den Kommunisten anzutreten und die Botschaft der Reichsvereinigung zu überbringen. Wollheim hatte vor 1933 Kontakte zu jüdischen Kommunisten gehabt, und er fand den Bruder eines alten Schulfreunds, der ihm den Weg zu einem Mitglied der Baum-Gruppe wies. Er traf Richard Holzer.

Das Gespräch fand während eines nächtlichen Spaziergangs in der Nähe des Alexanderplatzes statt. Sein Inhalt wird von den beiden Gesprächspartnern, die überlebten, unterschiedlich wiedergegeben. Richard Holzer will nach der Warnung der Reichsvereinigung vor ähnlichen Aktionen darauf hingewiesen haben, daß die Baum-Gruppe von der Gestapo bereits zerschlagen und der größte Teil ihrer Mitglieder verhaftet worden sei.²⁰⁴ Nach Wollheims Darstellung hat er die Botschaft der Reichsvereinigung überbracht, daß die Kommunisten die Aktionen einstellen sollten, da sie damit nicht nur das Leben der Gruppenmitglieder, sondern auch das unschuldiger Menschen gefährden würden. Sein Gesprächspartner soll dann geantwortet haben: »Was du mir da erzählst, interessiert uns nicht. Es interessiert uns einfach nicht. Wenn wir glauben, wir müssen handeln, dann tun wir es. Es interessiert uns nicht, was die jüdischen Führer denken. Das einzige, was für uns zählt, ist das, was unserer Sache dient.« Als Norbert Wollheim diese Antwort der Reichsvereinigung überbrachte, soll Leo Baeck gesagt haben: »Offen gestanden habe ich nicht daran geglaubt, daß unter diesen Umständen die Vernunft siegen würde. ... Was sie getan haben, war von vornherein Wahnsinn. Jetzt wissen sie es wenigstens. ... Es gibt nichts, was wir noch tun können.«²⁰⁵

Wie man auch immer die beiden Versionen beurteilen mag, eindeutig ist, daß die jüdischen Repräsentanten selbst noch in der Phase der Deportationen ihrem Legalitätsprinzip folgten und aus Furcht vor Repressalien versuchten, illegale Aktionen abzustoppen, die die noch verbliebene Existenz gefährdeten und die zudem noch von einer außerhalb der jüdischen Gemeinschaft operierenden Gruppe durchgeführt wurden. Ebenso steht

fest, daß zu diesem Zeitpunkt die Baum-Gruppe selbst schon nicht mehr aktionsfähig war. Die Führer waren gefangen, vernommen und mißhandelt worden, die anderen Mitglieder versuchten sich nach dem Anschlag dem Zugriff der Gestapo zu entziehen. Sie befanden sich ständig auf der Flucht. Es gab keine Aktionen mehr.

Herbert Baum wurde das erste Opfer. Am 11. Juni 1942 teilte die Gestapo der Staatsanwaltschaft seinen Selbstmord mit. Um seinen Tod haben sich sofort Legenden gerankt. Unter Berliner Juden erzählte man sich, daß er auf dem Alexanderplatz gehängt worden sei.²⁰⁶ In den Bereich der Mythen gehört vermutlich auch, daß er kurz vor seinem Tod von der Gestapo zum Lehrter Bahnhof geschleppt worden sei. Die Gestapo habe dabei alle jüdischen Zwangsarbeiter, die auf dem Weg zu den Siemenswerken waren und die ihn erkannten und ansprachen, festnehmen wollen, niemand aber sei auf ihn zugegangen. Mitglieder der Baum-Gruppe wie auch andere Insassen des Gefängnisses am Alexanderplatz waren überzeugt, daß Herbert Baum ermordet worden sei. In den Gestapo- und Justizakten finden sich lediglich Hinweise auf den Selbstmord. Man darf annehmen, daß Herbert Baum den Verhören und Folterungen selbst ein Ende bereitet hat und in den Selbstmord getrieben worden ist. Einen Selbstmordversuch unternahm auch Sala Kochmann. Sie wurde ins Jüdische Krankenhaus transportiert. Dort traf sie auf der Isolierstation Charlotte Paech, die dort als Krankenschwester ihren Dienst versah. Informationen über den Stand der Untersuchung wurden so an die noch in Freiheit befindlichen Gruppenmitglieder weitergeleitet.

Als der erste Prozeß gegen die Baum-Gruppe eröffnet wurde, war Sala Kochmann bereits »transportfähig« – auf einer Bahre liegend nahm sie an der Verhandlung teil, die am 16. Juli 1942 vor dem Sondergericht Berlin stattfand. Mit der Begründung, als Juden seien sie »Feinde Deutschlands«, ließ das Gericht Wahlverteidiger und jüdische Zeugen nicht zu.²⁰⁷ Die Prozeßakten sind unauffindbar. Überliefert ist, daß zehn Angeklagte zum Tode verurteilt und am 18. August 1942 in Berlin-Plötzensee mit dem Fallbeil hingerichtet wurden. Das Reichsjustizministerium informierte Hitler unverzüglich über die Verkündung der Todesstrafen.²⁰⁸ Bereits nach dem Brandanschlag hatte der Justizminister Hitler über den »jüdischen Sabotageakt« unterrichtet.

Inzwischen waren weitere Mitglieder der Baum-Gruppe verhaftet worden, so Heinz Rotholz und Heinz Birnbaum, Hella und Alice Hirsch, Edith Fraenkel und Hanni Meyer, Marianne Joachim und Lothar Salinger, Helmut Neumann und Hildegard Loewy sowie Siegbert und Lotte Rotholz. In den ersten Vernehmungen – sie dauerten insgesamt vom 8. Juli bis zum 21. August – bestritten sie die gegen sie vorgebrachten Anschuldigun-

gen. Sie wurden nun verschärften Verhören unterzogen. In einem als »Geheime Reichssache« klassifizierten Schreiben setzte die Gestapo den Oberreichsanwalt am Volksgerichtshof davon in Kenntnis, daß sie auf Anordnung des Chefs der Berliner Stapoleitstelle, SS-Obersturmbannführer Bovenziepen, »verschärfte Vernehmungen in Form von Stockhieben« durchgeführt habe. Die Opfer zeigten keine Reue, im Gegenteil, sie traten selbstbewußt auf und bekannnten sich zuletzt zu ihren Widerstandshandlungen und politischen Überzeugungen.

So erklärte Heinz Rotholz: »Ich gestehe, daß ich von den Vorbereitungen der Sabotageaktion auf die Ausstellung ›Das Sowjetparadies‹ wußte. Hätten die Genossen mich nicht wegen meines jüdischen Aussehens von dieser Aktion ausgeschlossen, wäre ich zur Ausstellung gegangen und hätte mich an ihr beteiligt.«²⁰⁹ Hella Hirsch äußerte ihre Überzeugung, daß »Hitler gestürzt und es dann den Juden wieder besser gehen werde«. Lotte Rotholz gab zu: »Uns allen war klar, daß man auf Grund der Judenverfolgung keine positive Einstellung zum Nationalsozialismus haben kann und jede Gelegenheit benutzen muß, um ihn zu bekämpfen. Ich selbst bin nicht sonderlich geschult und habe mich auch nicht besonders in den Diskussionen hervorgetan: eines aber war mir klar, daß ich als Jüdin nicht zurückstehen kann ... Wir waren und bleiben mit Herbert Baum verbunden.« Andere beriefen sich auf ihre Treue zur Sowjetunion und hielten weiter an ihrem Glauben fest, daß nur der Kommunismus die »Judenfrage« lösen könne. Was sie alle – die Kommunisten und Nichtkommunisten – verband, war ihre jüdische Herkunft und die Erkenntnis, daß sich ihre Lage nur durch den Sturz des nationalsozialistischen Regimes ändern könne.²¹⁰ Über den Ausgang ihres Prozesses machten sie sich keine Illusionen. In der Untersuchungshaft versuchten sie, sich gegenseitig Mut zuzusprechen. Es gelang einigen, über Kassiber miteinander in Verbindung zu treten.

Ein Kassiber ist erhalten geblieben. Er wurde von Marianne Joachim verfaßt und an ihre Freundin Hanni Meyer weitergeleitet: »Solche Gelegenheit, etwas voneinander zu hören, gibt's selten, daher muß sie ausgenutzt werden. Uns allen geht es hier verhältnismäßig gut, ich habe alle Grüße ausgerichtet und soll Euch beide herzlichst wiedergrüßen. Alice und ich hatten schon Sprecherlaubnis, unsere Mütter kommen ab und zu zusammen; hat Deine Mutter auch ähnlichen Anschluß? Es wäre sehr zu wünschen. Wir fünf Mädels hier können uns untereinander nicht gut verständigen, nur mit einem bißchen Pfeifen, aber das freut einen auch immer. Über die Hinrichtungen am 17. August [muß heißen: 18.] habe ich die verschiedensten Gerüchte gehört. Die glaubhafteste Person teilte mir mit, daß es nur fünf Frauen waren, darunter Anne, Sala und Irene. Ich weiß aber nicht, ob ich es glauben kann und versuche tage- und nächtelang, mir ein

bißchen Hoffnung noch zu erhalten. Aber ich brauche Dir das gar nicht erst zu schreiben, es wird Dir sicher genauso gehen. Meine Eltern und Schwiegereltern haben nie Post von Heinz bekommen, nach vielen Nachforschungen erfuhren sie, daß er in Plötzensee ist. Wäsche wurde ihnen nicht abgenommen. Sprecherlaubnis gab's auch nicht. Kein Lebenszeichen! Ich habe an den Untersuchungsrichter geschrieben, keine Antwort. Der Justizinspektor empfahl mir, direkt an Heinz zu schreiben. Ich habe es zwar getan, gebe mich aber durchaus keinen Illusionen hin. Und trotz allem rapple ich mich immer wieder auf und lasse mich nicht unterkriegen. Auch Dir will ich nur zurufen: Kopf hoch! Geduld ist die Losung des Revolutionärs (Lenin). Marianne.«²¹¹

Am 18. September 1942 bat ein jüdischer Anwalt vergebens um die Erlaubnis, die Angeklagten verteidigen zu dürfen.²¹² Eine Woche vor Prozeßbeginn versuchte Hilde Loewy aus dem Gefängnis zu fliehen. Es gelang ihr, durch das Zellenfenster zu klettern und sich mit einem Strick, den sie aus ihrem Bettzeug geflochten hatte, abzuseilen. Doch an der Gefängnismauer wurde der Fluchtversuch vereitelt. Der Prozeß gegen »Rotholz u. A.« fand am 10. Dezember 1942 vor dem 2. Senat des Volksgerichtshofs statt.²¹³ Als Vorsitzender amtierte der Vizepräsident des Volksgerichtshofes Crohne, als weitere Richter Landgerichtsrat Preußner, SS-Oberführer Tscharmann, Generalmajor Cabanis und Reichshauptamtsleiter Giese. Als Vertreter des Oberreichsanwalts vertrat der Erste Staatsanwalt Wittmann die Anklage, ein Spezialist, der sich in vielen Prozessen gegen Widerstandskämpfer »ausgezeichnet« hatte.²¹⁴

Der Prozeß dauerte einen Tag. Neun Todesurteile wegen »kommunistischen Hochverrats in organisiertem Zusammenhalt« wurden ausgesprochen – gegen Heinz Rotholz, Heinz Birnbaum, Hella Hirsch, Hanni Meyer, Marianne Joachim, Lothar Salinger, Helmuth Neumann, Hildegard Loewy und Siegbert Rotholz. Lotte Rotholz wurde zu acht Jahren, Edith Fraenkel zu fünf Jahren und Alice Hirsch zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Zuchthausstrafen wurden bald aufgehoben, die drei Frauen nach Auschwitz deportiert und umgebracht. In der Urteilsbegründung wurden die Aktivitäten der Baum-Gruppe aufgezählt und das nationalsozialistische Verdikt juristisch ausformuliert. »Wer, wie die Angeklagten«, so heißt es, »im gegenwärtigen Existenzkampf des deutschen Volkes dem Feinde dient und ferner dem ärgsten Feind aller Kultur, dem Bolschewismus, den Weg bereiten und dadurch die Zersetzung der Widerstandskraft des Volkes zu bewirken sucht, ist des Todes. Das verlangt das Schutzbedürfnis von Volk und Reich. Diese Strafe ist um so mehr geboten, weil die Angeklagten sämtlich Juden sind und als solche alle Veranlassung hatten, sich ruhig zu verhalten und nicht, wie einst 1918, Deutschland heimtük-

kisch in den Rücken zu fallen. Deshalb ist gegen die Angeklagten auf die Todesstrafe erkannt worden ... Die an sich ehrlose Handlungsweise der Angeklagten konnte die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte nicht zur Folge haben, da sie als Juden diese nicht besitzen. Als Verurteilte haben die Angeklagten die Kosten des Verfahrens zu tragen.«

Drei Pflichtverteidiger, die das Parteiabzeichen trugen, waren den Angeklagten zugewiesen worden. Man wird ihnen eine gewisse Zivilcourage nicht absprechen können. Sie erreichten, daß drei Zuchthausstrafen ausgesprochen wurden, und sie bemühten sich, das Leben der Verurteilten zu retten. Unmittelbar nach der Verkündung der Todesstrafen beantragten sie – sehr zum Ärger des Gerichts und der Justizbehörden – die Begnadigung. Als Begründung führten sie den Fronteinsatz der Väter der Verurteilten im Ersten Weltkrieg an, und einer scheute sich nicht, die Eltern als ehrliche und patriotische Juden auszugeben. Die Gesuche, auf denen der obligatorische »Heil-Hitler-Gruß« fehlte,²¹⁵ lösten ein bürokratisches Verfahren aus, Berichte über die Führung der Verurteilten wurden angefordert.

Für Siegbert Rotholz ging dem Volksgerichtshof vom Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit am 28. Dezember folgende Beurteilung zu: »Der Arbeiter Siegbert Israel Rotholz, 23 Jahre alt, verheiratet, keine Kinder, nicht vorbestraft, ist wegen Hochverrat u. a. zum Tode verurteilt. Rotholz saß hier vom 1. 9. 42 bis 12. 12. 1942 ein. Er hat sich während dieser Zeit gut geführt und auch zur Zufriedenheit gearbeitet. Rotholz gehörte einer kommunistischen Gruppe an und fühlt sich auch heute noch als Kommunist. Es war ihm offenbar nicht möglich, sich zu der Erkenntnis durchzuringen, daß die von ihm begangene Tat ein Verbrechen ist und deshalb zu verurteilen sei. Das über ihn verhängte Todesurteil hat ihn nicht zu erschüttern vermocht, ja, er war sogar noch in der Lage, hierüber ein Lächeln aufzubringen. Besondere Umstände, die einen etwaigen Gnadenerweis rechtfertigen könnten, sind hier nicht bekanntgeworden.«²¹⁶ Ähnliche Berichte trafen vermutlich auch über die anderen Todeskandidaten ein. Der Justizminister Thierack lehnte dann das Gnadengesuch ab: »Auf Grund der Vollmacht vom Führer beschließe ich, vom Begnadigungsrecht keinen Gebrauch zu machen, sondern der Gerechtigkeit freien Lauf zu geben.«²¹⁷

Die Hinrichtung wurde für den 4. März 1943 in Berlin-Plötzensee anberaumt. Der Vollstreckungsbericht für Heinz Rotholz ist erhalten geblieben. Kurz vor 19 Uhr wurde Heinz Rotholz von zwei Gefängniswärtern zur Hinrichtungsstätte geführt. Seine Arme waren auf dem Rücken zusammengebunden. Anwesend waren der Berliner Scharfrichter Röttger mit drei Assistenten, der Richter am Volksgerichtshof Dr. Beselin mit seinem Protokollführer sowie der Gefängnisbeamte Rohde. Nachdem die Identität von Rotholz festgestellt worden war, ordnete Dr. Beselin die Vollstrek-

kung der Strafe an. Im Bericht heißt es: »Der Verurteilte erschien ruhig und gefaßt und ließ sich ohne Widerstand auf den Bock legen.« Nach der Enthauptung verkündete Dr. Beselin den Vollzug der Strafe. Zwischen beiden Bekanntmachungen lagen 18 Sekunden.²¹⁸

Die Namen und Altersangaben der neun Hingerichteten erschienen am 4. März 1943 auf einer öffentlichen Bekanntmachung.²¹⁹ Es läßt sich nicht klären, was den Volksgerichtshof bewogen hat, von der sonst geübten Praxis abzuweichen und die Todesurteile und die Hinrichtungen publik zu machen. Zu vermuten ist, daß in diesem Fall der Propaganda- und Terror-effekt ausschlaggebend gewesen ist. Die deutsche Bevölkerung wurde nur über die »Vorbereitung zum Hochverrat und landesverräterische Feindbegünstigung« informiert. Lediglich an den Namen »Sara« und »Israel« konnte sie erfahren, daß diese todeswürdigen Verbrechen von Juden verübt worden waren.

Das Justizministerium verfügte, die Körper der Hingerichteten dem Anatomischen Institut der Berliner Universität zu übergeben.²²⁰ Ebenso schnell gingen die Anordnungen heraus, den Besitz zu konfiszieren. Reichte dieser nicht aus, wurden Familienangehörige zur Begleichung der Gerichts- und Hinrichtungskosten herangezogen. Bei Marianne Joachim errechneten die Liquidatoren 144,90 Reichsmark, die sie dem Deutschen Reich noch schuldig war. Der Betrag mußte als Verlust abgebucht werden: Es fand sich niemand mehr, der die »Schulden« übernehmen konnte. Im Bericht vom 30. Juli 1943 heißt es lapidar: »Die Anverwandten sind nach dem Osten deportiert worden ...«²²¹

Am 29. Juni 1943 fand ein weiterer Prozeß gegen Mitglieder der Baum-Gruppe statt, ebenfalls vor dem 2. Senat des Volksgerichtshofes. Wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« klagte Staatsanwalt Wittmann dort Martin Kochmann, Felix Heymann und Herbert Budzislawsky an, »sämtliche Juden zur Zeit in dieser Sache in gerichtlicher Untersuchungshaft«. Das Urteil wurde schnell verkündet, die kurze Begründung lautete: »Die Angeklagten haben an jüdisch-kommunistischen Gruppenbildungen teilgenommen, und zwar auch noch nach Ausbruch des deutsch-bolschewistischen Krieges. Damit haben sie gleichzeitig den Feind Deutschlands begünstigt. Sie werden deshalb zum Tode verurteilt.«²²² In den Beurteilungen fanden sich keine »besonderen Umstände«, die eine »Milderung der Strafen« rechtfertigten. Im Gegenteil, die Stapoleitstelle Berlin stellte klar, daß sie »in keinem Falle einen Gnadenerweis« befürworten könne. In einem Schreiben an den Volksgerichtshof vom 23. Juli 1943 erhob das RSHA keine Bedenken »gegen die Freigabe der Leichen«.²²³ Martin Kochmann, Felix Heymann und Herbert Budzislawsky wurden am 7. September 1943 hingerichtet.²²⁴

22 Todesurteile waren bis dahin gegen Angehörige der Baum-Gruppe vollstreckt worden. Aus den Ermittlungen und Prozessen kannten die Nationalsozialisten den ideologischen Standort der Widerstandsorganisation. Der Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof, Lautz, beschrieb ihn in einem Bericht vom 3. Oktober 1942 wie folgt: »Bei den von den jüdischen Gruppen veranstalteten Zusammenkünften wurde davon ausgegangen, daß der Bolschewismus der stärkste Feind Deutschlands sei und sein Sieg die Lösung der Judenfrage zugunsten der Juden bringen werde. Die Juden mußten sich daher mit dem bolschewistischen Gedankengut vertraut machen, um in der Lage zu sein, sich gegebenenfalls für das Gelingen einer bolschewistischen Revolution einzusetzen.«²²⁵ Einige Monate später, am 16. Juli 1943, setzte der 1. Strafsenat des Berliner Kammergerichts die Akzente etwas anders: »Baum war der Leiter einer seit einiger Zeit bestehenden kommunistischen Gruppe, deren Mitglieder meist Juden waren, die früher in jüdischen Jugendverbänden organisiert waren, nach deren Auflösung in Zirkeln zusammenkamen und bemüht waren, die gegen die Juden im nationalsozialistischen Deutschland getroffenen Maßnahmen zu bekämpfen und Bestrebungen zu unterstützen, die darauf hinausliefen, eine Änderung der Verfassung des Reiches herbeizuführen, wonach die Juden wieder als gleichberechtigte Staatsbürger eingesetzt werden sollten. Zur Durchführung dieses Zieles hofften sie auf einen Sieg des Kommunismus und förderten in jeder Weise, u. a. auch durch Flugblatt- und Schmierpropaganda, die hochverräterischen Pläne Sowjet-Rußlands.«²²⁶

Von Beginn an ließen die Nationalsozialisten nichts unversucht, auch den Kreis der Freunde und Helfer zu treffen. Nach dem Anschlag auf die antisowjetische Ausstellung und den ersten, schnellen Verhaftungen waren die anderen Gruppenmitglieder in den Untergrund geflüchtet, und nichts deutet in den zugänglichen Quellenresten darauf hin, daß sie von anderen illegalen kommunistischen Gruppen aufgefangen wurden; erwähnt wird allein, daß die Gruppe um Hans Fruck mit Lebensmittelkarten aushalf.²²⁷ Es war ein kleiner, unorganisierter Kreis jüdischer wie nichtjüdischer Freunde und Helfer, der die Fluchthilfe übernahm.

Da gab es den 29jährigen jüdischen Schlosser Jakob Berger, der im gleichen Haus wie die Kochmanns wohnte und der über die Aktivitäten der Baum-Gruppe unterrichtet war. Er holte aus der Wohnung Kochmanns Wäsche, Kleidungsstücke und Lebensmittel und übergab sie dem Flüchtenden. Er leistete noch einen anderen Dienst: Er verbrannte eine Kiste, in der Kochmann die marxistischen und antifaschistischen Schriften aufbewahrt hatte, und entzog damit den nationalsozialistischen Behörden weiteres Belastungsmaterial. Auch auf die Hilfe Dora Bahnmüllers konnte Martin Kochmann rechnen. Seit 1937 kannte die Leiterin des jüdischen Kinder-

heims in der Auguststraße die beiden Kochmanns und andere Gruppenmitglieder, denen sie auch die Halle des Kinderheims für ihre Treffen überlassen hatte. Nach der Verhaftung Sala Kochmanns rief Dora Bahn Müller – von Jakob Berger informiert – Martin Kochmann an und warnte ihn davor, in die Wohnung zurückzukehren und der wartenden Gestapo in die Arme zu laufen.

Rita Meyer – eine Schwägerin des später hingerichteten Gerhard Meyer – richtete mit ihrem Mann eine Anlaufstelle für die Untergetauchten ein und beriet die betroffenen Familien, wie sie sich mit ihren verhafteten Angehörigen legal oder illegal in Verbindung setzen konnten.²²⁸ Über Rita Meyer lief auch eine Transaktion, mit der man die Zimmermieten sowie den kostspieligen Erwerb von Lebensmittelkarten und gefälschten Papieren auf dem Schwarzmarkt zu finanzieren suchte: Restbestände der Anfang Mai 1942 »requirierten« Habe wurden verkauft. Martin Kochmann brachte einen Koffer mit fünf Brücken in die Wohnung einer Tante von Rita Meyer. In diesem Haus in Berlin-Pankow fand sich eine deutsche Mitbewohnerin, die die Teppiche kaufte und Rita Meyer einen Betrag von 1700 Reichsmark übergab.

Rita Meyer bat auch andere nichtjüdische Freunde um Mithilfe. Das Ehepaar Milkert, das sich politisch nie betätigt hatte, nahm am 2. Oktober 1942 Martin Kochmann auf. Sieben Tage später wurden die drei von der Gestapo abgeholt. Keiner Partei gehörten Willi Reinke und seine Frau Ursula an. Nach den Rassegesetzen des Dritten Reiches galten beide als Mischlinge II. Grades. Rita Meyer klärte ihre Schulfreundin Ursula Reinke über die Hintergründe auf und bat sie, dem gesuchten Martin Kochmann Unterschlupf zu gewähren. Vor der Gestapo suchten sich später die Reinkes zu schützen und gaben an, das »Ansinnen«, über das sie keine Anzeige erstattet hatten, abgelehnt zu haben.

Frieda Pryzjenski – Tochter eines Schuhmachers und bis 1933 Mitglied der SPD – nahm untergetauchte jüdische Kommunisten auf. Sie kannte Helmut Neumann und Kurt Bernhard, die ihrem Freund Herbert Budzislavsky die Adresse weitergaben. Auch andere Mitglieder der Baum-Gruppe tauchten hier vermutlich vorübergehend unter, so ein Mädchen, das in den Akten nur unter dem Decknamen »Ursel« erscheint. Auch der Nichtjude Gustav Paech, der mit der KPD sympathisierte und wiederholt mit den Gesetzen in Konflikt geraten war, muß hier genannt werden. Vor Kriegsausbruch war seine Ehe mit Charlotte Paech geschieden worden, die Sorge um die Tochter Eva, deren Anerkennung als Mischling I. Grades bei den Behörden erkämpft werden mußte, hielt beide Elternteile weiter zusammen. Gustav Paech deckte den Fluchtversuch seiner geschiedenen Frau und zögerte auch nicht, Martin Kochmann und Richard Holzer zu verstecken.

Gegen diesen Fluchthelferkreis, zu dem noch weitere Personen zählten, erhoben die Nationalsozialisten Anklage, die »hochverräterischen Umtriebe« der Baum-Gruppe unterstützt zu haben. Jakob Berger wurde bereits am 3. Juni 1942 festgenommen und in das Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit gebracht. Am 31. Juli 1942 verhaftete die Gestapo Gustav Paech und ordnete seine Einweisung in das Konzentrationslager Sachsenhausen an. Beide wurden vor dem Strafsenat des Berliner Kammergerichts angeklagt. Die Anklageschrift vom 9. März 1943 ist überliefert.²²⁹ Am 16. Juli 1943 wurde das Urteil verkündet. Gustav Paech erhielt eine zweijährige Gefängnisstrafe, wobei ihm die bisherige Haftzeit von elf Monaten und 16 Tagen angerechnet wurde. Nach der Verbüßung der Strafe wurde die obligatorische Schutzhaft verfügt. Wenige Wochen nach der Befreiung aus dem Konzentrationslager starb Gustav Paech in einem Hospital.

Der Prozeß gegen Jakob Berger fand nicht mehr statt. Seit dem 1. Juli 1943 durften Juden nicht mehr vor deutschen Gerichten erscheinen. Ihre Bestrafung war der SS überlassen worden. Es ist nicht bekannt, ob Jakob Berger in der SS-Kaserne in Berlin-Lichterfelde oder in einem Vernichtungslager umgebracht wurde. Im Oktober 1942 und in den folgenden Wochen wurden die anderen Fluchthelfer aufgespürt. Zuständig für die Aburteilung war der Strafsenat des Berliner Kammergerichts. Die Anklageschrift A, datiert vom 25. Juni 1943, ist erhalten.²³⁰ Sie bezieht sich auf neun Personen. Die nichtjüdischen Angeklagten erhielten Gefängnis- und Zuchthausstrafen, die jüdischen Fluchthelfer verschwanden in Auschwitz, so Dora Bahn Müller, Rita und Norbert Meyer, Ruth Moratz, Martin Josef, Kurt Bernhard und ein gewisser Wittenberg. Lotte Rotholz kam vermutlich in Theresienstadt um.²³¹ Lothar Cohn und Bernhard Heymann, die sich der Fruck-Gruppe angeschlossen hatten, wurden in Berlin-Lichterfelde erschossen.

Nur vier Mitglieder, die zum engeren Kreis der Baum-Gruppe gehörten, haben überlebt. Es waren Ursula Ehrlich und Rita Meyer sowie Charlotte Paech und Richard Holzer. Ursula Ehrlich war es als einziger gelungen, sich in Berlin versteckt zu halten. Nach der Befreiung tauchte sie aus dem Untergrund auf. Rita Meyer kehrte aus Auschwitz zurück, heiratete erneut und blieb eine überzeugte Kommunistin. Im Juni 1945 traf Charlotte Paech in Berlin ein. Anfang Oktober 1942 war sie verhaftet worden – zunächst nicht wegen ihrer Mitgliedschaft in der Baum-Gruppe, sondern wegen »Kriegswirtschaftsverbrechens«: Die Gestapo hatte ihre Aktivitäten bei der Beschaffung und Verteilung von Lebensmittelkarten entdeckt. Ein Gericht verurteilte sie zu einer Gefängnisstrafe von eineinhalb Jahren. Justizbeamte hatten Mühe, eine Haftanstalt zu finden, die noch nicht als »judenrein« galt. Während dieser Zeit entdeckte die Gestapo ihre »hochverräteri-

schen Aktivitäten« in der Baum-Gruppe. Am 29. Juni 1943 wurde sie zum Tode verurteilt, »in Abwesenheit«.

Zum Zeitpunkt der Urteilsverkündung befand sie sich in einem Gefängnis in Leipzig. Die Übergabe an die Gestapo verzögerte sich, Charlotte Paech lag mit Scharlach in einer Quarantänезelle. Nach sechs Wochen wurde sie nach Berlin überführt und kam über das Untersuchungsgefängnis Moabit in das Judendurchgangslager in der Hamburger Straße, wo sie erneut durch eine Quarantänesperre vor der Liquidierung bewahrt wurde. Bei einem Luftangriff wurden ihre Akten verschüttet, ein halbes Jahr konnte sie noch als Krankenschwester im Lager arbeiten. Schließlich gelang ihr im Sommer 1944 die Flucht. Angehörige der Bekennenden Kirche – Pfarrer Poelchau und eine Pfarrerswitwe – nahmen sie auf und besorgten ihr vorübergehend ein Quartier. Zuletzt tauchte Charlotte Paech, als Französin getarnt, in einem französischen Zivilarbeiterlager in Anklam unter. In ihrem Erlebnisbericht fährt sie fort: »Ja, mit meinem schlechten Schulfranzösisch – wenn man muß, geht alles. Und so wurde ich auf etwas stürmische und bittere Art von den Russen befreit und kam im Juni 1945 von der Ostsee zu Fuß und barfuß nach Berlin.«²³²

Wenn dies stimmt, dann haben sich die im Mai 1945 aus dem Moskauer Exil eintreffenden Führungsspitzen der Kommunistischen Partei Deutschlands nicht sonderlich um das überlebende Mitglied der Herbert-Baum-Gruppe gekümmert, jener Widerstandsorganisation, die sich nach der offiziellen Lehre als illegale Parteiorganisation konstituiert und nach den Anweisungen der KP-Führung operiert haben soll. Eine ähnliche Erfahrung muß wohl auch Richard Holzer gemacht haben. Ihm war es als einzigem gelungen, ins Ausland zu entkommen. Im Herbst 1942 kehrte er in sein Geburtsland zurück – nach Ungarn. Als Jude wurde er hier in eine Zwangsarbeitskompanie gesteckt und an die russische Front gebracht. Nach Charlotte Paech »lief er, sobald er konnte, zu den Russen über, kam aber bald in ein Kriegsgefangenenlager nach Archangelsk«. ²³³ Es dauerte eine ganze Zeit, bis er den russischen Offizieren klagemacht hatte, daß er kein ungarischer Faschist, sondern ein antifaschistischer Widerstandskämpfer war und im »Nationalkomitee Freies Deutschland« mitarbeiten könne. Richard Holzer hat später ein etwas glorifizierendes Bild über seine Zeit hinter der russischen Front entworfen.²³⁴ Für die Zeit unmittelbar nach dem Krieg notierte Charlotte Paech: »Im September 1945 kam er zurück nach Budapest, weil er nach Fleck- und auch anderem Typhus so schwach war, daß er nur noch 80 Pfund wog.« Sie hatte sofort nach ihrer Befreiung eine Suchanzeige nach dem vermißten Freund aufgegeben. Richard Holzer fand die Anzeige durch Zufall im Frühjahr 1946 in einer Zeitung. »Wir trafen uns«, so schreibt Charlotte Paech, »in Ulm und jetzt

sind wir wieder in Berlin, und nun weiß ich noch nicht genau, wie es weitergehen wird.«²³⁵

Es ging weiter. Charlotte Paech und Richard Holzer heirateten. Auch sie blieben Kommunisten und Bürger der Deutschen Demokratischen Republik. Mit den anderen Überlebenden begannen sie nach dem Verbleib der ermordeten Kameraden zu forschen. Nur die Leiche von Herbert Baum wurde gefunden. Die Nationalsozialisten hatten sie auf dem Verbrecherfriedhof von Berlin-Malzahn verscharrt. Noch einmal lebte eine Diskussion über den »jüdischen« Standort auf. Die kommunistische Partei bestand wohl zunächst darauf, die letzte Ruhestätte auf dem Friedhof Friedrichsfeld einzurichten, dort, wo all die anderen Gräber der ermordeten Widerstandskämpfer gepflegt wurden. Das Ehepaar Holzer und andere plädierten für den alten Berliner jüdischen Friedhof in Weißensee. Sie setzten sich durch. Herbert Baum wurde in Weißensee beigesetzt. Auf seiner Grabstelle errichtete die Berliner Jüdische Gemeinde für die jüdischen und nichtjüdischen Angehörigen der Widerstandsgruppe eine gemeinsame Gedenktafel. Rabbiner waren zugegen, als das Mahnmal eingeweiht wurde.²³⁶ 27 Namen sind auf ihm verzeichnet. Die Zahl der Opfer war größer.

Jahrzehnte war es offensichtlich einigen Bürgern der DDR peinlich, alljährlich zum jüdischen Friedhof Berlin-Weißensee in der Herbert-Baum-Straße zu kommen, um am Gedenkstein einen Kranz niederzulegen. Dieser Weg wird ihnen in Zukunft erspart bleiben. Im November 1981 konnte man in der DDR-Presse lesen,²³⁷ daß am Lustgarten, an der Stelle, an der einst der Anschlag gegen die antikommunistische und antisemitische Hetzausstellung »Das Sowjetparadies« verübt worden war, ein neuer Gedenkstein für die Herbert-Baum-Gruppe aufgestellt wurde.

3. Zur Typologie nonkonformen Verhaltens: Die Verweigerung

Nach dieser Betrachtung des Widerstands im engeren Sinn, in der Form des organisierten Antifaschismus, wollen wir den Blick nun auf jene zweite Ebene der Opposition richten, die vom nonkonformen Verhalten einzelner oder durch die Umstände entstandener Gruppen bestimmt wird. Trotz aller Lückenhaftigkeit der Überlieferung erlaubt es die Quellenlage, eine Typologie der Formen und Besonderheiten dieser Resistenz zu entwerfen, durch die sich vorwiegend deutsche Juden, aber auch Deutsche jüdischer Herkunft dem Druck der nationalsozialistischen Herrschaft zu entziehen bemühten.¹ Der erste Teil dieser Betrachtung gilt der Beschreibung von Versuchen, sich den Anforderungen des Systems zu verweigern und so die von außen gesetzten Normen nicht anzuerkennen, der Flucht vor dem Zugriff der Nationalsozialisten bis hin zur extremsten Form des Sich-Entziehens: dem Selbstmord.

Flucht

Die Flucht vor den Unterdrückern gehört zu den Traditionslinien, die weit in die jüdische Geschichte zurückreichen und die im Bewußtsein der jüdischen Gemeinschaft immer lebendig waren. Man wußte um die Flucht- und Wanderungsbewegungen, die in allen Verfolgungs- und Krisenphasen

eingesetzt und die die »Zerstreuung« des jüdischen Volkes in der Diaspora mitverursacht hatten. Im Altertum zerstörte Nebukadnezar den Ersten Tempel und führte die Juden in die Babylonische Gefangenschaft. Im Jahre 70 löschten die Römer die staatliche Existenz des jüdischen Volkes aus – für fast 2000 Jahre. Christliche Herrscher dekretierten im hohen Mittelalter die Vertreibungen aus West- und Mitteleuropa und gegen Ende des 15. Jahrhunderts aus Spanien und Portugal. Soziale Diskriminierung und Pogrome waren im späten 19. Jahrhundert Anlaß für die Massenauswanderungen aus Ost- und Südosteuropa. Die Nationalsozialisten setzten zunächst das Kontinuum fort. Bis 1941 gehörte die Vertreibung trotz aller Widersprüchlichkeiten zum deklarierten Ziel der nationalsozialistischen Judenpolitik.

Von dieser Vertreibung,² für die sich die Begriffe »legale Auswanderung« oder »legale Emigration« eingebürgert haben, soll hier nicht die Rede sein, sondern von der Flucht. Die Emigration wird nicht als Widerstand verstanden; sie entsprach einer Verhaltensnorm, die der jüdischen Bevölkerungsgruppe vorgeschrieben war. Sie setzte ein staatlich-bürokratisches, oft zeitraubendes Genehmigungsverfahren voraus. Anders die Flucht: sie verband sich mit Illegalität und der Bedrohung von Leib und Seele. Es ist evident, daß sich in der Praxis die Trennung zwischen Emigration und Flucht nicht immer klar aufrechterhalten läßt. Daran hindert schon der Umstand, daß es bis heute nicht gelungen ist, die exakte Zahl der Emigranten und Flüchtlinge zu ermitteln und die Anteile politisch, weltanschaulich oder rassistisch motivierter Emigration oder Flucht zu bestimmen. Übereinstimmung herrscht aber darin, daß bis 1941 rund 300000 deutsche Juden vertrieben worden sind, von denen etwa 30000 in den besetzten Gebieten wieder den Nationalsozialisten in die Hände fielen.

Die erste massive Fluchtbewegung setzte in Deutschland unmittelbar nach der nationalsozialistischen Machtübernahme ein. Im September 1933 bezifferte das Auswärtige Amt die ins europäische Ausland geflohenen »jüdischen und marxistischen Reichsangehörigen« auf 47350.³ Bis Ende 1933 kehrten 37000 Juden oder Personen jüdischer Herkunft Deutschland den Rücken. 3682 gelangten in die Niederlande, 4000 in die Tschechoslowakei, 4000 nach England, 9000 nach Frankreich und 10000 in die Schweiz. Der Rest passierte andere Grenzen. Ende 1935 war die Zahl auf 81000 gestiegen, von denen allerdings einige Tausende wieder nach Deutschland zurückkehrten. Rückwanderungsverbote und »Schulungshaft« in den Konzentrationslagern bereiteten diesem unerwünschten Rückstrom ein schnelles Ende.⁴

Der Anschluß Österreichs löste im Frühjahr 1938 eine zweite Fluchtwelle aus. Vor dem Hintergrund judenfeindlicher Demonstrationen, Massenverhaftungen und schneller Arisierungsmaßnahmen versuchten Tau-

sende von Juden das annektierte Land zu verlassen. Ein Weg führte in die Schweiz, wo sich etwa 5000 illegal niederließen, ein anderer über das Rheinland an die Westgrenzen des Reiches. Schon im Vorfeld lagen Sperrzonen, die um die Bauarbeiten am »Westwall« gezogen waren. Verschärfte Kontrollen regelten die Grenzübergänge ab. Dies galt auch für Deutschlands Nachbarländer,⁵ deren Regierungen – alarmiert über die Vorgänge in Österreich – ihren Grenzbehörden erhöhte Wachsamkeit vorgeschrieben hatten. Gleichwohl ist Hunderten von Juden der illegale Grenzübertritt gelungen. Viele suchten und fanden ortskundige Helfer, die ihnen den Weg über die Demarkationslinien wiesen.

Die Behörden auf beiden Seiten gingen gegen diesen »Personenschmuggel« gemeinsam vor. Dafür ein Beispiel: Am 1. Juli 1938 wurden zwei österreichische Juden nach ihrem illegalen Grenzübertritt von der niederländischen Polizei aufgegriffen. Zusammen mit ihrem »Führer« Josef W. wurden sie den deutschen Grenzbeamten in Kaldenkirchen übergeben. Der 22jährige W.,⁶ der in Mönchengladbach wohnte, war den niederländischen Behörden kein Unbekannter. Bereits früher hatte er Juden über die Grenze geschmuggelt. Auch diese Information ging der Gestapo zu, die ohnedies vermutete, daß »W. auch in anderen Fällen Personenschmuggel betrieben« habe, und die Düsseldorfer Stapoleitstelle bat, »das Weitere zu veranlassen«. Im Schlußbericht heißt es dann: »Um den sich immer mehr ausbreitenden illegalen Grenzübertritt der Juden zu verhindern, dürfte es angebracht sein, alle Beteiligten exemplarisch zu bestrafen.« Sie wurden in das Konzentrationslager Dachau eingeliefert. Die Überführung nach Dachau drohte auch jenen jüdischen Flüchtlingen, die in den Gefängnissen von Aachen, Trier, Wittlich oder Krefeld festgesetzt worden waren. Für ihre Befreiung und ihre legale Ausreise setzte sich der Vertreter des »Hilfsvereins der Juden« Hans Jacobi in Köln ein. Nach Verhandlungen mit den zuständigen Gestapostellen erhielt er die Erlaubnis, die erforderlichen Ausreisedokumente zu besorgen.⁷

Die Pogrome der »Reichskristallnacht« im November 1938 lösten eine weitere Fluchtwelle aus. Allein in den Niederlanden trafen rund 1500 illegale Flüchtlinge ein. Ausländische Beschwerden und innenpolitische Bedenken veranlaßten die Gestapo am 23. Dezember zu der Anweisung, die illegalen Auswanderer festzusetzen und ins Konzentrationslager zu überführen.⁸

Mit der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges dehnten die Nationalsozialisten ihre Herrschaftsgrenzen aus und schnitten den deutschen Juden manchen bisherigen Fluchtweg ab. In den besetzten Gebieten lösten jedoch die »Blitzkriege« massive Fluchtbewegungen aus.⁹ Aus Polen strömten im Herbst 1939 300000–400000 Juden, also etwa 10% der gesamten pol-

nisch-jüdischen Bevölkerung, in die von der Sowjetunion kontrollierten Gebiete oder in Richtung Ungarn und Rumänien. Ein ebenso spontaner wie panikartiger Aufbruch erfolgte im Westen. Hunderte von Juden versuchten in den Maitagen des Jahres 1940 aus den Niederlanden über den Seeweg nach England zu gelangen, Tausende flüchteten südwärts, vermengten sich mit den Flüchtlingsströmen in Belgien und Frankreich, ehe sie von den sich schnell etablierenden deutschen Besatzungsbehörden und kollaborierenden Landesbehörden gefangengesetzt wurden. Erlebnisberichte zeigen, daß sich unter diesen Flüchtlingen auch deutsche Juden befunden haben. Tausende von Juden brachen in den Baltischen Staaten auf. In Estland lebten 4500 Juden, die Hälfte floh; in Lettland gab es 95000 Juden, 15 % entwichen; in Litauen waren 250000 Juden ansässig, 8 % flüchteten.¹⁰

Die letzte große Fluchtbewegung setzte nach dem Beginn der Deportationen ein. Im Westen führten die Fluchtrouten über Frankreich in die Schweiz¹¹ und über die Pyrenäen nach Spanien und von dort nach Lissabon, einem der letzten freien Häfen auf dem europäischen Kontinent. Im Norden bot sich der Weg nach Schweden an. Im Herbst 1943 gelang es dank einer einzigartigen Rettungsaktion der dänischen Widerstandsbewegung, 7000 von insgesamt 8000 Juden aus Dänemark in Sicherheit zu bringen.¹² In Ost- und Südosteuropa liefen die Fluchtwege in oder über die Sowjetunion bis nach Shanghai oder über das Schwarze Meer und den Bosphorus nach Palästina.¹³

Wieviel deutschen Juden es gelang, aus den Deportationstransporten zu fliehen, ist nicht zu ermitteln. Zahlen über die Flucht bei der Deportation gibt es nur für belgische Juden. In 27 Transporten wurden 25 460 belgische Juden in die Vernichtungslager gebracht; 1203 konnten ihrem Schicksal durch Abspringen von den Zügen entgehen.¹⁴ Auch für die Flucht deutscher Juden aus den Ghettos fehlen Zahlen; es kann nur eine Handvoll gewesen sein. Wenige nur dürften die Kraft und die Möglichkeit gefunden haben, die Umzäunungen und Sperrzonen der Konzentrations- und Vernichtungslager zu überwinden. Die nebenstehende Aufstellung kann lediglich die allgemeinen, alle Häftlinge betreffenden Fluchtzahlen – und auch diese nur sehr fragmentarisch – wiedergeben; eine Trennung nach Juden und Nichtjuden ist im allgemeinen nicht möglich.

In der dokumentarischen Überlieferung finden sich zahlreiche Beispiele über die Flucht deutscher Juden. Über einen gescheiterten Fluchtversuch berichtet Michael Oppenheim, der in Mainz »Verbindungsmann« der jüdischen Gemeinde zur Gestapo war. Am 19. März 1942 notierte er in sein Diensttagebuch: »Dr. Karl Ladenberg und Friedl Ladenberg verlieren die Nerven und verschwinden, ohne die Entscheidung der Stapo abzuwarten.

Fluchten aus den Konzentrations- und Vernichtungslagern

Lager	Zeitraum	Geflohen	Wieder gefangen
Auschwitz ¹⁵		667 (davon 76 Juden)	270
Sobibor ¹⁶	Aufstand Oktober 1943	ca. 300 (34 überlebt)	
Treblinka ¹⁷	Aufstand August 1943	ca. 600 (40 überlebt)	
Dachau ¹⁸	März 1943/ Januar 1945	338	35
Mauthausen ¹⁹	1939	4	2
	1940	7	7
	1941	8	6
	1942	11	8
	1943	44	19
	1944	126	98
	1945	<u>339</u>	<u>29</u>
		539	169
Sachsenhausen ²⁰	1942	3	
	1944	96	
	1945	<u>288</u>	
		387	
Theresienstadt ²¹	1941	3	
	1942	11	5
	1943	14	6
	1944	<u>9</u>	<u>1</u>
		37	12
Amersfort ²²		33	
Vught		90	21
Westerbork		213	

Wegen ihres Rückwandertransfer hätten sie nicht abwandern müssen. Sie wurden später in der Gegend von Köln festgenommen.« Lakonisch führt Oppenheim hinzu: »Kamen in ein KZ. Beide tot.« ²³ Den Fluchtweg nach Dänemark und Schweden schlug Kurt Lindenberg ein. ²⁴ Ende 1943 verließ er sein Berliner Versteck. Als Eisenbahnmonteur verkleidet, kletterte er im Stettiner Bahnhof in das Bremserhäuschen eines Güterwagens. Unbemerkt

gelangte er nach Dänemark und von dort mit Hilfe der dänischen Widerstandsbewegung nach Schweden. Anderen glückte die Flucht in die Schweiz. Alfred Cassierer brach 1942 von Berlin auf. An der Grenze fand er einen Helfer, der ihn für 6000 Reichsmark durch die Sperrzonen führte.²⁵

Mit einem Schmuggler bereiteten auch Ernst Ludwig Ehrlich und Herbert A. Strauss – die letzten Absolventen der Berliner »Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums« – ihre Flucht vor. Ernst Ludwig Ehrlich selbst berichtet darüber: »Wir beschlossen, die Reise am Pfingstsonnabend, am 11. und 12. Juni 1943, anzutreten. Wir hatten uns mit dem Schmuggler am Ausgang des Bahnhofes Singen verabredet. Wir hielten es für richtiger, die Reise nicht gemeinsam zu unternehmen, sondern uns in Stuttgart zu treffen. Strauss fuhr vor mir. Ich nahm nur eine Aktentasche mit. Mein Fahrrad hatte ich per Bahn aufgegeben, dieses und ein Photoapparat waren als Honorar für den Schmuggler bestimmt. Der Zug war überfüllt, ich stand im Gang. Mit einem Mitreisenden war ich in ein heftiges Gespräch über den »Bombenterror der Anglo-Amerikaner« verwickelt, als mir ein Mann auf die Schulter klopfte und sich als Kriminalbeamter auswies. Ich zeigte ihm meinen Dienstaussweis,²⁶ von dem er sichtlich beeindruckt war. Um die weitere Wirkung meines Ausweises zu erproben, auf dem vermerkt war, daß Polizei, Wehrmacht und Gestapo mir überall ungehinderten Durchlaß zu gewähren hätten, befahl ich dem Kriminalbeamten, mir ein Dienstabteil anzuweisen. Bescheiden machte er geltend, daß er eigentlich nicht dafür zuständig sei, aber sich für mich bei dem Zugführer verwenden wolle. Dieser erschien nach einiger Zeit, laut nach dem Herrn aus dem Ministerium rufend. So fuhr ich bequem bis Stuttgart zusammen mit einem Panzerhauptmann und einem Stabsarzt, die sich über die Mängel der neuen deutschen Panzerwagen unterhielten. An diesem Gespräch beteiligte ich mich kaum.

Herbert Strauss traf ich auf dem Perron. Er hatte seine Anwesenheit in Stuttgart dazu benutzt, festzustellen, welche Industriewerke wir als Beamte des Herrn Reichsministers Speer in Singen zu inspizieren hätten. Wir besaßen beide die gleichen Ausweise ... In Singen wollten wir den Bahnhof verlassen, mußten jedoch erst an einem Stadtpolizisten vorbei, der sich aber gerade mit uns nicht beschäftigen konnte, weil er einen kleinen Jungen angehalten hatte. Wir trafen den Schmuggler am Bahnhofsplatz, der uns auf Umwegen über Gottmadingen in einen Wald führte. Wir hatten angenommen, er selbst würde uns in die Schweiz bringen. Er zeigte uns aber nur den Weg, den wir in der Nacht zu gehen hatten. Wir mußten warten, bis völlige Dunkelheit einbrach, und versteckten uns solange im Wald. Leider war es eine mondhele Nacht. Wir mußten eine Straße überqueren, die etwa

halbstündig von deutschen Wächtern auf einem Fahrrad abgefahren wurde. Wir lagen im Graben dicht unter der Straße und hörten jeweils das Surren des Fahrraddynamos.

Als gegen halb ein Uhr nachts endlich Wolken den Mond bedeckten, sprangen wir aus unserem Versteck, überquerten die Straße und rannten so schnell wir konnten in den gegenüberliegenden Wald, in welchem das Schweizer Territorium beginnt. Nach einiger Zeit wurden wir durch einen Schäferhund gestellt, ein Mann leuchtete uns mit der Taschenlampe an und auf unsere bange Frage, ob er ein Schweizer sei, gab er eine bejahende Antwort. Er nahm uns in seine Hütte, gab uns Milch zu trinken und lieferte uns beim Polizei-Inspektor in Ramsen ein, der uns am nächsten Tag nach der Anfertigung eines Protokolls nach Schaffhausen ins Gefängnis brachte. Nach wenigen Tagen wurden wir von dort in ein Auffanglager entlassen und später für drei Monate in ein Arbeitslager gebracht. Am 13. Oktober 1943 wurde ich entlassen und begann mein Studium an der Universität von Basel.«²⁷

Den Weg über die Pyrenäen wählte Rabbiner Leo A. 1944 schrieb er seinen Erlebnisbericht nieder. »Am 1. Januar 1943 kamen wir in einem einsamen Forsthaus 2 km hinter der französisch-spanischen Grenze an. Wir hatten einen Marsch von 3 Tagen hinter uns durch Schnee bisweilen 1½ m hoch, Regen und Eissturm, an Abhängen vorbei, die auf den ersten Blick unpassierbar erschienen. Aber die Führer kannten jeden Tritt im Gebirge. Zuletzt hatten wir eine Stunde im Lauftempo durchjagt, bergauf, bergab, durch Bäche und Flüsse, denn die deutsche Patrouille war unterwegs und wir fürchteten vor allem ihre Spürhunde. Aber mit Gottes Hilfe hatten wir es nun geschafft. Männer, Frauen und sogar kleine Kinder, die im Rucksack mitgetragen wurden. Nach 24stündiger Ruhepause ritten wir auf Maultieren zum nächsten Dorf. Der 6stündige Weg führte noch einmal bis zu 2000 m Höhe. Dort oben wehte ein ungeheurer Sturm und die Tiere brachen oft in das Eis ein. Aber an der Hand des Führers, der von oben bis unten in Tierfelle gehüllt war, trugen sie uns schließlich dem Bestimmungs-orte zu. Das Grün der Bäume umgab uns wieder, und als der Pfad weiter bergab führte, sahen wir unten das erste spanische Dorf. Es waren helle schmucke Häuser.

Bald kam uns ein »Carabiniere« der Grenzwahe entgegen. Auch er trug einen Pelzumhang über der hellgrünen Uniform mit dem gelben Gurtzeug. Wir wurden zur Polizeistation geführt. Die Männer konnten noch allein absteigen, aber eine Frau war so erschöpft, daß sie sich nicht mehr bewegen konnte. Ein Polizist hob sie herab und trug sie in das Haus. Wir folgten. Man rief die Frauen der Polizeioffiziere, die Erschöpfte wurde massiert, man flößte ihr Kaffee und Cognac ein, bald kam der Arzt und gab ihr eine

Spritze. Eine Frage vor allem anderen lag uns auf den Lippen: ›Würde man uns wieder nach Frankreich zurückschicken?‹ Wir versuchten uns sprachlich zu verständigen. Als sie uns sagten, daß wir in Spanien bleiben würden, ging ein Leuchten auf in unseren Augen. Eine Woche lang hatten wir Gefahr um Gefahr ins Auge gesehen. Der französischen Gendarmerie, den Tücken des Gebirges, den Deutschen – und nun wurde uns die letzte, große Sorge vom Herzen genommen. Nun mochte kommen, was da wollte, Lager, Gefängnis oder was sonst immer. Wir waren gerettet.«²⁸

Gerettet wurde auch eine kleine Gruppe deutscher Juden – wie auch Flüchtlinge aus anderen Herkunftsländern –, die einen außergewöhnlichen Fluchtweg einschlugen. Er führte direkt in den deutschen Wehr- und Arbeitsdienst. Miriam S., die 1924 in Hamburg geboren und sechs Jahre später mit ihren Eltern nach Belgien ausgewandert war, berichtet von drei deutschen Flüchtlingen, die 1941 aus einem Internierungslager in Südfrankreich ausgebrochen waren. »Sie hatten kein Geld und keine gültigen Papiere. Da sie alle blond und blauäugig waren, alle drei von zu Hause aus perfekt Deutsch sprachen (Hans war übrigens Halbjude, die anderen beiden Volljuden, aber nur Siegfried war beschnitten), meldeten sie sich bei der ersten deutschen Wehrmachtsstelle und erzählten, sie seien junge Deutsche, die 1940 in Belgien wohnten und wegen ihrer hitlerfreundlichen Gesinnung nach Südfrankreich deportiert worden waren, aber sie seien geflohen und wollten jetzt unbedingt in die Wehrmacht eingereiht werden ...

Bei der ärztlichen Untersuchung hatten sie Glück: der diensthabende Arzt hatte es eilig ... Er gab ihnen eine Bescheinigung, daß alles in Ordnung war, und die drei wurden nach Bordeaux geschickt und einer Flak-Batterie zugeteilt. Da saßen nun die drei jüdischen Jungen in deutscher Uniform, inmitten deutscher und französischer Soldaten und verrichteten ihren Wehrdienst. Sie hatten den Behörden erzählt, daß sie keine Verwandten hätten. Sie warteten auf einen Urlaub, denn natürlich hatten sie geplant, davon Gebrauch zu machen und nach Belgien zurückzukehren.

Hans und Kurt bekamen ihren Urlaub etwas früher und kamen als erste nach Antwerpen zurück. Natürlich versteckten sie sofort ihre Uniformen sowie Papiere und wurden kurz darauf illegal. Später wurden sie wegen ihrer Kenntnis von der Widerstandsbewegung in die Organisation Todt eingelotst, wo sie Sabotageaufgaben hatten. Ich habe nach dem Krieg gehört, daß sie bis zum Schluß durchgehalten haben und heute noch am Leben sind.«²⁹

Von einer Fluchthilfeorganisation, von der später noch gesondert berichtet wird, wurden Flüchtlinge nach Frankreich geschleust. Unter ihnen befanden sich Heinz Frankl und Walter Rosenberg. Der 1921 in Wien geborene Frankl³⁰ war im Februar 1939 in die Niederlande gekommen, um sich

auf einem Bauernhof als »Palästina-Pionier« auf die Auswanderung vorzubereiten. Anfang 1943 legte er den Judenstern ab, zog in ein Hotel und wurde verhaftet. Die Flucht nach Amsterdam glückte, Frankl tauchte unter, erhielt Lebensmittelkarten und gefälschte Papiere. Im März 1943 ging es weiter. Über Belgien und Paris gelangte er in die Normandie, wo er als »Niederländer« eine Beschäftigung in einer deutschen Baufirma fand, die Arbeiten am Atlantikwall ausführte. Frankl kam schnell in Kontakt mit dem Betriebsleiter, der ihm sein Leid über den Arbeitskräftemangel klagte und ihn unversehens fragte: »Kennst du nicht Leute in Holland, die hier arbeiten würden? Könntest du mir welche beschaffen?« Frankl sagte zu. Zusammen mit dem Betriebsleiter fuhr er nach Paris, um die behördliche Zustimmung einzuholen. Ausgestattet mit den entsprechenden Dokumenten – und offiziell als »Transportführer für Wehrmachts-Zivilarbeiter« getarnt – kehrte Frankl in die Niederlande zurück.

Die Verbindung zur Fluchthilfeorganisation wurde aufgenommen und vereinbart, in jeden Transport fünf bis sechs jüdische Flüchtlinge aufzunehmen. Mit diesen Transporten, die ordnungsgemäß bei den Militärbehörden angemeldet wurden, kamen rund 150 Juden über die Grenze. »Die Leute konnten sich frei bewegen. Sie wurden zur Küste gebracht, verliefen sich vielfach nach ein paar Tagen, und waren dann ... auf sich selbst angewiesen.« Bis zum Frühjahr 1944 ging das Unternehmen gut; dann erwies sich die Mitnahme eines desertierten und steckbrieflich gesuchten deutschen Oberfeldwebels als verhängnisvoll. Bei einer Kontrolle wurde der Deserteur entdeckt. Auch Frankl gab seine Identität als Jude preis. Man brachte ihn über Westerbork nach Bergen-Belsen. Er überlebte.

Walter Rosenberg, der aus Dortmund stammte, kam mit einem der ersten Transporte Frankls. Seine Gruppe, die aus 20 Personen bestand, von denen die Hälfte Juden waren, verrichtete nur für kurze Zeit ihre Arbeit am Atlantikwall. Bei einem Unfall wurde ein Gruppenmitglied getötet. Da man befürchtete, daß die Leichenschau die jüdische Identität ans Tageslicht bringen könnte, wurde der Arbeitsplatz gewechselt. »Wir bestiegen«, so berichtet Walter Rosenberg,³¹ »unverfroren einen Wehrmachtszug und fuhren auf gut Glück nach Paris.« Rosenberg meldete sich bei der Rüstungsinspektion und bat um die Zuweisung einer Arbeitsstelle. Er erhielt eine Monteurstelle bei einer Firma, die für die Organisation Todt in der Umgebung von Paris Heizungs- und Wasserinstallationen ausführte. Wegen Arbeitsunlust wurde ihm gekündigt. Das französische Arbeitsamt wies ihm eine Stelle in einer Firma zu, die für die Heinkelwerke Flugzeugmotoren produzierte. Nach der alliierten Invasion erfolgte die Kündigung und die Einstellung als Briefsortierer bei der deutschen Feldpost. Nach der Befreiung kehrte Rosenberg unter richtigem Namen in die Niederlande zurück.

Eine lange und abenteuerliche Flucht überlebten Hermann Adler und seine Frau.³² 1934 emigrierten sie in die Tschechoslowakei. Nach deren Zerschlagung brach man nach Polen auf; der deutsche Überfall vertrieb die Adlers in das von der Sowjetunion besetzte Lemberg, von hier ging es weiter nach Wilna in Litauen. Bialystok und Warschau hießen die nächsten Fluchtstationen. Nach der Auslöschung des Warschauer Ghettos folgte die Flucht nach Budapest. Ein Versuch, nach Rumänien zu gelangen, schlug fehl. 1944 wurde Adler in Budapest verhaftet und nach Bergen-Belsen deportiert. Er gehörte zu der Gruppe jener 1700 Häftlinge, die Ende 1944 mit einem Sondertransport des Roten Kreuzes in die Schweiz ausreisen durften.

Im Untergrund

Fluchtwege führten nicht nur über die Landesgrenzen, sondern auch in die Untergrundexistenz im Innern. In Deutschland wie in allen besetzten Gebieten versuchten Juden nach dem Einsetzen der Deportationen, ein Versteck zu finden, unterzutauchen. Sie entzogen sich damit dem Zugriff des Verfolgers und durchkreuzten dessen Ziel, jüdisches Leben zu vernichten. Auch diese Form der Gegenwehr entsprach einer alten Abwehrstrategie.³³ Biblische Vorbilder finden sich bei Samuel und im Buch des Propheten Jona. Der jüdische Geschichtsschreiber Flavius Josephus versteckte sich und überlebte mit 40 Kameraden den Krieg gegen die Römer. Juden suchten während der mittelalterlichen Pogrome Schutz bei christlichen Nachbarn. Im spanisch-portugiesischen Untergrund bemühten sich die »marraños«, jüdische Existenz zu bewahren.

Keine Statistik nennt die genaue Zahl deutscher Juden oder Personen jüdischer Herkunft, die untergetaucht sind. Die Schätzzahlen weichen stark voneinander ab und sind kaum noch nachprüfbar. Rechnet man die in den besetzten Gebieten untergetauchten Flüchtlinge mit hinzu, so dürfte die Gesamtzahl zwischen 10000 und 12000 gelegen haben. Kurt Lindenberg³⁴ verweist auf »amtliche Erhebungen« vom Februar 1943, nach denen rund 7000 Juden illegal in Berlin gelebt haben sollen, im November 1943 sollen es 5000–6000 gewesen sein. In einem Bericht aus Berlin, der im Sommer 1943 dem Jüdischen Weltkongress zugeht,³⁵ wird die Zahl mit 3000–4000 angegeben. Else Hannah, die Berlin Anfang 1944 verließ, schätzt die Zahl für diesen Zeitpunkt auf 2000.³⁶ Die letzte Zahl ist die zuverlässigste: Nach der Befreiung Berlins tauchten 1402 Juden aus der Illegalität wieder auf.³⁷ Noch schlechter bestellt ist es um die Zahlen aus anderen Regionen. In keiner anderen deutschen Großstadt überstieg die Zahl der Geretteten

50. In Baden-Württemberg überlebten 68 Juden in der Illegalität.³⁸ Nur mit Vorsicht ist deshalb eine Angabe der Berliner Behörden aus dem Jahr 1947 aufzunehmen, daß 5000 deutsche Juden »erfolgreich von ihren deutschen Landsleuten verborgen« wurden.³⁹ Stimmt diese Zahl, so wären knapp 1 % der jüdischen Bevölkerungsgruppe von 1933 bzw. 3 % der von 1941 durch ihre deutschen »Mitbürger« gerettet worden.

Unbestreitbar ist immerhin, daß sich zahlreiche deutsche Juden den Deportationsbefehlen widersetzt haben. Als die »Evakuierungen« im Herbst 1941 begannen, lebten 72972 Juden in Berlin. Am 1. März 1943 waren es 32999, sechs Monate später nur noch 6790.⁴⁰ Setzt man diese gesicherten Daten mit dem geschätzten »Mittelwert« von 5000 untergetauchten Juden im Jahre 1943 in Verbindung, so lassen sich die Verschiebungen und Proportionen erkennen. Insgesamt gingen 7 % der Berliner Juden in die Illegalität, Anfang 1943 waren es 13 % und Anfang Juli 1943 42 %. Von den 1941 in Berlin registrierten Juden überlebten 2 % im Untergrund. Von den Untergetauchten selbst blieben 28 % am Leben, oder anders ausgedrückt: Von zehn untergetauchten Juden wurden drei gerettet.

Die Zahl der in der Illegalität lebenden Juden und ihre Überlebenschancen sind nicht nur ein Indiz für die jüdische Gegenwehr, sondern auch für die Hilfs- und Widerstandsbereitschaft der Nichtjuden. In Berlin wirkte sich die Solidarität am stärksten aus, was dafür spricht, daß in dieser ehemaligen Hochburg der deutsch-jüdischen Lebensgemeinschaft in der Kriegs- und Deportationszeit ein relativ großes humanitäres Widerstandspotential vorhanden gewesen ist. Diese Feststellung gilt ebenso für die besetzten Gebiete. Ein Vergleich zeigt, daß innerhalb einer europäischen Skala die deutschen Größenordnungen sogar noch einen vorderen Platz einnehmen. An der Spitze stehen die Niederlande. Von den 1941 registrierten 140000 »Volljuden« tauchten 25000 bis 27000 unter, davon haben etwa 10000 überlebt.⁴¹ Der Anteil jüdischer Flüchtlinge aus Deutschland läßt sich nicht ermitteln. 1941 lebten 14381 von ihnen in den Niederlanden. Man darf annehmen, daß vielleicht 10–20 % geflohen oder untergetaucht sind, also etwa 1000–2000. Gänzlich im dunkeln liegt der deutsch-jüdische Anteil an den untergetauchten Juden in anderen Ländern. Man weiß nur, daß in Polen etwa 70000 Juden bei Nichtjuden versteckt wurden, 5000 in der Slowakei und 50000–60000 in Ungarn. Tausende gingen in Belgien, Frankreich und Italien in den Untergrund. Die kleinste Zahl untergetauchter Juden weisen Böhmen und Mähren auf: Adler gibt sie mit 424 an.⁴²

Die Voraussetzungen, Bedingungen und Auswirkungen des illegalen Lebens sind bislang kaum aufgehellert worden. Nur einige Bezugspunkte können hier skizziert werden, um die Probleme einer solchen Flucht sichtbar werden zu lassen. Da gab es zunächst das Verfolgungs- und Überwa-

chungsnetz, das die Nationalsozialisten über die jüdische Bevölkerungsgruppe gespannt hatten. Ende 1941 war ihre soziale Separierung vollzogen. Ihrer Rechte und Berufe beraubt, wurden die Juden in den Großstädten, vor allem in Berlin, zusammengezogen, »konzentriert«. Etliche, bereits aus ihren Wohnungen vertrieben, lebten in besonderen »Judenhäusern«. Diese Praxis setzte sich mit dem Beginn der Deportationen vollends durch. Sie verschärfte die räumliche Isolierung der Juden und bescherte den wohnungsuchenden Deutschen endlich die Möglichkeit, die freiwerdenden Wohnräume in Beschlag zu nehmen. Die Bewegungsfreiheit der Juden wurde eingeschränkt, Aufenthaltsorte in der Öffentlichkeit und -zeiten wurden vorgeschrieben. Namen, Daten und Adressen standen in Karteien und Listen. Judenkennezeichen erlaubten die schnelle Identifizierung. Ausweise und Versorgungskarten trugen Aufdrucke, die den Inhaber als Juden kenntlich machten. Im September 1941 wurde der große sechszackige gelbe Judenstern eingeführt, den sie an der linken Brustseite der Kleidung zu tragen hatten.

Drakonische Strafen – in der Regel die sofortige »Evakuierung in den Osten« – drohten denjenigen, die sich dem Erfassungssystem zu entziehen suchten. Der Ausbruch setzte die Überwindung des innerjüdischen Verwaltungsapparats voraus. Es blieb der Reichsvereinigung und den jeweiligen jüdischen Kultusgemeinden überlassen, die Evakuierungsaufrufe und -merkblätter zu verschicken und dafür Sorge zu tragen, daß der Abtransport reibungslos abgewickelt wurde. Hierzu gehörte dann auch, daß sie davor warnten, sich den Deportationsaufrufen zu entziehen.

Nicht allein der nationalsozialistische Terror oder die Appelle jüdischer Repräsentanten schreckten ab, den Weg in die Illegalität zu gehen. Hinzu kam die Furcht vor einer neuen, unbekanntem Daseinsform. Über die Schwierigkeiten berichtet Ilse Rewald: »So hat es aber auch den kleinen praktischen und ideologischen Widerstand im Kampf um das eigene Selbstbewußtsein gegeben. Schließlich waren wir aus sämtlichen Lebensbedingungen Stück für Stück herausgerissen worden. Das hatte seine Folgen. Man war nicht mehr der Alte geblieben, schon lange nicht mehr. Als wir den Judenstern abschnitten, haben wir eine Entscheidung gegen diese einzige Sicherheit getroffen, die uns blieb, die Sicherheit, deportiert zu werden. 1943 gab es für einen jüdischen Berliner keine andere Zukunft als das Ungewisse im Gegensatz zum sicheren Tod, das Ungewisse, von dem man sich keinerlei konkrete Vorstellung machen konnte, außer daß man nicht mit Sicherheit deportiert und ermordet wird. Das war persönliche Identität ohne Perspektive, nur im jeweiligen Augenblick zu erfahren. Im Hitlerdeutschland kommt ein Jude ab 1943 mit dem Verzicht auf Arbeitsplatz, Wohnung, ... mit dem Verzicht auf jeglichen Anspruch zum Beispiel ir-

gendwelcher sozialer Leistung paradoxer Weise ein Stück an sich selber heran. Natürlich wird er auch von diesem Augenblick, wo er den Judenstern abschneidet, nie mehr den Gedanken los: Wie komme ich aus der Einigelung wieder heraus?«⁴³

Untertauchen hieß, Abschied nehmen von der vertrauten Umwelt, bedeutete die Aufgabe der »legalen« Existenz, die trotz aller Anfeindungen selbst noch zu diesem Zeitpunkt die Hoffnung auf ein Überleben ließ. Noch in den Sammelstellen und Deportationszügen klammerten sich fast alle Juden an die offiziellen Verlautbarungen, daß sie zum Arbeitseinsatz in den Osten abtransportiert würden. Die nationalsozialistische Führung – wie auch jene jüdischen Repräsentanten, die wie Leo Baeck 1943 über den systematischen Massenmord informiert waren – hütete sich, das Geheimnis der »Endlösung der Judenfrage« preiszugeben.⁴⁴ Die umlaufenden Gerüchte haben zweifellos zahlreiche Juden veranlaßt, den Evakuierungsbefehlen nicht Folge zu leisten. Die Formen und das Ausmaß der Vernichtung entzogen sich jedoch auch ihrer Kenntnis und ihrer Vorstellungskraft: »Daß es im Ganzen aber 6 Millionen sein würden, die bei den Sammeltransporten und Massenerschießungen, in den Gaskammern und Vernichtungslagern – mit bestialischer Rohheit, mit unvorstellbarer Brutalität – von den Deutschen umgebracht worden sind – an solch riesiges Ausmaß der nationalsozialistischen Greuelthaten und der faschistischen Mord-Epidemie hatte man schließlich doch niemals denken können, sondern dieses schreckliche Ausmaß und diese fürchterlichen Zahlen hatte auch ich erst 1945 nach meiner Befreiung erfahren.«⁴⁵

War der Entschluß zum Untertauchen gefaßt, mußten Kontakte zu Nichtjuden gefunden werden, die das Risiko der eigenen Existenzbedrohung eingingen und bereit waren, für Tage, Monate und Jahre den Flüchtling aufzunehmen. Die erste Zuflucht suchten Juden meist bei nichtjüdischen Verwandten, Freunden oder ehemaligen Bediensteten. Die Gefahr, in diesem Kreis entdeckt zu werden, war besonders groß, da die Gestapo ihn überwachte. Hausbewohner konnten den jüdischen Gast wiedererkennen – und anzeigen. Juden, die sich bei nichtjüdischen Frauen versteckten, drohte zudem eine weitere Gefahr: die Verurteilung wegen »Rassenschande«. Beispielhaft hierfür ist der Fall des 23jährigen Rudolf J., der vor seiner Deportation 1943 geflüchtet war, sich gefälschte Papiere besorgte und bei »deutschblütigen Frauen« unternahm. Das Sondergericht III in Berlin verurteilte ihn wegen Urkundenfälschung und »Rassenschande« zum Tode.⁴⁶

Nur ein kleiner Kreis fremder Helfer bot sich an, den Flüchtlingen Wohnquartiere zur Verfügung zu stellen. In vielen Fällen wollten oder konnten sie nur für wenige Tage oder Stunden ein Asyl gewähren. Viele

Unterschlupfplätze wurden von der Gestapo entdeckt und zerstört. Andere fielen den Luftangriffen zum Opfer. Max Krakauer wechselte 60mal das Versteck, 37mal allein im Jahr 1943.⁴⁷ Über ihr Leben im Untergrund in Brüssel berichtet Miriam S.: »Ich bekam etwas Geld und Kleider und hatte Kontakte mit einer jungen Frau, Nina, die mir jedesmal Unterkunft verschaffen mußte ... Ich hatte einen kleinen Koffer und schlief jede Nacht woanders. Manchmal kam ich nach einer Woche wieder zu denselben Leuten.«⁴⁸ Im August 1942 – kurz vor seiner drohenden Deportation nach Minsk – verschwand Alfred B.⁴⁹ in Berlin in den Untergrund. Die ersten Wochen hielt er sich bei einer Tante versteckt. Eine lange Zimmersuche folgte. Die Odyssee führte ihn durch die Berliner Stadtbezirke, dann nach Luckenwalde und Beelitz und schließlich zurück nach Berlin. Die letzte Nacht vor seiner Befreiung verbrachte er in den Anlagen der U-Bahn am Stettiner Bahnhof.

Unerlässlich waren Lebensmittelkarten und gefälschte Papiere. Ihre Beschaffung kostete Geld. Nur wenige Juden besaßen zu diesem Zeitpunkt noch finanzielle Reserven, um den Aufenthalt in der Illegalität zu finanzieren. Wieder mußten fremde Helfer einspringen und für Miete, Nahrung und Kleidung aufkommen. Soweit bekannt, verfügten sie nicht über jene Hilfgelder, die in den besetzten westeuropäischen Gebieten aufgebracht und über einen zentralen Apparat zur Finanzierung von Rettungsaktionen verteilt wurden.

Kurt L. zog zu seiner nichtjüdischen Verlobten, der Gräfin Maria von M., die später seine Frau wurde: »Ein dreiviertel Jahr wohnte ich bei ihr, ohne einmal die Wohnung verlassen zu dürfen. Meine Frau ernährte uns beide von ihrer Lebensmittelkarte. Meine ganze Tätigkeit beschränkte sich darauf, den Haushalt notdürftig in Ordnung zu halten. Später gelang es meiner Frau, das Lektorat eines Theaterverlages zu erhalten. Ich machte diese Arbeit für sie.«⁵⁰ Glück hatte auch Siegfried S., der vom jüdischen Arbeitsamt an die »Edelwald-Gesellschaft« vermittelt worden war. Sein Überleben verdankte er deren Geschäftsführer Ernst Schroeder, der ihn, wie auch zwei andere Juden, versteckte und versorgte. Schroeder, dessen »Haß gegen die Nazis grenzenlos« war, kam in den letzten Kriegstagen in Berlin durch herabfallende Trümmer ums Leben. S. erlebte die Befreiung in den Büroräumen des Betriebes.⁵¹ Ursula F. und Lola A. fanden im Hause der Familie D. Unterschlupf.⁵² Die Berliner Sozialarbeiterin Witte und ihre Freunde teilten mit Frau Kirschbaum ihre Wohnungen.⁵³

In vielen Fällen waren die Verstecke von den Wohnräumen der Helfer getrennt. Die Familie Frank lebte in einem relativ geräumigen Hinterhaus in der Amsterdamer Prinsengracht. Manche harnten in Abstellräumen oder Lagerschuppen, in Dach- oder Kellergeschossen aus. Schlaf- und Aufent-

haltungsmöglichkeiten wurden in Werkstätten oder Lauben hergerichtet. Zur Tarnung der Verstecke gehörte es, Eingänge und Fenster abzusichern. Vorsicht war geboten bei dem Verlangen nach Licht und Luft oder nach Aussprache und Bewegung. Einschränkungen in der Hygiene mußten in Kauf genommen werden, sanitäre Einrichtungen waren oft unzureichend oder fehlten gänzlich. Krankheiten mußten überwunden werden, in der Regel schloß das Leben im Versteck den Arzt- und Krankenhausbesuch aus. Babies erblickten im Untergrund das Licht der Welt, Kinder wurden aufgezogen, alte und kranke Menschen starben. In den Niederlanden wurden Leichen heimlich auf Karren in die Anatomie der Medizinischen Fakultät der Amsterdamer Universität gebracht. Es kam auch vor, daß man sie auf Straßen oder in Kanälen fand.⁵⁴

Das Leben in der Illegalität erforderte Mut, Ausdauer und ein hohes Maß an sozialer Anpassungsfähigkeit. Das Alleinsein mußte ertragen werden; aber da auch Paare oder kleine Gruppen in den Untergrund gingen, Familienangehörige, Bekannte und Fremde, Männer und Frauen, Kinder und alte Menschen, waren Gruppenspannungen unvermeidlich. Gereiztheit, Nervosität und Aggressionen brachen aus, ebenso sexuelle Spannungen und Probleme. Wer das Versteck verließ, erhöhte das Risiko der Entdeckung. Nachbarn oder alte Bekannte konnten den Flüchtling erblicken. Polizei- und SS-Streifen zogen durch die Straßen, Ausweiskontrollen mußten passiert werden. Gleichwohl ließen sich untergetauchte Juden in der Öffentlichkeit sehen. Spaziergänge oder Fahrten zu Ausweichquartieren wurden unternommen. Sofern man noch Geld besaß, verbrachte man die Stunden der Freiheit in Tageskinos und Museen, in Restaurants und öffentlichen Transportmitteln.

Einige Frauen präparierten sich für ihren Ausflug auf besondere Art, indem sie ihre Haarfarbe dem »nordisch-arischen« Ideal anpaßten und sich blond färbten. Es mag dahingestellt bleiben, ob diese Tarnung auch aus einem Schamgefühl resultierte, das der Judenhaß hervorgerufen hatte. Die judenfeindlichen Stereotypen scheinen sich jedenfalls ausgewirkt zu haben: Wie in einer »selffulfilling prophecy« erkannten einige Juden vor allem nach der öffentlichen Stigmatisierung durch den Judenstern »typisch jüdische« Züge an sich selbst. Joel König schreibt: »Sie schämten sich ihrer schwarzen Haare, ihrer semitischen Nase, ihrer Wehrlosigkeit ... Sie schämten sich ihrer Scham.«⁵⁵ Noch ein anderes Phänomen soll es in Berlin gegeben haben. In den Quellen findet sich der knappe Hinweis, daß »ein nicht geringer Teil« untergetauchter Jüdinnen aus dem Versteck ausgebrochen und in die Prostitution geflüchtet sei.⁵⁶

Besondere Krisenmomente gab es, wenn die Sirenen die alliierten Luftangriffe ankündigten. Der Überlebenswille trieb fast alle versteckten Juden

dazu, in den Luftschutzbunkern Schutz zu suchen. Juden und Nichtjuden erlebten hier die Schrecken des Bombenkriegs, nur setzten sich Juden zudem noch der Gefahr der Verhaftung aus. Etliche wurden von Luftschutzwarten, Streifen und Nachbarn entdeckt. Einigen wenigen gelang es allerdings so, die Namen von Nichtjuden anzunehmen, die während der Bombenangriffe ums Leben kamen. Ausweise und Versorgungskarten wurden übernommen. Man hoffte darauf, daß die Luftangriffe auch die Meldestellen zerstören und die Überprüfung der Daten erschweren würden. Eine dieser Glücklichen, Hanna Sohst, beschrieb später ihre Empfindungen: »Als der Alarm abgeblasen wurde, habe ich gesehen, da liegen Leute tot auf der Straße. Da ist mir die Idee gekommen, sieh doch mal nach, ob die einen Ausweis bei sich haben. Immer, überall, bei jeder Gelegenheit habe ich nach Papieren Ausschau gehalten, Tag und Nacht nur noch an perfekte gefälschte Ausweise denken können wie ein Verdurstender, der in der Wüste die Fata Morgana sucht. Und in diesem Augenblick bin ich halt losgerannt und hatte Glück! Schon beim ersten.«⁵⁷

Andere, weniger glückliche, fanden nach der Entwarnung ihre Verstecke zerstört. Auch über das Umherirren in solchen Nächten, über die Empfindungen der »Heimatlosen«, gibt es Berichte: »... der jähe Wechsel von Schlafgelegenheiten, die ständigen und sich oft stundenlang hinziehenden Alarme, ... brennende Häuser und ausgebrannte Wohnungen, gesperrte und in schwarze Rauchluft eingehüllte Straßen, ausgebombte Menschen und verstörte Kinder, haushohe Steinschuttmassen und ganze Straßenzüge von Ruinen – auch dies alles gehörte zum Alltag der illegalen Lebensweise, der illegalen Betätigung und der ganzen Daseinsverhältnisse von damals.«⁵⁸

Zu all diesen Belastungen kam noch eine weitere: die ständige Furcht, denunziert zu werden. Zahlreiche Deutsche ließen sich die Möglichkeit nicht entgehen, mit einer Anzeige bei der Gestapo den staatsbürgerlichen Pflichten nachzukommen – und die Belohnung in Empfang zu nehmen. In fast allen Erlebnisberichten finden sich Belege über Denunziationen und andere Formen von Anfeindungen. »Es gab auch Leute, die Juden Quartier anboten, aber dafür nicht nur Geld verlangten, sondern ihnen auch ihren gesamten Besitz abnahmen, unter dem Vorwand, ihn für sie aufzubewahren.«⁵⁹ Ebenso wenig fehlte es an Versuchen, auch auf andere Weise Kapital aus der Lage der Juden zu ziehen. Anfang 1942 nahm die Gestapo in Berlin den Kaufmann A. fest, der sich als Graf von Arnim ausgegeben und »mehreren Juden vorgeschwindelt« hatte, »auf Grund seiner Beziehung« – und gegen die Zahlung von 2000 Reichsmark – Freistellungen von den Deportationen erwirken zu können.⁶⁰

Einen höheren Preis forderten drei andere Deutsche. Der Geheimrat Richard H., der Rechtsanwalt R. und der Kaufmann Bruno B. wurden in

Berlin gefaßt, weil sie »sich an Juden herangemacht und diesen vorgespiegelt ... haben«, sie für einen Betrag von 5000 RM von den Evakuierungen befreien zu können. Die Verhandlungen waren in der Wohnung des Geheimrates geführt worden, das »Geschäft« hatte bis zur Verhaftung der Teilhaber einen Profit von 16000 RM erbracht. »Außerdem«, so fand die Gestapo heraus, »hatte H. bis in die letzte Zeit hinein größere Kreditverträge mit Juden abgeschlossen, um angeblich wirtschaftspolitisch wichtige Geschäfte zu finanzieren. Auch hierbei hatte er durchblicken lassen, daß durch die Hergabe der Kredite eine Rückstellung von der Evakuierung erreicht werden könnte, und außerdem den Juden versichert, daß sie den Judenstern nicht mehr zu tragen brauchen und arisiert werden würden. Die Beschuldigten wurden dem Vernehmungsrichter vorgeführt.«⁶¹ Der Ausgang des Verfahrens ist unbekannt. Man darf annehmen, daß diese Form jüdenfeindlicher Manifestation von den Gerichten geahndet wurde.

Belobigt wurden hingegen jene Deutsche, die sich bei den Denunziationen auszeichneten. Der Kreis rekrutierte sich meist aus Nachbarn, aus den Haus- und Blockwarten, aus den Postboten und Ladenbesitzern, aus Kontrolleuren und Passanten. Über ein solches Erlebnis berichtet Kurt L.: »Im Oktober 1943 wurde meine [spätere] Frau von Frau M. bei der Gestapo denunziert, daß Juden bei ihr wohnen. Frau M., die selber von Unbekannten denunziert wurde, glaubte, sich durch diese Angabe selbst entlasten zu können. Unsere Portierfrau warnte uns, da sie im Hausflur einen Zettel fand, auf dem stand: »Bei Gräfin M. wohnen.« ... Wenige Tage später kam auch schon die Gestapo. Durch ein geschicktes Ablenkungsmanöver meiner [späteren] Frau gelang es ihr, die Beamten einige Augenblicke aufzuhalten, so daß ich in den Bettkasten meiner Couch, der eigens für diesen Zweck hergerichtet war, hineinkriechen konnte. Der Kasten hatte unauffällige Luftlöcher, und sein Deckel war derart von innen zu verschließen, daß kein Spalt einen Hohlraum verriet. Vier Stunden dauerte die Hausdurchsuchung ...«⁶²

Neben den Denunziationen von Deutschen stand der Verrat durch Juden. Eine Handvoll deutscher Juden ließ sich dazu bewegen, untergetauchte Juden aufzuspüren und der Gestapo auszuliefern. Man nannte sie »Greifer« oder »Schnapper«. In Berlin bestand die Gruppe aus 15 bis 20 Personen.⁶³ Sie genossen das Privileg, keinen Judenstern tragen zu müssen, und hofften, von den Deportationen freigestellt zu sein. Die Praxis, Juden gegen Juden anzusetzen, hatten die Nationalsozialisten bereits zuvor in Wien erfolgreich angewandt. Als Ende 1942 der Deportationsexperte Brunner nach Berlin abkommandiert wurde, brachte er, so berichtet Hildgard Henschel, »zu seiner Unterstützung ... einige Mitglieder der Wiener »Jupo« (Judenpolizei) mit, die wohl das Traurigste darstellten, was Juden

mit Juden erlebt haben. Es handelte sich um Juden, die ... sich völlig zur rechten Hand der Gestapo entwickelt hatten, ja, sie waren teilweise mit Recht gefürchteter als diese.«⁶⁴ Andere Handlanger fanden die Nationalsozialisten im jüdischen Krankenhaus, in dem die Zentrale des jüdischen Spitzeldienstes untergebracht wurde.⁶⁵ Allein oder in kleinen Gruppen zogen diese Gestapoagenten durch die Straßen und fahndeten nach untergetauchten Juden. Sie suchten und beobachteten Verstecke und stellten selbst den Kontakt zu den Untergetauchten her. Dann erstatteten sie der Gestapo Bericht und zeigten den Beamten den Weg. Sie waren oft zugegen, wenn ihre Opfer und deren Helfer abgeholt wurden.

Der Verrat sprach sich herum. In fast allen Erlebnisberichten wird er erwähnt. Am bekanntesten und gefürchtesten unter den Spitzeln war Stella Kübler. Eine ganze Reihe von Untergetauchten will in Erfahrung gebracht haben, daß sie die Tochter des Komponisten Goldschlag gewesen sei; man charakterisierte sie als »jung«, »eiskalt«, »hochblond« und »auffallend hübsch«.⁶⁶ Ihr Auftritt hinterließ Angst und Haß. Die Fassungslosigkeit vor dem Verrat führte zu der weitverbreiteten Annahme, daß sie einen »sechsten Sinn« gehabt und untergetauchte Juden »förmlich gerochen« habe. Nach Inge Deutschkrons Ansicht hat sie »Dutzende, vielleicht Hunderte von Illegalen ans Messer geliefert«.⁶⁷ Stella Kübler wurde 1945 von den Russen festgenommen und in der Sowjetunion inhaftiert. Nach ihrer Rückkehr wurde sie zusammen mit ihrem Ehemann in Berlin vor Gericht gestellt und zu einer hohen Zuchthausstrafe verurteilt. Die anderen Handlanger und Spitzel wurden deportiert. »Soweit diese Menschen nach Theresienstadt evakuiert wurden, konnte keine SS sie vor der Wut der Juden dort schützen, einige sind in furchtbarer Weise von ihren früheren Opfern massakriert worden, einigen ist es wohl gelungen, zu überleben.«⁶⁸ Das ganze Ausmaß des Verrats läßt sich anhand der Zeugnisse der Überlebenden nicht beschreiben. Bruno Blau, mit der demographischen Entwicklung der deutschen Juden eng vertraut, glaubt nicht, daß sich je feststellen läßt, »wie groß die Zahl der Opfer ist, die durch jüdische Spitzel umgekommen« sind.⁶⁹

Denunziation und Verrat stellen kein spezifisch deutsches Phänomen dar. Sie gehörten ebenso zum Alltag der Juden in den besetzten europäischen Gebieten. Zwar variierten Intensität und Formen der Kollaboration von Land zu Land, aber fast überall fanden sich einheimische Repräsentanten, Institutionen und Bevölkerungskreise, die an der moralischen Diffamierung und sozialen Diskriminierung und Ausschaltung der Juden partizipierten. Auch hier ließen sich einzelne Juden oder Personen jüdischer Herkunft von der Sicherheitspolizei anwerben, um Spitzel- und Greiferdienste zu verrichten. Welche Motive und Zwänge sie auch immer getrieben haben, ob Profitgier oder Machtgelüste, ob Erpressung durch die Na-

tionalsozialisten oder die Hoffnung auf ein Überleben, ob Zynismus oder psychopathologische Zwänge, es gab kaum eine jüdische Gemeinschaft, die von dieser Extremform jüdischen Selbsthasses verschont blieb.

Im Warschauer Ghetto beobachtete und dokumentierte Emanuel Ringelblum das Treiben jüdischer Spitzel.⁷⁰ Auf einer Liste aus Frankreich standen die Namen von 14 Juden, die der Polizei dienten.⁷¹ Unter den Agenten in Belgien ragte ein gewisser »Jacques« heraus, der es verstand, unzählige untergetauchte Juden aufzuspüren und sich nach dem Krieg ungestraft davonzumachen.⁷² Aus Breslau stammte Bernhard »Bubi« Joseph, der mit seinen Eltern in die Niederlande emigriert und bereits 1940 als »Vertrauensmann« der Sicherheitspolizei eingesetzt worden war. Nach der Abfassung von »Stimmungsberichten« ging er – knapp 20jährig – im Sommer 1942 dazu über, in Zusammenarbeit mit seinem Vater und seiner Schwester Dutzende von untergetauchten Juden, unter denen sich auch Kinder befanden, den deutschen Behörden auszuliefern.⁷³ Einige niederländische Juden leisteten ebenfalls erfolgreiche Greiferdienste.

Schließlich gab es den 1910 in Lemberg geborenen und in den Niederlanden aufgewachsenen Friedrich Weinreb, der in der Deportationszeit mit seinen »Emigrationslisten« profitable Geschäfte und Furore machte. Hunderten versprach er die Rettung, nur einigen verhalf er zur Flucht. Zu seinen Aufgaben als Agent der Sicherheitspolizei gehörte es, Juden zu verraten. In der Besatzungszeit gab sich Weinreb als Wunderretter aus, in der Nachkriegszeit präsentierte er sich als Widerstandskämpfer und Nachfahre des berühmten Rabbi Baal Shem Tov. Die Affäre Weinreb zog sich über Jahre hin. Seine religiösen Traktate wurden von Gershom Scholem als Scharlatanerie entlarvt. Seine apologetischen Memoiren⁷⁴ wurden vom Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie überprüft: Die umfassenden Recherchen erwiesen Friedrich Weinreb als »psychopathischen Lügner«.⁷⁵

Deutsche und jüdische Fluchthilfe

Zur Flucht, sei es ins Ausland, sei es in den Untergrund, gehörte fast immer eine weitere Form des Widerstands: die Hilfe zur Flucht. Sie umfaßt alle illegalen Aktivitäten, die zur Rettung von Verfolgten entfaltet wurden. Hierzu gehörten die Warnung an gefährdete Personen, die Bereitstellung von Wohnquartieren, die Versorgung von Untergetauchten, die Beschaffung von Geldmitteln, die Herstellung gefälschter Papiere sowie die Erkundung und Absicherung der Fluchtwege. Fluchthilfe wurde an vielen Orten und kontinuierlich von 1933 bis 1945 geleistet – und nicht nur für Juden. In den Anfangsjahren des Dritten Reichs wurden vorwiegend Per-

sonen versteckt und ins Ausland gebracht, die aufgrund ihrer politischen Einstellungen und Handlungen besonders gefährdet waren.

Der nationalsozialistische Terror dehnte den »Oppositionsbereich« rasch aus. Er erstreckte sich auf die bürgerlichen oder adligen Regimegegner, auf die Ernstesten Bibelforscher und andere religiöse Gruppen, auf die Arbeitsverweigerer, auf die Zigeuner und Homosexuellen, auf »Kriminelle« und andere »asoziale Elemente«. In der Kriegszeit kamen ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene hinzu und – besonders in den letzten Kriegsmonaten – desertierte deutsche Soldaten. Tausende verschwanden in der Illegalität und waren in der Regel auf eine Fluchthilfe angewiesen. Auch vor diesem Hintergrund, über den bis heute viel zu wenig bekannt ist, müssen die Bemühungen gesehen werden, die zur Rettung jüdischen Lebens unternommen wurden. Zwei Bereiche gilt es dabei zu unterscheiden. In den ersten gehört die Fluchthilfe, die von deutschen Nichtjuden, in den zweiten die, die von jüdischer Seite geleistet wurde. Auf beiden Ebenen setzte das Rettungswerk eine enge Kooperation von Juden und Nichtjuden voraus.

Es wurde schon mehrfach darauf hingewiesen, daß nur wenige Deutsche bereit oder in der Lage waren, jüdisches Leben zu retten. Es gilt ebenso festzuhalten, daß sich nicht alle Fluchthilfebeiträge an humanitären oder antifaschistischen Normen orientierten. Der Terror der Nationalsozialisten schuf einen Markt, auf dem sich materielle Gewinne erzielen ließen. Von dieser Möglichkeit machten selbst die hohen Führungskreise Gebrauch. Noch in der Deportationszeit nahmen sie Lösegelder in Empfang und erteilten dafür aus »Devisen-« oder »kriegswirtschaftlichen Gründen« lebensrettende Ausreisegenehmigungen. Der makabre Handel zog sich bis in die Schlußphase des Dritten Reiches hinein. Auf der unteren, illegalen Ebene operierten nicht nur die kleinen, professionellen Schmuggler an den Landesgrenzen, sondern auch jene Experten, die sich auf das Fälscherhandwerk spezialisiert hatten.

Die ersten Belege für die Herstellung und Verteilung gefälschter Papiere datieren aus dem Jahr 1938. Es dürfte sicher kein Zufall sein, daß die Reisepässe von Juden die ersten Dokumente waren, die gefälscht wurden. Die Paßfälschungen setzten zu einem Zeitpunkt ein, als sich Tausende von österreichischen Juden auf die Flucht begaben und die Nationalsozialisten alsbald der jüdischen Bevölkerungsgruppe die Reisepässe entzogen und mit dem großen Stempelaufdruck »J« versehen. Im Herbst 1938 liefen bei der Gestapo Meldungen über »Paßfälschertätigkeiten« in Wien ein. Alarm lösten ferner Mitteilungen aus, im französischen Konsulat in Berlin seien jüdische Reisepässe mit gefälschten französischen Sichtvermerken aufgetaucht. Es bereitete der Gestapo keine Schwierigkeit, den Initiator der Paß-

fälschungen in Erfahrung zu bringen. Am 23. November 1938 wurde in Köln Wilhelm T. verhaftet und beschuldigt, »an ca. 600 Juden unberechtigt und gegen Bezahlung Einreisevisen nach Frankreich erteilt zu haben«. T.s Treiben läßt sich an Hand seiner Personenakte rekonstruieren.⁷⁶

Wilhelm T. war 1899 in Krefeld geboren und hatte den Beruf eines Bäckers erlernt. Lange Jahre hatte er in der französischen Fremdenlegion gedient, ehe er Ende 1935 nach Deutschland zurückkehrte und im Mai 1938 im französischen Generalkonsulat in Köln eine Anstellung fand. Als administrative Hilfskraft verschaffte er sich Zugang zu Originalvisen und Dienststempeln. Die für den Visaantrag erforderlichen Gebührenmarken ließ er unangetastet. Er zog die Verwendung von Gratismarken vor, da über sie kein Nachweisbuch geführt wurde. Mit seiner Handschrift setzte er die erforderlichen Eintragungen ein. Die Fälschungen lockten eine große Schar jüdischer Bittsteller an. Einzelpersonen und Mittelsmänner tauchten auf und waren bereit, die geforderten hohen Geldsummen zu bezahlen. Vor der Gestapo bezifferte T. seinen Gewinn auf 35 000 Reichsmark.

Der in Breslau geborene Kaufmann Heinz B., dessen Wohnort die Gestapo vergeblich zu ermitteln suchte, legte 150–170 Reisepässe von Juden vor und bezahlte für die Sichtvermerke nach Frankreich einen Preis von 12 000 RM. Rosa Ti.,⁷⁷ die in Polen geboren und in Wien ansässig war, überbrachte 270 Reisepässe und 11 000 RM. Auch die dritte Kontaktperson stammte aus Polen und lebte in Wien. Es war der jüdische Arzt Aron F. Er traf T. mehrmals in Köln, und er arrangierte offensichtlich auch die Reise, die T. Anfang November 1938 nach Wien antrat, um an Ort und Stelle Reisepässe für hilfesuchende Juden auszustellen. 25 Sichtvermerke will T. in Wien ausgestellt und 5000 RM kassiert haben. Am 25. November – zwei Tage nach der Verhaftung T.s – wurde auch F. festgenommen. Beide wurden in das Kölner Polizeigefängnis eingeliefert. Unverzüglich ging der Antrag ab, gegen beide die Schutzhaft für die Dauer von drei Jahren zu verhängen. Ihr weiteres Schicksal ist unbekannt.

Die Ermittlungen ergaben, daß T.s Aktivitäten der Kölner Gestapo von Beginn an bekannt waren. Mehr noch: T. selbst hatte seine Einstellung im französischen Generalkonsulat der Gestapo angezeigt und sich bereit erklärt, als »V-Mann« tätig zu werden. Da ihm jedoch der Ruf einer »übel beleumdeten Person« und der Verdacht der Spionage anhafteten, wurde er eingehend überwacht. Dabei registrierten die Gestapobeamtinnen seinen schnellen Aufstieg aus »den ärmlichen Verhältnissen ... [Er] erschien in den letzten Monaten immer besser gekleidet, was mit seinem Einkommen nicht in Einklang zu bringen« sei. Man beobachtete die geheimen Treffs mit F., deckte die Verbindung nach Wien auf und fotokopierte auf dem Kölner Flughafen die gefälschten Pässe der ausreisenden Juden.

Zu einem Eingreifen sah sich die Gestapo jedoch offensichtlich erst veranlaßt, als die französischen Behörden auf die Fälschungen aufmerksam wurden und die ersten Verhaftungen vornahmen. Bei der weiteren Aufklärung des Falles arbeiteten deutsche Gestapo- und französische Konsulatsbeamte eng zusammen. Die Franzosen wollten wissen, wie ihr Angestellter in den Besitz der Visen, Stempel und Gratismarken gekommen war. Sie baten, alle deutsche Juden mit den gefälschten Sichtvermerken an der Ausreise zu hindern und einen jüdischen Kaufmann festzunehmen, der von T. ein Visum für den Preis von 1000 RM erhalten hatte. Die Deutschen erließen die entsprechenden Anordnungen, die Franzosen zeigten sich »durchaus zufrieden«. Verschwiegen wurde ihnen allerdings T.s Handlangerdienste als V-Mann der Gestapo, die der Kölner Gestapochef Isselhorst in seinem Bericht vom 12. Dezember 1938 an die Berliner Vorgesetzten so umschrieb: »Die Einleitung eines Strafverfahrens gegen T. u. a. wegen schwerer Urkundenfälschung hat keine Aussicht auf Erfolg, da T. ohne mein Wissen mit einem Beamten meiner Abteilung II B und dem Paßbüro des hiesigen Polizeipräsidiums in Verbindung stand. T. machte dort gelegentlich Angaben über ausreisende Juden und ließ ebenfalls etwas von Fälschungen durchblicken.«

In anderen Fällen hatten Strafverfahren wegen Urkundenfälschung, Bestechung und Betrugess durchaus Aussicht auf Erfolg. Am 19. Juli 1939 wurde Walter M. zu vier Jahren und sechs Monaten Zuchthaus verurteilt.⁷⁸ Der 54jährige Polizist hatte in seiner Eigenschaft als Beamter der Paßstelle beim Polizeipräsidium Berlin »auswanderungslustigen Juden unter Außerachtlassung der Vorschriften« Reisepässe besorgt. Er war dabei von dem Buchhändler Friedrich L., der eine zweijährige Gefängnisstrafe erhielt, unterstützt worden. Die »in diese Angelegenheit verwickelten Juden« wurden vom Gericht freigesprochen. Glimpflich kam auch ein gewisser Rudolf Br. weg, der deutschen Juden nicht nur gefälschte Papiere angeboten, sondern Juden auch von Berlin nach Hamburg begleitet und sie »bis zu ihrem Weitertransport in Schlupfwinkeln« versteckt hatte. Anfang März 1939 wurde Br. wegen Betrugess zu einer zehnwöchigen Gefängnisstrafe verurteilt.

Ende Oktober 1939 fing die deutsche Grenzpolizei in Bregenz einen Schweizer Bürger ab, der im Besitz von zwei deutschen Reisepässen war. Die Entdeckung führte zur Entlarvung einer einzigartigen wie auch zwielichtigen Paßfälschungs- und Bestechungsaffäre. Die Pässe waren auf den Namen des Ehepaares Ba. vom Polizeipräsidium Wuppertal ausgestellt worden. Die Überprüfung in Wuppertal ergab, daß die Judenkennezeichen fehlten und die Unterschrift des ausstellenden Beamten gefälscht war. Der Schriftvergleich lenkte den Verdacht auf den Polizeiinspektor Walter F.,⁷⁹

der auf dem Paßbüro tätig gewesen und nach Kriegsausbruch nach Posen abkommandiert worden war. F. wurde nach Wuppertal überführt und gestand die Fälschungen ein. Das Gericht attestierte ihm »Gewinnsucht«, als Beweis dienten die materiellen Vorteile, die der 46jährige Polizist aus den Fälschungen gezogen hatte. Für die Ausstellung von vier Reisepässen hatte er einen Betrag von 200 RM sowie das Versprechen erhalten, aus dem Nachlaß des jüdischen Ehepaares »das Herrenzimmer, 1 Ölgemälde, 1 Sessel, 1 Anzugstoff« entnehmen zu dürfen. Die Gestapo stufte diese »Gefälligkeiten« allerdings als nicht ausschlaggebend ein. Sie hegte den Verdacht, daß F. bei seinen wiederholten Abendbesuchen bei Frau Ba. »Rassenschande« getrieben und aus Angst vor einer Anzeige die Pässe ausgestellt habe. Beweisen ließ sich dieser Vorwurf aber nicht. F. selbst bestritt ihn energisch, er räumte jedoch ein, »unter dem Einfluß der Jüdin gestanden« zu haben. Seine Handlungsweise scheint dies zu bestätigen.

Seit Anfang 1939 hatte sich das Ehepaar Ba. um die Auswanderung bemüht. Herr Ba. war inhaftiert, Frau Ba. stellte den Antrag auf Ausstellung von zwei Reisepässen. Da die Gestapo über beide eine Paßsperre verhängt hatte, lehnte F. zunächst das Gesuch ab. Er setzte sich aber für die Aufhebung der Paßsperre ein. Als dies erreicht und der Ehemann aus der Haft entlassen worden war, händigte er die beiden Pässe aus. Sie waren mit dem Judenkennezeichen markiert. Während Herr Ba. sofort nach Italien fuhr, blieb Frau Ba. in Wuppertal, um die Auflösung des Haushalts abzuwickeln. Zugleich hielt sie die Verbindung zu F. aufrecht und offerierte ihm die genannten Nachlaßgegenstände.

Seine Dienste wurden bald benötigt. Im Juli 1939 war Frau Ba. ihrem Ehemann nach Italien gefolgt. Ihre Versuche, mit den Judenpässen bei verschiedenen Konsulaten Einreiseerlaubnisse nach Südamerika zu erhalten, blieben erfolglos. Über die Haushälterin wurde der Kontakt zu F. wieder hergestellt. Am 12. August fuhr F. nach Mailand und erklärte sich nach einem kurzen Treffen bereit, zwei neue Reisepässe auszustellen. Diesmal fehlten die Judenkennezeichen. Auch beglaubigte F. die Ausstellung nicht mit seinem Namenszug, sondern setzte den Namen des Rechnungsrevisors des Paßbüros Sch. ein. Um jeden Hinweis auf eine jüdische Herkunft zu vermeiden, fälschte er den Geburtsnamen von Frau Ba. Über die Haushälterin gelangten die Pässe nach Italien. Man hätte nun erwarten können, daß damit dieses Zusammenspiel ein Ende gefunden hätte. Die Fälschungen gingen jedoch weiter. F. erfüllte die Bitte, »noch einmal das Gleiche« auszustellen, wobei er allerdings im Beglaubigungsvermerk einen anderen Namen einsetzte. F. ließ sich auch noch dazu bewegen, aus der Ablage des Wuppertaler Paßbüros die alten Reisepässe der Ba.s herauszusuchen und amtliche Bescheinigungen auszustellen, die den Verlust von

Pässen bestätigten. Zur Übermittlung dieser Dokumente ist es nicht mehr gekommen. Mit der Festnahme der – nicht identifizierbaren – Kontaktperson in Bregenz wurden die »gesamten Machenschaften« des F. aufgedeckt.

Das Reichssicherheitshauptamt zeigte sich über den Fall höchst ungehalten. Die »notwendige Kontrolle und Dienstaufsicht« durch die Stapoleitstelle Düsseldorf wurden in Zweifel gezogen und um Feststellung gebeten, »ob die Vorgesetzten ... ein fahrlässiges Verschulden trifft«. In dem Schnellbrief an den Düsseldorfer Gestapochef Haselbacher heißt es weiter: »Die offenbar gewinnsüchtigen Verfehlungen des F. scheinen einer für einen Polizeibeamten so ehrlosen Gesinnung und minderwertigen Charakterveranlagung entsprungen zu sein, daß ich beabsichtige, dem Reichsführer-SS Sondermeldung zu erstatten. Aus diesem Grunde ersuche ich um eine möglichst erschöpfende Sachdarstellung unter Würdigung der Gesamtpersönlichkeit des F., seines bisherigen Lebenswandels, sowie seiner dienstlichen Leistungen und politischen Einstellung. Dabei ist Wert auf die Feststellung zu legen, wie F. mit der Jüdin Ba. bekannt geworden ist, wie es möglich war, daß er sich überhaupt mit dieser einließ und ob er auch zu anderen Juden Beziehungen unterhielt oder angebahnt hat.«

Der Abschlußbericht ging am 4. November 1939 ab. Ob Heinrich Himmler über die Verfehlungen F.s informiert wurde, ist unbekannt. F. erhielt am 29. Februar 1940 von der 2. Strafkammer des Landgerichts Wuppertal eine Strafe von vier Jahren Zuchthaus. In der Haft wurde ihm ein folgsames und fleißiges, ein »stets hausordnungsgemäßes« Verhalten bescheinigt. Die »Strafverbüßung« habe ihn tief beeindruckt, und es sei anzunehmen, daß F. sich die »Strafe als Warnung für sein künftiges Verhalten in der Freiheit dienen läßt und bemühen wird, wieder einen ordentlichen Lebenswandel zu führen«. Es kam anders. Als die Haftzeit abgelaufen war, folgte die Einweisung in das Konzentrationslager. Der antragstellende Kriminalrat hielt eine »Sonderbehandlung bei einer eventuellen Verhängung von Lagerstrafen nicht für erforderlich«. Im April 1944 verschwand F. im Konzentrationslager Sachsenhausen.

In der Kriegszeit nahm die Zahl der Fälschungen offensichtlich ein derartiges Ausmaß an, daß das RSHA verlangte, in den »Meldungen wichtiger staatspolitischer Ereignisse« als gesonderte Rubrik die »Politische Paßfälschung« aufzunehmen. Die entsprechenden Meldungen belegen, daß sich an verschiedenen Orten Fälschergruppen etablierten und einen lebhaften Handel betrieben, an dem entwichene ausländische Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und deutsche Juden partizipierten. Anfang 1942 wurde von der Stapoleitstelle Berlin die Verhaftung des Juden Arkade M. gemeldet, der sich »einen verfälschten türkischen Paß zum Preise von RM 2000 verschafft, seinen Judenstern abgelegt und sich sodann« bei der Polizei »als

türkischer Staatsbürger ausgegeben« hatte.⁸⁰ Durch die Vermittlung französischer Arbeiter erhielt der bereits erwähnte Rudolf J. »eine größere Anzahl« gefälschter dänischer Pässe und deutscher Personalausweise, die »er an Juden weiterverkaufen wollte«.⁸¹

Anfang 1943 wurde der Amtshelfer Wilhelm K. festgenommen und beschuldigt, »eine größere Anzahl« von abgelegten Ausländerpässen, deutschen Blankopässen und Blankofremdenpässen sowie polizeiliche Dienstiegel und Stempelmarken an den in Ungarn geborenen von M. verkauft zu haben. In der Berliner Wohnung des Ungarn fand die Gestapo ein Laboratorium, in dem die Fälschungen vorgenommen wurden. Die Ausweispapiere waren an Juden weiterverkauft worden. Im Zuge der Ermittlungen wurden 30 Juden festgenommen.⁸² Zahlreiche Urlaubs- und Rückfahrtscheine für ausländische Arbeiter, Paßersatzpapiere und Sichtvermerke sowie Arbeitsvertragsvordrucke fand die Gestapo in Breslau, als sie eine Fälschergruppe zerschlug, die sich speziell auf die Fluchthilfe für Kriegsgefangene konzentriert hatte. Zu dieser Gruppe gehörten nicht nur zwei französische und ein italienischer Arbeiter, sondern auch vier deutsche Juden.⁸³

Sehr viel kleiner als die Zahl der Fälscher, die von der Fluchthilfe profitierten, dürfte die derjenigen gewesen sein, die Rettungsaktionen finanzierten. Nur wenige Hinweise lassen sich in der archivalischen Überlieferung finden. Hervorgehoben wurden bereits die Hilfsgelder, die die Robert-Bosch-Werke der »Reichsvertretung« für »jüdische und antinazistische Zwecke« zur Verfügung stellten. In den Jahren 1938 bis 1940 überwies Hans Walz⁸⁴ einen Betrag von RM 1 200 000, der für die Auswanderung inhaftierter Juden verwendet wurde. Soweit bekannt, waren diese Fluchtgelder die einzigen Mittel, die jüdische Repräsentanten von deutscher Seite erhielten. Wie sich Karl Adler erinnert, mußten sie »vor der Gestapo und dem SD geheimgehalten werden. Zuschüsse von Juden waren unmöglich, weil deren Vermögen gesperrt waren. So waren die Zuwendungen von Herrn Walz die einzigen Gelder, mit denen die geschilderten illegalen Aufgaben durchgeführt werden konnten. Dutzende und Hunderte wurden dadurch gerettet.«

Gänzlich im dunkeln liegen die Aktionen, die von der militärischen Abwehr ausgingen. Schon früh hatte sich dort um Hans Oster und Hans von Dohnanyi ein Oppositionskreis gebildet, der sich zu einem wichtigen Teil des militärischen Widerstands entwickelte. Es wird berichtet, daß von hier aus – und mit der Rückendeckung von Admiral Canaris – Juden Pässe ausgestellt und Gelder zur Unterstützung jüdischer Flüchtlinge ins Ausland geschleust wurden. Was sich auch immer hinter diesem Unternehmen verbarg, das unter dem Decknamen V 7 lief,⁸⁵ fest steht, daß diese Fluchthilfe im Zusammenhang mit einer alten Praxis der militärischen Abwehr er-

folgte. Bereits in der Vorkriegszeit waren deutsche Juden von ihr als V-Männer angeworben und angewiesen worden, nachrichtendienstliche Aufgaben im Ausland zu übernehmen. Ihr Grenzübertritt, ihr Auftrag sowie ihre jüdische Herkunft waren stets den deutschen Grenzüberwachungsbehörden bekannt. So wurden sie etwa ersucht, dem jüdischen Kaufmann David L.⁸⁶ bei der Ein- und Ausreise »keine Schwierigkeiten« zu bereiten, da er als V-Mann der Außenstelle Köln tätig sei. Ende Dezember 1941 wies die Stapoleitstelle Düsseldorf – unter Durchgabe der Paßnummer – die Beamten in Emmerich an, die Grenzkontrolle des Juden Kurt Sch. »unauffällig« durchzuführen. Der jüdische Agent reise »im Abwehrinteresse von Berlin nach Paris«.⁸⁷ Angesichts dieser Möglichkeiten überrascht es nicht, daß deutsche Abwehroffiziere Wege und Mittel fanden, bedrängten Juden zur Ausreise zu verhelfen.

Eine solche Aktion wurde in den Niederlanden gestartet. Als brutale Parvenus betrachtete der in den Diensten der Abwehr stehende Major Walter Schulze-Bernett die Nationalsozialisten.⁸⁸ Seit dem Herbst 1938 hatte er in den Niederlanden seine nachrichtendienstlichen Pflichten erfüllt, zuerst als getarnter Attaché an der deutschen Gesandtschaft und mit dem Auftrag, ein Spionagenetz aufzubauen, dann, nach der Okkupation, als Leiter der Abwehr I. Im März 1941 trat der deutsche Speditionskaufmann Harry W. Hamacher an ihn heran, der als gläubiger Katholik dem Nationalsozialismus keine Sympathien entgegenbrachte. Hamacher kannte zahlreiche Juden, vor allem Flüchtlinge aus Deutschland, denen er bereits bei ihrer Auswanderung nach Holland geholfen und nun auch nach der Besetzung seine Hilfe zugesagt hatte. Schulze-Bernett und Hamacher arbeiteten den Plan aus, Emigrationsgruppen zusammenzustellen und nach Amerika auswandern zu lassen. Um das angebliche Interesse der Abwehr an der Aktion nachzuweisen, sollten jeder Gruppe drei bis vier deutsche Juden zusätzlich zugeteilt werden, von denen angenommen wurde, daß sie sich durch eine Agententätigkeit für die Abwehr erkenntlich zeigen würden. Der Plan fand die Zustimmung der SS. Vom Mai 1941 bis zum Januar 1942 verließen sechs Transporte die Niederlande. Sie brachten 468 Juden in Sicherheit.

Der Praxis der Abwehr, jüdische Agenten für sich arbeiten zu lassen, wurde bald darauf der Boden entzogen. Im Konkurrenzkampf zwischen dem politischen und dem militärischen Nachrichtendienst behielt der Sicherheitsdienst der SS die Oberhand. Ein für die Abwehr folgenschwerer Vorfall hatte sich im Herbst 1942 ereignet, als an der Schweizer Grenze ein als Geschäftsmann getarnter Abwehroffizier wegen Devisenschmuggels festgenommen wurde. Dabei stellte sich heraus, daß die Gelder für jüdische Flüchtlinge bestimmt waren. Noch bevor die SS zum Schlag gegen die

»Verschwörer« in der Abwehrzentrale ausholte und den Widerstandskreis um Oster und Dohnanyi zerschlug, erging Anfang 1943 die Anweisung, alle jüdischen V-Leute aus den Diensten der Abwehr zu entlassen und der Gestapo anzuzeigen.⁸⁹

Verbindungen zur Abwehr hielt auch ein Oppositionskreis, über dessen Existenz in der Widerstandsliteratur geschwiegen wird. Die Gruppe etablierte sich schon 1933 und stand in der Tradition antidemokratischer, »kulturbolschewistischer« Ideen, oder genauer formuliert: Antikapitalismus, Ständestaatsvorstellungen und Ausgleich mit Rußland bestimmten ihren politisch-ideologischen Standort. Friedrich Hielscher gab dem Kreis seinen Namen.⁹⁰ Er übernahm es auch, die Kontakte zu interessierten Beamten, Offizieren und Parteigenossen herzustellen. Zwei Gruppenmitglieder versorgten den Kreis mit Informationen: Major S., der in der Abwehr tätig war, sowie der Historiker Otto-Ernst Sch., der im Sicherheitsdienst der SS eine Anstellung fand. In diesem Kreis verkehrte der jüdische Maler Fritz U. Er war Frontkämpfer, Träger des Eisernen Kreuzes, schwerkriegsbeschädigt und mit einer Nichtjüdin verheiratet, Kriterien, die ihm nur kurze Zeit Schutz boten. Als er ab September 1941 den Judenstern tragen sollte, war Major S. zur Stelle und führte ihn »formal ohne Tätigkeit und Entgelt als V-Mann« der Abwehr.⁹¹ Als Anfang 1943 seine Auslieferung an die Gestapo drohte, organisierte S. zusammen mit Sch. die Flucht. Man besorgte falsche Papiere und brachte H. in ein sicheres Versteck in Frankreich. Sch. verhalf auch anderen Juden zur Flucht, unter ihnen Therese R.,⁹² die einen ungarischen Paß erhielt und sich nach Schweden absetzen konnte. Nach dem Krieg wurde Sch. interniert. Die überlebenden Zeugen bestätigten die Fluchthilfe und bescheinigten ihm eine antifaschistische Grundeinstellung. Die Spruchkammer stellte das Verfahren ein und anerkannte seine Widerstandstätigkeit.

Weitgehend unbekannt sind die Hilfsaktionen der »Europäischen Union«, einer Widerstandsorganisation, die in Berlin operierte, Kontakte zu anderen illegalen Zirkeln, vor allem zu ausländischen Zwangsarbeitern aufnahm und die ein antifaschistisches Kampfprogramm entwarf. In Flugschriften forderte die Union zum Sturz des Regimes auf, zur Zerschlagung der ökonomischen und politischen Grundlagen des Faschismus durch den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, zur Wiederherstellung der freiheitlichen Grundrechte und zur Einigung Europas in einer »Europäischen Union«. Im Dezember 1943 fand vor dem Volksgerichtshof der Prozeß gegen die »Hochverräter«, »Defaitisten« und »dekadenten Intellektualisten« statt: gegen den Chemiker Robert Havemann, den Oberarzt Georg Groscurth, den Architekten Arnim Richter und den

Dentisten Paul Rentsch. Vier Todesurteile wurden verkündet, von der Vollstreckung blieb allein Robert Havemann verschont.

In der Urteilsbegründung ging der Präsident des Gerichts, Roland Freisler, ausdrücklich auf die Fluchthilfe für Juden ein, die er für besonders verwerflich hielt: »Wie schamlos die Gesinnung der vier Angeklagten ist, ergibt sich auch daraus, daß sie geradezu systematisch illegal lebende Juden unterstützten, ja sogar mästeten; aber nicht nur das, sie verschafften ihnen sogar falsche Ausweise, die sie vor der Polizei tarnen sollten; als wären sie nicht Juden, sondern Deutsche. Dabei weiß jedermann, vor allem aber der Gebildete, daß die Polizei jedes geordneten Staates die absolute Gewähr haben muß, daß sie genau über die Persönlichkeit aller, die im Staatsgebiet leben, unterrichtet ist. Falsche Ausweise bedeuten eine schwere Gefährdung der Grundlagen der Staatssicherheit. Das wußten erst recht Männer wie die Angeklagten, die auf ihre Bildung pochen.«⁹³

Einen besonderen Stellenwert hatten die Hilfsaktionen, die von kirchlicher Seite unternommen wurden. Da bemühten sich die Quäker um die Rettung jüdischen Lebens; katholische und protestantische Diener der Kirche wurden aktiv, als die Christen jüdischer Herkunft, von den Nationalsozialisten wieder zu Juden deklariert, im Herbst 1941 von den Kirchenleitungen selbst offiziell aus den Kirchen ausgestoßen worden waren. Im katholischen Lager zeichneten sich Margarete Sommer vom Berliner »Bischöflichen Hilfswerk«, Gertrude Luckner von der »Katholischen Aktion« und der Prälat Hermann Maas⁹⁴ aus. Im evangelischen Lager waren es Mitglieder der Bekennenden Kirche, vor allem aus dem Dahlemer Kirchenkreis Martin Niemöllers, die das illegale Rettungswerk organisierten, oder der Pastor und spätere Probst Heinrich Grüber, der »An der Stechbahn« mit seinen Mitarbeitern eine Hilfsstelle für verfolgte Juden aufbaute.⁹⁵ Zu ihnen stieß Ernst Hallermann, der aus dem »Paulusbund« kam, einer Organisation, in der sich evangelische Christen jüdischer Herkunft zusammengeschlossen und nicht ohne antisemitische Töne gegen die Juden abgegrenzt hatten.⁹⁶

Fluchthilfe wurde von der Gräfin Maria von Maltzan geleistet. In Zusammenarbeit mit der schwedischen Kirche gelang es ihr, mehr als 60 Menschen in Sicherheit zu bringen. Ihre kleine zweizimmerige Ladenwohnung in Berlin diente als Auffangquartier und »Massenasyl«. Ihr späterer Ehemann Kurt L. erinnerte sich: »Der Röntgenologe Dr. B. kam als erster. Ihm folgte mein ehemaliger Kollege Günter H., ihm folgte der Chemiker Willi B. Frau Dr. Lotte Ba., eine Studienkollegin meiner Frau, kam ebenfalls. Auch sie war durch ihre Widerstandsarbeit gefährdet.« Über den jüdischen Schriftsteller und Widerstandskämpfer Georg Z. wurde die junge Krankenschwester Luise E. einquartiert: »Nachts kam sie zu uns. Mit falschen

Papieren und einer Schwestertracht des Roten Kreuzes ausgestattet, sollte sie die Schweizer Grenze passieren.«⁹⁷ Der Fluchtversuch scheiterte. Luise E. wurde von einer SS-Streife verhaftet, nach Berlin zurückgebracht und in das Konzentrationslager deportiert. Ihr Schicksal ist unbekannt.

Noch einen weiteren christlichen Widerstandskämpfer gilt es hervorzuheben: Franz Kaufmann.⁹⁸ Ihm kommt das Verdienst zu, in Berlin einen Kreis aufgebaut zu haben, der sich ausschließlich auf die Rettung untergetauchter Juden konzentrierte. Wenn es eine Art regionaler Leitung gegeben hat, in der die Fäden der Koordination und Kooperation mit anderen illegalen Zirkeln zusammenliefen, dann dürfte sie in den Händen Kaufmanns gelegen haben. Ende 1935 war Kaufmann als Oberregierungsrat aus dem Staatsdienst entlassen worden, weil er jüdische Vorfahren hatte. Es mag dahin gestellt bleiben, ob und wie weit die jüdische Herkunft sein Handeln bestimmt hat. Franz Kaufmann war überzeugter Protestant, Mitglied der Bekennenden Kirche, für den christliche Nächstenliebe und Humanität oberstes Gebot waren. Aus der Bekennenden Kirche kamen auch seine Mitarbeiter.

Die Fluchthilfe umfaßte nahezu alle Bereiche. Wohnungen wurden ausfindig gemacht und zur Verfügung gestellt, Ausweispapiere und Versorgungskarten besorgt, gefälscht und weitergeleitet. Kaufmann traf die finanziellen Arrangements. Auf dem schwarzen Markt wurden Lebensmittelmarken und Stempel erworben und in der eigenen Fälscherwerkstatt, von der noch berichtet wird, je nach Bedarf bearbeitet. Die Schwarzmarktpreise variierten. In der Regel kostete ein Postausweis bis RM 500, ein Werksausweis bis RM 1200 und ein Wehrpaß bis RM 1800. Für eine komplette Lebensmittelkartenserie mußten 120 bis 125 RM aufgebracht werden. Die Versorgungskarten besaßen nur eine begrenzte Gültigkeitsdauer; für jede Zuteilungsperiode mußten die entsprechenden Serien oder Abschnitte erneut besorgt und weitergegeben werden. Zieht man die geschätzte Zahl von 5000 untergetauchten Juden sowie die beträchtliche Anzahl von nichtjüdischen »Illegalen« in Betracht, so kann man ermessen, welches Ausmaß der Schwarzmarkt angenommen und in welchen Größenordnungen sich die finanziellen Aufwendungen bewegt haben müssen. Kaufmann verwandte die erhaltenen Gelder als »Betriebskapital«⁹⁹ für den Ankauf neuer Papiere. Einen Teil zweigte er für die Bestechung eines Polizeibeamten ab, der ihm – wie Edith Wolff annimmt¹⁰⁰ – »jede gewünschte und polizeilich abgestempelte Bescheinigung ausstellte«.

Ernst Hallermann fungierte in diesem Kreis als Kurier. Er vermittelte und überbrachte die gefälschten Papiere, leistete die Zahlungen und nahm die Verkaufserlöse in Empfang. Mit dem Kaufmannkreis arbeitete die Gruppe um Edith Wolff zusammen. Ihre Aktionen werden anschließend

im Rahmen der jüdischen Fluchthilfe geschildert. Vorweggenommen sei, daß diese Zusammenarbeit nicht frei von Spannungen und Animositäten war und daß Edith Wolff gegenüber Ernst Hallermann eine ambivalente Haltung einnahm und in ihrem Erlebnisbericht Mutmaßungen äußert, die sich der Überprüfung entziehen.¹⁰¹ Edith Wolff wurde zusammen mit Hallermann und anderen Mitgliedern des Kaufmannkreises vor Gericht gestellt und abgeurteilt.

Am 18. August 1943 nahm die Polizei Ernst Hallermann fest. Kaufmann und seine Mitarbeiter hat wenig später dasselbe Schicksal getroffen. Die Nationalsozialisten warteten nicht auf einen richterlichen Spruch, um den »geistigen Urheber und Organisator der Unterstützung der flüchtigen Juden« zur Rechenschaft zu ziehen. Schon in der Untersuchungshaft wurde der »Jude« Franz Kaufmann umgebracht. Der Prozeß gegen elf seiner Helfer fand am 11. Januar 1944 statt. Das Sondergericht III beim Landgericht Berlin, dem das wahre Ausmaß der Fluchthilfe offenbar verborgen geblieben war, sprach Strafen zwischen einem und acht Jahren Zuchthaus aus. Das Gericht stellte dazu fest, »daß die Verhinderung der Evakuierung von Juden durch ihre Unterstützung mit gefälschten Ausweisen und gestohlenen Lebensmittelkarten einen schweren Verstoß gegen die Anordnungen des nationalsozialistischen Staates darstellen, die sich im Kriege als notwendig erwiesen haben«.¹⁰²

Nur einige ausgewählte Beispiele sollen die Hilfsaktionen belegen, die von Einzelgängern, Familien und kleinen Gruppen ausgingen.¹⁰³ In Berlin setzte sich die Schauspielerin Baronin Christiane von Trümbach für verfolgte Juden ein. Ihre Kontakte zu Adolf Eichmann und anderen nationalsozialistischen Funktionären halfen ihr dabei, einige in die Illegalität verschwinden zu lassen.¹⁰⁴ Karl Mann stattete seinen jüdischen Freund Ludwig B. mit falschen Papieren aus und verhalf ihm zur Flucht in den Untergrund.¹⁰⁵ Juden fanden im Haus des Werkmeisters Willi Daehne Unterschlupf.¹⁰⁶

Josefa »Jenny« Gerla – eine frühere Hausangestellte der Familie Wolff – stellte ihre kleine Wohnküche zur Verfügung und versorgte Mitglieder der Wolff-Gruppe mit »reichlichen Mahlzeiten«. Eine andere ehemalige Hausangestellte brachte in ihrer Hinterhauskammer Juden unter; sie wurde später von der Gestapo verhaftet. Die Schneiderin Charlotte Preuß half mit Kleidungsstücken aus. Ausweichquartiere fand die Gruppe bei einer kinderreichen Familie ebenso wie bei einem kommunistischen Ehepaar, das sich in eine Laubenkolonie zurückgezogen hatte und selbst ein illegales Dasein führte. Von alten Verbindungen und Schiebergeschäften lebte Irma von Swiatopolk-Mirsky, eine zaristische Fürstin, die in ihrer Wohnung am Kurfürstendamm untergetauchte Juden als Hausdiener einstellte.¹⁰⁷

Auf der Ehrenliste des Yad Vashem steht Otto Weidt. Er versorgte 56 Juden mit Geld, Lebensmitteln und Ausweichquartieren. 27 überlebten, unter ihnen Inge Deutschkron und Alice Leicht.¹⁰⁸ Weidt leitete in Berlin eine Werkstatt für blinde und taubstumme Juden. In den Büro- und Abstellräumen gewährte er untergetauchten Juden ein vorübergehendes Asyl. Auch nachdem die körperbehinderten Juden Anfang 1943 abgeholt und durch »arische« Arbeiter ersetzt worden waren, setzte er sein Rettungswerk fort. Er wagte sich selbst bis in das Konzentrationslager vor, um die Flucht eines Häftlings vorzubereiten. Geradezu unglaublich klingt, daß er die Nachricht über die Deportation von Alice Leicht nach Auschwitz auf einer Postkarte erhielt, die von ihr aus dem Deportationszug geworfen worden war. Otto Weidt kündigte der Lagerverwaltung von Auschwitz sein Erscheinen an. In einem Schreiben offerierte er seine Dienste als »Lieferant verschiedener Arbeitslager und der Berliner Gestapo«.

Am 20. Juni 1944 legte Weidt in Auschwitz sein Sortiment an Barackenbesen, Schrubbern und Handfegern vor. Zugleich nutzte er den Aufenthalt, um über bestochene Funktionshäftlinge den Kontakt zu Alice Leicht herzustellen und den Fluchtplan durchzugeben. In der Nähe des Lagers mietete Weidt ein Quartier und hinterlegte Kleidung, Geld und falsche Papiere. Den Weg zu diesem Versteck fand Alice Leicht erst Wochen später, als ihr Ende Januar 1945 die Flucht aus einem Evakuierungstransport glückte.

In der chaotischen Schlußphase des Dritten Reichs schossen an vielen Orten Widerstandsgruppen wie Pilze aus dem Boden. Spät – zu spät – war ein Befreiungsantifaschismus erwacht, der darauf abzielte, den militärischen Zusammenbruch des nationalsozialistischen Herrschaftssystems zu beschleunigen und den Weg für einen demokratischen Neuanfang freizumachen. Viele dieser Gruppen haben Fluchthilfe geleistet. Eine von ihnen operierte in Berlin unter dem Namen »Onkel Emil«.¹⁰⁹

In einem später niedergeschriebenen Tätigkeitsbericht wurden die Aufgaben, die im Frühjahr 1945 zu lösen waren, folgendermaßen dargestellt: »Beherbergung und Betreuung von untergetauchten Juden und politischen Flüchtlingen, sowohl von vorübergehenden Quartieren als auch Beschaffung von Lebensmittelkarten bzw. Kartenmonatssätzen für Untergetauchte durch Sammlung von einzelnen Lebensmittelkarten im gesamten Bekanntenkreis und Verzicht auf einen Teil der eigenen Karten.« Schließlich wurde sogar »ein Einbruch in der Kartenstelle unternommen«. Neben der Versorgung der Untergetauchten bemühte sich die Gruppe um die »Entziehung zahlreicher Antifaschisten vom Wehr- und Volkssturmdienst«. Sabotage wurde verübt. Man zerschnitt Kabelleitungen, entfernte nationalsozialistische Embleme und Aufrufe oder unterstützte ausländi-

sche Zwangsarbeiter durch die »Zuführung von warmen Mahlzeiten, Zigaretten, Kleidungsstücken, Waschmitteln, Verbands- und Nähzeug«.

Der apogetische Tenor dieses am 14. Mai 1945 verfaßten Berichts ist unverkennbar. Die Gruppe hoffte – wie viele der sich 1945 spontan etablierenden »Antifaschistischen Ausschüsse« – darauf, am demokratischen Neuaufbau mitwirken zu können. Sie sah sich aber zugleich auch veranlaßt, die Legitimität ihres Anspruchs durch die Beschwörung einer kontinuierlichen antifaschistischen Einstellung abzusichern. Die glorifizierende Charakterisierung liest sich am Ende des Berichts so: »Keines der Gruppenmitglieder hat jemals der Partei angehört oder für die Ziele der Partei gearbeitet. Jedes der Mitglieder hat sich im Gegenteil bemüht, wo immer es in seinen Kräften stand, Opposition zu treiben, sei es durch passiven Widerstand in Form von Verweigerung des deutschen Grußes, Nicht-Hissen der Nazifahne, Nicht-Aushängen von Hitler-Bildern, keinerlei Teilnahme an Parteiveranstaltungen, keinerlei Förderung und Unterstützung von Sammelaktionen, weder Kauf noch Verbreitung von Zeitschriften, sei es durch aktiven Widerstand, durch regelmäßiges Abhören der ausländischen Nachrichten und systematisches Weiterleiten, Einschmuggeln und Weiterleiten antifaschistischer Bücher, Broschüren, Zeitschriften, Zeitungen und Schallplatten, antifaschistischer Materialsammlungen seit 1933, Vervielfältigung nazifeindlicher Schriftwerke, Unterminierung und Zersetzung der nazistischen Weltanschauung, wo immer sie uns entgegentrat.«¹¹⁰ Eines sucht man allerdings in diesem umfassenden Katalog einer breiten »Volksopposition« vergeblich: Hinweise auf frühe Proteste gegen die Judenverfolgung oder rechtzeitige Aktionen, jüdisches Leben zu retten.

Nach 1945 stellten sich viele Deutsche, die außerhalb der kleinen Kreise der Helfer und Retter standen, nur allzu gern und oft einen demokratischen »Persilschein« aus. Man gab sich als Widerstandskämpfer oder berief sich auf seinen Juden, dem man irgendwo und irgendwann einmal geholfen hatte und den man wieder suchte, als man sich im Entnazifizierungsverfahren entlasten wollte. Nach der Befreiung – und auch das soll nicht verschwiegen werden – tauchten vereinzelt »Juden« auf, die keine waren. Es handelte sich bei ihnen um christliche Deutsche jüdischer Herkunft, die sich als Juden ausgaben, um »in den Besitz von Lebensmittel-Paketen zu gelangen«,¹¹¹ die an die überlebenden Juden verteilt wurden.

Nicht nur in Deutschland, sondern auch im besetzten Europa betätigten sich deutsche Nichtjuden als Helfer und Retter. Die Warnung des deutschen Schifffahrtsbevollmächtigten Georg Duckwitz an die dänische Widerstandsbewegung löste die große und einzigartige Rettungsaktion aus, mit der im Herbst 1943 7220 Juden – von knapp 8000 – nach Schweden gebracht wurden.¹¹² Ohne Resonanz blieben die »Augenzeugenberichte«

über den organisierten Massenmord in Belzec, Sobibor und Treblinka, die der SS-Führer Kurt Gerstein¹¹³ dem päpstlichen Nuntius Orsenigo und dem schwedischen Diplomaten von Otter in Berlin anvertraut hatte, in der Hoffnung, daß massive ausländische Interventionen der »Endlösung der Judenfrage« Einhalt gebieten würden. Der junge Soziologe Viktor Martin, der sich in Belgien der Widerstandsbewegung »Front l'Indépendance« angeschlossen hatte, begab sich auf eine »Studienreise« nach Oberschlesien, um Informationen über Auschwitz zu sammeln, die er nach seiner abenteuerlichen Rückkehr nach Belgien an die Führer des jüdischen Verteidigungskomitees weiterleitete.¹¹⁴

Im Sommer 1943 wurde in Brüssel ein gewisser Enders gefaßt und beschuldigt, von »1941 bis 1943 laufend Passierscheine« an deutsche, belgische und holländische Flüchtlinge vermittelt zu haben. Die Papiere hatte er von seinem Studienfreund R. erhalten, der auf der Passierscheinstelle tätig war. Wegen Verdacht der Mittäterschaft wurden Frau Enders sowie der deutsch-jüdische Flüchtling Alfred H. in Haft genommen.¹¹⁵ Der Unteroffizier Anton Schmid belieferte als Leiter der Versprengtenstelle in Wilna den jüdischen Untergrund mit falschen Papieren und Militärlastwagen und verhalf 250 bis 300 Juden zur Flucht aus dem Ghetto. In seiner Wohnung hielt sich das Ehepaar A. versteckt.¹¹⁶ Schmid wurde 1942 verhaftet und erschossen. In Warschau überließ der Polizeiinspektor Kersten jüdischen Widerstandskämpfern Papiere von nichtjüdischen Verstorbenen. Mehr als 1000 polnische Juden wurden von Oskar Schindler gerettet. In der »kriegswichtigen« Krakauer Emailwarenfabrik des sudetendeutschen Industriellen und Nazigegners fanden sie eine Zuflucht.¹¹⁷ Zur Bewachung war der SS-Unterscharführer Alfons Zündler in die »Hollandsche Schouwburg« abkommandiert. Aus dieser Amsterdamer Sammelstelle für die Deportationen wurden zahlreiche Juden befreit. Zündler deckte diese Rettungsaktionen, wurde entdeckt und verschwand in einer Strafkompagnie an der Ostfront.¹¹⁸

In den Niederlanden kam es schließlich noch zu einer Rettungsaktion, die innerhalb der Fluchthilfe einen Grenz- oder Sonderfall darstellt. Es geht um Fälschungen von Dokumenten, die nicht mehr dazu dienten, Juden die Flucht über die Landesgrenze oder in den Untergrund, sondern in die »judenreine« Gesellschaft zu ermöglichen. So paradox dies auch klingt, in den besetzten Niederlanden – und man darf annehmen, daß Ähnliches auch in anderen Gebieten des nationalsozialistischen Herrschaftssystems geschah – eröffnete sich ein Weg, über einen Abstammungsschwindel jüdisches Leben zu retten. Es waren die Nationalsozialisten selbst, die die Weichen dazu stellten. Ihr Eifer, den Rassenantisemitismus mit bürokratischer Effizienz zu verbinden und ihm ein juristisches Gerüst zu geben, um jeder-

zeit die zu vernichtende Bevölkerungsgruppe definieren zu können, schlug sich in der Verordnung 6/1941 vom 10. Januar 1941 nieder¹¹⁹, mit der die Registrierung aller Personen angeordnet wurde, die »volljüdischen« oder »teilweise jüdischen Blutes« waren. Bereits bei einem »der Rasse nach volljüdischer Großelternteil« unterlagen die Betroffenen dem Meldezwang; in Zweifelsfällen konnte auf Antrag die Abstammung überprüft werden.

Bis auf eine Handvoll mißtrauischer Anmeldeverweigerer¹²⁰ haben sich alle Juden namentlich erfassen lassen. Die Daten wurden anhand alter Eintragungen in niederländischen Einwohnermeldeämtern, Gemeinde- und Kirchenarchiven überprüft, gesammelt und dann zur Aufstellung der Deportationslisten benutzt. Die Klärung der Zweifelsfälle setzte eine neue Dienststelle voraus. Unter dem Namen »Entscheidungsstelle über die Meldepflicht aus VO 6/41« fand sie ihren Platz innerhalb der »Hauptabteilung Inneres« im »Generalkommissariat für Verwaltung und Justiz« des »Reichskommissars für die besetzten niederländischen Gebiete«. Ebenso unerlässlich war die Abkommandierung kundiger Sachbearbeiter. Die Leitung der Stelle wurde dem aus Osnabrück stammenden Hans Georg Calmeyer anvertraut. Calmeyer, dem der Ruf eines »typischen Advokaten« anhaftete,¹²¹ besaß weder das Mitgliedsbuch der NSDAP noch die Neigung, sich dem nationalsozialistischen Rassenantisemitismus zu verschreiben.

Zu seinen Mitarbeitern gehörte Heinrich Miessen, ein schwerkriegsbeschädigter, pensionierter Stadtinspektor aus Linnich im Bezirk Aachen. Er arbeitete als »wissenschaftlicher Hilfsarbeiter«, dem große Sachkenntnis, Übersicht und Gewissenhaftigkeit bescheinigt wurden. Die der Stelle zugewiesenen Aufgaben hatten das »dringende Bedürfnis« geweckt, »einen Sippenforscher heranzuziehen«. Als besonders geeignet dafür hatte der Leiter des »Reichssippenamtes« Miessen empfohlen, »einerseits wegen seiner langjährigen Bewährung als Sippenforscher, andererseits wegen seiner einschlägigen Kenntnisse über den Westraum, insbesondere Hollands«.¹²² Als zweiter Mitarbeiter stellte sich Georg Wander ein, ein hochgelobter Volljurist aus Königsberg, der am 8. Oktober 1942 mit der Begründung eingestellt wurde, daß »die vom SD erbetene Herstellung von Sonderlisten für polizeiliche Zwecke, die Mitwirkung bei der Erfassung, insbesondere aber Sortierung jüdischen Blutes in solche, die einem Arbeitseinsatz oder einer Deportation zugeführt werden können, ... Eile« erfordere.¹²³

Über die Schreibtische dieser drei Männer liefen die jüdischen Bittgesuche. Im Juli 1941 wurden 1300–1400 Anträge bearbeitet.¹²⁴ Ein Jahr später – mit dem Einsetzen der Deportationen – stieg die Zahl weiter an. Insgesamt gingen knapp 6000 Anträge auf Überprüfung ein. 4 % aller in den Niederlanden registrierten Juden meldete einen Zweifelsfall an. Mit Hilfe

von eidesstattlichen Versicherungen, notariell beglaubigten Zeugenaussagen, Gutachten oder Vaterschaftsnachweisen, unterstützt von Rechtsanwälten, versuchten die von der Deportation bedrohten Menschen, in die »Sperrliste der Zentralstelle für jüdische Auswanderung« aufgenommen zu werden und so dem sicheren Tod zu entgehen. Es läßt sich nicht ermitteln, wie viele deutsch-jüdische Emigranten sich auf diesem Weg das Leben gerettet haben, es mögen 300–500 gewesen sein. Sie gehörten in die privilegierte Gruppe, die unter dem Namen »Calmeyer-Juden« geführt wurde. Anfang 1944 betrug ihre gesamte Zahl 2899, von denen 2026 als »Halbjuden« und 873 als »Vierteljuden« oder gar als »Vollarier« anerkannt waren. Nicht allen Gesuchen konnte entsprochen werden: Bis Anfang 1944 wurden 1868 Anträge abgelehnt. Oder anders ausgedrückt: auf fünf Zweifelsfälle kamen zwei Ablehnungen.¹²⁵

Angesichts dessen, was für die Antragsteller auf dem Spiel stand, und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die meisten von ihnen erst nachträglich um die Überprüfung ihrer Abstammung einkamen, kann man mit Sicherheit davon ausgehen – und dies wird durch Zeugnisse bestätigt –, daß der größte Teil der vorgelegten Beweise gefälscht war. Jacob Presser und Louis de Jong haben das Ausmaß und die Probleme dieses »Abstammungsschwindels« beschrieben und den Helferkreis vorgestellt. Die jüdischen Bittsteller fanden Anwälte, die sich auf die Zweifelsfälle spezialisierten und sie gegenüber den deutschen und niederländischen Behörden vertraten.¹²⁶ Ärzte boten sich an, medizinische Untersuchungen auszuführen und beweiskräftige Gutachten abzuliefern. Anthropologen begutachteten und bestätigten »nordische« Rassemerkmale. Sippenforscher durchforsteten Ahnentafeln und entdeckten »arische« Vorfahren. Es gab Gemeindebeamte, die in den Archivablagen belastende Dokumente, Karteien und Eintragungen entschärften oder gänzlich verschwinden ließen, sowie kirchliche Amtsträger, die sich an die Änderung von Tauf-, Hochzeits- und Sterberegistern heranwagten. Andere Experten stöberten altes Briefpapier auf, experimentierten mit Chemikalien, um die entsprechende Tinte zu erhalten und fabrizierten dann originalgetreue Schriftstücke. Eidesstattliche Erklärungen von Verwandten und Freunden sicherten die Gesuche ab.

Was zum Aufblühen dieser »Fälschungsindustrie« entscheidend beigetragen hat, war die Tatsache, daß Calmeyer und seine Mitarbeiter genau wußten, daß die Abstammungsunterlagen in den meisten Fällen gefälscht waren. Sie waren sich freilich auch bewußt, daß ihre Nachforschungen und Entscheidungen von der SS beobachtet und überprüft wurden. Gleichwohl wählten sie eine gerade noch vertretbare Anzahl von »Zweifelsfällen« aus, akzeptierten die vorgelegten Beweise und krönten den »Abstammungsschwindel« mit den erbetenen »Arisierungen«. Von Heinrich Miessen wird

berichtet, daß er nach Entgegennahme fachkundiger Fälschungen dem niederländischen Anwalt anvertraute: »Prima Werk! Der Fall ist günstig.«¹²⁷ Wander, der bis zum 1. April 1943 in der »Entscheidungsstelle« tätig war, gab abgewiesenen Juden den Rat, den Weg in den Untergrund zu gehen. Seinen Widerstand gegen den Nationalsozialismus setzte er als Soldat in der Luftwaffe fort. Anfang September 1944 kehrte er in die Niederlande zurück, diesmal als untergetauchter Widerstandskämpfer, der verschiedene niederländische Untergrundorganisationen mit Ausweispapieren und Nachrichten über den deutschen Militärapparat versorgte.¹²⁸ Am 22. Januar 1945 wurde er in seinem Amsterdamer Quartier von der Feldgendarmarie gestellt und während eines Schußwechsels getötet.

Calmeyer kehrte nach dem Krieg in seinen Heimatort Osnabrück zurück, wo er 1972 verstarb. In der Rückschau reflektierte er über seine Aktionen und verglich seine Rolle mit der eines Arztes, der auf einem von der Außenwelt abgeschnittenen Posten für 5000 Todkranke nur 50 Ampullen einer lebensrettenden Medizin besitzt, nur mit »50 Spritzen 50 von 5000 vor dem sicheren Tod retten kann«.¹²⁹ Er verstand zugleich sein selektives Rettungswerk auch als eine Art »Donquichotterie«: Er, der kleine juristische »Hilfsarbeiter«, habe sich gegen den Strom gestellt, der sich von Deutschland aus – »ohne Proteste der deutschen Juristen« – als Verfolgungswelle über die westeuropäischen Juden ergoß. Calmeyer war eine nur schwer durchschaubare Persönlichkeit. Im Jahre 1967 meinte er, niemals etwas von Vergasungen gehört zu haben, für ihn habe »das zertretene Recht zum Mord« geführt. Er fühlte sich schuldig und verfluchte das »Melderegister«. Dem niederländischen Historiker Ben Sijes erklärte er: »Jede Nacht bin ich verzweifelt. Ich bin mir vorgekommen wie ein Mörder.«¹³⁰ An Jacob Presser schrieb er: »Verzweifelt sein, verzweifelt bleiben, das ist die einzige und wertvolle Haltung, die wir gegenüber dem Geschehen und bei den Versuchen, das Geschehen zu beurteilen, einnehmen müssen.«¹³¹

Bleibt noch anzumerken, daß das Schicksal der »Calmeyer-Juden« an einem seidenen Faden hing. Im Frühjahr 1944 ordnete das RSHA eine nochmalige Überprüfung der Zweifelsfälle an. Im Juli sprach der Befehlshaber der Sicherheitspolizei Schöngarth von der Notwendigkeit einer »Entlarvung zahlreicher Volljuden, die es durch verschiedenartige Manipulationen erreicht haben, heute noch als Arier oder Mischlinge in den Niederlanden zu gelten«. Eine Kommission wurde einberufen, um die »vermutlich zahlreichen Fälle von Abstammungsschwindel« aufzuklären. Ihre Arbeit nahm sie nicht mehr auf. Die offiziellen Ariiererklärungen blieben bis 1945 gültig.¹³²

In der bruchstückhaften archivalischen Überlieferung finden sich nur wenige Belege über die Fluchthilfe deutscher Juden. Antifaschisten jüdi-

scher Herkunft waren die ersten, die im Rahmen des organisierten Antifaschismus diese Form des Widerstandes praktizierten – innerhalb und außerhalb des nationalsozialistischen Herrschaftsbereichs. Deutsche Juden hielten sich zurück. Soweit bekannt, gab es bis in die Anfänge der Deportationszeit hinein keine jüdische Fluchthilfeorganisation. Was sich nachweisen läßt, sind zahlreiche Aktionen, bedrängten Juden die Auswanderung zu ermöglichen.¹³³ Diese Bemühungen begannen 1933 und erreichten nach den Novemberereignissen von 1938 ihren Höhepunkt, als die Nationalsozialisten die ökonomische Existenz der jüdischen Bevölkerungsgruppe vollends zerschlugen und Tausende in die Konzentrationslager deportierten, um den Ausschaltungs- und Vertreibungsdruck zu verschärfen.

In der Reichsvertretung und in den Kultusgemeinden wurden große Anstrengungen unternommen, die aufgezwungene Massenauswanderung in die Wege zu leiten. Die Stuttgarter Gemeindeführung organisierte für gefährdete Mitglieder den illegalen Grenzübertritt. »Vertrauensleute« wurden an die Schweizer Grenze geschickt. Jeder Grenzübertritt kostete die Gemeinde RM 1000.¹³⁴ In vielen Gemeinden bemühte man sich, möglichst viele Kinder ins Ausland, vor allem nach England zu bringen.¹³⁵ Diese Aktion benötigte und erhielt die Zustimmung der Nationalsozialisten, mit anderen Worten, sie wurde unter der Aufsicht und in Absprache mit der SS durchgeführt. Dabei kam es auch vor, daß jüdische Organisationen angewiesen wurden, sie auf illegalem Weg aus Deutschland zu entfernen.¹³⁶ Die Nationalsozialisten scherten sich in ihrer Judenpolitik nicht um Kriterien wie legal oder illegal. Sie bestimmten die Methoden der Ausschaltung, der Vertreibung und der Vernichtung. Jedes Mittel war recht, das garantierte, den Herrschaftsbereich »judenfrei« zu machen. Von dieser Zielsetzung her tolerierten und unterstützten sie auch in einer kurzen Phase die illegale Auswanderung nach Palästina, die von einigen zionistischen Gruppen propagiert wurde.

Die Einordnung dieser jüdischen Bestrebungen in den Widerstand ist problematisch. Die illegale Auswanderung nach Palästina war nämlich nur insofern »illegal«, als sie gegen die Gesetze der britischen Mandatsmacht, gegen vertragliche Vereinbarungen und gegen dortige Hafenbestimmungen verstieß.¹³⁷ Sie stellte zugleich auch einen Verstoß gegen die offizielle Politik und Haltung der jüdischen Organisationen dar. Bis Ende 1938 jedenfalls lehnte die Jewish Agency – die Zionistische Zentralorganisation für die Juden in Palästina – die illegale Einreise ab. Die Wortführer der deutschen Juden – einschließlich der Zionisten – schlossen sich dieser Haltung an. In Opposition standen die zionistischen Revisionisten, die seit Ende der 20er Jahre dazu übergegangen waren, die illegale »Alija« nach »Erez Israel« aufzubauen. Insofern stellte die Organisation dieser Flucht keinen Wider-

stand gegen den Nationalsozialismus, sondern einen Widerstand gegen England dar.

Die illegale »Alija« aus Deutschland begann im März 1939 und endete im August 1940. Mit sieben Transporten kamen 1691 Juden nach Palästina, vorwiegend die Pioniere, die Chaluzim der zionistischen Jugendbewegung. Erlebnisberichte halten die Reiserouten und Schrecken der Transporte fest. Kurt Jacob Ball-Kaduri hat ihre Planung und Durchführung beschrieben.¹³⁸ Weitgehend unaufgeklärt sind dagegen noch die innerjüdischen Spannungen und Animositäten, die sich an der Frage der illegalen Auswanderung entzündeten und in der Affäre Recha Freier entluden.

Recha Freier, die Begründerin der Jugend-Alija, arbeitete in Berlin im Palästina-Amt, das die Auswanderung nach »Erez Israel« organisierte und 1939 in die »Reichsvereinigung« eingegliedert worden war. Den Konflikt und den Bruch mit den deutsch-jüdischen Repräsentanten beschwor sie herauf, als sie Rettungsaktionen organisierte, die die Grenzen der Legalität überschritten. Offenbar hatte den Unwillen der deutschen Juden noch verstärkt, daß sie unter Verwendung von Formularen der Reichsvereinigung versuchte, polnische Juden aus den Konzentrationslagern zu befreien. Das Vorhaben gelang. Recha Freier setzte sich mit den Revisionisten in Verbindung und erreichte, daß eine Gruppe entlassener polnischer Juden mit einem Schiff nach Palästina gelangen konnte. Noch eine andere Aktion wurde gestartet. Aus Polen wurden zahlreiche Kinder inhaftierter Juden nach Wien geschmuggelt. Als die Reichsvereinigung sich weigerte, den illegalen Kindertransport zu unterstützen, gab Recha Freier vor, 100 Einwanderungszertifikate aus Palästina erhalten zu haben – was nicht zutraf. Die Reichsvereinigung und die Gestapo erteilten daraufhin die Ausreisegenehmigung. 120 Kinder gelangten nach Jugoslawien. Eine Gruppe wurde jedoch von den Jugoslawen abgefangen und festgesetzt. Der Zwischenfall löste eine beträchtliche propagandistische Kampagne aus. Nur mit großer Mühe gelang es Recha Freier, noch 90 Zertifikate aus Palästina zu erhalten.¹³⁹ Zugleich war aber ihre Stellung in Berlin unhaltbar geworden. Die Reichsvereinigung erteilte ihr Hausverbot und zögerte nicht, selbst die Gestapo einzuschalten. 1941 kehrte Recha Freier Deutschland den Rücken. In ihrem Erlebnisbericht schlugen sich tiefe Verbitterung und scharfe Kritik an den Repräsentanten des deutschen Judentums nieder.¹⁴⁰

An der Affäre Recha Freier werden die Grenzen sichtbar, auf die illegale Rettungsaktionen stießen. Bis zum bitteren Ende hielten die deutsch-jüdischen Repräsentanten am Legalitätsprinzip fest und hofften, daß es ihnen gelingen werde, die immer schmalere Überlebensräume der jüdischen Gemeinschaft abzusichern. Im Mittelpunkt stand ihr Interesse, die Auswanderung »ordnungsgemäß« abzuwickeln und mit allen Kräften die

sozialen und kulturellen Hilfs- und Erziehungsprogramme zu fördern. Diese Abwehrstrategie schloß die illegale Fluchthilfe aus, sie ließ höchstens »Ansätze« zu, wie die Annahme der Walzschen Auswanderungsgelder oder wie eine Aktion, die im Oktober 1940 unternommen wurde. Als die Juden aus der Rheinpfalz und Baden nach Südfrankreich deportiert wurden, legte die Reichsvereinigung nicht nur Protest ein, sondern wagte es auch, Juden dem Zugriff der SS zu entziehen. Mitarbeitern der Reichsvereinigung gelang es, auf Reisen befindliche Juden aus diesen Gebieten ausfindig zu machen und davor zu warnen, in ihre Wohnorte zurückzukehren. Diesen ersten untergetauchten deutschen Juden wurde noch eine Hilfestellung gewährt.¹⁴¹ Als genau ein Jahr später die Deportationen in den Osten angeordnet wurden, blieben Warnungen und Hilfeleistung aus. Das Kontinuum setzte sich durch. Es schrieb vor, den bürokratischen Apparat nunmehr zur »ordnungsgemäßen« Abwicklung der Deportationen einzusetzen. Gleichwohl fanden sich nach dem Beginn der Deportationen noch deutsche Juden oder Personen jüdischer Herkunft, die zu einer Gegenwehr entschlossen waren und eine jüdische Fluchthilfe organisierten.

Im Frühjahr fing die Gestapo eine Gruppe von Juden, die über Köln und Brüssel nach Frankreich und Portugal fliehen wollte. Dabei stieß sie auf Eduard H., der in Köln eine »Anlaufstelle« eingerichtet und Juden »die Möglichkeit zur illegalen Ausreise« verschafft hatte. Zusammen mit H., der in Trier geboren und in Köln ansässig war, wurden vier weitere Juden verhaftet. Die Meldung des Reichssicherheitshauptamts vom 13. April 1942 hob noch hervor, bei der körperlichen Untersuchung habe sich ergeben, »daß jeder Jude einen Geldbetrag von mindestens 1200 RM bei sich hatte«,¹⁴² von dem die Gestapo annahm, daß damit die Flucht finanziert werden sollte.

Über eine andere Gruppe, in Berlin, berichtet Alfred Boehm: »Im Jahre 1941 gründeten ein Herr Raczinski, genannt Rast, und ich die Organisation Rast. Der Zweck dieser Organisation bestand in der finanziellen Hilfe politischer Flüchtlinge und im Entwerfen von Flugblättern gegen das Nazi-Regime. Später kam noch die Beschaffung falscher Papiere für die Flüchtlinge hinzu. Um die einzelnen Mitglieder der Organisation möglichst vor der Entdeckung zu schützen, wurde diese nach dem »Schneeball-System« aufgezogen, d. h. daß jede Gruppe aus sechs Mann bestand, wobei der einen Gruppe die Namen der Mitglieder der zweiten Gruppe nicht bekannt waren. Meiner Gruppe gehörten außer Herrn Raczinski mein Vetter I., ein Herr G., ein Herr B und ein Herr St. an.«¹⁴³

Das konspirative Organisationsprinzip bot der Gruppe nur für kurze Zeit Schutz. Die Mitglieder waren – folgt man dem Erlebnisbericht Boehms – ständig auf der Flucht, ständig auf der Suche nach neuen Aus-

weichquartieren für sich selbst und ihre Familienangehörigen. Es half ihnen auch wenig, daß sie über »verschiedene Polizeibeamte« – kostenlos oder durch Bestechung – in den Besitz falscher Papiere kamen. Unvorsichtigkeiten, Denunziationen und Razzien dezimierten die »Kader«. Fast alle kamen in Konzentrationslagern um. Raczinski starb in der Illegalität und wurde aufgrund seiner falschen Papiere als Katholik beerdigt. Nur Alfred Boehm erlebte die Befreiung.

Im August 1942 widersetzte sich Hans Joachim Schwersenz dem Deportationsaufruf und tauchte mit Hilfe Edith Wolffs unter. Mit diesem Schritt setzte sich der zionistische Jugendführer und Lehrer zugleich auch von den Wortführern im Palästina-Amt ab, die bis dahin die Flucht in die Illegalität abgelehnt und sie als mit der »Ehre« und »Würde« eines Juden unvereinbar erklärt hatten. Schwersenz durchbrach diesen Riegel, andere folgten. Sie kamen aus dem Schülerkreis und der zionistischen Jugendbewegung des »Hechaluz«. Zu ihnen gehörten der 14jährige Heinz Abrahamson, der 15jährige Poldi Choness – er fiel später der Gestapo in die Hände –, die Zwillinge Gerd und Margot Beck, Rudi Bernstein, Günter Davidowitsch, Miriam Schüler, der 14jährige Alfred Bernstein und seine 10jährige Schwester Liselotte, das »Lottchen« der Gruppe. 40 Mitglieder umfaßte dieser Kreis, der den Namen »Chug Chaluzi« annahm und der – soweit bekannt – die einzige jüdische Gruppe gewesen ist, die in Deutschland in den Untergrund gegangen ist und deren Mitglieder überlebt haben. Sie lebten in getrennten Verstecken. Man arrangierte gemeinsame Treffen, versammelte sich im Grunewald oder an anderen sicheren Orten. Hebräische Lieder wurden gesungen, Sabbat und Festtage eingehalten. Man unterrichtete sich in Hebräisch und Englisch, in Bibelkunde und Zionismus.

In einem Brief vom 15. September 1943, der das Ausland erreichte, hieß es: »Anlässlich einer Halbjahresfeier verpflichten wir uns mit unserer Unterschrift, folgende Beschlüsse durchzuführen:

1. sich gegenseitig zu helfen, hier im Untergrund auszuhalten und alle Anstrengungen zu unternehmen, um in die Freiheit zu gelangen,
2. uns nach Möglichkeit für das Leben in Israel vorzubereiten,
3. den Kontakt mit unseren Genossen in Polen aufrechtzuhalten und ihnen zu helfen.«

An anderer Stelle heißt es: »... das letzte halbe Jahr verbrachten wir unter besonders schweren Bedingungen. Die Verpflegung war ungenügend, nicht alle hatten nachts eine Bleibe, und dieses Problem wird noch schwerer werden. Aber wir haben den starken Willen, dies durchzuhalten. Nach dem Osten schicken wir Pakete. Zur Zeit besitzt die Gemeinschaftskasse RM 105. Wir hoffen, daß die Bemühungen, uns ins Ausland zu retten, gelingen werden, und unser Wille ist, sobald wie möglich zu fahren. Wir

wissen heute, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Wir werden standhalten, und wenn wir dazu gezwungen werden, werden wir uns verteidigen.«¹⁴⁴

Für diese zionistische Jugendgruppe hat Edith Wolff Fluchthilfe geleistet. Ihr Erlebnisbericht gibt Auskunft über die Details der Rettungsaktionen wie über die Probleme und Konflikte, die ihren Lebensweg begleitet haben.¹⁴⁵ Edith Wolff wurde 1904 in Berlin geboren. Der Vater war ein assimilierter Jude und wurde in Auschwitz ermordet – die Mutter war Nichtjüdin, eine überzeugte Protestantin. Mit Schulbeginn ließen die Eltern das Kind evangelisch taufen, wie später auch die beiden jüngeren Schwestern. Die Konfirmation erfolgte »gegen meinen Willen«. Ohne Wissen der Eltern trat Edith Wolff aus der Kirche aus. Als junges Mädchen wurde sie als »Judengöre« auf der Straße beschimpft. Die Erinnerung blieb haften. Verspätet wurde 1925 das Abitur abgelegt. Längere Auslandsaufenthalte in England und Frankreich unterbrachen das Philosophiestudium, das sie 1933 ohne Abschluß aufgab.

In den Studienjahren erfolgte die Hinwendung zum Zionismus und Pazifismus. Bis zur nationalsozialistischen Machtübernahme leitete sie die Berliner Ortsgruppe der »Weltjugendliga« und versuchte, in den verschiedenen Jugendorganisationen der »jüdisch-zionistischen Orientierung Geltung zu verschaffen«. Gegen den Willen der Eltern trat Edith Wolff 1933 zum jüdischen Glauben über: »Heute weiß ich, daß dieser Schritt von mir damals in erster Linie eine quasi rein politische Protesthandlung war, geschürt durch Kampfgeist gegen den Nationalsozialismus – in vollem Einklang freilich auch mit schon längst vorhandenen Tendenzen meiner allgemein-weltanschaulichen Überzeugung und Gefühlslage.« Die folgenden Jahre standen im Zeichen der Existenzabsicherung. Sie verfaßte Beiträge für jüdische Zeitschriften, führte wissenschaftliche Hilfsarbeiten aus und besuchte Veranstaltungen im jüdischen »Kulturbund«. 1941 fand sie eine Anstellung als Kontoristin in einem Adressenverlag. Entscheidend blieb, daß Edith Wolff in all diesen Jahren – und unter schweren seelischen Belastungen – eine Doppelexistenz führte – als überzeugte Jüdin und als »getarnte« Halbjüdin. Sie verschwieg den Nationalsozialisten den Übertritt zum Judentum und behielt die Stellung und die Privilegien eines »Mischling 1. Grades«, ein Status, der die Fluchthilfe erleichterte. Ebenso entscheidend war, daß sie im Palästina-Amt Recha Freier und Hans Joachim Schwersenz kennengelernt und die Rettungsaktionen Recha Freiers verteidigt hatte.

Der Beginn der Deportationen löste den Entschluß zum Handeln aus. Erste Versuche, in Wien und Leipzig Fluchtwege in Erfahrung zu bringen, blieben erfolglos: »Nach Berlin zurückgekommen, sah ich nach alledem

meine Aufgabe darin, den Juden, die sich retten lassen wollten, die Emigration in den luftleeren Raum zu empfehlen.« Edith Wolff begab sich auf die Quartiersuche. Die Fahrten führten in die Wohnungen von Bekannten und fremden Personen: »Es gab eine ganze Reihe von Menschen, bei denen ich Erfolg hatte – aber mehr waren es doch immer solche, die gleich von vorneherein ablehnten. Auch die Taktik meiner Anfragen mußte immer ganz verschieden sein und je nach der Gegenseite, die ich vor mir hatte, individuell ausprobiert werden. In manchen Fällen war es besser, gleich mit offenen Karten hervorzutreten. In anderen Fällen war es günstiger, die Karten nur halb aufzudecken, und in wieder ganz anderen Fällen war es am zweckmäßigsten, die Befragten ganz unwissend zu lassen und nur ganz harmlos zu fragen, ob vielleicht zufällig und nur vorübergehend ein Zimmer oder auch nur eine bloße Schlafstelle zu vermieten sei.« Weitere Adressen erhielt sie von der Kaufmann-Gruppe und Ernst Hallermann.¹⁴⁶

Papiere wurden auf folgende Weise beschafft: Als erstes wurden eigene Dokumente – Studentenausweise, Postausweise und Personalbescheinigungen – gefälscht. Als der schmale Vorrat aufgebraucht war, wurden unbeschriebene Firmenbögen herangezogen. Edith Wolff fand sie im Büro des Adressenverlages. Die Bögen, die die Aufschriften namhafter Firmen trugen und zu Reklamezwecke bestimmt waren, wurden »stapelweise« mit nach Hause genommen. Der Schreibmaschinentext und ein gefälschter Stempelaufdruck bestätigten die Urlaubs- oder Arbeitsbescheinigung der entsprechenden Firma: »Die selbstverfertigten Zertifikate waren natürlich kein vollgültiger Ersatz für wichtige Personalausweise, aber sie waren eine sehr glaubhaft machende Ergänzung zu diesen, sie waren zur Not immer noch besser als gar nichts, sie steigerten für alle Fälle auch das Sicherheitsgefühl und den Mut des Auftretens der Untergetauchten, und sie haben in mehreren Fällen auch tatsächlich genützt, wenn eine Razzia oder Polizeikontrolle vorgenommen wurde.«

Lebensmittelkarten erhielt Edith Wolff aus dem Helferkreis: »Es war oft so, daß Menschen, die sich ängstlich dagegen sträubten, einen illegalen Flüchtling bei sich zu beherbergen, doch gern etwas anderes zu seiner Hilfe taten, also viel eher dann auch geneigt waren, mit Tisch-Einladungen, mit Mahlzeiten und Naturalien – oder aber mit Coupons und Lebensmittelkarten auszuhelfen.« Eine zweite Bezugsquelle stellten die »Kaufgeschäfte« dar. Sie wurden vor allem mit mittellosen und kinderreichen Familien getätigt, die bereit waren, sich von Versorgungskarten zu trennen. Diese Bereitschaft resultierte weniger aus reiner Nächstenliebe, sondern aus Gründen der eigenen Existenzverbesserung. Kinderreiche Familien bekamen zwar mehr Lebensmittelkarten, aber oft genug fehlte ihnen das Geld, um alle Abschnitte einzulösen. Hinzu kam, daß die Lebensmittel rationiert

und zusätzliche Nahrungsmittel nur im teuren Schleichhandel zu erwerben waren.

Ein Gruppenmitglied – Heinz Abrahamson – zapfte eine dritte Bezugsquelle an. Über einen offenbar bestechlichen Arbeiter in der Kartendruckerei bezog er Lebensmittelkarten, die er der Gruppe weitergab oder auf dem Schwarzmarkt verkaufte. Die Fälschungen wurden von einem anderen Gruppenmitglied vorgenommen: von Samson Schönhaus. Durch seine Werkstatt und Hände liefen die Papiere, die von der Kaufmann-Gruppe und von Edith Wolff beschafft worden waren. Von Beruf Graphiker, verstand er es, mit professioneller Geschicklichkeit die gewünschten Bearbeitungen vorzunehmen. Personaleintragungen wurden beseitigt, neue Daten und Namen eingetragen, Stempelaufdrucke gefälscht, Lichtbilder entfernt und durch neue Photos ersetzt. Samson Schönhaus versorgte einen großen Kundenkreis.

Im Sommer 1943 traf Edith Wolff eine Entscheidung, die nur schwer zu verstehen ist: Sie stellte sich der Gestapo. Der Anlaß war nichtig. Sie hatte einer Bekannten in Mannheim eine Lebensmittelkarte geschickt. Die Gestapo hatte den Verstoß entdeckt, Ermittlungen aufgenommen und Edith Wolff eine polizeiliche Vorladung geschickt. Lange Diskussionen mit Schwersenz und Hallermann folgten. Beide versuchten Edith Wolff zu überreden, den Weg in die Illegalität zu gehen. Die Fluchthelferin lehnte ab. Sie ging zur Gestapo und wurde verhaftet. In ihrem Bericht finden sich viele Erklärungen für diesen Schritt: die Sorge, als Untergetauchte der Jugendgruppe zur Last zu fallen; die Rücksichtnahme auf die Mutter; die Absicht, bei der Gestapo herauszufinden, ob und inwieweit die Gruppe selbst gefährdet sei; die Hoffnung, »gewissermaßen als Blitzableiter« und »getarnter Mischling« das »Unheil der Verfolgung« aufhalten oder besser überstehen zu können. Edith Wolff nennt diese Argumente »rational«.

Es gab freilich für sie auch emotionale Gründe: Offen bekennt sie, daß sie für die »totale Illegalität nicht geeignet« gewesen sei – und: »Ich war nach 10 Jahren Nazi-Deutschland und nach allen vergeblichen Hoffnungen auf eine antifaschistische Wendung doch ermattet und kampfmüde geworden. Die menschliche Anstrengung eines gleichzeitig legalen wie auch illegalen Lebens, welches ich seit Jahren führte – mit all den Begleiterscheinungen des »totalen« Krieges – hatten mich zuletzt aufgerieben, so daß ich oft nicht mehr weiterkonnte – oder zumindest das Gefühl hatte ... weiter geht es nicht mehr«. Edith Wolff berichtet über die Konflikte mit der Mutter, über die Auseinandersetzungen mit Hallermann und über die Meinungsverschiedenheiten mit Schwersenz. Als sie nach ihrem Verhör bei der Gestapo verhaftet und in die Zelle gebracht wurde, hatte sie nur »einen Wunsch – zu schlafen und zu schlafen«.

Der Gestapo und dem Sondergericht blieben die Fluchthilfe und die jüdische Identität Edith Wolffs verborgen. Geahndet wurde allein die Versendung der Lebensmittelkarte. Edith Wolff wurde zu einer Freiheitsstrafe verurteilt. Sie überlebte die lange Haft in Gefängnissen und Konzentrationslagern. Nach ihrer Befreiung 1945 wanderte sie nach Israel aus. Hans Joachim Schwersenz gelang im Februar 1944 die Flucht in die Schweiz; er ließ sich ebenfalls später in Israel nieder. Als Hitlerjunge getarnt, glückte dem Fälscher Samson Schönhaus die Flucht in die Schweiz. Er nahm in Basel seinen Beruf als Graphiker wieder auf.

Nur Mosaiksteinchen, die zudem schwer überprüfbar sind, bezeugen die Fluchthilfe des Werner Scharff, der 1912 in Posen geboren war und der in Berlin den Beruf des Elektrotechnikers ausübte.¹⁴⁷ Die ersten Spuren seines Widerstandes finden sich Ende 1941, als die Nationalsozialisten die Synagoge in der Levetzowstraße in eine Deportationssammelstelle umfunktionierten und jüdische Fachkräfte beschäftigten, die die entsprechenden Handwerksarbeiten ausführen konnten. Werner Scharff wurde beauftragt, neue Lichtleitungen zu legen. Er benutzte seinen Arbeitsplatz, um Deportationstermine in Erfahrung zu bringen und Freunde zu warnen. Er drang in die Räume der Gestapo vor, strich Namen von den Transportlisten und steckte Karteikarten zu den abgelegten »Vorgängen«. Unerschrockenheit und Reaktionsvermögen bewies er, als er seinem Bruder zur Flucht verhalf. Als er ihn in der Sammelstelle erblickte, so berichtet Edith Hirschfeld,¹⁴⁸ besorgte er sich eine lange Leiter, gab sie seinem Bruder in die Hand und ging mit ihm an der SS-Wache vorbei auf die Straße.

Als am 10. Juni 1943 der Schutz der Mitarbeiter der »Reichsvereinigung« vor Deportationen aufgehoben wurde, ging Scharff in die Illegalität. Am 14. Juli 1943 wurde er gefaßt und nach Theresienstadt deportiert. Schon am 5. September 1943 gelang ihm dort mit Fancia Grün und einem Kameraden die Flucht. Scharff kehrte nach Berlin zurück. Er verschaffte sich falsche Papiere auf den Namen Hans Wiczorek und fand eine Anstellung als Handelsvertreter. Auf seinen Reisen knüpfte er offenbar neue Kontakte, die zur Gründung einer Widerstandsorganisation führte, die sich »Arbeitsgemeinschaft für Friede und Freiheit« nannte. Zwei Zielsetzungen dominierten: die Versorgung untergetauchter Juden und die Verbreitung antifaschistischer Flugschriften. In den Flugblättern wurden alle Hinweise auf die Begriffe »Jude« oder »Judenverfolgung« vermieden. Sie prangerten allein die hoffnungslose militärische Lage Deutschlands an und dienten dazu, die besorgten oder enttäuschten Deutschen aufzumuntern, sich vom Nationalsozialismus loszusagen.

Die Appelle, sich mit einem Beitritt zur »Arbeitsgemeinschaft« eine »Rückversicherung« zu verschaffen,¹⁴⁹ blieben nicht ohne Erfolg. Zu

Gruppenbildungen kam es in Berlin, in Luckenwalde, in Gera, in Hamburg und vermutlich auch in München.¹⁵⁰ Aus den Akten geht ferner hervor, daß die Gestapo vier Gruppen zerschlug und dabei auf einige untergetauchte Juden stieß, die an den Widerstandsaktivitäten mitgewirkt hatten. Zu ihnen zählten neben Fancia Grün Gerhard und Ilse Grün, ein Ehepaar Samuel, Hildegard Bromberg und Eric Sojka.¹⁵¹ Es wird weiter berichtet,¹⁵² daß Werner Scharff auch einen Plan für die Befreiung jüdischer Häftlinge aus dem Gefängnis in der Schulstraße ausgearbeitet haben soll. Ob er darüber hinaus noch Vorkehrungen traf, sich am militärischen Endkampf um Berlin zu beteiligen, mag dahingestellt bleiben. Werner Scharff und seine Berliner Gruppe wurden am 12. Oktober 1944 verhaftet, er selbst drei Wochen im Gefängnis am Alexanderplatz in Einzelhaft gehalten, gefoltert und vernommen. Am 16. März 1945 wurde er im Konzentrationslager Sachsenhausen umgebracht.

Erhalten geblieben ist eine Strafakte, die vom 22. März 1945 datiert.¹⁵³ Der Berliner Generalstaatsanwalt erhob Anklage gegen die »Reichsdeutsche« Pelagia K., die wahrscheinlich mit der Berliner Gruppe der »Arbeitsgemeinschaft« in Verbindung gestanden hatte. Man warf ihr vor, »in den Jahren 1943 und 1944 ... die für eine illegale antinationalsozialistische Organisation tätige Jüdin Bromberg bei sich beherbergt, beköstigt und ihr nach dem Entweichen aus dem Gefängnis zur weiteren Flucht« verholfen zu haben. Der Ankläger wies auch auf die Verbindung nach Luckenwalde hin, wo der Justizangestellte Hans W. – der vor dem Volksgerichtshof zur Rechenschaft gezogen wurde – »in Gemeinschaft mit illegal lebenden Juden eine Organisation ins Leben gerufen« hatte. Weiter heißt es: »Von der Organisation wurden gefälschte Ausweise hergestellt, Drohbriefe und Feuilletons versandt und Hetzflugblätter in einer Auflage von etwa 3500 Stück verbreitet«. Der Generalstaatsanwalt zog daraus den Schluß, daß die Organisation den »Umsturz der nationalsozialistischen Staatsregierung« geplant und sich auf die »Übernahme der Macht« vorbereitet habe. Über das Schicksal der Angeklagten ist nichts bekannt.¹⁵⁴ Als die Hauptverhandlung am 22. März 1945 vor dem Berliner Kammergericht angeordnet wurde, befand sich Pelagia K. im Bayreuther Gerichtsgefängnis.

In der Schlußphase des Dritten Reiches tauchte ein Randphänomen deutsch-jüdischer Fluchthilfe auf. Die Besonderheit lag darin, daß einige namhafte Repräsentanten des deutschen Widerstandes im deutsch-jüdischen Milieu Zuflucht suchten. Es waren Widerstandskämpfer bürgerlich-konservativer Provenienz, die nach dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944 untertauchten – und alte Bekannte, die aufgrund ihrer halb-jüdischen Abstammung, christlicher Taufe oder nichtjüdischer Ehepartner von der »Endlösung« verschont geblieben und in der Lage waren, ein illegales

Ausweichquartier anzubieten. Fritz Elsas gewährte Carl Goerdeler Unterschlupf. In der Weimarer Republik hatte Elsas in Berlin das Amt eines Zweiten Bürgermeisters bekleidet. Zudem war er Vizepräsident des Deutschen und Preußischen Städtetages gewesen, Funktionen, die ihn in Kontakt mit dem Leipziger Oberbürgermeister Goerdeler gebracht hatten. Das Quartier wurde verraten, Fritz Elsas in das Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht und Ende 1944 ermordet. Die Öffentlichkeit erfuhr aus einer Bekanntmachung im »Deutschen Reichsanzeiger« am 18. Januar 1945, daß der Nachlaß des »Juden Fritz Israel Elsas« zugunsten des Deutschen Reiches eingezogen worden war. Die Familie verfiel der »Sippenhaft«. Frau Elsas und eine Tochter wurden in das Berliner Gefängnis Moabit gesperrt, eine andere Tochter kam in das KL Ravensbrück, der Sohn verschwand im KL Buchenwald.¹⁵⁵

Kunrat von Hammerstein berichtet,¹⁵⁶ daß sich General Lindemann bei der Familie Gloeden versteckt hielt. Erich Gloeden war Halbjude, der Name ein angenommener. Der Vater hatte den Namen Loevy getragen. Der Architekt Gloeden war mit Lilo Kusnitzky verheiratet, der Tochter eines jüdischen Sanitätsrates. Ihre Mutter war eine geborene Freifrau von Liliencron. Die Familie Gloeden, die schon vorher jüdische Flüchtlinge in ihrer Berliner Wohnung aufgenommen hatte, wurde hingerichtet. Kunrat von Hammerstein überlebte. Auch auf seinem Fluchtweg begegnete er untergetauchten Juden.

In weitaus stärkerem Maße als in Deutschland gehörte in den besetzten europäischen Gebieten die Fluchthilfe zum Alltagsgeschäft des Widerstandes. Juden beteiligten sich an den Rettungsaktionen, unter ihnen Flüchtlinge aus Deutschland. Quellenlage und Forschungsstand gestatten keine umfassende Bestandsaufnahme. Nur einige ausgewählte Einzelbeispiele können hier angeführt werden, die sich auf Westeuropa beziehen. Sie deuten darauf hin, daß hier mehr deutsche Juden oder Personen jüdischer Herkunft Fluchthilfe geleistet haben als in Deutschland. Die höhere Widerstandsbereitschaft erklärt sich vielleicht aus dem Umstand, daß es sich um Personen handelte, die sich schon einmal dem Zugriff der Nationalsozialisten entzogen und den Entschluß zur Auswanderung oder Flucht gefaßt hatten. Man darf weiter vermuten, daß die stärkere allgemeine Fluchthilfe den höheren jüdischen Anteil begünstigt hat. Eines jedenfalls steht fest: die jüdischen Fluchthelfer operierten nicht isoliert. Wie in Deutschland waren sie auf die enge Kooperation mit nichtjüdischen Widerstandskämpfern angewiesen.

In den Niederlanden baute der sozialistische Zionist Joachim »Schuschu« Simon mit Joop Westweel, dem christlich-sozialistischen Leiter einer Montessori-Schule, eine Fluchthilfeorganisation auf. Simon war nach sei-

ner Entlassung aus dem KL Buchenwald Anfang 1940 nach Holland gekommen und hatte die Leitung einer Gruppe von »Palästina-Pionieren« übernommen, die sich in Loosdrecht auf die »Alija« vorbereitete.¹⁵⁷ Im Juli 1942 begannen die Deportationen, einen Monat später führte Simon die 48 Mitglieder (»Chawerim«) seiner Gruppe in ein Versteck in den Niederlanden. Unverzüglich brach er dann nach Belgien und Frankreich auf, um Fluchtrouten in die Schweiz und nach Spanien aufzutun und abzusichern. Der Fluchtplan wurde dem für die Pioniere verantwortlichen »Jüdischen Rat« verschwiegen. Wie in Deutschland lehnten jüdische Repräsentanten auch in den Niederlanden »illegale« Operationen ab. Als die Flucht dem »Jüdischen Rat« bekannt wurde, verhehlten die Wortführer nicht ihre Kritik.¹⁵⁸ Simon widersetzte sich aber und brachte zwei kleine Gruppen in Sicherheit. Auf der Rückkehr von der zweiten Fahrt wurde er Anfang 1943 an der niederländischen Grenze gefaßt und in das Polizeigefängnis von Breda gebracht. Er nahm sich das Leben, um nicht bei Folterungen die Fluchtwege und Deckadressen preiszugeben. Joop Westweel setzte das Rettungswerk fort. Er wurde am 11. März 1944 beim Grenzübertritt verhaftet und am 11. August 1944 im niederländischen Konzentrationslager Vught umgebracht.

Bis zu diesem Zeitpunkt waren 150–200 Juden über die Grenze geschmuggelt worden. Rund 80 erreichten Spanien, die anderen tauchten – wie Walter Rosenberg und Heinz Frankl¹⁵⁹ – in deutschen und französischen »Arbeitsstellen« unter. Zu den Fluchthelfern zählte der aus Stuttgart stammende Kurt Reilinger,¹⁶⁰ ebenfalls ein Repräsentant des zionistisch-sozialistischen »Hechaluz«, der sich vor allem um die deutschen »Werkleute« kümmerte, die in das »Werkdorp Wieringermeer« gekommen waren.¹⁶¹ Kurz vor der alliierten Invasion gelang es der Sicherheitspolizei, das Verbindungsnetz in Frankreich zu zerschlagen und etliche Juden zu fangen. Reilinger überlebte die Lagerhaft und kehrte in die Niederlande zurück. Auf der Suche nach den untergetauchten Kameraden kam er bei einem Verkehrsunfall ums Leben. 323 Pioniere waren in den Niederlanden in die Illegalität gegangen; einige bauten weitere Fluchthilfegruppen auf. In Amsterdam operierte der aus Österreich stammende Karli Oroslan.¹⁶² Seinem Kreis gelang es, die Verbindung mit den in Westerbork inhaftierten Pionieren herzustellen und selbst einige Gruppenmitglieder – wie Kurt W.¹⁶³ – aus dem holländischen Konzentrationslager zu befreien. Presser hat die umseitig wiedergegebene Bilanz des Schicksals der »Palästina-Pionier«-Gruppen in den Niederlanden aufgestellt.¹⁶⁴ Sie zeigt, daß von insgesamt 821 »Chawerim« 361 gerettet wurden: 44%. Gegenüber diesen Zahlen nehmen sich die 40 Mitglieder des »Chug Chaluzi«, die in Berlin in den Untergrund gegangen waren, bescheiden aus. Beide Beispiele – sowie Hin-

weise aus Dänemark und Osteuropa¹⁶⁵ – belegen jedoch, daß Jugendliche aus dem zionistisch-sozialistischen Lager des »Hechaluz« die einzigen waren, die als jüdische Gruppe organisiert widerstanden haben.¹⁶⁶

Zu den wenigen »Verstößen« des niederländischen »Judenrates« zählte eine Fluchthilfe, die ein Mitarbeiter auf eigene Faust organisierte. Der 36jährige deutsche Emigrant Walter Süsskind »mißbrauchte« seine Aufsichtsstellung in der »Hollandschen Schouwburg«, um zahlreichen Juden zur Flucht aus der Amsterdamer Deportationssammelstelle zu verhelfen. Zusammen mit niederländischen Helfern wurden fachkundige Fälschungen vorgenommen. Namen verschwanden aus den Karteien und Listen. Armbinden wurden besorgt, um Flüchtende als Angehörige des Jüdischen Ordnungsdienstes zu tarnen und hinauszuschleusen. Gegenüber der »Schouwburg« lag die jüdische Säuglings- und Kinderstation. Die Leiterin, Virginie Cohen, die Tochter des Judenratsvorsitzenden, schmuggelte mit anderen – und mit der Unterstützung des SS-Unterscharführers Zündler – Kinder aus dem Heim. Etwa 1000 Babies und Kleinkinder wurden dem niederländischen Widerstand und niederländischen Familien anvertraut.¹⁶⁷ Süsskind wurde am 2. September 1944 mit einem der letzten Transporte, der die Niederlande verließ, nach Theresienstadt deportiert und, nachdem ihm der dortige Judenälteste Murrelstein jede Hilfestellung versagt hatte,¹⁶⁸ von dort weiter nach Auschwitz. Am 23. Oktober 1944 wurde er mit seiner Familie vergast. Unter den deutsch-jüdischen Flüchtlingen gab es noch andere Fluchthelfer. Max und Anna Ehrlich hielten selbst Flüchtlinge versteckt. Beide wurden verraten und ins Konzentrationslager gebracht.¹⁶⁹ Alfred Stern schloß sich mit mehreren deutschen Juden einer Widerstandsorganisation in Epe an, die das Rathaus von Apeldoorn überfiel, um Namenskarteien und Listen zu zerstören.¹⁷⁰

Um das Heer der untergetauchten Juden und Nichtjuden in den Niederlanden mit Papieren zu versorgen, bedurfte es eines großen Herstellungs- und Verteilungsapparates. Am 12. Juli 1944 berichtete die Dienststelle der Sicherheitspolizei in Amsterdam: »Der seit langem als führender Terrorist bekannte, emigrierte Jude Gerhard Badrian, der unter den Decknamen ›Albert, Alfred, Hans, Max und Bernhard‹ ... die Personalfälscher-Zentrale leitete, wurde im Kampf mit Angehörigen der Sicherheitspolizei der Außendienststelle Amsterdam erschossen, nachdem er den Polizeiangehörigen Heinen tödlich verwundet hatte. Über seine festgenommenen Mitarbeiter konnte in einem Amsterdamer Geschäftsgebäude die in drei großen Räumen untergebrachte Fälscher-Zentrale ermittelt und sichergestellt werden«. Auf knapp drei Seiten wurden die requirierten Materialien aufgelistet. Neben deutschen Wehrmachtsuniformen, Waffen und Kampfstoffen fand man ca. 300 Anfragen nach Personalausweisen. Die Gründe lauteten:

Palästina-Pioniere in den Niederlanden

Gruppe	Anzahl	Umge- kommen	Zurück- gekehrt	Illegal nach Palästina
<i>Deventer</i>				
deportiert	102	80	21	1
untergetaucht	119	36	61	22
unbekannt	8			
<i>Elden</i>				
deportiert	36	9	21	6
untergetaucht	4		1	3
<i>Werkdorp Wieringermeer</i>				
deportiert	218	181	35	2
untergetaucht	81	10	50	21
<i>Misrachistische Hachschara</i>				
deportiert	103	82	18	3
untergetaucht	26	6	19	1
<i>Loosdrecht</i>				
deportiert				
untergetaucht	48	14	23	11
<i>Gouda</i>				
deportiert	2	1		1
untergetaucht	19	4	11	4
<i>Agudistische Hachschara</i>				
deportiert	29	16	8	5
untergetaucht	26	13	13	
<i>Insgesamt</i>				
deportiert	490	369	103	18
untergetaucht	323	83	178	62
unbekannt	8			
	821	452	281	80

»Jude« – »Jude mit Sterilisierung« – »Kriegsgefangener« – »Arbeitseinsatz« – »arbeitet illegal« – »aus dem Gefängnis befreit« – »in Vught geflüchtet« oder »politischer Mord«. Man entdeckte ferner Hunderte von falschen oder echten Ausweisen, Hunderte von Stempeln, die die Amtsbezeichnungen der verschiedensten niederländischen und deutschen Behörden trugen, Tausende von Kontrollsiegeln und unzählige amtliche Formulare.¹⁷¹

Diese Fälscherzentrale, die innerhalb des europäischen Widerstandes eine der größten und bedeutendsten gewesen sein dürfte und die unter dem Namen »Persoonsbewijscentrale« oder »PBC« in die niederländische Geschichte eingegangen ist, wurde von Gerhard Badrian nur wenige Tage geleitet. Aufbau und Leitung hatten in den Händen des niederländischen Bildhauers und Widerstandskämpfers Gerrit van der Veen gelegen.¹⁷² Im Sommer 1942 hatte die PBC die Produktion aufgenommen. 65 000–75 000 Personalausweise sowie Tausende von amtlichen Schriftstücken wurden gefälscht. Ein Stab von etwa 100 Helfern sorgte für die Verteilung der Papiere. Der 38jährige Gerhard Badrian, der aus Beuthen in Oberschlesien stammte und den Beruf eines Kunstfotografen ausübte, hatte sich in die Widerstandsorganisation Gerrit van der Veens eingereiht und sich bei Fluchthilfe- und Sabotageaktionen ausgezeichnet.

So erschien er 1943 in SS-Uniform und mit gefälschten Übernahmescheinen auf dem Amsterdamer Polizeipräsidium und verlangte die Freigabe inhaftierter Widerstandskämpfer. In der Uniform eines deutschen Generals tauchte er in einem Krankenhaus auf, um eine Jüdin abzuholen, die zur Deportation freigegeben worden war. Zusammen mit Gerrit van der Veen und anderen Kameraden überfiel er am 29. April 1944 die niederländische Landesdruckerei in Den Haag. Diesmal trat Badrian als SD-Führer auf, der der Landesdruckerei zuvor telefonisch eine Kontrolle ankündigte. Der Coup gelang. Nach Betreten des Gebäudes wurde der Betriebsleiter überwältigt; 10000 Personalausweise wurden entwendet.

Kurz darauf folgte ein zweiter, lange geplanter Anschlag. In der Nacht vom 30. April zum 1. Mai 1944 versuchte die Gruppe, Häftlinge aus dem Gefängnis an der Weteringschans zu befreien. Das Unternehmen mißlang. Bei einem Schußwechsel wurde Gerrit van der Veen getroffen und eiligst in das Untergrundquartier zurückgebracht. Ein herbeigerufener Chirurg konnte nur eine Kugel entfernen, die zweite hatte sich am Rückgrat festgesetzt. Anzeichen einer Lähmung stellten sich ein. Den Rat seiner Freunde, in ein anderes Versteck auszuweichen, lehnte Gerrit van der Veen ab. Die Sicherheitspolizei erschien am 12. Mai. Am 10. Juni 1944 verkündete ein SS- und Polizeigericht gegen Gerrit van der Veen und sechs weitere Widerstandskämpfer die Todesurteile. Sie wurden noch am selben Tage vollstreckt.

Gerhard Badrian fiel einem Verrat zum Opfer. Nach der Übernahme der Fälscherzentrale kam er in Kontakt mit Betje W., einer Agentin des SD. Bei der Suche nach einem neuen Hauptquartier bot sie ihm eine Adresse in der Amsterdamer Rubensstraße an. Als Badrian am 30. Juni 1944 das Gebäude betreten wollte, erwartete ihn das Sonderkommando der Sicherheitspolizei. Er setzte sich zur Wehr. Während des Feuergefechtes wurde er tödlich getroffen. Seine beiden Begleiter wurden abgeführt, verhört und dann erschossen. Badrians Leiche soll zu einer Müllabladestelle gebracht und dort verbrannt worden sein. Sein Name wurde 1945 in die Ehrentafel niederländischer Widerstandskämpfer aufgenommen.

Anders als in Deutschland und in den Niederlanden existierte im benachbarten Belgien eine zentrale jüdische Widerstandsorganisation. Im Sommer 1942 etablierte sich das »Comité de défense des Juifs« (CDJ) und koordinierte die Rettungsaktionen.¹⁷³ Juden wurden gewarnt, den Deportationsaufrufen Folge zu leisten. Man versorgte die Untergetauchten mit Quartieren, Lebensmitteln und Papieren. Hilfsgelder wurden gesammelt und verteilt. Man verübte Anschläge auf Registrierstellen und Deportationszüge und schreckte nicht davor zurück, einen Repräsentanten des »Judenrates« (Association des Juifs de Belgique/AJB)¹⁷⁴ zu liquidieren, der von der SS zum Leiter des »Arbeitseinsatzes« bestellt worden war. Fast 4000 jüdische Kinder fanden bei belgischen Familien, kirchlichen Institutionen oder in Sanatorien ein Versteck. Fast die Hälfte der 1941 registrierten 42 000 Juden flüchtete in den Untergrund.

An den Schaltstellen des CDJ, das in enger Zusammenarbeit mit der belgischen Widerstandsbewegung operierte, saßen Juden verschiedenster Provenienzen.¹⁷⁵ Die meisten stammten aus Ost- und Südosteuropa, nur wenige waren in Belgien oder Holland geboren. Sie kamen vorwiegend aus dem kommunistischen und zionistischen Lager und vertraten atheistische, liberale und orthodoxe Glaubensrichtungen. Die heterogene Zusammensetzung, die durch die antifaschistische Grundeinstellung und den gemeinsamen Willen zur Rettung jüdischer Existenz zusammengeschweißt wurde, spiegelte die Herkunft und Ausrichtung der jüdischen Bevölkerungsgruppe in Belgien wider. Man kann nur darüber spekulieren, ob diese Struktur den Zutritt deutsch-jüdischer Flüchtlinge erschwert hat. In den Führungsstellen des Verteidigungskomitees befand sich, soweit bekannt, niemand, der einen deutschen Geburtsort aufwies. Erlebnisberichte und Gestapoakten belegen, daß etliche deutsch-jüdische Flüchtlinge in Belgien untergetaucht sind und daß sich einige den regionalen, vor allem den kommunistischen Widerstandsgruppen angeschlossen haben.

Diese Feststellung gilt auch für Frankreich, wo sich zahlreiche Widerstandsorganisationen formierten und sich eine starke jüdische Beteiligung

nachweisen läßt.¹⁷⁶ Hier können nur einige Beispiele für Rettungsaktionen deutsch-jüdischer Flüchtlinge vorgestellt werden. Aus dem hessischen Ort Sterbfritz stammte Max Dessauer,¹⁷⁷ der die jüdisch-kommunistische Hilfsorganisation »Solidarité« mitgegründet hatte und unter dem Decknamen »Mortfric« (»Sterbfritz«) untergetaucht war. Als die Deportationen einsetzten, brachte er eine Gruppe jüdischer Kinder in die Schweiz und errichtete mit Hilfe des Sekretärs des Bischofs von Lyon ein Auffanglager für untergetauchte Juden. Zusammen mit dem Abbé Glasberg, der sich in ganz entscheidendem Maß für die Rettung der Juden eingesetzt hatte,¹⁷⁸ baute Hanna Schramm im Department Gers ein Heim für 130 Jugendliche, darunter 120 Juden, auf, die später den Weg zu den Partisanen fanden. Rosette Schatz, eine Mitarbeiterin der »Union«, brachte jüdische Kinder von Paris in ein sicheres Gebiet auf dem Land.¹⁷⁹ Bei der Suche nach Quartieren und bei der Betreuung von Kindern half die 16jährige Henriette Dreifuß, die 1933 mit ihren Eltern aus Mannheim nach Frankreich gekommen war.¹⁸⁰

In den französischen Alpen, in Moissac, kündigt ein Denkmal von der Ermordung von sechs Widerstandskämpfern. Das jüngste Opfer war die 17jährige Marianne Cohen, die in Breslau geboren und 1935 mit ihren Eltern nach Mittelfrankreich verschlagen worden war. In der jüdischen Partisanengruppe des Emmanuel Racine fand sie Aufnahme und ihren Auftrag, jüdische Waisenkinder in die Schweiz zu schmuggeln. Am 31. Mai 1944 wurde ein Transport 200 Meter vor der Grenze aufgehalten. Zusammen mit 27 Kindern, die im Alter von vier bis 15 Jahren waren, hielt man Marianne Cohen im Gefängnis von Annemasse fest. Lange Verhöre folgten. Bemühungen, sie zu befreien, schlugen fehl; Marianne Cohen weigerte sich, die Kinder zu verlassen. Ihre Hinrichtung fand in der Nacht vom 3. zum 4. Juli 1944 statt. Dem Bürgermeister von Annemasse gelang es schließlich doch, die Kinder aus dem Gefängnis zu befreien und in Sicherheit zu bringen.¹⁸¹

Von der Existenz einer deutsch-jüdischen Fälschergruppe in Frankreich erhielt die Gestapo im Frühjahr 1943 Kenntnis. Vier Juden – drei Männer und eine Frau – waren mit einem Auto bei Narbonne in eine Straßenkontrolle geraten und noch an Ort und Stelle enttarnt worden. »Zwei Juden«, so hieß es in der Meldung »wichtiger staatspolitischer Ereignisse« vom 21. Mai 1943, »trugen die Uniform eines Majors und Hauptmanns der Luftwaffe. Der dritte, der sich in Zivil befand, trug Hoheits- und Parteiabzeichen der NSDAP. Die Jüdin wurde als Sekretärin ausgegeben«. Im Besitz der Festgenommenen fand man folgende Gegenstände: »34 Behörden- und sonstige Stempel, selbst entworfene und gedruckte Ausweispapiere, Diplomatenausweise, Marschbefehle, Inspektionsbücher, polizeiliche Mel-

dezettel, Kraftfahrausweise und eine Antrittsorder für die Deutsche Botschaft in Spanien in deutscher und in spanischer Sprache«.

Über die Herkunft der Gruppe und der Gegenstände brachten die Nachforschungen folgendes zutage: »Nach den bisherigen Ermittlungen handelt es sich um deutsche Emigranten, die die Stempel und Vordrucke bei verschiedenen Firmen in Brüssel und Lyon in Auftrag gegeben hatten. Die Uniformstoffe und Militäreffekten wurden zum Teil privat, zum Teil bei der Verkaufsabteilung der Luftwaffe in Paris, im deutschen Uniformhaus in Brüssel und im Uniformspezialhaus in Antwerpen erworben. Den Juden war es gelungen, in Amsterdam, Brüssel und Lyon mit den gefälschten Ausweisen Wehrmachtsquartiere und Lebensmittelkarten zu beziehen.«¹⁸² Weitere Nachforschungen wurden angestellt; die Ergebnisse lassen sich in der archivalischen Überlieferung nicht finden. Ebenso unbekannt sind die Namen dieser jüdischen Fluchthelfer, deren Schicksal man unschwer erraten kann. Die gesicherten Details belegen, daß die Gruppe als Teil eines verzweigten Netzes operiert hat. Die geographischen Hinweise deuten zudem darauf hin, daß sie die bekannte jüdische Fluchtroute in Westeuropa – den Weg von Holland über Belgien und Frankreich nach Spanien und Portugal – durch ihr Fälschungswerk mit ermöglicht und abgesichert hat.

Außerhalb des Herrschaftsbereiches des nationalsozialistischen Staates gab es zahlreiche jüdische Initiativen und Aktionen, um die europäischen Juden vor den Deportationen, aus den Ghettos und den Konzentrationslagern zu retten. Die geographischen Zentren lagen in den Vereinigten Staaten, in England und Palästina, in der Schweiz und in Schweden, in Spanien und Portugal. Es waren die großen Organisationen wie Jewish Agency, World Jewish Congress, American Joint Distribution Committee und kleinere Institutionen und Gruppen, die eine lebhaftere Aktivität entfalteten. Auch ihre Bemühungen setzten die Zusammenarbeit mit nichtjüdischen Institutionen voraus, insbesondere die Unterstützung durch ausländische Regierungen, Behörden und diplomatische Vertretungen. Obgleich die Geschichte dieses komplexen, wenig erfolgreichen und bislang kaum erforschten »Zusammenspielen« nicht mehr zum Thema dieser Arbeit gehört, soll ein Beispiel miteinbezogen werden. Es handelt sich um Aktionen, die in Portugal, also am Ende des westeuropäischen Fluchtweges, unternommen wurden und die sich mit zwei Namen verbinden, die ihren Platz in der deutsch-jüdischen Geschichte gefunden haben.

Als sich in den Wintermonaten 1942/43 die Nachrichten über die Deportationen, Massentötungen und Fluchtbewegungen verdichteten, entschloß sich die Jewish Agency in London, einen Emissär nach Lissabon zu entsenden.¹⁸³ Die Wahl fiel auf Wilfried Israel, der 1899 in England geboren, in Deutschland aufgewachsen und 1939 in sein Geburtsland zurückge-

kehrt war.¹⁸⁴ Der Großvater war ein englischer Rabbiner, der Vater der Besitzer eines bekannten Berliner Kaufhauses.¹⁸⁵ Wilfried Israel praktizierte seine Verbundenheit zum deutschen Judentum; er gehörte zum engen Freundeskreis Leo Baecks. Er fühlte sich ebenso einer Gruppe deutscher Zionisten verbunden und half beim Aufbau ihres Kibbuz in Hasorea. Solidarität bewies er, als er Hilfgelder und Papiere besorgte, um mittellosen deutschen Juden die Auswanderung zu ermöglichen. Ende März 1943 traf Wilfried Israel in Lissabon ein. Es gelang ihm, einen Kindertransport zusammenzustellen und nach Amerika zu leiten. Nachdem Einwanderungszertifikate für Palästina eingetroffen und die Vorbereitungen für den ersten Transport angelaufen waren, wurden die Operationen unterbrochen. Auf dem Weg nach London kam Wilfried Israel bei einem Flugzeugabsturz über der Biscaya am 1. Juni 1943 ums Leben.¹⁸⁶ Erst Ende Oktober 1943 traf sein Nachfolger ein: Perez Leshem, unter dem Namen Fritz Lichtenstein 1903 in Chemnitz geboren und seit 1932 Europadelegierter der zionistischen Gewerkschaftsbewegung Histadrut und der Jewish Agency.¹⁸⁷ Er erreichte, daß Ende Januar 1944 das erste Schiff nach Palästina auslaufen konnte. Unter den 750 jüdischen Flüchtlingen befanden sich 219 deutsche Juden und 334 Juden polnischer Herkunft, die in Deutschland und Österreich gelebt hatten. Weitere Transporte folgten. Mit ihnen gelangten etwa 2000 Juden nach »Erez Israel«.

Der Selbstmord

Die Flucht vor der nationalsozialistischen Verfolgung – sei es ins Ausland, sei es in den Untergrund – brachte eine radikale Veränderung der Lebensumstände, der räumlichen und menschlichen Umgebung, der sozialen Kontakte mit sich, war mit dem Verzicht auf primitivste Lebensbedürfnisse verbunden. Zu ertragen waren diese seelischen und körperlichen Belastungen, weil die Untergetauchten auf ein Leben nach der Verfolgung hofften, von der sie sicher waren, daß sie eines Tages enden würde. Viele Juden glaubten indes, daß sie diesen Belastungen nicht gewachsen seien, daß sie das Ende dieser Zeit des Hasses und der Verfolgung nicht erleben würden. Manche entschieden sich in dieser für sie ausweglos scheinenden Situation für die extremste Form der Flucht: Um sich dem physischen und psychischen Terror der Nationalsozialisten, der gesellschaftlichen und der persönlichen Ächtung in Deutschland zu entziehen, gaben sie sich selbst den Tod.

Für diese Einstellung und Handlungsweise finden sich historische Vorbilder. Sie gehen weit in die jüdische Geschichte zurück und verbinden sich

stets mit Phasen der Krise, der Verfolgung und Verzweiflung. Da gab es im Römischen Krieg die Selbsttötung der Zeloten auf der Festung Masada im Jahr 73. Die Besatzung stand vor der Alternative, sich den Römern zu ergeben, sich erschlagen oder in die Sklaverei führen zu lassen. Sie folgte der Aufforderung ihres Anführers, sich gegenseitig zu töten. Flavius Josephus nennt eine Zahl von 960 Männern, Frauen und Kindern. Im hohen und späten Mittelalter waren es mehrere Tausend, die sich in England, Frankreich und Deutschland das Leben nahmen, um den christlichen Verfolgungen und Zwangstaufen zu entgehen.¹⁸⁸ Zu den Schreckensbildern der Kreuzzüge und des »Schwarzen Todes« von 1348 gesellen sich die späteren Vertreibungen aus Spanien und Portugal sowie die Pogrome während des Chmielnickiaufstands im 17. Jahrhundert in Osteuropa. Auch diese signifikanten Einschnitte lösten Selbstmorde aus. Berichte, Klagelieder und Bußgebete wurden verfaßt; sehr schnell erhielten sie ihren Platz in der jüdischen Martyrologie, aus der man Glaubenskraft schöpfen und die eigene Weiterexistenz rechtfertigen konnte. Es mag dahingestellt bleiben, ob und inwieweit Erinnerungen an diese historischen Ereignisse noch im Bewußtsein der modernen, säkularisierten deutschen Juden im 20. Jahrhundert lebendig waren. Man wird davon ausgehen dürfen, daß sie während der Verfolgungszeit wohl kaum einen Einfluß auf die Entscheidung zum Selbstmord ausgeübt haben.

Dies gilt vermutlich ebenso für die religiösen Traditionen. Es muß hier dem Urteil der Rabbiner und Religionswissenschaftler überlassen bleiben, ob und inwieweit der Selbstmord gegen das jüdische Gesetz verstößt. Weder in der Bibel noch im Talmud wird er explizit verboten.¹⁸⁹ Erst posttalmudische Autoritäten sahen in ihm eine strafbare Handlung, ein Verbrechen gegen Gott. Sie legten zugleich aber auch in der Halacha – der Kodifizierung der religionsgesetzlichen Vorschriften – einen Ausnahmekatalog fest, und es ist sicher kein Zufall, daß der Selbstmord dort unter der Rubrik »Götzendienst« erschien. So wurde es Juden gestattet, sich selbst zu töten oder sich töten zu lassen, um dem Zwang zu entgehen, einen Mord zu begehen, einen anderen Glauben anzunehmen oder Inzest zu treiben. Mit anderen Worten: Man zog eine klare Trennungslinie zwischen Selbstmord und Märtyrertum, und es verstand sich von selbst, daß die eingangs genannten historischen Beispiele als eine besondere Glaubens- und Opferhaltung sanktioniert wurden. Man nannte sie »Kiddush ha-Shem«.

Es mag schließlich den Untersuchungen und Interpretationen von Soziologen und Psychologen, Psychoanalytikern und Medizinern vorbehalten bleiben, ob und inwieweit die Selbsttötungen von Juden – wie auch die anderer Personengruppen¹⁹⁰ – in bestimmten Krisen- und Verfolgungsphasen mit den gängigen Suizid- und Aggressionstheorien in Einklang zu brin-

gen und erfassbar sind.¹⁹¹ Fest steht, daß die Selbstmorde deutscher Juden oder Deutscher jüdischer Herkunft im Dritten Reich ein Ausmaß annahmen, das sie in den Rang eines Massenphänomens erhebt.

In unserem Zusammenhang müssen noch zwei weitere Probleme kurz angesprochen werden. Man kann darüber streiten, ob der Selbstmord überhaupt in den Bereich des Widerstands fällt. Die Einordnung ist problematisch und kontrovers. Nur wenige Historiker haben dafür plädiert, den Selbstmord als einen Akt des Widerstands zu interpretieren,¹⁹² eine Auffassung, die auf Ablehnung gestoßen ist und sich bislang in der Forschung nicht durchgesetzt hat. Folgt man jedoch der eingangs aufgestellten Definition, so stellt auch diese Handlungsweise eine Abweichung vom verordneten Modell dar. Sie durchkreuzte und »störte« den reibungslosen technisch-bürokratischen Ausschaltungsprozeß. Der Verstoß gegen die geforderte Norm wurde folglich nicht toleriert. Wo auch immer Juden sich das Leben nahmen – in ihren Wohnungen, in Krankenhäusern, in den Deportationszügen oder in den Konzentrationslagern –, die Nationalsozialisten ließen nichts unversucht, den Freitod zu verhindern. Selbst in der Phase der »Endlösung« bemühten sie sich, das Leben eines Selbstmörders zu retten, um es auf dem vorgeschriebenen Weg vernichten zu können.

Das zweite Problem ist, daß der Beschreibung und Interpretation des Suizidverhaltens aufgrund der fragmentarischen archivalisch-dokumentarischen Überlieferung enge Grenzen gesetzt sind. Die Daten und Hinweise lassen sich kaum nachprüfen und sind nur mit großer Vorsicht zu gebrauchen. Die deutsche Selbstmordstatistik, die im Kaiserreich einsetzt und die im Rahmen der Todesursachenstatistik erstellt wurde,¹⁹³ kennt keine Unterscheidung von Juden und Nichtjuden. Sie enthält zudem nicht die allgemeinen Zahlen für die Zeit des Zweiten Weltkriegs, die zwar erfaßt, aber aus propagandistischen Gründen nicht publiziert wurden und heute als verschollen gelten. Belege über Selbstmorde im Dritten Reich finden sich in zahlreichen Dokumenten, in einer Vielzahl von Erlebnisberichten und in einigen historiographischen Werken. Sie erlauben es aber nicht, ein umfassendes Bild zu entwerfen oder gesicherte quantifizierende Aussagen über Gesamtzahl, Beweggründe und Sozialstruktur zu machen. Sie stellen nicht mehr als Mosaiksteinchen dar, auf deren Grundlage sich Trendverläufe rekonstruieren, Schätzzahlen nennen, Einzelfälle illustrieren und einige Hypothesen aufstellen lassen.

Die deutschen Juden hatten sich schon vor 1933 in ihrem Suizidverhalten von der Gesamtbevölkerung unterschieden. Bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts – bis in den Vorabend der staatsbürgerlichen Emanzipation hinein – fielen sie durch eine niedrigere Selbstmordrate auf. In den Konfessionsstatistiken der deutschen Einzelstaaten dominierten jedenfalls – lediglich in

Bayern sah es etwas anders aus – die Katholiken und Protestanten. Mit dem Eintritt in das Bürgertum und mit dem sozialen Aufstieg änderte sich das Bild. Im Wilhelminischen Deutschland verzeichneten alle drei Glaubensgemeinschaften einen Anstieg der Suizidraten, aber die Juden setzten sich sehr schnell von den Christen ab und sorgten für eine neue Rangfolge. Sie verdrängten zunächst die Katholiken und dann die Protestanten vom ersten Platz. Dieser Wechsel spielte sich bereits vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs ab.

Der Trend setzte sich in der Weimarer Republik fort. Alarmierende Nachrichten über jüdische Selbstmorde trafen aus Preußen, aus den Großstädten und vor allem aus Berlin ein.¹⁹⁴ Im Jahr 1896 hatten sich in Preußen 81 Juden das Leben genommen; 1925 waren es 215. Damit entfielen auf 100 000 Juden in Preußen 53,2 Selbstmorde. Nur die Gruppe der Dissidenten kam mit 49,9 dicht an diesen Wert heran. Erst mit deutlichem Abstand folgten die Angehörigen christlicher Glaubensgemeinschaften. Auf 100 000 Katholiken kamen 13,5, auf 100 000 Protestanten 27,9 Selbstmorde. Die allgemeine Suizidquote für das Deutsche Reich betrug 24,5. Die höchsten Raten wurden in der Reichshauptstadt registriert. Im Jahr 1922 war die Zahl auf 117 emporgeschnellt. Auf 100 000 Berliner Juden kamen damit 68 Selbstmorde. Bei den Dissidenten waren es 53,8, bei Protestanten 42,3 und bei Katholiken 31,7.

Das rapide Ansteigen der jüdischen Selbstmordkurve löste in der Mitte der zwanziger Jahre unter den deutsch-jüdischen Repräsentanten eine Debatte aus, in der bereits das Wort von einer »Selbstmordepidemie unter deutschen Juden« fiel. In Zeitungen und Zeitschriften erschienen Berichte und Kommentare. Man organisierte Veranstaltungen und Hilfsaktionen und bemühte sich, die Ursachen aufzuhellen.¹⁹⁵ Bei allen unterschiedlichen Erklärungsversuchen bestand weitgehende Übereinstimmung darin, das Phänomen der größeren Häufigkeit des Selbstmordes unter Juden als Ergebnis der schnellen Assimilation und Akkulturation zu interpretieren, die sich vor dem Hintergrund der Industrialisierung und Urbanisierung vollzogen und zu tiefgreifenden Strukturveränderungen des deutschen Judentums geführt hatten.

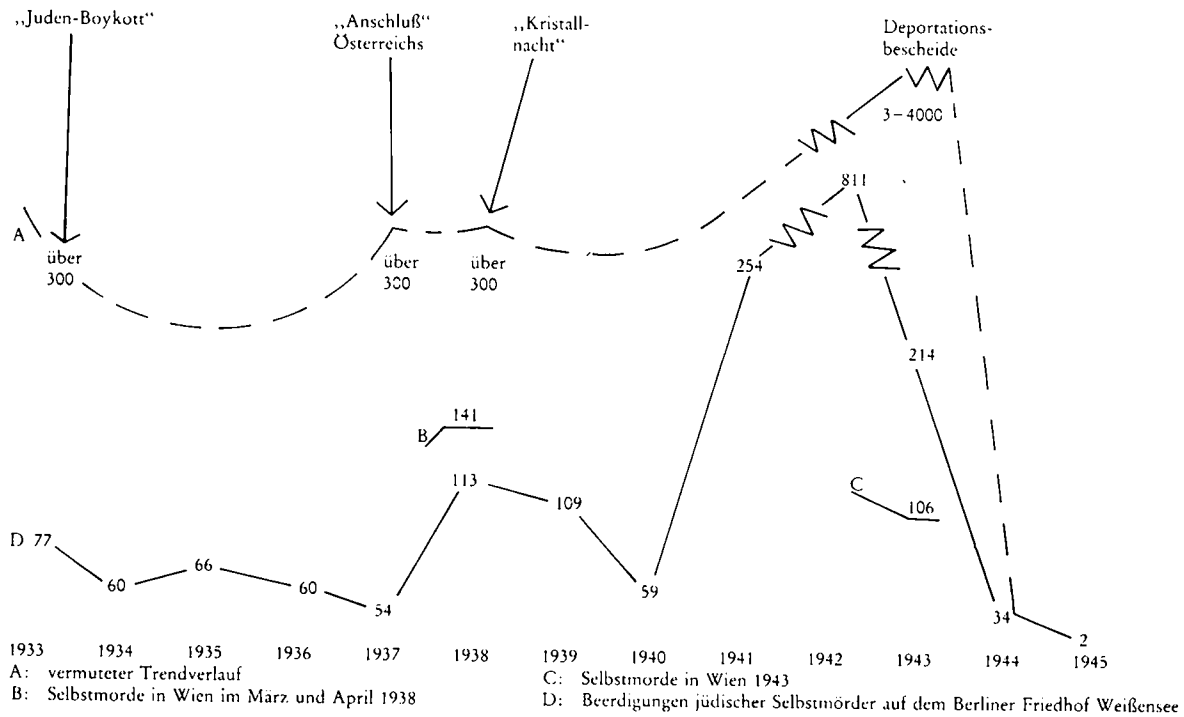
Die deutschen Juden hatten vorwiegend im Bürgertum und in den Großstädten, im Handel und in den freien und intellektuellen Berufen ihren Platz gefunden. Damit hatten sie nicht nur eine entsprechende, »auffallende« Sozial- und Berufsstruktur angenommen, sondern zugleich auch jene Prädispositionen, die ihre stärkere Suizidgefährdung bedingten, vor allem in Phasen wirtschaftlicher Krisen. Bei den Juden als fast ausschließlich bürgerlichem und urbanisiertem Bevölkerungsteil fiel dann auch die Suizidrate höher als die der Gesamtbevölkerung aus. Es mag dahingestellt

bleiben, ob die Unterschiede – wie allgemein behauptet – mit der Zeit immer kleiner geworden wären. Außer Frage steht – und Monika Richarz hat dies jüngst deutlich herausgestellt – daß sich »das jüdische Bürgertum ... wirtschaftlich gefährdet und zugleich politisch und sozial isoliert« sah.¹⁹⁶ Diese Sonderstellung, so könnte man meinen, schlug sich auch im Suizidverhalten nieder.

Ein neuer Abschnitt begann, als die Nationalsozialisten 1933 die Macht übernahmen und sich daran machten, die Juden aus allen sozialen Bereichen zu entfernen. Im Selbstmordverhalten der deutschen Juden nach 1933 spiegeln sich die verschiedenen Phasen und Ereignisse des Verfolgungsprozesses sowie der Zusammenbruch der deutsch-jüdischen Symbiose und der internationalen Solidarität wider. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich die Suizidkurve der Deutschen nach 1933 nahezu konstant weiter auf dem hohen Niveau hielt, das sich bereits in der Endphase der Weimarer Republik abgezeichnet hatte. Insofern wurde auch hier ein soziales Kontinuum gewahrt, oder anders formuliert: Weder die »nationale Revolution« von 1933 noch die Propagandaparolen von der »deutschen Volksgemeinschaft« schufen eine Gesellschaftsordnung, in der die Zahl der Selbstmorde rückläufig wurde. Im Gegenteil: In den »Friedensjahren« des Dritten Reichs nahmen sich 117 818 Personen das Leben. Die Quote je 100 000 Einwohner lag 1936 bei 28,6. Sie war mehr als doppelt so hoch wie in England (12,4).¹⁹⁷

In gänzlich anderen Bahnen verlief die Entwicklung der Suizidkurve bei Juden. Eine Kurve läßt sich rekonstruieren, die die enge Beziehung zwischen Verfolgung und Selbstmord aufdeckt. Ihr Verlauf zeigt, daß die nationalsozialistische Machtübernahme, der Anschluß Österreichs, die Pogrome der »Reichskristallnacht« und dann schließlich die Deportationsbescheide die Zahl der Selbstmorde sprunghaft in die Höhe trieben. Die Schlußfolgerung liegt nahe, daß in diesen konkreten historischen Momenten Verzweiflung und Resignation, das Gefühl der sozialen Deklassierung, der Entrechtung und Isolierung zu einer Intensität kulminierten, die den Abwehreffekt des Freitodes auslöste.

Das Jahr 1933 stand im Zeichen der nationalsozialistischen Machtübernahme und der Zertrümmerung der deutsch-jüdischen Lebensgemeinschaft. Schon in den ersten Wochen tobte sich eine antisemitische Terrorwelle aus, die mit dem berüchtigten »Judenboykott« vom 1. April ihren spektakulären Höhepunkt erreichte. Im Bewußtsein der deutschen Juden prägte sich die öffentliche Brandmarkung als ein tiefer Schock ein. Die Anfeindungen und Ausschreitungen, die willkürlichen Verhaftungen und die rasch folgenden Entlassungen von Juden aus dem Staatsdienst trieben bereits viele in den Selbstmord. 77 fanden allein in Weißensee – auf einem der drei Berliner Jüdischen Friedhöfe – einen Ruheplatz.¹⁹⁸ Zeitungen und



Exilpublikationen verbreiteten die Nachrichten über die Selbstmorde¹⁹⁹. Die meisten ereigneten sich in den Monaten April und Mai, in denen sich vermutlich zwischen 300 und 400 Juden nach dem »Judenboykott« das Leben genommen haben.

Einen solchen Fall benutzte die NSDAP, um eine Propagandaaktion zu starten, die ihresgleichen sucht, und die hier ausführlicher dargestellt werden soll, weil daran einmal etwas von den Motiven des Opfers sichtbar wird, zum anderen aber die menschenverachtende, schon 1933 den Wunsch nach Vernichtung der Juden zeigende Einstellung der Nationalsozialisten deutlich wird. Im Sommer 1933 hatte sich in Bad Cannstatt bei Stuttgart Fritz Rosenfelder das Leben genommen. Seinen christlichen Freunden hinterließ er einen Abschiedsbrief: »Ihr lieben Freunde. Hierdurch mein letztes Lebewohl. Ein deutscher Jude konnte es nicht über sich bringen, zu leben in dem Bewußtsein, von der Bewegung, von der das nationale Deutschland die Rettung erhofft, als Vaterlandsverräter betrachtet zu werden. Ich gehe ohne Haß und Groll. Ein inniger Wunsch beseelt mich: Möge in Bälde die Vernunft Einkehr halten. Da mir bis dahin überhaupt keine, meinem Empfinden entsprechende Tätigkeit möglich ist, versuche ich durch meinen Freitod meine christlichen Freunde aufzurütteln. Wie es in uns deutschen Juden aussieht, mögt ihr aus meinem Schritt ersehen. Wieviel lieber hätte ich mein Leben für mein Vaterland gegeben. Trauert nicht, sondern versucht aufzuklären und der Wahrheit zum Siege zu verhelfen. So erweist ihr mir die größte Ehre. Euer Fritz.«

Der »Nachrichtendienst« der NSDAP in Duisburg veröffentlichte diesen Brief im August 1933 und kommentierte ihn mit den Worten: »Wenn der Jude Fritz Rosenfelder geglaubt hat, damit die Deutschen in ihrer Einstellung zur jüdischen Rasse anderen Sinnes werden zu lassen, dann ist er umsonst gestorben. Aber wir denken jetzt, nachdem er tot ist, unsererseits ebenfalls an ihn ›ohne Haß und Groll«. Im Gegenteil, wir freuen uns über ihn und wir haben nichts dagegen, wenn seine Rassegossen sich in der gleichen Weise empfehlen. Dann hat nämlich tatsächlich ›die Vernunft in Deutschland Einkehr gehalten« und die Judenfrage ist auf einfache und friedliche Weise gelöst. Wir sind dann auch bereit, den Dahingeschiedenen das letzte Geleit zu geben und zu Ehren Jahwes drei donnernde Salven in die Luft zu schießen.«²⁰⁰

Nach dem Schock über den »Judenboykott« und dem Nachlassen des Verfolgungsdruckes fiel die Suizidkurve wieder ab. Diese Tendenz setzte sich auch nach der Verkündung der Nürnberger Gesetze vom September 1935 fort und bekräftigt die These, daß dieser historische Einschnitt weniger als eine Bedrohung, sondern als eine Klarstellung der sozialen Position empfunden wurde. Gleichwohl bestimmten die moralischen Diffamierun-

gen und sozialen Diskriminierungen weiter den Alltag der Judenverfolgung und lösten weiter Selbstmordhandlungen aus. In der Zeit vom 1. Juni 1934 bis zum 1. November 1936 wurden 85 Juden in Mannheim beerdigt. Der Rabbiner Geis berichtet, daß sich elf von ihnen »aus politischen Gründen« das Leben genommen hätten.²⁰¹ Im Herbst 1937 gab die Berliner Jüdische Gemeinde eine Untersuchung über die Sterbefälle in der Gemeinde heraus. Sie enthielt auch eine Aufstellung über die Selbstmorde. Danach waren in den Jahren 1932–1934 die Suizide weiter angestiegen. Entfielen in Jahren 1924–1926 auf 100000 Berliner Juden 68 Selbstmorde, so waren es nun bereits 70,2. Die Vergleichszahl für Nichtjuden lag bei 48,8. Die Gestapo intervenierte: Die Statistik mußte aus der Untersuchung herausgenommen werden.²⁰²

Die Selbstmordkurve schnellte im März 1938 wieder in die Höhe, als die Nationalsozialisten in Österreich einmarschierten und unverzüglich das Startzeichen zu einem Diffamierungs-, Verhaftungs- und Ausschaltungsfeldzug gaben, der die große Jüdische Gemeinde in Wien tief erschütterte. Die Verfolgungen und Selbstmorde in Österreich sorgten für Schlagzeilen in der ausländischen Presse. Im *Jewish Chronicle* sprach man am 25. März 1938 von 1700 Selbstmordfälle. Vier Tage später spielte Joseph Goebbels in einer Rede vor Mitgliedern der NSDAP die ausländischen Meldungen mit den Worten herunter, wenn man heute die Auslandspresse höre, so bekomme man den Eindruck, als ob sich in Wien »täglich ein paar tausend Juden erhängen, erschießen oder vergiften. Es sind in Wien augenblicklich nicht mehr Selbstmorde zu verzeichnen als früher, nur mit dem Unterschied: Früher haben sich die Deutschen erschossen, und jetzt sind auch Juden darunter.«²⁰³

Weder Goebbels noch der *Jewish Cronicle* entwarfen ein wahrheitsgetreues Bild. An der offiziellen österreichischen Selbstmordstatistik lassen sich die Zahlen ablesen:²⁰⁴

1938	Januar	Februar	März	April
Nichtjuden	88	62	213	138
Juden	5	4	79	62

Herbert Rosenkranz weist darauf hin, daß fast alle Selbstmorde »still« und »unbemerkt« verübt wurden. Ein alter Professor der Kinderheilkunde hinterließ einen Abschiedsbrief, in dem er schrieb: »Ich habe 60000 Kindern das Leben gerettet, nun muß ich es mir selbst nehmen«. Als »gewaltsamen Protest« stuft Rosenkranz die Selbsttötung eines Juden ein, der laut schreiend in ein Wiener Kaffeehaus stürzte und sich vor den Augen der Gäste die

Kehle durchschnitt. Nur ein einziger Fall dieser Art ist überliefert.²⁰⁵ Auch in den folgenden Wochen rissen in Wien die Selbstmorde nicht ab, und ein englischer Beobachter schrieb im Jahre 1939: »The way out for many in Vienna was not emigration but suicide.«²⁰⁶

Im November 1938 gingen im Großdeutschen Reich die Synagogen in Flammen auf. Die Pogrome der »Reichskristallnacht« und der sich anschließende verschärfte Druck auf die Juden trieben die Zahl der Selbstmorde in die Höhe. Sie dürfte zwischen 300 und 500 gelegen haben. Fünf Suizidfälle wurden in Düsseldorf registriert.²⁰⁷ Zehn Juden nahmen sich in Nürnberg das Leben.²⁰⁸ Der Oberbürgermeister von Ingolstadt meldete am 1. Dezember 1938: »Die Aktionen gegen die Juden wurden rasch und ohne besondere Reibungen zum Abschluß gebracht. Im Verfolg dieser Maßnahme hat sich ein jüdisches Ehepaar in der Donau ertränkt.«²⁰⁹ Aus der kleinen Ortschaft Bayerisch Gmain erfuhr man, daß sich die 67jährige verwitwete Jüdin und Schauspielergattin Klara Dapper mit Veronal vergiftet hatte, nachdem Ortsbewohner ein Plakat an ihren Haus angebracht hatten, das die Aufschrift trug: »Alle Juden endlich einmal heraus!«. Charakteristisch für den Antisemitismus dieser Region ist, daß mehrere Ärzte im nahegelegenen Bad Reichenhall es abgelehnt hatten, die Behandlung der Jüdin zu übernehmen. Drei Tage lang hatte Klara Dapper mit dem Tode gerungen. Die Polizei sah sich veranlaßt, eine Untersuchung in die Wege zu leiten. Sie brachte in Erfahrung, daß Klara Dapper bereits 1907 aus der jüdischen Gemeinde ausgetreten war und seit der »Kristallnacht« in der ständigen Angst gelebt hatte, aus ihrer Wohnung vertrieben zu werden. Die Nachbarn kannten ihre Ankündigung, daß »sie lebend ihre Villa nicht verlassen werde«. Nachbarn und Behörden konnten nach ihrem Selbstmord beruhigt feststellen: »Die Ortschaft Bayerisch Gmain ist somit judenfrei.«²¹⁰

Die Deportationen sorgten schließlich endgültig dafür, daß die deutschen Wohn- und Herrschaftsbereiche »judenfrei« wurden. Für die deklasierten und isolierten Juden bedeuteten die Deportationsaufforderungen die Aufgabe einer letzten, noch vertrauten Existenz. Der amtliche Bescheid, ihre Wohnungen zu räumen und sich zur »Evakuierung« fertig zu machen, löste daher bei vielen den Entschluß aus, in den Freitod zu gehen. Mit dem Beginn der Deportationen erreichte die Suizidkurve ihren Höhepunkt.

Bereits im Oktober 1940 wurden die Juden in Baden und in der Rheinpfalz deportiert. Etwa 7000 erfaßte die Gestapo im Zuge der »Bürckel-Aktion«. Man gewährte ihnen eine kurze Frist, die zwischen einer Viertelstunde und zwei Stunden schwankte, um sich auf die »Evakuierung« nach Südfrankreich vorzubereiten. Am 30. Oktober berichtete die Gestapo in

Karlsruhe: »Eine Anzahl von Frauen und Männern nutzte diese Frist, um sich der Verschickung durch Freitod zu entziehen.«²¹¹. Acht Juden nahmen sich in Mannheim das Leben. Der Kinderarzt Eugen Neter erinnert sich: »Die Verhaftung und Ankündigung des Abtransportes bedeutete für die Betroffenen ein furchtbares Erleben. Es konnte nicht ausbleiben, daß manche Seele diese Prüfung nicht bestand. Im Laufe der ersten Stunden der Aktion erfolgten mehrere Fälle von Selbstmorden und Selbstmordversuchen. In Mannheim waren es – bei 2500 Abtransportierten – ungefähr zehn Fälle, ebenso viel in Baden-Baden – bei kaum 100 Gemeindemitgliedern.«²¹²

Ein Jahr später – am 18. Oktober 1941 – wurden die ersten Juden aus Berlin »abgeschoben«. Es waren 1013 Männer, Frauen und Kinder, die nach Lodz, damals Litzmannstadt, deportiert wurden. 179 Deportationen folgten.²¹³ Die Gestapo sprach von »Wellen«. Sie stellte »Osttransporte« und »Altentransporte« zusammen, mit denen sie insgesamt 35 738 Juden in die Vernichtungslagers des Ostens und 14 797 Juden in das »Altersghetto« von Theresienstadt brachte. Jede Deportationswelle löste eine Selbstmordwelle aus. Hildegard Henschel, die Frau des letzten Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Berlin, berichtet über die Anfänge: »Natürlich waren in den Tagen vorher schon Gerüchte über die bevorstehende Evakuierung nach dem Muster von Stettin, Schneidemühl und Baden umhergeschwirrt, aber man glaubte nicht an eine kurzfristige Verwirklichung. Um so überraschter war man, man widersetzte sich nicht, aber in vielen Fällen machte man durch das Einnehmen von Veronal allen Zweifeln ein Ende.«²¹⁴

Im Jerusalemer Eichmannprozeß trat Hildegard Henschel als Zeugin auf:

»Staatsanwalt: Gab es eine Möglichkeit, sich der Deportation zu entziehen?

Zeugin: Nur den Selbstmord ... Die Selbstmorde begannen unmittelbar vor dem ersten Transport nach Litzmannstadt und steigerten sich in einem sehr schnellen Tempo. Die Leute nahmen Veronal, zum Teil auch Zyankali.

Staatsanwalt: Frau Henschel, ich glaube, Sie erinnern sich an eine runde Zahl von Selbstmorden zwischen dem Oktober 1941 und Anfang 1942?

Zeugin: Es waren rund 1200.

Staatsanwalt: Das nur unter den Berliner Juden?

Zeugin: Ja ...«.²¹⁵

Am 15. Oktober 1941 wurde in Wien der erste Transport nach Lodz in Marsch gesetzt. 19 Juden, deren Namen auf den Deportationslisten standen, nahmen sich das Leben. Durch Sturz aus dem Fenster starben fünf

Personen, durch Leuchtgas fünf, durch Erhängen vier, durch Schlafmittel drei, durch Ertrinken einer, in einem Fall ist die Tötungsart unbekannt.²¹⁶ Innerhalb von drei Wochen verbuchte die Gestapo in Wien 84 Selbstmordversuche. Der Deportationsaufruf vom 15. Mai 1942 löste elf Selbsttötungen aus.²¹⁷

Am 20. März 1942 wurden 1000 Juden aus Hessen nach Lublin verschleppt. Der jüdische Verbindungsmann Michael Oppenheim wurde am 27. März zur Gestapo zitiert. In seinem Diensttagebuch hielt er den folgenden Dialog fest: »Herr Schertel: Warum so viele Selbstmorde? Wieso war Abwanderung vorher in Mainz bekannt? Ich: Von arischen Leuten wurde der Termin der Abwanderung bereits vorher erzählt. Familie Nathan hatte sogar nähere Kenntnis über Tag und Ziel des Transportes.« Drei Tage später gab Oppenheim der Gestapo die Namen von sechs Selbstmördern an, »die von ihrer bevorstehenden Abwanderung Bescheid wußten«. Im Mai 1942 weigerte sich Ida Levy, ihre Mainzer Wohnung zu räumen. Sie nahm sich das Leben. Oppenheim nahm an: »Freitod durch Verhungern«. Anfang September 1942 wurde er erneut um die Aufstellung einer Deportationsliste gebeten und aufgefordert, auch für »Kranke, Alte usw. Bahren bereitzustellen«. Zwischen dem 6. und 16. September verübten 13 Juden Selbstmord. Andere verschoben diesen Entschluß auf die späteren Abholtermine. Der gewissenhafte Oppenheim notiert: »1. 4. 1943. Lissmann wegen Krankheit nach 1 oder 2 Tagen bestellen, er bringt sich bald darauf um ... 7. 4. 1943: zum 8. laden: Ernst Hannemann, er nimmt Gift und stirbt in einigen Tagen.«²¹⁸

Über »Ausfälle« klagte auch die Stapoleitstelle in Düsseldorf, als sie die großen Transporte nach Lublin zusammenstellte.²¹⁹ Wiederholt wies der Regierungspräsident von Ober- und Mittelfranken auf Selbstmordfälle hin. In seinem Monatsbericht vom Mai 1942 heißt es: »Am 24. März wurden 781, am 25. April 105 Juden nach dem Osten evakuiert. Außer einigen Selbstmorden und Selbstmordversuchen sind keinerlei Störungen eingetreten.«²²⁰ In Oberbayern wurden im Juni und Juli 1942 17 Selbstmorde gezählt.²²¹ Am 28. August 1942 mußte die Gestapo in Würzburg ihre Deportationsliste auffüllen, da fünf ältere Jüdinnen aus Aschaffenburg durch Selbstmordversuche »ausgefallen« waren.²²²

Hildegard Henschel schreibt über die Entwicklung in Berlin: »Im November 1942 stieg die Selbstmordkurve erschreckend an, es gab längst eine besondere Abteilung im Jüdischen Krankenhaus, Betten hatte man für die meist schon sterbend Eingelieferten nicht mehr in genügender Zahl, viele lagen auf Holzpritschen, Massagebänken und ähnlichen Behelfsmitteln.«

Die große »Razzia« der Gestapo vom 27. Februar 1943 löste einen weiteren Schub aus. »Man war wie gelähmt, man tat erst gar nichts, bis die ersten

Selbstmörder eingeliefert wurden. Es gab Fensterstürze, man warf sich unter die Autos, man nahm Veronal, auch Zyankali, die besonders vorsichtige Menschen nie von sich ließen, es war grauenhaft.«²²³ In einem anderen Erlebnisbericht heißt es: »An einem Tage wurden in Berlin 87 Juden beerdigt. In einem Fall hatten 7 Personen eines Haushaltes, als sie die Nachricht erhielten, daß sie ihre Wohnung räumen mußten, durch Einnahme von je 25 Veronaltabletten Selbstmord begangen. Sechs von ihnen starben. Die siebente Person wurde ins Leben zurückgerufen und erhängte sich nach der Entlassung aus dem Krankenhaus.«²²⁴

Das Ausmaß dieser Selbstmordepidemie entzieht sich einer gesicherten Quantifizierung. Der Statistiker Bruno Blau, der mit einer Nichtjüdin verheiratet und schwerkrank als Gestapohäftling im Oktober 1942 in das Jüdische Krankenhaus Berlin eingeliefert worden war, wo er die Befreiung erlebte,²²⁵ vermutet, daß ein Viertel aller Todesfälle unter den Berliner Juden in den Jahren 1941 / 1942 auf Selbstmorde zurückging.²²⁶ Auf einer Mitteilung der Jüdischen Gemeinde Berlin beruht die Ziffer, die Herbert A. Strauss angibt. Ihm wurde 1942 – kurz vor seiner Flucht in den Berliner Untergrund – anvertraut, daß sich 10 % der Berliner Juden, die zu den Deportationen eingeteilt worden waren, das Leben genommen hätten, das wären bis zu diesem Zeitpunkt etwa 2000 gewesen.²²⁷ Überliefert ist die Zahl von 1279 jüdischen Selbstmördern, die in den Jahren 1941 bis 1943 auf dem Friedhof Weißensee beigesetzt wurden.²²⁸ Man darf annehmen, daß Bestattungen von Selbstmördern auch auf den beiden anderen jüdischen Friedhöfen in Berlin stattgefunden haben. Zwischen 2000 und 3000 dürfte deshalb die Zahl der Berliner Juden gelegen haben, die sich allein während der Deportationszeit das Leben genommen haben. In Württemberg verübten etwas mehr als 10 % aller zur Deportation Bestimmten – 260 von 2500 – Selbstmord.²²⁹ Zieht man die Angaben aus anderen Regionen hinzu, so erreicht man für die Deportationsphase eine Zahl von 3000–4000 Selbstmordopfern.

Rechnet man schließlich die Selbstmorde und Selbstmordversuche vor dem Beginn der Deportationen, im Exil und in den besetzten Gebieten sowie in den Konzentrationslagern hinzu, so dürfte man auf eine Gesamtzahl stoßen, die knapp unter 10000 liegt. Selbst wenn man nur die Mindestzahl von 5000 Suizidfällen für die Zeit des Dritten Reichs ansetzt, so bedeutet das, daß knapp 1 % der 1933 in Deutschland lebenden 525000 Juden Selbstmord begangen hat. Geht man von einer Mindestzahl von 3000 Suizidhandlungen während der Deportationsphase aus und korreliert man sie mit der Zahl von 134000 deportierten Juden, so entzogen sich 2 % aller Juden der Deportation durch den Freitod. In Berlin lag dieser Anteil bei 4 %.²³⁰

Die Selbstmorde stellten die Nationalsozialisten tatsächlich vor einige Probleme. Als die Deportationen einsetzten, wurden die Stapoleitstellen sowie die an den »Evakuierungen« mitwirkenden Polizeidirektionen, Landräte und Ortsbehörden angewiesen, »alle Ausfälle (durch Selbstmord usw.) unverzüglich mitzuteilen«. ²³¹ Eine Meldung ging auch dem Reichsfinanzministerium zu, das für den Raub der materiellen Güter der Deportierten zuständig war. Als am 25. November 1941 mit der 11. Durchführungsverordnung zum »Reichsbürgergesetz« dekretiert wurde, daß mit dem Überschreiten der Landesgrenze das Vermögen der Deportierten dem Deutschen Reich zufalle, fanden eifrige Finanzbeamte heraus, daß man auf der Grundlage dieser Verordnung nicht das Vermögen jener Juden einziehen könne, die sich während der »Bürckel-Aktion« in Baden das Leben genommen hatten. ²³² Für Abhilfe wurde gesorgt: Die Selbstmörder wurden den Deportierten gleichgestellt. Die Gestapo in Frankfurt/M. entschied am 21. August 1942: »Sollte ein Jude aus Anlaß der Evakuierung Selbstmord begehen, so ist sinngemäß genauso zu verfahren, als wenn er abtransportiert wäre. Ich bitte jedoch darum, den erfolgten Freitod auf den Verhandlungsbogen ausdrücklich zu vermelden.« ²³³

Das staatlich-bürokratische Verfahren verlangte es zuweilen, sogar die Konfiszierung des Vermögens im Deutschen Reichs- und Preußischen Staatsanzeiger publik zu machen. Eine knappe Verlautbarung erschien, in der der Selbstmord verschwiegen wurde. Man begnügte sich mit dem Hinweis, daß gegen diese Verfügung keine Rechtsmittel eingelegt werden dürften. Auch privaten Anfragen nach den Selbstmördern oder den Deportierten schob die Gestapo einen Riegel vor. In den Einwohnermeldeämtern wurde hinter den Namen und Adressen der »abgemeldeten Juden« die Vermerke »unbekannt verzogen« oder »ausgewandert« gesetzt. In der SS-Zentralstelle für Jüdische Auswanderung von Amsterdam fand sich nach einem Selbstmordfall der Vermerk: »Inventarisieren und weitere bekannte Maßnahmen treffen«. ²³⁴

Gestapobeamte tauchten regelmäßig in den Behandlungsräumen jüdischer Ärzte auf, um die ausgestellten Rezepte zu überprüfen. Die Ärztin Edith Kramer erinnert sich an diese Besuche wie auch an die zahlreichen Fragen ihrer Patienten und Bekannten nach den wirksamsten Schlafmitteln und der Höhe der tödlichen Dosis. ²³⁵ Sie wurde auch hinzugezogen, wenn es galt, Totenscheine zu unterschreiben oder die Bewußtlosen ins Jüdische Krankenhaus zu überweisen. Gestapobeamte erschienen ebenso regelmäßig in den Hospitälern, um die geretteten Patienten für den nächsten Transport abzuholen. Im Jüdischen Krankenhaus Hamburg war die Situation ähnlich: »Einen hohen Anteil an den Kranken stellte die Gruppe der Selbstmordfälle dar. Diese Erscheinung löste häufig Besuche von Stapo-Beamten

aus, die feststellen wollten, wo die betreffenden Selbstmordkandidaten sich die Mittel für ihren Versuch beschafften. Trotz dieses verstärkten Interesses ist in verschiedenen Fällen durch Verabreichung von Dolantin u. ä. in verstärkter Dosis ein Selbstmordversuch vorgetäuscht worden, besonders dann, wenn man in Kürze mit einem Stapobesuch zu rechnen hatte. Die Wirkung dieser Maßnahme für das Schicksal der Betroffenen war jedoch nur aufschiebend, und ein solcher Selbstmordkandidat hatte mit um so größerer Sicherheit mit der Einteilung für den nächsten Transport zu rechnen. Der Abtransport der Kranken bei Deportationen hatte auf möglichst unauffällige Weise zu erfolgen ... Ein Möbelwagen fuhr vor, in dem die Kranken untergebracht wurden.«²³⁶

In ärztlichen Kreisen wurde über eine »Sterbehilfe« diskutiert. Der Rabbiner Zvi Asaria erlebte es in Köln: »Die verzweifelte Lage nahm vielen die letzte Hoffnung. Jede neue Deportation hatte neue Selbstmorde zur Folge. Die Ärzte berieten flüsternd unter sich, ob es noch einen Sinn habe, das Leben der Patienten zu retten, oder ob man ihnen nicht die letzte Gnade gewähren sollte, leicht zu sterben.«²³⁷ Edith Kramer, die im Juni 1942 in ein Arbeitslager bei Posen und von dort nach Theresienstadt verschleppt wurde, erinnert sich, daß in Berlin eine Versammlung jüdischer Ärzte einberufen wurde. Es soll keine Gegenstimme laut geworden sein, als sie dahin tendierten, die Selbstmordpatienten sterben zu lassen. Ärzte im Jüdischen Hospital waren allerdings »geteilter Meinung«. Im Bericht des Leiters der neuropsychiatrischen Abteilung Hermann Pineas heißt es dazu: »Auf die Innere im Parterre kamen in bestimmte Zimmer die Suizidfälle, die sich in der Ära der Abholungen zum Sammellager ungeheuer vermehrten. Das ›Mittel der Wahl‹ war Veronal, bzw. Phandodorm, jedenfalls Barbitursäure, das sich in riesigen Mengen im Besitz der Unglücklichen befand. Die Kollegen der Inneren Abteilung waren geteilter Meinung, ob es besser sei, die Kranken dieser Art zu retten oder sie ruhig einschlafen zu lassen. Die Mortalität war jedenfalls riesengroß.«²³⁸ Andere Ärzte verweigerten die »Sterbehilfe«. Im Herbst 1942 stand die zur Zwangsarbeit verpflichtete Camilla Neumann kurz vor dem Suizid – »mürbe und müde des Lebens, der Angst und des Grauens müde«. Sie schreibt weiter: »Ich faßte nun den Entschluß, meinem Leben selbst ein Ende zu machen. Ich ging zu unserem guten Dr. Lissner und bat ihn um Veronal. Er verweigerte es mir. Er selbst hat sich aber acht Tage später vergiftet.«²³⁹

Selbstmorde und Selbstmordwellen hat es auch außerhalb der deutschen Landesgrenzen gegeben. Bekannt sind die Namen renommierter Emigranten, die sich das Leben nahmen. Ernst Toller, Arnold Zweig und Kurt Tucholsky gehörten zu ihnen. Die Namen und Schicksale anderer Flüchtlinge tauchen in Todesanzeigen, Zeitungsberichten und Selbstmordlisten auf.

Als im Mai 1940 die Niederlande überfallen wurden, nahmen sich 150 Juden das Leben. Einige Hundert waren es, als in den Jahren 1942/1943 die Deportationszüge das Land verließen. Auch die Besetzung Frankreich löste Selbstmordhandlungen aus. Als im Juli 1942 in Paris der erste Transport in den Osten abging, schnellten auch hier die Zahlen sprunghaft in die Höhe. In Osteuropa waren es vorwiegend Mitglieder von Judenräten oder Widerstandskämpfer, die in aussichtslosen Situationen die Flucht in den Freitod antraten.

Nur wenig ist über den Selbstmord in den Konzentrations- und Vernichtungslagern bekannt. Jeder Versuch, die Suizidzahlen zu ermitteln, scheitert an den unzureichenden bzw. gefälschten Angaben der SS über die Todesursachen.²⁴⁰ Ebenso aussichtslos ist es, den Anteil der jüdischen und nichtjüdischen, der deutschen und ausländischen Häftlinge zu bestimmen. Die verstreuten Hinweise in den Quellenresten und in der Literatur deuten darauf hin, daß der Gedanke an Selbstmord vornehmlich in der ersten Phase der Lagerhaft gefaßt und mit zunehmender Haftdauer entweder durch den wiedererwachten Überlebenswillen oder durch das kollabierende »Muselmann-Syndrom« verdrängt wurde. Die These liegt nahe, daß nach dem ersten Schock und der Anpassung an die unmenschlichen Bedingungen der neuen Lagerwelt für die meisten Häftlinge der Tod seinen Schrecken verlor und zu einer vertrauten Alltagserscheinung wurde.²⁴¹ Das Vegetieren im Grenzbereich des Todes – und das bedeutete die Weiterexistenz in den Lagern – engte den Weg in den Freitod ein.

Für Dachau und Buchenwald sind nur wenige Suizidfälle überliefert. Im KL Flossenbürg kam es wiederholt vor, daß »ältere oder schwächliche Juden an den Drahtzaun krochen und die Turmposten baten, sie zu erschießen.«²⁴² In den Sterbebüchern der Gemeinde Flossenbürg findet sich ein Vermerk, daß bis zum Sommer 1942 72 jüdische Häftlinge den Tod fanden. In 16 Fällen wurde »Schußverletzung« als Todesursache angegeben. Einige Hundert Selbstmordfälle wurden in Mauthausen registriert. Auch hier lief die überwiegende Zahl in die elektrisch geladenen Stacheldrahtzäune oder wurde von den Wachposten erschossen,²⁴³ eine Selbsttötungsart, die ebenso in Auschwitz und anderen Lagern dominierte. Im Lager-Jargon hieß das: »In die Drähte laufen.«²⁴⁴ Im Frankfurter Auschwitzprozeß erinnerte sich ein Zeuge: »Als noch im Lagerabschnitt BIb in Birkenau Männer inhaftiert waren, mußte ich als Leichenträger täglich den Zaun abgehen und die Zahl der Erschossenen aufnehmen. Es waren in der Regel Selbstmörder, die über Nacht in den Zaun gelaufen sind. Die Zahl war verschieden. Bei holländischen Transporten war sie sehr hoch. Ich erinnere mich, daß sie einmal auf 30 gestiegen ist. Bei slowakischen Transporten war sie gering, vielleicht fünf bis zehn. Der Durchschnitt dürfte bei acht bis zwölf täglich

gewesen sein. Meistens waren es neue Häftlinge, die in den Draht gelaufen sind, aber auch solche, die schon länger im Lager waren.«²⁴⁵ Zahlreiche Selbstmorde sind für Treblinka bezeugt. Jean-François Steiner beschreibt sie, und vor allem eine Technik des Erhängens, die unter »guten Freunden« praktiziert wurde. Das Los entschied, wer sich als erster aufhängen und damit rechnen durfte, daß der Freund durch das rasche Wegrücken der Stehfläche für einen schnellen Tod sorgte.²⁴⁶

Die SS ließ die Selbstmordversuche nicht straffrei passieren. Im Sobibor-prozeß wurde festgestellt: »Häftlingen, die Selbsttötungsversuche unternahmen und zum Morgenappell noch fehlten, wurde übel und in beispiellosem Zynismus mitgespielt. Sie wurden zur ›Abschreckung‹ der angetretenen Arbeiter erschossen, wobei des öfteren eine warnende Ansprache gehalten wurde, daß nur den Deutschen das Recht zu töten zustehe, Juden aber nicht einmal das Recht hätten, sich selbst zu töten.«²⁴⁷

Eine andere Form der Bestrafung praktizierte die SS in Theresienstadt, das auch in anderer Hinsicht eine Sonderstellung unter den Lagern einnahm. Etwa 140 000 Juden wurden in dieses Lager verschleppt. 33 500 fanden hier den Tod, 88 000 wurden weiterdeportiert. Wer einen Selbstmordversuch unternahm und am Leben blieb, wurde auf die berüchtigte Kleine Festung gebracht. Familienangehörige verfielen der »Sippenhaft«. Häftlinge, die Selbstmordhandlungen verschwiegen und damit der Meldepflicht nicht nachkamen, wurden ebenfalls zur Rechenschaft gezogen. Dies galt vor allem auch für die Lagerärzte, die Selbstmorde aus Furcht vor den Repressionen möglichst vertuschten, indem sie – was wiederholt vorkam – Herzversagen als Todesursache angaben.²⁴⁸ Die Zahl der Selbstmorde und Selbstmordversuche dürfte deshalb höher gewesen sein, als die offiziell bekannt gewordenen Daten erkennen lassen. Adler nennt für Theresienstadt eine Zahl von 273 Selbstmorden und 211 Selbstmordversuchen.²⁴⁹

1941	2 Fälle
1942	264 Fälle
1943	164 Fälle
1944	54 Fälle ²⁵⁰
1945	kein Fall

Die Tötungsarten bis 1943:

Gift (meist Veronal):	285 Fälle
Schnittwunden:	65 Fälle
Fenstersprung:	45 Fälle
Erhängen:	35 Fälle

Einige Hypothesen lassen sich an Hand dieser Zahlen aufstellen. Selbst wenn man die Dunkelziffer der vertuschten Selbstmorde berücksichtigt, fällt die Zahl der Selbstmorde und Selbstmordversuche – gemessen an der

Gesamthäftlingsstärke – relativ gering aus. Die niedrige Rate spricht für den Lebenswillen der Häftlinge. Die fallende Suizidrate bestätigt die eingangs getroffene Feststellung, daß mit zunehmender Haftdauer die Suizidgefährdung abnahm. Adler weist darauf hin, daß bis Ende 1943 nur in 58 Fällen die Angst vor einer Weiterdeportation den Selbstmord ausgelöst hat.²⁵¹

Man kann ferner davon ausgehen, daß die jüdische Suizidrate in Theresienstadt höher als in anderen Lagern gewesen ist. Dieses Phänomen erklärt sich aus der besonderen Sozial- und Altersstruktur. Theresienstadt galt – neben seiner Funktion als Transitlager – als ein privilegiertes »Altersghetto«. Die Häftlinge stammten vorwiegend aus Böhmen und Mähren, aus Deutschland und Österreich. Bei allen nationalen Unterschieden und Animositäten, die in der Theresienstädter Zwangsgemeinschaft sichtbar wurden, dominierend war und blieb das assimilatorische Element, die enge Bindung an die deutsche Sprache und Kultur. Nach Theresienstadt kamen Juden über 65 Jahre; Kriegsversehrte oder dekorierte Frontkämpfer mit ihren Familien; die als »Geltungsjuden« eingestuft »Halbjuden«,²⁵² Juden aus »Mischehen« oder getaufte Juden sowie die Gruppe der »Prominenten«, der ausgesuchten Repräsentanten des jüdischen Establishments. Fast die Hälfte aller Häftlinge war älter als 60 Jahre;²⁵³ das Durchschnittsalter der Selbstmörder betrug 62 Jahre.²⁵⁴ Kein anderes Lager wies eine derartige Alters- und Sozialstruktur auf. In der Regel wurden in den anderen Vernichtungsstätten die älteren Menschen unmittelbar nach ihrer Ankunft umgebracht; eine befristete Überlebenschance wurde allein den Jüngeren, den »Arbeitsfähigen«, gelassen.

Von hier aus läßt sich wieder ein Bogen zu den jüdischen Suizidhandlungen vor den und während der Deportationen spannen und zeigen, daß hohes Alter und Assimilationsstärke die entscheidenden Merkmale gewesen sind. Die Überalterung der deutschen Juden und ihre fortschreitende Deklassierung und Isolierung fanden in der hohen Suizidrate ihren Niederschlag. Ihre »abnormale« Altersstruktur hatte sich schon im Kaiserreich und in der Weimarer Republik abgezeichnet. 1933 waren 16,3 % aller deutschen Juden älter als 60 Jahre. Die Verfolgungs- und Vertreibungswellen beschleunigten den Prozeß der Überalterung. Es waren in erster Linie die Jüngeren, die sich zur Auswanderung entschlossen. 1941 waren bereits 36,4 % der noch in Deutschland ausharrenden Juden älter als 60 Jahre.²⁵⁵ In fast allen Meldungen und Erlebnisberichten stößt man auf hohe Altersangaben. Das Durchschnittsalter dürfte bei 65 Jahren gelegen haben. Die folgenden Zahlen basieren auf der Auswertung von vier ausgewählten Selbstmordlisten. Die Daten stammen aus dem Bericht der Staatsanwaltschaft Mannheim über die acht Selbstmordfälle während der »Bürckel-Aktion«

am 22. Oktober 1940, aus den Beispielen, die Paul Sauer für Baden-Württemberg genannt hat, aus zwei Deportationsakten der Stapoleitstelle Düsseldorf vom Sommer 1942 sowie aus der ersten Wiener Deportationsliste vom 15. Oktober 1941.²⁵⁶

	Mannheim Okt. 1940	Baden- Württemberg 1935-1942	Rheinland Sommer 1942	Wien Okt. 1941
unter 30 Jahre	—	—	—	—
30-40 Jahre	—	1	1	—
40-50 Jahre	1	4	1	1
50-60 Jahre	1	5	1	4
60-70 Jahre	4	8	4	6
70-80 Jahre	2	4	1	2
über 80 Jahre	—	—	—	5

Ebenso charakteristisch sind die Hinweise auf die Berufe. Sie belegen die soziale Affinität zum Bürgertum. 1933 waren es vor allem die aus dem Staatsdienst entlassenen Juristen, Mediziner und Professoren, die sich das Leben nahmen. Einen hohen Anteil stellten auch Rechtsanwälte, freipraktizierende Ärzte sowie Künstler und Kaufleute. Als dann die ökonomische Existenz der Juden zertrümmert wurde, nahm die Zahl der Geschäftsleute zu. In zwei Suizidlisten, die im Exil bis 1936 erstellt wurden und die knapp 200 Selbstmordfälle enthalten, finden sich einige Berufsangaben.²⁵⁷ Die Klassifizierung sieht wie folgt aus:

Geschäftsleute	13
Rechtsanwälte	10
Mediziner	9
Künstler/Journalisten	9
Beamte	7
Viehhändler	2
Bankdirektor	1
Kaufm. Angestellte	1

Bei den von Sauer ausgewählten Selbstmordfällen tauchen folgende Berufsangaben auf: Tabakarbeiter, Lebensmittelgroßhändler, Schmuckfabrikant, Kaufleute, Bankdirektor, Amtsgerichtsrat, Oberlandesgerichtsrat, Facharzt, Universitätsprofessorin. Geschäftsleute, zwangspensionierte Beamte sowie Angehörige der freien und intellektuellen Berufe finden sich auch in Angaben aus anderen Regionen. Noch ein weiteres Detail für den hohen Grad der Assimilierung unter den Selbstmördern läßt sich anführen.

Als am 15. Oktober 1941 neun jüdische Selbstmörder in Wien eingeliefert wurden, stellte man fest, daß tatsächlich nur drei der jüdischen Glaubensgemeinschaft angehörten. Vier Personen bekannten sich zum Katholizismus, eine Person zum Altkatholizismus. Ein Selbstmörder wurde als konfessionslos eingestuft. Der hohe Anteil an nichtgläubigen Juden ist auch charakteristisch für die am 15. Mai 1942 eingelieferten elf Selbstmörder. Unter ihnen befanden sich nur sechs Personen, die sich zum Judentum bekannten.²⁵⁸

Eugen Neter bestätigt dieses Phänomen auch für Baden. In seinem Bericht über die Selbstmorde während der »Bürckel-Aktion« heißt es: »Bei diesen Fällen von Selbstmord – auch während der Fahrt [in das Lager Gurs, Anm. d. Verf.] geschahen solche – handelte es sich fast ausschließlich um Juden, die dem Judentum fernstanden, ausgetreten oder getauft waren. Das Schicksal dieser Menschen hatte etwas Tragisches: der Weg ins Exil warf sie wieder dorthin (zum Judentum, zum Jude-sein) zurück, von wo ihr Streben sie sich hat entfernen lassen: sie wollten keine Juden mehr sein und mußten es nun sein.«²⁵⁹

Man kann davon ausgehen, daß nur sehr wenige strenggläubige Juden in Deutschland Selbstmord begangen haben. Schon lange vor dem Beginn des Dritten Reichs hatten sich die Juden in Mittel- und Westeuropa im Zuge der Emanzipation von den traditionellen Bindungen des Judentums gelöst. In Osteuropa hingegen, vor allem in Polen und in Litauen, blieben die jüdischen Gemeinden tief in den religiösen Traditionen verwurzelt. In den Zentren des osteuropäischen Judentums blieb dann auch der Selbstmord – sieht man von den Selbsttötungen von Judenratsmitgliedern oder Widerstandskämpfern ab – ein marginales Phänomen. Gesetzestreue Juden begingen ihn kaum – und wenn, dann geschah dies nicht, um einer Zwangsbekehrung zu entgehen. Diese traditionelle Überlebensebene ließen die Nationalsozialisten nicht mehr zu. Gesetzestreue Juden nahmen sich das Leben, wenn sie gezwungen wurden, die Ermordung ihrer Familie mitanzusehen, oder befürchteten, nicht gemäß dem Gesetz auf einem jüdischen Friedhof beerdigt zu werden. Insofern wirkten sich in den orthodoxen und nicht in den säkularisierten Zentren der jüdischen Gemeinschaft die Traditionen und Normen des Judentums aus.

Sie zeigten sich nicht zuletzt auch in den Debatten,²⁶⁰ die angesichts der Lebensvernichtung »um die Ehre Gottes« geführt wurden. Dabei ging es um die Frage, ob man zur Rettung des Lebens vom Gesetz abweichen dürfe oder nicht, etwa durch den Fluchtweg in den Untergrund, durch Annahme falscher Namen und Papiere oder den Verzehr unreiner Speisen. Es gab Gruppen, die der Thora die absolute Priorität einräumten und den Weg in die Gaskammern oder zu den Erschießungsplätzen der SD-Einsatzgruppen

»als Sterben zur Verherrlichung Gottes« interpretierten. Sie praktizierten die traditionelle Glaubens- und Opferhaltung des »Kiddush ha-Shem«.

Wenn man in dem Entschluß deutscher Juden, Selbstmord zu verüben, eine Glaubens- und Opferhaltung wirksam sehen will, dann liegt das Motiv dafür in der Verzweiflung. Der nationalsozialistische Terror zerschlug ihren festen Glauben an die Existenz einer deutsch-jüdischen »Symbiose«. Mit ihrem Freitod erbrachten sie das Opfer und nahmen Abschied von dieser zertrümmerten Lebensgemeinschaft. Die meisten warteten damit bis zum letzten Moment, bis die Deportationsbescheide eintrafen. Dies war die letzte und entscheidende Krise, in der sie zutiefst das Gefühl des Ausgestoßenseins aus der deutschen Gesellschaft und des so erlittenen Verlustes erfuhren. Er reichte aus, den Lebenswillen zu brechen.

Soziologen weisen darauf hin, daß mit zunehmendem Alter die Suizidgefährdung steigt. Die jüdischen Selbstmörder waren alt. Viele hatten oft schon Jahre zuvor Abschied von ihren Kindern genommen, denen der Entschluß zur Auswanderung leichter gefallen, oder genauer, einfacher geworden war. Damit hatten sich zugleich auch Familienbindungen aufgelöst, die sich einst schützend über jüdische Familie und jüdische Gemeinschaft gelegt hatten. Sicher, die Trennung konnte sich auch suizidhemmend auswirken. Man lebte in der Erinnerung an die ausgewanderten Kinder – und in der Hoffnung, sie eines Tages wiederzusehen. Als suizidfördernd erwiesen sich hingegen andere Erfahrungen, die sich mit der gesellschaftlichen Ausgrenzung einstellten und sich mit der Auflösung des Familien- und Freundeskreises verschärften. Man erlebte die »soziale Angst«, die Einsamkeit und Leere, die Nutzlosigkeit und Trauer, und erfüllte damit die Kriterien, die Soziologen der »alters-« und »sozialbedingten« Suizidgefährdung zuschreiben. Alleinstehende Elternteile und Ehepaare stellten den Hauptanteil der Selbstmörder.

Psychoanalytiker behaupten, daß der Kampf um das Geliebtwerden Wut hervorrufen kann, Wut gegen diejenigen, die Liebe und Anerkennung verweigern, und Aggression gegen das eigene Ich, das ungeliebt bleibt. Die Juden in Deutschland baten und kämpften lange um Liebe und Anerkennung. Es war vergebens. Die Deutschen erwiesen sich als unfähig, die jüdische Existenz zu achten, geschweige denn zu lieben. Man könnte meinen, daß die narzistische, gegen sich selbst gerichtete Wut der Juden sich in ihrem Suizid entladen habe.

Zeitgenössische Quellen, die über den Selbstmord berichten, verwenden eine andere Sprache als die der Theoretiker. Sie halten die sorgfältigen Vorbereitungen, die Gespräche oder die Erinnerungen an die Kindheit und die ausgewanderten Kinder fest. Sie enthüllen auch, daß sich die deutschen Juden in den letzten Stunden vor ihrem Tod noch einmal in die deutsch-

jüdische Lebensgemeinschaft zurückzogen. Sie suchten Trost bei den deutschen Klassikern. Sie nahmen Abschied von den Werken Goethes und Schillers und von der Musik Bachs und Beethovens.

Dieses Bewußtsein, diese letzte Hinwendung zu den Kräften und Werten, die das geistige und moralische Leben der deutschen Juden geprägt hatten, wird in vielen Zeugnissen deutlich. Camilla Neumann schreibt: »16 Tabletten hatte ich schon, damit konnte man aber noch nichts beginnen, zumal ich Ludwig auf keinen Fall allein zurücklassen wollte. Veronal war damals ein beehrter Artikel, die Juden gaben 1000 RM für 30 Tabletten. Es gab ja noch andere Möglichkeiten, aus dem Leben zu gehen, und ich sprach mit Ludwig darüber. Ludwig wollte nicht und hatte viele Einwände. Zuerst sagte er: »Es wäre doch paradox, wenn man sich aus Angst vor dem Tode das Leben nehmen würde«. Und dann sagte er immer wieder, daß er Ursel (die Tochter) wiedersehen möchte und sich durch Selbstmord nicht um diese Möglichkeit bringen wollte. Ludwig wollte sich einfach nicht auf den Boden der Tatsachen stellen und wartete noch immer auf das »Wunder«. Dabei litt er auch furchtbar, denn er konnte es einfach nicht fassen, daß das deutsche Volk es soweit hatte kommen lassen. Er begriff nicht, daß ein Volk, das Menschen wie Bach, Beethoven und Goethe hervorgebracht hatte, nun einem Hitler, Himmler und Goebbels huldigte.«²⁶¹

Ilse Rewald, eine junge Berliner Jüdin, die im Untergrund überlebte, erinnert sich: »Man hat die, die sich mit Veronal töteten, gar nicht richtig bedauert. Eher hat man schon den Mut bewundert, wenn sich einer entschied, dieses Leben, das keines mehr war, nicht weiterzuführen. Eine Frau in der Rüstungsfabrik, in der ich Zwangsarbeit machen mußte, verkaufte ihren Perserteppich. Davon kaufte sie sich Schlafmittel. Als ihr dann die Liste zugeschickt wurde, war sie überhaupt nicht aufgeregt ... Als sie am nächsten Tag nicht mehr in der Fabrik erschien, war uns allen klar, sie hat eben ihre Lösung gefunden.«²⁶²

Am 19. August 1942 nahm sich die 80jährige Helene Waldeck im Jüdischen Krankenhaus von Mannheim mit Tabletten das Leben. Sie hinterließ einen Abschiedsbrief: »Ich scheid freiwillig aus dem Leben, das ich nicht mehr ertragen kann. Es ist zu viel für einen Menschen von 80 Jahren, der stets anständig durchs Leben ging. Hoffentlich gelingt mir mein Vorhaben, ich habe die Tabletten schon viele Jahre bei mir, schon bei dem Freitod meiner Tochter, mit der ich damals hätte gehen sollen, da wäre mir viel erspart geblieben. Dem Hause, in dem ich zuletzt versorgt war, danke ich für alles, die Pflegerinnen, die Herren, der Arzt waren fürsorglich und gut zu mir, aber gegen die Hetze waren sie machtlos. Daß ich meine Kinder nicht mehr sehe, erschwert mir mein Vorhaben, aber sie werden mich verstehen.«²⁶³

In der Nacht vom 26. zum 27. August 1942 nahm sich die 83jährige Käte Mugdan in Berlin das Leben. Einige Tage zuvor hatte sie den Deportationsbescheid nach Theresienstadt erhalten und ihren Weg in den Freitod angekündigt. Ihr Mann war seit 1893 tot, ihre drei Söhne früh gestorben, ihre beiden Töchter 1938/39 mit ihren Familien ausgewandert. Sie bat ihren Chemie studierenden Enkel, ihr den Selbstmord zu ermöglichen. Heinrich Mugdan erfüllte die Bitte. In seinem Tagebuch beschreibt er die letzte und lange Zusammenkunft: »... sie erzählte von früher, von ihrer glücklichen Kindheit, ihrer liebebreizenden Mutter; dann sprach sie von ihren eigenen Kinderchen. ... Einmal fiel ihr der Theklamonolog ein, und wir suchten uns die Stelle im Wallenstein, d. h. sie suchte: erstaunlich, wie sie diese Dinge im Gedächtnis bewahrt hat. Den Wallenstein hatte sie noch kürzlich wieder gelesen. ›100 Schiller-Gedichte habe ich auswendig gewußt und kann sie noch so ziemlich.‹ ... Dann wusch sie sich aufs gründlichste. ... Sie zog ihr vorbestimmtes Sterbehemd an, flocht ihr Haar, nahm die Zähne heraus und legte sich zu Bett.

Vorher aber hatte sie noch lange mit erhobenen Händen um die Kraft zu diesem Letzten gerungen. ... Sie betete lange und hörbar, während ich mit schlechtem Gewissen am Fenster stand, die Verdunkelung hochzog und den vollen Mond ins Zimmer scheinen ließ ... Sie nahm eine starke Dosis Schlafmittel ... Um vier Uhr muß ich sie wecken und trinken lassen. Die schrecklichen Minuten bis 4.13 Uhr. Die letzten Dienste. Die Stunden bis zum Morgen, wo ich noch bei ihr sein darf, sie umarmen. Die Kerze, die, fast verzehrt, noch immer flackert all die Zeit. Endlich, wie ich die Augen aufschlage, tagt es schon. ... Großmutter lebt nicht mehr«. Die Eintragung endet mit den Worten: »›Daheim‹ ins Bett. Schlafen. – Abends Liesel nur kurz, allein. Klavier: Bach.«²⁶⁴

Vom Tod eines älteren Ehepaares – auch hier waren die drei Kinder schon lange zuvor ausgewandert – berichtet Edith Wolff: »Eines Tages, Ende Februar 1943, erschienen Herr und Frau Kleinberger bei uns abends zu einem kurzem Besuch, um sich zu verabschieden – wie zu einer Reise. Sie teilten uns mit, daß sie noch ein sehr gutes Abendessen zu sich nehmen wollten – bei Musik und Wein. Sie hatten die ›Liste‹ bekommen und sich schon längst mit einem Gegenmittel versorgt. Wir verstanden sofort, daß dieses ›Medikament‹ ein Gift war und daß es die Reise in den Tod war, die sie antreten wollten. Wir aber konnten nichts dagegen tun und nichts mehr dagegen einwenden. Wir konnten den beiden Menschen nur stumm noch die Hand drücken – und ihnen im Herzen nur noch eine gute Reise – ins Jenseits wünschen ... Erst nach drei Tagen fand man in der Wohnung die Leichen.«²⁶⁵

4. Zur Typologie nonkonformen Verhaltens: Die Abwehr

Eine zweite Gruppe nonkonformer Verhaltensweisen bilden solche Handlungen des Widerstehens, die nicht nur dazu dienten, sich den Forderungen und Ansprüchen des totalen Staats zu entziehen, sondern sich direkt gegen ihn richteten. Dazu gehörten die aktive Beeinflussung Dritter gegen das mörderische Regime durch illegale Schriften ebenso wie der offene Kampf gegen die nationalsozialistische Herrschaft und ihre Institutionen, sei es durch Sabotage oder in den Partisanenkämpfen.

Offener Protest

Auf der ersten Stufe dieser Aktivitäten stand der offene Protest. Juden haben sich in ihrer langen Geschichte kontinuierlich in Wort und Schrift gegen Anfeindungen zur Wehr setzen müssen. Deutsche Juden – wie später Juden in den besetzten Gebieten – setzten die Kontinuität dieser individuellen oder kollektiven Selbstbehauptung fort. Protest manifestierte sich in vielfältiger Weise: In Briefen und Eingaben protestierten deutsche Juden gegen Diffamierung und Separierung. Rabbiner und andere Repräsentanten erhoben ihre Stimmen gegen das Unrecht. Predigten und Reden, Druckschriften und Kulturveranstaltungen legen hierfür Zeugnis ab. Unzufriedenheit, Auflehnung und Empörung – und dies ist von der For-

schung bislang kaum zur Kenntnis genommen worden – wurden in aller Öffentlichkeit laut.

Schon diese ersten spontanen Abwehreffekte wichen vom verordneten Modell ab, und die Nationalsozialisten fanden sehr schnell einen Weg, die als »üble Judenhetze«, »Judenfrechheit«, »jüdische Provokation« oder »typisch jüdische Dreistigkeit« titulierten Verstöße in juristische Termini zu kleiden und als »staatsfeindliches« oder »staatsabträgliches Verhalten«, als »staatsfeindliche Äußerungen«, als »Heimtücke« oder »Greuelpropaganda« strafrechtlich zu verfolgen. Die Strafen reichten – je nach der Schwere des Falles und nach der Verfolgungsphase – von der einfachen Verwarnung über die »Schutzhaft« bis zur Todesstrafe. Hunderte von Fällen sind aktenkundig geworden. Sie stammen aus ganz Deutschland und von 1933 bis in die Deportationszeit.

»Wir sind Juden und haben unsere vollste Pflicht für das Vaterland erfüllt«. Mit diesem schlichten wie bekannten Bekenntnis appellierte Frieda F. am 23. Februar 1933 an den Reichspräsidenten, »die öffentliche Aufforderung zu Pogromen und Gewalttaten gegen die Juden« zu unterbinden. Generalfeldmarschall von Hindenburg sprach der Berliner Jüdin sein Bedauern und seine Mißbilligung aus und ließ das Schreiben dem neuen Reichskanzler zuleiten. Adolf Hitler qualifizierte den Brief mit dem Vermerk ab: »Die Behauptungen dieser Dame sind ein Schwindel! Es ist selbstverständlich nicht eine Aufforderung zum Pogrom erfolgt!«¹ Am 1. April 1933 begann der offizielle Boykott jüdischer Geschäfte mit seinen judenfeindlichen Demonstrationen und Ausschreitungen. Uniformierte Posten zogen vor den Geschäften auf; Klebtrupps brachten die gelben, runden Boykottzeichen an; Schmierkolonnen malten Davidsterne oder das Wort »Jude« auf Schaufensterscheiben und Wände. In roter, blauer oder weißer Farbe leuchteten die Hetzparolen: »Die Juden sind unser Unglück« – »Kauft nicht bei Juden« – »Juda verrecke« – »Tod dem Judentum«.

Vor dem Hintergrund dieser Vorgänge meldeten sich die deutsch-jüdischen Organisationen zu Wort. Man versandte Proklamationen und Eingaben, die – wie schon erwähnt – die ganze Problematik einer einheitlichen Abwehrstrategie erkennen lassen. Bei allen divergierenden Interessen und Einordnungsversuchen, die Haltung der großen, repräsentativen Organisationen kann nicht als »würdelose Passivität« oder »anpassungsfreudige Aktivität« einfach abgetan werden. Am 29. März 1933 verwarnte sich die Reichsvertretung zusammen mit der Berliner Gemeinde gegen die neue und doch so alte Anklage, die Juden hätten das deutsche Volk geschädigt. Unbeirrt hielten sie an den traditionellen Abwehrargumenten fest. Sie forderten »Wahrheit« und »Gerechtigkeit«, wiesen auf die »jüdische Ehre und Würde« hin und vertrauten darauf, daß »die Auseinandersetzung auf dem

Boden des Rechts und mit den Waffen der Vornehmheit geführt werden würde«. ²

Die Zionistische Vereinigung nahm am 31. März 1933 zu den nationalsozialistischen Boykottaufrufen Stellung. Sie beschränkte sich darauf, den Wahrheitsgehalt der »Protokolle der Weisen von Zion« energisch zu bestreiten und legte »feierlich dagegen Verwahrung ein«, daß mit solchen Fälschungen ein »Vernichtungskampf gegen die deutschen Juden« geführt werde. ³ Robert Weltsch schrieb am 4. April 1933 seinen berühmten Leitartikel – »Tragt ihn mit Stolz, den Gelben Fleck« –, um den allgemeinen Schock abzufangen und den deutschen Juden das Bekenntnis zu einem neuen, entschiedenen »Ja-Sagen zum Judentum« zu erleichtern. ⁴ In der historischen Rückschau hat er 1963 eingestanden, daß die »stolze« Trotzreaktion dem Urteil der Geschichte nicht standgehalten habe. ⁵

Die Orthodoxen sprachen von einem »langsamen, aber sicheren Hungertode« und baten die Reichsregierung um die »Möglichkeit, ungefährdet und nicht geschmäht unsere Religion ausüben und unserem Beruf nachgehen zu können«. Sie erwarteten eine »offene Aussprache« und »klare Antwort«. In ihrer Denkschrift vom 3. Oktober 1933, die noch von scharfen antimarxistischen Tönen begleitet wurde, heißt es: »Das orthodoxe Judentum will die Überzeugung nicht aufgeben, daß es nicht das Ziel der deutschen Regierung ist, die deutschen Juden zu vernichten ... Aber wenn wir uns täuschen, wenn Sie, Herr Reichskanzler, und die von Ihnen geführte nationale Regierung, wenn die verantwortlichen Mitglieder der Reichsleitung der NSDAP sich in der Tat als Endziel die Ausmerzung des deutschen Judentums aus dem deutschen Volk gesetzt haben sollten, dann wollen wir uns nicht länger Illusionen hingeben und lieber die bittere Wahrheit erfahren.« ⁶

Zu keinem Zeitpunkt jedoch zeigte sich Hitler bereit, die an ihn adressierten Denkschriften und Eingaben zu beantworten, geschweige denn, einen der Repräsentanten des deutschen Judentums zu empfangen. Er überließ das den Instanzen, die mit der »Lösung der Judenfrage« beauftragt waren. In den Archivablagen verschwanden auch die Bittgesuche und Protestschreiben, die von Einzelpersonen an den neuen Reichskanzler gerichtet wurden.

Der Judenboykott signalisierte den Beginn der offiziellen Ausschaltung der jüdischen Bevölkerung durch Gesetze. Am 7. April 1933 wurde das »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« erlassen. Es schrieb die Entlassung aller »nicht arischen« und »politisch unzuverlässigen« Staatsdiener vor. ⁷ Über Fragebögen wurden »rassische« Zugehörigkeit und politische Vergangenheit in Erfahrung gebracht. Einige Tausend wurden aus ihren Stellungen vertrieben – auch an den deutschen Universi-

täten.⁸ Einige der Betroffenen protestierten gegen das Vorgehen der Regierung. Am 22. April 1933 bat der Berliner Rechtsanwalt Fritz Beer den Reichspräsidenten »zu verhindern, daß ein Mensch, der im Krieg und im Frieden seinen Pflichten dem Volk und Vaterland gegenüber gerecht geworden ist, in seiner Berufsehre gekränkt, an der Ausübung seines Berufes entgegen dem Gesetz mit Gewalt gehindert und damit dem seelischen und wirtschaftlichen Verfall überantwortet« werde.⁹

In Göttingen erklärte Professor James Frank: »Ich habe meine vorgeetzte Behörde gebeten, mich von meinem Amt zu entbinden. Wir Deutsche jüdischer Abstammung werden wie Fremde und Feinde des Vaterlandes behandelt. Man fordert, daß unsere Kinder in dem Bewußtsein aufwachsen, sich nie als Deutsche bewähren zu dürfen. Wer im Kriege war, soll die Erlaubnis erhalten, weiter dem Staate zu dienen. Ich lehne es ab, von dieser Vergünstigung Gebrauch zu machen, wenn ich auch Verständnis für den Standpunkt derer habe, die es heute für ihre Pflicht halten, auf ihrem Posten auszuharren.«¹⁰ Die Haltung des Nobelpreisträgers löste den Unwillen von Kollegen aus. In einem Schreiben an die Göttinger Ortsgruppe der NSDAP verurteilten 42 deutsche Wissenschaftler Franks Verzicht und stuften diesen Schritt als Unterstützung der »Greuelpropaganda« des Auslands ein. Nur ein einziger Wissenschaftler fand in Göttingen den Mut, offen gegen die »Säuberung« und Gleichschaltung der Universität zu protestieren. Es war der Physiologe Kraye. Ihm wurde unverzüglich die Entlassungsurkunde zugestellt.¹¹

Mit der Bitte um die Versetzung in den Ruhestand wandte sich am 6. Juni 1933 auch der Direktor des Berliner Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physikalische Chemie an den preußischen Wissenschaftsminister: Professor Fritz Haber, der als Erfinder des synthetischen Stickstoffes und Nobelpreisträger Weltruf genoß, verzichtete ebenfalls auf das Privileg, aufgrund der Ausnahmebestimmungen des Berufsbeamtengesetzes im Amt zu bleiben. Er schloß sich den Gesuchen seiner Kollegen Freundlich und Polany an und erklärte: »Mein Entschluß, meine Verabschiedung zu erbitten, erfließt aus dem Gegensatz der Tradition hinsichtlich der Forschung, in der ich bisher gelebt habe, zu den veränderten Anschauungen, welche Sie, Herr Minister, und ihr Ministerium als Träger der großen derzeitigen nationalen Bewegung vertreten. Meine Tradition verlangt von mir in einem wissenschaftlichen Amte, daß ich bei der Auswahl von Mitarbeitern nur die fachlichen und charakterlichen Eigenschaften der Bewerber berücksichtige, ohne nach ihrer rassemäßigen Beschaffenheit zu fragen. Sie werden von einem Manne, der im 65. Lebensjahr steht, keine Änderung der Denkweise erwarten, die ihn in den vergangenen 39 Jahren seines Hochschullebens geleitet hat, und sie werden verstehen, daß ihm der Stolz, mit dem er seinem

Heimatlande sein Leben lang gedient hat, jetzt diese Bitte um Versetzung in den Ruhestand vorschreibt.«¹²

Am 23. April 1933 ging der Kieler Universität der Fragebogen von Hermann Kantorowicz zu. Der Inhaber des Lehrstuhls für Rechtsphilosophie und Geschichte der Rechtswissenschaft gab zum Punkt 8: »Rassenzugehörigkeit der 4 Großeltern« einen Kommentar ab: »Da zu einer Rückfrage, in welchem Sinne das Wort Rasse verwendet wird, keine Zeit ist,¹³ beschränke ich mich auf folgende Erklärung: Die Rassezugehörigkeit im wissenschaftlichen (anthropologischen) Sinn vermag ich nicht mehr festzustellen, da meine 4 Großeltern sämtlich seit langem verstorben sind und m. E. die erforderlichen Messungen usw. s. Z. nicht vorgenommen wurden. Ihre Rasse im volkstümlichen (sprachlichen) Sinne war, da sie sämtlich Deutsch als Muttersprache sprachen, die deutsche, also eine indogermanische oder arische. Ihre Rasse im Sinne der 1. Durchführungsverordnung zum Gesetz v. 7. April 1933 § 2 Abs. 1 Satz 3 war die jüdische Religion.«¹⁴

Eine ebenso klare wie einzigartige Antwort erteilte Georg Bernhard den Nationalsozialisten, der sich in seiner Jugend der Sozialdemokratie verpflichtet, mit August Bebel die Klängen gekreuzt, in der Weimarer Republik im Lager der Deutschen Demokratischen Partei gekämpft und Anfang 1933 den Weg in die Emigration angetreten hatte. Der bekannte Journalist und Politiker hatte zugleich auch als Honorarprofessor an der Berliner Handelshochschule Nationalökonomie gelehrt. Am 13. Juli 1933 ließ er aus Paris wissen, daß er seine Entlassung aus dieser Stellung »nicht anerkenne«: »Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums ist eines der Gesetze, die auf Grund einer Ermächtigung eines Reichstages zustande gekommen sind, dessen Zusammensetzung unter Verfassungsbruch geändert wurde. Infolgedessen ist dieses Gesetz kein Gesetz, sondern die Verhöhnung jeder Gesetzlichkeit.« Bernhard behielt sich vor, »in einer späteren Zeit alle materiellen und ideellen Ansprüche gegen den Preußischen Staat und gegen das Deutsche Reich geltend zu machen, die für mich aus dem rechtswidrigen Vorgehen des Ministers erwachsen«. Er verzichtete auf das Ausfüllen des Fragebogens. Die neun Fragen blieben unbeantwortet; handschriftlich vermerkte er lediglich: »Ich bin *Jude!* Das ist wohl alles, was Sie wissen wollen.«¹⁵

Eine andere Haltung nahm Max Herrmann ein, als er am 1. Mai 1933 um seine vorübergehende Beurlaubung bat, »solange nämlich, wie in der Universität die von der deutschen Studentenschaft erlassene Erklärung ›Wider den undeutschen Geist‹ öffentlich aushängt«. Herrmann, Professor für Deutsche Philologie an der Berliner Universität, beklagte sich vor allem über die darin formulierte Diffamierung: »Der Jude kann nur jüdisch denken. Schreibt er deutsch, dann lügt er.« Herrmann pochte auf seine natio-

nale, deutsche Einstellung und erklärte: »Ich schreibe deutsch, ich denke deutsch, ich fühle deutsch: und ich lüge nicht.« Man kann ihm auch seine »ausdrückliche« Versicherung abnehmen, daß dieses Gesuch nicht als »Widerspruch gegen die nationale Regierung« zu verstehen sei. Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung lehnte die Bitte ab.¹⁶

Eingaben und Beschwerden gingen den Behörden auch in den folgenden Monaten zu, als die Hetzkampagnen, Entlassungen, Berufsbeschränkungen und vor allem die Flut von willkürlichen Einzelaktionen den Alltag der Judenverfolgung bestimmten. Münchner Gemeindevertreter beklagten sich über Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktionen, die im Mai 1933 von der Bayerischen Politischen Polizei durchgeführt und als »präventiv-polizeiliches Einschreiten« gegen die »nationalfeindlichen Wühlarbeiten« jüdischer Vereine, allen voran des Centralvereins, hingestellt worden waren.¹⁷ Aus Leer wurde gemeldet, daß der Gerichtsassessor i. R. Urbach »die Behörden mit Beschwerden seiner Rassegenossen überschwemmt« habe.¹⁸ Jüdische Geschäftsleute in Pommern wagten es, am 1. Juli 1935 ein Telegramm an das Reichswirtschaftsministerium zu senden, in dem sie gegen die Behinderungen des »Saison-Schlußverkaufes« energisch protestierten.¹⁹ Sie beschwerten sich über »Postenstellen, Patrouillen, Flugblattverteiler, Transparente, Straßenaufläufe und Beschimpfungen der Käufer.« Das Telegramm wurde in der Pommerschen Zeitung veröffentlicht und gab der NSDAP einen willkommenen Anlaß, die »ungeheure jüdische Provokation« mit neuen judenfeindlichen Demonstrationen zu beantworten.

Die Essener Synagogengemeinde verlangte die Rückgabe ihres Jugendheimes, das im Juni 1933 von der Hitlerjugend besetzt worden war. Über ein Jahr dauerte es, ehe die Gestapo nachgab und einräumte, daß das »beschlagnahmte Material nicht ausreiche«, um die Einziehung des Heimes zu rechtfertigen. Die Hitlerjugend wurde angewiesen, das Heim zu räumen. Der Reichsführer-SS Himmler teilte dem Reichsinnenministerium mit, daß damit »die Beschwerde der Synagogengemeinde als erledigt angesehen werden kann«.²⁰

Ein ähnlicher Fall spielte sich im Bezirk Potsdam ab. Am Morgen des 7. Juni 1933 überfiel ein Trupp von 150 SA-Männern und sechs Landjägern das jüdische Jugend- und Lehrheim in Wolzig. Einige der Fürsorgezöglinge standen im Verdacht, die kommunistische Propaganda in diesem Kreis unterstützt zu haben. Die Heimdurchsuchung förderte einige Waffen, kommunistische Schriften und Mitgliedsbücher der KPD zu Tage. Die 40 Jugendlichen, unter denen sich auch 13 Nichtjuden befanden, sowie fünf Erzieher wurden verhaftet, verhört und geschlagen. Man brachte sie nach Berlin, wo sie zunächst drei Stunden öffentlich zur Schau gestellt wurden. Die SA-Bewacher riefen Passanten zu, sie sollten sich diese jüdischen Jun-

gen genau anschauen, denn ihre Väter hätten den Deutschen alles Geld genommen. Anschließend kam die Gruppe in das Konzentrationslager Oranienburg. Der Jüdische Gemeindeverband, dem das Heim unterstand, legte sofort Protest beim Preußischen Ministerium des Inneren und bei anderen Behörden ein und verlangte die Freilassung der Inhaftierten sowie die Rückgabe des Jugendheims. Durch Aussagen nichtverhafteter Zeugen konnte der Verband nachweisen, daß das Belastungsmaterial von der SA selbst mitgebracht und während der Durchsuchung untergeschoben worden war. Am 10. Juli 1933 wurde die Gruppe aus dem Konzentrationslager entlassen. Das Jugendheim erhielt der Gemeindeverband jedoch nicht zurück.²¹

Ohne Erfolg blieben schließlich auch alle Versuche der Reichsvertretung, die Lage der Juden durch Interventionen bei der Reichsregierung, durch Eingaben und Proteste zu bessern. Die von ihr im Januar 1934 in einer Denkschrift formulierten vier »Hauptanliegen« der Juden blieben nicht nur unerfüllt, sie zeigen zudem, daß man immer noch glaubte, sich mit den Nationalsozialisten auf eine Form des Zusammenlebens, des Nebeneinander einigen zu können. Damals wünschte die Reichsvertretung:

- »1. Die unterschiedliche Behandlung zwischen arischen und jüdischen Erwerbstätigen möge in Zukunft unterbleiben. Jeder Druck zur Verdrängung und Verhinderung jüdischer Erwerbstätigkeit werde unterbunden, von welcher Seite auch immer er kommen möge.
2. daß grundsätzlich kein Beruf den Juden verschlossen werde, daß in dem reichsständischen Aufbau von Handwerk und Arbeiterschaft, Land- und Forstwirtschaft auch Juden ihre Ausbildung und Eingliederung erfahren.
3. auf dem Gebiet des Auswanderungswesens die Arbeit zu unterstützen, die wir und die herzu berufenen Organisationen für die Auswanderung nach Palästina und anderen Ländern leisten.
4. daß in Zukunft jede Diffamierung der jüdischen Gemeinschaft und Abstammung unterbleibe.«²²

Aufgeschreckt durch ein Flugblatt, in dem eine Sonderausgabe des »Stürmer« über die Aufdeckung eines »jüdischen Mordkomplotts gegen den Führer« angekündigt wurde, ersuchte Leo Baeck die Reichskanzlei im April 1934, »alle Maßnahmen zu ergreifen und zu unterstützen, die geeignet sind, die bestehenden Gefahren für Leib und Leben der jüdischen Bevölkerung, aber auch den Schaden für das Ansehen Deutschlands abzuwenden«. Otto Hirsch verlangte vom Reichsinnenminister, »umgehend alles zu tun, um die Verbreitung des Flugblattes, ganz besonders aber das Erscheinen der angekündigten Sondernummer des ›Stürmers‹ zum 1. Mai zu verhindern«. ²³ Kurz darauf schob der Reichspropagandaminister Goeb-

bels in einer Rede den deutschen Juden die Schuld für den Boykott deutscher Waren im Ausland in die Schuhe. Wieder waren es die beiden Repräsentanten der Reichsvertretung, die sich mit einem »reinen Gewissen« an Goebbels wandten und ihn daran erinnerten, daß die deutschen Juden »auf allen Gebieten – trotz der Erklärungen von maßgeblichen Stellen auch auf dem der Wirtschaft – abgelehnt, ausgeschlossen sind, was schlimmer ist, verächtlich gemacht« würden.²⁴ Das Wort vom »Vernichtungskampf« gebrauchte Otto Hirsch im April 1935, als er dem Staatskommissar für Berlin, Julius Lippert, eine ausführliche Bestandsaufnahme über die Lage der Juden überreichte. Sie zeigte die kulturelle Ausschaltung, die Gefährdung der ökonomischen Existenz, die ständigen Hetzkampagnen und die »Zukunftslosigkeit der Jugend«. Hirsch schrieb: »Wenn es zutrifft, daß das Ansehen des neuen Deutschland vielfach nach seinem Verhalten gegenüber den Juden beurteilt wird, und wenn man es für erforderlich hält, die Auffassung des Auslandes zu ändern, so ist dafür kein anderer Weg möglich, als die Ursachen zu beseitigen, die ihr zugrunde liegen.«²⁵

Daran dachten die Nationalsozialisten freilich nicht. Sie sahen in den Juden die alleinigen Unruhestifter. Davon geben die Berichte der Staatspolizeistellen einen deutlichen Eindruck. Beispielhaft seien hierfür Auszüge aus Berichten vom Juli 1934 und vom Herbst 1934 über das allgemeine Verhalten der Juden angeführt. Die Stapoleitstelle Magdeburg attestierte den Juden im Juli 1934 zwar »größte Zurückhaltung«, und auch die Kollegen in Hannover meinten, daß sich »die Juden auch im nationalsozialistischen Staat durchaus wohl fühlen«. Der Berichterstatter in Potsdam – ein strammer Nationalsozialist – sah dagegen, daß sich die Juden »stark hervorgetan und vom baldigen Zusammenbruch der Regierung gefaselt« hätten. Er berichtete über »die Wut einzelner Juden«, die sich nach der Röhme-Affäre in abschätzigen Bemerkungen über die SA gezeigt habe, über »SA-Leute, die leider, nachdem sie sich jetzt sogar wegen Waffenerwerb in den Märztagen 1933 vor dem Richter verantworten müssen, noch nicht den richtigen Weg finden, um solchen Anpöbeleien zu begegnen«. Auch für die Breslauer Gestapo stand fest: »Nach wie vor beteiligt sich das Judentum in sehr hohem Prozentsatz an der Verbreitung von Greuelnachrichten oder an der sogenannten Miesmacherei. Besonders schien [!] dies vor der sogenannten Röhme-Revolution der Fall zu sein. Die sprichwörtliche und typische Dreistigkeit der Juden hat in letzter Zeit, wie allgemein bekannt, erheblich zugenommen.« Aus Erfurt traf die Meldung ein, daß »das Judentum in den letzten Wochen immer anmaßender geworden ist«. Die Dortmunder Beamten bestätigten den Eindruck: »Der Jude wird immer frecher und glaubt, allmählich wieder Rechte für sich in Anspruch nehmen zu können.«²⁶

Im Herbst 1934 kam die Gestapo in Königsberg zu dem Schluß, daß

»sich die jüdische Bevölkerung mit den bestehenden Zuständen abgefunden hat. In zahlreichen Versammlungen der verschiedenen jüdischen Organisationen wird geraten, in Deutschland zu bleiben und sich den Verhältnissen anzupassen. Vor den äußerst schwierigen Verhältnissen in Palästina wird ... gewarnt.« In Trier hingegen brachten die Beamten in Erfahrung, »daß sich ... eine Abwanderung zu den zionistischen Gruppen zeigt. Mehr und mehr drängt sich namentlich die jüdische Jugend in diese Bewegung, die die Zusammenfassung der ›jüdischen Nation‹ erstrebt und ihren Anhängern einen eigenen Staat verspricht, in dem jüdische Geschichte und Eigenart ungestört gedeihen können«. Die Überwachung der jüdischen Vereinstätigkeit in Breslau erbrachte keine Anhaltspunkte für »Angriffe gegen Staat und Bewegung«, statt dessen entdeckten die Beamten jüdische »Loyalität« und »Hoffnung auf bessere Zeiten«. Auch in Magdeburg und Schneidemühl wurden »besondere Wahrnehmungen« über »staatsgefährdende« oder »staatsfeindliche Betätigungen« nicht gemacht. In Halle hatte man den Eindruck, »daß die Juden sich in den letzten Monaten eng zusammengeschlossen haben und gewissermaßen einen Staat im Staat bilden«. Der »feste Zusammenschluß« wurde auch in Bielefeld, Düsseldorf und anderen Gemeinden entdeckt. Aus Koblenz war zu erfahren, daß sich die Juden »nach außen hin stark zurückhalten«. Ganz anders schätzte man die Lage in Arnshagen ein: »Der Jude wird im allgemeinen wieder frecher, tritt im öffentlichen Leben, in Lokalen usw. hervor und verlangt bei jeder Gelegenheit polizeilichen Schutz gegen angebliche Übergriffe und Boykottmaßnahmen«. Aus Potsdam wußte der Beamte »nichts Neues« zu berichten. Er wiederholte lediglich seine alten Eindrücke: »Die Juden wirken recht siegessicher. Sie rechnen offenbar damit, daß die einmal geweckte Bewegung wieder zum Einschlafen kommt.«²⁷

Was die Gestapo zu den »Angriffen auf Staat und Bewegung« zu rechnen pflegte, soll durch einige Beispiele veranschaulicht werden. Nach der Einführung des »Hitler-Grußes« am 12. Juli 1933 wurden am Lessing-Gymnasium in Mannheim zwei jüdische Schüler relegiert. Sie hatten sich geweigert, den Gruß zu leisten.²⁸ Wegen »Verhöhnung der Symbole des Dritten Reiches« wurde Ende 1933 der Oberprimaner Walter B. aus dem Mainzer Adam-Karrillon-Gymnasium entfernt. Das Hessische Staatsministerium genehmigte die »strenge Ausweisung«, mit der dem Schüler der Zutritt zu jeder deutschen Schule verwehrt wurde.²⁹ Im Februar 1934 wurden die Professorenwitwe Flora Kahn und Anna Sommer, die Frau eines jüdischen Kantors, in Haft genommen. Man warf ihnen vor, »Greuelnachrichten« ins Ausland verbreitet zu haben.³⁰ Beim Grenzübertritt nach Basel wurde der Kaufmann Leo Koppel gefaßt. Die Gestapo fand einen Brief, der an den Schweizer Juden Sally Guggenheim adressiert war. Guggenheim wurde

darin gebeten, »vom Ausland her« alles zu unternehmen, um die deutsche Regierung zwecks Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der deutschen Juden unter Druck zu setzen.³¹ Wiederholt schritt die Gestapo gegen das »unsoziale« oder »ungehörige« Verhalten jüdischer Arbeitgeber ein, die von nationalsozialistischen Arbeitnehmern, in der Regel von der NS-Betriebszelle, angegriffen und denunziert wurden. Hierfür ein »typischer« Einzelfall: Am 21. Februar 1934 wurde in Mannheim der Firmeninhaber Arthur Alsberg in Schutzhaft genommen. Ihm warf man vor, »systematisch« die Mitglieder der NS-Betriebszelle »schikaniert und ihnen zum Teil aus undurchsichtigen Gründen gekündigt« zu haben.³² Die Bayerische Politische Polizei meldete im April 1934 die Festnahme des Isidor M., dem eine »Beleidigung des Reichskanzlers« zur Last gelegt wurde.³³ Wegen ihrer »feindlichen Einstellung gegen den Staat« brachte die Gestapo im Juni 1934 Heinrich und Leo L. nach Dachau.³⁴ »Kritische politische Äußerungen« bezahlte der Kaufmann Walter L. Ende 1934 mit einer sechswöchigen Gefängnisstrafe.

Ebenso gehörte es zur Praxis des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, gegen eine »unpolitische« Handlungsweise von Juden vorzugehen, nämlich gegen deren spontane und offene Wutausbrüche. In den Personenakten finden sich eine ganze Reihe von Manifestationen über alltägliche Streitigkeiten, Zusammenstöße und Aggressionsentladungen. Ein besonderes »Vorkommnis« beschäftigte Behörden und Bevölkerung in Franken mehrere Monate. Am 22. Juli 1933 wurde der Würzburger Viehhändler F. verhaftet, weil er beim Pferdekauf den Gastwirt W. mit einem Stock auf den Kopf geschlagen hatte. W. erlitt eine Gehirnerschütterung. Der Vorfall sprach sich schnell herum, judenfeindliche Äußerungen wurden laut. Zur »eigenen Sicherheit« nahm die Polizei den Täter in »Schutzhaft«. Erst am 6. Dezember 1933 wurde die Entlassung aus Dachau verfügt. Das Amtsgericht verurteilte F. zu einer Geldstrafe von RM 200. Der Jude wagte es, Berufung einzulegen. Wieder »steigerte sich die Erregung der Bevölkerung«. Am 13. Februar 1934 wurde F. erneut in Schutzhaft genommen und als »besonders brutales und asoziales Element« nach Dachau überführt. Wenige Tage später meldete die Lagerkommandantur den Selbstmord des Häftlings.³⁵

Die bei der Gestapo sorgfältig registrierten Meldungen über das allgemeine wie individuelle Verhalten der Juden kündigten die Verschärfung der Judenverfolgung an. Bei allen divergierenden Beobachtungen und Beurteilungen zielten die Verfasser der Lage- und Stimmungsberichte in ihrer Tendenz darauf ab, Druck auf die zentralen Instanzen auszuüben, durch »klare Richtlinien« und weitere Gesetze den Prozeß der Ausschaltung voranzutreiben. Diese Einflußnahme geschah bezeichnenderweise zu einem Zeit-

punkt, als die Feiertage der »nationalen Revolution« abgeklungen waren und nicht mehr ablenkten von Preissteigerungen, weiterhin niedrigen Löhnen, Lebensmittel- und Konsummittelknappheit, die zu Unzufriedenheit und Kritik in weiten Kreisen der Bevölkerung führten. Diese Mißstimmung fand in den Lageberichten ebenso ihren Niederschlag wie die bezeichnende Feststellung, daß es in erster Linie die lokalen Parteiinstanzen waren, die »den Kampf gegen das Judentum heftig propagierten«, immer wieder vorprellten und das Startzeichen für »willkürliche« Einzelaktionen gaben. In fast allen Teilen Deutschlands kam es zu judenfeindlichen Ausschreitungen. Sie erreichten ihren Höhepunkt im Frühling und Sommer 1935.

Die Berliner Gestapo nannte folgende »Ursachen für diese Erscheinung«: »Nach der Einstellung der Boykottmaßnahmen gegen die jüdischen Geschäfte nach der Erhebung hatte sich die wirtschaftliche Stellung der Juden in der Reichshauptstadt ständig gebessert. Die Juden zögerten nicht, ihre wiedergewonnene Wirtschaftsmacht gegenüber dem arischen Teil der Bevölkerung zu mißbrauchen, zumal sie sich gegen staatliches Zugreifen wegen der außenpolitischen Lage geschützt glaubten. Hinzu kam, daß ihre Zahl sich durch Zuzug aus der Provinz ständig vermehrte. Das Verhalten der Juden wurde immer unbekümmerter und anmaßender und führte in steigendem Maße zu Vorfällen, die im Volk größte Empörung auslösten. Während einerseits die Partei den Kampf gegen das Judentum heftig propagierte, vermißte sie auf der anderen Seite eine Unterstützung ihres Kampfes durch staatliche Organe; einzelnen Anordnungen, insbesondere derjenigen, daß die Ariergesetzgebung in der Wirtschaft keine Anwendung finden sollte, stand sie in völligem Unverständnis gegenüber. Dieser Zwiespalt mußte auf die Dauer zu Unzuträglichkeiten führen. Die Staatspolizeistelle Berlin wies in ihren Lageberichten wiederholt auf die in diesem Zustand ruhenden Gefahren hin. In der folgenden Zeit machte sich in der Bevölkerung eine steigende Verbitterung bemerkbar. Aus dieser Stimmung heraus sind die judenfeindlichen Demonstrationen als eine Art Selbsthilfe zu verstehen.«³⁶

Auch in dieser neuen antisemitischen Welle hat es nicht an Protest- und Abwehraktionen deutscher Juden gefehlt. Sally H. gab im April 1935 in einem Berliner Polizeirevier zu Protokoll: »Angesichts der täglichen Schandungen der Ehre des jüdischen Namens in der deutschen Öffentlichkeit ziehe ich meinen Antrag auf Verleihung des Kriegsehrenkreuzes hiermit zurück und bitte um gelegentliche Rücksendung meines eingereichten Kriegsstammrollenauszeuges im beiliegenden Freiumschatz.«³⁷ Die Gestapo verhängte Schutzhaft. Sie wies auch jene Juden ins Konzentrationslager ein, die den »Stürmer« aus den Schaukästen rissen und vernichteten.

Andere – wie Hans G. – »provokierten« die Behörden, indem sie mit Hilfe einer einstweiligen Verfügung die »Stürmerkästen« zu beseitigen suchten.³⁸ Etliche Juden verlangten die Entfernung judenfeindlicher Schilder und Plakate, die zu dieser Zeit viele Ortschaften zierten. Zu ihnen gehörte Ernst P. – Vorstandsmitglied und Syndikus des Centralvereins in Essen. Die Gestapo stufte seine Proteste als »Greuelpropaganda« ein, begnügte sich aber mit einer scharfen, abschreckenden Verwarnung: »Mir wurde eröffnet«, so heißt es in der Akte,³⁹ »daß ich die schärfsten staatspolizeilichen Maßnahmen zu erwarten habe, falls ich mich künftig mit derart haltlosen Beschwerden an die Geheime Staatspolizei wenden werde«. P. wanderte im Juli 1939 nach England aus.

Als den »sichtbarsten Beweis für die den Juden angeborne Mißachtung der Staatsautorität« bewertete die Berliner Gestapo im Juli 1935 die Zahl der Festnahme von Juden:⁴⁰ Vor dem Hintergrund der judenfeindlichen Ausschreitungen waren 100 Juden festgenommen worden. Im Juni 1935 waren es »nur« 25 gewesen. Die Mehrzahl der Verhaftungen erfolgte wegen »Beleidigung von Regierungsmitgliedern« und »Verächtlichmachung von Staat und Partei«. Als »markanteste Beispiele« wurden folgende Vergehen registriert: Louis W. hatte Hitler und Goebbels »gröblich beschimpft«. Helmuth M. soll gesagt haben: »Wenn man das Bild des Reichskanzlers genau betrachtet, muß man zugeben, daß der Typ Hitler ein wahrer Verbrechertyp ist. Überhaupt hat er uns noch nichts Gutes gebracht. Solange diese Regierung besteht, wird Deutschland immer tiefer in den Abgrund sinken.« Rosalie M. gestand die Bemerkung: »Weil der deutsche Staat nicht mehr weiter kann, müssen die Juden daran glauben.« Minna L. beschimpfte einen Parteigenossen: »Sie wollen ein Nationalsozialist sein, ein Nationalsozialist ist für mich ein Dreck!« Walter M. bezeichnete die SA als »Reichstagsbrandstifter«, Willi R. nannte HJ-Mitglieder »Lausejungen und Strolche«. Die Geheime Staatspolizei ordnete für die genannten Juden die vorübergehende Einweisung in Konzentrationslager an.

Auch aus anderen Orten wurden »jüdische Provokationen« gemeldet. Als im August 1935 judenfeindliche Ausschreitungen in der antisemitischen Hochburg Kassel tobten und dabei auch Fensterscheiben eingeschlagen wurden, hängten jüdische Bewohner zwei Plakate aus. Die Aufschriften lauteten: »Diese gemeine Lumpentat bezahlt die Versicherung, also das deutsche Volksvermögen«, und: »Wer ist einverstanden mit dieser feigen Tat lichtscheuen Gesindels?«⁴¹ Ein einzigartiger Vorgang spielte sich in Breslau ab. In der schlesischen Metropole wurden von den Nationalsozialisten spektakuläre »Prangerumzüge« gegen »Rassenschänder« organisiert. Mitglieder der SA stellten Tafeln und Plakate zur Schau, auf denen die »Namen von entarteten Frauenspersonen und ihrer jüdischen Freunde« stan-

den. Trommelwirbel lockte die Zuschauer an. Man zog an den Wohnungen der Diffamierten vorbei und versammelte sich vor dem Rathaus. Gegen diese Veranstaltungen, die sich eines »regen Zulaufes« erfreuten, reagierten Juden mit »Hohnlachen und frechen Bemerkungen«. ⁴²

Am 2. August 1935 meldete der Breslauer Regierungspräsident dem Reichsinnenministerium, daß sich die »Juden vor den Prangertafeln aufstellte und hierbei ein herausforderndes Benehmen zeigten. Durch dieses Verhalten der Juden wurde verschiedentlich große Entrüstung unter dem sich dort aufhaltenden Publikum ausgelöst und die Gefahr von Zwischenfällen hervorgerufen«. Bei der Überprüfung der jüdischen »Provokateure« stellte die Polizei allerdings fest, daß es sich um ausländische Juden, in erster Linie um niederländische Staatsangehörige handelte, die ihren Wohnsitz in Breslau hatten. Der Regierungspräsident zog daraus den Schluß, »daß es sich hierbei um bewußte Herausforderungen handelt, die in der Absicht erfolgen, durch bei etwaigen Zwischenfällen den Behörden entstehende Schwierigkeiten mit den ausländischen Vertretungen den Prangermaßnahmen der SA zu schaden«. Die Aktionen der niederländischen Juden hatten Erfolg. »Mit Rücksicht darauf«, so erklärte der Regierungspräsident, »daß sich unliebsame Zwischenfälle nicht ganz vermeiden lassen, beabsichtige ich, diese Propagandaveranstaltungen bis auf weiteres nicht mehr zuzulassen, da auf die Dauer doch die nachteiligen Folgen für die auswärtigen Beziehungen des Reiches größer sein werden als der Nutzen für die Propaganda«. ⁴³

Provokationen befürchteten die Nationalsozialisten auch vom Auftreten jüdischer Künstler. ⁴⁴ Nur einigen privilegierten und renommierten »nicht-arisches« Schauspielern wurde nach 1933 noch die Erlaubnis erteilt, weiter an deutschen Theatern zu spielen. Sie nutzten diese Gelegenheit wiederholt, um sich – wie die Gestapo behauptete – »in versteckter Form mit Maßnahmen der Regierung und der politischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands zu beschäftigen und durch Mimik und Tonfall absichtlich zersetzende Kritik zu üben, die darauf abgestellt war, Staat und Bewegung vor der Öffentlichkeit verächtlich zu machen«. Den Unwillen der Geheimen Staatspolizei verstärkte die Beobachtung, »daß das Einschreiten der Polizei ... zum Gegenstand von Ovationen für nichtarische Künstler« wurde. Am 25. Februar 1935 schärfte Reinhard Heydrich allen Beamten ein, »darüber zu wachen, daß nichtarische Künstler sich bei ihrem Auftreten jeglicher Anspielung auf innerdeutsche Angelegenheiten enthalten«. Schon beim geringsten Anzeichen einer »Provokation« sollte das Auftreten jüdischer Künstler verboten werden. Für eine Zuwiderhandlung kündigte Heydrich die Verhängung der Schutzhaft an. ⁴⁵

Das Gros der jüdischen Künstler war bereits seit Ende 1933 aus dem

deutschen Kulturleben ausgeschaltet und im jüdischen Kulturbund zusammengefaßt worden. Etwa 2500 Künstler – Schauspieler, Sänger, Instrumentalisten, Rezitatoren, Regisseure, Tänzer, Maler und Bildhauer fanden in dieser Organisation eine kurzfristige Existenzsicherung. Der Bund unterhielt drei Schauspielensembles, eine Oper, zwei Symphonieorchester, eine Kleinkunsthöhne, ein Theater für jüdische Schulen, einige Chöre, zahlreiche Kammermusikgruppen, er organisierte Kunstausstellungen, Vorträge und Fortbildungsseminare. Die Veranstaltungen waren nur für Juden gegen Ausweis zugänglich und wurden von den Nationalsozialisten überwacht. Die deutsche Presse, von behördlich inspirierten Ausnahmen abgesehen, mußte über den Kulturbund schweigen. Man kann es auch so formulieren: Die Nationalsozialisten sahen nicht ungerne, daß die Juden sich aus eigener Kraft ein Haus für die Kunst bauten – sie konnten so leichter eine hohe Mauer von Verordnungen und Verboten um das Haus errichten, um es zum Gefängnis, zum Ghetto zu machen.

Der Versuch der Ghettoisierung blieb nicht auf das Organisatorische beschränkt. Nicht weniger ausgeklügelt waren die Machinationen, den Juden den geistigen Boden zu entziehen. Eine Zensur, die sich bald ins Groteske steigerte, legte es darauf an, Repertoire und Programme mehr und mehr einzuengen. Solange sie durften, spielten sie Beethoven und Mozart, Goethe und Lessing, Haydn und Händel, Shakespeare und Molière, Ibsen und Shaw. Eines waren sie entschlossen niemals aufzugeben: ihr Recht, an der Welt, an den Kulturschätzen der Welt Anteil zu behalten. Was von den Nationalsozialisten als Instrument der Diffamierung und »Kulturdrosselung« eingesetzt wurde, entwickelte sich zu einem Zentrum des geistigen Widerstands.⁴⁶ Dies blieb den Nationalsozialisten nicht verborgen. Eine ganze Abteilung im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda war mit der »Überwachung der kulturell tätigen Juden« beschäftigt. Sie engte das Programm des Kulturbundes immer mehr ein. Staatsgefährdende wie staatserhaltende Autoren und Stücke wurden verboten. Goethe und Schiller sowie die deutschen Romantiker durften von Juden nicht mehr gespielt werden; Stücke ausländischer Dramatiker waren nur erlaubt, wenn die Autoren seit mehr als 50 Jahren tot waren. Beethoven gehörte zu den Verbotenen.

Auf der organisatorischen Ebene kam es im Sommer 1935 zu einer Neuregelung. Die Kulturbünde wurden in einem »Reichsverband« zusammengefaßt, der der »leichteren Erfassung und zentralen Überwachung« dienen sollte.⁴⁷ In den Richtlinien vom 13. August 1935 schrieb Heydrich vor, daß sich die Veranstaltungen »in keiner Form und keiner Richtung gegen den nationalsozialistischen Staat und seine Gesetze und Grundforderungen richten« dürften. Zu den »Grundforderungen« des Herrschaftssystems ge-

hörte die Vertreibung der Juden, und die Gestapo ließ keinen Zweifel daran, daß sie nicht mehr gewillt war, »Bestrebungen« zu tolerieren, »die auf ein Aufgehen der jüdischen Rasse und Kultur im deutschen Volke und in der deutschen Kultur« abzielten.⁴⁸ Aber eben der Wille, trotz aller Anfeindungen in Deutschland zu bleiben, wurde zu dieser Zeit von deutsch-jüdischen Repräsentanten in Wort und Schrift verstärkt artikuliert. Es mag dahingestellt bleiben, ob ein solcher Verstoß gegen das verordnete Modell als Widerstand verstanden werden kann. Die einer solchen Haltung innewohnende Problematik ist evident. Die traditionelle und feste Bindung an Deutschland erwies sich als eines der entscheidenden Hindernisse für eine rechtzeitige Auswanderung.

Die Nationalsozialisten registrierten, daß das assimilatorische Lager nach wie vor den Ton angab und die zionistischen Kräfte nur in einigen Gemeinden an Boden gewannen. Seit Anfang 1935 ließen sie nichts unversucht, die innerjüdischen Richtungskämpfe weiter zu schüren und für ihre Ziele auszunutzen.⁴⁹ Sie achten darauf, daß bei der personellen Besetzung der Kulturbünde die zionistischen, vor allem die staatsrevisionistischen Kandidaten den Vorzug erhielten. Im Hinblick auf die gewünschte Auswanderung fiel es der Gestapo auch nicht schwer, den gegenassimilatorischen Gruppen Vergünstigungen einzuräumen und Organisationen deutsch-nationaler Provenienz die Existenzrechte zu beschneiden. Rigoros ging die Gestapo gegen alle vor, die weiter für ein Verbleiben der Juden in Deutschland plädierten. Im Februar 1935 erging eine Order Heydrichs, Veranstaltungen zu untersagen, in denen dieses Ziel propagiert wurde.⁵⁰ Das Verbot wurde umgangen. Die Zensoren stellten fest, daß sich daraufhin »ein Teil der jüdischen Presse von der offenen Werbung auf die Propaganda in versteckter Form umgestellt« habe. Wieder griff Heydrich ein und wies die Stapoleitstellen zur schärferen Überwachung und unverzüglichen Berichterstattung an.⁵¹

Die Strafen folgten auf dem Fuße. Im November 1935 entzog man Hans Wollenberg das Rederecht. Als Begründung führte die Gestapo an, daß sich der Schriftleiter des »Schild« – der Zeitung des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten – in »letzter Zeit auf verschiedenen Versammlungen in solchem Maße für das Verbleiben der Juden in Deutschland eingesetzt hat, daß seine weitere Tätigkeit geeignet ist, die Maßnahmen der Reichsregierung hinsichtlich der Judenfrage in erheblichem Maße zu schädigen«.⁵² Ähnlich erging es einem Redner, der vor jüdischen Pfadfindern in Berlin geäußert hatte, daß »Palästina geeignet« sei, die »Juden von der Auswanderung abzuhalten«.⁵³ Kurt Pinthus erhielt Redeverbot, weil er auf einer Versammlung »in nicht mißzuverstehenden Schilderungen Kritik an den heutigen politischen Verhältnissen geübt« habe und »in seinem Re-

ferat über den Rahmen des angemeldeten Vortrages hinausgegangen« sei.⁵⁴

Mit dem Erlaß der »Nürnberger Gesetze« vom 15. September 1935 kam die Reichsregierung endlich dem massiven Druck »von unten« nach und schuf die seit Monaten geforderten gesetzlichen Grundlagen zur weiteren Ausschaltung der jüdischen Bevölkerungsgruppe. Wie der Boykott vom April 1933 löste auch dieser Einschnitt offizielle Stellungnahmen der deutsch-jüdischen Organisationen aus.⁵⁵ Das Kontinuum wurde gewahrt. Wieder versuchte jede in divergierenden Proklamationen einen Modus vivendi mit dem nationalsozialistischen Herrschaftssystem zu finden. Wenig überrascht zeigten sich die Zionisten über das Ende der Emanzipation. Die Zionistische Vereinigung betonte die Notwendigkeit, an der Auswanderung nach Palästina festzuhalten und den Prozeß der jüdischen Selbstüberprüfung voranzutreiben, wobei freilich noch immer von der Hoffnung auf eine »autonome« jüdische Existenz in Deutschland die Rede war. Die Leiter des zionistisch-sozialistischen Hechaluz sahen den Zeitpunkt gekommen, über Verhandlungen mit der Reichsregierung zu einer generellen Lösung der »Judenfrage« zu gelangen. Ihr Plan zielte darauf, in den nächsten 15 bis 20 Jahren die jüdischen Gemeinschaften aus Deutschland auswandern zu lassen. Georg Kareski, der Wortführer der Staatszionisten, ließ es sich sogar nicht nehmen, seine Stellungnahme im »Angriff« – dem »Kampfblatt« der Nationalsozialisten für den Gau Berlin, herausgegeben von Joseph Goebbels – publizieren zu lassen. In einem Interview vom 23. Dezember klagte er über die »assimilatorischen« Auflösungs- und Zersetzungerscheinungen »in weiten jüdischen Kreisen«. Er begrüßte die Nürnberger Gesetze und ging davon aus, daß die »reinliche Abgrenzung der kulturellen Belange zweier miteinander lebender Völker die Voraussetzung für ein konfliktloses Zusammenleben« darstellen könne. Er setzte dabei allerdings die »Respektierung des beiderseitigen Eigenlebens« voraus.⁵⁶ Die Reichsvertretung schließlich reagierte auf die Gesetze mit Betroffenheit und rief zu »Eini-gung, jüdischer Haltung, strengster Selbstzucht und größter Opferbereitschaft auf«. Eines sprachen freilich die Repräsentanten des deutschen Judentums auch mit aller Klarheit aus: Es war die Hoffnung, daß nach der »Beendigung der Diffamierung und Boykottierung« den deutschen Juden »die moralische und wirtschaftliche Existenzmöglichkeit« in Deutschland belassen werde.⁵⁷

In der jüdischen Bevölkerung gab es hingegen Stimmen, die von den offiziellen Proklamationen abwichen. Mathilde K. und Moses F. bezeichneten die Nürnberger Gesetze in aller Öffentlichkeit als »Kulturschande«.⁵⁸ Der Vertreter L. vertraute darauf: »Mit Hitler wird es bald

vorbei sein, da er sich an der katholischen Glaubensbewegung die Zähne ausbeißen wird und die Judenfrage zu seinem Sturz beitragen wird.«

Eine einzigartige Form für seinen Protest ließ sich Adolf K. einfallen. Während der Olympischen Spiele in Berlin, die weltweite Aufmerksamkeit fanden und zur Anerkennung des nationalsozialistischen Systems im Ausland erheblich beitrugen, sandte er am 6. August 1936 einen Brief an den amerikanischen Olympiakämpfer Jesse Owens. Der jüdische Makler, der in Duisburg lebte, verzichtete auf seine Unterschrift und stellte sich als »civis german« vor. Es ließ sich nicht feststellen, ob dieser Brief den amerikanischen Olympiasieger erreicht hat. Die Gestapo fand lediglich eine Durchschrift, als sie am 20. August 1936 die Wohnung K.s wegen des Verdachts des »Devisenvergehens« durchsuchte. Sie hielt fest, daß der Brief »von schwersten Angriffen und Beleidigungen gegen das nationalsozialistische Deutschland strotzte, Deutschland als ein Land der Barbarenherrschaft und Schreckensherrschaft bezeichnete, in welchem Verbrecher am Ruder wären, zwei Millionen politischer Gefangener schmachteten und deutsche Richter willfährige Henkersknechte der Machthaber« seien. K. forderte Jesse Owens auf, »die Goldene Olympiamedaille dem Blutmenschen Adolf Hitler vor die Füße zu werfen und ostentativ abzureisen, um diesen Mördern und Barbaren für ihren Hochmutsdünkel eine Lektion zu geben.«

K. kam vor Gericht. Als Begründung für seine Tat gab er an, daß »er Jude sei und daß ihn der vom Nationalsozialismus gegen seine Rasse geführte Kampf körperlich und seelisch zermürbt habe, so daß er nicht mehr ein noch aus gewußt habe. In dieser Geistesverwirrung habe er geglaubt, durch eine Aktion des berühmten Sportsmannes Owens, der als Neger ja auch als Nichtarier gelte, vielleicht eine Besserung der Lage für die jüdische Rasse herbeiführen zu können«. Das Gericht hielt dies für »einen ganz besonders schweren und gemeinen Fall der Greuelpropaganda«, bei dem »der Angeklagte auch in feiger Weise die jüdische Herkunft verschwieg und sich als ›Civis German‹, das heißt als Deutscher Staatsangehöriger ausgab ... und gewünscht hat, daß der Inhalt seines Briefes als Dokument im Kampfe gegen den verhaßten Nationalsozialismus verwertet« werde. Das Sondergericht Düsseldorf verurteilte K. am 2. Oktober 1936 zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und sechs Monaten. Nach der »Kristallnacht« wurde er erneut für acht Monate im KL Dachau in Haft gehalten, um die Auswanderung zu erzwingen. Aber die Pläne und Vorbereitungen zur Emigration zerschlugen sich. Als im Herbst 1941 mit der Einführung des Judensterns das Startzeichen zu den Deportationen gegeben wurde, weigerte sich K., das Zeichen anzuheften. Er wurde am 28. Oktober 1941 gefaßt und am 13. Januar 1942 »nach Riga evakuiert«. Mit diesem Todesurteil schließt die Personenakte.⁵⁹

Die Nationalsozialisten bestraften nicht nur diese spontanen Reaktionen, in denen sich viel ohnmächtige Wut entlud, ohne dem System ernsthaft zu schaden. Sie verfolgten in erster Linie auch jene Repräsentanten, die sich darum bemühten, gegen die Anfeindungen einen geistig-religiösen Schutzwall zu errichten und die Juden um die Traditionen und Werte des jüdischen Volkes zu sammeln. Einer von ihnen war Martin Buber; er erwies sich als der große Philosoph und Lehrer, der die Bedeutung des geistigen Widerstands lehrte und das Programm einer »jüdischen Erziehung« entscheidend prägte.⁶⁰ Ihm wurde die Lehrtätigkeit untersagt, seine Appelle an das jüdische Volk unterdrückt. Im Herbst 1935 verfaßte Leo Baeck ein Gebet, das von Otto Hirsch an alle Gemeinden versandt und am Versöhnungstag verlesen wurde: »Wir stehen vor unserem Gott. Mit derselben Kraft, mit der wir unsere Sünden bekennen, die Sünde des einzelnen und die der Gesamtheit, sprechen wir es mit dem Gefühl des Abscheus aus, daß wir die Lüge, die sich gegen uns wendet, die Verleumdung, die sich gegen unsere Religion und ihre Zeugnisse kehrt, tief unter unseren Füßen sehen. Wir bekennen uns zu unserem Glauben und zu unserer Zukunft. Wer hat das Geheimnis des Ewigen, des Einen Gottes gekündet? Wer hat der Welt den Sinn für die Reinheit der Lebensführung, für die Reinheit der Familie offenbart? Wer hat der Welt die Achtung vor dem Menschen, dem Ebenbild Gottes, gegeben? Wer hat der Welt das Gebot der Gerechtigkeit, den sozialen Gedanken gewiesen? Der Geist der Propheten Israels, die Offenbarung Gottes an das jüdische Volk hat in allen gewirkt. In unserem Judentum ist es erwachsen und wächst es. An diesen Tatsachen prallt jede Beschimpfung ab.«⁶¹ Die Nationalsozialisten sahen in diesem Gebet, das ohne ihr Wissen versandt worden war, eine offene Kritik an ihren Handlungen. Leo Baeck und Otto Hirsch wurden erstmals in Haft genommen.⁶²

Als Antwort auf die Nürnberger Gesetze verfaßte Leo Baeck noch einen Aufruf, der mit den Worten begann: »Tröstet, tröstet mein Volk! ruft uns der heutige Sabbat zu. Woraus kann uns in diesen Tagen, in denen wir durch eine Flut von Beschimpfungen hindurchgehen müssen, Trost erwachsen? Er erwächst aus der Antwort, die unser Glauben, die unsere Ehre, die unsere Jugend uns gibt. Allen Schmähungen stellen wir die Hoheit unserer Religion entgegen, allen Kränkungen unser stetes Bemühen, in den Wegen unseres Judentums zu gehen, seinen Geboten nachzukommen.« Die Gestapo intervenierte, Leo Baeck beugte sich dem Verbot. Am 4. Oktober 1935 telegraphierte er an die Jüdische Gemeinde Bonn, den Aufruf nicht zu verlesen und ihn zu vernichten.⁶³

Ein Jahr später betete der Berliner Rabbiner Bernhard Engel-Kohn, »daß Gott sein Volk nicht untergehen« lassen möge. Die Gestapo hatte das Sprechen des Gebets verboten. Dreimal widersetzte sich der 30jährige Rabbi-

ner, dreimal wurde er verhaftet und mißhandelt. Nur mit Mühe ließ er sich von seiner Gemeinde überzeugen, den Weg in die Emigration anzutreten.⁶⁴ Ein eindrucksvolles Bekenntnis zu den lebendigen und unzerstörbaren Traditionen und Glaubensinhalten des Judentums wie zu den Zielen des Zionismus legte der Rabbiner Kliersfeld ab, als er am 25. November 1936 in der Hamborner Synagoge auf einer Versammlung der zionistischen Ortsgruppe sprach. Am Schluß seiner Rede, die vom Überwachungsbeamten gewissenhaft aufgezeichnet wurde, rief er den 70 Teilnehmern zu: »Unser starker Lebenswille hat uns bislang erhalten. Zeigt, daß ihr produktiv seid, sonst sagt man, ihr seid Parasiten. Wir glauben an unsere Geschichte. Wenn die Umwelt behauptet, die Juden könnten nur als Parasiten in anderen Völkern leben, so wird jeder aufrechte junge Jude sich dagegen auflehnen und durch seine Arbeit zu beweisen suchen, daß auch das jüdische Volk als solches leben kann, ohne die Arbeit anderer Völker. Dies ist das Ziel des Zionismus. Die jüdische Jugend hat es schwer, aber sie hat eine einzigartige Möglichkeit. Sie hat die Chance, neu zu beginnen ... Ein gelebtes, ernst genommenes Judentum wird niemals untergehen.« Zwei Monate brauchte die Gestapo, um ihre Entscheidung zu treffen. Am 4. Februar 1937 wurde dem Rabbiner in einem fünfzeiligen Schreiben mitgeteilt, daß ihm fortan »jedes Auftreten als Redner in öffentlichen und geschlossenen jüdischen Veranstaltungen« untersagt sei.⁶⁵

Im Jahr 1938 verschärften die Nationalsozialisten erneut den Druck auf die jüdische Bevölkerung, um durch Zerschlagung ihrer wirtschaftlichen Existenz und die weitere Absonderung die Massenauswanderung zu erzwingen. Im April 1938 mußten Juden ihr Vermögen, soweit es 5000 RM überstieg, anmelden, im Juni wurden ihre Gewerbebetriebe registriert, seit dem 17. Juni 1938 mußten sie neben ihren Vornamen zusätzlich die Namen »Sara« oder »Israel« führen. Vereinzelt gab es Juden, die sich dieser Vorschrift widersetzen: Ob aus Vergeßlichkeit oder Trotz, sie vergaßen den Namen in die Unterschrift mit aufzunehmen. Die Behörden ließen solche Verstöße nicht zu. Die Juden wurden in der Regel verwart und mußten sich schriftlich verpflichten, fortan dem Gesetz Folge zu leisten. Im Oktober 1938 wurden die Reisepässe eingezogen und mit dem großen roten Buchstaben »J« gekennzeichnet. Daneben kam es zu judenfeindlichen Hetzkampagnen und zu den ersten Deportationen – der Ausweisung der in Deutschland lebenden Juden polnischer Herkunft – sowie zu Ausschreitungen, die in den Pogromen der »Reichskristallnacht« ihren Höhepunkt erreichten.

Auch diese Maßnahmen und Ereignisse provozierten wieder manche Juden zu »staatsfeindlichen Äußerungen« oder »staatsfeindlichem Benehmen«. Die Denunziationen und Anzeigen aus Kreisen der Partei und der

Bevölkerung nahmen ein erschreckendes Ausmaß an und entbehrten zu meist jeder Grundlage, wie die zahlreichen Personenakten beweisen, die von der Gestapo einzig und allein aufgrund einer bloßen Beschuldigung angelegt wurden. Zwei Beispiele sollen den spontanen Abwehraffekt und den sozialen Bezugsrahmen solcher Reaktionen deutlich machen.

Im fränkischen Dorf Untererthal lebte das Ehepaar Levi. Nachbarn drängten 1939 auf den Auszug der Familie, um das kleine Anwesen übernehmen zu können. Man bedrohte und mißhandelte die Familie, man zerrümmerte mit Steinen die Fensterscheiben. Als das nichts half, folgte im September 1939 die Denunziation. Man warf der 57jährigen Jettchen Levi die »staatsfeindliche Äußerung« vor: »Ihr weint heuer noch mehr, als wir Juden schon geweint haben. Wenn jetzt der Krieg nicht bald losgeht, dann fangen wir Juden ihn an.« Jettchen Levi beteuerte vor dem Vernehmungsbeamten ihre Unschuld. Sie wies auf die Anfeindungen der Nachbarn hin und offenbarte ihre Angst: »Ich habe bis jetzt«, so gab sie zu Protokoll, »noch nichts angezeigt, weil ich mich fürchte und fürchte mich heute noch mehr wir sonst ... Ich habe in der letzten Zeit mit meiner ganzen Familie nicht im Hause geschlafen, weil ich dort meines Lebens nicht mehr sicher bin.« Auf die Frage, warum sie nicht ausgewandert sei, antwortete sie: »Ich kann doch auch nicht dafür, wenn ich nicht genügend Geld habe ... Wenn ich das Geld zusammen hätte, dann wäre ich schon längst ausgewandert. Nachdem aber auch noch meine alte Mutter bei uns ist und für die niemand sorgen will, kann ich ohne meine Mutter nicht wegziehen, da ich diese nicht verhungern lassen will.« Als Frau Levi verwarnt werden sollte, verweigerte sie die Unterschrift. Die Polizeihaft brach den Widerstand.

Nach erzwungener Unterschrift wurde sie am 12. Oktober 1939 wieder freigelassen – für wenige Tage. Im November 1939 ordnete der Inspekteur der Sipo und des SD in München an, »sämtliche Juden, die bisher in den letzten Monaten wegen provozierenden Verhaltens im hiesigen Dienstbezirk unliebsam aufgefallen sind oder Anlaß zu Ausschreitungen von Bevölkerungsteilen gegeben haben, listenmäßig zu erfassen«. Jettchen Levi gehörte zu ihnen. Am 9. Februar 1940 wurde sie für zwei Jahre ins Konzentrationslager gebracht. Die Personenakte endet mit dem hektographierten Vermerk, daß Jettchen Levi am 25. April 1942 »im Zuge der Aktion zur Evakuierung von Juden nach Lublin / Izbica evakuiert« wurde.⁶⁶

Am 12. November 1938, zwei Tage nach der »Kristallnacht«, teilte Hans Sch., ein Oberstudiendirektor in Egel, seiner Behörde mit, daß er den jüdischen Schüler Hans F. der Schule verwiesen habe. Der Schulleiter hatte erfahren, daß F. in Schutzhaft genommen worden war, »da Waffen bei ihm gefunden worden sind und da er vor dem Ortsgruppenleiter auf den Boden gespuckt und gedroht habe, das den Juden in Deutschland geschehene Un-

recht nach Amerika mitteilen zu wollen«. Der Schüler wurde bald aus der Haft entlassen und erhielt die Erlaubnis, sich auf der jüdischen Privatschule in Berlin auf sein Abitur vorzubereiten. Als er seinen früheren Schulleiter um die »Übersendung von Primanerarbeiten« bat, lehnte der nationalsozialistische Erzieher ab und bat am 19. Januar 1939 den aufsichtführenden Oberschulrat, »wenn möglich, eine etwaige Zulassung« zur Reifeprüfung rückgängig zu machen. Er versprach die Zusendung einer »amtlichen Darstellung der Vorgänge«.

Der Bericht ging am 23. Januar 1939 dem Oberschulrat zu: »F. ist hier am Ort als frecher Jude bekannt. Seine zionistische Weltanschauung als Jude ließ einen glühenden Haß gegen das nationalsozialistische Deutschland sichtbar werden. Er gab sich Mühe, ihn nach jüdischer Art zu verstecken. Jedoch hin und wieder brach sein Haß durch. So hat er einmal bei einer Begegnung mit dem Ortsgruppenleiter ... vor ihm ausgespöen. Nur der Umstand, daß er zu Rade war, rettete ihn vor einer gehörigen Tracht Prügel. Nach dem feigen Mord an Herrn vom Rath brach auch hier die Empörung durch und man warf einige Fensterscheiben in dem Hause seines Vaters ein. Der Sohn F. äußerte darauf: »Wenn ich das nach Amerika schreibe, ... dann geht es Deutschland wieder schlechter« ... Die Beweise, daß dieser Jude niemals Deutschland dies Entgegenkommen [gemeint ist die Zulassung zum Abitur] danken, sondern mit seinem infernalischem Haß gegen alles Deutsche Deutschland im Ausland bespöen und bekämpfen wird, habe ich hiermit erbracht.«⁶⁷ Die Quellen geben keine Auskunft über den Ausgang dieses Falles.

Der Inhalt der einschlägigen Gestapoakten deutet darauf hin, daß der offene Protest nach 1939 fast völlig verstummte. Die abnehmende Tendenz erklärt sich aus dem zunehmenden Terror, mit dem die protestierenden Stimmen zum Schweigen gebracht wurden, aus dem rapiden Rückgang der jüdischen Bevölkerung durch Vertreibung und durch die Deportation und Vernichtung sowie aus dem Umstand, daß mit der Isolierung und Existenzbedrohung die Widerstandsbereitschaft sich kaum noch in offenen Protesten manifestieren konnte.

Am Anfang der Deportationen gab es noch Protestaktionen der deutsch-jüdischen Repräsentanten. Im Juli 1939 wurde die Reichsvertretung zur »Reichsvereinigung« umgewandelt, wobei die Zusammensetzung des Vorstands unverändert blieb, so daß auch die Kontinuität der alten Abwehrstrategien erhalten blieb.⁶⁸ Als im Oktober 1940 die Juden in Baden und in der Rheinpfalz »schlagartig erfaßt« und nach Südfrankreich »abgeschoben« wurden, entfaltete die Reichsvereinigung eine lebhaftere Aktivität. Auf der offiziellen Ebene intervenierte Otto Hirsch und verlangte von Adolf Eichmann die Einstellung der Deportationen und die Rückkehr der Depor-

tierten. Um der Forderung Nachdruck zu geben, sprachen die Repräsentanten die Drohung eines kollektiven Rücktritts aus. Hinzu kamen Manifestationen des öffentlichen Protests. Allen Mitarbeitern der Reichsvereinigung wurde ein Fastentag auferlegt. In allen Gemeinden sollten am Sabbat besondere Predigten und Gebete für die Deportierten gehalten werden. Man entschloß sich ferner, alle Veranstaltungen des Kulturbundes für eine Woche auszusetzen. Das RSHA ließ dieses Vorgehen nicht straflos. Es erzwang die Rücknahme der Protestanweisungen. Als Verfasser der Rundschreiben wurde das Vorstandsmitglied der Reichsvereinigung Julius Seligsohn identifiziert. Im November 1940 wurde er in Haft genommen und in das Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht, wo er verstarb. Wenig später wurde der wenig kooperationsbereite Otto Hirsch aus seinem Amt entfernt, deportiert und umgebracht. Mit diesen Aktionen und Sanktionen war die Gegenwehr der Reichsvereinigung gebrochen.

Im September 1941 erging die Anordnung, daß alle Juden einen großen gelben Davidstern »jederzeit sichtbar« auf der Oberkleidung zu tragen hatten.⁶⁹ Einige Juden widersetzten sich und trugen den Stern nicht »vorschriftsmäßig«. Sie verdeckten ihn in der Öffentlichkeit und wurden in der Regel dafür verwarnt. Andere weigerten sich überhaupt, den Stern anzuhängen. Dieser Verstoß wurde mit der Verhängung der Schutzhaft geahndet; dennoch begingen ihn viele. Es waren die Juden, die sich auch den Deportationsaufrufen widersetzten und die Flucht in den Untergrund antraten. Unter ihnen gab es in Berlin eine kleine Gruppe frommer Juden, die sich selbst noch in den letzten Jahren des Dritten Reichs heimlich auf dem Jüdischen Friedhof trafen, um an den Feiertagen gemeinsam zu beten.⁷⁰ Man stellte Posten an den Friedhofsmauern auf, um sich rechtzeitig dem Zugriff der Gestapo und der Denunzianten entziehen zu können. Diese Form der Selbstbehauptung hat es auch noch an anderen Orten gegeben, in denen Juden im Untergrund jüdische Existenz zu bewahren suchten.

Druck und Vertrieb illegaler Schriften

Eine bewußtere Form des Widerstands zeigt sich in der Herstellung und Verbreitung illegaler Schriften. Es ist bekannt, daß dieses Mittel der Propaganda von nahezu allen politischen Widerstandsgruppen – allen voran von den Kommunisten – angewandt wurde.⁷¹ Die Zahl der von der Gestapo erfaßten Schriften war von Jahr zu Jahr unterschiedlich. Zwischen 1934 und 1936 erreichte sie eine Höhe von über 1,5 Millionen. Die Offenheit und Leichtfertigkeit, mit der diese Massenpropaganda betrieben wurde, führte häufig zur Aufdeckung und Zerschlagung von Widerstandsgruppen.

Es überrascht daher kaum, daß die Gestapo immer wieder auch Widerstandskämpfer jüdischer Herkunft bei der Herstellung und Verbreitung illegaler Schriften überraschte, die als »Hochverräter« bestraft wurden. Weitgehend unbekannt ist die Tatsache, daß von 1933 bis in die Deportationszeit hinein jüdische Schriften, Flugblätter und Parolen auftauchten, in denen die Verfasser gegen die Verfolgung protestierten. In den meisten Fällen schließt zudem die Quellenlage Angaben über die Zahl solcher Schriften, ihre Autoren oder den Ausgang der polizeilichen Ermittlungen aus.

Den Auftakt bildeten die frühen »Kampfschriften«, die außerhalb des nationalsozialistischen Herrschaftsbereichs verfaßt und nach Deutschland geschmuggelt wurden. Sie folgten dem Muster der traditionellen jüdischen Abwehr- und Aufklärungsstrategie. Felix Langer widerlegte (noch einmal) »Die Protokolle der Weisen von Zion«, Sami Glücksmann – ein Rabbiner aus Danzig – schrieb über die »Fälschungen der antisemitischen Literatur«, Felix Weltsch setzte sich mit dem »Antisemitismus als Völkerhysterie« auseinander. In Memel wurde 1934 ein Pamphlet gedruckt, das den Titel »Unser Kampf« trug und aus der Feder eines gewissen Charles William Gordon stammte. Der Untertitel lautete: »Wie Juden der antisemitischen Politik der Hitlerregierung entgegenzutreten müssen«. Die 41 Seiten umfassende Schrift enthielt ein Aktionsprogramm. Die Juden wurden aufgefordert, den Boykott als »Hauptwaffe« einzusetzen und mit allen Schichten der Bevölkerung zusammenzuarbeiten. Sie sollten ferner eine »jüdische Weltzentrale« etablieren und mit »offenen Protesten«, mit der »Niederlegung von Ehrenämtern«, der »Boykottierung der Olympischen Spiele« und mit »Interventionen beim Völkerbund« das »Weltgewissen« wachrütteln.⁷² Appelle und eindringliche Warnungen fanden sich auch in den Dokumentationen und den Erlebnisberichten jüdischer Emigranten, die Auskunft über den Terror in Deutschland gaben.⁷³

Anfang 1934 fiel den Nationalsozialisten in der Pfalz eine Druckschrift in die Hände, die ihrer Ansicht nach »Greuelnachrichten schlimmster Art« enthielt. Der Titel verkündete: »Juda verrecke. Ein Rabbiner im Konzentrationslager.« Als Autor war ein Max Abraham genannt.⁷⁴ Im Sommer 1935 ging bei der Regensburger Industrie- und Handelskammer ein Flugblatt ein, in dem die »Deutschen Brüder ... zum Kampf für unsere Freiheit« aufgerufen wurden. Die Behörden spekulierten darüber, ob der Aufruf aus der Tschechoslowakei oder aus »jüdischen Kreisen« stamme.⁷⁵ Strafen zogen die Lektüre und die Weiterleitung der verbotenen Schriften wie der literarischen Werke nach sich. Im Frühjahr 1934 wurde im Bezirk Mannheim der Jude Siegmund Salomon verurteilt, weil er Druckschriften für die »Vereinigung Ernster Bibelforscher« nach Baden geschmuggelt hatte.⁷⁶

Mit den Nürnberger Gesetzen vom September 1935 wurde die Trennung zwischen Deutschen und Juden verschärft. Zu den Vorschriften gehörte auch die Auflage, alle deutschen Hausangestellten zu entlassen, die jünger als 45 Jahre waren. Als Reaktion darauf tauchte in Berlin eine an »Jede jüdische Frau« gerichtete Flugschrift auf, in der die jüdischen Frauen aufgefordert wurden, zum 1. Dezember 1935 »schlagartig« und unter »Mitgabe eines reichlichen Weihnachtsgeschenk« allen Hausangestellten zu kündigen. Weiter hieß es: »Wenn Ihr das tut, wenn alle diese Mädchen, die zwar meistens schuldlos sind und gern bleiben möchten, im Dezember bereits bei Muttern sind, dann und nur dann werdet Ihr das Eurige für die jüdische Sache, für Euch und vor allem für Eure Kinder getan haben ... Wenn Deutschland sieht, daß Ihr Euer Schicksal sofort freiwillig und schweigend auf Euch nehmt, dann und nur dann werden sich diese Gesetze von selbst totlaufen. Diese Haltung wird die Bewunderung aller Vernünftigen hervorrufen. Tut Ihr es nicht, so werden Euch später die Vorwürfe und Anklagen Eurer Kinder nicht erspart bleiben.«⁷⁷

Der Verfasser dieser Schrift blieb ebenso unbekannt wie der eines Flugblattes, das im September 1935 in einer Berliner Straßenbahn sichergestellt wurde. Form und Inhalt verraten die Handschrift eines nationalen Juden, eines ehemaligen Frontkämpfers des Ersten Weltkriegs. Es war an die deutschen Kameraden gerichtet und trug die Überschrift: »Kamerad, denkst Du daran?« In chronologischer Folge reihte er die Daten und Fakten der preußisch-deutschen Geschichte aneinander. Sie wurden unterbrochen durch den immer wiederkehrenden Appell, der Teilnahme, Leistung und Opfer der deutschen Juden zu gedenken:

- »1807 über 150 preußische Juden standen auf gegen Napolcon und fielen!
Kamerad, denkst Du daran!
- 1848 Juden halfen das deutsche Volk einen!
Kamerad, denkst Du daran!
- 1870 Juden standen an der Front in Frankreich und fielen!
Kamerad, denkst Du daran!
- 1871 Juden standen im Spiegelsaal von Versailles und vollzogen die deutsche Einigung!
Kamerad, denkst Du daran!
- 1900 Juden entdeckten für Deutschland Kolonien!
Kamerad, denkst Du daran!
- 1914 als erster fiel im Ringen um Deutschland ein Jude!
Kamerad, denkst Du daran!
- 1915 Kamerad, denkst Du daran!
- 1916 Kamerad, denkst Du daran!
- 1917 Kamerad, denkst Du daran!

- 1918 96000 deutsche Juden standen unter deutschen Fahnen!
Kamerad, denkst Du daran!
12000 deutsche Juden blieben für Deutschland auf dem Feld der
Ehre!
Kamerad, denkst Du daran!
- 1920 Kampf um das Ruhr- und Rheinland, Juden waren dabei!
Kamerad, denkst Du daran!«⁷⁸

Die Beschwörung verhallte. Die deutschen Kameraden stellten sich taub, als die jüdischen Kameraden aus den Reihen der Wehrmacht entfernt wurden. Vergeblich hatten bereits der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten und jüdische Gemeinden bei den Behörden interveniert, Eingaben und Bittschriften versandt, um gegen die Diskriminierung der »wehrfähigen« Juden zu protestieren.⁷⁹ Als am 25. Juli 1935 das Wehrgesetz verkündet und die allgemeine Wehrpflicht wiedereingeführt wurde, blieben die Juden vom aktiven Wehrdienst ausgeschlossen.⁸⁰ Dieser Schritt löste nicht nur in Kreisen ehemaliger jüdischer Frontkämpfer Bitterkeit und Niedergeschlagenheit aus.⁸¹ In einem Schreiben an den Reichsbund jüdischer Frontsoldaten betonten Leo Baeck und Otto Hirsch, daß das »deutsche Judentum durch den Ausschluß vom aktiven Wehrdienst einen ebenso schweren wie schmerzlichen Schlag erlitten« habe.⁸²

Dürfte das oben zitierte Flugblatt sicher aus dem aktuellen Anlaß der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht verfaßt worden sein, neben solchen spontanen Reaktionen dauerte die Herstellung von Schriften oder anonymen Briefen mit allgemeinen Anklagen gegen das Regime an. So wurden am 8. Juni und am 29. Juli 1936 in Düsseldorf anonym und unfrankiert Briefe an die Minister Frank und Frick aufgegeben, die auf Flugzetteln Beschimpfungen der Nationalsozialisten enthielten. So wurde Hitler als »Dämon von Deutschland«, als »Unglück der Arbeiter und Frontsoldaten«, als »brauner Bolschewist« bezeichnet. Ganz allgemein hielt der Schreiber die Nationalsozialisten für »Spitzbuben, Barbaren, ... Brandstifter, ... Postenjäger, Meuchelmörder«. Unterschrieben waren die Zettel mit »Wir Juden«.

Selbstverständlich ging die Gestapo der Angelegenheit nach. Ihre Recherchen führten zur schnellen Aufklärung. Die Erkenntnis, daß entlang der Eisenbahnlinie Oberhausen–Wesel besonders häufig Flugzettel dieser Art aufgefunden wurden, veranlaßte sie zur verstärkten Observierung der Strecke. Als am 25. August 1936 aus dem Toilettenfenster eines fahrenden Zuges wieder Zettel geworfen wurden, griff sie ein. Der Jude Alfred M. wurde verhaftet. Bei der Durchsuchung seiner Mühlheimer Wohnung fand man das Notizbuch, dessen Seiten für die »Schmierereien« verwendet worden waren. Der Schriftvergleich ergab, daß Verfasser und Verteiler iden-

tisch waren. Nach anfänglichem Leugnen gestand M. die Tat ein, ohne eine Begründung dafür anzugeben. Trotz eindringlicher Ermahnungen und Folterungen – »Die Vernehmung des M. wird um 20 Uhr abgebrochen« – erklärte er immer wieder, daß er »hierzu nichts weiter zu sagen habe«.

Die biographischen Hinweise sind fragmentarisch. Alfred M. war 49 Jahre alt, verheiratet und hatte zwei Kinder von acht und zwölf Jahren. Die Einkommensverhältnisse waren bescheiden: M. übte den Beruf eines Provisionsviehhändlers aus. Die häufige Reisetätigkeit erklärte die regionale Verbreitung der Flugzettel. M. bezeichnete sich als »Assimilant«; er berief sich auf seine Vorfahren, die seit über 100 Jahren im Rheinland ansässig waren. Aus dem Ersten Weltkrieg kehrte er ohne Orden und Auszeichnungen, aber mit einer Steckschußverletzung zurück. Er war allein in der Mitgliederliste der Synagogengemeinde Mühlheim verzeichnet. Er gehörte keiner politischen Partei oder Organisation an. Die Frage der Gestapobeamten nach Beziehungen zu »monarchistischen Rechtskreisen« oder zum »Stahlhelm« wurde verneint. Unwiderlegbar war auch seine Erklärung, daß er dem Zionismus keine Sympathie entgegenbringe und den Kommunismus ablehne. Seine politische Betätigung, so erklärte er, habe sich einzig und allein in der Stimmabgabe für die Deutsche Demokratische Partei erschöpft, eine Partei, die »von vielen Juden gewählt worden war« und als »Judenpartei« gegolten habe. Die weiteren Nachforschungen ergaben, daß Alfred M. unmittelbar nach der Machtübernahme von SA-Angehörigen verprügelt und sein Haus mit judenfeindlichen Aufschriften beschmiert worden war. Empörung und Auflehnung dagegen entluden sich in ersten Beschwerdebriefen. 1934 wandte er sich an Göring und »verleumdete« die SA. Ein Strafverfahren wurde eingeleitet, eine Amnestie hinderte die Justiz an der Durchführung. Als M. nun erneut »straffällig« wurde, fand die Gestapo die alte Akte mit dem Vermerk, daß er als »Querulant, Lügner und anmaßend bekannt« sei.

Sechs Monate blieb M. in Untersuchungshaft, ehe ihm im Februar 1937 vor dem 3. Strafsenat des Oberlandesgerichts Hamm der Prozeß gemacht wurde. Die Anklage lautete auf Vorbereitung zum Hochverrat. Es bereitete den Richtern keine Schwierigkeiten, die von der Ideologie geforderte Synthese von Judentum und Bolschewismus herzustellen: Die Tat des Einzelgängers wurde als »jüdisch-bolschewistischer Umsturzversuch« klassifiziert. In der Urteilsbegründung hieß es: »M. wünscht wie viele Juden nichts sehnlicher als die Beseitigung des Nationalsozialismus. Dabei ist er sich im klaren darüber, daß der Sturz der Regierung nur auf gewaltsamem Wege geschehen kann. Er ist sich auch bewußt, daß der Kommunismus in Deutschland die einzige aktiv auf den gewaltsamen Sturz der Regierung hinarbeitende Macht ist ... Dieses Ziel will auch der Angeklagte fördern.

Zu seiner Vorbereitung verbreitete er Hetzzettel, um im Volk Unruhe zu stiften ... Gegen das volksschädliche Verhalten fremdstämmiger Personen, die das ihnen vom Deutschen Reich gewährte Gastrecht nicht achten wollen, muß das Deutsche Volk mit allen Mitteln geschützt werden«.

Im »Namen des Deutschen Volkes« wurde Alfred M. zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Das »milde« Urteil begründeten die Richter mit dem Hinweis auf die Kriegsteilnahme des Angeklagten. Bis zum Herbst 1942 blieb M. im Gewahrsam der deutschen Justiz. Kurz vor Ablauf der regulären Haftdauer wurde getreu den Richtlinien der Gestapo die Schutzhaft beantragt. Das RSHA lehnte jedoch die Einweisung in ein Konzentrationslager ab. Seit über einem Jahr rollten bereits die Deportationszüge in die Vernichtungslager. Am 1. Dezember 1942 teilte es in einem Fernschreiben dem Polizeigefängnis Essen mit: »Da die Ehefrau des M. bereits nach dem Osten abgeschoben ist, sehe ich von der Einweisung des M. in ein Konzentrationslager ab und bitte, M. zwecks Evakuierung nach dem Osten der Stapoleitstelle Berlin überstellen zu lassen.« Noch im selben Monat wurde M. nach Berlin gebracht. Die Personenakte schließt mit dem Vermerk, daß er am 3. März 1943 »nach dem Osten evakuiert« wurde.⁸³

In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 gingen in Deutschland und Österreich die Synagogen in Flammen auf. Der von den Nationalsozialisten geschürte und organisierte »Volkszorn« über die »jüdische Mordtat« des Herschel Grynspan an dem Legationssekretär vom Rath tobte sich in der Pogromen der »Kristallnacht« aus. Jüdische Geschäfte und Wohnungen wurden geplündert, Juden mißhandelt und ermordet, 30000 in die Konzentrationslager gebracht, Verordnungen erlassen, um das Leben der Juden zu erschweren und den Verfolgungs- und Vertreibungsdruck zu verschärfen.⁸⁴ Das Ausland reagierte mit einer Welle verbaler Proteste. Deutsche Exilanten bekundeten ihre Solidarität. In einer Sondernummer der »Roten Fahne« wandte sich die KPD gegen die »Schmach der Judenpogrome«. In der deutschen Öffentlichkeit wurden Stimmen offener Empörung und Mißbilligung laut.⁸⁵ Anonyme Protestschreiben gingen bei den Behörden ein. Deutsche Juden empfanden die Novemberereignisse als einen tiefen Schock. Auf den Schreibtischen ausländischer Konsulate stapelten sich die Ausreiseanträge.

»J'accuse – Ich klage an«, so lautete der Titel einer Protestschrift, die ein deutscher Jude als Antwort auf die Pogrome verfaßte. Sie begann mit den Worten: »Ich greife den Kampftruf Emile Zolas gegen den Antisemitismus auf, um meine deutschen Mitbürger und die gesamte zivilisierte Welt auf den drohenden Untergang von 50000 schuldlosen Menschen hinzuweisen.« Die Schrift umfaßte 14 Seiten. Sie war mit Schreibmaschine geschrieben und mit Wachsbogen vervielfältigt worden. Für ihre Verbreitung im

In- und Ausland sollte die Post sorgen. Am 12. Dezember 1938 fielen die Briefe der Postzensur in die Hände. Das Bremer Postamt meldete die Sicherstellung von mehreren Briefen, die am Vortag aufgegeben worden waren. Hunderte wurden in Hamburg abgeschickt, 600 Exemplare konnten abgefangen werden. Die Polizei beeilte sich, den Täter ausfindig zu machen und die Zustellung der übrigen Briefe zu verhindern. Mit Rundschreiben wurden die regionalen Polizeidienststellen um erhöhte Wachsamkeit, um die Beschlagnahme der Briefe und um Berichterstattung gebeten. Der Gestapo gelang es, noch am 12. oder 13. Dezember 1938 den Hersteller der Schrift zu verhaften. Es war der 45jährige Jude Walter G., der in Hamburg lebte. Sein Lebenslauf und sein Schicksal sind unbekannt. Nur ein Detail ist überliefert: In einem Schreiben der Gestapo vom 15. Dezember 1938 heißt es: »G. hat einen Selbstmordversuch durch Vergiften unternommen. Er befindet sich im Untersuchungslazarett und ist außer Lebensgefahr.«⁸⁶

In den Quellen finden sich verstreute Hinweise, daß deutsche Juden auch nach Ausbruch des Krieges und nach dem Einsetzen der Deportationen »Hetzschriften« und »Hetzparolen« verbreiteten. So meldete das RSHA als »wichtiges staatspolitisches Ereignis« die Festnahme von sechs Juden, die am 26. November 1941 Texte der verbotenen Predigten des Münsteraner Bischofs Graf Galen verteilt hatten.⁸⁷ Im Dezember 1941 berichtete die Stapoleitstelle Magdeburg über die Verhaftung des 20jährigen Wolfgang M. Der als »Halbjude« bezeichnete »Täter« gestand, seit längerer Zeit handgeschriebene Flugzettel mit den Aufschriften »Hitler – verrecke« – »Es lebe der Jude und der Bolschewismus« – »Stürzt Hitler und seine Regierung« hergestellt und verteilt zu haben.⁸⁸ Ebenfalls im Dezember mußte sich die Berliner Gestapo mit dem Fall des offenbar geistesgestörten Georg R. befassen.⁸⁹ Man warf ihm vor, eine »größere Anzahl von Klebezetteln« an Telefonzellen angebracht zu haben. Sie enthielten konfuse Parolen: »Legion der Unzufriedenen. Einziges Ziel: Ungeknebelte Presse. Erkenntniszeichen: Fingerring mit braunem Band.« R. gab als Grund »Verärgerung« an, da sich seine Auswanderung zerschlagen habe. Die Gestapo bescheinigte ihm »Haftunfähigkeit«. Man darf annehmen, daß er unverzüglich der »Sonderbehandlung« überlassen und umgebracht wurde.

In die Kategorie des »illegalen« Schrifttums fallen auch die kurzen Bemerkungen, die Edith Wolff verfaßte und an deutsche Behörden versandte. Als die Nationalsozialisten am 1. April 1933 den Boykott jüdischer Geschäfte organisierten, verschickte sie Postkarten, auf denen zu lesen war: »Ihr sagt, die Juden sind unser Unglück! Wir sagen: Hoffentlich!« Nach den Pogromen der »Kristallnacht« trugen die Karten den Text: »Der Nationalsozialismus ist die größte Kulturschande der Weltgeschichte«, dazu als Unterschrift: »Der ewige Jude.« Nach der Einführung des Judensterns ver-

breitete sie den Flüsterwitz: »Deutschland heißt jetzt Braunschweig: Die eine Hälfte ist braun – die andere schweigt!« 1942 schließlich – nach den ersten Deportationen und der Erschießung jüdischer Geiseln in Berlin konnten die Empfänger lesen: »Juden wird es auf der Welt noch geben, wenn das Dritte Reich schon längst vergangen ist.«⁹⁰

Es gehört sicher zu den Charakteristika der deutsch-jüdischen Widerstandsorganisationen, daß sich ihre illegalen Schriften nicht an einer spezifischen »Judenfrage« orientierten und keine Hinweise auf eine jüdische Identität der Verfasser enthielten. Die antifaschistischen Proklamationen der Baum-Gruppe folgten, wie schon erwähnt,⁹¹ dem kommunistischen Modell. Alfred Boehm berichtet von Flugblattaktionen, die von der Rast-Organisation⁹² in den Jahren 1941/1942 gestartet wurden, wobei die politisch-ideologische Programmatik gänzlich im dunkeln bleibt. Auf die Verbreitung von »Hetzschriften«, »Drohbriefen« und »Femeurteilen« spezialisierte sich die »Arbeitsgemeinschaft für Friede und Freiheit«, die im Herbst 1943 von dem untergetauchten Juden Werner Scharff mit deutschen Widerstandskämpfern ins Leben gerufen und ein Jahr später von der Gestapo zerschlagen wurde.⁹³ In den Flugblättern wurden Anspielungen auf nationalsozialistische Verbrechen und auf die Judenverfolgung vermieden. Die Appelle prangerten allein die hoffnungslose militärische Lage Deutschlands an und dienten dazu, besorgte oder enttäuschte Deutsche aufzumuntern, sich vom Nationalsozialismus loszusagen und mit dem Beitritt zur »Arbeitsgemeinschaft« eine Rückversicherung zu erwerben.⁹⁴

An diesen wenigen Beispielen wird deutlich, daß die Flugschriften und Parolen, die aus der Feder jüdischer Einzelgänger stammten, vorwiegend spontane und offene Proteste gegen die Judenverfolgung waren. Die Proklamationen der deutsch-jüdischen Widerstandsgruppen klammerten diesen Bereich aus. Im Vordergrund stand für sie die Aufklärung über die allgemeine politische und militärische Lage sowie die Propagierung einer antifaschistischen Konzeption. Eines hatten beide jedoch gemeinsam: Protest und Propaganda zielten – sieht man von den frühen Kampfschriften und dem Flugblatt vom September 1935 ab – weniger auf die Mobilisierung der Juden als auf die Aktivierung der deutschen Bevölkerung oder bestimmter Gruppen. Man kann nur darüber spekulieren, ob und inwieweit dies die Widerstandsbereitschaft der Juden oder das Sozialverhalten von Deutschen beeinflußt hat. Die Verbreitung der illegalen jüdischen Schriften blieb begrenzt, die der illegalen deutschen Schriften nahm eine beachtliche Größenordnung an. Man kann jedoch nicht behaupten, daß diese Anstrengungen zu einer allgemeinen antifaschistischen Mobilisierung geführt haben.

Es wäre zu prüfen, ob diese Feststellung auch für die besetzten europäi-

schen Gebiete gilt. Nachweisbar ist, daß hier zahlreiche illegale jüdische Schriften, Flugzettel und Proklamationen verfaßt, weitergeleitet und gelesen wurden. Es finden sich auch vereinzelt deutsch-jüdische Flüchtlinge, die an dieser Widerstandsarbeit partizipierten – vorwiegend in Westeuropa und im kommunistischen Untergrund. Dutzende von Fällen sind für Frankreich belegt. Für Belgien gibt der folgende Bericht ein Beispiel: »Ich druckte ... unsere antifaschistischen Flugschriften und verteilte sie bei den Leitern der verschiedenen Dreiergruppen, die wir in Gent aufbauten. Ich glaube, wir hatten an die 60 Mitglieder. Ich hatte ein möbliertes Zimmer bei einer alten Frau mit ihrer Tochter; sie hatten ein kleines Fischgeschäft, aber damals gab es sehr selten Fisch, so war der Laden meistens außer Betrieb. Die beiden Frauen glaubten, ich mache zu Hause Büroarbeit für irgendwelche Firmen. Sie brauchten dringend Geld, das ich für Miete und Pension zahlte, und waren einverstanden, mich nicht zu melden. Sie waren sehr nett zu mir, und überhaupt ging unsere Tätigkeit fast ein ganzes Jahr ruhig und glatt vorwärts. Unser für die Jugend bestimmtes Flugblatt mit Nachrichten aus England, Rußland, Amerika, von der antifaschistischen Bewegung und mit antifaschistischen Propaganda-Artikeln (sogar mit Zeichnungen!) hatte Erfolg bei der Genter Jugend und überhaupt in Flandern.«⁹⁵

Daneben gab es in Belgien und Frankreich noch ein illegales Schrifttum, das ausschließlich an einen jüdischen Abnehmerkreis adressiert war. In der Besatzungszeit erschienen dort weiter jiddische Druckschriften, die von osteuropäischen Einwanderern und Flüchtlingen bezogen wurden. Auch in den großen, alten Zentren Osteuropas dominierte die Ausrichtung auf die jüdischen Gemeinschaften. Von Beginn an bemühten sich hier Juden um den Aufbau eines Informations- und Kommunikationssystems, das die Verbindung zwischen den eingeschlossenen Ghettos, den Gemeinden und Gruppen gewährleisten sollte. Die illegalen Schriften geben nicht nur Auskunft über Anfeindung und Untergang, sondern dokumentieren auch den Abwehr- und Überlebenswillen des osteuropäischen Judentums.⁹⁶

Attentat, Sabotage, Spionage

In den nationalsozialistischen Wahn- und Propagandabildern erschienen die Juden als Verschwörer, Attentäter, Saboteure und Verräter par excellence, und es verstand sich von selbst, daß die Hoheitsträger des Dritten Reiches in vielen Angriffen und Verstößen gegen ihr Herrschaftssystem das Werk oder den Einfluß der »jüdischen Verschwörer« vermuteten und zu beweisen suchten. Es geht hier nicht darum, diesen praktizierten Irrationalismus zu analysieren, geschweige denn ihn zu widerlegen, sondern darum,

die Handlungsweisen zu beschreiben, die tatsächlich in den Bereich des Attentats, der Sabotage und der Spionage fallen.

Es hat in Deutschland wie in den besetzten Gebieten zahlreiche Attentate und Attentatsversuche gegeben.⁹⁷ Der deutsch-jüdische Anteil fällt dabei quantitativ kaum ins Gewicht; er verschwindet fast völlig, wenn man allein das Geburtsland des Attentäters zum Kriterium der nationalen Einordnung erhebt. Was sich in den Quellenresten nachweisen läßt, ist eine Fülle von Vermutungen, Gerüchten, Denunziationen und vagen Meldungen, die aus der ganzen Welt bei der Gestapo eingingen. Sie setzten die Ermittlungsverfahren in Gang, die fast immer im Sande verliefen.

So geriet der Wirtschaftsjournalist Jacob F. 1934 unter den Verdacht, der jüdischen Kultusgemeinde in Prag angeboten zu haben, einen Anschlag auf Hitler auszuführen.⁹⁸ Aus Prag – einem frühen Zentrum der deutschen Emigration und Opposition – traf nach der Röhm-Affäre die Meldung ein, in jüdischen Exilkreisen werde »sehr viel über die angebliche Verringerung der SA gesprochen«; man hoffe dort, »mit Hilfe der abgebauten Führer und SA-Männer Unzufriedenheit in das deutsche Volk« tragen zu können. In dem Bericht hieß es dann weiter: »Es sollen bereits Pläne ausgearbeitet worden sein. Zur Beunruhigung der Bevölkerung will man mit Sprengstoffanschlägen auf Eisenbahnen und öffentliche Gebäude beginnen, um schließlich Attentate auf Regierungspersonen durchzuführen.«⁹⁹ Aus den Niederlanden erfuhr die Gestapo 1936, daß ein jüdischer Waffenhändler in Arnheim zwei Holländer angeworben habe, um einen Mordanschlag auf Hitler zu verüben.¹⁰⁰ Der jüdische Theaterdirektor T. und seine Ehefrau gerieten in Wien unter Verdacht, das Elser-Attentat gegen Hitler am 8. November 1939 unterstützt zu haben.¹⁰¹

Aus Australien wurde gemeldet, eine deutsch-jüdische Emigrantin beabsichtige, in Begleitung eines Juden mit gefälschten Papieren nach Deutschland zurückzukehren, um »jüdisches Kapital zu verschieben und ein Attentat auf Hitler auszuführen«.¹⁰² Über einen »jüdischen Geheimbund«, der es auf die Ermordung von Hitler und Göring abgesehen haben sollte, wurde die Gestapo von einem Hafenkommendanten in Kolumbien informiert. Den Hinweis verdankte der Hafenkommendant einem deutschen Schiffszahlmeister, der die Gespräche deutsch-jüdischer Emigranten belauscht und die Existenz des »Geheimbundes« in Erfahrung gebracht haben wollte.¹⁰³ Jüdische »Verschwörungen« und »Mordkomplotte« wurden auch in der nationalsozialistischen Presse häufig angekündigt und »aufgedeckt«, ohne daß ein konkreter Kern erkennbar wäre.

Neben den zahllosen Vermutungen standen die wenigen wirklichen Attentate. Aufsehen erregte im Februar 1936 die Erschießung des Landesgruppenleiters der NSDAP in der Schweiz, Wilhelm Gustloff, durch den

Rabbinersohn und Medizinstudenten David Frankfurter. Der Attentäter besaß die jugoslawische Staatsangehörigkeit und lebte in Bern. 1929 war er zum Studium nach Deutschland gekommen und 1933 von der Universität vertrieben worden. 1935 wollte er ein Attentat gegen Hitler verüben. Da er an ihn nicht herankam, erschoss er in Davos Hitlers »Statthalter« in der Schweiz.¹⁰⁴ Die Tat begründete er mit den Worten: »Ich sah auch, wie wenig das europäische Judentum zum Widerstand bereit war, und ich wollte demonstrieren, daß die Sprache der Gewalt nur mit Gewalt beantwortet werden kann.« Später erklärte er, 1936 sei der letzte Augenblick gewesen, »am Lauf der Dinge noch etwas zu ändern ... Das habe ich gefühlt, und aus diesem Zwang der Situation habe ich gehandelt. Der Tod Gustloffs habe die Nationalsozialisten nicht ändern können, aber ich habe gehofft, meine Tat würde die Juden ändern.«¹⁰⁵

Die Reichsregierung hielt sich – offenbar im Hinblick auf die Olympischen Spiele – in ihren »Sühnemaßnahmen« gegenüber den deutschen Juden zurück. Sie verbot für fünf Wochen alle Veranstaltungen der jüdischen Kulturbünde. Außerdem wies sie die Behörden an, daß alle »Einzelaktionen gegen Juden unbedingt zu unterbleiben haben«. Den Ordnungshütern wurde eingeschärft: »Gegen etwaige Aktionen ist zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vorzugehen; sofern es zu Ausschreitungen kommen sollte, ist ... unverzüglich fernmündlich ... zu berichten.«¹⁰⁶ Anders als im November 1938 löste das Attentat vom Februar 1936 keine »Einzelaktionen« oder sonstige antijüdische Ausschreitungen in Deutschland aus.

Ausländische Proteste und diplomatische Interventionen hielten die Nationalsozialisten aber auch nicht davon ab, das Todesurteil gegen einen anderen jüdischen Attentäter zu vollstrecken. 20 Jahre – also noch minderjährig – war Helmut Hirsch alt, als er 1937 für einen geplanten Anschlag zur Rechenschaft gezogen wurde. Amerikanische Diplomaten schalteten sich ein, als man entdeckte, daß Hirsch auch die amerikanische Staatsbürgerschaft besaß. Sein Vater war ein amerikanischer Jude, der in Prag gelebt hatte; in Prag war Helmut Hirsch auch zur Welt gekommen. Der amerikanische Schutz erwies sich jedoch als wirkungslos;¹⁰⁷ für die Nationalsozialisten war Helmut Hirsch ein deutscher Jude. Er war in Stuttgart aufgewachsen und in der linken jüdischen Jugendgruppe »Schwarzer Haufen« tätig gewesen. 1933 zog er nach Prag, wo er in Verbindung mit Otto Strasser und dessen »Schwarzer Front« kam. Zu diesem Oppositionskreis hatten auch andere jüdische Emigranten und Gruppen Zugang gefunden. Sie hofften offenbar, daß Strasser den Sturz Hitlers herbeiführen könne und vertrauten darauf, daß sich nach einem Sieg Strassers die Lage der deutschen Juden wieder bessern würde. In diesem Kreis wurde die Idee gebo-

ren, ein Signal zu geben und einen Sprengstoffanschlag auszuführen. Gedacht wurde dabei an ein Gebäude des Nürnberger Parteitagsgeländes und an das Verlagshaus des antisemitischen Hetzblattes »Der Stürmer«.

Helmut Hirsch ließ sich für das Vorhaben gewinnen, das über das Vorbereitungsstadium jedoch nicht hinauskam. Die Übergabe des Sprengstoffs wurde für den 23. Dezember 1936 in Nürnberg festgesetzt. Am 20. Dezember war Hirsch zunächst nach Stuttgart gefahren, wo er in einem Gasthof abstieg und den Meldezettel mit seinem richtigen Namen ausfüllte, den die Gestapo dann auch rasch in der »Emigrationskartei« wiederfand. Noch folgenschwerer war, daß die Gestapo den Sprengstoffüberbringer schon beim Grenzübertritt abfing und alle Einzelheiten über das Unternehmen erfuhr. Am 8. März 1937 stand Hirsch vor dem 2. Senat des Volkssgerichtshofs. Während der Mitangeklagte freigesprochen und damit vermutlich für seine Aussagefreudigkeit belohnt wurde, verhängte das Gericht gegen Hirsch die Todesstrafe. Die Hinrichtung fand am 4. Juni 1937 in Berlin-Plötzensee statt.

Sehr viel größere Schwierigkeiten bereitete es den Machthabern des Dritten Reichs, einen jüdischen Attentäter abzuurteilen, dessen Tat fatale Folgen hatte und in der Weltöffentlichkeit leidenschaftlich diskutiert worden war. Gemeint ist Herschel Feibel Grünspan oder Grynspan, der am 7. November 1938 in der Deutschen Botschaft in Paris den Gesandtschaftssekretär Ernst vom Rath niederschloß und damit den Nationalsozialisten einen Vorwand gab, die Pogrome der »Kristallnacht« auszulösen. Die Vorgänge und Auswirkungen dieser historischen Ereignisse sind bekannt. Über die Tatmotive und Hintergründe des »Grünspan-Falles« hat es manche Untersuchung und viele Spekulationen gegeben.¹⁰⁸ Man kennt die Familiengeschichte: 1911 waren die Eltern aus Russisch-Polen nach Deutschland eingewandert und hatten sich in Hannover niedergelassen. 1921 wurde Herschel Grünspan als sechstes Kind geboren; er wuchs in ärmlichen Verhältnissen auf. 1935 verließ er die Volksschule ohne Abschluß. Befriedigt stellte man fest, daß sich Herschel in Hannover der zionistischen Misrachi-Organisation angeschlossen und ein Jahr auf der Rabbinerschule in Frankfurt zugebracht hatte, ehe er Deutschland den Rücken kehrte.

Kurze Zeit hielt er sich bei einem Onkel in Brüssel auf, dann setzte er sich zu einem anderen Onkel nach Paris ab, wo er das Dasein eines arbeitslosen Bummelanten weiterführte. Als im August 1938 seine Aufenthaltsgenehmigung ablief, entzog er sich der Ausweisung durch den Rückzug in die Illegalität. Ein Familienstreit vertrieb ihn unmittelbar vor dem Attentat aus der Wohnung des Onkels. Seine Eltern befanden sich zu diesem Zeitpunkt nicht mehr in Deutschland. Als Juden polnischer Herkunft waren sie Ende Oktober 1938 von den Nationalsozialisten im Zug der »Polenaktion« er-

faßt und über die Grenze abgeschoben worden. Herschel Grünspan erfuhr vom Schicksal seiner Eltern, kaufte sich am Morgen des 7. November einen Revolver und schritt zur Tat.

Widerstandslos ließ er sich anschließend festnehmen. Auf dem Weg zur Wache soll er einem französischen Polizisten erklärt haben: »Ich habe das getan, um meine Eltern zu rächen, die in Deutschland unglücklich sind.« Dieses Tatmotiv schien verständlich und setzte sich als gängigste Version durch. Sie wurde vor allem von einigen jüdischen Kreisen übernommen, die Herschel Grünspan zu einem »armen Jungen« oder »jungen Helden« deklarierten und meinten, daß er aus Liebe zu seinen leidenden Angehörigen gehandelt und durch seine Tat gegen die Barbarei protestiert habe. Eine andere Lesart boten kommunistische Zirkel an. Sie stuften Grünspan als Agent provocateur ein, der von den Nationalsozialisten benutzt worden sei, um ihnen einen Vorwand für die längst geplante »Kristallnacht« und die Verschärfung der Judenverfolgung zu verschaffen. Für die Nationalsozialisten andererseits stand fest: die »feige jüdische Mordtat« war das Werk des »internationalen Judentums«, um die Welt in einen Krieg mit Deutschland zu stürzen.

Ein knappes Jahr bemühte man sich in Frankreich um die Aufklärung der Tat. Die Ermittlungen wurden von heftigen Streitigkeiten in der Familie Grünspan sowie von dem peinlichen Gezänk konkurrierender Anwälte begleitet. Zusätzliche Brisanz und noch mehr Widersprüchlichkeiten erhielt der Fall durch die Behauptung Grünspans, mit vom Rath homosexuelle Beziehungen gehabt zu haben, eine Aussage, die er später wieder zurücknahm. Als er nach der deutschen Besetzung im Sommer 1940 in die Hände der Nationalsozialisten fiel, bereiteten Propagandaministerium, Auswärtiges Amt und Justizministerium mit aller Akribie einen Schauprozeß vor.

Dieser Prozeß fand niemals statt. Man befürchtete offenbar, daß der jüdische Angeklagte die »dreisten Behauptungen« über die homosexuellen Neigungen eines deutschen Diplomaten öffentlich wiederholen, das Attentat damit »entpolitisieren« und die Anklage gegen das »kriegslüsterne Judentum« zum Einsturz bringen könnte. Noch ein anderer Grund veranlaßte Hitler im April 1942, ein Veto einzulegen. Die deutsch-französischen Beziehungen hatten sich erheblich verschärft, und Adolf Hitler war nicht gewillt, durch einen spektakulären Schauprozeß gegen die »jüdischen Weltverschwörer« eine Entlastung Frankreichs von der »Kriegsschuld« zu bewirken. Herschel Grünspan blieb im Gewahrsam der Justiz, die weiter ein besonderes Interesse daran hatte, das Leben des prominenten Häftlings zu erhalten. Am 15. Mai 1942 informierte das Justizministerium Hitler, Grünspan habe »vor einiger Zeit Hungerstreik 2 Tage durchgehalten; er hat jetzt erneut Hungerstreik angedroht. Wenn er die ›Drohung‹ wahrmacht,

wird der künstlich ernährt werden.«¹⁰⁹ Wenige Wochen später, am 3. Juli 1942, teilte der Justizminister mit: »Der Jude Grynszpan hat in einer geschlüsselten Niederschrift zugegeben, daß seine Behauptung gleichgeschlechtlicher Beziehungen zu vom Rath unrichtig ist. Er deutet jedoch den Verdacht an, daß der Ermordete zu anderen gleichgeschlechtliche Beziehungen gehabt habe.«¹¹⁰

Es gehört zu den Ungereimtheiten des Dritten Reichs, daß Herschel Grünspan die nationalsozialistische Herrschaft überlebt hat. Nach dem Krieg kehrte er nach Frankreich zurück und lebte dort unter falschem Namen, bis er 1957 erkannt wurde.¹¹¹ Er hüllte sich über seine Tat ebenso in Schweigen wie die ehemaligen Anwälte und die französischen Ermittlungsbehörden, die mit dem Fall befaßt waren.

Zu den »jüdischen Terrorakten« gehört ein Vorfall, der sich Anfang 1941 in den Niederlanden abspielte und sich mit den Namen von zwei deutsch-jüdischen Emigranten verbindet. In den ersten Februartagen war es im Amsterdamer Judenviertel wiederholt zu Zusammenstößen zwischen provozierenden niederländischen Nationalsozialisten und den »Knockploegen« – Selbstschutz- und Widerstandsgruppen – gekommen, in deren Verlauf ein Mitglied der nationalsozialistischen Mussert-Bewegung (NSB) getötet worden war. Die Besatzungsmacht kündigte »ein schärferes Einschreiten gegen die Juden an«. In einer internen Dienstbesprechung am 17. Februar 1941 hieß es: »Die Aktionen gegen die Juden werden anlaufen.«¹¹² In den späten Abendstunden des 19. Februar tauchte eine Patrouille der Sicherheitspolizei vor der Eisdielen »Coco« auf, in der sie eine konspirative Versammlung von Mitgliedern einer königstreuen Organisation vermutete. Sie stieß statt dessen auf Mitglieder einer aus Juden und Nichtjuden bestehenden »Knockploeg«, die den Schutz des Lokals übernommen hatte. Das Lokal gehörte den beiden deutsch-jüdischen Emigranten Ernst Cahn und Alfred Cohn. Zusammen mit sechs Niederländern, von denen drei jüdischer Abstammung waren, hatten sie sich in der Annahme hinter der verschlossenen Tür versammelt, ein niederländischer Schlägertrupp wolle das Lokal überfallen. Als sie ihren Irrtum entdeckten, setzten sie eine eingebaute Verteidigungsanlage in Betrieb. Mit einem Handgriff wurde das gesamte Licht im Haus gelöscht und eine mit flüssigem Ammoniakgas gefüllte Flasche geöffnet. Unverzüglich verschwand die Gruppe durch den Hinterausgang. Als die Patrouille die Tür eingeschlagen hatte, strömte ihr das Giftgas entgegen. Sie wich zurück, begann zu schießen und drang – nach dem Abzug des Gases – erneut in das leere Lokal ein. Sie entdeckte den Fluchtweg und fand noch in derselben Nacht die acht Mitglieder der »Knockploeg«. Sie wurden festgenommen.

Der Höhere SS- und Polizeiführer Rauter erstattete dem Reichsführer-

SS unverzüglich Bericht: »Gestern abend hat es auch in Amsterdam im jüdischen Emigrantenviertel eine Schießerei gegeben. Organe der deutschen Sicherheitspolizei waren auf einer Streife, weil eine illegale Terrorgruppe angeblich in einem Wirtshaus eines deutschen Emigrantenjuden namens Cohn eine Sitzung haben sollte. Als die Angehörigen der Sicherheitspolizei dort erschienen, wurden in der Straße Lichtsignale gegeben, und als die Beamten in das Lokal eindrangten, wurde ihnen sofort Ammoniak in das Gesicht geworfen und auf sie geschossen. Bei Erwidern des Feuers flüchteten die Juden, es wurden Verhaftungen durchgeführt, der Inhaber des Lokals, der Jude Cohn, in einem Versteck im Nebenhaus aufgefunden und verhaftet. Im Lokal selbst fand man eine Menge Terrorinstrumente. Der Fall wird nach Abschluß der sicherheitspolizeilichen Ermittlungen noch morgen dem SS- und Polizeigericht in Den Haag vorgelegt. Mit dem Reichskommissar sprach ich darüber telefonisch, er teilt meine Auffassung, daß – falls die Handhabe gegeben ist – man den Juden Cohn hängen soll. Nach Abschluß des gerichtlichen Verfahrens werde ich Ihnen, Reichsführer, sofort den Gesamtvorgang vorlegen lassen und bitte Sie, dann das Urteil zu bestätigen, damit hier im Amsterdamer Judenviertel endlich ein Exempel statuiert wird.«

Um dieser Absicht weiteren Nachdruck zu verleihen, verband Rauter den Tod des Mussertanhängers mit alten Vampir- und Ritualmordlegenden. Er kannte die offiziellen Berichte und Autopsiebefunde, gleichwohl erklärte er dem Reichsführer-SS: »Vor wenigen Tagen erst wurde in Amsterdam ein NSBer erschlagen, ein Jude hatte sich von hinten auf ihn gestürzt, ihm die Schlagader durchbissen und ihm das Blut ausgesaugt. Die Ordnungspolizei, die sofort zugegen war, konnte leider nicht schießen, weil sich Wehrmachtangehörige unter den Juden befanden, sie gab Schreckschüsse ab, worauf die Judenbande flüchtete.« Noch einmal gab Rauter seiner Freude Ausdruck, »daß wir jetzt den Fall des Juden Cohn haben, in dem ich gerne durchgreifen möchte und wobei ich Sie bitte, mich zu unterstützen«.¹¹³

Heinrich Himmler war damit einverstanden, im Amsterdamer Judenviertel das »Exempel« zu statuieren. Auch der Reichskommissar Scyss-Inquart, der sich auf einem Winterurlaub in den Alpen befand, erhob keine Bedenken. Am 22. Februar 1941 begann die Jagd. 600 schwerbewaffnete Ordnungspolizisten rückten aus und trieben 400 Männer im Alter zwischen 20 und 35 Jahren zusammen. Weitere Razzien folgten. Rund 800 Juden wurden im Zuge dieser »Strafaktion« aus den Niederlanden deportiert und in Buchenwald, Mauthausen und in Schloß Hartheim bei Linz, wo auch Geistesranke getötet wurden, umgebracht. Die sich vor aller Augen abspielende Menschenjagd löste in der niederländischen Bevölkerung spontane Protestdemonstrationen aus. Von der illegalen Kommunistischen

Partei proklamiert – und zur völligen Überraschung der deutschen Besatzungsmacht – brachen am 25. und 26. Februar 1941 die denkwürdigen »Februar-Streiks« aus: Es waren erste massive Proteste in einem besetzten Land Europas gegen die Judenverfolgung.¹¹⁴

Einen Tag später trat das SS- und Polizeigericht in Den Haag zusammen,¹¹⁵ um den »Coco-Fall« abzuhandeln. Sieben Angeklagte der »jüdischen Terrorgruppe« wurden zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt. Der in Berlin geborene 51jährige Alfred Cohn erhielt eine zehnjährige Zuchthausstrafe. Er überlebte die Haft nicht. Der aus Remagen stammende 52jährige Ernst Cahn wurde zum Tode verurteilt. Die Hinrichtung fand am 3. März 1941 statt. Der deutsch-jüdische Emigrant Cahn war so das erste jüdische Opfer, das in den besetzten Niederlanden vor einem deutschen Erschießungskommando stand.¹¹⁶

Jüdische »Terrorgruppen« hat es auch an anderen Orten gegeben. Als die Sicherheitspolizei in Polen im Frühjahr 1943 eine Widerstandsgruppe der »Polska Partija Robotnicza« (PPR) zerschlug, stieß sie auf mehrere Juden, »die im Distrikt Krakau zahlreiche Terrorakte durchgeführt hatten, denen mehrere deutsche Beamte zum Opfer gefallen« waren. In der Meldung des RSHA vom 12. März heißt es dann weiter: »In diesem Zusammenhang wurden ferner der Führer der in Krakau gebildeten Partisanengruppe, der Jude Bauminger, und dessen Vertreter, der Jude Halbreich, ermittelt und bei der Festnahme, als sie von ihren Waffen Gebrauch machen wollten, erschossen.«¹¹⁷

Soweit bekannt, haben sich in Deutschland derartige Widerstandshandlungen nicht abgespielt, und auch andere Formen des Widerstands, etwa die Sabotage am Arbeitsplatz, dürften von deutschen Juden kaum praktiziert worden sein. Die Gründe liegen nicht nur in moralischen Barrieren, psychologischen Ängsten oder im nationalsozialistischen Terror, sondern auch in den konkreten Bedingungen der sozialen und ökonomischen Existenz. Seit 1933 wurden die deutschen Juden aus ihren Berufen vertrieben – von Arbeitsplätzen vorwiegend im Handel und in den freien Berufen, die wenig Möglichkeiten boten, Sabotagehandlungen auszuführen.

In der Kriegszeit wurden sie dann zur Zwangsarbeit eingesetzt. Darüber berichtet Ilse Rewald: »Mein Mann und ich wurden zur Zwangsarbeit verpflichtet. Mich haben sie in eine Rüstungsfabrik in der Bergmannstraße gesteckt. Wie lange können doch 10 Stunden mit körperlicher Schwerarbeit sein ... Extratoilette für Juden, Eintritt in die Betriebskantine verboten, ein ›J‹ auf dem Kittel, den Stern. Im Sommer saßen die jüdischen Kollegen zwischen Mülleimern im Hof und aßen ihr Brot, bestrichen mit Paste aus Gries oder Schmalz ... Manchmal bin ich aus der Halle gegangen, um mir

kaltes Wasser über das Handgelenk laufen zu lassen, weil ich dachte, ich falle bald um.«¹¹⁸

In einem anderen Erlebnisbericht aus Berlin heißt es über diese Zwangsbeschäftigung: »Ende 1939 mußte ich mich, wie alle arbeitsfähigen Juden, auf dem jüdischen Arbeitsamt in der Fontanepromenade melden. Dieses Arbeitsamt wurde von den Nazis geschaffen und »vermittelte« alle Juden, gleich, welche Berufe sie vorher hatten. Ich wurde zusammen mit einem Oberlehrer, einem Fabrikanten und einem Kunstmaler zum Lehrter Bahnhof vermittelt. Über die Art unserer Tätigkeit wurde uns nichts weiter gesagt. Der Vermittlungsbeamte entließ uns mit der Bemerkung: ›Geht man hin, ihr werdet schon riechen, was ihr zu tun habt.‹ Der Oberinspektor des Lehrter Bahnhofs B. tat sich durch besonders gemeine Behandlung der Juden hervor. Wir mußten die Toiletten der einfahrenden Fernzüge reinigen. Mit nur einem Lappen und Scheuersand bewaffnet, schickte er uns an die Arbeit. Ich bat bescheiden um die Zuweisung einer Scheuerbürste. Da wurde Herr B. wütend und brüllte: ›Ihr Juden seid es doch gewöhnt im Dreck zu wühlen, also los an die Sch...! Wer hier aufmuckst, der erlebt was. Sie wissen doch, wo ich Sie hinbringen kann!‹ Ich tat diese Arbeit und bekam nach einiger Zeit, vor Ekel, eine Gesichtsröte. B. wollte mich nicht entlassen. Ihm machte es Freude, wenn ich mit vor Fieber gerötetem Gesicht meiner ekelhaften Arbeit nachging. Einmal kam er mir heimlich hinterher. Es war ein Abort, der völlig verschmutzt war. Ein Reisender hatte sich übergeben. Vor Widerwillen wollte ich mich gerade abwenden, da stand er hinter mir. Brutal ergriff er meine Hand und tauchte sie mit aller Gewalt in das Erbrochene. Ich weinte vor Zorn und Scham. Mein fieberndes Gesicht und der seelische Zustand ließen mich zusammenbrechen. Der Bahnhofsarzt ... schrieb mich krank und veranlaßte meine Überführung ins Krankenhaus. Nach acht Wochen wurde ich als geheilt entlassen.

Wieder mußte ich mich in der Fontanepromenade melden. Meine nächste Arbeitsstelle war in den Siemens-Schuckert-Werken. In den Kabelwerken hatte ich nur mit Bleioxid zu tun. Eine Arbeit, die die inneren Organe empfindlich angriff und zu Vergiftungen führte. Die ›arischen‹ Arbeiter des Kabelwerkes bekamen jeden Tag einen Liter Milch. Wir Juden nicht! Trotz dieser gesundheitsgefährdenden Arbeit blieb ich dort gerne. Wir Juden wurden nicht gequält, und der Abteilungsleiter wollte sich scheinbar schon rückversichern. In einer schmierigen unaufrichtigen Art bedauerte er das harte Los der Juden und erzählte bei jeder passenden Gelegenheit von seinem jüdischen Arzt, der jahrelang seine Familie behandelte. Dies alles geschah aber nur, wenn er mit einem Juden allein war. Näherte sich ein ›arischer‹ Kollege, so flog sein Arm hoch, und sein ›Heil Hitler‹ echote durch

den Saal. Er schikanierte uns nicht, aber er tat auch nichts, aus persönlicher Feigheit, um uns das Leben etwas zu erleichtern.«¹¹⁹

Die Nationalsozialisten achteten darauf, daß in den Industrie- und Gewerbebetrieben die jüdischen Arbeitskommandos von den Nichtjuden getrennt und einer besonderen Aufsicht unterstellt wurden. Eine Dienstweisung der Berliner Elektrizitätswerke für den »Werkschutz« aus dem Jahre 1941 enthielt folgende »Verhaltensmaßregeln für die Bewachung von Juden«:

- »1. Juden müssen beim Pförtner vor der Aufnahme ihrer Arbeit gesammelt, von dem Werkschutz zu ihrem Umkleideraum gebracht und dem Vorarbeiter der Arbeitsplatzkolonne übergeben werden.
2. Die Juden dürfen sich nur unter Aufsicht auf dem Werksgrundstück bewegen. Sie dürfen sich innerhalb der Betriebsanlage niemals allein aufhalten. Die Arbeit wird von ihnen in geschlossener Kolonne ausgeübt, die unter Leitung eines arischen Gefolgschaftsmitglieds stehen muß.
3. Die Juden sind nach Beendigung ihrer Arbeit ebenfalls wieder geschlossen durch den Werkschutz zum Ausgang des Werkgrundstücks zu geleiten.«¹²⁰

Schon der kleinste Verstoß gegen solche Vorschriften konnte als Sabotage ausgelegt werden. Er zog drakonische Strafen nach sich – ab Ende 1941 die sofortige Deportation. Nur wenige deutsche Juden wurden an den Selektionsrampen der Vernichtungslager noch als Arbeitssklaven »aussortiert«. Die Zuweisung und Erhaltung eines Arbeitsplatzes in den Lagerbetrieben bedeuteten, sich eine begrenzte Überlebenschance zu sichern. Die vielfältigen Sabotagehandlungen in den Konzentrationslagern wurden daher auch zumeist von weniger gefährdeten nichtjüdischen Häftlingen begangen.¹²¹ Sofern jüdische Häftlinge daran beteiligt waren, geschah dies in der Regel im Rahmen des allgemeinen organisierten Widerstandes.

In den Bereich des organisierten Antifaschismus fällt auch ein Sabotagefall, der sich 1936/37 in Hamburg abspielte. Die Hintergründe liegen weitgehend im dunkeln, nur Mosaiksteinchen lassen sich zusammentragen. Im Mittelpunkt standen der ehemalige Rechtsanwalt Herbert Michaelis und eine kommunistische Widerstandsgruppe um Dagobert Biermann, der ebenfalls jüdischer Herkunft war. Michaelis mußte 1933 seine Anwaltspraxis aufgeben und wanderte nach Palästina aus.¹²² Kurze Zeit später kehrte er nach Hamburg zurück und schloß sich dem kommunistischen Untergrund an. Dagobert Biermann war 1933 von den Nationalsozialisten verhaftet und für zwei Jahre eingesperrt worden. Nach seiner Entlassung fand er in einer Hamburger Werft eine Anstellung als Schlosser und einen Kreis von gleichgesinnten Arbeitern, mit denen er den antifaschistischen Widerstandskampf fortsetzte.¹²³ Die Gruppe, in die sich auch einige So-

zialdemokraten wie Albert Blumenstein einreiheten, operierte vermutlich in einem weitverzweigten Verbindungsnetz, das die Kommunisten in den west- und nordeuropäischen Häfen aufgebaut hatten und das von Ernst Wollweber geleitet wurde, dem späteren Chef des Staatssicherheitsdienstes der DDR. 1936 brach der Spanische Bürgerkrieg aus, und die Nationalsozialisten offerierten dem Franco-Regime ihre Hilfe. Als im Hamburger Hafen Waffen für Franco verladen wurden, suchte die Gruppe Einzelheiten über die verschifften Kriegsgüter zu erfahren. Man brach Munitionskisten auf und versuchte Einzelheiten über Lieferungen und Produktionskapazitäten von Rüstungsbetrieben in Hamburg, Lübeck und anderen Städten in Erfahrung zu bringen. Michaelis übernahm es, die Nachrichten über Mittelsmänner an die republikanische Seite weiterzuleiten.

Im Frühjahr 1937 wurde der Kreis zerschlagen. Wie so viele andere illegale Kader fiel er einem Spitzel zum Opfer, den die Gestapo auf den jüdischen Rückwanderer Michaelis angesetzt hatte. Es wird berichtet, daß sich dieser Spitzel als republikanischer Agent bei Michaelis ausgegeben und dessen vollstes Vertrauen gewonnen habe. Gestapo und Justiz benötigten eine lange Zeit, um die Ermittlungen zum Abschluß zu bringen.¹²⁴ In der Untersuchungshaft wurden die Angeklagten mißhandelt; Albert Blumenstein fand dabei den Tod. Der Prozeß fand erst am 2. März 1939 vor dem Volksgerichtshof statt, der eigens aus Berlin nach Hamburg angereist kam. Sechs Angeklagte, darunter Biermann, erhielten hohe Zuchthausstrafen. Bei der Selektion jüdischer Häftlinge aus deutschen Justizanstalten wurde er nach Auschwitz überführt und am 22. Februar 1943 umgebracht. Herbert Michaelis wurde zum Tode verurteilt und nach Berlin gebracht. In der Todeszelle verfaßte er ein umfangreiches Exposé, in dem er eine kommunistische Rechtsordnung für Deutschland entwarf. Das Dokument, das er seiner Familie hinterlassen wollte, wurde von der Gestapo beschlagnahmt. Sein Pflichtverteidiger war bei der Exekution zugegen. Er erinnert sich: »Michaelis zeigte hier eine sehr gefaßte Haltung. Ihm wurde auch der geistliche Beistand eines Rabbiners gewährt.« Der Jude Herbert Michaelis starb am 14. Juni 1939 in Berlin-Plötzensee.

Neben den sicher wenigen Fällen von Attentaten und Sabotage spielten auch Spionage und Landesverrat nur eine geringe Rolle. Auch hier dominierten Vermutungen und Anschuldigungen. Sie schlugen sich in einer Fülle von Akten, Ermittlungen und Fahndungen nieder. Von der Postzensur wurden Briefe abgefangen, deren Sprache und Inhalt den Verdacht des Landesverrats oder anderer Vergehen aufkommen ließen; das galt vor allem für jene Briefe, die, was wiederholt vorkam, in hebräisch abgefaßt waren.¹²⁵ Verdächtige Auslandstelegramme lösten Ermittlungsverfahren aus. Angeschuldigt wurden deutsche Juden, die Auslandsreisen unternommen

hatten und die Notizbücher oder andere Unterlagen besaßen, in denen die Gestapo ausländische »Kontaktadressen« entdeckte. Unter Spionageverdacht gerieten jene, die in der französischen Fremdenlegion gedient hatten und nach Deutschland zurückgekehrt waren. Zu ihnen gehörte Max K., der 1935 festgenommen und beschuldigt wurde, im Dienst des französischen Nachrichtendienstes zu stehen.¹²⁶ Alex W. wurde verdächtigt, Spionage betrieben und für die »Rote Miliz« gearbeitet zu haben. Beim Betreten eines deutschen Schiffes in Vigo wurde er in Gewahrsam genommen und zur »Schutzhaft« nach Deutschland gebracht. Der Vorwurf ließ sich nicht erhärten. W. mußte sich verpflichten, Deutschland bis zum 18. Oktober 1936 wieder zu verlassen. Er emigrierte in die Tschechoslowakei.¹²⁷ Einem jüdischen Kaufmann dichtete man Spionage und die »Betätigung als Mädchenhändler« an.¹²⁸ Vergeblich fahndete die Gestapo nach einem anderen jüdischen Kaufmann, den sie für den Verrat militärischer Geheimnisse in den Jahren 1927–1934 zur Rechenschaft ziehen wollte.¹²⁹ Im März 1936 meldete die Gestapo aus Berlin, daß sie in »der Lietzenseestraße ein Spionagenetz unter Leitung des Juden O.« aufgedeckt habe, das in »Verbindung mit Filialen in Brüssel und Paris« stehe.¹³⁰

Ende April 1936 versandten die »Judenexperten« im Referat II des SS-Hauptamts an alle SD-Oberabschnitte in Deutschland umfangreiche Fragebögen.¹³¹ Gefordert wurde unter anderem eine genaue Berichterstattung über Juden im Reichsluftschutzbund, über den assimilatatorischen Einfluß im Jüdischen Kulturbund, über »unverständliche« Urteile in »Rassenschande«-Prozessen, über den »ORT«-Verband, eine internationale Organisation zur Förderung des Handwerks, der Industrie und der Landwirtschaft unter den Juden, den man ganz besonders der Spionage verdächtigte, und schließlich über die »bisherige Wahrnehmung jüdischer Nachrichtendienste«. Die »Wahrnehmungen« der SD-Oberabschnitte fielen dürftig aus. Nur vage Vermutungen wurden über den ORT-Verband geäußert. Keine »einwandfreien Feststellungen« ließen sich über die »jüdischen Nachrichtendienste« treffen. Einige SD-Oberabschnitte beschränkten sich darauf, hinter die Rubrik einfach das Wort »nichts« zu setzen. Der Sachbearbeiter in Hessen zeigte sich etwas zifriger. Er meldete: »Das Bestehen eines jüdischen Nachrichtendienstes wird stark vermutet, genaue Feststellungen wurden aber bis jetzt noch nicht getroffen. Die Ermittlungen gehen weiter.« Die Vermutungen und Anschuldigungen lassen sich bis in die Deportationszeit verfolgen.

Wegen Spionageverdachts wurde Alfred St. festgenommen und nach Würzburg überstellt.¹³² Louis H. geriet in den Spionageverdacht, weil er sich mit deutschen Soldaten unterhalten hatte.¹³³ Dem aus Budapest stammenden Andreas R. wurde vorgeworfen, U-Boot-Pläne an die Engländer

und Franzosen weitergegeben zu haben.¹³⁴ Vergeblich bemühte sich das RSHA, dem Schriftsteller Berthold Jakob die Tätigkeit für »feindliche Nachrichtendienste« nachzuweisen.¹³⁵ Berthold Jakob war einst Mitarbeiter der »Weltbühne« gewesen und hatte durch seine Enthüllungen über die geheime Aufrüstung der Reichswehr und die Fememorde mit zum Sturz des Chefs der Obersten Heeresleitung v. Seeckt beigetragen und sich damit den Zorn der Reaktion zugezogen. 1932 hatte er Deutschland verlassen, drei Jahre später war er in der Schweiz den Nationalsozialisten in die Falle gegangen und nach Berlin entführt worden. Die Öffentlichkeit war darüber so empört, daß die Schweizer Regierung sich energisch für den Publizisten einsetzte und seine Freilassung erreichte. Danach schrieb er sein Hauptwerk »Weltbürger Ossietzky«. Bei dem Versuch, mit einem gefälschten Visum nach Portugal zu fliehen, wurde Berthold Jakob 1941 verhaftet und erneut nach Berlin gebracht. Er soll 1944 im Gefängnis Plötzensee an einer Lungenentzündung gestorben sein.

In der Kriegszeit verfügte das RSHA in der Regel keine Entlassungen jüdischer Häftlinge mehr. Die »Sonderbehandlung« des Landesverrats verdächtiger oder überführter Juden läßt sich an den folgenden Beispielen zeigen. Friedrich C. war noch kurz vor Kriegsausbruch nach Belgien emigriert. Nach dem deutschen Überfall flüchtete er nach Frankreich, wurde gefaßt und in Gurs interniert. Erneut wagte er die Flucht, die in Biarritz endete. C. wurde nach Düsseldorf gebracht und beschuldigt, für den französischen Nachrichtendienst »Liljeblad« gearbeitet zu haben. Die Vernehmungen und Ermittlungen erbrachten keine Beweise und wurden eingestellt. Gleichwohl wurde der Schutzhaftbefehl ausgestellt – aus »präventivpolizeilichen Abwehrgründen«. Friedrich C. kam zunächst nach Sachsenhausen. Die Deportation nach Auschwitz erfolgte am 22. Oktober 1942; die Akte vermeldet den Todestag, den 12. November 1942.¹³⁶ Des Landesverrats überführt wurde der aus Wien stammende Peter St. Er war 1938 in die Niederlande ausgewandert und 1940 von den Deutschen festgenommen und beschuldigt worden, für den englischen Nachrichtendienst gearbeitet zu haben. Das Vergehen mußte offenbar sehr geringfügig gewesen sein, denn das Gericht verurteilte ihn nur zu einer kurzen Gefängnisstrafe, die am 1. August 1942 verbüßt war. Dann war die Gestapo zur Stelle und ordnete die Einweisung in das Konzentrationslager Mauthausen an. Dort wurde Peter St. am 13. August ermordet.¹³⁷

Wieviel deutsche Juden im Dritten Reich tatsächlich gegen die Landesverratsbestimmungen verstoßen haben, läßt sich nicht ermitteln. Ebenso wenig können ihre Motive geklärt und die Hintergründe aufgeheilt werden. Es liegt in der Natur der Spionage, daß Tätigkeiten und Zeugnisse sorgsam »abgeschirmt« werden. Nur Bruchstücke gelangen überhaupt in

eine schriftliche Überlieferung, die zudem nur schwer zugänglich ist. Mit Sicherheit kann man davon ausgehen, daß nur eine verschwindend kleine Zahl deutscher Juden eine landesverräterische Tat in der einen oder anderen Form begangen hat. Diese Zahl dürfte unter 50 liegen. Es gehört zur Praxis der Geheim- und Nachrichtendienste gleich welcher Art, »enttarnte« Mittelsmänner »umzudrehen«, mit »Spielmaterialien« zu versorgen und auf den früheren Auftraggeber anzusetzen. Verstreute Hinweise deuten darauf hin, daß einige jüdische Personen nach ihrer Verhaftung bereit waren oder gezwungen wurden, für kurze Zeit für die Gestapo oder die militärische Abwehr in dieser Art weiterzuarbeiten.¹³⁸

In diesem Kontext muß noch ein anderes Phänomen angedeutet werden. Die Nationalsozialisten verfügten nicht nur über jüdische Spitzel und Verräter, die sich, wie schon erwähnt,¹³⁹ in der Deportationszeit bei der Aufspürung untergetauchter Juden auszeichneten, sondern auch über eine Handvoll jüdischer »Vertrauensmänner«, die in der Vorkriegszeit Nachrichten aus dem jüdischen Gemeindeleben oder aus Entscheidungsgremien weitergaben. Ein einzigartiges Beispiel dafür sind die Vorgänge um den Mitte August 1935 in Luzern veranstalteten 19. Zionistischen Weltkongreß, zu dem 34 deutsche Delegierte, Ersatzdelegierte und Vertreter von Jugendverbänden anreisten. Es scheint schon im Vorfeld der Konferenz zu heftigen Debatten über die Teilnahme der deutschen Vertreter gekommen zu sein; es waren dann wohl Chaim Weizmann und Nahum Goldmann, die ihre Präsenz durchsetzten. Auf der Tagung selbst brachen die Kontroversen über das Haavara-Abkommen aus. Es fehlte nicht an Stimmen, die den Abbruch der Handelsbeziehungen mit Deutschland forderten, aber es gab auch gemeinsame Demonstrationen, mit denen man gegen die Judenverfolgung in Deutschland protestierte. Die Spannungen zwischen den Delegierten, die Proteste und das Zustandekommen der Beschlüsse blieben den Nationalsozialisten nicht verborgen: Ein deutscher Delegierter fungierte als Informant. Die Berichterstattung hatte noch ein Nachspiel. Die deutschen Behörden erwogen »ein politisch-polizeiliches Vorgehen« gegen einzelne deutsche Konferenzteilnehmer. Die Gestapo intervenierte. Sie bat, von einer Strafverfolgung abzusehen, da »die Person des Vertrauensmannes im Verlaufe des Verfahrens preisgegeben werden müßte und hierdurch die Überwachung des Judentums erheblich erschwert würde. Die Angelegenheit ist daher lediglich staatspolizeilich ausgewertet worden.«¹⁴⁰ Der Name des Vertrauensmannes wurde in dem Schreiben nicht genannt.

Daß der Anteil der Juden an Landesverratsdelikten in Deutschland tatsächlich sehr gering war, läßt sich anhand der für die Jahre 1937 und 1938 vorliegenden Statistiken der Geheimen Staatspolizei auch zahlenmäßig nachweisen. Danach waren von den 334 Verurteilten des Jahres 1937 ledig-

lich sieben Juden; 1938 wurden nur noch zwei verurteilt.¹⁴¹ Für die folgenden Kriegsjahre liegen keine hinreichend aufgeschlüsselten Unterlagen vor, um bestimmte Aussagen zu machen; man kann lediglich die Tendenz verdeutlichen: Von Januar bis April 1942 fällten die deutschen Gerichte insgesamt 619 Todesurteile, davon ergingen acht gegen Juden.¹⁴²

Ende September 1942 gab die Justiz die Jurisdiktion über die Juden wie über andere »Volks- und Reichsfeinde« an die SS ab. Zu diesem Zeitpunkt war jedoch schon längst die Entscheidung über die Vernichtung der Juden gefallen. Seit dem Herbst 1941 hatten die Nationalsozialisten damit begonnen, die Juden in die Ghettos und Vernichtungsstätten im Osten zu deportieren.

Im Ghetto

Die deutschen Juden kannten die Institution des Ghettos nur aus ihrer Geschichte. Sie wußten, daß ihre Vorfahren seit dem ausgehenden Mittelalter in abgesperrten Judenvierteln gelebt hatten und daß die hohen Mauern erst von aufgeklärten Herrschern abgetragen worden waren. Sie wußten auch, daß sich ein Ghettoleben in den Zentren des osteuropäischen Judentums erhalten hatte. Sie standen diesen ostjüdischen Traditionen und Lebensweisen freilich fremd und abweisend gegenüber. Mit Empörung hatten sie reagiert, wenn ihnen selbst im Wilhelminischen Kaiserreich und in der Weimarer Republik die Pflege einer »Ghettokultur« oder »Ghettomentalität« unterstellt wurde. Mit dem Eintritt und Aufstieg in die moderne bürgerliche Gesellschaft hatten die deutschen Juden bereitwillig Abschied von der Ghettoexistenz genommen. Für die meisten verband sich mit dem Ghetto die Vorstellung von einer Lebensweise, von der man sich schon längst entfernt und emanzipiert hatte.

Die Nationalsozialisten verzichteten darauf, in Mittel- und Westeuropa Zwangsghettos zu errichten. Sie fanden andere Wege, die weniger spektakulär und aufwendig waren, um die relativ kleinen jüdischen Bevölkerungsgruppen zu isolieren und zu konzentrieren. Unmittelbar nach der »Reichskristallnacht« sprachen sie über die Möglichkeit der Ghettoisierung der deutschen Juden. »Die Aussicht, zum Ghetto kommen zu müssen«, wurde, wie es der Finanzminister Schwerin von Krosigk formulierte, als keine sehr »angenehme« empfunden, und man stimmte Reinhard Heydrich zu, der erklärte: »Die ganzen Maßnahmen werden praktisch-organisch zu einem Ghetto führen. Ich muß sagen: man soll heute nicht ein Ghetto bauen ... Aber durch diese Maßnahmen werden die Juden automatisch in ein Ghetto gedrängt in der Form, wie das angedeutet wurde.«¹⁴³

Ein Jahr später sah das anders aus. Mit der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs gerieten die jüdischen Bevölkerungsmassen in Ost- und Südosteuropa in den deutschen Herrschaftsbereich, und den Nationalsozialisten bot sich nunmehr die Gelegenheit, außerhalb der deutschen Landesgrenzen die alte Idee der Ghettoisierung in die Praxis umzusetzen. Ende September 1939 erging die Order Heydrichs, zur »Lösung der Judenfrage« in den besetzten Ostgebieten unverzüglich Zwangsghettos und »Jüdische Ältestenräte« einzurichten.¹⁴⁴

Diese Maßnahmen ließen sich um so leichter ausführen, als sie lediglich die Transformation von zwei jüdischen Institutionen erforderten: aus der alten Gemeindeführung wurde der neue Judenrat und aus dem alten, offenen Wohngebiet das neue, geschlossene »Judenviertel«. Ungebrochen blieben in dieser kurzen Phase des Übergangs die Vorstellungen, die sich mit den alten und zugleich neuen Institutionen verknüpften. Die Mitglieder der Judenräte – in der Regel angesehene Persönlichkeiten – waren überzeugt, daß es einer jüdischen Führung bedürfe, um die Interessen der Gemeinschaft zu wahren und zu schützen. Die Gemeindeglieder folgten nicht nur den Anweisungen ihrer Repräsentanten, sondern hofften zudem, daß sie – wie in früheren Verfolgungszeiten – auch jetzt in den Ghettos eine Zufluchtsstätte finden würden. Die Nationalsozialisten hoben die traditionellen Schutzfunktionen jedoch auf. Sie degradierten und benutzten die Judenräte als reine Befehlsübermittlungsorgane, die die Kontrolle und Ausschaltung der Juden erleichterten. Die Ghettos dienten als vorübergehende Auffang- und Aufenthaltsstätten, in denen ein Terror entfacht wurde, der bereits die Schwelle zur systematischen Lebensvernichtung überschritt.

Anfang 1940 wurden die ersten deutschen Juden in die Ghettos deportiert. Es war eine kleine Gruppe, die aus Pommern stammte und ins Generalgouvernement »abgeschoben« wurde. Ende 1941 begannen die Massendeportationen. Tausende wurden in die Ghettos von Riga oder Kowno, Lodz oder Minsk eingeliefert. Es waren meist ältere Menschen, die noch die Kraft besaßen, an ein Überleben zu glauben. In Warschau bestärkte die SS ihre Hoffnung, daß sie nach dem Krieg wieder in ihre Heimat zurückkehren und ihr Hab und Gut zurückbekommen würden.¹⁴⁵ Ihr letztes Privileg gegenüber den Warschauer Juden und zugleich ihre letzte Täuschung war, daß sie im Personenzug an die Rampe von Treblinka gebracht wurden.

Von Beginn an haben sich einige osteuropäische Juden in den abgeschlossenen Ghettos um die Entfaltung eines Widerstandes bemüht. Die Aufstände brachen jedoch erst ab 1943 aus, zu einer Zeit, als die Masse der Ghettobewohner bereits zugrunde gegangen, deportiert und vernichtet

war und die Liquidation der Ghettos unmittelbar bevorstand. Voraus gingen Vorbereitungen und Diskussionen, in denen die Möglichkeiten und Grenzen der offenen und gewaltsamen Gegenwehr sichtbar wurden. Die Barrieren waren interner und externer Natur. Solange die Ghettoexistenz die Hoffnung auf ein Überleben ließ, stießen die frühen Aufrufe der kampftschlossenen Juden auf taube Ohren. Als fundamental erwiesen sich dabei die Familienbindungen und die Sorge, daß der aussichtslose Kampf das Leben der Gemeinschaft aufs Spiel setzen würde. Die nationalsozialistischen Tötungsaktionen nahmen den noch verschont gebliebenen Juden diese Furcht. Überwunden werden mußten ferner die internen Richtungs- und Führungskämpfe, die zwischen den verschiedenen jüdischen Gruppen entbrannten und die dem Aufbau einer geschlossenen und strafenden Widerstandsorganisation im Weg standen. Die fast vollständige Isolierung erschwerte zudem die Kommunikation und Koordinierung mit anderen Ghettos.

Zerstört wurden schließlich die Hoffnungen, außerhalb der Ghettomauern Rückendeckung zu finden. Ein wirksames Eingreifen der alliierten Mächte blieb aus, Polens bürgerlich-nationale Untergrundbewegung versagte ihre Unterstützung, die Exilregierung in London hielt sich zurück. Weit verbreitet war der Antisemitismus, und politisches und militärisches Interesse und Taktieren liefen darauf hinaus, die Juden ihrem Schicksal zu überlassen in der Hoffnung, daß in einem befreiten Polen das alte und lästige »Judenproblem« gelöst sein würde. Die Hilferufe der Juden nach Waffen und Munition verhallten, nur geringe Mengen gelangten in die Hände der Aufständischen. Gleichwohl kostete es die Nationalsozialisten und ihre Helfershelfer einige Mühe und Opfer, die unerwarteten Aufstände niederzuschlagen. Mehr als 30 Tage dauerte die »Großaktion«, mit der der SS-Brigadeführer Stroop im April und Mai 1943 den entschlossenen und verzweifelten Widerstand von knapp 1500 Mitgliedern jüdischer Kampforganisationen unter der Führung Mordechai Anilewicz' brach und mit der Deportation von 60000 Juden das Warschauer Ghetto auslöschte.¹⁴⁶

Man darf annehmen, daß sich nur wenige deutsche Juden an den Widerstandshandlungen in den Ghettos beteiligt haben. Wie an anderer Stelle bereits erwähnt, wurden die Bewohner der Ghettos so gut wie vollständig am Ort oder im nächsten Vernichtungslager liquidiert. Überlebende, die vom Widerstand berichten könnten, gibt es daher nur in wenigen Fällen. Der schon genannte Hermann Adler schloß sich auf seinem langen und abenteuerlichen Fluchtweg dem jüdischen Untergrund in Wilna, Bialystok und Warschau an.¹⁴⁷ Max Kaufmann erwähnt einige deutsche Juden, die sich in Riga für Ghettobewohner eingesetzt haben. Zwei werden mit Vornamen genannt. Eine gewisse »Liesel« nutzte in einem Ghettobetrieb ihre

Aufsichtsstellung aus, um Mitgefangenen zu helfen. Als »Lagerältester« fungierte ein gewisser »Wolf«, der ebenfalls Hilfsaktionen organisierte.¹⁴⁸ Aus einem Brief, der im Prozeß gegen die führenden Männer des Auswärtigen Amtes verlesen wurde, geht hervor, daß der deutsch-jüdische Ordnungsdienst im Ghetto von Minsk gewillt war, der Ermordung der deutschen Juden bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen. Der Plan wurde der SS zugetragen, die daraufhin die Ordnungshüter zu einem »Brandinsatz« außerhalb der Ghettotore beorderte und dort liquidierte.¹⁴⁹ Verschont blieb der Organisator des Ordnungsdienstes, Karl Loewenstein.¹⁵⁰

Die Schilderung von Herkunft und Wirken dieser schillernden Persönlichkeit geht über den Rahmen des deutsch-jüdischen Widerstands hinaus. Karl Loewenstein war halb-jüdischer Abstammung und ein gläubiger Christ. Aus den Händen der SS übernahm er Aufgaben, die der »Ruhe und Ordnung« im Ghetto dienten. Sein Wirken zielte darauf ab, jüdisches Leben zu retten. In diese Grenz- und Problembereiche ordnet sich seine Geschichte ein. Loewenstein konnte auf eine erfolgreiche Karriere zurückblicken. Im kaiserlichen Deutschland brachte er es zum Marineoffizier und Adjutanten des Kronprinzen.

Seine vaterländische und militärische Gesinnung stellte er unter Beweis, als er nach dem verlorenen Krieg in ein Freikorps überwechselte und in Oberschlesien weiterkämpfte. Danach schlug er in Berlin die Laufbahn eines Bankiers ein. Seine religiöse Standhaftigkeit bewies er, als er im Dritten Reich der Bekennenden Kirche beitrug. Anfang November 1941 wurde er verhaftet und nach Minsk deportiert. Wie in allen Ghettos benötigte die SS auch hier eine jüdische Polizei. In dem erfahrenen Loewenstein fand sie den geeigneten Leiter, der unverzüglich aus dem Kreis der deutsch-jüdischen Frontkämpfer den Ordnungsdienst zusammenstellte und schulte. Mit Hilfe dieser Truppe hoffte er, das Leben der Juden schützen und die Disziplin im Ghetto aufrecht erhalten zu können; das bedeutete auch, daß er energisch gegen die wild um sich greifende Korruption zu Felde zog und die gerechte Verteilung der kärglichen Essensrationen forderte. In Minsk erlebte Loewenstein den Terror der SS am eigenen Leibe. Er hatte das Glück, daß einflußreiche Fürsprecher ihn schützten und seine Freilassung erreichten.

Im Mai 1942 wurde er nach einer Intervention des Generalkommissars Kube nach Wien geschickt und von dort weiter nach Theresienstadt, wo man ihn mit Mißtrauen aufnahm. Die SS-Lagerleitung sperrte den »prominenten« Häftling zunächst in eine Zelle des Ghettogefängnisses, wobei sie ihm jedoch eine Vorzugsbehandlung einräumte und für bessere Unterbringung und Verpflegung Sorge trug. Im September 1942 wurde Loewenstein

aus der Haft entlassen und vom Lagerkommandanten zum Chef des »Sicherheitswesens« bestellt. Wie in Minsk erhielt er den Auftrag, einen Ordnungsdienst – die »Ghettowache« von Theresienstadt – aufzubauen, und wie in Minsk verband er mit dem Einsatz dieser Truppe die Hoffnung, Schutzfunktionen ausüben zu können. 420 jüngere und kräftige Häftlinge wurden in der »Ghettowache« zusammengezogen und militärisch gedrillt. Sie bildeten das Rückgrat der Abteilung »Sicherheitswesen«, die sich rasch in der Lagerhierarchie einen Führungsplatz erkämpfte.

H. G. Adler beschreibt Loewensteins Wirken: »In der neuen Abteilung faßte man die ›Ghettowache‹, Feuerwehr, eine ›Detektivabteilung‹ und ›Wirtschaftsprüfstelle‹ zusammen. Loewenstein hielt diese Gruppen mit starker Hand zusammen und erwarb das Vertrauen der meisten seiner Untergebenen nach einigem Zögern ... [Er] hatte freien Zugang zum Lagerkommandanten, dem sein unerschrockenes und ungezwungenes Auftreten imponierte, weswegen sich die Leitung und hohe Funktionäre seiner gern zu schwierigen Interventionen bedienten. Die Prügelstrafe und viele andere Härten wurden aufgehoben; Loewenstein hat viel für das Lager bei der SS durchgesetzt. Für seine Untergebenen tat er, was in seiner Macht lag ... Ungerechtigkeit und krumme Wege waren ihm verhaßt. Er scheute sich nicht, Mißstände, vor allem Diebstahl und Korruption, unnachsichtig anzugreifen ... Seine Maßnahmen zur gerechten Verteilung der Güter wurden besonders für Kranke und Gebrechliche bedeutungsvoll. Er verstand es, kostbare Medikamente zu beschaffen. Er erzwang, daß man die Lebensmittel und Mahlzeiten ordentlich rationierte.«¹⁵¹

All diese Bemühungen sind Ausdruck von Loewensteins Leitvorstellung, nämlich für »Ordnung und Sicherheit« im Ghetto zu sorgen. Es fällt schwer, in der Verwirklichung dieses Zieles eine Abweichung vom verordneten Modell, also eine Widerstandshandlung zu entdecken. Die von der SS abgeleitete Lagerfunktion implizierte die Anpassung, und Loewenstein traf dementsprechend seine Anweisungen. Sie fielen »knapp, entschieden und militärisch straff« aus. Mit folgendem Aufruf wandte er sich am 1. Februar 1943 an die »Ghetto-Insassen«:

»Jedermann kann sich davon überzeugen, daß ich bestrebt bin, Ordnung und Sicherheit im Ghetto zu unterhalten. Ich erachte es als meine heiligste Pflicht und Aufgabe, darüber zu wachen, daß die uns zugeführten Waren, in welcher Form immer, entsprechend verwendet und ihren Zwecken zugeführt werden. Es darf keine Ware durch Unachtsamkeit verderben, anderen Zwecken zugeführt werden oder in unberufene Hände kommen. Jeder muß bekommen, was ihm zusteht. Allein bin ich zu schwach, überall zu sein. Ich brauche die Mitwirkung eines jeden von Ihnen. Kauft nicht von einem Händler, denn es handelt sich um Eure Waren. Haltet Disziplin.

Kommt mit Euren Beschwerden vertrauensvoll zu mir. Jeder wird angehört. Ich betrachte niemand als Störer meiner Ruhe, der mit einem Anliegen zu mir kommt. Ich bin eingesetzt, um zu helfen. Bitte, helft mir in meinem Kampf gegen die Korruption. Es geht um die Sauberkeit des Ghettos.«¹⁵²

Die Problematik ist evident. Loewensteins Appelle und Handlungsweisen orientierten sich an den verordneten Normen und stabilisierten das von den Nationalsozialisten für Theresienstadt verordnete Modell. Sie zielten jedoch zugleich auch darauf ab, einen Abwehr- und Überlebenskampf aufzunehmen, dessen Aussichten – und dies haben die Erfahrungen in allen Lagern gezeigt – nicht zuletzt auch von den Prinzipien der »Ordnung und Sicherheit«, der »Disziplin« und »Sauberkeit« sowie der »Solidarität« abhängig waren. An die Solidarität appellierte Loewenstein Anfang Mai 1943 mit einem Aufruf an die »Schwerarbeiter« des Ghettos: »Ich wende mich heute unmittelbar an Sie mit der Bitte, und ich werde mich freuen, wenn Sie mir eine zustimmende Antwort geben könnten. Als ich bei Obduktionen amtlich zugegen war, habe ich mit Entsetzen feststellen müssen, daß unsere alten Verstorbenen aus Haut und Knochen bestehen. Es ist Ihnen allen bekannt, daß die Schwerstarbeiterkost deshalb zur Verfügung gestellt werden kann, weil sie aus ...Abzügen, die man den anderen Ghettoinsassen machen muß, besteht. ... Wenn 3000 Menschen einmal in der Woche auf die Schwerstarbeiterzulage verzichten würden, dann könnten jede Woche an einem Tage 3000 Menschen sich einmal gründlich satt essen. Wäre dies nicht wundervoll und Ihrer aller würdig? Bedenken Sie, bitte, Sie haben selbst Eltern oder gehabt und werden selber einmal alt. Wie würde Ihnen ums Herze sein, wenn Sie zum alten Eisen geworfen würden als nutzlos und verbraucht, um die sich niemand kümmert.«¹⁵³

Der Aufruf löste Kritik und Empörung der Repräsentanten des jüdischen Ältestenrates aus. Man warf Loewenstein vor, seine Kompetenz überschritten, die Arbeitsmoral unterminiert und die Disziplin im Ghetto gefährdet zu haben. Eine erbitterte Fehde schloß sich an. Sie vergrößerte und vereinte die Fronde derer, die dem Auftreten Loewensteins nur wenig Sympathien entgegenbringen konnten oder selbst überzeugt waren, daß er von unlauteren Motiven getrieben würde, sich nur beliebt machen oder seinen Machthunger stillen wolle. Es gelang den Widersachern, die Auflösung der »Ghettowache« zu erreichen – die Mitglieder wurden nach Auschwitz deportiert – und Loewenstein zu Fall zu bringen. Nach einem Wechsel in der Lagerkommandantur wurde er am 16. August 1943 von seinem Posten entfernt und vor ein »Ghettogericht« gebracht, das eine viermonatige Gefängnisstrafe verkündet. Nach der Entlassung blieb Loewenstein die Überstellung nach Auschwitz erspart. Als »Prominenter«

verblieb er in Theresienstadt und weigerte sich bis zuletzt, irgendwelche Lagerfunktionen zu übernehmen. Im Mai 1945 wurde er befreit.

Über sein Tun urteilt H. G. Adler: »Loewensteins Leistungen haben dem Lager viel Segen, sein Fall nur Unsegen gebracht. Es war schwer, seine Wirksamkeit zu verstehen und in der dumpfen Lageratmosphäre gerecht zu beurteilen. Die Umstände seiner Ankunft im ›Ghetto‹, seine deutsche Herkunft, seine Vergangenheit als Offizier (obgleich hier noch andere alte hohe Offiziere der deutschen und der österreichischen Armee waren) und seine auffällige Vorzugsstellung bei der SS schienen mysteriös und stimmten verdächtig. Man sah weniger auf den Mann und sein offenes Wirken als auf diese Umstände und das Stillschweigen über seine jüngste Vergangenheit, das sich Loewenstein wohl oder übel auferlegen mußte.«¹⁵⁴ Man kann hinzufügen: Loewensteins Aktivitäten bewegten sich in den Grenzen der »Legalität«. Die Normen und Wertvorstellungen seiner Sozialisation und Karriere bestimmten sein Auftreten und Wirken in den Ghettos von Minsk und Theresienstadt. Dies galt aber ebenso für die Opponenten, die ihn stürzten. Diese deutsch-jüdischen Repräsentanten zeigten sich konzilianter und traten weniger martialisch auf. Aber auch ihre Herkunft, Lagerfunktion und Privilegierung geboten es, standhaft dem »Legalitätsprinzip« treu zu bleiben und dem verordneten Modell Folge zu leisten.

Es gab in Theresienstadt einen kleinen Kreis, der sich im Untergrund sammelte und bemüht war, Häftlingen zur Flucht zu verhelfen oder Nahrungsmittel, Nachrichten und Waffen ins Lager zu schmuggeln. Er rekrutierte sich fast ausschließlich aus tschechischen Juden. Soweit bekannt, wurde nur einem einzigen jungen deutschen Juden der Zutritt gewährt. Es war Werner N., der 1933 in die Tschechoslowakei emigriert war, Tschechisch sprach und zudem durch seine Arbeit als Gärtner in Theresienstadt eine gewisse Bewegungsfreiheit besaß. Als einen Grund für die nationale »Exklusivität« des Widerstandskreises führte N. an, daß die tschechischen Juden den deutschen und österreichischen Juden nicht trauten, weil diese »zu legal« dachten.¹⁵⁵

Diese Beurteilung ist nur eine aus einer Fülle von Äußerungen, an denen die ganze Bandbreite der negativen Einstellung zu den deutschen Juden deutlich wird. Solche Ressentiments waren weit verbreitet; man traf sie sowohl in den Auswanderungsländern als auch unter den nichtdeutschen Leidensgefährten in Ghettos und Konzentrationslagern. Im Exil eilte ihnen der Ruf voraus, »gründlich«, »korrekt«, »pedantisch«, »humorlos«, »übereifrig«, »autoritätsgläubig«, »überheblich«, »herrisch« zu sein, eben »typisch deutsch«. Man mokierte sich über das ständige Nörgeln und Vergleichen mit der geliebten, verlassenen Heimat – »Bei uns zu Hause ist alles besser!« –, machte sich über den unverkennbaren Akzent lustig oder nahm

an der beharrlichen Weigerung Anstoß, überhaupt die Landessprache zu erlernen. Andere kleinere Eigenarten fielen ebenso auf: die Aktentasche, die Brieftasche, der Regenmantel, unverzichtbare Requisiten, die vor allem im außereuropäischen Ausland die deutsche Herkunft verrieten. Man sah die Emigrantengrüppchen beim »Kaffee« oder hörte sie lautstark in Konzerten und Theatern über *ihren* Beethoven und Mozart oder *ihren* Goethe und Schiller sprechen und schwärmen. Viele deutsche Juden blieben lange im Exil isoliert, »unter sich«, genau so, wie die nichtjüdischen Emigranten oder – um etwas in die Geschichte zurückzugreifen – die ostjüdischen Flüchtlinge, die seit Ende des 19. Jahrhunderts nach Deutschland gekommen und von den deutschen Juden (und anderen) ebenso als ungebetene Gäste mit tiefen Ressentiments empfangen worden waren. Was die deutschen Juden damals vorexerziert hatten, holten ausländische Juden nun nach.

Es wäre allerdings falsch zu glauben, daß solche Reaktionen allein den deutschen Juden galten, sie trafen ebenso Juden aus anderen Herkunftsländern. Sie traten auf, als die nationalsozialistischen Vertreibungen und Deportationen die getrennten und heterogen jüdischen Gruppen zusammenführten und zu einer »Zwangsgemeinschaft« zusammenschlossen. An den nationalen, politischen, sozialen und kulturell-religiösen Unterschieden und Besonderheiten entzündeten sich die internen Gruppenspannungen, ja Gruppenfeindschaften, die – und das gilt es festzuhalten – kaum ein gemeinsames und solidarisches Handeln möglich werden ließen. In der Kriegszeit verschärfen sich die Animositäten gegenüber den deutschen Juden. Ausländische Juden wie Nichtjuden verbanden den Begriff »deutsch« mit Adolf Hitler und den Nationalsozialisten, die ihr Land überfallen und so viel Unheil gebracht hatten. Es kam durchaus vor, daß man die deutschen Juden wie die deutschen Gegner des Nationalsozialismus als Mitschuldige an diesem Unglück betrachtete.¹⁵⁶

Auch in den Ghettos und Konzentrationslagern fielen die deutschen »Sternträger« auf; man entdeckte an ihnen die deutschen Züge. So hat H. G. Adler in Theresienstadt beobachtet, daß »der Durchschnitt der deutschen Juden [nicht] erfaßte, worum es im Lager ging. Sie waren der Situation rettungslos ohne Verständnis ausgeliefert. Die fortgeschrittene Assimilation hat sich an ihnen bitter gerächt. Sie waren so an den Obrigkeitsstaat in Gehorsam und blindem Vertrauen gewöhnt, daß sie Hitlers Peitsche erst am eigenen Leibe spüren mußten, um sie zur Kenntnis zu nehmen. Selbst dann war noch ihr Urteil oft getrübt und schrieb die Schuld für die Lagerverhältnisse weniger der SS zu als vielmehr Mißverständnissen oder einfach der internen Leitung. Oft schien diesen Menschen das Deutschland von 1942 noch immer jenes von 1900 zu sein. Häufig waren

sie stur, pedantisch und, angesichts der Umstände, tragikomisch korrekt, besonders in Kleinigkeiten. Außer in ihrer religiösen Tradition standen sie jüdischer Art trotz zionistischer Sympathien oft noch ferner als die übrigen Gruppen ...

Ihnen fehlte (wie sonst nur vielen ungarischen und manchem slowakischen Juden) die bei den übrigen Juden Europas rege Abwehrhaltung und Elastizität, die Gefahren geschickt begegnet, Hiebe zu parieren und auszu-teilen versteht und unvermeidliche Schläge einzustecken weiß. Ungebrochene tschechische und auch Wiener Juden benahmen sich öfters wie Schweijk, bald mit zur Schau gestellter Dummheit, bald gewappnet mit überlegener List. Darin kamen sie freilich noch lange nicht osteuropäischen Juden gleich mit deren passivem und auch aktivem Mut in seiner einzigartigen Mischung mit gespielter Unterwürfigkeit und scheinbarer oder auch wirklicher Feigheit; aber dennoch waren sie gewandter als die meisten deutschen Juden und hatten in Gefahr schnell eine glaubhafte Ausrede oder Lüge bereit. Sie waren geistesgegenwärtiger und kälter als deutsche Juden in deren verbissener, oft nicht mehr gerechtfertigter Wahrheitsliebe, die leichter zusammenbrachen – ihre ungraziöse, »deutsche« Reaktionsweise wurde ihnen zum Verhängnis.«¹⁵⁷

Der Fall Karl Loewensteins ist hierfür ebenso exemplarisch wie eine Episode, die sich in der Schluß- und Befreiungsphase von Theresienstadt abspielte. Von niederländischer Seite ging dem Ältestenrat ein anonymer Antrag zu, den staatenlosen Emigranten, die aus Holland deportiert worden waren, das Tragen des Judensternes mit der Aufschrift »Jood« zu verbieten und ihnen statt dessen den gelben Fleck mit der Aufschrift »Jude« anzuheften. Niederländische Juden regten dann zusätzlich an, den deutschen »Sternträgern« nach der Befreiung die Rückkehr in die Niederlande zu verwehren.¹⁵⁸

Ressentiments und Feindschaften brachen auch im niederländischen »Durchgangslager« Westerbork auf. Anfang August 1943 waren hier 6000 niederländische und 4000 deutsche Juden untergebracht. Gemeinsam warteten sie auf ihre Weiterdeportation in die Vernichtungslager. Fast alle wichtigen Lagerfunktionen lagen in den Händen der deutschen Juden, die den Ton angaben. »Die deutschen Juden«, so schrieb Philipp Mechanicus in sein Tagebuch »spielen hier den Herrn genau so, wie die deutschen Arier gewöhnt sind, überall den Herrn zu spielen. Sie meinen, daß sie dazu ein Recht haben ... Die niederländischen Juden ... ›mögen‹ den Kommandoton nicht, die ›Schnauzerei‹, die ›Wichtigtuerei‹, sie hassen das – und sie hassen die deutschen Juden.«¹⁵⁹

Die Vorzugsstellung, die die deutschen Juden in Westerbork genossen und verteidigten, verdankten sie nicht nur ihrer »deutschen Reaktions-

weise« oder der Gnade der Lagerleitung, sondern auch dem Umstand, daß sie die ersten waren, die in diesem Lager Aufnahme gefunden hatten. Westerbork war von den niederländischen Behörden im Herbst 1939 – also noch vor der deutschen Besetzung – als Flüchtlingslager in Betrieb genommen worden. Die Nationalsozialisten übernahmen Gebäude und Insassen, erweiterten die Kapazitäten zu einem »Judendurchgangslager« und beließen die alteingesessene deutsch-jüdische »Lageraristokratie« im Amt. An der Spitze stand als »Erster Dienstleiter« Karl Schlesinger.¹⁶⁰ Er war 1939 nach Holland gekommen und im Februar 1940 nach Westerbork überstellt worden. Er genoß das besondere Vertrauen des SS-Lagerkommandanten Gemmecke. Ihm zur Seite standen elf weitere »Dienstleiter«. Einer von ihnen – F. Spanier – stammte ebenso wie Gemmecke aus Köln und beherrschte den »Gesundheitsdienst«. Er entschied, wer »transportfähig« war oder nicht. Neuankömmlinge – und das waren ab Mitte 1942 in erster Linie niederländische Juden – mußten sich vor diesen deutschen Juden beugen. Sicher, einigen von ihnen gelang es, in höhere Lagerfunktionen aufzusteigen und sich damit das Privileg einer Deportationsrückstellung zu sichern, die entscheidenden Positionen blieben jedoch in deutscher Hand.

Wie sie teilweise benutzt wurden, schildert der niederländische Arzt A. E. Cohen. Zusammen mit seiner Frau und seinem Sohn teilte er in Westerbork mit einem deutsch-jüdischen Arzt einen winzigen Wohnverschlag. Die Pedanterie und Pünktlichkeit des Deutschen veranlaßten Frau Cohen zu der Äußerung: »Sie sind ein typisch deutscher Jude. Alles muß bei Ihnen geregelt sein, sonst geraten Sie in Panik.« Der »Dienstleiter« Spanier, dem die Äußerung zugetragen worden war, erklärte, daß die Frau »die deutschen Juden beleidigt« habe. Die Strafe folgte auf dem Fuße. »Von diesem Moment an«, so ließ er Cohen wissen, »ist mein Schutz für sie abgelaufen«. Wenige Tage später – am 14. September 1943 – wurde die Familie Cohen für »transportfähig« erklärt und nach Auschwitz deportiert, wo die Frau und der Sohn unverzüglich vergast wurden. Nach der Befreiung zog der Vater sein Resümee: »Wir waren Juden, aber eigentlich fühlten wir uns wie ›Ober-Juden‹ ... Wir hatten ja alle einen Stempel! Uns konnte ja nichts passieren ...! Wenn Schlesinger hereinkam, machte man seinen Diener, es herrschte eine deutsche Atmosphäre: Hacken zusammenschlagen und schmeicheln. Man machte mit und man nannte es ›Geschmeidigkeit‹. Man war schrecklich geschmeidig, um sein Leben zu retten.«¹⁶¹

Widerstehen in den Lagern

Nur wenige Widerstandshandlungen deutscher Juden sind aus den Konzentrations- und Vernichtungslagern bezeugt. Es ist müßig, nach historischen Vorbildern dafür zu suchen: die Lager sind eine Erfindung des 20. Jahrhunderts. Vorstufen lassen sich allenfalls in den frühen Arbeitshäusern, in den Internierungslagern in Kuba und Südafrika um die Jahrhundertwende oder in den russischen Straf- und Arbeitslagern finden. Frei von allen traditionellen humanitären und rechtlichen Bindungen bauten die Nationalsozialisten ein Lagersystem auf, in dem sie die Theorie von den Herrenmenschen und Untermenschen in die Praxis umzusetzen versuchten. Die Lager waren die großen Experimentierstätten, in denen speziell ausgewählte und ausgebildete Menschen die neuen Normen, Modelle und Techniken von Gewaltherrschaft und Massenvernichtung erprobten. Bestialitäten und Brutalisierungen wurden freigesetzt, die sich allen Erfahrungen und Vorstellungen bis dahin entzogen und alle menschlichen Werte und Lebensbedingungen aufhoben.

Im Verlauf der nationalsozialistischen Herrschaft wurden den Lagern unterschiedliche Funktionen zugewiesen. In den Anfangsjahren des Dritten Reiches dienten sie als politische Haftanstalten, um die wirklichen oder vermeintlichen Regimegegner auszuschalten, zu bestrafen und »umzuerziehen«. Mit der »Gegnerbekämpfung« ließ sich der Terror auf die Gesamtgesellschaft übertragen. Die Lager fungierten als Abschreckungsinstrumente, die zur Anpassung und Unterwerfung mahnten; Abweichungen und Verstöße zogen die »Schutzhaft« nach sich. Im Zuge der Kriegsvorbereitung und Expansion traten ökonomische Interessen hinzu. Neue, riesige Zwangsarbeitslager entstanden, die den Nationalsozialisten ein Arbeitskräftepotential zur Verfügung stellten, das sich gewinnbringend in Wirtschafts- und Rüstungsbetrieben einsetzen ließ. Davon unterschieden sich jene Lager, die von der SS ab 1941 / 1942 in den besetzten polnischen Gebieten errichtet wurden. Lager wie Chelmno und Belzec, Treblinka und Sobibor dienten als reine Vernichtungsstätten, in denen die »Endlösung der Judenfrage« verwirklicht wurde. Eine Zwischenstellung zwischen Konzentrations- und Vernichtungslager nahmen Maidanek und Auschwitz ein.

Der Antifaschist Hermann Langbein, der Auschwitz überlebte, hat den Widerstand, der in den Konzentrations- und Vernichtungslagern geleistet wurde, beschrieben, die Voraussetzungen aufgezeigt, die einzelnen Häftlingsgruppen – »die Handelnden« – vorgestellt und eine Typologie entworfen, die die verschiedenen Widerstandsformen aufnimmt. Eindrucksvoll dokumentiert er die verzweifelten Versuche, Häftlinge vor der Vernichtung zu retten, gegen die »Unmenschlichkeit des Systems« anzugehen oder die

Isolation und Demoralisierung zu durchbrechen. Hinzu kommen die Fluchtversuche, die Sabotagehandlungen sowie die späten Aufstands- und Befreiungsaktionen. Die spärlichen Zeugnisse über Widerstandshandlungen deutscher und ausländischer Juden werden einbezogen, die Bedingungen und Barrieren genannt, unter denen jüdische Häftlinge ihren Überlebens- und Abwehrkampf führten. »Daß sich dennoch viele Juden – sicher wesentlich mehr, als nachträglich noch bezeugt werden kann – im Widerstand betätigt haben, kann nicht genug gewürdigt werden.«¹⁶²

Vor dem Hintergrund der Entwicklung des nationalsozialistischen Lagersystems hat Falk Pingel die Verhaltensweisen der Häftlingsgruppen untersucht. Folgt man seiner Grundthese, so waren es nicht nur die jeweiligen konkreten Haftbedingungen, sondern auch »vorkonzentrationsmerkmale«, die die Überlebens- und Abwehrstrategien bestimmt haben. Eine Ausnahme von dieser Regel stellten die jüdischen Häftlinge dar. »Die Juden bildeten«, so schreibt Pingel, »eine stark zufällig zusammengesetzte Gruppe, denn das ihnen zugeschriebene Merkmal »Jude« hatte für die einzelnen Träger sehr unterschiedliche Bedeutung. Als Weltanschauung war es für einige mit einer rituellen Praxis verbunden, auf die man ohne großen Verlust im Lager verzichten konnte oder schon davor bereits verzichtet hatte. Für andere war es eine Ideologie, die ihnen Handlungsrichtlinien unverzichtbar vorzugeben vermochte. Unter den Juden waren aber auch Anhänger traditioneller Rechtsparteien, die deswegen, weil sie alle als »Juden« im Lager waren, noch keine gemeinsame Handlungsbasis haben konnten. Die Juden verband kaum eine gemeinsame weltanschauliche Praxis, noch entstammten sie gleichen sozialen Verhältnissen. Der weltanschauliche Status, den die SS den Juden zudiktierte, entsprach kaum ihrer vorkonzentrationsreligiösen Haltung. Die Juden lassen sich somit als Häftlingskategorie am wenigsten durch vorkonzentrationsmerkmale beschreiben; um so stärker waren sie von den Vorgaben betroffen, die die SS ihnen zumaß und die die einzig festen allgemeinen Faktoren ihrer Verhaltensbildung waren.«¹⁶³

So zutreffend diese Charakterisierung auch ist, die Frage bleibt, ob nicht gerade diese Heterogenität als ein entscheidendes »vorkonzentrationsmerkmal« interpretiert werden muß. Die Tatsache, daß die Juden als Kommunisten und Sozialdemokraten, als Liberale und Konservative, als Akademiker, Kaufleute, Angestellte oder Arbeiter, als »Assimilanten« oder Zionisten, als liberale oder orthodoxe Glaubensjuden, als Atheisten oder getaufte Christen – und später als Angehörige verschiedener Nationen – in die Lager kamen, bedeutete, daß sie – um es in der Definition Pingels auszudrücken – »Vorbildungen« mitbrachten, die »Ausdruck ihrer individuellen Geschichte und objektiver historischer Prozesse der Zeit vor ihrer

Einlieferung« waren.¹⁶⁴ Die politische, soziale, religiöse und nationale Differenzierung zieht sich wie ein roter Faden durch nahezu alle Berichte, und es ist wiederholt gezeigt worden, daß sie ein einheitliches jüdisches Abwehrkonzept ausschloß. Man kann lange darüber streiten, ob eine »homogene« jüdische Bevölkerungs- bzw. Häftlingsgruppe die Kraft und Möglichkeit gehabt hätte, den Anfeindungen, Verfolgungen und Morden Einhalt zu gebieten. Entscheidend war und blieb, daß die Juden außerhalb und innerhalb der Konzentrationslager – und dies nicht nur von den Nationalsozialisten – in Situationen und Rollen getrieben wurden, die ihnen wie anderen ihre aussichtslose Pariastellung bewußt machten.

Bereits im Frühjahr 1933 wurden die ersten Juden in die Konzentrationslager gebracht. Es waren einige tausend, vornehmlich Politiker und Arbeiterfunktionäre, Journalisten und Anwälte jüdischer Herkunft, die sich in der Weimarer Republik als Gegner des Nationalsozialismus exponiert hatten. Viele wurden mißhandelt und getötet. Der überwiegende Teil jedoch wurde nach der ersten Terror- und Strafaktion alsbald wieder auf freien Fuß gesetzt. Der Anteil der jüdischen Häftlinge blieb bis 1938 nahezu konstant. In Dachau betrug er 10%. Mit dem Einmarsch in Österreich setzte eine neue Verhaftungswelle ein. Sie erreichte ihren Höhepunkt nach der »Reichskristallnacht«, als 36 000 Juden in die Lager verschleppt wurden. Wenige Monate später war die Zahl wieder rapide gefallen. Dem weitaus größten Teil der inhaftierten Juden war es gelungen, rechtzeitig in den Besitz lebensrettender Ausreisepapiere zu kommen. Die »kurze« Haftperspektive, die den deutschen Juden bis 1939 in den Konzentrationslagern beschieden war, wurde ihnen schnell genommen: Nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges gab die SS in der Regel keinen mehr frei. Im Herbst 1942 ordnete Himmler schließlich an, die Konzentrationslager und die Strafanstalten in Deutschland »judenrein« zu machen. Die jüdischen Häftlinge wurden in die Vernichtungslager des Ostens deportiert.

Von Beginn an gehörte es zur Praxis der SS, die einzelnen Häftlingsgruppen zu kennzeichnen. Jeder Häftling trug auf der blau-weiß gestreiften Häftlingskleidung eine Registriernummer und ein besonderes Erkennungszeichen: ein Stoffdreieck, das auf der linken Brustseite sowie am rechten Hosenbein angenäht wurde. Nur in Auschwitz wurden später den Gefangenen die Nummern mit blauer Tinte auf den linken Unterarm tätowiert.¹⁶⁵ Jede Häftlingskategorie war an ihrer Farbe zu erkennen. Die politischen Schutzhäftlinge trugen die roten Winkel, grün wurde für die »Kriminellen« verwendet, schwarz für die »Asozialen«, violett für die Bibelforscher, rosa für die Homosexuellen, blau für die Emigranten und braun für die Zigeuner. Die jüdischen Häftlinge trugen – je nach ihrem Einlieferungs-

grund – unter dem roten, blauen, grünen oder schwarzen Dreieck einen gelben Winkel: ein sechszackiger, zweifarbiger Judenstern entstand.

Kennzeichnung und gleichzeitig Vermengung der Häftlingsgruppen erfüllten eine wichtige Doppelfunktion.¹⁶⁶ Durch die Vermengung erfuhren die politischen Gefangenen ihre Gleichstellung mit »gewöhnlichen« Kriminellen und anderen sozial deklassierten Gruppen. Sie sollten zu spüren bekommen, daß sie Schwerverbrechern, Asozialen, Homosexuellen und Geisteskranken zugerechnet wurden, ihre Moral und Selbstbewußtsein sollten so gebrochen werden. Die Kennzeichnung erwies sich als notwendig, um aus der zusammengewürfelten Lagergesellschaft die einzelnen Häftlingskategorien wieder sichtbar hervortreten zu lassen. Die in der extremen Ausnahmesituation des Lagers besonders hervortretenden Gegensätze und Spannungen zwischen den Häftlingsgruppen wurden von der SS aufrechterhalten und geschürt, um kollektive Gruppenbildungen und einheitliche Widerstandsaktionen zu verhindern. Die Häftlinge wurden gegeneinander ausgespielt, man setzte Spitzel und »Vertrauensmänner« ein und gewährte Privilegien, die über den Platz in der Lagerhierarchie entschieden.

In dieser Hierarchie nahmen die jüdischen Häftlinge die unterste Stufe ein. Schon bei der Einlieferung wurden sie von SS-Wachmannschaften und Kapos als bevorzugte Objekte für Mißhandlungen ausgewählt und einem Terror ausgeliefert, der darauf abzielte, jegliche Resistenzbereitschaft auszulöschen. Wehrlos blieben sie den alltäglichen Appellen, Schikanen und Torturen in weit stärkerem Maße als andere Gruppen ausgesetzt. In allen Lagern überstieg die Sterblichkeit der jüdischen Häftlinge deutlich die der anderen Gruppen. Man faßte sie in Strafkompagnien zusammen und ließ sie in getrennten Unterkünften vegetieren: in Judenbaracken oder Judenblöcken, die ständig überbelegt und mit katastrophalen sanitären Einrichtungen ausgestattet waren. Die räumlichen und hygienischen Einschränkungen hoben die letzten Reste der persönlichen, intimen Lebenssphäre auf. Die Schlafzeit wurde auf fünf bis sechs Stunden begrenzt; die Arbeitszeit betrug oft mehr als zwölf Stunden. Sie wurde an den härtesten und gefährlichsten Arbeitsplätzen verbracht, in der Regel in Steinbrüchen oder bei anderen Erd- und Bauarbeiten. Diese Zuweisung resultierte nicht allein aus den ideologischen Prämissen des Nationalsozialismus. Die Bestrafung mit schwerster körperlicher Arbeit zielte auf die totale Erschöpfung und den Zusammenbruch des jüdischen »Volksschädlings« ab.

In den Vorkriegsjahren teilte man ihnen täglich 300 Gramm Brot zu. 1939 wurden die Rationen auf 250, ab 1942 auf 150–200 Gramm gekürzt. Der Nahrungsentzug bedingte ein Hungerstadium – und führte zu Konkurrenzhandlungen, die jeglichen sozialen Zusammenhang zersprengen

mußten.¹⁶⁷ Auf die Frage nach dem Widerstand unter diesen Bedingungen antwortete der ehemalige Häftling Otto Kulka: »Der Widerstand bestand eigentlich darin, indem sie den Leuten geholfen haben, daß sie mehr Essen bekommen, daß sie irgendwie das Leben erhalten ... dies war die erste Stufe.«¹⁶⁸ Die SS verbot es, Juden in den Krankenbauten zu behandeln. Sie ließ auch nichts unversucht, um den Judenhaß auf die nichtjüdischen Häftlinge zu übertragen. Hermann Langbein bezeugt, daß kameradschaftliche Kontakte zwischen »Ariern« und Juden nicht nur verpönt und gemieden wurden; sie wurden auch untersagt und verfolgt.¹⁶⁹

Es verstand sich von selbst, daß die SS den jüdischen Häftlingen die Privilegien vorenthielt, die sie anderen Gruppen gewährte. So wurden den Juden keine Befehlsfunktionen über Häftlinge zugestanden. Damit blieben ihnen auch die wenigen Regenerations- und Einflußmöglichkeiten verschlossen, »die das Lager für die anderen Häftlinge in seinen Verwaltungseinrichtungen, differenzierten Arbeitskommandos und dem Funktionärsystem bot«.¹⁷⁰ Das bedeutete zugleich, daß ihnen so eine elementare Voraussetzung für eine illegale Tätigkeit fehlte, nämlich die Übernahme von Lagerfunktionen. Es ist bekannt, daß gerade die politischen Häftlinge – allen voran die Kommunisten – die Lagerfunktionen erkämpften und benutzten, um ihre Gruppenexistenz abzusichern und die illegale Arbeit zu tarnen. Diese Abwehrstrategie schied für die jüdischen Häftlinge aus. In den Anfangsjahren waren es die Träger der grünen Winkel, die von der SS mit Vorliebe herangezogen und an die Spitze der »Judenbaracken« gestellt wurden. Als die Vorherrschaft der »Kriminellen« gebrochen wurde, rückten die Träger der roten Winkel, die politischen Häftlinge, nach. Unter ihnen befanden sich auch Kommunisten jüdischer Herkunft. Einige von ihnen wurden von der SS in Lagern wie Dachau und Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück in Positionen der »Selbstverwaltung« gebracht. Die folgenden Beispiele sollen ihr Wirken beschreiben.

»Heinz war knapp 1 Meter 60 groß, schlank, aber sehr muskulös, unansehnlich, fast häßlich. Er hatte immer eine tadellose Uniform an, blitzende Stiefel, eine nagelneue Mütze und um den Arm das Feldweibelband mit der 7. Ebenso wie der rote Streifen des Politischen saßen die gelben Judenflecke peinlich korrekt angenäht auf seinem Rock und dem langen Uniformmantel. Er hielt sich sehr gerade und war eitel genug, sich über seine krumme Nase zu ärgern und sich mehr als nötig um das Rasieren und Haarschneiden zu kümmern. Als wir nach Dachau kamen, rückte er schon seit Monaten nicht mehr zur Arbeit aus, paßte aber höllisch auf, nicht aus dem Training zu kommen. Durch Ringkampf, Dauerlauf und Freiübungen schaffte er, was uns anderen müheloser zuteil wurde, nämlich körperlich fit zu bleiben.«

Diese Charakterisierung findet sich in einem Erlebnisbericht, den ein entlassener jüdischer Häftling 1939 im Exil niedergeschrieben hat – »zum Gedenken an Heinz Eschen« – den Blockältesten der Judenbaracke 7.¹⁷ Eschen war 24 Jahre alt, als er 1933 nach Dachau kam. Er war in Berlin geboren und aufgewachsen. Der Vater verstarb früh. Die Mutter setzte alles daran, dem einzigen Sohn eine akademische Ausbildung zu ermöglichen. Eine Zeitlang suchte er bei den jüdischen »Kameraden« Fuß zu fassen, ehe er zur KPD überwechselte. Nach dem Abitur ging er nach München, um ein Studium zu beginnen. Er schrieb Artikel, sprach auf Versammlungen und organisierte antifaschistische Demonstrationen, auf denen er sich wiederholt gegen die Anfeindungen körperlich zur Wehr setzen mußte. Im März 1933 wurde er verhaftet.

»Heinz hatte einen weiten Weg durchmachen müssen, bevor er es zum Blockältesten der Judenbaracke gebracht hatte. Ein paarmal war er wegen Zigaretten-Schmuggels über den Bock gegangen, hatte als Capo bei der Arbeit Leuten aus der Misere geholfen und war darum immer selbst wieder zurückgeworfen worden, bis Lagerleiter und Kommandant endlich auf ihn zurückkamen, als dringend ein Jude gebraucht wurde, den man für einigermaßen »zackig« und militärisch hielt und der die 150 bis 200 Juden, die in Dachau aus dem Reich zusammenströmten, einigermaßen im Sinne der SS regieren konnte. Die SS hielt ihn bis zuletzt, als man ihn durchschaute, für einen Judas an seinen Kameraden.«

Eschen gewann das Vertrauen vieler jüdischer und nichtjüdischer Häftlinge. Seine Autorität und Popularität verdankte er seinem Bemühen, die Lagerbedingungen zu entschärfen, die Moral und den Überlebenswillen der Gefangenen zu stärken und eine politische Aufklärung und Mobilisierung zu betreiben. »Auf welchem Kommando man auch arbeitete«, so heißt es weiter in dem Bericht, »überall hörte man Heinz' Loblied. Die einfachen Leute hatten ihn erlebt, wie er ihnen aus der Klemme geholfen hatte, als Capo selbst zufaßte, wo die SS einen schwachen und alten Mann fertig machen wollte, jeden Fehler selbst auf seine Kappe nahm, nie einen Moment die Nerven verlor, selbst wenn schon die Gewehre von den Schultern waren. Unter den Politischen kannten ihn die meisten aus der Zeit vor Hitler als Organisator – im Lager war er überall dabei, wo irgendwie gearbeitet wurde. ... Nie verpaßte er eine Gelegenheit, speziell den Leuten von der 1. Kompanie, denen es am dreckigsten im Lager ging, heimlich Lebensmittel und Nachrichten hineinzuschmuggeln. Bald war es auch bei uns in der Baracke so weit gekommen, daß Heinz alle wichtigen Leute kannte. Er half allen Politischen und rühmte sich sogar, selbst in den schlimmsten Zwangslagen nie einem Politischen einen Schlag gegeben zu haben – was de facto aber nicht ganz stimmte. Er organisierte Diskus-

sionen, eine Hilfskasse, Zeitungs-Vorlesen, brachte Kranken heimlich Medizin, die sie sonst nicht bekommen konnten, befreite Leute von gefährlicher Arbeit, griff immer wieder ein, wo irgendeiner in tatsächlicher Lebensgefahr war.«

An anderer Stelle fährt der Mithäftling fort: »Heinz war für die gesamten Juden verantwortlich. Was bei uns schiefging, ging zu seinem Kopf heraus. Trotzdem erlaubte er mehr, als wohl sonst irgendeiner erlaubt hätte. Trotz strengstem Rauchverbot ließ er in den Latrinen rauchen, ja schmuggelte während der Isolierung selbst Tabak und Zigaretten, natürlich auch Zeitungen und Schokolade in die Baracke ... Er half ›Singen‹ und ›Bunte Abende‹ zu arrangieren, und wenn es einmal zu dumm und oberflächlich und schweinisch wurde, fing er selbst an, über eine halbe Stunde lang Gedichte von Tucholsky, Becher und Kästner zu deklamieren. Er konnte auch bayerische Schnaderhüpfer singen, und zwar die allerdeftigsten und gemeinsten ebenso wie das schöne ›Edelweiß‹ mit all dem Schmalz, der dazugehört. Er war mit allen Wassern gewaschen und bewährte sich in jeder Lage, in die er gebracht wurde.«

Der von vielen geachtete Heinz Eschen besaß und schuf sich freilich auch Gegner und Feinde. Einige Häftlinge mokierten sich über seine Eitelkeit, andere hielten ihn für gefährlich und ungerecht und warfen ihm vor, sich allein für seine »Genossen« einzusetzen. Der kampferprobte Kommunist kannte und praktizierte die eisernen Regeln des Überlebenskampfes. Er benutzte die einmal erklommene Stellung eines Blockältesten, um die Überlebensräume der eigenen Gruppe – und das waren die »Politischen« – abzusichern und auszubauen. Dies implizierte, rigoros gegen jene Häftlinge oder Häftlingsgruppen vorzugehen, die abseits standen oder sich auf andere Weise um eine Weiterexistenz bemühten. Auf wenig Hilfe konnten die religiösen Juden hoffen. Heinz Eschen »haßte die Religionen, die Frommen, die Erwähnung von Gottvertrauen«. So zögerte er auch nicht, jüdische Gebetbücher zu verbrennen und jüdische Gebete zu unterbinden. Zu seinen Pflichten gehörte es, Neuankömmlinge vor den Augen der SS-Wachmannschaften zu beschimpfen und zu schlagen. Nach dem Abzug der Wachen bemühte er sich, die Gepeinigten wieder aufzurichten und für sich zu gewinnen. Verstieß ein Häftling jedoch gegen die Norm, so wurde er hart bestraft. Heinz Eschen hatte auch diese Fähigkeit gelernt. Vor 1933 hatte er sich in den Saalschlachten mit Nationalsozialisten besonders hervorgetan. In Dachau wurde er dafür mißhandelt und gelehrt, sich den Lagerbedingungen anzupassen. Die Brutalisierung blieb nicht aus. In dem Bericht heißt es: »Wir sahen ihn auch Leute fertigmachen – er brachte einen Kameradschaftsdieb, der beim Brotstehlen wiederholt erwischt worden war, beinahe bis ins Grab – er half, einen Polizeispitzel, der vorher viele im

Auftrage der Gestapo in die Lager gebracht hatte, völlig kaputt und unschädlich machen.«

Ein Häftling nahm ein alltägliches Lagerphänomen zum Anlaß, um Eschen zu Fall zu bringen. Als Blockältester hatte Eschen einen 17jährigen Jungen, der von seinen Eltern ausgerissen, in den Niederlanden aufgegriffen, den Deutschen übergeben und nach Dachau eingeliefert worden war, unter seinen besonderen Schutz genommen. Die Beziehung wurde der Lagerkommandantur angezeigt. Man bezichtigte Eschen der Homosexualität. Die Folter dauerte neun Stunden. Heinz Eschen überstand sie. Seinen Qualen machte er selbst ein Ende. Er erhängte sich am 30. Januar 1938.

Im Frühjahr 1938 trafen die ersten 1000 Juden in Buchenwald ein. 2000 folgten im September, 12000 nach den Novemberereignissen von 1938. Unter ihnen befanden sich auch kommunistische Widerstandskämpfer. Sie griffen unverzüglich in den Kampf um die Lagerfunktionen ein und halfen, ein antifaschistisches Kollektiv aufzubauen, das die Vorherrschaft der »Kriminellen« brach und die wichtigsten Positionen übernahm. Auf die Solidarität und Hilfe dieses Kollektivs konnte auch ein jüdischer Sozialdemokrat rechnen: der Journalist Ernst Platz. Er gab das Versprechen, nach seiner Entlassung über den Terror von Buchenwald zu berichten. Deutsche Kommunisten holten den Berliner Juden schon nach fünf Tagen aus der Strafkompagnie heraus und sorgten dafür, daß er von der Arbeit im Steinbruch abgelöst und zu den konspirativen Aktivitäten hinzugezogen wurde. 13 Monate dauerte seine Haft. Nach der Auswanderung verfaßte Ernst Platz seinen Erlebnisbericht, den er in London in der Wiener Library hinterlegte. Hermann Langbein erwähnt diese Episode als Beispiel für eine Aufgabe, die sich jeder Widerstandsbewegung in den Konzentrationslagern stellte, nämlich der Welt Nachricht über die Vorgänge in den Lagern zu geben.¹⁷²

Deutsche Kommunisten waren auch zur Stelle, als die Lagerleitung in Buchenwald Ende Januar 1939 verfügte, aus den Reihen der jüdischen Häftlinge den Blockältesten zu stellen. Die Wahl fiel auf Rudi Arndt. Stephan Hermlin charakterisiert ihn: »Es war ein einfacher Mensch, sagen die, welche ihn gekannt haben, ein Mann aus dem Volk, fröhlich, immer bereit zu helfen, von hoher Autorität für alle, die ihn umgaben, niemals zögernd in seinen Ratschlüssen, ein vorzüglicher Lehrer, ... zu jedem Opfer bereit für die Klasse, der er sich anschloß.«¹⁷³

Rudi Arndt, 1904 geboren und von Beruf Schriftsetzer, ging von einer zionistischen Jugendorganisation in den Kommunistischen Jugendverband. 1932 sah man ihn im Leitungsgremium des KJVD. Am 12. Oktober 1933 wurde er festgenommen und wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilt, die er in Brandenburg-

Görden verbüßte. Die Schutzhaft schloß sich an. Über Sachsenhausen und Dachau kam er im September 1938 nach Buchenwald. Als Blockältester der Baracke 22 sorgte er dafür, daß kranke und schwache Häftlinge zusätzliche Medikamente und Nahrungsmittel erhielten. Er baute eine »Zelle« auf, die antifaschistische Schulungs- und Aufklärungsarbeit betrieb. Den Mitgefangenen wurden Stunden der Besinnung verschafft: man schrieb Gedichte und Lieder nieder und trug sie vor.

Was in anderen Lagern von fast allen Häftlingsgruppen mit der Duldung der SS praktiziert wurde, nahmen auch die Juden in Buchenwald wahr: die Möglichkeit, Musikinstrumente in die Hand zu nehmen. In einer Chronik von Buchenwald kann man lesen: »Mit unsäglicher Mühe gelang es, zwei Geigen, eine Bratsche und ein Cello in das Lager zu schmuggeln ... Welche Liebe zur Kunst, welch' tiefer Glaube an die gerechteste Sache der Menschheit beseelte die jungen Häftlinge, die nach einer harten und unmenschlichen Arbeitszeit sich spät in der Nacht zusammenfanden, um bei verdunkeltem Zimmer und unter größten Vorsichtsmaßnahmen noch Quartette einzustudieren. Rudi Arndt wies in einigen Veranstaltungen mit kurzen Worten auf die Bedeutung der Komposition und die Rolle der Komponisten aus der klassischen Zeit der deutschen Musik hin. Das Quartett spielte in den Blocks der jüdischen wie in den Blocks der ›arischen‹ Häftlinge. Die Aufführung der ›Kleinen Nachtmusik‹ von Mozart war ein unvergeßliches Erlebnis, das manchem Häftling, der zu verzweifeln drohte, wieder Mut und Kraft gab.«¹⁷⁴ Es dauerte nicht lange, bis die SS die Instrumente einzog und die Musiker mit 25 Stockhieben bestrafte, weil sie es als Juden gewagt hatten, Musik deutscher Komponisten vor deutschen Häftlingen aufzuführen.

Ende 1939 – nach dem Überfall auf Polen – verbrachte die SS 2500 polnische und staatenlose Juden in ein »Sonderlager«, um sie durch gekürzte Nahrungsrationen, durch den Entzug warmer Kleidung und andere drakonische Strafen zu liquidieren. Zusammen mit dem antifaschistischen Kollektiv bemühte sich Rudi Arndt, eine Lebensmittelversorgung zu organisieren und die »Kriminellen« unter den Häftlingsfunktionären auszuschalten. Darüber berichtet Emil Carlebach: »Von Anfang an führten wir auch hier einen Kampf ..., der sich naturgemäß aufgrund der Machtverhältnisse nur indirekt gegen die SS, unmittelbar gegen die Häftlingskreaturen richten mußte. Es gelang, den Vorarbeiter der Kolonne, der das Essen zum Sonderlager zu tragen hatte, zu stürzen und an seine Stelle den Kameraden Curt Posener zu setzen, der unter Lebensgefahr wenigstens für einige Kameraden zusätzliche Lebensmittel ins Sonderlager schmuggeln konnte. Die beiden übelsten Kreaturen – Wolf und Rosenbaum – verblieben zwar in ihren Positionen, doch konnten wir den polnischen Kameraden Vulkan als

Schreiber einsetzen, der durch seine Aufopferung weiteren Menschen das Leben rettete. Im Frühjahr 1940 erreichte der deutsche Antifaschist Walter Krämer – im November 1940 ermordet – als Chef des Häftlingsreviers durch dauernde Bearbeitung des Standortarztes die Auflösung dieser Mordhöhle mit der Begründung, daß von dort Seuchen ins Lager, in die SS und in die umliegenden Dörfer verschleppt würden. Schon hatten die Kameraden eine illegale Krankenambulanz dort eingerichtet. 500 kaum noch lebensfähige Skelette brachte diese Rettungsaktion ins große Lager.«¹⁷⁵

Mit der Auflösung des »Sonderlagers« waren die Tage Rudi Arndts gezählt. Die aus ihren Positionen vertriebenen Häftlinge rächten sich mit einer Denunziation und erreichten, daß Arndt als Blockältester abgesetzt wurde. Man klagte ihn an, die Juden organisiert und in »gute Kommandos« eingeteilt zu haben. Zur Strafe wurde er ausgepeitscht und in den Steinbruch abkommandiert. Als die SS ihn weiter quälen wollte, näherte er sich der Postenkette. Am 3. Mai 1940 wurde er erschossen.

Gegen einen brutalen Mord lehnte sich 1941 der jüdische Häftling Hamber in Buchenwald auf. Zusammen mit 28 Angehörigen des Arbeitskommandos »Truppengarage« hatte er mit ansehen müssen, wie ein SS-Mann seinen Bruder in ein Wasserloch stieß und so lange auf ihm herumtrampelte, bis er starb. Hamber zeigte den Mord dem Schutzhaftlagerführer an. Seinen Kameraden erklärte er: »Ich weiß, daß ich für meine Angabe sterben muß, aber vielleicht werden sich diese Verbrecher in Zukunft etwas zurückhalten, wenn sie mit der Möglichkeit einer Anzeige rechnen müssen. Dann bin ich nicht umsonst gestorben.«¹⁷⁶ Die Lagerleitung befahl das Arbeitskommando zum Appell. Keiner wagte zu sagen, was alle gesehen hatten. Am Abend wurde Hamber erneut zur Vernehmung geholt und belehrt, die Wahrheit zu sagen, wobei ihm das Ehrenwort gegeben wurde, daß ihm nichts geschehen werde. Hamber wiederholte seine Anzeige und durfte in den Block zurückkehren. Noch in derselben Nacht sperrte man ihn in den Arrestbunker. Vier Tage später war er tot. In den folgenden Tagen wurde bis auf eine Ausnahme das gesamte Kommando liquidiert.

Der Vorfall zeigt die Problematik spontaner Einzelproteste. Betroffen durch den Verlust des Bruders, hatte Hamber ein Beispiel statuieren wollen. Die Hoffnung, daß seine Anzeige eine Signalwirkung haben könnte, erfüllte sich nicht. Es lag auf der Hand, daß sich die SS von einem Juden nicht bewegen ließ, ihre Mordtaten einzustellen. Aber auch die Mitgefangenen waren weder bereit noch in der Lage, Hambers Beispiel zu folgen. Sie sahen und schwiegen – aus Angst vor den Repressalien der SS, denn sie wußten, was folgte. Sie kannten die Mentalität der SS. Auch blieb die Solidarisierung aus, weil die Geschwisterbindung und nicht die Gruppenbindung die Auflehnung bestimmt hatte: Die Mitgefangenen fühlten sich nicht

unmittelbar betroffen. Falk Pingel formuliert es so: »Hamber hatte seinen Protest nicht auf der allgemeinen Tatsache, daß gemordet wurde, aufgebaut, sondern darauf, daß sein Bruder ermordet worden war. Diese Voraussetzung aber ließ sich als Auslöser von Widerstand nicht auf die anderen Häftlinge transferieren, da zu selten eine ähnlich existenzielle Bindung angesprochen wurde. Der individuelle Ansatzpunkt für den Protest führte zu einem individuellen Ausdruck, dem eine positive Massenwirkung versagt blieb. Im Gegenteil lud die SS durch die Ermordung des gesamten Kommandos jedem Einzelprotest eine ungeheure Verantwortung auf. Eine positive Modellwirkung dieser Protesthandlung war deshalb nicht zu erwarten.«¹⁷⁷ Man kann hinzufügen, daß es ebensowenig zu erwarten war, daß kollektive Protestaktionen den Massenmorden Einhalt gebieten konnten; Häftlingsmorde waren eine gewohnte Erscheinung, die auch von den organisierten Gruppen hingenommen wurden.

Mit Vorliebe liquidierte die SS jüdische Häftlinge, die durch ihre Resistenzbereitschaft besonders aufgefallen waren. Im Bunker von Buchenwald verschwand der Antifaschist Jochen Pickard, der die gegen ihn im Lager erhobenen Beschuldigungen offen zurückgewiesen hatte. Im Februar 1940 wurde der bekannte Sozialdemokrat Ernst Heilmann umgebracht, der vor 1933 im Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus gestanden und auf dem langen Leidensweg durch verschiedene Lager Uner-schrockenheit und Lebenskraft bewahrt hatte. Als Kurt Eisner – der Sohn des gleichnamigen früheren Bayerischen Ministerpräsidenten – vom Lagerführer in einer Bagatellsache als Zeuge vernommen und um die Nennung von Namen gebeten wurde, erklärte er: »Ich bin seit 10 Jahren Häftling. Sie werden nicht von mir erwarten, daß ich einen Kameraden denunziere.« Eisner wurde im Arrestbunker zu Tode gebracht.¹⁷⁸

Im Oktober 1942 wurden die jüdischen Häftlinge nach Auschwitz deportiert. Nur eine kleine Gruppe von 200 Juden blieb zurück, die vorerst als unersetzliche Rüstungsarbeiter noch benötigt wurden. Zu ihnen zählte der junge Emil Carlebach, der die Stellung des Blockältesten in der Judenbaracke 22 übernahm. So wie Eschen und Arndt hatte auch er schon längst alle Bindungen zum Judentum hinter sich gelassen. Als Sohn einer kleinbürgerlichen Familie wurde er 1914 in Frankfurt geboren. Über den sozialistischen Schülerbund kam er 1932 in die Kommunistische Partei. Nach dem Abitur begann er eine kaufmännische Lehre. Am 13. Mai 1933 wurde Carlebach verhaftet und zu einer sechswöchigen Gefängnisstrafe verurteilt. Anschließend ging er nach Paris. Nach kurzer Zeit kehrte er nach Deutschland zurück, um den Widerstandskampf fortzusetzen. Anfang 1934 wurde er als Herausgeber einer illegalen Gewerkschaftszeitung verhaftet und wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« zu drei Jahren Gefäng-

nis verurteilt. Nach der Strafverbüßung in Hameln und Hannover kam er 1937 nach Dachau und ein Jahr später nach Buchenwald, wo er sehr schnell seinen festen Platz in der Widerstandsorganisation fand.

Über den Kampf im Jahre 1943 berichtet er: »Im Sommer 1943 standen wir vor einer neuen Krise. Die Scharführer Schmidt und Greuel, Arbeitsdienstführer Simon, Rapportführer Hofschulte im Zusammenwirken mit Lagerführer Gust, Lagerarzt Hoven und dem SDG [Sanitätsdienstgrad] Wilhelm begannen eine neue Liquidierungsaktion. Die beiden Erstgenannten meldeten wahllos eine Reihe von jüdischen Kameraden wegen angeblicher Faulheit bei der Arbeit. Simon und Hofschulte veranlaßten die Auspeitschung bzw. führten diese durch, Gust überführte das Opfer in den Arrest und überwies es am nächsten Tag dem Krankenhaus, wo die Giftspritze der dort Verantwortlichen den Rest besorgte. Der aufopfernden Arbeit unserer Kameraden im Krankenhaus gelang es, einige der Opfer zu retten und die Aktion schließlich abzustoppen. Bestechung der zuständigen SS-Banditen spielte hier wie so häufig eine Rolle. Aber 15 Kameraden, darunter der tschechoslowakische Antifaschist Max Gallander, haben den Tod gefunden. Die Spannung der damaligen Krise stellte uns zum erstenmal die Frage des gewaltsamen Widerstandes, wobei wir uns mit den verantwortlichen Kameraden im Lager darüber klar waren, daß ein allgemeiner Aufstandsversuch aussichtslos wäre und daher nur als Provokation gewirkt hätte. Wir waren aber als die Verantwortlichen der jüdischen Gruppe entschlossen, falls der Versuch, diese Mordserie auf dem im Lager üblichen Weg abzustoppen, gescheitert wäre, lieber im aussichtslosen Kampf zu fallen, als uns wie Schafe Stück für Stück abschlachten zu lassen.«¹⁷⁹

1944 trafen neue Massentransporte ein. Tausende von Häftlingen der verschiedensten Nationalitäten wurden in das Hauptlager und in die vielen Außenkommandos getrieben. Verzweifelt bemühte sich die Widerstandsleitung um die Organisation von Selbsthilfefaktionen. Man fälschte Arbeitsstatistiken und Evakuierungslisten, versteckte und versorgte gefährdete Häftlinge und bereitete sich auf den Tag der Befreiung vor. In der dramatischen Schlußphase von Buchenwald, über die sich zahlreiche Legenden und Glorifizierungen gelegt haben, kam es zu einem offenen Akt der Verweigerung. Am 4. April 1945 – wenige Tage vor der Befreiung – gab die SS den Befehl zur »Evakuierung« der rund 6000 jüdischen Häftlinge. Die Widerstandsleitung sah sich außerstande, das Signal zum bewaffneten Aufstand zu geben. Noch immer war man überzeugt, daß – wie Emil Carlebach es ausdrückte – eine »offene Meuterei des gesamten Lagers im Hinblick auf die militärische Situation zweckloser Selbstmord« sei.¹⁸⁰ Die organisierten Gruppen beriefen sich auf den Zeitfaktor, der ihnen eine Hinhalte- und Verzögerungstaktik vorschrieb. Man beschloß, sich dem Befehl

zu widersetzen, was praktisch darauf hinauslief, daß es den jüdischen Häftlingen selbst überlassen wurde, sich durch die Flucht in andere Baracken dem Zugriff der SS zu entziehen. Mehr als 3000 suchten ein Versteck im Lager zu finden. Vielen blieb dieser Weg verschlossen: Sie waren zu schwach und zu sehr dem Tode nahe, um sich noch zu einem solchen Versuch aufraffen zu können. Andere stießen auf Häftlinge, die mit Prügeln und anderen Mitteln ein Entkommen verhinderten. Am 5. April 1945 wurde im Keller des Blocks 49 der Jude Kurt Baum von der SS entdeckt und erschossen. Über sein Sterben gibt es verschiedene Berichte; sie werden im folgenden aneinandergereiht – nicht zuletzt auch deshalb, um zu zeigen, wie schwierig die wahrheitsgetreue Rekonstruktion eines konkreten Einzelfalls auf der Grundlage von Häftlingsberichten sein kann.¹⁸¹

Am 14. April 1945 schrieb der befreite Häftling Carolus: »Auf Block 49 im Keller hatten sich ein paar jüdische Häftlinge versteckt, zwei Blockführer schlugen sofort auf sie ein, ein jüdischer Häftling setzte sich zur Wehr, entwand einem SS-Mann die Pistole und versuchte zu schießen. Die Pistole funktionierte aber nicht. Inzwischen kam ein anderer SS-Mann und streckte den Häftling mit einem Kopfschuß nieder.« Ernst Thape notierte in sein Tagebuch, daß Kurt Baum in Todesangst um sich geschlagen habe und deswegen niedergeschossen wurde. Alfred Bunzold schilderte den Vorfall 1946 so: »Am 5. April wurde vormittags 9 Uhr bei der Jagd nach Häftlingen durch die SS der jüdische Kamerad Kurt Baum aus dem Ruhrgebiet vom SS-Scharführer erschossen. Er hatte sich im Keller des Blocks 49 versteckt, wurde dort von der SS gestellt und nach Weigerung, sich evakuieren zu lassen, vor Block 49 umgelegt.« Emil Carlebach hielt in seinem Erlebnisbericht vom Mai 1948 fest: »Der ausgegebenen Losung: sich nicht wehrlos zu ergeben, gemäß, griff unser Kamerad Kurt Baum aus Herne, ein seit 1935 eingekerkelter Antifaschist, den Scharführer, der ihn in seinem Versteck aufstöberte, mit dem Spaten an und fiel als erstes Opfer. Aber die Blockführer wurden stutzig, die Suchaktion wurde nicht fortgesetzt. 3000 jüdische Häftlinge befanden sich illegal im Lager. Damit war der SS jeder Überblick verlorengegangen.« Jahre später – im April 1969 in der antifaschistischen Zeitschrift »Die Tat« – beschrieb Carlebach den Vorgang so: Als Kurt Baum »sich entdeckt sah, ergriff er einen herumliegenden Spaten und stürzte sich mit diesem auf seine Todfeinde, um sein Leben so teuer wie möglich zu verkaufen. Bevor er noch zuschlagen konnte, traf ihn die Kugel.« Daraufhin »verließ die gesamte SS schlagartig das Häftlingslager. ... Ein armseliger Spaten in der Hand eines halbverhungerten jüdischen Gefangenen hatte genügt, um die schwerbewaffnete, nach Tausenden zählende SS zum Rückzug zu veranlassen.« Die Geschichtsschreibung der DDR übernahm diese Version. Walter Bartel, führender Widerstands-

kämpfer aus Buchenwald und Professor für Neueste Geschichte, stellte 1976 fest: »Kurt Baum wehrte sich mit einem Spaten. Ein Kopfschuß traf ihn tödlich.«

Die SS benötigte zwei Tage, um ihre »Judenaktion« mit dem Abtransport von knapp 2000 Häftlingen zum Abschluß zu bringen. Die Führer des Widerstands konnten auch nicht verhindern, daß bis zum 10. April 1945 noch etwa 26000 Häftlinge »evakuiert« wurden. Erst als sich am nächsten Tag die SS-Leute zurückgezogen und amerikanische Panzer sich dem Lagertor genähert hatten, war der Zeitpunkt gekommen, die Befreiung von 21000 Gefangenen durchzuführen. Emil Carlebach hat später in seinem Erlebnisbericht vom Mai 1948 ein Resümee gezogen: »Die Entwicklung unserer Arbeit und unseres Kampfes hat uns gelehrt, daß es unmöglich gewesen wäre, die in der Freiheit bekannten und anerkannten Gesichtspunkte jüdischen Lebens als Richtlinie des Handelns anzunehmen. Der Kampf gegen die SS für unsere Erhaltung konnte nicht orthodox oder liberal, zionistisch oder sozialistisch geführt werden. Es ergab sich von selbst nur eine Möglichkeit: Zusammenschluß aller Widerstandswilligen auf dem Boden des Antifaschismus. Wir lehnten die quasi Gottgläubigen ab, die da predigten, die Hitlerbarbarei ergeben hinzunehmen als verdiente Strafe Gottes für mangelnde jüdische Frömmigkeit, ebenso wie den Zynismus des Spitzels, der für ein Butterbrot seine Brüder verkaufte. Wir haben innerhalb des Stacheldrahts den Nazibazillus getötet, noch während die Türme von der Waffen-SS besetzt waren. Jeder Jude, der denkend und kämpfend Buchenwald überlebt hat, wird und muß seine Aufgabe kennen.«¹⁸²

Man kann davon ausgehen, daß diese Grundauffassung auch von anderen deutschen Kommunisten jüdischer Abstammung geteilt wurde, die in Buchenwald – wie in anderen Lagern – am organisierten Widerstand teilnahmen. Durch die legendäre »Buchenwalder Schule« gingen – neben Emil Carlebach und dem schon erwähnten Curt Posener – der Hamburger Max Levinsohn, Erwin Lippmann, der Berliner Stefan Heymann, der nach dem Krieg zum stellvertretenden Außenminister der DDR avancierte, der Österreicher Erich Eisler und auch Herbert Sandberg, ein Graphiker, der vier Jahre im Zuchthaus und dann bis Kriegsende in Buchenwald festgehalten wurde. Im Lager entstand sein bekannter Zyklus »Eine Freundschaft«. Es waren mehr als 30 Zeichnungen, die den Terror der Nationalsozialisten und die Solidarität der Häftlinge widerspiegeln. Solidarität war es wohl auch, daß dieser Altkommunist seiner jüdischen Gemeinde die Treue hielt.

Die Kraft, der Demoralisierung entgegenzuwirken, an Widerstand zu denken und ihn auszuführen, brachten Frauen im Konzentrationslager Ravensbrück auf. Auch hier waren es Gefangene, die sich zum Kommunismus bekannten und den Judenstern tragen mußten, und auch hier war es

eine Blockälteste, die ihre Funktion benutzte, um den Abwehr- und Überlebenskampf aufzunehmen: Olga Benario-Prestes. Sie stammte aus München und war die Tochter eines sozialdemokratischen jüdischen Anwalts. Seit ihrer Jugend fühlte sich der Kommunistischen Partei verpflichtet. In Moskau heiratete sie Carlos Prestes, den Führer der Kommunistischen Partei Brasiliens. Mit ihm zog sie nach Brasilien. Den Nationalsozialisten blieb die neue Existenz der gesuchten KP-Funktionärin nicht verborgen. Die Reichsregierung stellte einen Auslieferungsantrag, dem stattgegeben wurde. Trotz zahlreicher Proteste wurde Olga Benario-Prestes in hochschwangerem Zustand auf ein deutsches Schiff gebracht. Im Berliner Frauengefängnis kam das Kind zur Welt. Die Mutter von Carlos Prestes eilte nach Berlin und erhielt die Genehmigung, das Kind in ihre Obhut zu nehmen. Sie brachte es nach Mexiko, wo es mit der Unterstützung deutscher Emigranten großgezogen wurde. Die SS schickte Olga Benario-Prestes nach der Geburt des Kindes nach Ravensbrück.

Den Widerstand beschrieb die Mitgefängene Maria Wiedmaier.¹⁸³ Danach war es Olga Benario-Prestes als Halbjüdin freigestellt worden, zwischen dem »arischen« und jüdischen Block zu wählen. Die Kommunistin trat den Weg in die Judenbaracke an, wo sie gleichgesinnte Kampfgefährtinnen fand, mit denen sie eine illegale Zelle aufbaute. Der Bericht hebt den Einsatz von Rosa Menzer hervor. Rosa Menzer wurde 1886 in Plungani in Litauen geboren. Die Eltern waren fromme Juden, die das Kind im orthodoxen Glauben erzogen. Sie lebten in ärmlichen Verhältnissen – so wie die Masse der unterdrückten jüdischen Bevölkerungsgruppe im zaristischen Rußland. Aus Armut und Unterdrückung gab es für sie nur ein Entrinnen: Auswanderung, Erziehung und revolutionärer Kampf. In jungen Jahren verließ sie das Elternhaus und zog nach Deutschland. In Dresden fand sie Arbeit als Schneiderin und die Möglichkeit, sich dem sozialdemokratischen Bildungsverein anzuschließen. 1912 trat sie der SPD bei; seit 1919 gehörte sie der KPD an, an deren Kampf sie sich aktiv beteiligte. Wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« erhielt sie 1934 eine Gefängnisstrafe von 18 Monaten. Nach der Entlassung setzte sie die illegale Arbeit fort. 1939 wurde sie erneut in Haft genommen und nach Ravensbrück eingeliefert. In die Widerstandsorganisation reihten sich neben anderen auch Irene Langer sowie Ruth Grünspan ein, eine junge Frau, die aus der jüdischen Jugendbewegung in eine sozialistische Jugendgruppe gekommen war. Vier Jahre Zuchthaus lagen hinter ihr, als sie das Lagertor von Ravensbrück passierte.

Diese Frauen bemühten sich, das Leben der Mitgefängenen zu erhalten. Sie fanden Wege und Mittel, die Isolation der Judenbaracke zu durchbrechen und die Verbindung zu anderen illegalen Gruppen aufzunehmen. Man tauschte Nachrichten aus, besorgte Lebensmittel und Medikamente und

entfaltete politische und kulturelle Aktivitäten. Vorträge und Kurse über Geschichte, Literatur und Philosophie wurden organisiert, ebenso literarische Abende, auf denen man »Goethe, Schiller und Mörike« zitierte.¹⁸⁴ »Manchmal, in der Freistunde auf der Lagerstraße rezitierten die Frauen leise Gedichte; sie sprachen über Bücher, die sie gelesen, über Theaterstücke, die sie gesehen hatten. Sie trieben, wie einige von ihnen es selbst scherzhaft nannten, »Gehirnakrobatik«. Sie wollten nicht stumpf und apathisch werden, sondern ihre geistigen Kräfte nutzen.«¹⁸⁵ So wie in anderen Lagern wurden auch in Ravensbrück Thaterabende arrangiert. Dabei wagte man es, ein Stück aufzuführen, das den Titel »Schumm-Schumm« trug. Es war eine Parodie auf den Wahnsinn der nationalsozialistischen Rassedoktrin. Eine Denunziation brachte die Mitwirkenden für sechs Wochen in Dunkelarrest.

Nur wenige Frauen aus der Judenbaracke von Ravensbrück haben die Befreiung erlebt. Rosa Menzer wurde in ein Vernichtungslager gebracht. Olga Benario-Prestes plante einen Fluchtversuch. Zusammen mit Ruth Grünspan und anderen mußte sie einen Lastwagen besteigen, der sie in die Euthanasieanstalt Bernburg fuhr. Dort wurde sie im Frühjahr 1942 vergast.

Im Oktober 1942 ereignete sich in Sachsenhausen ein Vorfall, der in der Geschichte dieses Konzentrationslagers wie in der Geschichte des deutsch-jüdischen Widerstandes eine besondere Bedeutung hat. Eine kleine Häftlingsgruppe unternahm den ersten und – soweit bekannt – einzigen Versuch, sich der Deportation nach Auschwitz zu entziehen. Legenden und Glorifizierungen umgeben diesen Widerstandsakt, und es fällt schwer, auf der Grundlage widersprüchlicher Häftlingsberichte Hintergrund und Ablauf restlos aufzuhellen.¹⁸⁶

Am 22. Oktober 1942 ordnete die Lagerleitung in Durchführung eines Himmlerbefehls an, die jüdischen Häftlinge zum »Arbeitseinsatz« abzutransportieren. 459 Juden erschienen zum Appell. Anschließend wurden sie in die Desinfektionsbaracke kommandiert, wo sie sich völlig entkleiden und ihre gesamte Habe einschließlich des Waschzeugs abliefern mußten. Sie erhielten neue Kleidung und wurden angewiesen, sich wieder zum Appellplatz zu begeben. 18 Häftlinge widersetzten sich und blieben in der Baracke. Sie nahmen an, daß die Transportvorbereitungen nur als Tarnung für ihre unmittelbar bevorstehende Liquidierung im Lager arrangiert worden wären. Als sich die anderen jüdischen Häftlinge auf dem Appellplatz eingefunden und sich zugleich auch die übrigen rund 12000 Gefangenen des Lagers in Reih und Glied aufgestellt hatten, brachen sie aus der Baracke aus, überwältigten SS-Männer und stürmten durch die Lagerstraße. Man hörte Rufe: »Wir lassen uns nicht abschlachten!«, »Wir wollen im Kampf sterben!« oder »Schießt uns doch nieder!« Die Flüchtenden wurden rasch

eingefangen, niedergeworfen und so lange festgehalten, bis der Schutzlagerführer erschien. Statt die Aufständischen auf der Stelle zu bestrafen, forderte er sie auf, sich zu erheben. Naham Hirschtritt, der später den Namen Johann Hüttner annahm, stand als erster auf und gab das Kommando: »Aufstehen! Antreten!« Die Lagerdisziplin kehrte zurück. Man nahm in soldatischer Ordnung Haltung an. Der Lagerführer stellte sie zur Rede. Als er erfuhr, daß sie den Transportbefehl als Signal für ihre sofortige Erschießung verstanden hätten, klärte er das »Mißverständnis« auf. Er versicherte ihnen: »Ich gebe Euch mein Ehrenwort, ihr werdet nicht erschossen. Ihr geht in ein Arbeitslager im Osten. Erschwert uns nicht die Arbeit.«

Die Häftlinge zeigten sich erleichtert. Zur weiteren Beruhigung händigte man ihnen ausreichende Marschverpflegung, warme Kleidung und ihre Habe aus. Das ungewöhnliche Verhalten der SS läßt sich leicht erklären. Die Taktik zielte darauf ab, den überraschenden Aufstandsversuch einer kleinen Häftlingsgruppe schnell unter Kontrolle zu bringen und zu verhindern, daß der Funke auf andere Gruppen bzw. das gesamte Lager übersprang. Hinzu kam, daß die SS-Lagerleitung, aufgeklärt über den unmittelbaren Anlaß des Widerstands, weiter ein Interesse hatte, den wahren Charakter und Bestimmungsort des Transports zu verschleiern. Die Beruhigungs- und Verschleierungstaktik zahlte sich aus. Widerspruchslos ließen sich die Aufständischen nun nach Auschwitz überführen.

Ebenso widerspruchslos nahmen auch die 12 000 Gefangenen den Ausbruchversuch hin. Keiner wagte es, einzugreifen und seinen Platz zu verlassen. Unter den Zuschauern befanden sich die nichtjüdischen Widerstandskämpfer, auch die deutschen Kommunisten, die in Sachsenhausen ihre feste Widerstandsorganisation aufgebaut hatten. Die meisten der Aufständischen waren junge Kommunisten, die schon vor ihrer Einlieferung nach Sachsenhausen aufgrund ihrer politischen Überzeugung und illegalen Arbeit inhaftiert gewesen waren. Horst Jonas gibt an, daß sie vor dem Ausbruchversuch die »verantwortlichen Kameraden« in der Widerstandsleitung unterrichtet hätten. Dies geschah, als sich im Lager die Gerüchte über einen bevorstehenden Judentransport verdichteten und ebenso Gerüchte im Umlauf waren, daß der Transport nach Auschwitz gehen werde, wobei keiner der Häftlinge genau wußte, was sich hinter diesem Ortsnamen verbarg. Die aktuelle Bedrohung jedoch war jedermann klar, und man darf annehmen, daß in der Widerstandsleitung die Frage einer Gegenwehr debattiert wurde.

Jonas beschreibt die Haltung der Widerstandsleitung so: »Nur wenige sind von dem Entschluß der jüdischen Freunde begeistert. Mit Zurückhaltung wird er von vielen aufgenommen, einige äußern Bedenken. Sie fürch-

ten die Konsequenzen, die das ganze Lager tragen muß.«¹⁸⁷ Hermann Langbein bemerkt dazu: »Wer sich für alle verantwortlich fühlte, mußte häufig zu anderen Entschlüssen kommen als Angehörige einer dem schärfsten Terror ausgesetzten Gruppe.«¹⁸⁸ Man kann es auch so verstehen: Die Widerstandsleitung in Sachsenhausen – und Emil Carlebach hat dies ebenso für Buchenwald belegt – schreckte aus Furcht vor Vergeltungsmaßnahmen der SS davor zurück, mit einer allgemeinen Widerstandsaktion die Gegenwehr einer jüdischen Häftlingsgruppe zu unterstützen. Die Kommunisten gingen davon aus, daß der Abwehr- und Überlebenskampf *aller* nur auf der Grundlage des Antifaschismus geführt werden könne. Der Vorfall in Sachsenhausen zeigt die Grenzen der Solidarität, selbst gegenüber den jüdischen Genossen.

Am 23. Oktober 1943 ging der Judentransport ab. Die 18 Aufständischen sollen von den Mitgefangenen Worte des Lobes und der Anerkennung geerntet haben und herzlich verabschiedet worden sein. Es fällt schwer, in diesem Abschied noch einen Akt der Solidarisierung zu erblicken. Ebenso gespenstisch ist es, daß sie beim Marsch aus dem Lagertor das Lied »Uns geht die Sonne nicht unter« angestimmt haben sollen.

Am 25. Oktober 1942 wurde in Auschwitz der Zugang der 459 jüdischen Häftlinge aus Sachsenhausen registriert. Knapp 10 Prozent von ihnen überlebten. Von den 18 Aufständischen blieben neun am Leben. Nicht allein die höhere Überlebensrate ist signifikant, sondern die Tatsache schlechthin, daß deportierte Kommunisten und Sozialisten jüdischer Herkunft in der Phase der »Endlösung« noch eine begrenzte Überlebenschance besaßen. Man hätte erwarten können, daß bei der Konsequenz, mit der die Nationalsozialisten den gezielten Todesstoß auf den »jüdisch-bolschewistischen Weltfeind« führten, gerade diese Häftlinge ausnahmslos der systematischen Vernichtung zugeführt worden wären. Es ist jedoch eine Tatsache, daß einigen der wegen politischer Vergehen inhaftierten Juden selbst nach der Überführung nach Auschwitz und anderen Vernichtungslagern eine Weiterexistenz möglich war. Die Begriffe des Zufalls und des Glücks allein reichen nicht aus, um dieses Phänomen zu erklären. Dabei spielte auch das Alter eine Rolle. Die 18 Aufständischen waren jung – mit einer Ausnahme zwischen 18 und 25 Jahren – und brachten damit eine Grundvoraussetzung mit, die Selektion auf der Verladerampe zu überstehen. Sie waren kräftig, an harte Häftlingsarbeit gewöhnt, und erfüllten damit eine weitere Bedingung, um in die Kategorie der Arbeitsfähigen aufgenommen zu werden. Dann zahlten sich die oft langjährigen Hafterfahrungen aus. Sie brachten die Fähigkeit mit, sich den Lagerbedingungen anzupassen und den Überlebensregeln des Lagers zu folgen. Die politische Überzeugung führte sie in den Kreis der Gleichgesinnten. Gruppenbindung und -solida-

rität halfen die stets bedrohte Weiterexistenz abzusichern und eine organisatorische Plattform zu schaffen, die die Fortsetzung des Widerstandskampfes ermöglichte.

Im Jahr 1943 etablierte sich in Auschwitz – analog den anderen nationalen Vorbildern – auch eine deutsche Widerstandsgruppe, die sich fast ausschließlich aus Kommunisten und Sozialisten jüdischer Herkunft zusammensetzte. Bruno Baum baute die Gruppe im Stammlager auf. Später – nach dem Zusammenschluß der nationalen Gruppen zu einer internationalen Organisation – rückte Baum in das Komitee der »Kampfgruppe Auschwitz« auf.¹⁸⁹ Als Verfasser des Buches »Der Untergang des Judentums« hatte sich Otto Heller in der Weimarer Republik einen Namen gemacht.¹⁹⁰ Seine marxistischen Thesen waren in der jüdischen Jugend, insbesondere im kommunistischen und zionistischen Lager, leidenschaftlich diskutiert worden. Nach 1933 wanderte er nach Frankreich aus, wo er den Nationalsozialisten in die Hände fiel. In Auschwitz sammelte und verfaßte Otto Heller – er wurde später in Mauthausen ermordet – Berichte und Aufrufe über das Lager, die ins Ausland gesandt wurden. Arpid Haas half ihm dabei. In Auschwitz-Birkenau setzte Horst Jonas seinen Widerstandskampf fort. In Auschwitz-Monowitz waren es die ehemaligen »Buchenwalder« Stefan Heymann und Curt Posener, die dort eine Widerstandsgruppe aufbauten und schnell den Kontakt zur »Kampfgruppe« im Hauptlager fanden. Posener, der als Kommunist aus der jüdischen Gemeinde seiner Vaterstadt Hamburg ausgetreten war – nach seiner Wiederkehr aus Auschwitz machte er diesen Schritt rückgängig¹⁹¹ –, berichtet, daß die Leitung der Gruppe »im wesentlichen aus deutschen und polnischen Juden« bestanden habe.¹⁹² Posener hebt hervor, daß es ihnen gelungen sei, eine zionistische Jugendgruppe vor der Vernichtung zu bewahren. Man half, die Haftbedingungen zu entschärfen und getarnte Schulungsnachmittage und -abende zu organisieren, auf denen man versuchte, den Jugendlichen Halt und moralische Stütze zu geben. Die überlebenden Mitglieder der Jugendgruppe wanderten nach der Befreiung nach Palästina aus und gaben ihrer Siedlung den Namen »Buchenwald«. Eine Umstrukturierung des Kibbuz löschte den Namen bald wieder aus.

In Jawischowitz – einem Außenlager von Auschwitz – leiteten Hermann Axen aus Leipzig und der Nichtjude Erich Hoffmann aus Hamburg eine Widerstandsgruppe. Sie bestand zuerst aus 30 jüdischen Kommunisten. Dann kamen weitere 80 hinzu und schließlich noch 140 Jugendliche, die in dem Block untergebracht waren, in dem Hoffmann die Funktion eines »Blockältesten« ausübte. Erich Hoffmann berichtet, daß sich von den 1500 in Jawischowitz inhaftierten Juden nur wenige bewegen ließen, sich der kommunistischen Widerstandsgruppe anzuschließen. Er sah die Gründe

darin, daß die Juden »zum größten Teil indifferent« waren, jede Hoffnung aufgegeben, resigniert und gemeint hätten, daß man nichts anderes tun könne als abzuwarten.¹⁹³ Weitere Namen von Antifaschisten jüdischer Herkunft lassen sich nennen, die in Auschwitz am Widerstand beteiligt waren: Rolf Meier, Sally Grünvogel, Julius Meyer, Erich Markowitsch und Werner Blass. Aus Hamburg stammten die Kommunisten Max Löwe, Hugo Hecht und Bernhard Strauß. Ihre Namen sind auf der Ehrentafel ermordeter Widerstandskämpfer von Auschwitz eingemeißelt.

Die Mehrzahl der deutschen Juden wurde direkt oder über das Ghetto Theresienstadt nach Auschwitz deportiert. Es hat weder in dieser »Todesfabrik« noch in den anderen Vernichtungslagern für die deutschen und die ausländischen Juden eine Möglichkeit gegeben, sich nach den Selektionen für die Gaskammer gegen die Lebensvernichtung aufzulehnen. Eine lange Reise lag hinter ihnen. Man hatte sie in Deutschland wie in den besetzten Gebieten gefangen, in verplombte Waggons verfrachtet und von den Deportations-Sammelstellen, den Verladebahnhöfen, »Judendurchgangs-Lagern« und Ghettos direkt an die Rampen der Vernichtungsstätten gebracht. Als die Transporte eintrafen, stiegen alte, erschöpfte und gebrochene Menschen aus, die bereits durch alle Phasen der moralischen Diffamierung und sozialen Deklassierung gegangen waren und dabei das Leid und die Ausichtslosigkeit ihrer Situation erfahren hatten. Neben den Alten standen die Kinder und Frauen. Die Rücksichtnahme auf diese Gruppen und die Familienbande wirkten sich aus. »Angesichts der Kinder und Alten schwanden alternative Handlungsmodelle, in die beide Gruppen nicht hätten einbezogen werden können. Ein einheitlicher Aufstand auch nur von Kleingruppen scheiterte unter diesen Bedingungen schon im Ansatz, da zu viele Angehörige nicht bereit gewesen wären, Kinder und Großeltern im Stich zu lassen. Die Sozietät der Transporte stand der Verpflichtung zu gemeinsamem Leid näher als der Ansporn zur Empörung.«¹⁹⁴

Die Selektion löste den Deportationstransport auf. Sie erhöhte den Anteil der Kinder und Alten in der Gruppe, die unverzüglich in die Gaskammer getrieben wurde. Nur wenige wußten, daß am Ende ihres kurzen Weges der Tod stand. Die Ungewißheit wurde durch die Täuschungsmanöver der SS bis zuletzt aufrechterhalten. Den Selektierten wurde versichert, daß sie sich für den weiteren Verbleib im Lager einer »Desinfektion« unterziehen müßten. Nach der Abgabe des Gepäcks wurden sie über einen abgesperrten Weg in die Entkleidungsräume geführt. Angehörige eines jüdischen Sonderkommandos waren häufig zugegen und angewiesen, beruhigend auf die Opfer einzuwirken. Dann wurden die Türen der als »Desinfektionsräume« getarnten Gaskammern geöffnet.

Es kam vereinzelt vor, daß sich Menschen, die ihr Schicksal kannten oder

ahnten, dem lautlosen Massenmord widersetzten. Einige versuchten, Unwissende oder Zweifelnde aufzuklären und zur Gegenwehr anzustacheln.¹⁹⁵ Andere empörten sich, schrien auf, rissen sich los oder stürzten sich auf die SS-Wachen. Diese letzten Verzweiflungsakte wurden im Keime erstickt. In der Regel bemerkten ihre Leidensgefährten sie nicht, und es fiel den erfahrenen SS-Wachen nicht schwer, die »auffallenden«, unruhigen oder renitenten Juden zu entdecken, aus der Gruppe herauszunehmen und an einem abseits gelegenen Ort durch einen Genickschuß zu liquidieren. Nur wenige Beschreibungen über solche Proteste todgeweihter Juden sind überliefert.¹⁹⁶

Die wenigen deutschen Juden, die aufgrund ihres Alters und ihrer Arbeitsfähigkeit in die Baracken oder Arbeitskommandos beordert wurden, besaßen ebensowenig eine Möglichkeit, sich zur Wehr zu setzen. Ihre Ermordung war vertagt; sie lebten in einer Isolation, die sich kaum durchbrechen ließ. Der Weg in den organisierten Widerstand blieb den meisten versperrt. Aussichtslos war es in vielen Fällen, Schranken, Animositäten und Antisemitismus zu überwinden, die sich in anderen Häftlingen und Häftlingsgruppen auftraten. Individuelle und offene Widerstandshandlungen blieben begrenzt oder verboten sich von selbst, weil sie die »Befristung«, und damit die Hoffnung auf eine Weiterexistenz, aufheben mußten.

Wie in den Konzentrationslagern in Deutschland wurden auch in Auschwitz den jüdischen Häftlingen in der Regel keine Befehlsfunktionen im Kaposystem zugestanden. Ende 1944 besichtigte eine kleine Delegation des Reichsjustizministeriums das Lager. Auf die Frage, nach »welchen Gesichtspunkten die Kapos ausgewählt werden«, erhielten die Teilnehmer die Antwort, »daß es darauf ankomme, wer unter den Häftlingen sich durchzusetzen verstehe. Man ziehe Deutsche im allgemeinen vor, trage aber auch keine Bedenken, etwa einen Polen zum Kapo über Deutsche oder zum Oberkapo über Deutsche und andere Kapos zu bestimmen. Juden würden allerdings nicht herangezogen«. Die Juristen, denen nicht entging, »daß die Führung bestrebt war, den Einblick in den eigentlichen inneren Lagerbetrieb möglichst zu beschränken und den Besuchern statt dessen mehr Außenbetriebe und Nebenbetriebe vorzuführen«, hörten auch die Prinzipien, nach denen die SS die Kontrolle über die einzelnen Häftlingsgruppen aufrecht zu erhalten suchte. In dem als »Reisebericht« deklarierten Rapport heißt es dazu:

»Eine Trennung der Häftlinge nach Vorleben, Haftgrund und Nationalität findet im allgemeinen nicht statt. Die Häftlingsunterkünfte sind nach Geschlechtern gesondert, auch werden nach Angabe von Sturmabteilungsleiter Behr [richtig: Baer] die Juden grundsätzlich von den Deutschen getrennt, aber von deutschen Häftlingen überwacht. Bei der Besichtigung wurden

demgemäß unter den Juden deutsche Häftlinge in nicht geringer Zahl ange-
troffen, die dort als Vorarbeiter, Aufsichts- und Kontrollorgane eingesetzt
waren. Im übrigen halten sich an den Arbeitsplätzen und in den Bar-
ackenhöfen Deutsche und Ausländer, Männer und Frauen gemeinschaft-
lich auf und kamen vielfach miteinander in engste Berührung. Die Mi-
schung von Häftlingen verschiedenen Volkstums, insbesondere die Durch-
setzung fremdvölkischer Häftlinge mit Deutschen, ist nach Auffassung der
Lagerleitung notwendig, um Cliquenbildung zu verhüten, die Fremdvöl-
kischen zu überwachen und die Lagerleitung über Vorgänge innerhalb des
Lagers zu unterrichten. Auch im Arbeitseinsatz habe sich die Mischung gut
bewährt.«¹⁹⁷ Auch in diesen »Reiseeindrücken« deutscher Juristen lassen
sich die Bedingungen erkennen, unter denen der Widerstandskampf im La-
ger zu organisieren war. Nur eine größere und geschlossene Gruppenbin-
dung sowie eine Übertragung von Lagerfunktionen ermöglichten eine ille-
gale Arbeit. Beide Voraussetzungen waren für die meisten jüdischen Häft-
linge nicht gegeben, und wo sie vorhanden waren, zeigte es sich, daß Juden
durchaus in der Lage waren, Widerstandshandlungen zu planen und auszu-
führen.

Im September 1943 trafen in Auschwitz-Birkenau zwei Transporte mit
5000 tschechoslowakischen Juden ein, die aus Theresienstadt kamen und in
ein »Quarantänelager« gebracht wurden. Sechs Monate hielt hier die SS –
unweit der rauchenden Krematorien – eine Theresienstädter Ghettogesell-
schaft en miniature am Leben, vermutlich, um die in Theresienstadt Zu-
rückgebliebenen in dem Glauben zu lassen, die Deportierten seien nur zum
»Arbeitseinsatz« evakuiert worden. Die SS trug ihnen auf, Briefe zu ver-
schicken und die Bitte um Übersendung von Lebensmittelpaketen zu äu-
ßern. Zur Täuschung gehörte es auch, daß ihnen besondere Privilegien ge-
währt wurden. Sie durften ihr Gepäck behalten und sich relativ frei in ih-
rem abgeschirmten »Familienlager« bewegen, keiner rückte zur Arbeit aus,
und man gestand ihnen eine eigene Häftlingsverwaltung zu. An die Spitze
des »tschechischen Familienlagers« trat Fredy Hirsch, ein junger Jude, der
aus Deutschland stammte und der sich zum Zionismus bekannte. Unter
den tschechoslowakischen Juden genoß Hirsch Vertrauen und Respekt. In
Prag hatte er den jüdischen Sportklub Makabi geleitet, in Theresienstadt
sich in der Jugend- und Erziehungsarbeit ausgezeichnet. Er war »mit sei-
nem zionistischen Idealismus das begeisternde Vorbild besonders der klei-
neren Kinder« gewesen.¹⁹⁸ Die SS-Lagerleitung wählte den ehemaligen
Sportlehrer zum Lagerkapo aus, da er durch sein Durchsetzungsvermögen,
sein gepflegtes Äußeres und seine preußische Disziplin aufgefallen war. Die
Mitgefängene Hanna Hoffmann meint, daß sein »Wesen und Auftreten den
Deutschen von vornherein entsprochen und imponiert habe«.¹⁹⁹

Fredy Hirsch nutzte den Eindruck, den er auf die SS machte, und die Autorität, die er bei den tschechischen Juden besaß, um die illegale Erziehungs- und Jugendarbeit fortzusetzen. Er suchte sich Erzieher und faßte mit ihnen die rund 700 Kinder nach Alter und Sprache zusammen. Er sorgte für bessere Ernährung und Unterkünfte und erhielt selbst von der SS die Erlaubnis, für sie eine Schule einzurichten, um, wie er vorgab, ihnen die deutsche Sprache beizubringen. Seine Mitarbeiterin Hanna Hoffmann schreibt darüber: »Natürlich wurde alles andere eher unterrichtet und den Kindern wurden nur einige deutsche Sätze eingedrillt, für den Fall, daß ein deutscher Besucher ins Heim kommt. Wir mußten immer auf der Hut sein. Die SS kam uns oft besuchen, um zu sehen, wie es den Kindern geht und wie sie lernen. Wir unterrichteten in Tschechisch, Soziologie, Judaica und so weiter. Dem ›Besuch‹ mußten dann die Kinder in »Hab-Acht«-Stellung deutsche Gedichte herunterleiern. Der musterhaften Ordnung im Heim unter Fredys Leitung war es zu verdanken, daß die SS Gefallen am Kinderblock fand, ihn den Leitern anderer Lager oft als eine Kuriosität vorführte.«²⁰⁰

Was in Theresienstadt und im »tschechischen Familienlager« unter dem Deckmantel einer legalisierten »Kuriosität« geschah, wurde in anderen Lagern in der Illegalität praktiziert. Jüdische Kinder, die seit Ende 1944 nach Buchenwald verschleppt worden waren, erhielten heimlich Unterricht in jiddischer Sprache, in Lesen, Schreiben und Geschichte.²⁰¹ Russischen Kindern wurde in Buchenwald wie im Auschwitz Frauenlager Schulunterricht erteilt. Polnische Pfadfinder bemühten sich in Auschwitz um die Unterweisung jugendlicher Landsleute. 40 polnische Lehrer waren es in Ravensbrück, die den Schulunterricht für 200 Kinder organisierten. In Bergen-Belsen notierte Hanna Lèvy-Hass am 28. August 1944 in ihr Tagebuch: »Ich habe die Aufgabe übernommen, mich um die Kinder zu kümmern. In unserer Baracke sind 110 Kinder verschiedenen Alters, von dreijährigen Kleinkindern bis zu 14- und 15jährigen Jungen und Mädchen.« Über den Zustand der Kinder schreibt sie: »Die Kinder sind wild, enthemmt, ausgehungert. Sie fühlen, daß ihr Leben eine außerordentliche Wendung genommen hat, und sie reagieren darauf instinktiv und brutal ... Eine kleine Minderheit zeigt ein gewisses Interesse für das Lernen, die anderen bleiben gleichgültig... Als ob man hier die Kinder dazu bringen könnte, nett und höflich zu sein, in diesem ungeheuerlich unmenschlichen Milieu, wo die Nerven übermäßig gespannt sind, die Erwachsenen einander prügeln, beleidigen, bestehlen, einander schamlos auf das Größte beschimpfen, und wo alles beschmutzt ist.«

Anders als in Bergen-Belsen blieben im »Familienlager« von Auschwitz-Birkenau für kurze Zeit Ordnung und Disziplin gewahrt. Daß aber auch

hier die Intentionen des illegalen Unterrichts mit der Realität der Lagerwelt kollidierten und nur schwer zu verwirklichen waren, bestätigt eine Lehrerin: »Wir haben die Illusion gehabt, daß wir für die Kinder vorarbeiten, und wir haben mit der größten Naivität versucht, den Kindern das Leben in der Freiheit zu schildern, und vor allem das Leben in Erez Israel, das wir ja selbst nicht gekannt haben. Ich weiß nicht, ob wir den Kindern überhaupt einen Begriff davon geben konnten, was Freiheit ist – ich spreche nicht von abstrakten Begriffen –, nicht einmal konkrete Dinge wie Wald und Wiese und Ausflug und Fahrt konnten wir ihnen begreiflich machen... Dafür waren uns die meisten der Kinder an Zynismus überlegen.«²⁰²

Die gespenstische Idylle im »Familienlager« wurde bald zerrissen. Kurz vor Ablauf der sechsmonatigen Schonfrist verdichteten sich die Gerüchte und Warnungen über die bevorstehende Vergasung. Tschechoslowakische Juden, die außerhalb des »Familienlagers« inhaftiert waren, planten dagegen einen Aufstandsversuch. Man wollte bei Beginn der Liquidierungsaktion Baracken in Brand setzen und damit Häftlingen in anderen Lagerabschnitten, vor allem aber den eingeweihten Angehörigen des jüdischen Sonderkommandos in den Krematorien das Signal geben, sich dem Aufstand anzuschließen. Dabei gingen sie davon aus, daß Fredy Hirsch die Leitung der Rebellion übernehmen würde. Aber der Aufstand fand nicht statt. Am 6. März 1944 wurde Hirsch von der SS unterrichtet, daß am nächsten Tage das »Familienlager« aufgelöst werde. Daraufhin nahm er sich das Leben. Über die Motive seines Selbstmords liegen abweichende Berichte vor.²⁰³ So sollen Fredy Hirsch und andere Funktionäre das Angebot der SS abgelehnt haben, sie von der Vergasung auszunehmen und in ihren Häftlingsfunktionen zu belassen. Nach der Verweigerung hätten sie keine Möglichkeit mehr gesehen, einen Aufstand zu organisieren. Ein Erzieher will gehört haben, daß es Fredy Hirsch von der SS verwehrt worden sei, mit den Kindern in die Gaskammer zu gehen, worauf er sich das Leben genommen habe.

Rudolf Vrba, dem Anfang April 1944 die Flucht aus Auschwitz gelang, schildert den Vorgang so: »Am 6. März 1944 hörten wir, daß die Krematorien für die tschechischen Juden vorbereitet wurden. Ich ging sofort zu Fredy Hirsch, um ihn davon zu unterrichten, und appellierte an ihn, ohne Verzögerung zu handeln. Er antwortete: Ich kenne meine Pflicht. Vor Sonnenaufgang schlich ich noch einmal zu dem tschechischen Lager und erfuhr, daß Fredy Hirsch im Sterben lag. Er hatte sich mit Luminal vergiftet. Am nächsten Tag, 7. März 1944, wurde er im Koma mit 3791 seiner Kameraden, mit denen er nach dem 7. September 1943 in Birkenau eingetroffen war, mit Lastwagen zum Krematorium gebracht, wo alle vergast wurden. Die Jüngeren gingen singend in den Tod. Der Widerstand war nicht gelun-

gen. Bestimmte Männer des Sonderkommandos hatten umsonst gewartet.«²⁰⁴

Zu ihnen gehörte der slowakische Jude Filip Müller. In seinem Erlebnisbericht wirft er Fredy Hirsch – bei aller Anerkennung seiner Erziehungsarbeit – fehlende Stärke und Entschlossenheit vor und kritisiert das Versäumnis, nicht die Gegenwehr der tschechischen Juden angeführt zu haben.²⁰⁵ Filip Müller hatte sich einer anderen Abwehr- und Überlebensstrategie verschrieben. Sein unerschütterlicher Selbsterhaltungswille trieb ihn dazu, die ihm aufgezwungene »Brutalisierung« hinzunehmen und jeden Vorteil zu nutzen, der die eigene Weiterexistenz versprach. Als Angehöriger des jüdischen Sonderkommandos gehörte er – knapp 20jährig – zu den privilegierten Funktionshäftlingen, die bevorzugt verköstigt und untergebracht und an den unmittelbaren Orten der Vernichtung zur Arbeit eingesetzt wurden. Die SS überließ ihnen die Beobachtung und Beruhigung der Selektierten, die Räumung und Säuberung der Gaskammern, die Verbrennung der Körper in den Krematorien oder das Verscharren in den ausgehobenen Massengräbern. Es läßt sich nicht feststellen, wie viele deutsche Juden in diesem Sonderkommando tätig gewesen sind, vermutlich nur eine verschwindend kleine Zahl. Mitte Mai 1944 – vor Beginn der größten Vernichtungsaktion, der Vergasung der ungarischen Juden – erreichte das Kommando seinen höchsten Stand von 952 Mann. Filip Müller erinnert sich, daß etwa 450 Juden aus Ungarn, 200 aus Polen, 180 aus Griechenland und drei aus der Slowakei stammten. Hinzu kamen 19 russische Kriegsgefangene und fünf polnische »Schutzhäftlinge« sowie ein »reichsdeutscher Kapo und fünf deutsche Juden«.²⁰⁶

In diesem Kommando wurden Pläne für einen bewaffneten Widerstand geschmiedet. Eine kleine Gruppe schälte sich heraus, die den Aufstand vorbereitete. Sie setzte sich fast ausschließlich aus griechischen und polnischen Juden zusammen und wurde von Jankiel Handelsman angeführt. Den Zeitpunkt zum Losschlagen hielten sie für gekommen, als nach der Tötung der ungarischen Juden der Massenmord am europäischen Judentum nahezu abgeschlossen war und die SS sich daranmachte, die Handlanger und Zeugen der Verbrechen zu liquidieren. Im September 1944 wurden 200 Angehörige des Sonderkommandos vergast. Die Aufstandsvorbereitungen wurden intensiviert und Kontakte zur Widerstandsleitung im Hauptlager hergestellt. Dabei erfuhr man, daß die »Kampfgruppe Auschwitz« zwar die Rebellion unterstützen, sie aber nicht als Signal für einen Aufstand des Gesamtlagers betrachten würde. Die Hilfestellung wurde durch die Vermittlung von Sprengstoff und Informationen gewährt. Eine Widerstandsgruppe schmuggelte aus einer Munitionsfabrik Sprengpulver in kleinen Mengen ins Lager. Ein russischer Techniker mischte das Pulver mit anderen

Chemikalien und füllte es in Konservendosen, die dann in das Lager des Sonderkommandos weitergeleitet wurden.

Am 7. Oktober 1944 erfuhren sie, daß mit einer weiteren Liquidierungsaktion zu rechnen sei. Die Unruhe im Sonderkommando steigerte sich. Man kannte die Namen von 300 Angehörigen, die auf der »Transportliste« standen. Daraufhin wurde der Termin für den Aufstand vermutlich auf den Abend desselben Tages festgelegt – und durch Spitzel der SS verraten: Bereits am Mittag des 7. Oktober erschien die SS, um die 300 Häftlinge abzuholen. Verfrüht brach die Revolte aus, ohne Absprache mit den Kommandos in anderen Krematorien, zum Scheitern verurteilt. Mit Steinen, Äxten und Hämmern griffen die Häftlinge die SS-Wachen an. Das Krematorium III wurde in Brand gesteckt und teilweise in die Luft gesprengt. Einigen gelang es, die Stacheldrahtverhaue zu durchschneiden und aus dem Krematoriumsbereich zu entweichen. Ein großes, schwerbewaffnetes SS-Aufgebot schlug den Aufstand, der auf zwei (von vier) Krematorien beschränkt geblieben war, blutig nieder. Keinem Aufständischen glückte die Flucht. Von den 663 Angehörigen des Sonderkommandos wurden 451 getötet. Die SS beklagte den Verlust von drei SS-Scharführer. Zwölf SS-Männer wurden verwundet. Das Krematorium III konnte nicht mehr in Betrieb genommen werden.

Im Oktober 1944 zog die SS auch drei Juden zur Rechenschaft, die sich im Außenlager Monowitz der Widerstandsorganisation angeschlossen und geplant hatten, mit Hilfe von Partisanen einen Massenausbruch zu organisieren. Der Plan wurde durch einen polnischen Häftling der SS verraten. Leo Jehuda Diamant, Janek Grossfeld und Nathan Weissman wurden verhaftet und in den Arrestbunker gesperrt. Janek Grossfeld war ein Jurastudent aus Lodz, Nathan Weissman ein Medizinstudent aus Krakau. Leo Jehuda Diamant war in Deutschland aufgewachsen. Als Sohn eingewanderter polnischer Eltern hatte er sich dem linkssozialistischen Haschomer Hazair angeschlossen und seine Auswanderung nach Palästina betrieben. Kurz vor dem Abitur war er verhaftet und mit seinem Bruder nach Sachsenhausen und von dort schließlich weiter nach Auschwitz gebracht worden.²⁰⁷ Als die drei jüdischen Widerstandskämpfer am 10. Oktober 1944 auf dem Appellplatz zum Galgen geführt wurden, riefen sie den angetretenen Mitgefangenen zu: »Kopf hoch, Kameraden!« – »Wir sind die Letzten.« – »Es lebe die Freiheit!« Die letzte öffentliche Hinrichtung vor der Evakuierung von Auschwitz fand am 6. Januar 1945 statt. Vier junge polnische Jüdinnen wurden gehängt: Sie hatten den Sprengstoff aus der Munitionsfabrik in das Lager geschmuggelt.²⁰⁸

Die späte und verzweifelte Revolte des jüdischen Sonderkommandos weist Parallelen zu den Aufständen in Treblinka und Sobibor auf. Auch in

diesen Vernichtungslagern setzten sich privilegierte Häftlingsgruppen erst zur Wehr, als die Auflösung der Lager und damit die Liquidierung der Arbeitskommandos zu erwarten war. Anders als in Auschwitz erfaßte hier jedoch der Aufstand das gesamte Lager. Am 2. August 1943 brach der vorwiegend von polnischen Juden organisierte Aufstand in Treblinka aus. Die Detonation von Sprengkörpern und Schüsse signalisierten den Beginn. Wachen wurden angegriffen, überwältigt und entwaffnet. Durch die inneren Absperrungen des Lagers, über die hohen Lagerumzäunungen, durch die Todesstreifen und angrenzenden Sperrzonen versuchten etwa 600 Häftlinge in die umliegenden Wälder zu fliehen. Viele blieben im Feuerhagel der eilig herbeigeeilten SS-Wachen liegen; andere wurden später von jüdenfeindlichen Partisanen und Polen getötet. Nur 52 Aufständische von Treblinka haben überlebt.

Eine Handvoll deutscher Juden war am Aufstand von Sobibor beteiligt. Eine kleine Gruppe unter der Führung des polnischen Juden Leon Feldhendler leitete die Vorbereitungen. Es wird berichtet, daß sie aus 20 Personen bestand.²⁰⁹ Die polnischen Juden stellten die Majorität, der Rest setzte sich aus einigen französischen, tschechischen und deutschen Juden zusammen. Es waren dann russische Juden, die die Vorbereitungen vorantrieben. Sie kamen als Kriegsgefangene mit einem Transport aus Minsk am 23. September 1943 in Sobibor an. Unter ihnen befanden sich Offiziere, die in der Roten Armee gedient und Erfahrungen im Partisanenkampf gesammelt hatten. Der Major Alexander Petschersky wurde zum Anführer der Revolte ernannt.²¹⁰ Am 14. Oktober 1943 war es soweit. Die Mitglieder der Widerstandsgruppe erhielten den Auftrag, Waffen zu entwenden und zu verteilen. Man bestellte SS-Angehörige in Werkstätten und brachte sie um. Ein deutschsprachiger Jude namens Schwarz,²¹¹ der als Elektriker zu den Funktionshäftlingen gehörte, schaltete Licht- und Telefonleitungen ab. Der Angriff auf das Waffenarsenal mißlang allerdings. Pfeifensignale und Schüsse hallten durch das Lager. Etwa 600 Häftlinge erhoben sich und versuchten, sich durch die Umzäunungen und durch das Sperrfeuer der SS einen Weg zu bahnen.

Der Kommandeur der Ordnungspolizei im Distrikt Lublin zog einen Tag später die erste Bilanz. In einem Fernschreiben an den Befehlshaber der Ordnungspolizei in Krakau meldete er am 15. Oktober 1943: »Am 14. 10. 43, gegen 17 Uhr, Aufstand der Juden im SS-Lager Sobibor, 40 km nördl. Cholm. Sie überwältigten die Wachmannschaft, setzten sich in Besitz der Waffenkammer und flichen nach Feuerkampf mit der übrigen Lagerbesatzung in unbekannter Richtung. 9 SS-Männer ermordet. 1 SS-Mann vermißt, 1 SS-Mann verwundet. 2 fremdvölkische Wachmänner erschossen. Entwichen sind etwa 300 Juden, der Rest ist erschossen bzw. be-

findet sich im Lager. Truppenpolizei und Wehrmacht wurden sofort verständigt und übernahmen gegen 1 Uhr die Sicherung des Lagers. Das Gelände südlich und südwestl. Sektor wird von Polizei und Wehrmacht durchkämmt.«²¹²

Die Zahl der Häftlinge, die den Aufstand und die Flucht überlebt haben, wird auf 50 bis 60 geschätzt. Auch einer deutschen Jüdin glückte der Ausbruch: Ursula B. Sie war 1926 in Essen geboren und mit fünf Jahren mit ihren Eltern nach Holland emigriert und im April 1943 mit einem Transport niederländischer Juden nach Sobibor gekommen. In ihrem Erlebnisbericht erinnert sie sich an den Ausbruch: »Nur durch einen Zufall habe ich etwas über den Aufstandsplan erfahren. Die Holländer wußten im allgemeinen nichts. Salma W. hatte jedoch einen polnischen Freund, der uns etwas erzählte. Wir haben uns warm angezogen und unseren besten Freundinnen geraten, dasselbe zu tun. Wir sagten ihnen noch: ›Es kann sein, daß wir auf einen Transport gehen, aber sagt nichts den anderen.‹ Vor dem Ausbruch – zwischen 12 und 1 Uhr – wurden die Deutschen ermordet. Der Appell war für 4 Uhr angesetzt, dann hätte man spätestens das Fehlen gemerkt. Es wurde 4 Uhr. Das Signal zum Appell ertönte. 14 Deutsche fehlten. Eine gefährliche Situation entstand. Einer der Russen schrie: ›Versucht Euch zu retten.‹ Jeder rannte auf die Umzäunungen zu, nur die Frauen wollten nicht so recht. Ich habe mich losgerissen und bin mit einer Leiter über den 3 Meter hohen Stacheldraht geklettert. Meiner besten Freundin Katy G., die als einzige von uns bei den Deutschen auf der ›Kasse‹ arbeitet und dort eingeschlossen war, ist es auch noch gelungen, durch den Stacheldraht zu kommen und sich uns anzuschließen.

Überall lagen Minen, wir haben Glück gehabt. Wir sind dann weitergerannt, so einfach gerannt, hinein in die Wälder. Unterwegs wurde ein anderes holländisches Mädchen angeschossen. Wir haben es bei einem Bauern zurücklassen müssen. Zum Glück trafen Katy und ich eine Polin, die ebenfalls aus dem Lager geflohen war. Zu dritt sind wir drei Tage und drei Nächte weitergelaufen. Ohne Essen. Wir stießen auf eine Gruppe von Männern, die sich auch auf der Flucht befanden. Sie wollten unsere polnische Begleiterin – sie hieß Edda – mitnehmen, nicht aber uns, da wir die Gegend nicht kannten und zudem kein Polnisch sprechen konnten. Edda blieb bei uns, und wir können ihr dafür nicht dankbar genug sein. Sie war älter und sehr viel erfahrener als wir. Wir erreichten ein Dorf und stellten fest, daß wir im Kreise umhergeirrt waren. Wir waren 2 km von Sobibor entfernt. Wir suchten nach einem Versteck. Nach einer Weile entdeckte uns ein wichtig aussehender Mann. Er brachte uns etwas zu essen und versprach, bei Dunkelheit zurückzukehren und uns zu den Partisanen zu bringen. Wir wußten nicht so recht, ob wir ihm trauen sollten. Der Mann kam

nicht. Statt dessen erschien ein kleiner Junge von etwa 10 bis 11 Jahren. Er hat uns weggebracht. Es ist unglaublich, was dieses Kind geleistet hat. Die ganze Nacht hat er uns begleitet. Am nächsten Tag sind wir alleine weitergezogen.«²¹³ Ursula B. war auf dem Weg zu den Partisanen.

Bei den Partisanen

Geflüchtete und untergetauchte Juden bildeten schließlich einen Teil des schmalen Reservoirs, aus dem sich die Widerstandskämpfer rekrutierten, die in den rückwärtigen Heeresgebieten der deutschen Armee den bewaffneten Partisanenkampf aufnahmen. Zwei Zielsetzungen dominierten: Vergeltung und Schutz der individuellen und kollektiven Weiterexistenz. Diese spezifische Ausgangsposition jüdischer Partisanen unterschied sich von der Stoßrichtung der allgemeinen Partisanenbewegung, die primär auf die nationale Befreiung des okkupierten Landes abzielte und die mit zunehmender Kriegsdauer eine militärisch und politisch wichtige Rolle spielte.²¹⁴ Charakteristisch war ferner, daß sich der jüdische Partisanenkampf nur im Rahmen des allgemeinen Partisanenkampfes entwickeln konnte und von Beginn an auf bestimmte Regionen und Formen festgelegt war.

Die historischen Vorbilder finden sich nicht in der jüdischen, sondern in der allgemeinen Kriegs- und Landesgeschichte, in jenen freiwilligen und »irregulären« Truppen, die sich seit dem Ende des 18. Jahrhunderts formiert und eine neue, besondere Art der Kriegsführung praktiziert hatten.²¹⁵ Es galt, hinter den Frontlinien den Landesfeind anzugreifen und aus dem Land zu jagen. Ein solcher Befreiungskampf erforderte eine starke emotionale und ideologische Motivation, die Anwendung von Waffengewalt sowie konspirative, wenn nicht heimtückische Methoden. So wie in früheren Kriegen hing der Erfolg von Partisanen auch im Zweiten Weltkrieg in entscheidendem Maße von geographischen Faktoren ab. In weiträumigen und unwegsamen Wald-, Sumpf- und Gebirgslandschaften fanden Partisanen ihre »natürlichen« Operations- und Rückzugsbasen. Sie waren auf die Hilfe der ländlichen Bevölkerung, auf die Ausstattung und Versorgung mit Waffen und Munition sowie auf die Unterstützung durch die kriegführenden Mächte angewiesen, Voraussetzungen, die für die urbanisierten, waffenlosen und isolierten Juden nicht galten. Wo sich auch immer in Ostpolen und der Sowjetunion, in der Slowakei und den Balkanländern, in Italien und Westeuropa Partisanenverbände etablierten, suchten sich Juden ihnen zu nähern und anzuschließen. Ihre Zahl wird auf einige Zehntausend geschätzt.²¹⁶ Man nimmt an, daß in der Sowjetunion etwa 15 000–20 000 Juden oder Personen jüdischer Herkunft in den Reihen der

Partisanen gekämpft haben. Rund 2000 schlossen sich in Jugoslawien den Partisanen Titos an; 250 kämpften in Bulgarien, etwa 2500 in der Slowakei, einige Tausend operierten im italienischen und französischen Untergrund. Der »jüdische Anteil« an der französischen und belgischen Resistance wird auf 15–20% geschätzt.

Schutz und Aufnahme bei den Untergrundkämpfern wurden Juden in den osteuropäischen Ländern nicht generell gewährt. Die polnische »Heimatarmee« blockte in der Regel jeden Zutritt ab. Die extrem nationalistischen Kräfte zeichnete sich darüber hinaus durch Denunziationen von Juden, Ausplünderungen und Mordaktionen aus. Widerstandskämpfer jüdischer Herkunft fanden in Polen allein in der kommunistischen »Volksarmee« Aufnahme. Unterschiedlich fiel die Behandlung in der Sowjetunion aus. In bestimmten Gebieten, in denen der Antisemitismus feste Wurzeln geschlagen hatte, schlossen Judenhaß und Nationalismus die Existenz jüdischer Partisanen aus. In anderen Gebieten – wie etwa in Bialystok, Wilna oder Minsk – formierten sich geschlossene jüdische Gruppen oder gemischte Kampfverbände und operierten als Teile der multinationalen Partisanenbewegung der Roten Armee. Im Zuge der »Banden- und Partisanenbekämpfung« entdeckten und zerstörten deutsche Wehrmacht- und SS-Truppen noch eine besondere Form des russisch-jüdischen Überlebenskampfes: es waren die in den Wäldern und Sümpfen verborgenen jüdischen Familienlager, in denen sich Relikte der vernichteten jüdischen Gemeinden verschanzt hatten, die auf Versorgung und Schutz durch eine Handvoll armselig ausgerüsteter jüdischer Partisanenkämpfer angewiesen waren.

Es ist ein aussichtsloses Unterfangen, die genaue Zahl der deutschen Juden oder Personen jüdischer Herkunft zu ermitteln, die in den besetzten Gebieten den Weg zu den Partisanen fanden. Man kann davon ausgehen, daß die Zahl verschwindend klein gewesen ist. Nur einige Dutzend dürften es in Osteuropa gewesen sein. Unter ihnen befand sich die junge Ursula B., der – wie schon erwähnt – im Oktober 1943 der Ausbruch aus dem Vernichtungslager Sobibor geglückt war. In ihrem Erlebnisbericht schildert sie die Aufnahme bei den Partisanen: »Nach drei Wochen hörten wir Pferde und Menschen jiddisch sprechen. Es waren jüdische Partisanen, eine Gruppe, die den Namen »Michal« trug. Dabei waren noch zwei andere, die aus Sobibor entkommen waren: ein Belgier und Eddas Mann. Wir liefen 50 bis 60 km am Tag mit der Gruppe und näherten uns der russischen Grenze. Es war unvorstellbar kalt. Wir hatten eine schlimme Zeit: die Menschen waren schrecklich und sarkastisch zu uns, sie empfanden uns als lästig. Eines Tages wurden wir von einer polnischen Partisanengruppe der »Heimatarmee« überfallen und entwandnet. Sie war sehr reaktionär und antisemitisch eingestellt. Ein englisches Flugzeug hatte kurz zuvor für diese

Gruppe Waffen abgeworfen. Wir fanden und sammelten diese Waffen auf, ohne zu wissen, daß sie für die ›Heimatarmee‹ bestimmt waren. Die polnischen Partisanen entwaffneten uns, aber sie wagten es nicht, uns zu liquidieren. In unserer Gruppe gab es viele Frauen und Kinder. Die Männer taten viel. Sie sprengten Eisenbahnlinien in die Luft und versorgten uns mit Nahrung.

Einen Tag nach dem Überfall durch die ›Heimatarmee‹ erschienen 2000 russische Partisanen. Sie haben unsere Gruppe nicht aufgenommen. Der Kommandant war ein Belgier. Ob er auch ein Jude gewesen war, weiß ich nicht, jedenfalls ließ er alle Juden antreten und fragte uns in jiddischer Sprache, woher wir kämen. Als er unsere holländische und belgische Herkunft erfuhr, holte er uns aus der Gruppe und nahm uns mit. Wir bekamen jeder ein Pferd und anständige Kleidung. Katy und ich wurden zunächst bei einer polnischen Familie untergebracht. Als die Familie hörte, daß wir Juden waren, scheuchte sie uns von den Betten und wies uns den Fußboden zu. Inzwischen hatte sich der Kommandant mit seinen Vorgesetzten in Verbindung gesetzt. Er teilte uns mit, daß er den Befehl erhalten habe, uns nach Rußland zu bringen. Wir waren sehr froh. Zusammen mit einem jüdischen Hauptmann aus Wilna sollten wir den Bug überqueren. Führer zeigten uns den Weg. Sie waren schwer bewaffnet und trugen schwere Rucksäcke. Ein schrecklicher Weg lag vor uns. Drei Tag lang schlichen wir uns durch deutsche Stellungen und krochen durch Schlamm und Modder. Der Hauptmann verlor den Grund unter den Füßen, unter der Last seines Gepäcks versackte er und ertrank. Wir mußten zurück. Fortan blieben wir bei den Partisanen. Wir schiefen in Heuschobern und beteiligten uns an den Gefechten mit den Deutschen, die auch Panzer und Flugzeuge gegen uns einsetzten.«²¹⁷

Ursula B. hat den Krieg überlebt. Ihr Weg führte sie durch zahlreiche Ortschaften im zerstörten Polen und Rußland. Dabei stieß die in Deutschland geborene, in den Niederlanden aufgewachsene, aus Sobibor entwichene und mit den russischen Partisanen kämpfende Jüdin auf andere Überlebende der nationalsozialistischen Terrorherrschaft, auf Juden und Nichtjuden, auf Menschen verschiedenster Nationalitäten. 1945 gelangte sie nach Frankreich und von dort in die Niederlande. Bald darauf unternahm sie eine neue Reise. Sie wanderte nach Israel aus und nahm einen neuen Namen an.

Einige Hundert deutsche Juden oder Personen jüdischer Herkunft dürften sich den französischen und belgischen Partisanengruppen angeschlossen haben.²¹⁸ Nach der Gründung des vorwiegend kommunistisch ausgerichteten »Nationalkomitees Freies Deutschland« (NKFD) entstand in Frankreich Ende 1943 das »Komitee Freies Deutschland für den Westen«.

Es baute eine militärische Einheit auf, die sich aus Emigranten und desertierten Soldaten der Wehrmacht rekrutierte und sich an den Kämpfen der französischen Partisanengruppe der »Forces Francaises de l' Interieur« (F.F.I.) beteiligte. Besondere Aufgaben wurden dabei den Frauen übertragen: Sie sollten unter den deutschen Soldaten Antikriegspropaganda betreiben. Manchen gelang es auch, mit gefälschten Papieren in Wehrmachtsätern einen Arbeitsplatz zu finden und von dort Informationen an die Partisanen weiterzugeben. In Belgien zeichneten sich dabei Esther Schreier und Hilde Harter aus, Lotte und Hermann Fleischer wurden gefaßt und ermordet, Israel Schreier und Manfred Ziegelmann haben überlebt.²¹⁹

In Frankreich versorgte die junge Henriette Dreifuß aus Mannheim Partisanen mit Quartieren. In Lyon erlebte sie die Befreiung.²²⁰ Bernhard Mann und Wolfgang Wertheimer aus Mannheim sowie Leopold Kahn aus Karlsruhe reihten sich ebenfalls in die französische Widerstandsbewegung ein,²²¹ Egon Berlin fiel in den Kämpfen im Department Ariège.²²² Siegfried Holzmann war in Nordfrankreich für die Agitations- und Propagandaaarbeit zuständig. Auch er fiel den Deutschen in die Hände und kam in Mauthausen um.²²³ Als Vizepräsident des »Komitees Freies Deutschland für den Westen« fungierte der aus Rheinsberg stammende Rechtsanwalt Wilhelm Leo. Sein Sohn Gerhard bemühte sich um die Störung von Wehrmachtstransporten. Er hatte sich in eine militärische Dienststelle eingeschlichen; seine Mitteilungen ermöglichten die Sprengung von Militärzügen. Ebenso nutzte er seine Stellung, um mit Hilfe der Feldpost antifaschistische Zeitungen und Flugblätter nach Deutschland zu schleusen.²²⁴ Louise Kraushaar beschaffte in Toulouse deutschen Widerstandskämpfern gefälschte Papiere.²²⁵ Dora Schaul-Benjamin arbeitete in verschiedenen deutschen Dienststellen und versorgte die Partisanen mit Informationen. Sie brachte Namen von deutschen Agenten in Erfahrung, die weitergeleitet und dann über die BBC zur Warnung verlesen wurden. Später diente sie als Kurier. Man vertraute ihr einmal einen Betrag von 1 ½ Millionen Francs an, der von der »Maquis« bei einem Banküberfall erbeutet worden war.²²⁶ Zu den Kommandanten des »Maquis« gehörte François Heuzel, bei den deutschen Kommunisten als Max Friedemann bekannt.²²⁷ Hohe Auszeichnungen erhielt auch Paul Bernel: in Dresden kannte man ihn unter dem Namen Max Dankner.²²⁸ In der illegalen Arbeit stand die Familie Gingold, die 1936 nach Paris ausgewandert war.²²⁹ Berichtet wird von einem deutschen Juden, der sich zu einem Spezialisten »im Bombenwerfen« entwickelt hatte. Nur sein Deckname ist überliefert: man nannte ihn »Marcel«.²³⁰ Nach seiner Flucht aus dem Internierungslager betätigte sich auch der Schriftsteller Rudolf Leonhard in Marseille in der Widerstandsbewegung. Er widmete sich ganz der Aufklärungsarbeit unter den Angehörigen der Besatzungsmacht.²³¹

Karl Katzenberger aus Remscheid fand mit seiner Frau Arbeit im Artilleriepark in Lyon. Auch er informierte die Partisanen über die Bewegungen der Wehrmacht. Er fiel am 11. Juni 1944.²³²

Deutsch-jüdische Emigranten fanden schließlich noch eine andere Gelegenheit, ihren Kampfgeist unter Beweis zu stellen und ihren Beitrag zur Zerschlagung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems zu leisten: als Soldaten in den regulären Armeen der Alliierten. Rund 10000 kämpften bei den Truppen Großbritanniens.²³³ Ähnlich war es in den Vereinigten Staaten, deren militärische Führung häufig deutsch-jüdische Emigranten in den Propaganda- und Nachrichtendiensten einsetzte. Deutsche Juden meldeten sich auch in Palästina zur britischen Armee. Ein Teil von ihnen war an der Zerschlagung der deutschen Armeen in Afrika beteiligt und rettete die Juden Nordafrikas vor der »Endlösung«. Andere dienten in der »Jüdischen Brigade«, die gegen Ende des Krieges auf den süd- und westeuropäischen Kriegsschauplätzen zum militärischen Einsatz kam.

Schluß

Vor und während des Zweiten Weltkrieges hat es zahlreiche Gelegenheiten gegeben, jüdisches Leben zu retten. Nur wenige wurden genutzt. Die Juden in Deutschland wie in den besetzten Gebieten waren allein nicht in der Lage, die nationalsozialistische Judenpolitik mit ihren tödlichen Konsequenzen in andere Bahnen zu lenken. Ihre Abwehr- und Überlebensstrategien trafen auf Schranken, die von der nichtjüdischen Umwelt gesetzt wurden. Die Gesellschaft hatte die »Judenfrage« aufgeworfen, noch bevor die Rassenfanatiker an die Macht gelangten. Die Gesellschaft reagierte mit Gleichgültigkeit und Schweigen, als die Nationalsozialisten darangingen, die Juden zu separieren und zu vertreiben. Mit Apathie wurde der Abschied, der »Verlust« der jüdischen Bevölkerungsgruppe zur Kenntnis genommen. Es bedurfte erst der militärischen Niederlage jenes Systems, um dem Vernichtungswerk ein Ende zu bereiten.

Es ist müßig, mit den fragmentarischen statistischen und demographischen Daten die exakte Zahl der ermordeten Juden ermitteln zu wollen: Sie liegt irgendwo zwischen 5 und 6 Millionen. Ebenso müßig ist es, die immer wiederkehrenden Apologien und Mythen unverbesserlicher Antisemiten von neuem zu widerlegen. Alle Erfahrungen haben gezeigt, daß historische Aufklärungsarbeit an Topoi und Klischeevorstellungen nahezu wirkungslos abbrallt. Fest steht, daß die Nationalsozialisten und ihre Helfershelfer die Zentren des deutschen und europäischen Judentums unwiderruflich

ausgelöscht haben. In der Bundesrepublik Deutschland leben heute rund 35 000 Juden. Es gibt Stimmen, die der kleinen und überalterten Gemeinde ein allmähliches Aussterben voraussagen. In der Deutschen Demokratischen Republik leben gegenwärtig noch etwa 600 Juden. Es ist sicher, daß der »Sozialismus« hier in wenigen Jahren die vollständige Auflösung des Judentums feiern darf. Deutsche Juden leben noch im Ausland. Ihre Zahl nimmt ständig ab. Ihre Kinder und Kindeskiner haben sich von den deutschen Bindungen gelöst. Die Deutschen haben den überlebenden Juden in den verbliebenen Diasporagemeinden und in Israel jedoch etwas anderes hinterlassen. Es sind die Erfahrungen und Bewußtseinsveränderungen, die nicht nur die Problematik des deutsch-jüdischen Verhältnisses, sondern auch die Gefährdungen jüdischer Existenz erkennen lassen. Sofern hier auf nichtjüdischer Seite überhaupt eine »Bewältigung« möglich ist, liegt sie in der Aufarbeitung und Veränderung der gesellschaftlichen Bedingungen und Verhaltensweisen, die die Realität von Auschwitz ermöglicht haben. Diese »Trauerarbeit« steht noch aus, und man kann mehr als skeptisch sein, ob sie in naher Zukunft geleistet werden wird.

Wenn es für die Juden eine »Lehre« aus der Geschichte gibt, so liegt sie auch in der Notwendigkeit, sich nach sicheren Bündnispartnern umzusehen. Antisemitismus und Judenverfolgung sind wieder en vogue. Die Anfeindungen und Ausschreitungen spielen sich vielerorts ab. International ist die Flut der Kampfschriften, die die alten Feindbilder, Legenden und Fälschungen tradieren und propagieren. Mehr als 30 Jahre nach Auschwitz, so scheint es, neigt sich die Schonzeit für die Juden dem Ende zu. Die Frage nach dem Widerstand ist wieder akut.

Abkürzungsverzeichnis

AEG	Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft
AFL	American Federation of Labour
AJB	Association des Juifs de Belgique
BA	Bundesarchiv
BBC	British Broadcasting Corporation
BGA	Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
BLBI	Bulletin des Leo Baeck Instituts
CDJ	Comitè de defense des Juifs
CV	Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DJJG	Deutsch-Jüdische Jugendgemeinschaft
DZA	Deutsches Zentralarchiv
FDJJ	Freie Deutsch-Jüdische Jugend
FSt	Forschungsstelle
Gestapa	Geheimes Staatspolizeiamt
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GStA	Geheimes Staatsarchiv
HJ	Hitlerjugend
HStA	Hauptstaatsarchiv
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
IAH	Internationale Arbeiter-Hilfe
ISK	Internationaler Sozialistischer Kampfbund
ITF	Internationale Transportarbeiter-Föderation
IWK	Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
JBGMO	Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands
JGO	Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas
JSS	Jewish Social Studies
KdF	Kraft durch Freude
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
KL	Konzentrationslager
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPO	Kommunistische Partei Deutschlands / Opposition

KZ	Konzentrationslager
LA	Landesarchiv
MGM	Militärgeschichtliche Mitteilungen
NKFD	Nationalkomitee Freies Deutschland
NPL	Neue politische Literatur
NSB	National-Socialistische Bewegung
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
OLG	Oberlandesgericht
OT	Organisation Todt
RGBI	Reichsgesetzblatt
RGO	Revolutionäre Gewerkschaftsopposition
RjF	Reichsbund jüdischer Frontsoldaten
RM	Reichsmark
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RvO	Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie
SA	Sturmabteilung
SAI	Sozialistische Arbeiterinternationale
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei
SD	Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS
Sipo	Sicherheitspolizei
SJV	Sozialistischer Jugendverband
Sopade	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (im Exil)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
SSHA	SS-Hauptamt
StA	Staatsarchiv
StGB	Strafgesetzbuch
SU	Sowjetunion
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VGH	Volksggerichtshof
VJHZG	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VNJ	Verband Nationaldeutscher Juden
VO	Verordnung
WL	Wiener Library
YLBI	Yearbook des Leo Baeck Instituts
YV	Yad Vashem
YVB	Yad Vashem Bulletin
YVS	Yad Vashem Studies
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZfGJ	Zeitschrift für die Geschichte der Juden
ZK	Zentralkomitee
ZVFD	Zionistische Vereinigung für Deutschland

Anmerkungen

1. Kapitel

- ¹ Vgl. dazu H. S. Levine: Die wissenschaftliche Untersuchung des Verhaltens der Juden zur Zeit der nationalsozialistischen Verfolgungen und die Hemmungen einer unbewältigten Vergangenheit, in: Tradition und Neubeginnen, Köln 1975, S. 409–418.
- ² Vgl. dazu H. J. Bieber: Zur bürgerlichen Geschichtsschreibung und Publizistik über Antisemitismus, Zionismus und den Staat Israel, in: Das Argument 75 (1972); sowie W. Schochow: Deutsch-Jüdische Geschichtswissenschaft. Eine Geschichte ihrer Organisationsform unter besonderer Berücksichtigung der Fachbibliographie, Berlin 1969.
- ³ Beispielhaft hierfür ist die grundlegende, programmatische Schrift Friedrich Meineckes, in der sich nur wenige Sätze auf die Juden beziehen. Sie erschöpften sich zum einen in der Verwerfung des nationalsozialistischen Antisemitismus und in der Klage, daß »in den Gaskammern der Konzentrationslager ... der letzte Hauch christlich-abendländischer Gesittung und Menschlichkeit erstarb«, und zum anderen in Betrachtungen, die noch immer von altvertrauten Ressentiments gegenüber den Juden durchzogen waren. F. Meinecke: Die deutsche Katastrophe, Wiesbaden 1946, S. 29, 53 und 125, sowie dazu K. Kwiet: Die deutsche Geschichtswissenschaft und die Zäsur von 1945, in: Die Mühen der Ebenen. Kontinuität und Wandel in der deutschen Literatur und Gesellschaft 1945–1949, hrsg. v. B. Hüppauf, Heidelberg 1981, S. 159–180, sowie: L. S. Dawidowicz: The Holocaust and the Historians, Cambridge (Mass.), London 1981, S. 58ff.
- ⁴ E. Bloch: Die sogenannte Judenfrage, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. 3. 1963, S. 16.
- ⁵ Vgl. dazu den Essay von H. Mommsen über Leben und Werk von Hans Rothfels in: Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Aufsätze, Hans Rothfels zum Gedächtnis, hrsg. von W. Benz und H. Graml, Stuttgart 1977.
- ⁶ Vgl. hierzu auch K. Kwiet: Zur historiographischen Behandlung der Judenverfolgung im Dritten Reich, in: MGM 27 (1980), S. 149–192; sowie ders.: Problems of Jewish Resistance Historiography, in: YLBI XXIV (1979), S. 37–57. Aus diesen Beiträgen wurden viele Ausführungen mit in diese Arbeit übernommen.
- ⁷ Hierzu gehören u. a. Silbermann, v. Brentano, Jochmann, Rürup, Jersch-Wenzel, Bernstein, Greive, Bieber, Knütter, Richarz und Elkar. Zum allgemeinen Stand der Antisemitismusforschung vgl. R. Rürup: Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur »Judenfrage« in der bürgerlichen Gesellschaft, Göttingen 1975.
- ⁸ YLBI XX (1975), S. 3–83. Der Abschnitt »Historians Conventions« enthält die

Diskussionsbeiträge, die auf dem Historikertag in Braunschweig im Oktober 1974 in der Sektion »Die Juden und die deutsche Gesellschaft im kaiserlichen Deutschland« gehalten wurden.

- ⁹ W. Scheffler: *Judenverfolgung im Dritten Reich 1933–1945*, Berlin 1960; H. Krausnick: *Judenverfolgung*, in: *Anatomie des SS-Staates*, hrsg. von H. Buchheim, M. Broszat u. a., 2 Bde., Olten, Freiburg 1965, Bd. 2, S. 283–448; U. D. Adam: *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1979.
- ¹⁰ Um nur einige Publikationen zu nennen: *Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden 1933–1945*, hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter Juden, Frankfurt/M. 1963; P. Sauer: *Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das Nationalsozialistische Regime 1933–1945*, Stuttgart 1966; ders.: *Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs während der nationalsozialistischen Verfolgungszeit 1933–1945*, Stuttgart 1969; K. Düwell: *Die Rheingebiete in der Judenverfolgung des Nationalsozialismus vor 1942*, Bonn 1968; P. Hanke: *Zur Geschichte der Juden in München*, München 1967; H.-J. Fliedner: *Die Judenverfolgung in Mannheim 1933–1945*, 2 Bde., Stuttgart 1971; E. Lichtenstein: *Die Juden der Freien Stadt Danzig unter der Herrschaft des Nationalsozialismus*, Tübingen 1973; *Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Saarland von 1800 bis 1945*, Bd. 6: J. Simmert: *Die nationalsozialistische Judenverfolgung in Rheinland-Pfalz 1933 bis 1945*, und H. W. Hermann: *Das Schicksal der Juden im Saarland 1928 bis 1945*, Koblenz 1974, sowie Bd. 7: *Dokumente des Gedenkens*, Koblenz 1974; P. Arnsberg: *Die jüdischen Gemeinden in Hessen*, 2 Bde., Frankfurt/M. 1970; U. Knipping: *Die Geschichte der Juden in Dortmund während der Zeit des Dritten Reiches*, Dortmund 1977; B. Z. Ophir und F. Wiesemann: *Die jüdischen Gemeinden in Bayern 1918–1945. Geschichte und Zerstörung*, München 1979; H. Schultheis: *Juden in Mainfranken 1933–1945 unter besonderer Berücksichtigung der Deportation der Würzburger Juden*, Bad Neustadt a. d. Saale 1980.
- ¹¹ Grundlegend hierzu: E. Jäckel: *Hitlers Weltanschauung*, Tübingen 1969; A. Hillgruber: *Die »Endlösung« und das deutsche Ostimperium*, in: *VJHZG* 20 (1972), S. 133–153; I. Arndt und W. Scheffler: *Organisierter Massenmord an Juden in nationalsozialistischen Vernichtungslagern*, in: *VJHZG* 24 (1976), S. 104–135; M. Broszat: *Hitler und die Genesis der »Endlösung«*, in: *VJHZG* 25 (1977), S. 739–775.
- ¹² Vgl. dazu A. Rückerl: *NS-Prozesse. Nach 25 Jahren Strafverfolgung: Möglichkeiten – Grenzen – Ergebnisse*, Karlsruhe 1971; sowie ders.: *NS-Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse*, München 1977.
- ¹³ H. Höhne: *Schwarzer Freitag für die Historiker*, in: *Der Spiegel*, Nr. 5, 33. Jg., 29. I. 1979, S. 22; ferner M. Broszat: *»Holocaust« und die Geschichtswissenschaft*, in: *VJHZG* 27 (1979), S. 285–298, sowie: W. Scheffler: *Anmerkungen zum Fernsehfilm »Holocaust« und zu Fragen zeithistorischer Forschung*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 5 (1979), S. 570–579. Zu den jüngsten Publikationen über die *»Reichskristallnacht«* und den *»Holocaust«* vgl. die Bibliographie in *YLBI* XXIV (1979), XXV (1980) und XXVI (1981), sowie: M. Broszat: *Der Schock und seine Folgen. Literatur im Kielwasser des Holocaust-Filmes*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 4. 9. 1979, sowie: Kwiet: *Historiographische Behandlung*, S. 183.
- ¹⁴ Vgl. dazu im einzelnen K. Kwiet: *Historians of the German Democratic Republic on Antisemitism and Persecution*, in: *YLBI* XXI (1976), S. 173–198.

- ¹⁵ Um nur die wichtigsten Arbeiten zu nennen: H. Eschwege (Hrsg.): Kennzeichen J, Berlin 1981; W. Mohrmann: Antisemitismus, Berlin 1972; K. Drobisch, R. Goguel u. A.: Juden unterm Hakenkreuz, Berlin 1973; K. Pätzold: Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung, Berlin 1975.
- ¹⁶ Vgl. dazu H. D. Kittsteiner: Bewußtseinsbildung, Parteilichkeit, dialektischer und historischer Materialismus, in: *IWK* 10 (1974), S. 408 ff.
- ¹⁷ Vgl. dazu oben S. 113 f.
- ¹⁸ Das Schrifttum ist selbst für den Spezialisten nicht mehr überschaubar. Aus der Fülle der bibliographischen Nachweise sei hier nur auf zwei Standardwerke verwiesen: *Bibliographical Series of Yad Vashem/YIVO*, Vol. 1–13 (1960–1976); *Persecution and Resistance under the Nazis*. I: Reprint of Catalogue No. 1. II: *New Material and Amendments*, London (The Institute of Contemporary History) 1978.
- ¹⁹ Vgl. dazu G. Reitlinger: *Die Endlösung*, Berlin 1956; J. Tenenbaum: *Race and Reich*, New York 1956; L. Poliakov: *Harvest of Hate*, Westport 1971; L. Poliakov und J. Wulf: *Das Dritte Reich und die Juden*, Berlin 1955; dies.: *Das Dritte Reich und seine Diener*, Berlin 1956; dies.: *Das Dritte Reich und seine Denker*, Berlin 1959; J. Robinson: *And the Crooked Shall be Made Straight*, New York 1965.
- ²⁰ R. Hilberg: *The Destruction of the European Jews*, Chicago 1961; deutsche Ausgabe: *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Berlin 1982; ders.: *Documents of Destruction. Germany and Jewry 1933–1945*, London 1972.
- ²¹ H. Arendt: *Eichmann in Jerusalem*, München 1964.
- ²² N. Levin: *The Holocaust. The Destruction of European Jewry 1933–1945*, New York 1975; L. S. Dawidowicz: *Der Krieg gegen die Juden 1933–1945*, München 1979; dies.: *A Holocaust Reader*, New York 1975; *Holocaust*, Jerusalem 1974; *The Catastrophe of European Jewry. Antecedents-History-Reflections*, ed. by Y. Gutman and L. Rothkirchen, Jerusalem 1976.
- ²³ E. L. Fackenheim: *From Bergen-Belsen to Jerusalem. Contemporary Implications of the Holocaust*, Jerusalem 1975; S. Friedländer: *Some Aspects of the Historical Significance of the Holocaust*, Jerusalem 1977; *Holocaust and Rebirth. A Symposium in Historical Perspective*, Canberra 1978.
- ²⁴ Zur Gesamtübersicht: *Publikationen des Leo Baeck Institute aus zwei Jahrzehnten*, hrsg. von M. Kreutzberger, Jerusalem, New York, London 1977.
- ²⁵ A. Paucker: *Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik*, Hamburg 1969; ders.: *Jewish Defence against Nazism in the Weimar Republic*, in: *The Wiener Library Bulletin* XXVI, Nos. 1 and 2 (New Series, Nos. 26 and 27) (1972), S. 21–31; ders.: *Documents on the Fight of Jewish Organisations against Right Wing Extremism*, in: *Michael* 2 (1973), S. 216–246; ders.: *Zur Problematik einer jüdischen Abwehrstrategie in der deutschen Gesellschaft*, in: *Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890–1914. Ein Sammelband*, hrsg. von W. E. Mosse und A. Paucker, Tübingen 1976, S. 479–548.
- ²⁶ H. G. Adler: *Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland*, Tübingen 1974.
- ²⁷ B. Z. Ophir: *Pinkas Hakehillot Encyclopedia of Jewish Communities from their Foundation till after the Holocaust (Germany-Bavaria)*, London 1971 (hebr.); J. Walk: *The Education of the Jewish Child in Nazi Germany. The Law and its Execution*, Jerusalem 1975 (hebr.); A. Margaliot: *The Dispute over the Leadership of German Jewry (1933–1938)*, in: *YVS* X (1974), S. 129–148.

Die umfassende Monographie A. Margaliots liegt bislang nur in hebr. Sprache vor. Das gilt ebenso für die Arbeit von O. D. Kulka über die »Reichsvereinigung«. Vgl. dazu ders.: »The Reichsvereinigung of the Jews in Germany« (1938/39–1943), in: *Patterns of Jewish Leadership in Nazi Europe 1933–1945*, Jerusalem 1979, S. 45–58. Unter der Federführung A. Margaliots wird gegenwärtig am Institute for Contemporary Jewry at the Hebrew University ein umfassendes Projekt über die Verfolgung der Juden in Mitteleuropa vorbereitet.

- ²⁸ J. K. Ball-Kaduri: Did the Jews of Germany resist?, in: *Yad Vashem Bulletin* 4/5 (1959), S. 31–32.
- ²⁹ E. Simon: Aufbau im Untergang. Jüdische Erwachsenenbildung im nationalsozialistischen Deutschland als geistiger Widerstand, Tübingen 1959; H. Freeden: Vom geistigen Widerstand der deutschen Juden, Jerusalem 1963; ders.: Jüdisches Theater in Nazideutschland, Tübingen 1964.
- ³⁰ J. Schwersenz und E. Wolff: Jüdische Jugend im Untergrund, in: *BLBI* 12 (1969), S. 27–100. Vgl. oben S. 180f. sowie E. Maoz: *The Werkleute*, in: *YLBI* IV (1959), S. 165–182
- ³¹ B. Mark: Die Gruppe Herbert Baum. Eine jüdische Widerstandsgruppe in den Jahren 1937–1942, in: *Blätter für Geschichte* XIV, Warschau 1961 (Jiddisch), vgl. oben S. 114 ff.
- ³² So der Titel seines Referates, das er im Jahre 1965 auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung hielt. Abgedruckt in: *Stand und Problematik der Erforschung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Studien und Berichte aus dem Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bad Godesberg 1965*, S. 113–140; ausführlicher behandelt Steinberg das Thema in seinem Buch: *La Révolte des Justes*, Paris 1970. Die letzte und überarbeitete englische Fassung erschien unter dem Titel: *Jews against Hitler*, Glasgow 1978.
- ³³ H. Eschwege: Resistance of German Jews against the Nazi Regime, in: *YLBI* XV (1970), S. 134–180.
- ³⁴ Vgl. dazu A. Paucker und L. Steinberg: Some Notes on Resistance, in: *YLBI* XVI (1971), S. 239–248.
- ³⁵ In: *Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 2* (1977), S. 117–139. Zur jüngsten westdeutschen Diskussion über den Widerstandsbegriff und zur Widerstandsforschung vgl. R. Mann: Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: *NPL* 22 (1977), S. 425–442; Bayern in der NS-Zeit, hrsg. von M. Broszat u. A., 4 Bde. München 1977–1981; Ch. Kleßmann: Gegner des Nationalsozialismus. Zum Widerstand im Dritten Reich, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«*, B 46/1979, S. 25–37; Gegner des Nationalsozialismus. Wissenschaftler und Widerstandskämpfer auf der Suche nach historischer Wirklichkeit, hrsg. von Ch. Kleßmann und F. Pingel, Frankfurt/M. 1980; G. Plum: Das »Gelände« des Widerstands. Marginalien zur Literatur über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: *Miscellanea. Festschrift für Helmut Krausnick zum 75. Geburtstag*, hrsg. von W. Benz in Verbindung mit anderen, Stuttgart 1980, S. 93–102; sowie D. Peukert: *Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933–1945*, Wuppertal 1980, S. 14–28.
- ³⁶ Vgl. G. v. Roon: *Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung*, München 1967, S. 1.
- ³⁷ Vgl. T. W. Mason: Arbeiteropposition im nationalsozialistischen Deutschland, in: *Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Na-*

- tionalsozialismus, hrsg. von D. Peukert u. J. Reulecke, Wuppertal 1981, S. 293 ff.
- ³⁸ Den besten Überblick über das unveröffentlichte Schrifttum vermittelt der vom Institute of Contemporary Jewry und dem Yad Vashem herausgegebene: Guide to Unpublished Materials of the Holocaust Period. Vol. 1–4. Jerusalem 1973–1977.
- ³⁹ Helmut Eschwege konnte bis 1965 die Bestände in Archiven der DDR und einzelne Akten des Zentralen Parteiarchivs beim Institut für Marxismus-Leninismus in Berlin-Ost auswerten. Folgende Archive und Forschungsinstitutionen wurden von Konrad Kwiet besucht: Bundesarchiv Koblenz (BA), Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg (BA-MA), Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin, Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Landeshauptarchiv Koblenz, Landesarchiv Speyer, Hauptstaatsarchiv München, die Staatsarchive Hamburg und Würzburg, die Stadtarchive Berlin (West), Mainz, Landau; Institut für Zeitgeschichte München; Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg; Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie Amsterdam; Wiener Library Tel Aviv; Yad Vashem Jerusalem; Kibbuz-Archiv Hasorea.
- ⁴⁰ Vgl. hierzu: E. Noam und W. A. Kropat: Juden vor Gericht 1933–1945. Dokumente aus hessischen Justizakten, Wiesbaden 1975; ferner H. Robinsohn: Justiz als politische Verfolgung. Die Rechtsprechung in »Rassenschandefällen« beim Landgericht Hamburg 1936–1943, Stuttgart 1977.
- ⁴¹ Schreiben des Generalstaatsanwalts bei dem Landgericht Berlin vom 13. 6. 1975 an K. K.
- ⁴² H. Witetschek: Die bayerischen Regierungspräsidentenberichte 1933–1943 als Geschichtsquelle, in: Historisches Jahrbuch 87 (1967), S. 356 ff.
- ⁴³ GStA Berlin, Rep. 86 P, Erlaß Görings v. 2. 4. 1936.
- ⁴⁴ Der bayerische Bestand, der den Zeitraum 1933–1943 umfaßt, befindet sich im Hauptstaatsarchiv München, Abt. II. Bislang sind nur Auszüge ediert worden: Die kirchliche Lage in Bayern nach den Regierungspräsidentenberichten 1933–1943, hrsg. von H. Witetschek, 4 Bde., Mainz 1966–1973. Im Rahmen des Projekts »Verfolgung und Widerstand in Bayern 1933–1945«, das beim Institut für Zeitgeschichte in Zusammenarbeit mit den Bayerischen Staatsarchiven angelaufen ist, werden gegenwärtig die bayerischen Archive systematisch aufgearbeitet. Die ersten Dokumentationen sind erschienen: Bayern in der NS-Zeit. Der preußische Bestand befindet sich im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin, Rep. 90 P. Er ist Grundlage einer vom Archiv veranstalteten mehrbändigen Aktenedition. Bisher liegt vor: R. Thèvoz, H. Branig u. A.: Pommern 1934/1935 im Spiegel der Gestapo-Lageberichte und Sachakten, 2 Bde., Köln, Berlin 1974.
- ⁴⁵ Erlaß Heydrichs v. 24. 5. 1934, abgedr. in: Thèvoz, Pommern 1934/35, Bd. 2, S. 209.
- ⁴⁶ Sie befinden sich im BA Koblenz, in verschiedenen Staatsarchiven und im Institut für Zeitgeschichte. Lageberichte der Gestapo und des SD sind auch in den Archiven der DDR vorhanden. Dem westlichen Benutzer ist die Einsichtnahme versperrt. Er ist auf die edierten Auszüge und Hinweise der parteioffiziellen Geschichtsschreibung angewiesen.
- ⁴⁷ B. Vollmer: Volksopposition im Polizeistaat. Gestapo- und Regierungsberichte 1934–1936, Stuttgart 1957. (Sie beziehen sich fast ausschließlich auf den kirchlichen Widerstand und stammen aus der Stapoleitstelle Aachen). H. Boberach (Hrsg.): Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten

- des Sicherheitsdienstes der SS 1939–1944, Neuwied 1965 (mit ausführlicher Quellenkritik); Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. Die Lageberichte der Gestapo und des Generalstaatsanwalts Karlsruhe 1933–1940, hrsg. von J. Schadt, Stuttgart 1976.
- ⁴⁸ P. Dichl-Thiele: Partei und Staat im Dritten Reich, München 1971, S. 229–231.
- ⁴⁹ Die von den Amerikanern sichergestellten Materialien wurden Anfang der 60er Jahre freigegeben und gelangten zunächst ins Bundesarchiv Koblenz. Je nach Zuständigkeit wurden die Splitterbestände auf die in Frage kommenden Landesarchive verteilt. Eine Anfrage im Staatsarchiv Koblenz ergab, daß zwar einige Gauleiterberichte vorhanden, aber noch nicht bearbeitet und zugänglich sind.
- ⁵⁰ BA Koblenz, R 22, 4089. Die Führerinformationen stammen aus den Jahren 1942–1945 und enthalten 191 Meldungen. Einen knappen Überblick vermittelt: G. Gribbohm: Die Führerinformationen des Reichsjustizministeriums, in: Deutsche Richterzeitung 49 (1971), S. 152–155.
- ⁵¹ Ungewiß ist, ob in der DDR oder anderen Staaten noch Personenakten der Gestapo aufbewahrt werden.
- ⁵² StA Speyer, H. 91.
- ⁵³ Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung, Bd. 6 u. 7.
- ⁵⁴ Adler: Der verwaltete Mensch, S. XVII–XIX.
- ⁵⁵ Der Bestand stellt den archivalisch-dokumentarischen Grundstock zahlreicher Studien und Dokumentationen dar, die in den letzten Jahren über die Verfolgung und den Widerstand im Ruhrgebiet erschienen und noch zu erwarten sind.
- ⁵⁶ G. Vollmer: Der Bestand der Gestapoleitstelle Düsseldorf im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, in: Der Archivar 16 (1963), S. 288–294.
- ⁵⁷ J. K. Ball-Kaduri: Wert und Grenzen von Erinnerungen und Zeugenberichten als jüdische Quelle der Hitlerzeit, in: ZfGJ 2 (1965), S. 159–168.
- ⁵⁸ Oral History. Catalogue No. 3, Jerusalem 1970. Im Rahmen des Oral-History-Programmes sind bislang vier Kollektionen auf Mikrofilm aufgenommen und über die Microfilming Corporation of America im Handel erhältlich. Sie enthalten 1165 Berichte.
- ⁵⁹ Zur allgemeinen Orientierung: Die Juden als Minderheit in der Geschichte, hrsg. von B. Martin u. E. Schulin, München 1981.
- ⁶⁰ Vgl. dazu N. Cohn: Die Protokolle der Weisen von Zion. Der Mythos von der jüdischen Weltverschwörung, Köln 1969.
- ⁶¹ Grundlegend noch immer: E. G. Reichmann: Flucht in den Haß. Die Ursachen der deutschen Judenkatastrophe, Frankfurt/M. 1969; P. W. Massing: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt/M. 1959; P. G. J. Pulzer: Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867–1914, Gütersloh 1966; E. Sterling: Judenhaß. Die Anfänge des politischen Antisemitismus in Deutschland (1815–1850), Stuttgart 1969; Zur neueren Literatur: Rürup: Emanzipation und Antisemitismus (mit vorzüglich ausgewählter Bibliographie); W. Jochmann: Struktur und Funktion des deutschen Antisemitismus, in: Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890–1914; L. Poliakov: Histoire de l'Antisémisme, 4 Bde., Paris 1955–1977; ders.: Der arische Mythos, Wien 1977; G. L. Mosse: Rassismus. Ein Krankheitssymptom der europäischen Geistesgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Königstein/Ts. 1978; S. Friedländer: L'Antisémisme Nazi. Histoire d'un psychose collective, Paris 1971; U. Tal: Christians and Jews in Germany, New York 1974; A. Bein: Die Judenfrage – Biographie eines Weltproblems, Stuttgart 1980.
- ⁶² Vgl. dazu W. Jochmann: Zur Ausbreitung des Antisemitismus, in: Deutsches

Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923, hrsg. von W. E. Mosse und A. Paucker, Tübingen 1971, S. 27–65; sowie H. J. Bieber: Antisemitism as a reflection of social, economic and political tension in Germany, 1880–1930, in: D. Bronson (Hrsg.): Jews and Germans from 1860 to 1933. The problematic symbiosis, Heidelberg 1979, S. 33–77.

⁶³ E. Ben-Elissar: La diplomatie du IIIe Reich et des Juifs 1933–1939, Paris 1968; K. A. Schleunes: The Twisted Road to Auschwitz. Nazi Policy towards German Jews 1933–1939, London 1972; M. Broszat: Soziale Motivation und Führer-Bindung des Nationalsozialismus, in: VJHZG 18 (1970), S. 405; Adam: Judenpolitik; Pätzold: Rassenwahn, S. 11

⁶⁴ Neben den Gesamtdarstellungen und zahlreichen Beiträgen in den einschlägigen Fachzeitschriften vgl. zur Judenverfolgung in den besetzten Gebieten: Faschismus-Getto-Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des Zweiten Weltkrieges, hrsg. vom Jüdischen Historischen Institut Warschau, Berlin 1961; E. Ringelblum: Polish-Jewish Relations During the Second World War, ed. by J. Kermish and Sh. Krakowski, Jerusalem 1974; Das Diensttagebuch des Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, hrsg. von W. Präg und W. Jacobmeyer, Stuttgart 1975; J. Presser: Ondergang. Vervolging en verdelging van het Nederlandse Jodendom 1940–1945, 2 Bde., 's Gravenhage 1965; L. de Jong: Het Koninkrijk der Nederlanden in de tweede wereldoorlog, 's Gravenhage 1969 ff.; R. L. Brahm: The Destruction of Hungarian Jewry, New York 1963; F. B. Chary: The Bulgarian Jews and the Final Solution, Pittsburgh 1972; J. Billig: Le Commissariat Général aux Questions Juive (1941–1944), 4 Bde., Paris 1955–1960; ders.: L'institute d'Etude des Questions Juives, Paris 1974; Die Endlösung der Judenfrage in Frankreich. Deutsche Dokumente 1941–1944, hrsg. von S. Klarsfeld, Paris 1977; M. Molho: In memoriam. Hommage aux victims juives des Nazis en Grèce, 2 Bde., Saloniki 1948/ 1949; L. Poliakov und J. Sabelle: Jews under Italian Occupation, Paris 1965; L. Yahil: The Rescue of Danish Jewry, Philadelphia 1969.

⁶⁵ L. Yahil: Madagaskar – Phantom of a Solution for the Jewish Question, in: Jews and Non-Jews in Eastern Europe, ed. by B. Vago and G. L. Mosse, Jerusalem 1974, S. 315–324, sowie S. Goshen: Eichmann und die Nisko-Aktion im Oktober 1939, in: VJHZG 29 (1981), S. 74–96.

⁶⁶ Vgl. dazu im einzelnen Broszat: Hitler und die Genesis, S. 753

⁶⁷ Vgl. Krausnick: Judenverfolgung, in: Anatomie des SS-Staates II, S. 326, sowie K. Kwiet: Van Joodenhoed tot Gele Ster, Bussum 1973, S. 143 f.

⁶⁸ Grundlegend zur Deportation der deutschen Juden Adler: Der verwaltete Mensch.

⁶⁹ Zur neueren Literatur: Essays über Naziverbrechen. Simon Wiesenthal gewidmet, Amsterdam 1973; Arndt/Scheffler: Organisierter Massenmord; Rückerl: NS-Vernichtungslager; Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–1966, hrsg. von A. Rüter u. A., Bd. 1 ff. Amsterdam 1968 ff.; Die Ahndung von NS-Verbrechen gegen Juden nach 1945. Eine Dokumentation aus hessischen Justizakten, hrsg. von K. Moritz und E. Noam, Wiesbaden 1976.

⁷⁰ Zu den Folgen der KZ-Haft B. Bettelheim: The Informed Heart, Glencoe 1960; J. Bastianus: Psychosomatische Gevolgen van Onderdrukking en Verzet, Amsterdam 1957; ders.: Vom Menschen im KZ und vom KZ im Menschen, in: Essays über Naziverbrechen, S. 177–202; P. Matussek und R. Grigat: Die Konzentrationslagerhaft und ihre Folgen, Berlin, Heidelberg 1971; V. E. Frankl: ...

trotzdem Ja zum Leben sagen, München 1977; T. des Pres: *The Survivor. An Anatomy of Life in the Death Camps*, New York 1976.

- ⁷¹ S. Kahn: *Antisemitismus und Rassenhetze*, Berlin 1948, S. 7.
- ⁷² Beispielhaft hierfür H. Kühnrich: *Der KZ-Staat*, Berlin 1960, sowie H. Heitzer: *Die Barbarei – extremster Ausdruck der Monopolherrschaft in Deutschland* (Tatungsbericht), in: *ZfG* 9 (1961), S. 1632–1638.
- ⁷³ So R. Goguel in seiner Einleitung zu *Eschwege: Kennzeichen J*, S. 19.
- ⁷⁴ H. Himmler in seiner Rede vor Gauleitern am 3. 8. 1944, abgedruckt in: *VJHZG* 1 (1953), S. 357ff.
- ⁷⁵ T. Mason: *Der Primat der Politik. Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus*, in: *Das Argument* 41 (1968), S. 473–494. In seiner Studie und Dokumentation: *Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft*, Opladen 1975, nehmen Antisemitismus und Judenverfolgung nur eine marginale Stellung ein.
- ⁷⁶ F. Pingel: *Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager*, Hamburg 1978, S. 143.
- ⁷⁷ Poliakov: *Harvest of Hate. Zur Kritik an dieser These* vgl. E. Goldhagen: *Weltanschauung und Endlösung*, in: *VJHZG* 24 (1976), S. 395f.
- ⁷⁸ Vgl. hierzu Friedländer: *Some Aspects*, sowie Bauer: *Holocaust*.
- ⁷⁹ Vgl. dazu H. D. Lookock: *Quisling, Rosenberg und Terboven*, Stuttgart 1970, S. 263ff.
- ⁸⁰ Broszat: *Hitler und die Genesis*, S. 753.
- ⁸¹ Vgl. dazu M. Broszat: *Der Staat Hitlers*, München 1969, sowie P. Hüttenberger: *Nationalsozialistische Polykratie*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 2 (1976), S. 417–442.
- ⁸² *GSStA Berlin*, Rep. 90 P, 80, 81, 82. Vgl. auch oben S. 224f.
- ⁸³ Grundlegend: J. Walk (Hrsg.): *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat*, Karlsruhe 1981; unvollständig sind die Sammlungen von B. Blau: *Das Ausnahmerecht für die Juden in Deutschland 1933–1945*, Düsseldorf 1965, und: *Dokumente über Methoden der Judenverfolgung im Ausland*, hrsg. von der United Restitution Organisation, Frankfurt/M. 1959.
- ⁸⁴ Hierzu Sh. Aronson: *Reinhard Heydrich und die Frühgeschichte von Gestapo und SD*, Stuttgart 1971.
- ⁸⁵ M. Messerschmidt: *Die Wehrmacht im NS-Staat*, Hamburg 1969; K.-J. Müller: *Das Heer und Hitler*, Stuttgart 1969; A. Hillgruber: *Hitlers Strategie*, Frankfurt/M. 1965; ders.: *Die »Endlösung«*; H.-A. Jacobsen: *Kommissarbefehl und Massenexekutionen sowjetischer Kriegsgefangener*, in: *Anatomie des SS-Staates*, Bd. 2, S. 137–232; H. Krausnick: *Hitler und die Morde in Polen*, in: *VJHZG* 11 (1963), S. 196–209; ders.: *Kommissarbefehl und »Gerichtsbareits-erlaß Barbarossa«* in neuerer Sicht, in: *VJHZG* 25 (1977), S. 682–738. Richtungweisend die jüngsten Studien: Chr. Streit: *Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945*, Stuttgart 1978; J. Förster: *Hitler's War Aims Against the Soviet Union and the German Military Leaders*, in: *Militärhistorisk Tidsskrift* 1979, S. 83–93, sowie H. Krausnick und H. H. Wilhelm: *Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942*, Stuttgart 1981.
- ⁸⁶ Vgl. dazu H. Fischer: *Judentum, Staat und Heer in Preußen im frühen 19. Jahrhundert*, Tübingen 1968; R. Vogel: *Ein Stück von uns. Deutsche Juden in deutschen Armeen 1813–1936*, Mainz 1977.
- ⁸⁷ Vgl. dazu W. T. Angress: *Prussia's Army and the Jewish Reserve Officer Controversy Before World War I*, in: *YLBI* XVII (1972), S. 19–42; ders.: *Das deut-*

- sche Militär und die Juden im Ersten Weltkrieg, in: MGM 19 (1976), S. 77–146; ders.: The German Army's »Juden­zählung«. Genesis-Consequences-Significance, in: YLBI XXIII (1978), S. 117–135.
- ⁸⁸ Vgl. dazu oben S. 240f.
- ⁸⁹ Vgl. dazu im einzelnen und mit weiteren Quellenangaben Adam: Judenpolitik, S. 221, 265 und 331 ff.; ders.: Persecution, Bureaucracy and Authority in the Totalitarian State, in: YLBI XXIII (1978), S. 139–148, und K. J. Ball-Kaduri: Die Wehrmacht und die Juden im Zweiten Weltkrieg, in: ZfGJ 1 (1964), S. 141 ff.
- ⁹⁰ So Müller: Heer und Hitler, S. 45
- ⁹¹ Vgl. hierzu Streit: Keine Kameraden, S. 30ff.
- ⁹² Hillgruber: Hitlers Strategie, S. 525
- ⁹³ Vgl. neben den bereits genannten Arbeiten (oben Anm. 85) auch J. L. Wallach: Feldmarschall Erich von Manstein und die deutsche Judenausrottung in Rußland, in: Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte 6 (1974), S. 457–472.
- ⁹⁴ Vgl. Streit: Keine Kameraden, S. 109.
- ⁹⁵ Förster: Hitler's War Aims, S. 88–91
- ⁹⁶ Dazu G. Breit: Das Staats- und Gesellschaftsbild deutscher Generale beider Weltkriege im Spiegel ihrer Memoiren, Boppard 1973, S. 192–198.
- ⁹⁷ Abgesehen von den Materialien in Quellensammlungen, Gesamtdarstellungen und regionalen Studien liegen zu diesem Themenkomplex nur wenige Untersuchungen vor. Grundlegend ist noch immer H. Genschel: Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen 1966. Einen vorzüglichen Überblick über den Ablauf der Enteignungsmaßnahmen vermittelt A. J. van der Leeuw: Der Griff des Reiches nach dem Judenvermögen, in: Studies over Nederland in Oorlogstijd I; 's Gravenhage 1972, S. 211–236.
- ⁹⁸ Grundlegend hierzu K. Scholder: Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1, Berlin 1977.
- ⁹⁹ J. S. Conway: Der deutsche Kirchenkampf, in: VJHZG 17 (1969), S. 423–449; Widerstand und Solidarität der Christen in Deutschland 1933–1945, hrsg. von F. W. Kantzenbach, Neustadt (Aisch) 1971; Fr. Zipfel: Kirchenkampf in Deutschland 1933–1945, Berlin 1965; A. Boyens: Kirchenkampf und Ökumene 1939–1945, München 1973; W. Niemöller: Der Pfarrernotbund, Hamburg 1973; F. H. Littell und H. G. Locke: The German Church Struggle and the Holocaust, Detroit 1974; L.-E. Reuter: Katholische Kirche als Fluchthelfer im Dritten Reich, Recklinghausen, Hamburg 1971.
- ¹⁰⁰ Neben den bereits genannten Dokumentationen über Bayern und Pommern (oben Anm. 35 u. 44) vgl. F.-J. Heyen: Nationalsozialismus im Alltag, Boppard 1967; E. Weinzierl: Zu wenig Gerechte. Österreicher und Judenverfolgung 1938–1945, Graz, Wien 1969; L. D. Stokes: The German People and the Destruction of European Jews, in: Central European History 6 (1973), S. 167–191; ders.: The Sicherheitsdienst (SD) of the Reichsführer SS and German Public Opinion, Sept. 1939 – June 1941. Diss. Johns-Hopkins-University. Baltimore 1972; M. G. Steinert: Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg, Düsseldorf 1970; Lieber Stürmer. Leserbriefe an das NS-Kampfbblatt 1924 bis 1945. Eine Dokumentation aus dem Leo Baeck Institut New York, Stuttgart 1978; G. L. Mosse: Der nationalsozialistische Alltag, Königstein/Ts. 1978; O. D. Kulka: »Public Opinion« in National Socialist Germany and the »Jewish Question«, in: Zion XL (1975) S. 186–290; sowie: Die Reihen fast geschlossen.
- ¹⁰¹ I. Kershaw: Antisemitismus und Volksmeinung. Reaktionen auf die Judenver-

- folgung, in: *Bayern in der NS-Zeit II*, S. 281–348; ders.: *The Persecution of the Jews and German Popular Opinion in the Third Reich*, in: *YLBI XXVI* (1981), S. 261–289.
- ¹⁰² GStA Berlin, Rep. 90 P.
- ¹⁰³ K. J. Ball-Kaduri: *Berlin wird judenfrei*, in: *JBGMO 22* (1973), S. 208 ff.
- ¹⁰⁴ Vgl. oben S. 159 ff.
- ¹⁰⁵ YV, *List of Righteous Among the Nations of Germany, Recognized by Yad Vashem till 31. 12. 1971*; A. L. Bauminger: *Roll of Honour, Jerusalem 1970*.
- ¹⁰⁶ Auf der Auswertung der Literatur und einer Umfrage basiert die einzige Arbeit, die sich – soweit bekannt – mit diesem Thema befaßt: M. Wolfsohn: *Im Widerstand gegen Hitler. Umriss eines Gruppenporträts deutscher Retter von Juden*, in: *Tradition und Neubeginnen*, S. 391–407; ferner H. D. Leuner: *Gerettet vor dem Holocaust*, München 1979.
- ¹⁰⁷ Vgl. dazu M. Broszat: *Politische Denunziation in der NS-Zeit*, in: *Archivalische Zeitschrift 73* (1977), S. 209–238.
- ¹⁰⁸ BA Koblenz, R 58, 276.
- ¹⁰⁹ M. v. Brentano: *Die Endlösung. Ihre Funktion in Theorie und Praxis des Faschismus*, in: *Antisemitismus. Zur Pathologie der bürgerlichen Gesellschaft*, hrsg. von H. Huss und A. Schröder, Frankfurt/M. 1965, S. 35–76.
- ¹¹⁰ J. P. Stern: *Hitler – der Führer und das Volk*, München 1978, zitiert nach Sterns Artikel in »Die Zeit« vom 28. 7. 1978.
- ¹¹¹ A. und M. Mitscherlich: *Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens*, München 1968, S. 39.
- ¹¹² Zitiert nach W. Benz: *Eine liberale Widerstandsgruppe und ihre Ziele. Hans Robinsohns Denkschrift aus dem Jahre 1939*, in: *VJHZG 29* (1981), S. 469. Robinsohn floh im Oktober 1943 nach Schweden. Nach Kriegsende kehrte er nach Dänemark zurück, wo er bis 1958 lebte. Von 1959–1964 war er Mitarbeiter der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg. Aus seiner Feder stammt das Buch: *Justiz als politische Verfolgung. Die Rechtsprechung in »Rassenschandefällen« beim Landgericht Hamburg 1936–1943*, Stuttgart 1977. Hans Robinsohn starb im April 1981.
- ¹¹³ H. Reichmann: *The Fate of a Manuscript*, in: *YLBI III* (1958), S. 361–363. G. Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1955, schweigt sich über diesen Auftrag aus. Weder in seinem Nachlaß noch im Archiv der Firma Bosch finden sich Hinweise auf das »Manifest«. Es gilt als verschollen. Zu den Beziehungen Leo Baecks zu Goerdeler und dem Kreis um Robert Bosch vgl. L. Baker: *Hirt der Verfolgten. Leo Baeck im Dritten Reich*, Stuttgart 1982, S. 333–335.
- ¹¹⁴ Zur allgemeinen Orientierung: A. D. Morse: *While Six Million Died. A Chronicle of American Apathy*, New York 1975; S. S. Friedman: *No haven for the oppressed. United States policy towards Jewish refugees 1938–1945*, Detroit 1973; M. Gottlieb: *The Anti-Nazi Boycott Movement in the United States*, in: *JSS 36* (1973), S. 198–227; F. R. Gannon: *The British Press and Germany 1936–1940*, Oxford 1971; L. Yahil: *Select British Documents on the Illegal Immigration to Palestine (1938–1940)*, in: *YVS 10* (1974), S. 241–276; M. Gilbert: *Exile and Return. The emergence of Jewish Statehood*, London 1978; de Jong: *Koninkrijk*; Ben-Elissar: *La diplomatie*; D. Kranzler: *Japanese, Nazis and the Jews. The Jewish Refugee Community of Shanghai 1938–1945*, New York 1976; C. Ludwig: *Die Flüchtlingspolitik der Schweiz*, Bern 1957; A. Häsler: *Das Boot ist voll*, Zürich 1967; H. Shamir: *Before the Holocaust. Jews*

in the Third Reich and West European Public Opinion, Tel Aviv 1974 (hebr.); Sh. Z. Katz: Public Opinion in Western Europe and the Evian Conference, in: YVS 9 (1973), S. 105–132; B. Wasserstein: Britain and the Jews of Europe 1939–1945, Oxford 1979; M. R. Marrus und R. O. Paxton: Vichy et les Juifs, Paris 1981.

- ¹¹⁵ Der Plan, Flüchtlinge aus Mittel- und Osteuropa in den Kimberleys anzusiedeln, wurde von I. N. Steinberg ausgearbeitet. Die Verhandlungen mit der Westaustralischen Regierung und der Bundesregierung in Canberra scheiterten, da man befürchtete, daß sich diese Kolonien zu »Enklaven« entwickeln würden. Zu diesem bis heute weitgehend unbekannt gebliebenen Projekt vgl. I. N. Steinberg: Australia – The Unpromised Land, London 1948, sowie S. Encel und B. Buckley: The New South Wales Jewish Community. A. Survey, Kensington (New South Wales) 1978.
- ¹¹⁶ Vgl. dazu W. Laqueur: Was niemand wissen wollte. Die Unterdrückung der Nachrichten über Hitlers »Endlösung«, Frankfurt/M. 1981; H. Lichtenstein: Warum Auschwitz nicht bombardiert wurde, Köln 1980; Gilbert: Exile.
- ¹¹⁷ Vgl. K. Schabbetai: Wie Schafe zur Schlachtbank? Beit-Dagon 1965.
- ¹¹⁸ Grundlegend sind die Studien Arnold Pauckers: Der jüdische Abwehrkampf, sowie: Zur Problematik einer jüdischen Abwehrstrategie.
- ¹¹⁹ Vgl. dazu G. Scholem: Wider den Mythos vom deutsch-jüdischen Gespräch, in: BLBI 27 (1964), S. 278–281; E. G. Reichmann: Größe und Verhängnis deutsch-jüdischer Existenz. Zeugnisse einer tragischen Begegnung, Heidelberg 1974; Bronson: Jews and Germans, mit zahlreichen Einzelbeiträgen und bibliographischen Hinweisen.
- ¹²⁰ Abgedruckt bei E. Bennathan: Die demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden, in: Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik, hrsg. von W. E. Mosse, Tübingen 1965, S. 94.
- ¹²¹ Vgl. dazu M. Richarz: Jüdisches Leben in Deutschland, 3 Bde., Stuttgart 1976–1982, Bd. 2, S. 12 ff.
- ¹²² Zu den Ostjuden vgl. S. Adler-Rudel: Ostjuden in Deutschland 1880–1940, Tübingen 1959, sowie J. Wertheimer: »The Unwanted Element«, East European Jews in Imperial Germany, in: YLBI XXVI (1981), S. 23–46.
- ¹²³ F. Theilhaber: Der Untergang der deutschen Juden. Eine volkswirtschaftliche Studie, München 1911.
- ¹²⁴ Abgedruckt bei H. A. Strauss: Jewish Emigration from Germany. Nazi Policies and Jewish Responses (I), in: YLBI XXV (1980), S. 317.
- ¹²⁵ Ebenda.
- ¹²⁶ BA Koblenz, R 43 II, 595.
- ¹²⁷ Statistisches Reichsamt: Die Juden und jüdischen Mischlinge in den Reichsteilen nach dem Geschlecht aufgrund der Volkszählung vom 17. Mai 1939 (vorläufiges Ergebnis). BA Koblenz.
- ¹²⁸ Nicht einbezogen wurde die Zahl der ausländischen Juden, die in Deutschland lebten. 1933 betrug sie knapp 100000; 1939 war sie auf etwas über 25000 gefallen (vgl. Tabelle auf der folgenden Seite). Die genauen Daten finden sich bei Strauss: Emigration, S. 322.
- ¹²⁹ Ebenda, S. 326.
- ¹³⁰ Richarz: Jüdisches Leben II, S. 15.
- ¹³¹ Strauss: Emigration, S. 318.
- ¹³² Ebenda, S. 324. Vgl. dazu auch S. Adler-Rudel: Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933–1939 im Spiegel der Berichte der Reichsvertretung der Juden

Nationalität	1925	%	1943	%	1939	%
Polen	50993	47,3	56480	37,2	10000	38,8
Österreich	13509	12,5	4647	4,7		
Tschechoslowakei	5620	5,2	4275	4,3	500	1,9
Ungarn	3179	3,0	2280	2,3	800	3,1
Rumänien	3240	3,0	2210	2,2	500	1,9
UdSSR	9505	8,8	1650	1,7	100	0,4
Litauen/Lettland	3063	2,9	1730	1,8	100	0,4
andere	7776	7,2	5515	5,6	600	2,3
staatenlos	9908	9,2	19746	20,0	13000	50,4
keine Information	954	0,9	214	0,2	200	0,8
insgesamt	107747	100,0	98747	100,0	25800	100,0

in Deutschland, Tübingen 1974, S. 150ff. Zu den Landjuden vgl. jetzt F. Wiesemann: *Juden auf dem Lande. Die wirtschaftliche Ausgrenzung der jüdischen Viehhändler in Bayern*, in: *Die Reihen fast geschlossen*, S. 381–396.

- ¹³³ Beispielhaft hierfür sind die detaillierten statistischen Erhebungen, die die Gestapo in Berlin anstellte. Man hielt die »Wanderungsbilanzen« in allen 20 Verwaltungsbezirken fest und schlüsselte die Familien-, Alters- und Berufsstruktur auf. Auch die Daten über Auswanderung und Auswanderungsländer wurden gespeichert. Überreste dieser Erhebungen, die sich auf den Zeitraum August 1935 bis März 1936 beziehen, finden sich im BA Koblenz, R 58, 994.
- ¹³⁴ Richarz: *Jüdisches Leben II*, S. 23.
- ¹³⁵ Die Daten finden sich bei Bennathan: *Struktur*, S. 104f. und S. 123, sowie *Genschel: Die Verdrängung*, S. 274–291.
- ¹³⁶ Zur Geschichte der Juden in Deutschland sind in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Beiträgen deutscher und ausländischer Autoren erschienen. Um nur einige Publikationen zu nennen: S. Jersch-Wenzel: *Juden und »Franzosen« in der Wirtschaft des Raumes Berlin-Brandenburg zur Zeit des Merkantilismus*, Berlin 1978; M. Zimmermann: *Hamburgischer Patriotismus und deutscher Nationalismus. Die Emanzipation der Juden in Hamburg 1830–1865*, Hamburg 1979; M. Richarz: *Jüdisches Leben; Das Judentum in der deutschen Umwelt 1800–1850*, hrsg. von H. Liebeschütz und A. Paucker, Tübingen 1977; *Juden im Wilhelminischen Deutschland*; J. Toury: *Soziale und politische Geschichte der Juden in Deutschland 1847–1871. Zwischen Revolution, Reaktion und Emanzipation*, Düsseldorf 1977; Y. Reinharz: *Fatherland or Promised Land. The Dilemma of the German Jews 1893–1914*, Ann Arbor 1975; S. M. Bolkovsky: *The Distorted Image. German Jewish Perceptions of Germans and Germany 1918–1935*, New York 1975; M. Lamberti: *Jewish Activism in Imperial Germany. The Struggle for Civil Equality*, London 1978; I. Schorsch: *Jewish Reactions to German Anti-Semitism 1870–1914*, New York 1972; P. Gay: *Freud, Jews and other Germans. Masters and Victims in Modernist Culture*, New York 1978; G. Scholem: *Zur sozialen Psychologie der Juden in Deutschland 1900–1939*, in: *Die Krise des Liberalismus zwischen den Weltkriegen*, hrsg. von R. v. Thadden, Göttingen 1978; H. D. Hellge: *Generationskonflikt, Selbsthaß und die Entstehung antikapitalistischer Positionen im Judentum*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 5(1979), S. 476–518; D. L. Niewyk: *The Jews in Weimar Germany*, Baton Rouge 1980; *Juden in Preußen. Ein Kapitel deutscher Geschichte*, Dortmund

- 1981; W. E. Mosse, A. Paucker u. A.: *Revolution and Evolution 1848 in German-Jewish History*, Tübingen 1981.
- ¹³⁷ Grundlegend U. Dunker: *Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919–1938. Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins*, Düsseldorf 1977.
- ¹³⁸ Vgl. dazu Niewyk: Weimar, S. 165–177.
- ¹³⁹ Ebenda, S. 183.
- ¹⁴⁰ Zur Geschichte des Zionismus in Deutschland vgl. St. Poppel: *Zionism in Germany 1897–1933*, Philadelphia 1977; H. H. Bodenheimer: *Der Durchbruch des politischen Zionismus in Köln 1890–1900*, Köln 1978; K. Blumenfeld: *Erlebte Judenfrage*, Stuttgart 1962; ders.: *Im Kampf um den Zionismus. Briefe aus fünf Jahrzehnten*, hrsg. von M. Sambursky u. J. Ginat, Stuttgart 1976; R. Lichtheim: *Die Geschichte des deutschen Zionismus*, Jerusalem 1954.
- ¹⁴¹ Die einsichtige, fehlerhafte und unbrauchbare Dokumentation von K. J. Herrmann: *Das Dritte Reich und die deutsch-jüdischen Organisationen 1933–1934*, Köln 1969, enthält nur ausgewählte, in bunter Folge abgedruckte Dokumente. Den größten Raum nehmen die Stellungnahmen des RjF und des VNJ ein. Grundlegend für die Haltung und Aktivitäten der jüdischen Organisationen nach 1933 ist eine Monographie Abraham Margaliots, die allerdings bislang nur in hebräischer Sprache vorliegt. Vgl. aber deren Kurzfassung: *The Dispute*.
- ¹⁴² Vgl. oben S. 218f.
- ¹⁴³ A. Margaliot: *Introduction (Abstract) seiner Monographie*, S. 6.
- ¹⁴⁴ Nach der Darstellung Bakers: *Hirt der Verfolgten*, S. 330, soll Leo Baeck geantwortet haben: »Wir Juden wissen, ... es ist ein Gebot von Gott zu leben.« Gandhis Vorschlag war Leo Baeck über den Baron von Veltheim übermittelt worden. Der Baron war ein Freund Baecks und kannte den indischen Freiheitskämpfer, mit dem er wiederholt zusammengetroffen war.
- ¹⁴⁵ Simon: *Aufbau im Untergang*; H. Freeden: *Vom geistigen Widerstand*; ders.: *Jüdisches Theater*; K. J. Ball-Kaduri: *Das Leben der Juden in Deutschland im Jahre 1933. Ein Zeitbild*, Frankfurt/M. 1963; ders.: *Vor der Katastrophe. Juden in Deutschland*, Tel Aviv 1967; S. Adler-Rudel: *Selbsthilfe; Bewährung im Untergang. Ein Gedenkbuch*, hrsg. von E. G. Lowenthal, Stuttgart 1965; J. Walk: *Education of the Jewish Child*.
- ¹⁴⁶ Grundlegend hierzu Kulka: *Reichsvereinigung*.
- ¹⁴⁷ Nach den ersten pauschalen und einseitigen Urteilen R. Hilbergs und H. Arendts setzte sich eine differenzierte Betrachtungsweise durch. Zur allgemeinen Orientierung vgl. I. Trunk: *Judenrat. The Jewish Councils in Eastern Europe during the Nazi Occupation*, New York 1972; YIVO (Ed.): *Imposed Jewish Governing Bodies under Nazi Rule*, New York 1942; *Patterns of Jewish Leadership*, mit verschiedenen Einzelbeiträgen und bibliographischen Hinweisen.

2. Kapitel

- ¹ H. Brandt: *Ein Traum, der nicht erfüllbar ist. Mein Weg zwischen Ost und West*, München 1967, S. 70f.
- ² HStA Düsseldorf, Gestapoakte 20656. Für die freundliche Unterstützung und die wertvollen Hinweise, die Prof. Flechtheim mir (K.K.) gegeben hat, sei an dieser Stelle gedankt.
- ³ O. K. Flechtheim: *Heute noch skeptischer als 1962*, in: *Fremd im eigenen Land*.

- Juden in der Bundesrepublik, hrsg. von H. M. Broder und M. R. Lang, Frankfurt/M. 1979, S. 132 ff.
- ⁴ E. Carlebach: Die Grenze verläuft nicht zwischen Juden und Nichtjuden, in: *Fremd im eigenen Land*, S. 103 f. Zum Widerstand Carlebachs vgl. oben S. 93.
 - ⁵ *Mit dem Gesicht nach Deutschland*. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration, aus dem Nachlaß von Friedrich Stampfer, ergänzt durch andere Überlieferungen, hrsg. von E. Matthias und bearbeitet von W. Link, Düsseldorf 1968, S. 9. Vgl. dazu auch F. Stampfer: *Erfahrungen und Erkenntnisse. Aufzeichnungen aus meinem Leben*, Köln 1957, sowie oben S. 72.
 - ⁶ H. Abosch: Wer sich erinnert, kann nicht ruhig sein, in: *Fremd im eigenen Land*, S. 30.
 - ⁷ Zur allgemeinen Orientierung: Für die Periode bis 1933 vgl. H. H. Knütter: *Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918–1933*, Düsseldorf 1971; D. L. Niewyk: *Socialist, Anti-Semite and Jew*, Baton Rouge 1971; G. L. Mosse: *German Socialists and the Jewish Question in the Weimar Republic*, in: *YLBI XVI* (1971), S. 123–150; R. S. Wistrich: *Revolutionary Jews From Marx to Trotzky*, London 1976.
 - ⁸ LA Schleswig, Reg. Eutin A V a 27 a I.
 - ⁹ Die Einzelmeldungen sowie der Schlußbericht des Geheimen Staatspolizeiamtes vom 22. März 1933 selbst waren den Autoren nicht zugänglich. Sie liegen unter der Signatur P. St. 3/313 im Parteiarchiv der SED, im Institut für Marxismus-Leninismus. Steinberg hat sie einsehen dürfen. Auf seine Ausführungen stützen sich die folgenden Zahlen und Zitate. Vgl. Steinberg: *Anteil*, S. 121 f.
 - ¹⁰ Vgl. hierzu die sehr sensitiven Ausführungen von E. Maoz: *A Jewish Underground in Germany* (hebr.), in: *Yalkut Moreshet* 3 (1965), S. 79–88.
 - ¹¹ LA Schleswig, Reg. Eutin A V a 27 a I.
 - ¹² BA Koblenz, Sammlung Schumacher, 240 I. Mitteilung der Bayerischen Polizei an die Presse v. 17. 2. 1936.
 - ¹³ Zur allgemeinen Orientierung: E. Matthias: *Sozialdemokratie und Nation*, Stuttgart 1952; ders.: *Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands*, in: *Das Ende der Parteien 1933*, hrsg. von E. Matthias und R. Morsey, Düsseldorf 1960; H. J. Reichhardt: *Die Sozialdemokratische Partei*, in: *Der deutsche Widerstand gegen Hitler*, hrsg. von W. Schmitthenner und H. Buchheim, Köln, Berlin 1966, S. 171–183; H. Mommsen: *Die deutschen Gewerkschaften zwischen Anpassung und Widerstand 1930–1944*, in: *Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung*; P. Grassmann: *Sozialdemokraten gegen Hitler 1933–1945*, München, Wien 1976; G. v. Roon: *Widerstand im Dritten Reich*, München 1979, S. 65–76; J. v. Freyberg: *Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Revolutionären Sozialisten Deutschlands vor dem Problem der Aktionseinheit 1934 bis 1937*, Köln 1973.
 - ¹⁴ Vgl. hierzu die biographischen Daten in: *Mit dem Gesicht nach Deutschland*.
 - ¹⁵ HStA Düsseldorf, Gestapoakte 3676.
 - ¹⁶ *Mit dem Gesicht nach Deutschland*, S. 416, Anm. 7.
 - ¹⁷ HStA Düsseldorf, Gestapoakte 24091.
 - ¹⁸ Ebenda, Gestapoakte 34913.
 - ¹⁹ BA Koblenz, R 58, 451.
 - ²⁰ Ebenda, R 58, 322, 324, 414, 449.
 - ²¹ Zitiert nach Steinberg: *Anteil*, S. 123.
 - ²² Vgl. dazu auch M. Oppenheimer: *Fall Vorbote. Zeugnisse des Mannheimer Widerstandes*, Frankfurt/M. 1969, S. 149 ff., sowie: *Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden*, S. 189 f.

- ²³ Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden, S. 143.
- ²⁴ Zitiert nach Steinberg: Anteil, S. 123.
- ²⁵ Weißbuch der deutschen Opposition gegen die Hitlerdiktatur, hrsg. vom Vorstand der Sopade, London 1946, S. 29. Vgl. auch: Deutsche Widerstandskämpfer 1933–1945. Biographien und Briefe, 2 Bände, Berlin 1969, Bd. II, S. 493.
- ²⁶ Reichhardt: Sozialdemokratische Partei, S. 182; Deutschland-Berichte der Sopade 1934–1940, 7 Bände, Frankfurt/M. 1980, 4. Jg. Nr. 5, Mai 1937.
- ²⁷ Zitiert nach G. Weisenborn: Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933–1945, Hamburg 1962, S. 153 f.
- ²⁸ HStA Düsseldorf, Gestapoakte 39 765.
- ²⁹ Steinberg: Anteil, S. 124.
- ³⁰ BA Koblenz, R 58, 449. Bericht über die Lage der marxistischen Bewegung im Bezirk der Staatspolizeistelle Frankfurt/Oder, April 1938. Ein Beispiel ist die Zerschlagung einer Gruppe der »Roten Kämpfer«. Am 19. Dezember 1936 nahm die Gestapo den 29jährigen Dietrich O. fest. Der in Essen wohnhafte Bürogehilfe legte ein »umfassendes Geständnis« über seine Aktivitäten bei den »Roten Kämpfern« ab, einer Gruppe, die sich 1929 gebildet hatte und im Rheinland etwa 400–500 Mitglieder zählte. Es waren meist linke Sozialdemokraten, die den Reformismus der Partei kritisierten und für eine »ideologische Erneuerung« eintraten. O., der aus der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) hervorgegangen war, hat nach der Machtübernahme den Widerstand der »Roten Kämpfer« mit zu organisieren versucht. Ende 1936 gelang der Gestapo die »restlose Aufklärung und Zerschlagung« der Gruppe. O. wurde am 18. August 1937 vom OLG Hamm wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« zu zwei Jahren und neun Monaten Zuchthaus verurteilt. Da er halbjüdischer Herkunft war, wurde O. nach der Strafverbüßung nicht in ein Konzentrationslager überführt, sondern am 20. September 1939 auf freien Fuß gesetzt. Vgl. HStA Düsseldorf, Gestapoakte 33 488. Zu den »Roten Kämpfern« vgl. auch H.-J. Steinberg, Widerstand und Verfolgung in Essen 1933–1945, Hannover 1969, S. 83 f., sowie O. Ihlau: Die Roten Kämpfer, Meisenheim 1969.
- ³¹ BA Koblenz, R 58, 449, 446.
- ³² BA Koblenz, R 58, 446. Schreiben der Gestapo Breslau an das Geheime Staatspolizeiamt Berlin vom 29. 6., 31. 8. und 28. 11. 1938.
- ³³ Mitteilung von Dr. A. Margaliot an die Verfasser.
- ³⁴ Steinberg: Anteil, S. 125 f.
- ³⁵ Vgl. dazu den Abschnitt über Neu Beginnen oben S. 86 ff.
- ³⁶ Grundlegend: W. Röder: Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940–1945, Hannover 1968; J. Radkau: Die deutsche Emigration in die USA, Düsseldorf 1971; Das »Andere Deutschland« im Zweiten Weltkrieg. Emigration und Widerstand in internationaler Perspektive, hrsg. von L. Kettenacker, Stuttgart 1977.
- ³⁷ Zitiert nach: Mit dem Gesicht nach Deutschland, S. 148 f.
- ³⁸ H. Drechsler: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), Meisenheim 1965; J. Bremer: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP), Untergrund und Exil 1933–1945, Frankfurt/M. 1976.
- ³⁹ WL P III d No. 473. Bericht über die »Illegale Arbeit eines jüdischen Sozialisten« vom 29. 10. 1955.
- ⁴⁰ Weißbuch der deutschen Opposition, S. 71.
- ⁴¹ HStA Düsseldorf, Gestapoakte 45 319.
- ⁴² G. G. Eckstein: The Freie Deutsch-Jüdische Jugend (FDJJ) 1932–1933, in:

- YLBI XXVI (1981), S. 234 f. und S. 237 f.; vgl. dazu auch: Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden, S. 216 (Lagebericht vom 4. 12. 1938).
- ⁴³ HStA Düsseldorf, Gestapoakten 21 287, 49 393.
- ⁴⁴ WL P III d No. 473.
- ⁴⁵ K.-H. Tjaden: Struktur und Funktion der »KPD-Opposition« (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur »Rechts«-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Meisenheim 1964.
- ⁴⁶ Tjaden: KPO, S. 319.
- ⁴⁷ BA Koblenz, R 58, 226. Monatsbericht über Linksbewegung vom Juni 1936.
- ⁴⁸ HStA Düsseldorf, Gestapoakte 24731.
- ⁴⁹ BA Koblenz, R 58, 457. Lagebericht der Stapoleitstelle Düsseldorf vom 6. 1. 1938.
- ⁵⁰ Vgl. dazu auch K. Schabrod: Widerstand an Rhein und Ruhr 1933–1945, Düsseldorf 1969, S. 99 und S. 152.
- ⁵¹ BA Koblenz, R 58, 457. Lagebericht der Stapoleitstelle Düsseldorf vom 6. 1. 1938.
- ⁵² HStA Düsseldorf, Gestapoakte Wolfgang Abendroth.
- ⁵³ BA Koblenz, R 58, 457.
- ⁵⁴ Tjaden: KPO, S. 341.
- ⁵⁵ W. Link: Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes (ISK). Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Meisenheim 1964.
- ⁵⁶ WL P III g No. 471. Bericht eines »ISK«-Mitgliedes vom 26. 10. 1955.
- ⁵⁷ WL P III g No. 478. Bericht über »Sozialistische Widerstandsarbeit« vom 18. 1. 1956.
- ⁵⁸ Vgl. dazu Link: ISK, S. 198 f.
- ⁵⁹ Ebenda, S. 229.
- ⁶⁰ Zitiert nach Düwell: Rheingebiete, S. 224.
- ⁶¹ Zitiert nach Link: ISK, S. 229.
- ⁶² Deutsche Widerstandskämpfer, Bd. II, S. 47 ff.
- ⁶³ Eschwege: Msc. Widerstand, S. 61.
- ⁶⁴ HStA Düsseldorf, Gestapoakten 6290 und 37337.
- ⁶⁵ A. Leber: Das Gewissen entscheidet. Berichte des deutschen Widerstandes von 1933–1945 in Lebensbildern, Berlin, Frankfurt/M. 1960; A. Klönne: Gegen den Strom. Bericht über den Jugendwiderstand im Dritten Reich, Hannover 1957; Hans Lehnert und Hilde Meisel: Gedichte, Hamburg 1950.
- ⁶⁶ H. Monte: The Unity of Europe, London 1940; Where Freedom perished, London 1941.
- ⁶⁷ Zitiert nach der Dokumentation von P. Steiner: Der tragische Tod der Hilda Monte, in: Neue Vorarlberger Tageszeitung vom 19. 4. 1975.
- ⁶⁸ Vgl. dazu K. Kliem: Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich, dargestellt an der Gruppe »Neu Beginnen«, Phil.Diss. Marburg 1957; H.-J. Reichhardt: Neu Beginnen – Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus, in: JBGMO 12 (1963), S. 150 ff. Auf diesem Aufsatz basiert auch Reichhardts Beitrag: Möglichkeiten und Grenzen des Widerstandes der Arbeiterbewegung, in: Der deutsche Widerstand, S. 200–213.
- ⁶⁹ Kliem: Neu Beginnen, S. 13.

- ⁷⁰ Miles: Neu Beginnen! Faschismus oder Sozialismus, Diskussionsgrundlage zu den Streitfragen unserer Epoche, Karlsbad o. J. [1933].
- ⁷¹ WL P III g No. 201. Report vom 7. 2. 1956, S. 10.
- ⁷² Ebenda, S. 14.
- ⁷³ Ebenda.
- ⁷⁴ Reichhardt, Möglichkeiten, S. 206.
- ⁷⁵ BA Koblenz, R 58, 557, 498, 462.
- ⁷⁶ VVN-Kalender 1949–1952.
- ⁷⁷ BA Koblenz, R 58, 979. Aktenvermerk vom 31. 3. 1938. Lazarus überlebte und kehrte nach Deutschland zurück. Er starb 1970 in Hannover. Vgl. dazu L. Lazarus: Der brave Soldat Lazarus unter den Nazis, in: Sie flohen vor dem Hakenkreuz. Selbstzeugnisse der Emigration, hrsg. von W. Zadek, Reinbek 1981, S. 77–88.
- ⁷⁸ Richarz: Jüdisches Leben III, S. 286f.
- ⁷⁹ Reichhardt: Möglichkeiten, S. 205ff.
- ⁸⁰ Zur allgemeinen Orientierung: S. Bahne: Die KPD und das Ende von Weimar. Das Scheitern einer Politik 1932 bis 1935, Frankfurt/M. 1976; H. Duhnke: Die KPD von 1933 bis 1945, Köln 1972; Komintern und Faschismus. Dokumente zur Geschichte und Theorie des Faschismus, hrsg. von Th. Pirker, Stuttgart 1965; A. Sywottek: Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935–1946, Düsseldorf 1971; H. Weber: Der deutsche Kommunismus. Dokumente 1915–1945, Köln 1973; K. Mammach: Die KPD und die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung 1933 bis 1939, Frankfurt/M. 1974; S. Vietzke: Die KPD auf dem Weg zur Brüsseler Konferenz, Berlin 1969; Th. Weingartner: Stalin und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1970.
- ⁸¹ Weber: Kommunismus, S. 348.
- ⁸² Vgl. dazu Peukert: KPD, S. 192f.
- ⁸³ Zu ihnen gehörten der Angestellte Karl Lehrburger, der Leiter der Stadtteilorganisation Nürnberg-Gartenhof, Rudolf Benario, Ernst Goldmann, Arthur Kahn sowie der Arzt Delvin Katz, der seine Praxisräume für illegale Treffen zur Verfügung stellte. Vgl. dazu H. Schirmer: Das andere Nürnberg. Antifaschistischer Widerstand in der Stadt der Reichsparteitage, Frankfurt/M. 1974, S. 195.
- ⁸⁴ Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden, S. 81.
- ⁸⁵ Ebenda, S. 65. Lagebericht der Gestapo Karlsruhe vom 19. 1.–3. 2. 1934. Im Lagebericht vom 30. 8.–29. 9. 1934 (S. 109) wird die Festnahme von zwei jüdischen Kaufleuten erwähnt, die nach Paris geflohene KPD-Funktionäre mit Geldsendungen unterstützt haben sollen.
- ⁸⁶ Steinberg: Anteil, S. 124. Zu Emil Carlebach vgl. oben S. 62. Das Schicksal der drei anderen verhafteten Kommunisten ist unbekannt.
- ⁸⁷ IML-ZPA. Sign. RSHA IV. St. 3/99; St. 3/100.
- ⁸⁸ G. Zorn: Stadt im Widerstand, Frankfurt/M. 1965, nennt folgende jüdische Bürger aus Hannover, die in verschiedenen Konzentrationslagern umgebracht wurden: Alexander Katz, Hermann Fraenkel, Rudolf Karl Fraenkel, Siegmund Londner, Gerhard Rosenblatt, Levy Rosenblatt, Walter Seligmann, Jakob Stern, Max Adler. Nach Mitteilung von Walter Uhle, Hannover, war auch Eva Gerson am Widerstand beteiligt. Sie konnte 1936 rechtzeitig emigrieren. Die Auswanderung glückte ebenso dem Fabrikanten Erich Gompertz, der Vorsitzender des Monistenbundes in Hannover war. Er wurde von den Nationalsozialisten ausgebürgert und tauchte während der Besatzungszeit in Frankreich unter. Nach Kriegsende kehrte er nach Hannover zurück. Für die Sozialdemokratie war der

Textilkaufmann Abraham tätig. In seiner Wohnung fanden illegale Zusammenkünfte statt.

- ⁸⁹ Mitteilung von Walter Uhle, Hannover, an H. Eschwege.
- ⁹⁰ W. Schumann: Ihr seid den dunklen Weg für uns gegangen ... Skizzen aus dem Widerstand in Hannoversch-Münden 1933–1939, Frankfurt/M. 1973, S. 42 f.
- ⁹¹ Genannt werden: der Zahnarzt Fritz Warschewski, der Kaufmann Moritz Dresel, der Rechtsanwalt Hans Nathan und seine Frau Marianne. Vgl. Widerstandskampf Görlitzer Antifaschisten 1933–1945. Erinnerungen, Dokumente, Kurzbiographien, Görlitz 1973, S. 22 f.
- ⁹² Nach dem Krieg kehrte Stephan Hermlin nach Deutschland zurück. Er ließ sich in der DDR nieder. Aus seiner Feder stammen zahlreiche Publikationen, die sich mit dem Widerstand befassen, so zum Beispiel: Die erste Reihe, Berlin 1957.
- ⁹³ Mitteilung von Heinz Weinberg, heute Harry Young, London, an H. Eschwege.
- ⁹⁴ Chronik des antifaschistischen Widerstandskampfes im Bezirk Chemnitz – Erzgebirge – Vogtland 1933–1945, Karl-Marx-Stadt 1969, S. 38 f.
- ⁹⁵ Von den Verurteilten konnten folgende Namen in Erfahrung gebracht werden: Max Levinsohn, Anne Lion und Schwester, Erwin Lippmann, Masur, Herbert Meyerstein, Georg Oppenheim, Rolf Rogers, Rothgießer, Sealtiel, Schatz, Emil Wiegl. Mitteilung von Max Levinsohn an H. Eschwege.
- ⁹⁶ U. Hochmuth und G. Meyer: Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933–1945. Berichte und Dokumente, Frankfurt/M. 1969, S. 92.
- ⁹⁷ Vgl. oben S. 288 f.
- ⁹⁸ Hochmuth/Meyer: Streiflichter, S. 168 und S. 171.
- ⁹⁹ Vgl. oben S. 255 f.
- ¹⁰⁰ HStA Düsseldorf, Gestapoakte 30 215. Vgl. dazu auch Schabrod: Ruhr, S. 49 f., sowie Steinberg: Essen, S. 151 f.
- ¹⁰¹ HStA Düsseldorf, Gestapoakte 32 944.
- ¹⁰² HStA Düsseldorf, Gestapoakte 33 017.
- ¹⁰³ Vgl. dazu Peukert: KPD, S. 146, sowie G. Plum: Die KPD in der Illegalität. Rechenschaftsbericht einer Bezirksleitung aus dem Jahr 1934, in: VJHZG 23 (1975), S. 219–235.
- ¹⁰⁴ Vgl. dazu Mammach: KPD, sowie die entsprechenden Abschnitte über die RGO bei Steinberg: Essen; K. Klotzbach: Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930–1945, Hannover 1969; K. Bludau: Gestapo – geheim! Widerstand und Verfolgung in Duisburg 1933–1945, Bonn-Bad Godesberg 1973; Peukert, KPD.
- ¹⁰⁵ R. Goguel, der im August 1935 vom OLG Hamm zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, hat nach dem Krieg eine Reihe von Publikationen verfaßt. Vgl. Es war ein langer Weg, Düsseldorf 1947.
- ¹⁰⁶ HStA Düsseldorf, Gestapoakte 45 293.
- ¹⁰⁷ HStA Düsseldorf, Gestapoakte 4299.
- ¹⁰⁸ Deutsche Widerstandskämpfer Bd. I, S. 109 f.
- ¹⁰⁹ Peukert: KPD, S. 163 f.
- ¹¹⁰ Ebenda, S. 165.
- ¹¹¹ Jüdische Kameraden im Widerstand, in: Die Tat, 7. 11. 1964, S. 8.
- ¹¹² HStA Düsseldorf, Gestapoakte 3916.
- ¹¹³ D. Peukert: Ruhrarbeiter gegen den Faschismus. Dokumentation über den Widerstand im Ruhrgebiet 1933–1945, Frankfurt/M. 1976, S. 67.
- ¹¹⁴ Widerstand und Verfolgung in Köln, Ausstellung des Historischen Archivs der Stadt Köln, Köln 1974, S. 149 und S. 319.

- ¹¹⁵ HStA Düsseldorf, Gestapoakte 15 222.
- ¹¹⁶ Peukert: Ruhrarbeiter, S. 197.
- ¹¹⁷ HStA Düsseldorf, Gestapoakte 27909. In den Akten wie in der Widerstandsliteratur findet sich eine ganze Reihe von Belegen über »kommunistische Umtriebe« von Personen, die entweder »halbjüdischer« Herkunft waren oder in einer sogenannten privilegierten Mischehe lebten. Für Hamburg vgl. Hochmuth/Meyer: Streiflichter, S. 436 und S. 460ff. Beispielhaft für Berlin ist der Fall der 73jährigen Ottilie Pohl, die im August 1940 verhaftet wurde, weil sie einem KPD-Instrukteur Unterkunft gewährt hatte. Ottilie Pohl hatte einst der SPD angehört und war über die USPD zur KPD gestoßen. In der Anfangsphase der Weimarer Republik hatte sie als USPD-Mitglied im Berliner Stadtparlament gearbeitet. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme hatte sie sich dann vor allem um die Familien inhaftierter Parteimitglieder gekümmert. Im November 1942 wurde sie nach Theresienstadt gebracht, wo sie wenige Monate später umkam. Vgl. Deutsche Widerstandskämpfer Bd. II, S. 50. Für das Ruhrgebiet vgl. Klotzbach: Gegen den Nationalsozialismus, S. 212f.
- ¹¹⁸ Zu Ablauf und Hintergründen dieser Großaktion vgl. Peukert: KPD, S. 372ff.
- ¹¹⁹ Schabrod: Widerstand, S. 156.
- ¹²⁰ GStA Berlin, 90 P 85 H, 2. Lagebericht der Gestapo Berlin vom Dezember 1935.
- ¹²¹ Deutsche Widerstandskämpfer Bd. I, S. 480ff.
- ¹²² Steinberg: Anteil, S. 124.
- ¹²³ Urteil des 1. Strafsenats des Volksgerichtshofs vom 10. 11. 1937 (17 J 319/37 – 1 H 34/37). Photokopie im Besitz der Autoren.
- ¹²⁴ Steinberg: Jews, S. 24.
- ¹²⁵ Mammach: KPD, S. 89.
- ¹²⁶ Vgl. dazu: Die Brüsseler Konferenz der KPD (3.–15. Oktober 1935), hrsg. von K. Mammach, Frankfurt/M. 1975, sowie: VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Referate und Resolutionen, hrsg. vom Institut Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1975; ferner Peukert: KPD, S. 218f.
- ¹²⁷ Das Wort vom »Trümmerhaufen« gebrauchte Herbert Wehner; zitiert nach Peukert: KPD, S. 253.
- ¹²⁸ Grundlegend hierzu U. Langkau-Alex: Volksfront für Deutschland? Bd. 1: Vorgeschichte und Gründung des »Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront«, 1933–1936, Frankfurt/M. 1977.
- ¹²⁹ BA Koblenz, R 58, 335. »An die deutschen jüdischen Freunde« (1937). Bei der Gestapo und beim SD liefen zahlreiche Meldungen und Materialien über die Exildebatten und -treffen zur Bildung der »Volksfront« ein. R 58, 408, 355, 456.
- ¹³⁰ Zum Spanischen Bürgerkrieg vgl. H. Thomas: The Spanish Civil War, London 1961.
- ¹³¹ J. Toch: Juden im Spanischen Krieg 1936–1939, in: Zeitgeschichte 1 (1973), S. 157–170.
- ¹³² Toch: Juden, S. 159.
- ¹³³ Totenliste Hamburger Widerstandskämpfer und Verfolgter 1933–1945, hrsg. von der Vereinigten Arbeitsgemeinschaft der Naziverfolgten, Hamburg 1968, S. 78. Ausführlich bei H. Jentzsch: Der Beitrag deutscher antifaschistischer Ärzte im Kampf der Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg von 1936 bis 1939, Dipl. Arbeit, Leipzig 1964. Horst Jentzsch, der seine Arbeit zehn Jahre nach Stalins Tod abgefaßt hat, stand noch ganz unter dessen Agentenmanie. So behauptet er (S. 28), daß Kurt Glaser als Agent des englischen Geheimdienstes in die Internationalen Brigaden eingeschleust worden sei. Der Grund dieser Dif-

famierung ist der Umstand, daß Glasers Tochter Erika mit Noel H. Field, dem Leiter des Unitarian Service Committee, in Verbindung stand. Die Aktionen und Verbindungen dieser amerikanischen Organisation wurden nach dem Krieg in den stalinistischen Säuberungsprozessen als Beweis angeführt, um ehemalige Spanienkämpfer und Emigranten abzuurteilen. Die Prozesse verliefen für einige tödlich. Andere mußten die Zeit bis zu ihrer Begnadigung und Rehabilitierung im Gefängnis verbringen. Unter ihnen befanden sich auch einige Westemigranten jüdischer Herkunft, die in der DDR abgeurteilt wurden. Näheres hierüber in: Erklärungen des ZK und der Zentralen Parteikontrollkommission während der 13. Tagung des ZK der SED, Berlin 1953.

- ¹³⁴ A. Kantorowicz: *Spanisches Tagebuch*, Berlin 1948; »Tschapaiew«. Das Bataillon der 21 Nationen, dargestellt in Aufzeichnungen seiner Mitkämpfer, redigiert von A. Kantorowicz, Berlin 1956; Pasaremos. Deutsche Antifaschisten im nationalrevolutionären Krieg des spanischen Volkes, Berlin 1966; *Interbrigadisten. Der Kampf deutscher Kommunisten und deutscher Antifaschisten im nationalrevolutionären Kampf des spanischen Volkes 1936–1939*, Berlin 1966; *Der Freiheitskampf des spanischen Volkes und die internationale Solidarität*, Berlin 1956; *Brigada International ist unser Ehrenname ... Erlebnisse ehemaliger deutscher Spanienkämpfer*, Berlin 1974.
- ¹³⁵ *Freies Deutschland, Mexiko*, Nr. 10 vom August 1942.
- ¹³⁶ Zitiert nach: *Mit dem Gesicht nach Deutschland*, S. 293 f.
- ¹³⁷ F. Osterroth: *Biographisches Lexikon des Sozialismus*, Bd. I: *Verstorbene Persönlichkeiten*, Hannover 1960, S. 175 f.
- ¹³⁸ Arnsberg: *Hessen I*, S. 234.
- ¹³⁹ Arnsberg: *Hessen II*, S. 355.
- ¹⁴⁰ HStA Düsseldorf, Gestapoakten 15 813 und 68 031.
- ¹⁴¹ Ebenda, Gestapoakten 29 196 und 5562.
- ¹⁴² Ebenda, Gestapoakte 9319. Vgl. zu Hans Neubeck auch Peukert: *KPD*, S. 144.
- ¹⁴³ In der Personenakte findet sich allein der Hinweis auf ein Lazarett in Frankreich. Auf den Tod in einem sowjetischen Sanatorium verweist: *Deutsche Widerstandskämpfer*, Bd. II, S. 19.
- ¹⁴⁴ HStA Düsseldorf, Gestapoakte 9318.
- ¹⁴⁵ I. Zentner: *Von Madrid bis Berlin. Kämpfer aus Israel für ihre und unsere Freiheit* (hebr.), Tel Aviv 1966, S. 275 f., S. 290 f. und S. 300.
- ¹⁴⁶ K.-H. Jahnke: *Der Anteil der deutschen Jugend am antifaschistischen Widerstandskampf unter besonderer Berücksichtigung der kommunistischen Widerstandsbewegung 1933–1945*, Greifswald 1965, S. 277.
- ¹⁴⁷ *Jahrbuch der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes*, Berlin 1951, S. 73 und S. 77.
- ¹⁴⁸ Mitteilung von Karl Schabrod an H. Eschwege. Der Widerstandskämpfer Schabrod berichtet auch, daß sich Hans Blank – ein Sohn von Ernst Blank – den Internationalen Brigaden angeschlossen hat. Ein zweiter Sohn – Peter Blank – reihte sich in der Besatzungszeit in die französische Widerstandsbewegung ein.
- ¹⁴⁹ Osterroth, *Lexikon* Bd. 1, S. 312 f.
- ¹⁵⁰ B. Rajewski: *Das Manuskript von Albert Einstein*, in: *Volksstimme*, Warschau, 24. 12. 1964 (Jidd.).
- ¹⁵¹ H. Langbein: ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank. *Widerstand in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern 1938–1945*, Frankfurt/M. 1980, S. 194 f.

- ¹⁵² HStA Düsseldorf, Gestapoakten 31 385 und 41 305.
- ¹⁵³ Toch: Juden, S. 168 f.
- ¹⁵⁴ L. Grundig: Gesichte und Geschichte, Berlin 1958, S. 171 f. Lea Grundig beteiligte sich ebenfalls am kommunistischen Widerstand. In Dresden hatte sie die Kunstakademie absolviert. Mit ihrem Ehemann Hans Grundig gehörte sie zu den Gründern der »Assoziation Revolutionärer Künstler Deutschlands«. 1938 wurde sie verhaftet und zu einer kurzen Gefängnisstrafe verurteilt. Sie emigrierte nach Palästina, wo auch ihre Eltern Zuflucht gesucht hatten. Hier entstanden ihre Graphiken über die Verfolgung und den Widerstand der Juden »Im Tal des Todes« und »Aufstand im Ghetto«. 1949 kehrte sie nach Deutschland zurück. In ihrer Heimatstadt Dresden übernahm sie eine Professur für Bildende Künste. Sie wurde später in das ZK der SED aufgenommen und amtierte ab 1964 als Präsidentin des Verbandes der Bildenden Künstler der DDR.
- ¹⁵⁵ Vgl. oben S. 288.
- ¹⁵⁶ Nach der Befreiung baute Axen zunächst die FDJ mit auf. Ab 1949 war er in der Abt. Agitation beim Parteivorstand tätig. 1956 wurde er Chefredakteur des »Neuen Deutschlands«, später Mitglied des Politbüros und Sekretär im ZK der SED. Vgl. dazu: Antifaschisten in führenden Positionen der DDR, Dresden 1969. Die Flucht aus dem französischen Internierungslager und die Ausreise nach Mexiko gelangen einem anderen bekannten Kommunisten jüdischer Herkunft: Alexander Abusch, dem früheren Chefredakteur des »Ruhr-Echos«. Abusch hatte der Bezirksleitung angehört und war kurze Zeit für die Herausgabe der illegalen Propagandazeitschriften verantwortlich. 1933 ging er nach Paris, wo er das »Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitler-Terror« mitredigierte. In Mexiko leitete er bis 1946 das Exilorgan »Freies Deutschland«. Abusch ließ sich in der DDR nieder und übernahm führende Funktionen (Stellvertr. Vorsitzender des Ministerrates, Mitglied der Deutschen Akademie der Künste; Vorsitzender des Deutschen Schriftstellerverbandes).
- ¹⁵⁷ Horizont. Sozialistische Wochenzeitung für Internationale Politik und Wirtschaft. Berlin, Nr. 39 (1969), S. 14 f.
- ¹⁵⁸ HStA Düsseldorf, Gestapoakten 25 501 und 25 191.
- ¹⁵⁹ Dies gilt auch für Leo Heinemann aus Hannover, den die Nationalsozialisten 1944 in Frankreich faßten und in ein Nebenlager von Dachau deportierten. Nach Verbüßung der »Schutzhaft« war der Kommunist jüdischer Herkunft zunächst in die Niederlande und dann nach Frankreich ausgewichen, wo er sich der Resistance anschloß. Nach der Befreiung wurde er mit den französischen Gefangenen nach Lyon repatriiert. 1950 kehrte er nach Hannover zurück. Mitteilung von W. Uhle, Hannover, an H. Eschwege.
- ¹⁶⁰ HStA Düsseldorf, Gestapoakte 20062.
- ¹⁶¹ Ebenda, Gestapoakten 869, 3933, 34 515, 53 199, 46 518.
- ¹⁶² Abgedruckt auch bei A. Billstein: Der eine fällt, die andern rücken nach. Dokumente des Widerstands und der Verfolgung in Krefeld 1933–1945, Frankfurt/M. 1973, S. 213 ff.
- ¹⁶³ HStA Düsseldorf, Gestapoakte 3931.
- ¹⁶⁴ Vgl. dazu Duhnke: KPD, S. 73.
- ¹⁶⁵ Angabe und Zitat finden sich bei Toch: Juden, S. 168 und S. 170, Anm. 38.
- ¹⁶⁶ YV 01/298. Bericht über eine Besprechung mit Frau Charlotte Holzer, niedergeschrieben von K. J. Ball-Kaduri am 13.11.1963. Miriam Sterenzy, eine in Deutschland geborene und nach Belgien emigrierte Jüdin, die in Verbindung zu Kommunisten stand, bezeugt, daß in Belgien noch vor Kriegsausbruch die jüdi-

schen Mitglieder von den flämischen – »aus Sicherheitsgründen« – getrennt und zu einer eigenen Gruppe zusammengeschlossen wurden. YV 03/3296. Dazu auch oben S. 15.

¹⁶⁷ Vgl. Mark: Gruppe Baum.

¹⁶⁸ M. Pikarski: Über die führende Rolle der Parteiorganisation der KPD in der antifaschistischen Widerstandsgruppe Herbert Baum, Berlin 1939 bis 1942, in: BGA 5 (1966), S. 867–882, sowie: Jugend im Berliner Widerstand. Herbert Baum und Kampfgefährten, Berlin 1978.

¹⁶⁹ Pikarski: Jugend im Widerstand, S. 51–55.

¹⁷⁰ So in einem Interview, das er François Melis im Jahre 1967 gab. Vgl. F. Melis: Der Brand im Berliner Lustgarten, Teil I, in: Junge Welt vom 18. 5. 1967, S. 3.

¹⁷¹ Pikarski: Jugend im Widerstand, S. 53.

¹⁷² Pikarski: Führende Rolle, S. 870.

¹⁷³ Vgl. dazu auch Steinberg: Anteil, S. 130f.

¹⁷⁴ WL P III g No. 68.

¹⁷⁵ Vgl. Steinberg: Jews, S. 33 f.

¹⁷⁶ Zum weiteren Freundeskreis gehörte Emmi Löwenthal; Vgl. dazu E. Löwenthal: Verurteile nicht deinen Nächsten, bis du dich in seiner Lage gesehen hast, in: Fremd im eigenen Land, S. 279–288. Über ihre Schulfreundinnen Hilde Loewy und Marianne Joachim kam Inge Berner, geb. Gerson, in Kontakt zur Baum-Gruppe. Aus »ideologischen Gründen« trennten sich die Wege. Inge Berner schloß sich einer anderen deutsch-jüdischen Widerstandsgruppe an, die von Eva Mamlock geleitet wurde. Die Aktivitäten dieser kleinen Berliner Gruppe liegen im dunkeln. Inge Berner, die das Ghetto von Riga überlebt hat, berichtet, daß Eva Mamlock zweimal verhaftet wurde, erstmals 1934 wegen Malens einer antifaschistischen Parole an der Wand eines jüdischen Warenhauses und ein anderes Mal wegen Niederlegens eines Blumenstraußes am Grabe Rosa Luxemburgs. Die Mitglieder der Gruppe wurden im September 1941 bei der Gestapo denunziert. Eva Mamlock kam im Ghetto von Riga oder im KL Stutthof um. Vgl. dazu den Brief von Inge Berner an das Londoner Leo Baeck Institut, abgedruckt bei Paucker/Steinberg: Notes on Resistance, S. 241.

¹⁷⁷ Vgl. Steinberg: Jews, S. 33.

¹⁷⁸ Steinberg: Anteil, S. 130.

¹⁷⁹ YV 01/297. Charlotte Holzer: Die jüdischen Widerstandskämpfer in Berlin: Gruppe Herbert Baum. Abgedruckt bei W. A. Schmidt: Damit Deutschland lebe. Ein Quellenwerk über den deutschen antifaschistischen Widerstandskampf 1933–1945, Berlin 1958, S. 375–378.

¹⁸⁰ Die Beispiele und Zitate finden sich in der Prozeßakte Rothholz u. A. Urteilsbegründung des 2. Senat des VGH vom 10. 12. 1942 (10 J 207/42 f – 2 H 314/42). Photokopie im Besitz der Autoren.

¹⁸¹ Die »Europäische Union« wird später im Rahmen der nichtjüdischen Fluchthilfe gesondert behandelt werden. (Vgl. oben S. 167.) Zu den Verbindungen der Baum-Gruppe zu den kommunistischen Widerstandsgruppen in Berlin vgl. im einzelnen Mark: Gruppe Baum, S. 51, sowie Pikarski: Jugend im Widerstand, S. 75 ff.

¹⁸² YV 01/297. Holzer: Gruppe Baum, S. 2.

¹⁸³ WL P III g No. 68. Vgl. dazu auch Steinberg: Jews, S. 29.

¹⁸⁴ In der Literatur wird Steinbrink als ein Schulkamerad Herbert Baums vorgestellt, was sehr unwahrscheinlich gewesen sein dürfte. Herbert Baum war immerhin fünf Jahre älter als Steinbrink.

¹⁸⁵ Pikarski: Jugend im Widerstand, S. 82.

- ¹⁸⁶ Rolle und Schicksal Rudi Arndts, der im KL Buchenwald die Funktion eines Blockältesten ausübte, werden an anderer Stelle behandelt. Vgl. oben S. 277 ff.
- ¹⁸⁷ YV 01 / 297. Holzer: Gruppe Baum, S. 2. Die Angaben über die Zahl der Teilnehmer wie über den genauen Zeitpunkt der Gedenkfeier gehen auseinander. Ilse Stillmann, ehemals Haak, die bis Ende 1941 zur Gruppe gehörte, sich aber dann mit dem Beginn der »waghalsigen« Aktionen zurückzog, hat einen Bericht über die Beisetzung der Urne von Rudi Arndt auf dem jüdischen Friedhof verfaßt. Abgedruckt bei Pikarski: Jugend im Widerstand, S. 95.
- ¹⁸⁸ YV 01 / 298.
- ¹⁸⁹ Auszüge aus dem illegalen Schrifttum finden sich in der Prozeßakte Rotholz u. A.
- ¹⁹⁰ Vgl. Steinberg: Jews, S. 32.
- ¹⁹¹ Eschwege: Msc. Widerstand, S. 139.
- ¹⁹² Vgl. oben S. 278.
- ¹⁹³ Steinberg: Anteil, S. 135. Steinberg stützt sich dabei offensichtlich auf eine Passage in Pikarskis Diplomarbeit: Die Rolle der Parteiorganisation der KPD in der Herbert-Baum-Gruppe, Berlin 1939–1942. Diese Arbeit war den Autoren nicht zugänglich.
- ¹⁹⁴ Vgl. dazu Prozeßakte Rotholz u. A.
- ¹⁹⁵ Ebenda.
- ¹⁹⁶ Das Sowjetparadies. Ausstellung der Reichspropagandaleitung der NSDAP. Ein Bericht in Wort und Bild, Berlin 1942, S. 3.
- ¹⁹⁷ YV 01 / 298.
- ¹⁹⁸ BA Koblenz, R 58, 204. RSHA-Meldung vom 27. 5. 1942.
- ¹⁹⁹ YV 01 / 298. Auch in anderen Berichten (YV 01 / 297) hat Frau Holzer den Verrat Frankes herausgestellt. In dem in der WL hinterlegten Bericht heißt es: »Im Herbst 1941 nahm Herbert Baum Verbindung zu einer nichtjüdischen Gruppe auf, und dort war ein Spitzel dabei, ... Franke. Ungefähr um diese Zeit ging ein deutscher Sportler, ehemaliger Fichtegenosse, nach Dänemark oder Schweden und brachte von dort illegales Informationsmaterial nach Deutschland mit. Er wurde gefangen, und das Material fiel der Stapo in die Hände. Diese setzte das an sich echte Material mit einem dazugefälschten Teil, der zu kleinen Aktionen riet, in Umlauf, und zahllose kleine und große Gruppen fielen der Sache zum Opfer. Unter anderem auch die Schulze-Boysen-Gruppe, mit denen ich zusammen saß.«
- ²⁰⁰ Eine Eintragung im Tagebuch von Goebbels deutet auch auf einen Zusammenhang mit dem Heydrichattentat hin, das am 27. Mai 1942 verübt worden war. Goebbels notiert, daß man sich über die »Hintergründe des Attentats« auf Heydrich noch nicht im klaren sei, und fährt dann fort: »Jedenfalls halten wir uns an den Juden schadlos. Ich lasse in Berlin die von mir geplante Verhaftung von 500 Juden vornehmen und den jüdischen Gemeindevorstehern eröffnen, daß für jedes jüdische Attentat oder für jeden jüdischen Revolteversuch 100 oder 150 in unserer Hand befindliche Juden erschossen werden. Im Verfolg des Heydrichattentats sind in Sachsenhausen eine ganze Reihe inkriminierter Juden erschossen worden. Je mehr von diesem Dreckzeug beiseite geschafft wird, um so besser für die Sicherheit des Reiches.« Zitiert nach Adler: Verwaltete Mensch, S. 181 f.
- ²⁰¹ Bericht von Johann Hüttner an H. Eschwege. Vgl. auch Schmidt: Damit Deutschland lebe, S. 377; Mark: Gruppe Baum, S. 55; M. Riesenburger: Das Licht verlöschte nicht, Berlin 1960, S. 48.

- ²⁰² Weisenborn: Aufstand, S. 164.
- ²⁰³ Zitiert nach Adler: *Verwaltete Mensch*, S. 180.
- ²⁰⁴ Mitteilung von Richard Holzer an H. Eschwege.
- ²⁰⁵ Zitiert nach Baker: *Hirt der Verfolgten*, S. 368 f., der sich bei der Schilderung des Treffens auf Mitteilungen von Norbert Wollheim stützt. Nur mit wenigen Sätzen streift Baker die Aktivitäten der Baum-Gruppe. Seine Informationen und Meinungen sind nicht frei von Fehlern und Unterstellungen.
- ²⁰⁶ Mark: Gruppe Baum, S. 56.
- ²⁰⁷ Institut Marxismus-Leninismus – Zentrales Parteiarchiv, Sign. NJ-St.-1642.
- ²⁰⁸ BA Koblenz, R 22, 4089. Führerinformation Nr. 81 vom 23. Juli 1942.
- ²⁰⁹ Mark: Gruppe Baum, S. 59. Die von Mark zitierten Stellen sind aus dem Jiddischen ins Deutsche zurückübersetzt. Sie können in den Originalen, in die wir keinen Einblick hatten, sprachlich etwas anders lauten.
- ²¹⁰ Vgl. dazu Steinberg: Anteil, S. 134.
- ²¹¹ Abgedruckt in: *An die Lebenden. Letzte Briefe deutscher Widerstandskämpfer*, Leipzig 1959, S. 135 f.
- ²¹² Institut Marxismus-Leninismus – Zentrales Parteiarchiv, Sign. NJ-St-1642.
- ²¹³ Urteilsbegründung des 2. Senats des Volksgerichtshofes vom 10. 12. 1942 (10 J 207/42 g – 2 H 314/42). Photokopie im Besitz der Autoren.
- ²¹⁴ Wittmann forderte 1944 auch das Todesurteil gegen den bekannten kommunistischen Reichstagsabgeordneten Theodor Neubauer, der eine kommunistische Widerstandsgruppe aufgebaut und geführt hatte.
- ²¹⁵ Mark: Gruppe Baum, S. 61. Vgl. auch Steinberg: *Jews*, S. 36.
- ²¹⁶ Abgedruckt bei Eschwege: *Kennzeichen J*, S. 316.
- ²¹⁷ Mark: Gruppe Baum, S. 61 f.
- ²¹⁸ Abgedruckt in englischer Übersetzung bei Steinberg: *Jews*, S. 36 f.
- ²¹⁹ Bekanntmachung des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof vom 4. 3. 1942. Photokopie im Besitz der Autoren.
- ²²⁰ Mark: Gruppe Baum, S. 62.
- ²²¹ Zitiert nach der engl. Übersetzung bei Steinberg: *Jews*, S. 37.
- ²²² Urteil des VGH vom 29. 6. 1943 (10 J 328/439 – 2 M 99/43). Photokopie im Besitz der Autoren.
- ²²³ Schreiben der Stapoleitstelle Berlin an das RSHA vom 8. 7. 1943 sowie Schreiben des RSHA an den Oberreichsanwalt beim VGH vom 23. 7. 1943. Photokopien im Besitz der Autoren.
- ²²⁴ Mitteilung des Strafgefängnisses Plötzensee über die Hinrichtung Martin Kochmanns am 7. 9. 1943. Photokopie im Besitz der Autoren.
- ²²⁵ Zitiert nach Steinberg: Anteil, S. 135.
- ²²⁶ So in der Urteilsbegründung, mit der Gustav Paech zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. BA Koblenz, R 22, 3166.
- ²²⁷ Eschwege: *Msc. Widerstand*, S. 152 b.
- ²²⁸ Vgl. hierzu den Bericht von Rita Meyer über die Arbeit der Gruppe Herbert Baum, in: Schmidt, *Damit Deutschland lebe*, S. 379.
- ²²⁹ BA Koblenz, R 22, 3166. Der Generalstaatsanwalt bei dem Kammergericht an den Vorsitzenden des Strafsenats des Kammergerichts (7 oJs 235/42 g).
- ²³⁰ BA Koblenz, R 22, 3166. Der Generalstaatsanwalt bei dem Kammergericht an den Vorsitzenden des Strafsenats des Kammergerichts (7 oJs 219/43 g). In dieser Anklageschrift finden sich die Namen und Vergehen des genannten Fluchthelferkreises.
- ²³¹ Mark: Gruppe Baum, S. 63.

- ²³² WL P III g Nr. 68.
²³³ Ebenda.
²³⁴ Auf späteren Informationen Richard Holzers beruht L. Steinbergs Schilderung über die Tätigkeiten Holzers im Nationalkomitee Freies Deutschland. Vgl. Steinberg: *Jews*, S. 41.
²³⁵ WL P III g Nr. 68.
²³⁶ Vgl. dazu auch S. S. Schwarzschild: A Sequel to the Story of Herbert Baum, in: *Judaica Post*, Vol. 3 no. 3-4, 1962, S. 215-217.
²³⁷ Berliner Zeitung vom 6. 11. 1981.

3. Kapitel

- ¹ Zur Begriffsbestimmung vgl. oben S. 19f.
² Grundlegend hierfür: H. A. Strauss: *Jewish Emigration from Germany*, in: *YLBI XXV* (1980), S. 313-361.
³ BA Koblenz, R 43 II, 600. Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes (gez. von Bülow-Schwante) vom 27. 9. 1933.
⁴ Vgl. dazu H. Tutas: *Nationalsozialismus und Exil*, München, Wien 1975, S. 105 ff.
⁵ Zur Haltung der Niederlande vgl. de Jong: *Koninkrijk, deel 1*, S. 529. Zur Geschichte der deutschen Flüchtlinge in den Niederlanden vgl. auch D. Michman: *The Jewish refugees from Germany in the Netherlands 1933-1940*, 2 vols., Jerusalem 1978 (hebr.).
⁶ HStA Düsseldorf, Gestapoakte 67 376. Im Düsseldorfer Hauptstaatsarchiv befinden sich zahlreiche Akten deutscher Juden und Nichtjuden, die sich illegal in den Niederlanden aufgehalten haben und, von den Niederländern nach Deutschland abgeschoben, dann in Konzentrationslager gebracht worden sind.
⁷ Z. Asaria: *Die Juden in Köln*, Köln 1959, S. 333.
⁸ BA Koblenz, R 58, 276. Schnellbrief der Gestapo vom 23. 12. 1938.
⁹ Einen knappen Überblick vermitteln Y. Bauer, L. Yahil, J. Litvak: *Rescue*, in: *Holocaust*, S. 119-131. Umfassend werden die Fluchtversuche dargestellt in Y. Gutman und E. Zuror: *Rescue Attempts During the Holocaust*, Jerusalem 1977.
¹⁰ D. Levin: *Der bewaffnete Widerstand baltischer Juden gegen das Nazi-Regime 1941-1945*, in: *Acta Baltica 15* (1975), S. 169.
¹¹ Zwischen 1940-1942 gelangten etwa 20000-30000 Juden, zwischen 1942-1944 etwa 11000 nach Spanien und Portugal. Die Zahl der Juden, die in den Jahren 1942-1944 in die Schweiz flüchteten, wird auf 11000 geschätzt.
¹² Yahil: *Danish Jewry*.
¹³ Nach israelischen Angaben gelangten von 1939 bis 1948 rund 115000 auf illegalem Weg nach Palästina. K. J. Ball-Kaduri: *Illegale Judenauswanderung aus Deutschland nach Palästina 1939/1940. Planung, Durchführung und internationale Zusammenhänge*, in: *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte IV* (1975), S. 415. Zu den Fluchtversuchen nach Palästina vgl. ferner Y. Bauer: *From Diplomacy to Resistance. A History of Jewish Palestine 1939-1945*, Philadelphia 1970; ders.: *Flight and Rescue. B'riha*, New York 1970; E. Dekel: *B'riha. Flight to the Homeland*, New York 1973; R. Klüger und P. Mann: *The Last Escape*, London 1974.
¹⁴ *Tableau des personnes deportees par Malines*, in: *La Persecution des Juifs en France*, Paris 1947, S. 224.

- ¹⁵ T. Iwaszko: Häftlingsfluchten aus den Lagern, in: Hefte von Auschwitz 7 (1964), S. 3–57.
- ¹⁶ Rückertl: NS-Vernichtungslager.
- ¹⁷ Ebenda.
- ¹⁸ P. Berben: Histoire du Camp de Concentration de Dachau (1933–1945), Brüssel 1968, S. 165.
- ¹⁹ H. Maršalek: Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen, Wien 1974.
- ²⁰ Langbein: ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank, S. 273 ff.
- ²¹ H. G. Adler: Theresienstadt 1941–1945, Tübingen² 1960, S. 47f.
- ²² De Jong: Koninkrijk 8/1, S. 617, S. 664f. und S. 739f.
- ²³ Tagebuch einer Jüdischen Gemeinde 1941/1943, hrsg. von A. Keim, Mainz 1969.
- ²⁴ WL P III d no. 83.
- ²⁵ YW 01/198.
- ²⁶ Ehrlich erhielt einen Blankoausweis von dem Staatsanwalt Caspary. Es handelte sich um einen Dienstaussweis des Reichsministers für Bewaffnung und Munition. Die entsprechenden Eintragungen und Dienststempel wurden von einem jüdischen Graphiker kunstgerecht eingetragen. Über die Aktivitäten dieses Fälschers siehe oben S. 183.
- ²⁷ WL P III d No. 1141. Ehrlich schloß 1950 an der Universität von Basel sein Studium mit der Promotion ab. Er veröffentlichte in den folgenden Jahren zahlreiche Beiträge zur jüdischen Geschichte. Herbert A. Strauss wanderte in die Vereinigten Staaten aus. Er gilt als einer der führenden Historiker der deutsch-jüdischen Geschichte, insbesondere auf dem Gebiet der Immigrations- und Antisemitismusforschung.
- ²⁸ YV 01/76.
- ²⁹ YV 03/3296.
- ³⁰ WL P III g no. 230.
- ³¹ WL P III g no. 229.
- ³² IfZ-München, ZS 1971. Schreiben H. Adlers an das IfZ vom 17. 11. 1969.
- ³³ Vgl. dazu Presser: Ondergang II, S. 241 ff.
- ³⁴ WL P III d no. 83.
- ³⁵ Abgedruckt bei H. G. Adler: Die verheimlichte Wahrheit. Theresienstädter Dokumente, Tübingen 1959, S. 303.
- ³⁶ Ball-Kaduri: Berlin, S. 237.
- ³⁷ S. Weltlinger: Hast Du es schon vergessen? Berlin 1954, S. 7.
- ³⁸ Sauer: Schicksale, S. 332f, 342 ff., 376f.
- ³⁹ Zitiert nach: Wolfsohn: Widerstand, S. 33.
- ⁴⁰ Ball-Kaduri: Berlin, S. 240/1.
- ⁴¹ De Jong: Koninkrijk 6/1, S. 356–358. Von den 140000 Juden haben sich 3700 über die Landesgrenzen gerettet. 1000 gelang die »legale« Auswanderung; 200 flüchteten nach England; 500 nach Belgien, 1000 ins unbesetzte Frankreich und 1000 in die Schweiz. 12500 waren »privilegiert« und »bis auf weiteres« von den Deportationen freigestellt. Insgesamt wurden 110700 Juden in die Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert, von denen etwa 5000 überlebten.
- ⁴² Adler: Theresienstadt, S. 15.
- ⁴³ Zitiert nach J. Köhler: Klettern in der Großstadt. Volkstümliche Geschichten vom Überleben in Berlin 1933–1945, Berlin² 1981, S. 187. Vgl. dazu auch I. Rewald: Berliner, die uns halfen, die Hitlerdiktatur zu überleben, Berlin 1975.

- ⁴⁴ Vgl. hierzu Laqueur: Was niemand wissen wollte, 1981, S. 185; sowie Baker: Hirt der Verfolgten. Zur Haltung des Jüdischen Rates in den Niederlanden vgl. L. de Jong: Die Niederlande und Auschwitz, in: VJHZG 17 (1969), S. 1–16.
- ⁴⁵ YV 01/247.
- ⁴⁶ BA Koblenz, R 58, 210. Auszug Nr. 2 vom 11.6.1943 aus den RSHA-Meldungen wichtiger staatspolitischer Ereignisse.
- ⁴⁷ Sauer: Schicksale, S. 437ff.
- ⁴⁸ YV 03/3296.
- ⁴⁹ WL P IIIg no. 1196.
- ⁵⁰ WL P III d no. 385.
- ⁵¹ WL P III d no. 616.
- ⁵² WL P III d no. 458 und no. 460.
- ⁵³ Ich war auf der Flucht und Du hast mir geholfen. Fernseh-Dokumentation von R. Urbach, ausgestrahlt vom SFB am 14.3.1981.
- ⁵⁴ Vgl. dazu Presser: Ondergang II, S. 274f sowie de Jong: Koninkrijk 7/1, S. 461ff.
- ⁵⁵ Den Netzen entronnen. Die Aufzeichnungen des Joel König, Göttingen 1967, S. 191.
- ⁵⁶ WL P III d no. 83.
- ⁵⁷ Zitiert nach Köhler: Großstadt, S. 160.
- ⁵⁸ YV 01/247, S. 50.
- ⁵⁹ WL P III c no. 597.
- ⁶⁰ IfZ München, MA 442/1. RSHA-Meldung vom 9.2.1942.
- ⁶¹ BA Koblenz, R 58, 200. RSHA-Meldung vom 12.1.1942.
- ⁶² WL P III d no. 385.
- ⁶³ WL P III no. 202. Beobachtungen einer englischen Jüdin in Deutschland 1943/1945.
- ⁶⁴ H. Henschel: Aus der Arbeit der Jüdischen Gemeinde Berlin während der Jahre 1941–1943, in: ZfGJ 9 (1972), S. 43.
- ⁶⁵ Vgl. dazu Ball-Kaduri: Berlin, S. 234f.
- ⁶⁶ Diese Charakterisierung finden sich in: WL P III a no. 192, P III a no. 41; P III a no. 202; P III d no. 13/4; P III d no. 385; P III d no. 950; P III e no. 1185; P III e no. 11; P III h no. 164; P III h no. 54; P III c no. 597.
- ⁶⁷ Zitiert nach M. Horbach: So überlebten sie den Holocaust, München 1979.
- ⁶⁸ Henschel: Aus der Arbeit, S. 45. Vgl. dazu auch WL P III h no. 163 sowie Adler: Theresienstadt, S. 115 und S. 733.
- ⁶⁹ Zitiert nach Ball-Kaduri: Berlin, S. 235.
- ⁷⁰ E. Ringelblum: Polish-Jewish Relations. Vgl. auch WL P III d no. 855.
- ⁷¹ Ph. Friedman: The Yellow Badge and the Yellow Star in the Nazi Era, in: Historia Judaica XVII (1955) S. 61.
- ⁷² YV 01/183; WL P III i no. 410, P III i no. 13, P III g no. 277, P III g no. 241.
- ⁷³ de Jong: Koninkrijk 6/1, S. 360–372.
- ⁷⁴ F. Weinreb: Collaboratie en Verzet 1940–1945, Amsterdam 1969.
- ⁷⁵ D. Giltay und A. J. v. d. Leeuw: Het Weinreb report, 2 dln., 's Gravenhage 1976 sowie: A. J. v. d. Leeuw: The Emigration Lists of Friedrich Weinreb, in: Patterns of Jewish Leadership, S. 259.
- ⁷⁶ HStA Düsseldorf, Gestapoakte 27238.
- ⁷⁷ HStA Düsseldorf, Gestapoakte 34802.
- ⁷⁸ HStA Düsseldorf, Gestapoakte 583.

- ⁷⁹ HStA Düsseldorf, Gestapoakte 35 573.
- ⁸⁰ BA Koblenz, R 58, 200. RSHA-Meldung Nr. 4 vom 12. 1. 1942. Festgenommen wurde ebenfalls die Jüdin Herta P., der vorgeworfen wurde, von den »Machenschaften des M.« gewußt und beabsichtigt zu haben, »einen türkischen Staatsangehörigen zu heiraten, so die türkische Staatsangehörigkeit zu erlangen und ihr Vermögen in das Ausland verschieben zu können«.
- ⁸¹ BA Koblenz, R 58, 210. RSHA-Meldung Nr. 2 vom 11. 6. 1953. Vgl. auch oben S. 153.
- ⁸² BA Koblenz, R 58, 210. RSHA-Meldung Nr. 4 vom 22. 4. 1943.
- ⁸³ IfZ München, MA 442/2. RSHA-Meldung Nr. 3 vom 16. 7. 1943.
- ⁸⁴ YV 1214 497. Akte Hans Walz. In dieser Akte findet sich auch die folgende Aussage Adlers. Vgl. auch oben S. 47.
- ⁸⁵ Vgl. dazu H. Höhne: Canaris, München 1976.
- ⁸⁶ HStA Düsseldorf, Gestapoakte 39 684.
- ⁸⁷ HStA Düsseldorf, Gestapoakte 13 866.
- ⁸⁸ Die folgenden Ausführungen stützen sich auf de Jong: Koninkrijk 5/2, S. 1006–1007. Vgl. auch Höhne, Canaris, S. 444.
- ⁸⁹ IfZ München, ZS 1850. Aussage Sch. vor der Spruchkammer.
- ⁹⁰ Ebd., Bericht Hielschers über die unterirdische Arbeit gegen den Nationalsozialismus, verfaßt am 25./26. 7. 1945.
- ⁹¹ Ebd., Schreiben an die Anklagebehörde beim Spruchgericht Benefeld-Bomlitz vom 3. 5. 1948.
- ⁹² Ebd., Affidavit Therese R. vom 2. 8. 1946.
- ⁹³ WL P III g no. 63. Abschrift des Urteils, sowie als Anlage vier Flugschriften der »Europäischen Union«.
- ⁹⁴ YV 1936 108. Zeugenaussage Prälat Dr. Hermann Maas. Vgl. dazu auch Reuter: Katholische Kirche als Fluchthelfer.
- ⁹⁵ H. Grüber: Zeuge pro Israel, Berlin 1963; ders.: Erinnerungen aus sieben Jahrzehnten, Köln 1968.
- ⁹⁶ YV 01/247.
- ⁹⁷ WL P III d no. 385.
- ⁹⁸ K. R. Großmann: Die unbesungenen Helden, Berlin 1961. S. 82 ff. sowie H. D. Leuner: Als Mitleid ein Verbrechen war, Wiesbaden 1967, S. 168 ff.
- ⁹⁹ YV 01/282.
- ¹⁰⁰ YV 01/247, S. 32.
- ¹⁰¹ Ebenda, S. 27–29.
- ¹⁰² YV 01/282.
- ¹⁰³ Vgl. dazu Leuner: Mitleid; Rewald; Berliner; E. R. Behrend-Rosenfeld: Ich stand nicht allein. Erlebnisse einer Jüdin in Deutschland 1933–1944, Köln 1979; H. W. Goldstein: Untergrund in Berlin, in: Mitteilungen des Verbandes ehemaliger Breslauer und Schlesier in Israel 45 (1979), S. 7/8.
- ¹⁰⁴ Horbach: Holocaust, S. 131–149.
- ¹⁰⁵ WL P III b no. 668.
- ¹⁰⁶ WL P III d no. 468 und no. 458 sowie W. Daehne: Ein Werkmeister erzählt. (Veröffentl. der Gustav-Heinemann-Oberschule Berlin Tempelhof) Oktober 1979 (hekt.).
- ¹⁰⁷ YV 01/247.
- ¹⁰⁸ I. Deutschkron: Ich trug den gelben Stern, Köln 1978; Horbach: Holocaust, S. 245–247. H. berichtet auch von den Bemühungen Weidts, nach dem Krieg das jüdische Kinder- und Altersheim in Berlin-Niederschönhausen wiederaufzubauen

sowie »in jeder Stadt ein Mahnmal für die Verfolgten« errichten zu lassen. Die Heime wurden 1947 wieder aufgebaut. Die Mahnmal-Initiativen blieben erfolglos, sie stießen »nur auf ein Achselzucken« (S. 255).

¹⁰⁹ Vgl. dazu die Tagebucheintragen von R. Andreas-Friedrich: Der Schattenmann, Frankfurt/M. 1947; sowie H. Rein: Finale Berlin, Berlin 1948.

¹¹⁰ WL P III no. 196a.

¹¹¹ YV 01/247.

¹¹² Yahil: Danish Jewry.

¹¹³ Lebensweg und Aktivitäten Kurt Gersteins haben Anlaß zu zahlreichen Spekulationen gegeben. Er wurde nach dem Krieg von den Franzosen interniert und verübte Selbstmord. In der Haft verfaßte er seinen »Augenzeugenbericht«, der von H. Rothfels in VJHZG 1 (1953), S. 185–193 ediert wurde.

¹¹⁴ Vgl. dazu im einzelnen Steinberg: Jews, S. 145–147.

¹¹⁵ IfZ München MA 442/2. RSHA-Meldung vom 16. 7. 1943.

¹¹⁶ IfZ München ZS 1971.

¹¹⁷ Vgl. dazu jetzt den Bericht von Th. Keneally: Schindlers Liste, München 1983.

¹¹⁸ de Jong: Koninkrijk 6/2, S. 256. Vgl. auch oben S. 188.

¹¹⁹ Verordnungsblatt für die besetzten niederländischen Gebiete 1941, S. 19–27.

¹²⁰ Bei diesen Ausnahmen handelte es sich vorwiegend um polnische und russische Juden. de Jong, Koninkrijk 4/1, S. 875, weist darauf hin, daß sie vermutlich aufgrund der historischen Erfahrungen in ihren Heimatländern staatlichen Maßnahmen und Aufrufen sehr viel mißtrauischer gegenüberstanden als die westeuropäischen Juden. Hinzu kam die Hoffnung, daß es den Nationalsozialisten nicht gelingen würde, in polnischen und russischen Archiven den dokumentarischen Nachweis über die jüdische Identität zu finden, sowie die Annahme, daß ihre soziale Isolierung in den Niederlanden verhindert habe, daß die Umwelt sie als Juden erkannt habe.

¹²¹ Presser: Ondergang II, S. 54 ff.

¹²² RvO Amsterdam, doos 30, map 1.

¹²³ RvO Amsterdam, VJ 64 168–64 185; Schreiben Hauptabteilung Inneres an den Leiter der Präsidialabteilung vom 22. 9. 1942.

¹²⁴ de Jong: Koninkrijk 5/1, S. 535.

¹²⁵ de Jong: Koninkrijk 6/1, S. 309.

¹²⁶ Vgl. dazu auch B. Stockvis: Advocaat in bezettingstijd, Amsterdam 1964.

¹²⁷ Ebd., S. 32.

¹²⁸ RvO Amsterdam, Akte Dr. Wander. Brief Wanders an Stikker vom 14. 9. 1944.

¹²⁹ Presser, Ondergang II, S. 55.

¹³⁰ RvO Amsterdam, Calmeyer-Doc I- 271.

¹³¹ Ebenda, Brief Calmeyers an Presser vom 27. 9. 1965.

¹³² Presser: Ondergang II, S. 60, sowie de Jong: Koninkrijk 7/2, S. 402 f.

¹³³ Vgl. Adler-Rudel: Jüdische Selbsthilfe; sowie Strauss: Jewish Emigration I; II.

¹³⁴ M. Zelzer: Weg und Schicksal der Stuttgarter Juden, Stuttgart 1965, S. 205.

¹³⁵ Bis Kriegsausbruch gingen allein 47 Kindertransporte nach England. Nach den Pogromen der »Kristallnacht« hatten sich verschiedene Regierungen bereit erklärt, jüdische Kinder aufzunehmen: England 10000; Holland 1600; Belgien 1000; Frankreich 600; Schweden 250. Die Kindertransporte wurden in Zusammenarbeit mit der Reichsvertretung und der Kultusgemeinde in Wien organisiert. Noch in den Maitagen von 1940 gelang es, jüdische Flüchtlinge von Holland nach England zu bringen. Vgl. dazu im einzelnen de Jong: Koninkrijk 1, S. 540f.

- ¹³⁶ YV 01/293.
- ¹³⁷ Ball-Kaduri: *Illegale Judenauswanderung. Zur legalen Auswanderung nach Palästina* vgl. G. Luft: *Heimkehr ins Unbekannte. Eine Darstellung der Einwanderung von Juden aus Deutschland nach Palästina vom Aufstieg Hitlers zur Macht bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges 1933–1939*, Wuppertal 1977, sowie: W. Feilchenfeld, D. Michaelis u. A., *Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933–1939*, Tübingen 1972.
- ¹³⁸ Ball-Kaduri: *Illegale Judenauswanderung. Die folgenden Ausführungen stützen sich auf diesen Beitrag.*
- ¹³⁹ Die zurückgebliebenen Kinder wurden in Jugoslawien eineinhalb Jahre versteckt. Der Fluchtweg führte schließlich über Zagreb und Ljubljana in das italienisch besetzte Gebiet und von dort am 13. Oktober 1943 in die Schweiz.
- ¹⁴⁰ YV 03/3455. Vgl. zu den Rettungsaktionen auch das Buch: R. Freier: *Let the Children Come*. London 1961, sowie O. Kova: *Recha Freier – the dreaming Woman*, in: *Sie flohen vor dem Hakenkreuz*, S. 93–99.
- ¹⁴¹ Kulka: *The Reichsvereinigung*, S. 54.
- ¹⁴² BA Koblenz, R 58, 210. RSHA-Meldung Nr. 5 vom 13.4.1942. Das Ergebnis der eingeleiteten Ermittlungen ist ebenso unbekannt wie das Schicksal der Verhafteten.
- ¹⁴³ WL P III g no. 1196.
- ¹⁴⁴ Schwersenz/Wolff: *Jugend im Untergrund*.
- ¹⁴⁵ YV 01/247.
- ¹⁴⁶ Vgl. dazu oben S. 169f.
- ¹⁴⁷ Vgl. dazu Steinberg: *Jews*, S. 44–47.
- ¹⁴⁸ E. Hirschfeld: *Werner Scharff*, in: *Den unvergessenen Opfern des Wahns 1933–1945*, Heidelberg 1952, S. 11ff.
- ¹⁴⁹ Steinberg: *Anteil*, S. 137.
- ¹⁵⁰ Steinberg: *Jews*, S. 46.
- ¹⁵¹ Ebd., S. 46. E. Sojka war französischer Soldat jüdischer Herkunft, der in ein Kriegsgefangenenlager bei Luckenwalde kam und dort als Übersetzer tätig war. Er floh aus der Haft und schloß sich der Luckenwalder Gruppe der »Arbeitsgemeinschaft« an.
- ¹⁵² Hirschfeld: *Werner Scharff*, S. 14.
- ¹⁵³ Eine Fotokopie befindet sich im Besitz der Verf.
- ¹⁵⁴ Steinberg erwähnt (*Jews*, S. 47), daß Fancia und ihr Bruder Gerhard Grün vermutlich im März 1945 erschossen worden sind. Gertrude Scharff und Ilse Grün wurden gerettet. Hildegard Bromberg erlebte ebenfalls die Befreiung. Sie verübte jedoch kurz darauf – aus unbekanntem Gründen – Selbstmord.
- ¹⁵⁵ H. Poelchau: *Die Ordnung der Bedrängten*, Berlin 1963, S. 69f.
- ¹⁵⁶ K. von Hammerstein: *Flucht. Aufzeichnungen nach dem 20. Juli*, Olten, Freiburg 1966, S. 156ff. und S. 192.
- ¹⁵⁷ RvO Amsterdam, JM 9-J. *Vom Ringen des holländischen Hechaluz*. Vgl. auch: *Underground of the Zionist Youth in Occupied Holland*, Tel Aviv 1969 (hebr.).
- ¹⁵⁸ de Jong: *Koninkrijk 6/1*, S. 335.
- ¹⁵⁹ Vgl. oben S. 148f.
- ¹⁶⁰ WL P III g no. 229; P III g no. 330; P III d no. 1277.
- ¹⁶¹ Zum Werkdorp vgl. auch G. von Tijn: *Werkdorp Nieuwesluis*, in: *YLBI XIV* (1969) S. 182–199.
- ¹⁶² RvO Amsterdam, Doos 12: *Karli Oroslan-Palestina-groep*.
- ¹⁶³ YV 03/930.

- ¹⁶⁴ Presser: *Ondergang II*, S. 15 f.
- ¹⁶⁵ Vgl. S. Adler-Rudel: *A Chronicle of Rescue Efforts*, in: YLBI XI (1966), S. 225.
- ¹⁶⁶ Vgl. dazu auch de Jong: *Koninkrijk 6/2*, S. 354.
- ¹⁶⁷ de Jong: *Koninkrijk 6/1*, S. 258f. sowie S. 352 ff. Die Gesamtzahl der jüdischen Kinder, die in den Niederlanden versteckt wurden, wird auf 4500 geschätzt. Zahlreiche niederländische Widerstandsgruppen, vor allem aus kirchlichen und studentischen Kreisen, haben dieses Rettungswerk organisiert. Bei diesen Aktionen wirkten auch Juden mit – wie Rosemarie Gomperz oder der aus Ungarn stammende Kaufmann Sandor Baracs. Vgl. dazu WL P III d no. 840 und P III g no. 847.
- ¹⁶⁸ RvO Amsterdam, Doos 21, map 21: *Memoires – Dr. Cohen*, S. 81, Prof. David Cohen war neben Abraham Asscher Vorsitzender des Jüdischen Rates und wurde nach Theresienstadt gebracht.
- ¹⁶⁹ Sh. Rülfi: *Ströme im dürren Land*, Stuttgart 1964, S. 271 ff.
- ¹⁷⁰ YV 1588/135 – B.
- ¹⁷¹ Fotokopie im Besitz der Verf.
- ¹⁷² Umfassend dazu de Jong: *Koninkrijk 7/2*, S. 703–729, sowie RvO Amsterdam, Doc II–618. *Persoons Bewijs Centrale*; Akte Gerhard Badrian, und WL P III g no. 821.
- ¹⁷³ Vgl. dazu Steinberg: *Jews*, S. 131–155.
- ¹⁷⁴ M. Steinberg: *The Trap of Legality. The Association of the Jews of Belgium, in: Patterns of Jewish Leadership*, S. 353–376.
- ¹⁷⁵ YV 01/183; WL P III g no. 253; P III g no. 1112; P III g no. 587; P III g no. 588; P III g no. 586.
- ¹⁷⁶ Steinberg: *Jews*, S. 81–127, sowie: A. Latour: *La résistance juive en France 1940–1944*, Paris 1970.
- ¹⁷⁷ Ein guter Mensch. Zum Tode von Max Dessauer. *Frankfurter Rundschau* vom 24. 10. 1962; sowie Arnsberg: *Hessen II*, S. 299.
- ¹⁷⁸ Mitteilung von H. Schramm an H. Eschwege.
- ¹⁷⁹ Mitteilung von R. Schatz an H. Eschwege.
- ¹⁸⁰ F. Salm: *Im Schatten des Henkers. Vom Arbeiterwiderstand in Mannheim, Frankfurt/M. 1973*, S. 220. Henriette Dreifuß, deren Eltern 1943 deportiert wurden, schloß sich der Widerstandsbewegung »Freies Deutschland« an und wurde Beauftragte in Südfrankreich. Die letzten Kriegsmonate verbrachte sie bei einer Partisaneneinheit in Lyon. Sie gehörte zu den wenigen überlebenden Juden, die nach dem Krieg nach Mannheim zurückkehrten.
- ¹⁸¹ Zum Schicksal von Marianne Cohen vgl. auch R. Minc: *Kinder in der Nacht. Schicksale jüdischer Kinder 1933–1945*, Frankfurt/M. 1963, S. 49 ff.
- ¹⁸² BA Koblenz, R 58, 210. RSHA-Meldung vom 21. 5. 1943.
- ¹⁸³ Gleichzeitig wurde S. Adler-Rudel nach Schweden entsandt, um eine Aktion vorzubereiten, die die Rettung von 20000 jüdischen Kindern vorsah. Die Bemühungen blieben erfolglos. Vgl. Adler-Rudel: *Chronicle*.
- ¹⁸⁴ Kibbuz-Archiv Hasorea, 4601 Wilfried Israel. Der Archivleiterin Frau H. Nehab sowie allen anderen Kibbuzmitgliedern sei an dieser Stelle für die Gastfreundschaft und die Möglichkeit gedankt, Materialien einsehen und Zeugenbefragungen durchführen zu können.
- ¹⁸⁵ H. G. Reissner: *The Histories of »Kaufhaus N. Israel« and of Wilfried Israel*, in: YLBI III (1958), S. 227–256.
- ¹⁸⁶ Vgl. dazu J. Colvin: *Flight 777*, London 1957.
- ¹⁸⁷ P. Leshem: *Rescue Efforts in the Iberian Peninsula*, in: YLBI XIV (1969),

S. 231–256. Leshem trat 1950 in den Diplomatischen Dienst Israels über und verbrachte später einige Jahre als israelischer Generalkonsul in der Bundesrepublik Deutschland.

¹⁸⁸ Vgl. hierzu S. W. Baron: *A Social and Religious History of the Jews*, vol. IV, New York 1957, S. 96, 104, 125, 144 ff.; J. R. Marcus: *The Jew in the Medieval World. A Source Book 315–1791*, New York 1979, S. 116, sowie S. Dubnow: *Weltgeschichte des jüdischen Volkes*, Bd. 5, Berlin 1927, S. 307.

¹⁸⁹ Vgl. hierzu *Encyclopaedia Judaica*, vol. 15, 1978, S. 489–491, sowie *Jüdisches Lexikon*, Bd. 5, Berlin 1930, S. 350 ff.

¹⁹⁰ Gänzlich im Dunkeln liegen die Zahlen der Selbstmorde, die von anderen verfolgten Personengruppen im Dritten Reich verübt wurden. In den Quellen finden sich verstreute Hinweise, die vor allem Selbstmordhandlungen von inhaftierten kommunistischen Widerstandskämpfern bezeugen. So werden zum Beispiel in einem Rechenschaftsbericht der Gestapo Hamburg für den Zeitraum bis zum Oktober 1934 zwölf Selbstmordfälle gesondert aufgeführt. Als Hauptgrund für den Suizid wird die Sorge genannt, bei den Vernehmungen unter Mißhandlungen versteckte Waffenlager oder die Namen von Widerstandskameraden anzugeben. FSt Hamburg 8123.

¹⁹¹ Aus der umfassenden Literatur seien hier nur genannt: E. Durkheim: *Suicide. A Study in Sociology*, London 1966, S. 167 ff.; J. D. Douglas: *The Social Meaning of Suicide*, Princeton 1973, S. 16 und S. 64 f., sowie C. L. Halton, Sh. McBride Valente u. A.: *Suicide. Assessment and Intervention*, New York 1977; C. Reimer (Hrsg.): *Suicid. Ergebnisse und Therapie*, Berlin, Heidelberg, New York 1982.

¹⁹² So C. J. E. Stuldreher: *Samen allein*, in: *Bericht van de Tweede Wereldoorlog* no. 54, deel 4 (1971), S. 1489 f.

¹⁹³ Zahlen über die »Selbstmorde im Deutschen Reich von 1893 bis 1939 bzw. im Bundesgebiet 1946 bis 1980« wurden mir vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden freundlicherweise zur Verfügung gestellt. Daten über Selbstmordhandlungen deutscher Juden liegen dem Bundesamt nicht vor. (Schreiben vom 31. 5. 1979 an K. Kwiet).

¹⁹⁴ Die statistischen Angaben finden sich bei Durkheim: *Suicide*, S. 154; *Handwörterbuch der Staatswissenschaft*, Bd. 7 1926, S. 444; *Zeitschrift des preußischen Statistischen Landesamtes*, Jg. 67 (1928) und Jg. 68 (1929); A. Ruppin: *Soziologie der Juden*, Bd. 1, Berlin 1930, S. 246 f. Vgl. auch M. Sichel, *Der Selbstmord bei den Juden – einst und jetzt*, in: *Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden*, Jg. 1 (1924), S. 91–107.

¹⁹⁵ Vgl. *Der Schild* vom 11. 12. 1925; *Jüdische Rundschau* vom 9. 2. 1926 und 21. 10. 1927, *CV-Zeitung* vom 27. 11. 1925. Eine knappe Beschreibung und Interpretation findet sich auch bei Niewyk: *Jews in Weimar Germany*, S. 57.

¹⁹⁶ Richarz: *Jüdisches Leben III*, S. 14.

¹⁹⁷ Vgl. dazu auch R. Grunberger: *Das zwölfjährige Reich*, Wien, München, Zürich 1972, S. 236.

¹⁹⁸ *Riesenburger: Licht verlöschte nicht*, S. 39.

¹⁹⁹ Beispielhaft: *Der gelbe Fleck. Die Ausrottung von 500000 deutschen Juden*, Paris 1936, S. 261–266.

²⁰⁰ Zitiert nach dem NSDAP-Nachrichtendienst, Ortsgruppe Duisburg Neudorf-Nord, verantwortl. Herausgeber H. Heydorn, August 1933. Eine Kopie befindet sich WL, Germany, *Suicides and Executions IV A 3 c*.

²⁰¹ *Fliedner: Judenverfolgung Mannheim II*, S. 77, Anm. 55.

²⁰² Die Untersuchung selbst haben wir nicht finden können. Hinweise über ihre

- Existenz finden sich in einer niederländischen Meldung der Joodse Prescommissie voor byzondere Berichtgeving vom 3. 11. 1937. WL PC 3, 156.
- ²⁰³ H. Rosenkranz: Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1933–1945, Wien 1978, S. 40.
- ²⁰⁴ Ebenda, S. 41.
- ²⁰⁵ Ebenda.
- ²⁰⁶ J. H. Simpson: The Refugees Problem, London 1939, S. 126. Vgl. auch: Black Book. The Nazi Crimes against the Jewish People, New York 1946, S. 128 f.
- ²⁰⁷ Düwell: Rheingebiete, S. 183.
- ²⁰⁸ A. Müller: Geschichte der Juden in Nürnberg, Nürnberg 1968, S. 243.
- ²⁰⁹ Bayern in der NS-Zeit I, S. 471.
- ²¹⁰ Ebenda, S. 476.
- ²¹¹ Sauer: Dokumente II, S. 243, sowie Adler: Verwaltete Mensch, S. 162.
- ²¹² Flidner: Judenverfolgung Mannheim II, S. 79.
- ²¹³ Vgl. dazu R. Kempner: Die Ermordung von 35 000 Berliner Juden, in: Gegenwart und Rückblick, hrsg. von H. A. Strauss und K. R. Großmann, Heidelberg 1970, S. 180ff.
- ²¹⁴ Henschel: Aus der Arbeit, S. 35.
- ²¹⁵ Zitiert nach B. Nellessen: Der Prozeß von Jerusalem, Düsseldorf/Wien 1964, S. 111.
- ²¹⁶ Rosenkranz: Verfolgung und Selbstbehauptung, S. 301.
- ²¹⁷ Ebenda.
- ²¹⁸ Tagebuch einer jüdischen Gemeinde.
- ²¹⁹ Vertraulicher Bericht über die Evakuierung von Juden nach Riga vom 11. 12.–17. 12. 1941, Düsseldorf 26. 11. 1941, in: Judendeportationen aus dem Reichsgebiet II, zusammengestellt von der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen, o. J., abgedruckt auch bei Adler: Verwaltete Mensch, S. 462; vgl. ferner die Schreiben der Stapoleitstelle Düsseldorf an das RSHA vom 19. 4. 1942, 18. 6. 1942 und 18. 8. 1942, in: Judendeportationen II.
- ²²⁰ Bayern in der NS-Zeit I, S. 484.
- ²²¹ Generaldirektion der staatlichen Archive Bayerns: Verfolgung und Widerstand in Bayern. Archivinventar II, S. 190 (21).
- ²²² Adler: Verwaltete Mensch, S. 387f.
- ²²³ Henschel: Aus der Arbeit, S. 44 und S. 47.
- ²²⁴ WL PIII a no. 1095.
- ²²⁵ Vgl. hierzu seinen Erlebnisbericht bei Richarz: Jüdisches Leben III, S. 459–475.
- ²²⁶ B. Blau: Die Juden in Deutschland von 1939–1945, in: Judaica 7 (1951), S. 270–284.
- ²²⁷ Strauss: Jewish Emigration I, S. 320 Anm. 13 und S. 327 Anm. 26. Bei Reitlinger: Endlösung, S. 99, finden sich folgende Angaben: 57 Juden sollen sich am 3. 4. 1942 das Leben genommen haben, als 523 in den Osten »evakuiert« wurden. Am 3. 10. 1942 wurden 717 Juden zur »Aussiedlung« nach Estland aufgerufen, diesmal sollen 208 Juden Selbstmord begangen haben. Die Angaben beruhen auf Informationen, die Reitlinger von Herrn Toch erhielt. In den Deportationslisten, die von der Berliner Stapoleitstelle an die Finanzbehörden weitergeleitet und die beim Generalstaatsanwalt als Fotokopien in Restbeständen vorhanden sind und von mir durchgesehen wurden, finden sich keine Hinweise auf Selbstmordzahlen. Die umfassenden Justiz-, RSHA- und Finanzakten bedürfen jedoch noch der systematischen Auswertung, um ggf. gesicherte quantifizierende Angaben machen zu können.

²²⁸ Riesenburger: Licht verlöschte nicht, S. 39.

²²⁹ Die jüdischen Gemeinden in Württemberg und Hohenzollern, hrsg. von der Archivdirektion Stuttgart, Stuttgart 1966, S. 23. Eine Zahl von 165 Selbstmorden gibt Sauer (Schicksale, S. 265) an, wobei er einräumt, daß die wirkliche Zahl sehr viel höher lag. Die Selbstmorde verteilen sich auf die einzelnen Phasen der Judenverfolgung wie folgt: 1933–1935 32 Fälle, 1936–1937 13 Fälle, 1938–1939 61 Fälle, 1940–1945 59 Fälle.

²³⁰ Größe der jüdischen Gemeinden und Zahl der Selbstmorde:

Gemeinde	Juden		Selbstmorde
	1933	1939	
Aachen	1 343	8 17	10
Augsburg	800	568	11
Bad Kreuznach	(713)	211	2
Bamberg	738	427	2
Berlin	160 546	82 457	3000–4000
Bielefeld	(800)	409	10
Bonn	740	512	9
Braunschweig	743	189	10
Breslau	20 202	10 848	
Düsseldorf	5 053	2 072	12
Essen	4 506	1 704	6
Frankfurt/M.	29 385	14 461	300
Freiburg	1 138	525	3
Gelsenkirchen	1 615	738	10
Gera	(302)	88	17
Göttingen	(500)	269	7
Halle	1 086	318	9
Hamburg	19 643	9 943	308
Hannover	4 859	2 457	40
Heidelberg	1 102	515	3
Karlsruhe	3 119	1 444	10
Kiel	(500)	278	11
Köln	14 816	8 406	100
Krefeld	1 481	820	15
Leipzig	11 564	4 470	20
Mainz	2 609	1 544	28
Mannheim	6 402	3 054	50
München	9 005	4 940	182
Nürnberg	7 502	2 645	56
Oberhausen	(250)	151	2
Pforzheim		280	4
Rheydt	320	243	1
Stuttgart	4 012	2 305	100
Wien	178 000	91 530	über 1000
Würzburg	2 145	1 096	5
Wuppertal	2 471	1 129	30

Die Zahlen für Wien finden sich bei Rosenkranz, *Verfolgung und Selbstbehauptung*, S. 39 ff., S. 87, S. 301. Die Angaben für die anderen Orte stammen aus H. Lamm: *Über die innere und äußere Entwicklung des deutschen Judentums im Dritten Reich*, Phil.Diss. Erlangen 1951, S. 342f. Sie sind nicht immer zuverlässig.

- ²³¹ Erlaß der Stapoleitstelle Stuttgart vom 18. 11. 1941, Sauer: *Dokumente II*, S. 272.
- ²³² Schreiben des Reichsministeriums der Finanzen an das RSHA vom 16. 5. 1942, Ebenda, S. 264.
- ²³³ Schnellbrief der Gestapo Frankfurt/M. vom 21. 8. 1942, *Dokumente Frankfurter Juden*, S. 523.
- ²³⁴ Presser: *Ondergang II*, S. 509.
- ²³⁵ Mitteilung von Frau Edith Kramer an K. Kwiet. Ich möchte mich an dieser Stelle bei Herrn und Frau Kramer bedanken, die mir 1982 in Sydney mit einer Reihe von Informationen und Materialien weitergeholfen haben.
- ²³⁶ FSt Hamburg 6262.
- ²³⁷ Asaria: Köln, S. 389.
- ²³⁸ Richarz: *Jüdisches Leben III*, S. 433.
- ²³⁹ Ebenda, S. 418.
- ²⁴⁰ Vgl. dazu F. Pingel: *Häftlinge*, S. 308.
- ²⁴¹ Grundlegend hierfür B. Bettelheim: *Surviving and other Essays*, London 1979, S. 106, sowie V. E. Frankl: *Mans Search for Meaning*, New York 1977.
- ²⁴² T. Siegert: *Das Konzentrationslager Flossenbürg*, in: *Bayern in der NS-Zeit II*, S. 461 f.
- ²⁴³ Maršalek: *Mauthausen*, S. 166 f.
- ²⁴⁴ Vgl. hierzu: *Auschwitz. Geschichte und Wirklichkeit des Vernichtungslagers*, Hamburg 1980, S. 84, sowie den Bericht von W. Kielar: *Anus Mundi. Fünf Jahre Auschwitz*, Frankfurt/M. 1979.
- ²⁴⁵ Zitiert nach H. Langbein: *Der Auschwitz-Prozeß. Eine Dokumentation*, 2 Bde., Wien 1965, Bd. I, S. 115 f.
- ²⁴⁶ J. F. Steiner: *Treblinka*, Oldenburg 1966, S. 81 f.
- ²⁴⁷ Zitiert nach Ruckerl: *NS-Vernichtungslager*, S. 191.
- ²⁴⁸ Mitteilung von Frau Kramer an K. Kwiet.
- ²⁴⁹ Adler: *Theresienstadt*, S. 316 und S. 532.
- ²⁵⁰ Adlers Angabe für 1944 lautet »etwa 50 Fälle«. Um die Fehlerquote von vier »verschwinden« zu lassen, die sich aus der Addition der 484 Selbstmorde und Selbstmordversuche ergibt, wurde die Zahl 54 eingesetzt.
- ²⁵¹ Ebenda, S. 316.
- ²⁵² Als »Geltungsjuden« wurden jene Personen klassifiziert, die zwei jüdische Großelternanteile aufwiesen und der jüdischen Glaubensgemeinschaft angehörten.
- ²⁵³ Adler: *Theresienstadt*, S. 44.
- ²⁵⁴ Ebenda, S. 316.
- ²⁵⁵ Adler-Rudel: *Jüdische Selbsthilfe*, S. 219.
- ²⁵⁶ Flidner: *Judenverfolgung Mannheim II*, S. 76; Sauer: *Schicksale*, S. 266 f.; *Ju- dendeportationen II*; Rosenkranz: *Verfolgung und Selbstbehauptung*, S. 301.
- ²⁵⁷ WL PC III, reel 33 / 34.
- ²⁵⁸ Rosenkranz: *Verfolgung und Selbstbehauptung*, S. 30.
- ²⁵⁹ Flidner: *Judenverfolgung Mannheim II*, S. 79.
- ²⁶⁰ Grundlegend hierfür Walk: *The Religious Leadership during the Holocaust*, in: *Patterns of Jewish Leadership*, S. 387.
- ²⁶¹ Richarz: *Jüdisches Leben III*, S. 418.

- ²⁶² Zitiert nach Köhler: Großstadt, S. 187.
²⁶³ Fliedner: Judenverfolgung Mannheim II, S. 114.
²⁶⁴ Richarz: Jüdisches Leben III, S. 398 f.
²⁶⁵ YV 01/247, S. 6.

4. Kapitel

- ¹ BA Koblenz, R 43 II, 600. Vgl. auch Herrmann: Das Dritte Reich, S. 55–57.
² Ebenda, S. 61 f. und S. 81 f.
³ Ebenda, S. 58 f.
⁴ Jüdische Rundschau, Jg. 38, 4. 4. 1933.
⁵ Vgl. H. Tramer: Ein historisches Fehlurteil, in: Die Kontroverse, München 1964, S. 174.
⁶ BA Koblenz, R 43 II, 602. Denkschrift vom 3. 10. 1933.
⁷ RGBI I 1933, S. 175.
⁸ Vgl. dazu: H. Ebert: The Expulsion of Jews from the Berlin-Charlottenburg Technische Hochschule, in: YLBI XIX (1974), S. 155–197, sowie Y. Carmon: The Impact of the Nazi Racial Decrees on the University of Heidelberg, in: YVS XI (1976), S. 131–163.
⁹ BA Koblenz, R 43 II, 600.
¹⁰ Der Gelbe Fleck, S. 160.
¹¹ R. Jungk: Heller als tausend Sonnen, Stuttgart 1956, S. 45.
¹² Schreiben Habers an den Wissenschaftsminister vom 6. 6. 1933, DZA Merseburg, Rep. 76 V 4.
¹³ Kantorowicz nahm zu dieser Zeit in Florenz eine Gastprofessur wahr.
¹⁴ DZA Merseburg, Rep. 76 V 4.
¹⁵ Ebenda.
¹⁶ Ebenda.
¹⁷ Die Berichte der Bayerischen Politischen Polizei und die Eingaben der jüdischen Gemeindevertreter befinden sich im Hauptstaatsarchiv München, Abt. II, Reichsstatthalter Epp 823.
¹⁸ GStA Berlin, Rep. 80 P 78. Lagebericht (Aurich) vom 4. 10. 1934.
¹⁹ Schnellbrief des Reg. Präsidenten Stettin vom 2. 8. 1935 sowie Lagebericht der Stapoleitstelle Stettin vom Juli 1935, abgedr. in: Thévoz, Pommern II, S. 415 und S. 118.
²⁰ GStA Berlin, Rep. 90 P 58. H. 1.
²¹ DZA Potsdam. Pv.Br.Rep. 21. Jüdisches Jugendheim Wolzig I Pol 1913. Bl. 15 ff. Dazu jetzt auch J. Walk: Das Ende des jüdischen Jugend- und Lehrheims Wolzig (1933), in: BLBI 63 (1983), S. 3–22.
²² GStA Berlin, Rep. 90 P 58.
²³ BA Koblenz, R 43 II, 594.

- ²⁴ BA Koblenz, R 43 II, 602.
- ²⁵ FSt Hamburg 6263.
- ²⁶ GStA Berlin, Rep. 90 P 76.
- ²⁷ GStA Berlin, Rep. 90 P 78/79.
- ²⁸ Fliedner: Judenverfolgung Mannheim I, S. 48, und II, S. 128 ff.
- ²⁹ Entscheidung des Hess. Staatsministeriums vom 12. 1. 1934. Fotokopie im Besitz der Verf.
- ³⁰ Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden, S. 73.
- ³¹ Ebenda, S. 77.
- ³² Ebenda, S. 78.
- ³³ HStA München. Reichsstatthalter Epp 281. Meldung vom 23. 4. 1934.
- ³⁴ Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns: Verfolgung und Widerstand in Bayern. Archivinventar Bd. 5 (170).
- ³⁵ HStA München, Reichsstatthalter Epp 281. Meldung vom 9. 3. 1934.
- ³⁶ GStA Berlin, Rep. 90 P 82. Lagebericht vom Juli 1935.
- ³⁷ GStA Berlin, Rep. 90 P 80. Lagebericht vom April 1935, sowie: Rep. 90 P 87/88. Bericht des Polizeipräsidenten Berlin über die innenpolitische Lage März/April 1935.
- ³⁸ GStA Berlin, Rep. 90 P 81. Monatsbericht (Berlin) vom Juni 1935.
- ³⁹ HStA Düsseldorf, Gestapoakte 11384.
- ⁴⁰ GStA Berlin, Rep. 90 P 82. Lagebericht (Berlin) vom Juli 1935.
- ⁴¹ GStA Berlin, Rep. 90 P 84. Lagebericht (Kassel) vom August 1935.
- ⁴² GStA Berlin, Rep. 90 P 81. Lagebericht (Breslau) vom Juli 1935.
- ⁴³ GStA Berlin, Rep. 90 P 58.
- ⁴⁴ Vgl. dazu Freeden: Vom geistigen Widerstand, sowie: Jüdisches Theater.
- ⁴⁵ LA Schleswig, Reg. Eutin A V a 27 a I.
- ⁴⁶ Freeden: Jüdisches Theater, S. 4 f.
- ⁴⁷ LA Schleswig, Reg. Eutin A V a 27 a I. Schreiben der Gestapo an den Regierungspräsidenten vom 20. 8. 1935.
- ⁴⁸ LA Schleswig, Reg. Eutin A V a 27 a I. Heydrichs Richtlinien vom 13. 8. 1936.
- ⁴⁹ Beispielhaft hierfür ist ein Antrag der Berliner Gestapo von 1936, den »Centralverein« aufzulösen. Die Bedenken Himmlers, daß bei »einer Auflösung des CV eine Verstärkung der jüdischen Opposition zu befürchten sei«, wurde von den Gestapobeamtinnen nicht geteilt. Sie waren der Meinung, daß innerhalb des zionistisch eingestellten Judentums hinreichende Gegensätze vorhanden seien, »die geeignet sind, die Aufmerksamkeit der Juden von anderen politischen Fragen abzulenken«. So im Lagebericht vom 1. 10. 1936–28. 2. 1937, GStA Berlin, Rep. 90 P 86. Eine ganze Reihe von Meldungen über die »innerjüdischen Richtungskämpfe« finden sich auch in anderen Lageberichten dieser Zeit.
- ⁵⁰ LA Schleswig, Reg. Eutin A V a 27 a I. Anordnung Heydrichs vom 10. 2. 1935.
- ⁵¹ Ebenda. Anordnung der Gestapo vom 31. 3. 1935.
- ⁵² Anweisung der Gestapo vom 26. 11. 1935. Vgl. auch Herrmann: Das Dritte Reich, S. 50.
- ⁵³ HStA Düsseldorf, Gestapoakte 1109.
- ⁵⁴ LA Schleswig, Reg. Eutin A V a 27 a I.
- ⁵⁵ Grundlegend hierfür A. Margaliot: The Reaction of the Jewish Public in Germany to the Nuremberg Laws, in: YVS XII (1977), S. 75–107.
- ⁵⁶ Der Wortlaut des Interviews wurde mir (K. Kwiet) freundlicherweise von Herrn Dr. J. Walk zur Verfügung gestellt.
- ⁵⁷ Erklärung der Reichsvertretung. Jüdische Rundschau vom 24. 9. 1935.

- ¹⁸ GStA Berlin, Rep. 90 P 83/84.
- ¹⁹ HStA Düsseldorf, Gestapoakte 4701.
- ⁶⁰ Vgl. E. Simon: Jewish Adult Education in Nazi Germany as Spiritual Resistance, in: YLBI IV (1956), S. 8–69.
- ⁶¹ Vgl. Baker: Hirt der Verfolgten, sowie R. R. Geis, O. Hammelsbeck, u. a.: Männer des Glaubens im deutschen Widerstand, München 1959, S. 20.
- ⁶² WL no. 340. »Memorandum« von Hans Reichmann über Baecks Verhaftung im Jahre 1935.
- ⁶³ WL P II no. 1233.
- ⁶⁴ Zitiert nach Steinberg: Anteil, S. 120.
- ⁶⁵ HStA Düsseldorf, Gestapoakte 6821.
- ⁶⁶ HStA Würzburg, Gestapoakte Jettchen Levi. Vgl. dazu jetzt ausführlich Schulteis: Juden in Mainfranken, S. 273 ff.
- ⁶⁷ Die Schriftwechsel befinden sich im Archiv der Jüdischen Gemeinde Magdeburg.
- ⁶⁸ Grundlegend Kulka: The »Reichsvereinigung«.
- ⁶⁹ Vgl. Kwiet: Joodenhoed.
- ⁷⁰ Vgl. dazu Riesenburger: Licht verlöschte nicht, S. 55 f., sowie den Bericht von Liselotte B. in: YV 03/1806.
- ⁷¹ Vgl. P. Altmann, H. Brüdigam u. a.: Der deutsche antifaschistische Widerstand 1933–1945 in Bildern und Dokumenten, Frankfurt/M. 1975, sowie P. Dohms: Flugschriften in Gestapo-Akten. Nachweis und Analyse der Flugschriften in den Gestapo-Akten des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf, Siegburg 1977.
- ⁷² Ein Exemplar dieser Schrift befindet sich in der WL.
- ⁷³ Beispielhaft hierfür: Der Gelbe Fleck.
- ⁷⁴ HStA München, MA 106693. Lagebericht des Präsidiums der Regierung Pfalz an das Reichsministerium des Innern vom 8. 2. 1934.
- ⁷⁵ HStA München, MA 106693. Lagebericht aus Niederbayern vom 9. 8. 1935.
- ⁷⁶ Lagebericht der Gestapo Karlsruhe für die Zeit vom 18. 3. bis Anfang April 1934, in: Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden, S. 92.
- ⁷⁷ Die Zitate stammen aus dem Monatsbericht (Berlin) vom November 1935. GStA Berlin, Rep. 90 P 84 H.2.
- ⁷⁸ Ebenda.
- ⁷⁹ GStA Berlin, Rep. 90 P 81. Lagebericht vom Juni 1935.
- ⁸⁰ RGBI I, S. 609 ff. Vgl. dazu auch S. 38 der Arbeit.
- ⁸¹ GStA Berlin, Rep. 90 P 81. Lagebericht vom Juni 1935.
- ⁸² WL P II e. Jüdische Organisationen.
- ⁸³ HStA Düsseldorf, Gestapoakte 52 878.
- ⁸⁴ Vgl. R. Thalmann und E. Feinermann: Crystal Night 9–10. November 1938, London 1974, sowie Y. S. Herz: Kristallnacht at the Dinslaken Orphanage, in: YVS XI (1976), S. 344–368.
- ⁸⁵ Eschwege: Kennzeichen J, S. 105, sowie S. Kahn: Dokumente des Kampfes der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung gegen Antisemitismus und Judenverfolgung, in: BGA 2 (1960), S. 252–264. Zur Kritik an Kahn vgl. Kwiet: Historians of the German Democratic Republic, S. 184. Zur Reaktion der deutschen Öffentlichkeit vgl. jetzt auch W. S. Allen: Die deutsche Öffentlichkeit und die Reichskristallnacht – Konflikt zwischen Werthierarchie und Propaganda im Dritten Reich, in: Die Reihen fast geschlossen, S. 397–411.
- ⁸⁶ Trotz vielfacher Bemühungen konnte die Schrift selbst nicht ermittelt werden. Auszüge sind in einem Schreiben der Gestapo an das Kreisamt Lauterbach vom

15. 12. 1938 (BA Koblenz, Sammlung Schumacher 210) sowie in einem Schreiben der Staatspolizeistelle Frankfurt/Oder an die Ortspolizeibehörden des Kreises vom 13. 12. 1938 enthalten. Vgl. dazu auch Eschwege: *Resistance of German Jews*, S. 158 f.
- ⁸⁷ IfZ München, MA 442. 1. RSHA-Meldung vom 28. 11. 1941.
- ⁸⁸ BA Koblenz, R 58, 199, RSHA-Meldung vom 17. 12. 1941.
- ⁸⁹ Ebenda, RSHA-Meldung vom 5. 1. 1942.
- ⁹⁰ YV 01 / 247. Vgl. dazu oben S. 181 ff.
- ⁹¹ Vgl. dazu oben S. 121 ff.
- ⁹² WL P III g no. 1196. Vgl. dazu oben S. 179 ff.
- ⁹³ Vgl. Steinberg: *Jews*, S. 44–47 und oben S. 184 f.
- ⁹⁴ Steinberg: *Anteil*, S. 137.
- ⁹⁵ YV 03 / 3296.
- ⁹⁶ Vgl. Ringelblum: *Polish-Jewish Relations*; I. Kowalski: *A Secret Press in Nazi Europe*, New York 1978.
- ⁹⁷ Zu den Attentatsversuchen in Deutschland vgl. P. Hoffmann: *Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler*, München 1969.
- ⁹⁸ HStA Düsseldorf, Gestapoakte Nr. 30575.
- ⁹⁹ GStA Berlin, Rep. 90 P 58, H. 1.
- ¹⁰⁰ HStA Düsseldorf, Gestapoakte Nr. 34387.
- ¹⁰¹ Ebenda, Gestapoakte Nr. 27245 und Nr. 27244.
- ¹⁰² Ebenda, Gestapoakte Nr. 30933.
- ¹⁰³ Ebenda, Gestapoakten Nr. 30718 und Nr. 33273.
- ¹⁰⁴ Hoffmann: *Widerstand*, S. 298.
- ¹⁰⁵ *Allgemeine Unabhängige Jüdische Wochenzeitung* vom 17. 10. 1969. Vgl. dazu David Frankfurters früheren Bericht: *I Killed a Nazi Gauleiter*, in: *Commentary*, February 1950, S. 133–141.
- ¹⁰⁶ Schnellbrief an die Landräte vom 7. 2. 1936. (Fotokopie im Besitz der Verf.).
- ¹⁰⁷ Vgl. hierzu Th. Etzold: *An American Jew in Germany: The Death of Helmut Hirsch*, in: *JSS* 35 (1973), S. 32 ff., sowie Hoffmann: *Widerstand*, S. 298.
- ¹⁰⁸ H. Heiber: *Der Fall Grünspan*, in: *VJHZG* (1951), S. 134–172.
- ¹⁰⁹ BA Koblenz, R 22, 4089. Führerinformation Nr. 8 vom 15. 5. 1942.
- ¹¹⁰ Ebenda, Führerinformation Nr. 60 vom 3. 7. 1942.
- ¹¹¹ Heiber: *Grünspan*, S. 172; *Vernichtung*, S. 691 f.; K. P. Großmann: *Herschel Grynspan lebt!* In: *Aufbau* vom 10. 5. 1957; F. Kaul: *Der Fall des Herschel Grynspan*, Berlin 1965, S. 175 ff.
- ¹¹² Zitiert nach de Jong: *Koninkrijk 4 / 2*, S. 889. Die Beschreibung des »Coco-Falles« beruht ebenso auf den Forschungen L. de Jongs.
- ¹¹³ Abgedruckt in: *De SS en Nederland, Documenten uit SS-Archiven 1935–1945*, hrsg. von J. N. C. A. In't Veld, Deel 1, 's Gravenhage 1976, S. 548 f.
- ¹¹⁴ *Grundlegend B. A. Sijes: De Februari Staking, 25–26 Februari 1941, 's Gravenhage 1954.*
- ¹¹⁵ *Anklageverfügung des SS- und Polizeigerichts X in Den Haag vom 27. 2. 1941.* (Fotokopie im Besitz der Verfasser).
- ¹¹⁶ de Jong: *Koninkrijk 4 / 2*, S. 929.
- ¹¹⁷ BA Koblenz, R 58, 209, RSHA-Meldung vom 12. 3. 1942.
- ¹¹⁸ Zitiert nach Köhler: *Großstadt*, S. 143.
- ¹¹⁹ WL P III b No. 616.
- ¹²⁰ Das Dokument »Bewag 219 Nr. 6« stammt aus dem Archiv der Bewag und

- wurde uns freundlicherweise von dem Berliner Historiker Günter Morsch zur Verfügung gestellt.
- ¹²¹ Langbein: Nicht wie die Schafe zur Schlachtbank, S. 320–334.
- ¹²² FSt Hamburg 6262. Der Fall des Hamburger Rechtsanwalts Herbert Michaelis. Der Bericht wurde 1953 von der Fst angefertigt. Er basiert auf den »Erinnerungen« des ehemaligen Pflichtverteidigers von Michaelis, Rechtsanwalt Becker.
- ¹²³ Vgl. Hochmuth/Meyer: Streiflichter, S. 190ff.
- ¹²⁴ BA Koblenz, R 22, 5001/fol. 1. Schreiben des Oberreichsanwalts beim VGH an das Reichsjustizministerium vom 18. 12. 1937.
- ¹²⁵ HStA Düsseldorf, Gestapoakte Nr. 37 204.
- ¹²⁶ Ebenda, Gestapoakte Nr. 1272.
- ¹²⁷ Ebenda, Gestapoakte Nr. 25 912.
- ¹²⁸ Ebenda, Gestapoakten Nr. 1048 und Nr. 19 471.
- ¹²⁹ Ebenda, Gestapoakten Nr. Es 8723 und Nr. Kr. 62 717.
- ¹³⁰ GStA Berlin, Rep. 90 P 42. Telegramm vom 4. 3. 1936.
- ¹³¹ BA Koblenz, R 58, 994. SSHA II 112–158 vom 21. 4. 1936.
- ¹³² HStA Düsseldorf, Gestapoakte Nr. Es 14 351.
- ¹³³ Ebenda, Gestapoakte Nr. 8932.
- ¹³⁴ Ebenda, Gestapoakte Nr. 8794.
- ¹³⁵ Ebenda, Gestapoakte Nr. 23 186. Vgl. zum »Fall« Berthold Jakob auch K. R. Großmann: Emigration. Geschichte der Hitler-Flüchtlinge 1933–1945, Frankfurt/M. 1969.
- ¹³⁶ HStA Düsseldorf, Gestapoakte Nr. 16 156.
- ¹³⁷ Ebenda, Gestapoakten Nr. 12 494 und Nr. 31 544.
- ¹³⁸ Ebenda, Gestapoakten Nr. 13 698, 13 699, 13 700 und Nr. 64 258.
- ¹³⁹ Vgl. oben S. 157ff.
- ¹⁴⁰ GStA Berlin, Rep. 90 P 58, H. 3.
- ¹⁴¹ BA Koblenz, R 58, 1181.
- ¹⁴² BA Koblenz, R 22, 4089. Führerinformation Nr. 24 vom 21. 5. 1942.
- ¹⁴³ Vgl. hierzu die Niederschrift über die Sitzung von 12. 11. 1938: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, 42 Bde., Nürnberg 1947, Bd. 28, S. 499ff. (Dok. PS–1816.)
- ¹⁴⁴ Abgedruckt bei Eschwege: Kennzeichen J, S. 161ff.
- ¹⁴⁵ E. Ringelblum: Schriften vom Ghetto. Bd. 1: Tagebuch vom Warschauer Ghetto 1939–1942, Warschau 1961, S. 370 (Jiddisch).
- ¹⁴⁶ Grundlegend hierzu Y. Gutman: The Genesis of the Resistance in the Warsaw Ghetto, in: YVS IX (1973) S. 29–70; B. Mark: Uprising in the Warsaw Ghetto, New York 1975; D. Kurzman: Der Aufstand. Die letzten Tage des Warschauer Ghettos, München 1979; K. Moczarski: Gespräche mit dem Henker, Düsseldorf 1978.
- ¹⁴⁷ Vgl. dazu oben S. 150.
- ¹⁴⁸ M. Kaufmann: Die Vernichtung der Juden Lettlands, München 1947. H. Eschwege nimmt an, daß die erwähnte »Liesel« identisch sein könnte mit Liesel Abrahamson. Sie wurde am 17. 5. 1920 in Hamburg geboren und kam mit einem Transport nach Riga, der am 6. 12. 1941 Hamburg verlassen hatte.
- ¹⁴⁹ Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozeß, Schwäbisch-Gmünd 1950, S. 112.
- ¹⁵⁰ K. Loewenstein: Minsk. Im Lager der deutschen Juden, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«, B 45/1956.
- ¹⁵¹ Adler: Theresienstadt, S. 138ff.

- ¹⁵² Ebenda, S. 369 f.
- ¹⁵³ Ebenda, S. 370.
- ¹⁵⁴ Ebenda, S. 139 f.
- ¹⁵⁵ YV 01/293.
- ¹⁵⁶ Zu den Verhaltensweisen gegenüber den deutschen Gegnern des Nationalsozialismus in den Konzentrationslagern vgl. Langbein: ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank, S. 105 ff.
- ¹⁵⁷ Adler: Theresienstadt, S. 304 f.
- ¹⁵⁸ Ebenda, S. 726 und S. 812.
- ¹⁵⁹ Ph. Mechanicus: In Depot. Dagboek uit Westerbork, Amsterdam 1978, S. 25 und S. 29. Vgl. dazu auch de Jong: Koninkrijk 8/2, S. 745 f.
- ¹⁶⁰ Presser: Ondergang II, S. 359.
- ¹⁶¹ Zitiert nach de Jong: Koninkrijk 8/2, S. 745.
- ¹⁶² Langbein: ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank, S. 195.
- ¹⁶³ Pingel: Häftlinge S. 95.
- ¹⁶⁴ Ebenda, S. 10.
- ¹⁶⁵ Vgl. dazu T. Iwaszko: Die Häftlinge, in: Auschwitz, S. 59 ff.
- ¹⁶⁶ Vgl. dazu E. Kogon: Der SS-Staat, München 1979.
- ¹⁶⁷ Pingel: Häftlinge, S. 95.
- ¹⁶⁸ Zitiert nach Pingel: Häftlinge, S. 231, Anm. 19.
- ¹⁶⁹ Langbein: ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank, S. 195.
- ¹⁷⁰ Pingel: Häftlinge, S. 93.
- ¹⁷¹ KZ-Museum Dachau: 9394. Heinz Eschen zum Gedenken. Auch die folgenden Zitate sind diesem Bericht entnommen.
- ¹⁷² Langbein: ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank, S. 96.
- ¹⁷³ Hermlin: Die erste Reihe, S. 47 ff.
- ¹⁷⁴ Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung, Berlin 1960, S. 438.
- ¹⁷⁵ WL P IIIh (Buchenwald) No. 413. Emil Carlebach: Geschichte der Juden in Buchenwald, niedergeschrieben am 28. 5. 48. S. 3. Vgl. auch seinen Bericht: Die Lage der jüdischen Häftlinge in Buchenwald, in: Buchenwald: Mahnung, S. 125–130.
- ¹⁷⁶ Carlebach: Juden in Buchenwald, S. 4, sowie Kogon: SS-Staat, S. 105 f.
- ¹⁷⁷ Pingel: Häftlinge, S. 191.
- ¹⁷⁸ Carlebach: Juden in Buchenwald, S. 5.
- ¹⁷⁹ Ebenda, S. 8. Nach Kriegsende war Emil Carlebach Mitbegründer und Redakteur der »Frankfurter Rundschau«. Jahrzehntlang gehörte er der Führung der KPD und der DKP an, überstand all ihre Wendungen. Wohl seit der Gründung ist er Präsidiumsmitglied der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« (VVN) und Redakteur ihrer Zeitung »Die Tat«.
- ¹⁸⁰ Ebenda.
- ¹⁸¹ Die folgenden Beispiele und Zitate sind – mit Ausnahme der Aussage Carlebachs – von Langbein übernommen worden: ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank, S. 204 (dort auch die entsprechenden Quellenangaben).
- ¹⁸² Carlebach: Juden in Buchenwald, S. 9.
- ¹⁸³ Abgedruckt bei Eschwege: Kennzeichen J, S. 338. Vgl. auch M. Wiedmaier: Olga Benario, in: Die Tat, 4. 3. 1950, sowie: Die Frauen von Ravensbrück, Berlin 1959, S. 99.
- ¹⁸⁴ Hermlin: Die erste Reihe, S. 70–75.
- ¹⁸⁵ Langbein: ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank, S. 336.
- ¹⁸⁶ Unsere Schilderung stützt sich weitgehend auf den Rekonstruktionsversuch Pin-

- gels: Häftlinge, S. 195 f, auf Häftlingsberichte sowie auf Mitteilungen von Johann Hüttner an H. Eschwege.
- ¹⁸⁷ H. Jonas: Die Aktion der jüdischen Kameraden gegen die SS am 22. Oktober 1942, in: *Damals in Sachsenhausen. Solidarität und Widerstand im KZ-Sachsenhausen*, Berlin 1961, S. 115–118.
- ¹⁸⁸ Langbein: ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank, S. 201.
- ¹⁸⁹ Vgl. dazu die Berichte von Bruno Baum, die in mehreren Auflagen erschienen sind: *Widerstand in Auschwitz*, Berlin 1949–1961. Der Vergleich der einzelnen Auflagen zeigt den Austausch bzw. die Weglassung von Namen in der Widerstandsleitung. Dies betrifft u. a. Hermann Langbein oder Heinz Brandt. Der Grund dieser Geschichtsklitterung liegt darin, daß beide nach Bekanntwerden der stalinistischen Methoden aus der Kommunistischen Partei ausgeschieden waren.
- ¹⁹⁰ O. Heller: *Der Untergang des Judentums. Die Judenfrage, ihre Kritik und ihre Lösung durch den Sozialismus*, Berlin 1931.
- ¹⁹¹ Curt Posener gehörte Anfang der dreißiger Jahre in Hamburg einer jüdisch-kommunistischen Gruppe an, von denen einige Mitglieder statt nach Palästina nach Biro-Bidjan auswanderten. Posener und einige überlebende Freunde suchten vergeblich nach den verschollenen Genossen. Ein damaliger Mitkämpfer war Helmut Eschwege, der über Freunde in der Sowjetunion ebenfalls versuchte, das Schicksal der nach Biro-Bidjan ausgewanderten Genossen aufzuklären. Die Bemühungen blieben erfolglos.
- ¹⁹² Zitiert nach Langbein: ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank, S. 197 f.
- ¹⁹³ Ebenda, S. 198.
- ¹⁹⁴ Pingel: *Häftlinge*, S. 197.
- ¹⁹⁵ Ebenda, S. 198.
- ¹⁹⁶ Beispiele bei Langbein: ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank, S. 305 ff.
- ¹⁹⁷ BA Koblenz, R 22, 1468. Bericht über die Besichtigung des Konzentrationslagers Auschwitz am 28. Juni 1944.
- ¹⁹⁸ Adler: *Theresienstadt*, S. 548 f.
- ¹⁹⁹ Zitiert nach Langbein: ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank, S. 198.
- ²⁰⁰ H. Langbein: *Menschen in Auschwitz*, Wien 1972, S. 281 ff. Ausführlicher Bericht auch bei Adler: *Theresienstadt*, S. 53 ff.
- ²⁰¹ Die folgenden Beispiele und Zitate wurden von Langbein: ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank, S. 338 f. übernommen.
- ²⁰² Zitiert nach Pingel: *Häftlinge*, S. 216.
- ²⁰³ Langbein: *Menschen*, S. 281 ff.; ders.: ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank, S. 198 ff., Pingel: *Häftlinge*, S. 217, sowie S. 309, Anm. 237.
- ²⁰⁴ R. Vrba: *Ich kann nicht vergeben*. München 1964, S. 207–224; sowie Lichtenstein: *Warum Auschwitz nicht bombardiert wurde*, S. 155.
- ²⁰⁵ F. Müller: *Sonderbehandlung – drei Jahre in den Krematorien und Gaskammern von Auschwitz*, München 1979.
- ²⁰⁶ Ebenda, S. 132 f. Vgl. dazu O. Kraus/E. Kulka: *Die Todesfabrik*, Berlin 1958, S. 221–226.
- ²⁰⁷ F. E. Diament: *We are the Last Victims*, in: *Jewish Spectator*, April 1968, S. 9–12. Diament – der Bruder des ermordeten Widerstandskämpfers – gehörte zu der schon genannten zionistischen Jugendgruppe, die im KL Monowitz (vgl. oben S. 288) überlebt hat. Ein anderer Überlebender der Gruppe, der sich nach der Befreiung im Kibbutz »Buchenwald« angesiedelt hat, hat ebenfalls über die Hinrichtung berichtet. Vgl. »In Memoriam Leo-Yehuda Diament«, in: *Deutsches Mitteilungsblatt of the Hitachrut Olei Germania*, Tel Aviv 1946.

- ²⁰⁸ Langbein: ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank, S. 304.
- ²⁰⁹ Ebenda, S. 313, sowie Rückerl: NS Vernichtungslager.
- ²¹⁰ Vgl. dazu den Bericht von Alexander Petschersky: Der Aufstand in Sobibor, in: Sowjetisch Heimland, Nr. 12, Moskau 1973, S. 3ff. H. Eschwege besitzt einen persönlichen Bericht von A. Petschersky.
- ²¹¹ Langbein: ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank, S. 315. Die nationale Herkunft von Schwarz (oder Schwartz) läßt sich nicht zweifelsfrei klären. Langbein stellt ihn als »deutschen Juden« vor, im Anmerkungsteil (Anm. 71, S. 459) verweist er auf die unsichere Quellenlage und hält ihn möglicherweise für einen deutschsprechenden Juden aus der Tschechoslowakei.
- ²¹² Abgedruckt bei Langbein: ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank, S. 318.
- ²¹³ YV 1588/135-8.
- ²¹⁴ Zum allgemeinen Partisanenkrieg vgl. K. Macksey: The Partisans of Europe in World War II. London 1975. Zur marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung: Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1941–1945. Bd. 1ff. Berlin 1962ff., sowie E. Kalbe: Antifaschistischer Widerstand und volksdemokratische Revolution in Südeuropa, Berlin 1974.
- ²¹⁵ Vgl. dazu F. Ryszka: Formen des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, in: Gegner des Nationalsozialismus, S. 16.
- ²¹⁶ Nach Y. Gutman: Partisans, in: Holocaust, S. 107–118. Vgl. zum jüdischen Partisanenkampf auch Y. Jelinek: The Role of the Jews in the Slovakian Resistance, in: JGO 15 (1967), S. 415–422; M. Finzi/F. Cesana: Jewish Deeds and Figures in the Antifascist Fight in Italy. International Conference for the Resistance History, Prague 2.–4. Sept. 1963; D. Knout: Contribution à l'histoire de la Résistance juive en France 1940–1944, Paris 1947; J. Ravine: La résistance organisée des Juifs en France (1940–1944), Paris 1973; D. Diamant: Les Juifs dans la Résistance française 1940–1944, Paris 1971; C. Levy: Les parias de la Résistance, Paris 1970; Latour: La résistance juive; Steinberg: Jews; Levin: Widerstand baltischer Juden.
- ²¹⁷ YV 1588/135-8. S. 8–10. Einige Passagen des in niederländischer Sprache abgefaßten Erlebnisberichtes wurden weggelassen oder von mir (K.K.) etwas freier übersetzt. Zum Ausbruch in Sobibor vgl. oben S. 297f.
- ²¹⁸ Résistance. Erinnerungen deutscher Antifaschisten, Berlin 1973; K. H. Pech: An der Seite der Résistance, Berlin 1974; Fl. Bonte: Les antifascistes allemands dans la Résistance Française, Paris 1969. Viele der in diesen Publikationen genannten Emigranten sind Kommunisten jüdischer Herkunft. Übersehen oder verschwiegen wird der Kreis derer, die von der Parteilinie abgewichen und in Ungnade gefallen sind.
- ²¹⁹ Mitteilung von Israel Schreiber an H. Eschwege.
- ²²⁰ F. Salm: Im Schatten des Henkers, S. 220f. Vgl. oben S. 192.
- ²²¹ Sauer: Schicksale, S. 319.
- ²²² E. Zorn: Aus einer Monographie über Deutsche in der französischen Widerstandsbewegung, in: Internationale Hefte der Widerstandsbewegung, Nr. 4, Wien 1960, S. 57f.
- ²²³ Résistance, S. 191.
- ²²⁴ Ebenda, S. 55 und S. 92, sowie Pech: Seite der Résistance, S. 53f, S. 167 und S. 191 und Bonte: Antifascistes, S. 223f.
- ²²⁵ Bonte: Antifascistes, S. 303f.
- ²²⁶ Ebenda, S. 298ff. sowie Pech: Seite der Résistance, S. 57, S. 99 und S. 144.
- ²²⁷ Bonte: Antifascistes, S. 228; Pech: Seite der Résistance, S. 18 und S. 167.

- ²²⁸ Bonte: *Antifascistes*, S. 205 ff. S. 213 und S. 225; Pech: *Seite der Résistance*, S. 167, S. 183 f. und S. 188 f.
- ²²⁹ Bonte: *Antifascistes*, S. 307 ff.; Pech: *Seite der Résistance*, S. 35, S. 53, S. 63 f., S. 220, S. 234 und S. 264.
- ²³⁰ *They fought back. The story of the Jewish resistance in Nazi-Europe*, New York 1967, S. 294.
- ²³¹ *An den Wind geschrieben. Lyrik der Freiheit*, hrsg. von M. Schlösser und H. Ropertz, Darmstadt 1960, S. 291.
- ²³² Bericht von Ernst Mehli, in: *Résistance*, S. 304 ff.
- ²³³ Vgl. Sauer: *Schicksale*, S. 192 f.

Quellen- und Literaturverzeichnis

A) UNGEDRUCKTE QUELLEN

Bundesarchiv Koblenz

R 22 Reichsjustizministerium

R 43 II Reichskanzlei

R 58 Reichssicherheitshauptamt

Deutsches Zentralarchiv Merseburg

Rep. 76 V 4

Deutsches Zentralarchiv Potsdam

Pv. Br. Rep. 21

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin

Rep. 80 Staatsrat

Rep. 90 Staatsministerium

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

Staatspolizeileitstelle Düsseldorf

Hauptstaatsarchiv München

Berichte der Regierungspräsidenten

Reichsstatthalter Epp

Landesarchiv Schleswig

Regierung Eutin

Landesarchiv Speyer

H. 91

Staatsarchiv Würzburg

Gestapoakten

- Kibbuz-Archiv Hasorea
4601 Wilfried Israel
Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg
6262 Judenverfolgung 1933–1945
6263 Judenverfolgung 1933–1945
Institut für Zeitgeschichte München
MA 442
Zeugenschrifttum
Rijksinstituut for Oorlogsdocumentatie Amsterdam
Generalkommissariat – VJ
Dr. Wander
Calmeyer-Dokumente
Zeugenschrifttum
Wiener Library Tel Aviv
Zeugenschrifttum
Yad Vashem Jerusalem
Zeugenschrifttum

B) GEDRUCKTE QUELLEN UND DARSTELLUNGEN

- Abosch, Heinz, Wer sich erinnert, kann nicht ruhig sein, in: *Fremd im eigenen Land*
- Abraham, Max, *Juda verrecke. Ein Rabbiner im Konzentrationslager, Teplitz-Schönau 1934*
- Adam, Uwe Dietrich, *Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf* ¹1979
- Ders., *Persecution, Bureaucracy and Authority in the Totalitarian State*, in: *YLBI XXIII (1978)*, S. 139–148
- Adelsberger, Lucie, *Auschwitz. Ein Tatsachenbericht, Berlin 1956*
- Adler, Hans-Georg, *Theresienstadt 1941–1945. Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft, Tübingen* ²1960
- Ders., *Die verheimlichte Wahrheit. Theresienstädter Dokumente, Tübingen 1959*
- Ders., *Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland, Tübingen 1974*
- Adler-Rudel, Salomon, *A Chronicle of Rescue Efforts*, in: *YLBI XI (1966)*, S. 213–241
- Ders., *Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933–1939 im Spiegel der Berichte der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Tübingen 1974*
- Ders., *Ostjuden in Deutschland 1880–1940, Tübingen 1959*
- Die Ahndung von NS-Verbrechen gegen Juden nach 1945. Eine Dokumentation aus hessischen Justizakten*, hrsg. von Klaus Moritz und Ernst Noam, Wiesbaden 1976
- Allen, William S., *Die deutsche Öffentlichkeit und die »Reichskristallnacht«* –

- Konflikt zwischen Werthierarchie und Propaganda im Dritten Reich, in: Die Reihen fast geschlossen
- Altmann, Peter; Heinz Brüdigam u. A., Der deutsche antifaschistische Widerstand 1933–1945 in Bildern und Dokumenten, Frankfurt/M. 1975
- Anatomie des SS-Staates, hrsg. von Hans Buchheim, Martin Broszat u. A., 2 Bde., Olten, Freiburg/Brsg. 1965
- An den Wind geschrieben. Lyrik der Freiheit, hrsg. von Manfred Schlösser und Hans Ropertz, Darmstadt 1960
- An die Lebenden. Letzte Briefe deutscher Widerstandskämpfer, Leipzig 1959
- Andreas-Friedrich, Ruth, Der Schattenmann, Berlin 1947
- Angress, Werner T., Das deutsche Militär und die Juden im Ersten Weltkrieg, in: MGM 19 (1976), S. 77–146
- Ders., The German Army's »Judenählung«. Genesis-Consequences-Significance, in: YLBI XXIII (1978), S. 117–195
- Ders., Prussia's Army and the Jewish Reserve Officer Controversy before World War I, in: YBLI XVII (1972), S. 19–42
- Antifaschisten in führenden Positionen der DDR, Dresden 1969
- Antisemitismus. Zur Pathologie der bürgerlichen Gesellschaft, hrsg. von Hermann Huss und Andreas Schröder, Frankfurt/M. 1965
- Arendt, Hannah, Eichmann in Jerusalem, München 1964
- Arndt, Ino und Wolfgang Scheffler, Organisierter Massenmord an Juden in nationalsozialistischen Vernichtungslagern, in: VJHZG 24 (1976), S. 105–135
- Arnsberg, Paul, Die jüdischen Gemeinden in Hessen, 2 Bde., Frankfurt/M. 1970
- Aronson, Shlomo, Reinhard Heydrich und die Frühgeschichte von Gestapo und SD, Stuttgart 1971
- Asaria, Zvi, Die Juden in Köln. Von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart, Köln 1959
- Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Aufsätze, Hans Rothfels zum Gedächtnis, hrsg. von Wolfgang Benz und Hermann Graml, Stuttgart 1977
- Auerbach, Philipp, Wesen und Formen des Widerstandes im Dritten Reich, phil. Diss. (masch.) Erlangen 1949
- Auschwitz. Geschichte und Wirklichkeit des Vernichtungslagers, Hamburg 1980
- Bahne, Siegfried, Die KPD und das Ende von Weimar. Das Scheitern einer Politik 1932 bis 1935, Frankfurt/M. 1976
- Baker, Leonard, Hirt der Verfolgten. Leo Baeck im Dritten Reich, Stuttgart 1982
- Ball-Kaduri, Kurt Jakob, Berlin wird judenfrei, in: JBGMO 22 (1973), S. 197–241
- Ders., Das Leben der Juden in Deutschland im Jahre 1933. Ein Zeitbild, Frankfurt/M. 1963
- Ders., Did the Jews of Germany resist? In: YVB 4/5 (1959), S. 31–32

- Ders., Illegale Judenauswanderung aus Deutschland nach Palästina 1939/40. Planung, Durchführung und internationale Zusammenhänge, in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte IV, Tel-Aviv 1975, S. 387–412
- Ders., Vor der Katastrophe. Juden in Deutschland, Tel-Aviv 1967
- Ders., Die Wehrmacht und die Juden im Zweiten Weltkrieg, in: ZfGJ 1 (1964), S. 141–147
- Ders., Wert und Grenzen von Erinnerungen und Zeugenberichten als jüdische Quelle der Hitler-Zeit, in: ZfGJ 2 (1965), S. 159–168
- Bastianus, J., Psychomatische Gevolgen van Onderdrukking en Verzet, Amsterdam 1957
- Ders., Vom Menschen im KZ und vom KZ im Menschen, in: Essays über Nazi-verbrechen
- Bauer, Yehuda, The Holocaust in Historical Perspective, Canberra 1978
- Ders., From Diplomacy to Resistance. A History of Jewish Palestine 1939–1945, Philadelphia 1970
- Ders., Flight and Rescue. B'riha, New York 1970
- Baum, Bruno, Widerstand in Auschwitz, Berlin 1961
- Bauminger, Arjeh L., Roll of Honour, Jerusalem 1970
- Bayern in der NS-Zeit, Bd. 1: Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte, hrsg. von Martin Broszat u. A., München, Wien 1977
- Dass., Bd. 2: Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, Teil A, hrsg. von Martin Broszat u. A., München, Wien 1979
- Dass., Bd. 3: Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, Teil B, hrsg. von Martin Broszat u. A., München, Wien 1981
- Dass., Bd. 4: Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, Teil C, hrsg. von Martin Broszat u. A., München, Wien 1981
- Behrend-Rosenfeld, Else R., Ich stand nicht allein. Erlebnisse einer Jüdin in Deutschland 1933–1944, Köln 1970
- Bein, Alex, Die Judenfrage – Biographie eines Weltproblems, Stuttgart 1980
- Ben-Elissar, Eliahu, La diplomatie du IIIe Reich et des Juifs 1933–1939, Paris 1968
- Bennathan, Esra, Die demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden, in: Entscheidungsjahr 1932
- Benz, Wolfgang, Eine liberale Widerstandsgruppe und ihre Ziele. Hans Robinsohns Denkschrift aus dem Jahr 1939, in: VJHZG 29 (1981), S. 436–471
- Berben, Paul, Histoire du camp de concentration de Dachau (1933–1945), Brüssel 1968
- Bettelheim, Bruno, The Informed Heart, Glencoe 1960
- Ders., Surviving and other Essays, London 1979
- Bewährung im Untergang. Ein Gedenkbuch, hrsg. von Ernst G. Lowenthal, Stuttgart 1965
- Bieber, Hans-Joachim, Antisemitism as a reflection of social, economic and political tension in Germany, 1880–1930, in: David Bronson (Hrsg.), Jews and Germans from 1860 to 1933

- Ders., Zur bürgerlichen Geschichtsschreibung und Publizistik über Antisemitismus, Zionismus und den Staat Israel, in: *Das Argument* 75 (1972), S. 231–274
- Billig, Joseph, *Le Commissariat Général aux Questions Juives (1941–1944)*, 4 Bde, Paris 1955–1960
- Ders., *L'Institut d'Etude des Questions Juives*, Paris 1974
- Billstein, Aurel, *Der eine fällt, die andern rücken nach. Dokumente des Widerstands und der Verfolgung in Krefeld 1933–1945*, Frankfurt/M. 1973
- Black Book. *The Nazi Crimes against the Jewish People*, New York 1946
- Blau, Bruno, *Das Ausnahmerecht für die Juden in Deutschland 1933–1945*, Düsseldorf 1965
- Ders., *Die Juden in Deutschland von 1939–1945*, in: *Judaica* 7 (1951), S. 270–284
- Bludau, Kuno, *Gestapo – geheim! Widerstand und Verfolgung in Duisburg 1933–1945*, Bonn-Bad Godesberg 1973
- Blumenfeld, Kurt, *Erlebte Judenfrage*, Stuttgart 1962
- Ders., *Im Kampf um den Zionismus. Briefe aus fünf Jahrzehnten*, hrsg. v. M. Samburski und J. Ginat, Stuttgart 1976
- Blumental, Nachman, *Magical thinking among the Jewish during the Nazi Occupation*, in: *YVS V* (1963), S. 221–236
- Boberach, Heinz (Hrsg.), *Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939–1944*, Neuwied 1965
- Bodenheimer, Henriette, *Der Durchbruch des politischen Zionismus in Köln 1890–1900*, Köln 1978
- Bohn, Willi, *Stuttgart geheim! Frankfurt/M. 1969*
- Bolkovski, Sidney M., *The distorted image. German Jewish Perceptions of Germans and Germany 1918–1935*, New York 1975
- Bonte, Florimont, *Les antifascistes allemands dans la Résistance Française*, Paris 1969
- Boyens, Armin, *Kirchenkampf und Ökumene 1939–1945*, München 1973
- Braham, Randolph, *The Destruction of Hungarian Jewry*, New York 1963
- Brandt, Heinz, *Ein Traum, der nicht erfüllbar ist. Mein Weg zwischen Ost und West*, München 1967
- Breit, Gotthard, *Das Staats- und Gesellschaftsbild deutscher Generale beider Weltkriege im Spiegel ihrer Memoiren*, Boppard 1973
- Bremer, Jörg, *Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). Untergrund und Exil 1933–1945*, Frankfurt/M. 1976
- Brentano, Margarethe von, *Die Endlösung. Ihre Funktion in Theorie und Praxis des Faschismus*, in: *Antisemitismus*
- Brigada International ist unser Ehrenname ... *Erlebnisse ehemaliger deutscher Spanienkämpfer*, Berlin 1974
- Bronson, David (Hrsg.), *Jews and Germans from 1860 to 1933. The problematic symbiosis*, Heidelberg 1979
- Broszat, Martin, *Hitler und die Genesis der »Endlösung«*, in: *VJHZG* 25 (1977), S. 739–775

- Ders., »Holocaust« und die Geschichtswissenschaft, in: *VJHZG* 27 (1979), S. 285–298
- Ders., Politische Denunziation in der NS-Zeit, in: *Archivalische Zeitschrift* 73 (1977), S. 209–238
- Ders., Soziale Motivation und Führer-Bindung des Nationalsozialismus, in: *VJHZG* 18 (1970), S. 392–409
- Ders., *Der Staat Hitlers*, München 1969
- Die Brüsseler Konferenz der KPD (3.–15. Oktober 1935), hrsg. von Klaus Mammach, Frankfurt/M. 1975
- Buchenwald, Mahnung und Verpflichtung, Berlin 1960
- Carlebach, Emil, Die Grenze verläuft nicht zwischen Juden und Nichtjuden, in: *Fremd im eigenen Land*
- Ders., Die Lage der jüdischen Häftlinge in Buchenwald, in: *Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung*
- Carmon, Arye, The impact of the Nazi racial Decrees on the University of Heidelberg, in: *YVS* 11 (1976), S. 131–163
- The Catastrophe of European Jewry. Antecedents-History-Reflections, ed. by Yisrael Gutman and Livia Rothkirchen, Jerusalem 1976
- Chary, Frederick B., *The Bulgarian Jews and the Final Solution*, Pittsburgh 1972
- Chronik des antifaschistischen Widerstandskampfes im Bezirk Chemnitz-Erzgebirge-Vogtland 1933–1945, Karl-Marx-Stadt 1969
- Cohn, Norman, *Die Protokolle der Weisen von Zion. Der Mythos von der jüdischen Weltverschwörung*, Köln 1969
- Colvin, Jan, *Flight 777*, London 1957
- Conway, John S., Der deutsche Kirchenkampf, in: *VJHZG* 17 (1969), S. 423–449
- Czech, Danuta, *Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau*, in: *Hefte von Auschwitz* Nr. 2–8 (1959–1964)
- Damals in Sachsenhausen. Solidarität und Widerstand im KZ Sachsenhausen, Berlin 1961
- Dawidowicz, Lucy S., *The Holocaust and the Historians*, Cambridge (Mass.), London 1981
- Dies., *Der Krieg gegen die Juden 1933–1945*, München 1979
- Dies., *A Holocaust Reader*, New York 1975
- Des Pres, Terrence, *The Survivor. An Anatomy of Life in the Death Camps*, New York 1976
- Dekel, Ephraim, *B'riha. Flight to the homeland*, New York 1973
- Deutsch, Harold C., *Verschwörung gegen den Krieg. Der Widerstand in den Jahren 1939–1940*, München 1969
- Deutsche Widerstandskämpfer 1933–1945. Biographien und Briefe*, 2 Bde., Berlin 1970
- Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923*, hrsg. von Werner E.

- Mosse und Arnold Paucker, Tübingen 1971
- Deutschkron, Inge, Ich trug den gelben Stern, Köln 1978
- Das »Andere Deutschland« im Zweiten Weltkrieg. Emigration und Widerstand in internationaler Perspektive, hrsg. von Lothar Kettenacker, Stuttgart 1977
- Deutschlandberichte der Sopade 1934–1940, 7 Bde., Frankfurt/M. 1980
- Diamant, David, Les Juifs dans la Résistance française 1940–1944, Paris 1971
- Diamant, Freddy E., We are the Last Victims, in: Jewish Spectator, April 1968
- Diehl-Thiele, Peter, Partei und Staat im Dritten Reich, München 1971
- Das Diensttagebuch des Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, hrsg. von Werner Präg und Wolfgang Jacobmeyer, Stuttgart 1975
- Documenten van de Joodenvervolging in Nederland, hrsg. van het Joods Historisch Museum, Amsterdam 1965
- Dohms, Peter, Flugschriften in Gestapo-Akten. Nachweis und Analyse der Flugschriften in den Gestapoakten des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf, Siegburg 1977
- Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Saarland von 1800 bis 1945, Bd. 6: Johannes Simmert, Die nationalsozialistische Judenverfolgung in Rheinland-Pfalz 1933 bis 1945; Hans Walter Hermann, Das Schicksal der Juden im Saarland 1928 bis 1945, Koblenz 1974
- Dass., Bd. 7: Dokumente des Gedenkens. Mit Beiträgen von Wilhelm Denig und Henry Huttenbach, Koblenz 1974
- Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden 1933–1945, hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter Juden, Frankfurt/M. 1963
- Dokumente über Methoden der Judenverfolgung im Ausland, hrsg. von der United Restitution Organisation, Frankfurt/M. 1959
- Drechsler, Hanno, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), Meisenheim 1965
- Drobisch, Klaus; Rudi Goguel u. A., Juden unterm Hakenkreuz, Berlin 1973
- Duhnke, Horst, Die KPD von 1933 bis 1945, Köln 1972
- Dunker, Ulrich, Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1919–1938. Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins, Düsseldorf 1977
- Düwell, Kurt, Die Rheingebiete in der Judenverfolgung des Nationalsozialismus vor 1942, Bonn 1968
- Ebert, Hans, The Expulsion of Jews from the Berlin-Charlottenburg Technische Hochschule, in: YLBI XIX (1974), S. 155–171
- Eckstein, George Günther, The Freie Deutsch-Jüdische Jugend (FDJJ) 1932–1933, in: YLBI XXVI (1981), S. 231–239
- Encel, Sol und B. Buckley, The New South Wales Jewish Community. A Survey, Kensington (New South Wales) 1978
- Das Ende der Parteien 1933, hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960
- Die Endlösung der Judenfrage in Frankreich. Deutsche Dokumente 1941–1944, hrsg. von Serge Klarsfeld, Paris 1977

- Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik, hrsg. von Werner E. Mosse, Tübingen 1965
- Erklärungen des ZK und der Zentralen Parteikontrollkommission während der 13. Tagung des ZK der SED, Berlin 1953
- Eschwege, Helmut (Hrsg.), Kennzeichen J. Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933 bis 1945, Berlin 1981
- Ders., Resistance of German Jews against the Nazi Regime, in: YLBI XV (1970), S. 143–180
- Ders., Der Widerstand der deutschen Juden gegen das Naziregime (Hebr.), in: Yalkut Moreshet 10 (1972)
- Essays über Naziverbrechen. Simon Wiesenthal gewidmet, Amsterdam 1973
- Etzold, Thomas, An American Jew in Germany: The death of Helmut Hirsch, in: JSS 35 (1973), S. 125–140
- Fackenheim, Emil, From Bergen-Belsen to Jerusalem. Contemporary Implications of the Holocaust, Jerusalem 1975
- Faschismus-Getto-Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des Zweiten Weltkrieges, hrsg. vom Jüdischen Historischen Institut Warschau, Berlin 1961
- Feilchenfeld, Werner; Dolf Michaelis u. A., Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933–1939, Tübingen 1972
- Finzi, M. und F. Cesana, Jewish Deeds and Figures in the Antifascist Fight in Italy. International Conference for the Resistance History, Prague 1963
- Fischer, Horst, Judentum, Staat und Heer in Preußen im frühen 19. Jahrhundert, Tübingen 1968
- Flechtheim, Ossip K., Heute noch skeptischer als 1962, in: Fremd im eigenen Land
- Der gelbe Fleck. Die Ausrottung von 500000 deutschen Juden, Paris 1936
- Fliedner, Hans-Joachim, Die Judenverfolgung in Mannheim 1933–1945. Darstellung und Dokumente, 2 Bde., Stuttgart 1971
- Förster, Jürgen, Hitler's War Aims against the Soviet Union and the German Military Leaders, in: Militärhistorisk Tidskrift, Stockholm 1979, S. 83–93
- Franke, Hans, Geschichte und Schicksal der Juden in Heilbronn, Heilbronn 1963
- Frankfurter, David, I killed a Nazi Gauleiter, in: Commentary, February 1950, S. 133–141
- Frankl, Viktor E., ... trotzdem Ja zum Leben sagen, München 1977
- Ders., Man's Search for Meaning, New York 1977
- Die Frauen von Ravensbrück, Berlin 1959
- Freden, Hans, Jüdisches Theater in Nazideutschland, Tübingen 1964
- Ders., Vom geistigen Widerstand deutscher Juden. Ein Kapitel jüdischer Selbstbehauptung in den Jahren 1933–1938, Jerusalem 1963
- Freier, Recha, Let the children come, London 1961

- Der Freiheitskampf des spanischen Volkes und die internationale Solidarität, Berlin 1956
- Fremd im eigenen Land. Juden in der Bundesrepublik, hrsg. von Henryk M. Broder und Michel R. Lang, Frankfurt/M 1979
- Freyburg, Jutta von, Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Revolutionären Sozialisten Deutschlands vor dem Problem der Aktionseinheit 1934 bis 1937, Köln 1973
- Friedländer, Saul, L'Antisemitisme Nazi. Histoire d'un psychose collective, Paris 1971
- Ders., Some Aspects of the Historical Significance of the Holocaust, Jerusalem 1977
- Friedman, Philip, The Yellow Badge and the Yellow Star in the Nazi Era, in: *Historia Judaica* XVII (1955), S. 41–70
- Friedman, Saul S., No Haven for the Oppressed. United States Policy towards Jewish refugees 1933–1945, Detroit 1973
- Gannon, Franklin Reid, The British Press and Germany 1936–1940, Oxford 1971
- Gay, Peter, Freud, Jews and other Germans. Masters and victims in modernist culture, New York 1978
- Gegenwart und Rückblick, hrsg. von Herbert A. Strauss und Kurt R. Grossmann, Heidelberg 1970
- Gegner des Nationalsozialismus. Wissenschaftler und Widerstandskämpfer auf der Suche nach historischer Wirklichkeit, hrsg. von Christoph Kleßmann und Falk Pingel, Frankfurt/M 1980
- Geis, Robert Rafael; Oskar Hammelsbeck u. A., Männer des Glaubens im deutschen Widerstand, München 1959
- Die jüdischen Gemeinden in Württemberg und Hohenzollern, hrsg. von der Archivdirektion Stuttgart, Stuttgart 1966
- Genschel, Helmut, Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen 1966
- Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1941–1945, Bd. 1 ff, Berlin 1962 ff
- Gilbert, Martin, Exile and Return. The emergence of Jewish Statehood, London 1978
- Giltay, D und A. J. v. d. Leeuw, Het Weinreb Report, 2dln; 's Gravenhage 1976
- Goguel, Rudi, Es war ein langer Weg, Düsseldorf 1947
- Goldhagen, Erich, Weltanschauung und Endlösung, in: *VJHZG* 24 (1976), S. 379–405
- Goldstein, Heinz Werner, Untergrund in Berlin, in: *Mitteilungen des Verbandes ehemaliger Breslauer und Schlesier in Israel* 45 (1979)
- Goshen, Seer, Eichmann und die Nisko-Aktion im Oktober 1939, in: *VJHZG* 29 (1981), S. 74–96
- Gottlieb, Moshe, The Anti-Nazi Boycott Movement in the United States, in: *JSS* 36 (1973), S. 198–227

- Grassmann, Peter, Sozialdemokraten gegen Hitler 1933–1945, München, Wien 1976
- Gribbohm, Günter, Die Führerinformationen des Reichsjustizministeriums, in: Deutsche Richterzeitung 49 (1971), S. 152–155
- Großmann, Kurt R., Emigration. Geschichte der Hitler-Flüchtlinge 1933–1945, Frankfurt/M 1969
- Ders., Herschel Grynspan lebt! in: Aufbau (New York) vom 10. 5. 1957
- Ders., Die unbesungenen Helden. Menschen aus Deutschlands dunklen Tagen, Berlin 1961
- Grüber, Heinrich, Erinnerungen aus sieben Jahrzehnten, Köln 1968
- Ders., Zeuge pro Israel, Berlin 1963
- Grunberger, Richard, Das zwölfjährige Reich, Wien, München, Zürich 1972
- Grundig, Lea, Gesichte und Geschichte, Berlin 1958
- Gutman, Yisrael, The Genesis of the Resistance in the Warsaw Ghetto, in: YVS IX (1973), S. 29–70
- Ders., Partisans, in: Holocaust
- Ders. und Efraim Zuroff, Rescue Attempts during the Holocaust, Jerusalem 1977
- Haesler, Alfred, Das Boot ist voll, Zürich 1967
- Hammerstein, Kunrat von, Flucht. Aufzeichnungen nach dem 20. Juli, Olten, Freiburg/Brsg. 1966
- Hanke, Peter, Zur Geschichte der Juden in München, München 1967
- Hefte von Auschwitz, hrsg. vom Staatlichen Auschwitz-Museum, Krakau 1959–1973
- Heiber, Helmut, Der Fall Grünspan, in: VJHZG 5 (1951), S. 134–172
- Heitzer, Heinz, Die Barbarei – extremster Ausdruck der Monopolherrschaft in Deutschland (Tagungsbericht), in: ZfG 9 (1961), S. 1632–1638
- Heller, Otto, Der Untergang des Judentums. Die Judenfrage, ihre Kritik und ihre Lösung durch den Sozialismus, Berlin 1931
- Hellige, Hans Dieter, Generationskonflikt, Selbsthaß und die Entstehung anti-kapitalistischer Positionen im Judentum, in: Geschichte und Gesellschaft 5 (1979), S. 476–518
- Henschel, Hildegard, Aus der Arbeit der Jüdischen Gemeinde Berlin während der Jahre 1941–1943, in: ZfGJ 9 (1972), S. 33–52
- Hermlin, Stephan, Die erste Reihe, Berlin 1957
- Herrmann, Klaus J., Das Dritte Reich und die deutsch-jüdischen Organisationen 1933–1934, Köln 1969
- Herz, Yitzhak S., Kristallnacht at the Dinslaken Orphanage, in: YVS IX (1976), S. 344–368
- Heyen, Franz-Josef, Nationalsozialismus im Alltag, Boppard 1967
- Hilberg, Raul, Die Vernichtung der europäischen Juden, Berlin 1982
- Ders., Documents of Destruction. Germany and Jewry 1933–1945, London 1972
- Hillgruber, Andreas, Die »Endlösung« und das deutsche Ostimperium, in:

- VJHZG 20 (1972), S. 133–153
 Ders., Hitlers Strategie, Frankfurt/M 1965
 Hirschfeld, Edith, Werner Scharff, in: Den unvergessenen Opfern des Wahns 1933–1945
 Hochmuth, Ursel und Gertrud Meyer, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933–1945. Berichte und Dokumente, Frankfurt/M 1969
 Höhne, Heinz, Canaris. Patriot im Zwielficht, München 1976
 Hoffmann, Peter, Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München 1969
 Holocaust, Jerusalem 1974
 Holocaust and Rebirth. A Symposium, Jerusalem 1974
 Horbach, Michael, So überlebten sie den Holocaust. Zeugnisse der Menschlichkeit 1933–1945, München 1979
 Hüttenberger, Peter, Nationalsozialistische Polykratie, in: Geschichte und Gesellschaft 2 (1976), S. 417–442
 Ders., Vorüberlegungen zum Widerstandsbegriff, in: Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 2 (1977), S. 117–139
- Ihla, Olaf, Die Roten Kämpfer, Meisenheim 1969
 Die chalizischen Illegalen im okkupierten Holland (Hebr.), hrsg. vom Haus der Ghettokämpfer auf den Namen Jizchak Kaznelson, o. O. 1969
 Imposed Jewish Governing Bodies under Nazi Rule, New York 1942
 Interbrigadisten. Der Kampf deutscher Kommunisten und deutscher Antifaschisten im nationalrevolutionären Kampf des spanischen Volkes 1936–1939, Berlin 1966
 Internationale Hefte der Widerstandsbewegung, Wien 1959–1963
 Iwaszko, Tadeusz, Die Häftlinge, in: Auschwitz. Geschichte und Wirklichkeit des Vernichtungslagers
 Ders., Häftlingsfluchten aus den Lagern, in: Hefte von Auschwitz 7 (1964), S. 3–57
- Jäckel, Eberhard, Hitlers Weltanschauung, Tübingen 1969
 Jacobsen, Hans Adolf, Kommissarbefehl und Massenerschüsse sowjetischer Kriegsgefangener, in: Anatomie des SS-Staates
 Jahnke, Karl-Heinz, Der Anteil der deutschen Jugend am antifaschistischen Widerstandskampf unter besonderer Berücksichtigung der kommunistischen Widerstandsbewegung 1933–1945, Greifswald 1965
 Jahrbuch der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Berlin 1950
 Jelinek, Yashayahn, The Role of the Jews in the Slovakian Resistance, in: JGO 15 (1967), S. 415–422
 Jentzsch, Horst, Der Beitrag deutscher antifaschistischer Ärzte am Kampf der internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg von 1936 bis 1939, Leipzig 1964
 Jersch-Wenzel, Stefi, Juden und »Franzosen« in der Wirtschaft des Raumes Berlin-Brandenburg zur Zeit des Merkantilismus, Berlin 1978

- Jews and Non-Jews in Eastern Europe, ed. by Bela Vago and George L. Mosse, Jerusalem 1974
- Jochmann, Werner, Struktur und Funktion des deutschen Antisemitismus, in: Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890–1914
- Ders., Zur Ausbreitung des Antisemitismus, in: Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923
- Jonas, H., Die Aktion jüdischer Kameraden gegen die SS am 22. Oktober 1942, in: Damals in Sachsenhausen
- Jong, Louis de, Het Koninkrijk der Nederlanden in de tweede wereldoorlog, 's Gravenhage 1969ff
- Ders., Die Niederlande und Auschwitz, in: VJHZG 17 (1969), S. 1–16
- Die Juden als Minderheit in der Geschichte, hrsg. von Bernd Martin und Ernst Schulin, München 1981
- Juden in Preußen. Ein Kapitel deutscher Geschichte, Dortmund 1981
- Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890–1914, hrsg. von Werner E. Mosse und Arnold Paucker, Tübingen 1976
- Die Juden in Deutschland 1951–1952. Frankfurt/M 1953
- Das Judentum in der deutschen Umwelt 1800–1850, hrsg. von Hans Liebeschütz und Arnold Paucker, Tübingen 1977
- Jüdisches Lexikon. Ein enzyklopädisches Handbuch des jüdischen Wissens, 5 Bde., Berlin 1927–1930
- Jungk, Robert, Heller als tausend Sonnen, Stuttgart 1956
- Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–1966, hrsg. von Adelheid Rüter u. A., Bd 1 ff, Amsterdam 1968 ff
- Kahn, Siegbert, Antisemitismus und Rassenhetze, Berlin 1948
- Ders., Dokumente des Kampfes der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung gegen Antisemitismus und Judenverfolgung, in: BGA 2 (1960), S. 252–64
- Kalbe, Ernst Gert, Antifaschistischer Widerstand und volksdemokratische Revolution in Südeuropa, Berlin 1974
- Kantorowicz, Alfred, Spanisches Tagebuch, Berlin 1948
- Katz, Shlomo Z., Public Opinion in Western Europe and the Evian Conference, in: YVS IX (1973), S. 105–132
- Kaufmann, Max, Die Vernichtung der Juden Lettlands, München 1947 (jidd. in deutscher Umschrift)
- Kaul, Friedrich Karl, Der Fall des Herschel Grynspan, Berlin 1965
- Kempner, Robert W., Die Ermordung von 35 000 Berliner Juden, in: Gegenwart und Rückblick
- Keneally, Thomas, Schindlers Liste, München 1983
- Kershaw, Ian, Antisemitismus und Volksmeinung. Reaktionen auf die Judenverfolgung, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. II
- Ders., The Persecution of the Jews and German Popular Opinion in the Third Reich, in: YLBI XXVI (1981), S. 261–289

- Kielar, Wieslaw, *Anus Mundi. Fünf Jahre Auschwitz*, Frankfurt/M 1979
- Kittsteiner, Heinz-Dieter, *Bewußtseinsbildung, Parteilichkeit, dialektischer und historischer Materialismus*, in: *IWK* 10 (1974), S. 408–430
- Kleßmann, Christoph, *Gegner des Nationalsozialismus. Zum Widerstand im Dritten Reich*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«*, B 46/1979
- Kliem, Kurt, *Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich, dargestellt an der Gruppe »Neu Beginnen«*, phil. Diss., Marburg 1957
- Klönne, Arno, *Gegen den Strom. Bericht über den Jugendwiderstand im Dritten Reich*, Hannover, Frankfurt/M 1957
- Klotzbach, Kurt, *Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930–1945*, Hannover 1969
- Klüger, Ruth und Peggy Mann, *The Last Escape*, London 1974
- Knipping, Ulrich, *Die Geschichte der Juden in Dortmund während der Zeit des Dritten Reiches*, Dortmund 1977
- Knout, David, *Contribution a l'histoire de la Résistance juive en France 1940–1944*, Paris 1947
- Knütter, Hans-Helmuth, *Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918–1933*, Düsseldorf 1971
- Köhler, Jochen, *Klettern in der Großstadt. Volkstümliche Geschichten vom Überleben in Berlin 1933–1945*, Berlin 1981
- Kogon, Eugen, *Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager*, Frankfurt/M 1946
- Komintern und Faschismus. Dokumente zur Geschichte und Theorie des Faschismus*, hrsg. von Theo Pirker, Stuttgart 1965
- Die Kontroverse*, München 1964
- Kova, Oda, Recha Freier, *The dreaming woman*, in: *Sie flohen vor dem Hakenkreuz*
- Kowalski, Isaac A., *Secret Press in Nazi Europe*, New York 1978
- Kranzler, David, *Japanese, Nazis and the Jews. The Jewish Refugee Community of Shanghai 1938–1945*, New York 1976
- Kraus, Ota und Erich Kulka, *Die Todesfabrik*, Berlin 1958
- Krausnick, Helmut, *Hitler und die Morde in Polen*, in: *VJHZG* 11 (1963), S. 196–209
- Ders., *Judenverfolgung*, in: *Anatomie des SS-Staates*
- Ders., *Kommissarbefehl und »Gerichtsbareiterlaß Barbarossa« in neuerer Sicht*, in: *VJHZG* 25 (1977), S. 682–738
- Ders. und Hans Heinrich Wilhelm, *Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942*, Stuttgart 1981
- Die Krise des Liberalismus zwischen den Weltkriegen*, hrsg. von Rudolf von Thadden, Göttingen 1978
- Kühnrich, Heinz, *Der KZ-Staat*, Berlin 1960
- Kulka, Otto Dov, *»Public Opinion« in National Socialist Germany and the »Jewish Question«*, in: *Zion* XL (1975), S. 186–290

- Ders., The »Reichsvereinigung of the Jews in Germany« (1938/39–1943), in: *Patterns of Jewish Leadership in Nazi Europe 1933–1945*
- Kurzman, Dan, *Der Aufstand. Die letzten Tage des Warschauer Ghettos*, München 1979
- Kwiet, Konrad, *Bemerkungen zu dem Widerstand der deutschen Juden gegen die Nazis. Vortrag auf der Konferenz der Austroasiatischen Vereinigung europäischer Geschichte, Adelaide 3.–5. VI. 1977* (Manuskript)
- Ders., *Die deutsche Geschichtswissenschaft und die Zäsur von 1945*, in: *Die Mühen der Ebenen*
- Ders., *Historians of the German Democratic Republic on Antisemitism and Persecution*, in: *YLBI XXI* (1976), S. 173–198
- Ders., *Problems of Jewish Resistance Historiography*, in: *YLBI XXIV* (1979), S. 37–60
- Ders., *Van Joodenhoed tot Gele Ster*, Bussum 1973
- Ders., *Zur historiographischen Behandlung der Judenverfolgung im Dritten Reich*, in: *MGM 27* (1980), S. 144–192
- Die kirchliche Lage in Bayern nach den Regierungspräsidentenberichten 1933–1943*, 4 Bde., hrsg. von Helmut Witetschek, Mainz 1966–1973
- Lamberti, Marjorie, *Jewish activism in Imperial Germany. The struggle for civil equality*, London 1978
- Lamm, Hans, *Über die innere und äußere Entwicklung des deutschen Judentums im Dritten Reich*, phil. Diss. (masch.), Erlangen 1951
- Langbein, Hermann, *Der Auschwitz-Prozeß. Eine Dokumentation*, 2 Bde., Wien 1965
- Ders., *Menschen in Auschwitz*, Wien 1972
- Ders., ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank. *Widerstand in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern 1938–1945*, Frankfurt/M 1980
- Langkau-Alex, Ursula, *Volksfront für Deutschland? Bd. 1: Vorgeschichte und Gründung des »Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront«*, 1933–1936, Frankfurt/M 1977
- Laqueur, Walter, *Was niemand wissen wollte. Die Unterdrückung der Nachrichten über Hitlers »Endlösung«*, Frankfurt/M 1981
- Latour, Anny, *La résistance juive en France 1940–1944*, Paris 1970
- Lazarus, Ludwig, *Der brave Soldat Lazarus unter den Nazis*, in: *Sie flohen vor dem Hakenkreuz*
- Leber, Annedore, *Das Gewissen entscheidet. Bereiche des deutschen Widerstandes von 1933–1945 in Lebensbildern*, Berlin, Frankfurt/M 1960
- Dies., *Das Gewissen steht auf. 64 Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand 1933–1945*, Berlin, Frankfurt/M 1954
- Leeuw, A. J. v. d., *Der Griff des Reiches nach dem Judenvermögen*, in: *Studies over Nederland in Oorlogstijd*
- Ders., *The Emigration Lists of Friedrich Weinreb*, in: *Patterns of Jewish Leadership*
- Lehnert, Hans und Hilde Meisel, *Gedichte*, Hamburg 1950

- Leshem, Percz, Rescue Efforts in the Iberian Peninsula, in: YLBI XIV (1969), S. 231–256
- Leuner, Heinz David, Gerettet vor dem Holocaust, München 1979
- Ders., Als Mitleid ein Verbrechen war, Wiesbaden 1967
- Levin, Dov, Der bewaffnete Widerstand baltischer Juden gegen das Nazi-Regime 1941–1945, in: Acta Baltica 15 (1975), S. 166–174
- Levin, Nora, The Holocaust. The Destruction of European Jewry 1933–1945, New York 1975
- Levine, Herbert S., Die wissenschaftliche Untersuchung des Verhaltens der Juden zur Zeit der nationalsozialistischen Verfolgungen und die Hemmungen einer unbewältigten Vergangenheit, in: Tradition und Neubeginnen
- Levy, Claude, Les parias de la Résistance, Paris 1970
- Ders. und Paul Tillard, Der schwarze Donnerstag. Kollaboration und Endlösung in Frankreich, Olten, Freiburg/Br. 1968
- Lichtenstein, Erwin, Die Juden der Freien Stadt Danzig unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, Tübingen 1973
- Lichtenstein, Heiner, Warum Auschwitz nicht bombardiert wurde, Köln 1980
- Lichtheim, Richard, Die Geschichte des deutschen Zionismus, Jerusalem 1954
- Lieber Stürmer. Leserbriefe an das NS-Kampfblatt 1924–1945, Eine Dokumentation aus dem Leo Baeck Institute New York, Stuttgart 1978
- Link, Werner, Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes (ISK). Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Meisenheim 1964
- Littel, Franklin und Hubert G. Locke (Hrsg.), The German Church Struggle and the Holocaust, Detroit 1974
- Loewenstein, Karl, Minsk. Im Lager der deutschen Juden, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«, B 45 / 1956
- Löwenthal, Emmi, Verurteile nicht deinen Nächsten, bis du dich in seiner Lage gesehen hast, in: Fremd im eigenen Land
- Looock, Hans-Dietrich, Quisling, Rosenberg und Terboven, Stuttgart 1970
- Ludwig, Carl, Die Flüchtlingspolitik der Schweiz, Bern 1957
- Luft, Gerda, Heimkehr ins Unbekannte. Eine Darstellung der Einwanderung von Juden aus Deutschland nach Palästina vom Aufstieg Hitlers zur Macht bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges 1933–1939, Wuppertal 1977
- Macksey, Kenneth, The Partisans of Europe in World War II, London 1975
- Mammach, Klaus, Die KPD und die deutsche antifaschistische Widerstandsbe-
wegung 1933 bis 1939, Frankfurt/M 1974
- Mann, Reinhard, Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: NPL 22 (1977), S. 425–442
- Maoz, Eliyahu, A Jewish Underground in Germany, (Hebr.), in: Yalkut Moreshet 3 (1965), S. 79–88
- Ders., The Werkleute, in YLBI IV (1959), S. 165–182
- Marrus, H. R. und Robert O. Paxton, Vichy et les Juifs, Paris 1981

- Margaliot, Abraham, *The Dispute over the Leadership of German Jewry (1933–1938)*, in: YVS X (1974), S. 129–148
- Ders., *The Reaction of the Jewish Public in Germany to the Nuremberg Laws*, in: YVS XII (1977), S. 75–107
- Mark, Bernard, *Die Gruppe Herbert Baum. Eine jüdische Widerstandsgruppe in den Jahren 1937–1942*, in: *Blätter für Geschichte XIV*, Warschau 1961, S. 32 ff (jidd.)
- Ders., *Uprising in the Warsaw Ghetto*, New York 1975
- Maršalek, Hans, *Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen*, Wien 1974
- Mason, Timothy W., *Arbeiteropposition im nationalsozialistischen Deutschland*, in: *Die Reihen fast geschlossen*
- Ders., *Der Primat der Politik. Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus*, in: *Das Argument 41* (1968), S. 473–494
- Ders., *Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936–1939*, Opladen 1975
- Massing, Paul W., *Vorgeschichte des politischen Antisemitismus*, Frankfurt/M 1959
- Matthias, Erich, *Sozialdemokratie und Nation*, Stuttgart 1952
- Ders., *Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands*, in: *Das Ende der Parteien 1933*
- Matussek, Paul und Rolf Grigat, *Die Konzentrationslagerhaft und ihre Folgen*, Berlin, Heidelberg 1971
- Mechanicus, Philipp, *In Depot. Dagboek uit Westerbork*, Amsterdam 1978
- Meinecke, Friedrich, *Die deutsche Katastrophe*, Wiesbaden 1946
- Meißner, Kurt; Hans Bursion u. A., »... damit die Freiheit lebt!« *Zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes unter Führung der KPD im Bezirk Magdeburg-Anhalt 1933–1945*, Magdeburg 1966
- Messerschmidt, Manfred, *Die Wehrmacht im NS-Staat*, Hamburg 1969
- Meyer, Gertrud, *Nacht über Hamburg. Berichte und Dokumente*, Frankfurt/M 1971
- Michman, Dan, *The Jewish Refugees from Germany in the Netherlands 1933–1940*, 2 vols, Jerusalem 1978 (hebr.)
- Miethe, Anna Dora, *Gedenkstätten, Arbeiterbewegung, Antifaschistischer Widerstand. Aufbau des Sozialismus*, Leipzig, Jena, Berlin 1974
- Miles, *Neu Beginnen! Faschismus oder Sozialismus. Diskussionsgrundlage zu den Streitfragen unserer Epoche*, Karlsbad o. J. [1933]
- Minc, Rahel, *Kinder in der Nacht. Schicksale jüdischer Kinder 1933–1945*, Frankfurt/M 1963
- Miscellanea. *Festschrift für Helmut Krausnick zum 75. Geburtstag*, hrsg. von Wolfgang Benz in Verbindung mit anderen, Stuttgart 1980
- Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration*, aus dem Nachlaß von Friedrich Stampfer, ergänzt durch andere Überlieferungen, hrsg. von Erich Matthias und bearb. von Werner Link, Düsseldorf 1968

- Mitscherlich, Alexander und Margarethe, Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens, München 1968
- Moczarski, Kazimierz, Gespräch mit dem Henker, Düsseldorf 1978
- Mohrmann, Walter, Antisemitismus, Berlin 1972
- Molho, Michael, In memoriam. Hommage aux victims juives des Nazis en Grèce, 2 Bde., Saloniki 1948/1949
- Mommsen, Hans, Die deutschen Gewerkschaften zwischen Anpassung und Widerstand 1930–1944, in: Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung
- Ders., Über Leben und Werk von Hans Rothfels, in: Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert
- Monte, Hilda, The Unity of Europe, London 1940
- Dies., Where Freedom perished, London 1941
- Morse, Arthur D., Die Wasser teilten sich nicht, Hamburg, Bern 1968
- Ders., While Six Million Died. A Chronicle of American Apathy, New York 1975
- Mosse, George L., German Socialists and the Jewish Question in the Weimar Republic, in: YLBI XVI (1971), S. 123–150
- Ders., Der nationalsozialistische Alltag, Königstein/Ts. 1978
- Ders., Rassismus. Ein Krankheitssymptom der europäischen Geistesgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Königstein/Ts. 1978
- Mosse, Werner E.; Arnold Paucker u. A., Revolution and Evolution 1848 in German Jewish history, Tübingen 1981
- Die Mühen der Ebenen. Kontinuität und Wandel in der deutschen Literatur und Gesellschaft 1945–1949, hrsg. von Bernd-Rüdiger Hüppauf, Heidelberg 1981
- Müller, Arnd, Geschichte der Juden in Nürnberg 1146–1945, Nürnberg 1968
- Müller, Filip, Sonderbehandlung – drei Jahre in den Krematorien und Gaskammern von Auschwitz, München 1979
- Müller, Klaus-Jürgen, Das Heer und Hitler, Stuttgart 1969
- Nellessen, Bernd, Der Prozeß von Jerusalem, Düsseldorf, Wien 1964
- Den Netzen entronnen. Die Aufzeichnungen des Joel Koenig, Göttingen 1967
- Niemöller, Wilhelm, Der Pfarrernotbund, Hamburg 1973
- Niewyk, Donald L., Socialist, Anti-Semite and Jew. German Social Democracy confronts the problems of Anti-Semitism 1918–1933, Baton Rouge 1971
- Ders., The Jews in Weimar Germany, Baton Rouge 1980
- Noam, Ernst und Wolf Arno Kropat, Juden vor Gericht 1933–1945. Dokumente aus hessischen Justizakten, Wiesbaden 1975
- Den unvergessenen Opfern des Wahns 1933–1945, Heidelberg 1952
- Ophir, Baruch Zvi, Pinkas Hakehillot Encyclopedia of Jewish Communities from their Foundation till after the Holocaust (Germany-Bavaria), London 1971 (hebr.)

- Ders. und Falk Wiesemann, *Die jüdischen Gemeinden in Bayern 1918–1945. Geschichte und Zerstörung*, München 1979
- Oppenheimer, Max, *Fall Vorbote. Zeugnisse des Mannheimer Widerstandes*, Frankfurt/M. 1969
- Osterroth, Franz, *Biographisches Lexikon des Sozialismus*, Bd. I: Verstorbene Persönlichkeiten, Hannover 1960
- Pätzold, Kurt, *Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung*, Berlin 1975
- Pasaremos, *Deutsche Antifaschisten im nationalrevolutionären Krieg des spanischen Volkes*, Berlin 1966
- Patterns of Jewish Leadership in Nazi Europe 1933–1945*, Jerusalem 1979
- Paucker, Arnold, *Documents on the Fight of Jewish Organisations against Right Wing Extremism*, in: *Michael* 2 (1973), S. 216–246
- Ders., *Jewish Defence against Nazism in the Weimar Republik*, in: *The Wiener Library Bulletin XXVI*, Nos. 1 and 2 (New Series Nos. 26 and 27), 1972, S. 21–31
- Ders., *Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik*, Hamburg 1968
- Ders., *Zur Problematik einer jüdischen Abwehrstrategie in der deutschen Gesellschaft*, in: *Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890–1914*
- Ders. und Lucien Steinberg, *Some Notes on Resistance*, in: *YLBI XVI* (1971), S. 239–248
- Pech, Karlheinz, *An der Seite der Résistance. Zum Kampf der Bewegung »Freies Deutschland für den Westen« in Frankreich (1943–1945)*, Berlin 1974
- La persecution des Juifs en France*, Paris 1947
- Petschersky, Alexander, *Der Aufstand in Sobibor*, in: *Sowjetisch Heimland*, Nr. 12, Moskau 1973 (Jidd.)
- Peukert, Detlev, *Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933–1945*, Wuppertal 1980
- Ders., *Ruhrarbeiter gegen den Faschismus. Dokumentation über den Widerstand im Ruhrgebiet 1933–1945*, Frankfurt/M 1976
- Pieck, Wilhelm, *Der neue Weg zum gemeinsamen Kampfe für den Sturz der Hitlerdiktatur. Referat und Schlußwort auf der Brüsseler Parteikonferenz der KPD, Oktober 1935*, Berlin 1947
- Pikarski, Margot, *Jugend im Berliner Widerstand. Herbert Baum und Kampfgefährten*, Berlin 1978
- Dies., *Über die führende Rolle der Parteiorganisation der KPD in der antifaschistischen Widerstandsgruppe Herbert Baum, Berlin 1939 bis 1942*, in: *BGA* 8 (1966), S. 867–882
- Pingel, Falk, *Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager*, Hamburg 1978
- Plum, Günter, *Das »Gelände« des Widerstands. Marginalien zur Literatur über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, in: *Miscellanea*
- Ders., *Die KPD in der Illegalität. Rechenschaftsbericht einer Bezirksleitung aus dem Jahr 1934*, in: *VJHZG* 23 (1975), S. 219–235

- Poelchau, Harald, *Die Ordnung der Bedrängten*, Berlin 1963
- Poliakov, Leon, *Der arische Mythos*, Wien 1977
- Ders., *Harvest of Hate*, Westport 1971
- Ders., *Histoire de l'Antisemitisme*, 4 Bde., Paris 1955–1977
- Ders. und Jaques Sabille, *Jews under Italian Occupation*, Paris 1965
- Ders. und Josef Wulf, *Das Dritte Reich und die Juden*, Berlin 1955
- Diess., *Das Dritte Reich und seine Denker*, Berlin 1959
- Poppel, Stephen, *Zionism in Germany 1897–1933*, Philadelphia 1977
- Presser, Jacob, *Ondergang. Vervolging en verdelging van het Nederlandse Jodendom 1940–1945*, 2 Bde., 's Gravenhage 1965
- Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof*, 42 Bde., Nürnberg 1947
- Publikationen des Leo Baeck Institute aus zwei Jahrzehnten*, hrsg. von Max Kreuzberger, Jerusalem, New York, London 1977
- Pulzer, Peter, *Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867–1914*, Gütersloh 1966
- Radkau, Joachim, *Die deutsche Emigration in die USA*. Düsseldorf 1971
- Ravine, J., *La Résistance organisée des Juifs en France (1940–1944)*, Paris 1973
- Reichhardt, Hans-Joachim, *Neu Beginnen. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus*, in: *JBGMO* 12 (1963), S. 150–188
- Ders., *Die Sozialdemokratische Partei*, in: *Der deutsche Widerstand gegen Hitler*
- Ders., *Möglichkeiten und Grenzen des Widerstandes der Arbeiterbewegung*, in: *Der deutsche Widerstand gegen Hitler*
- Reichmann, Eva-Gabriele, *Flucht in den Haß. Die Ursachen der deutschen Judenkatastrophe*, Frankfurt/M. 1969
- Dies., *Größe und Verhängnis deutsch-jüdischer Existenz. Zeugnisse einer tragischen Begegnung*, Heidelberg 1974
- Reichmann, Hans, *The Fate of a Manuscript*, in: *YLBI III* (1958), S. 361–363
- Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus*, hrsg. von Detlev Peukert und Jürgen Reulecke, Wuppertal 1981
- Rein, Heinz, *Finale Berlin*, Berlin 1948
- Reinharz, Yehuda, *Fatherland or promised land. The dilemma of the German Jews 1893–1914*, Ann Arbor 1975
- Reissner, Hanns G., *The Histories of »Kaufhaus N. Israel« and of Wilfried Israel*, in: *YLBI III* (1958), S. 227–256
- Reitlinger, Gerald, *Die Endlösung*, Berlin 1956
- Résistance. Erinnerungen deutscher Antifaschisten*, Berlin 1973
- Reuter, Lutz-Eugen, *Katholische Kirche als Fluchthelfer im Dritten Reich*. Recklinghausen. Hamburg 1971
- Rewald, Ilse, *Berliner, die uns halfen, die Hitlerdiktatur zu überleben*, Berlin 1975
- Richarz, Monika, *Jüdisches Leben in Deutschland*, 3 Bde., Stuttgart 1976–1982

- Riesenburger, Martin, *Das Licht verlöschte nicht*, Berlin 1960
- Ringelblum, Emanuel, *Polish-Jewish Relations during the Second World War*, ed. by Joseph Kermish and Shmuel Krakowski, Jerusalem 1974
- Ders., *Schriften vom Ghetto*, Bd. I: *Tagebuch vom Warschauer Ghetto 1939–1942* (jidd.), Warschau 1961
- Ritter, Gerhard, *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*, Stuttgart 1955
- Robinson, Hans, *Justiz als politische Verfolgung. Die Rechtsprechung in »Rassenschandefällen« beim Landgericht Hamburg 1936–1943*, Stuttgart 1977
- Robinson, Jacob, *And the crooked shall be made straight*, New York 1965
- Röder, Werner, *Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940–1945*, Hannover 1968
- Roon, Ger van, *Widerstand im Dritten Reich*, München 1979
- Ders., *Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung*, München 1967
- Rosenkranz, Herbert, *Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1933–1945*, Wien 1978
- Rückert, Adalbert, *NS-Prozesse. Nach 25 Jahren Strafverfolgung: Möglichkeiten-Grenzen-Ergebnisse*, Karlsruhe 1971
- Ders., *NS-Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse – Belzec, Sobibor, Treblinka, Chelmo*, München 1977
- Rüf, Shlomo, *Ströme im dünnen Land*, Stuttgart 1964
- Rürup, Reinhard, *Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur »Judenfrage« in der bürgerlichen Gesellschaft*, Göttingen 1975
- Ryszka, Franciszek, *Formen des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus*, in: *Gegner des Nationalsozialismus*
- Salm, Fritz, *Im Schatten des Henkers. Vom Arbeiterwiderstand in Mannheim*, Frankfurt/M. 1973
- Sauer, Paul, *Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime 1933–1945*, Stuttgart 1966
- Ders., *Die Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs während der nationalsozialistischen Verfolgungszeit 1933–1945*, Stuttgart 1969
- Sbosny, Inge und Karl Schabrod, *Widerstand in Solingen. Aus dem Leben antifaschistischer Kämpfer*, Frankfurt/M. 1975
- Schabbetai, K., *Wie Schafe zur Schlachtbank? Beit-Dagon* 1965
- Schabrod, Karl, *Widerstand an Rhein und Ruhr 1933–1945*, Düsseldorf 1969
- Scheffler, Wolfgang, *Judenverfolgung im Dritten Reich 1933–1945*, Berlin 1960
- Schirmer, Hermann, *Das andere Nürnberg. Antifaschistischer Widerstand in der Stadt der Reichsparteitage*, Frankfurt/M 1974
- Schleunes, Karl A., *The Twisted Road to Auschwitz. Nazi Policy towards German Jews 1933–1939*, London 1972

- Schmidt, Walter A., *Damit Deutschland lebe. Ein Quellenwerk über den deutschen antifaschistischen Widerstandskampf 1933–1945*, Berlin 1958
- Schochow, Werner, *Deutsch-Jüdische Geschichtswissenschaft. Eine Geschichte ihrer Organisationsform unter besonderer Berücksichtigung der Fachbibliographie*, Berlin 1969
- Scholder, Klaus, *Die Kirchen und das Dritte Reich*, Bd. 1, Berlin 1977
- Scholem, Gershom, *Wider den Mythos vom deutsch-jüdischen Gespräch*, in: BLBI 27 (1964), S. 278–281
- Ders., *Zur sozialen Psychologie der Juden in Deutschland 1900–1939*, in: *Die Krise des Liberalismus zwischen den Weltkriegen*
- Schorsch, Ismar, *Jewish reactions to German Anti-Semitism 1870–1914*, New York 1978
- Schultheis, Herbert, *Juden in Mainfranken 1933–1945 unter besonderer Berücksichtigung der Deportation der Würzburger Juden*, Bad Neustadt a. d. Saale 1980
- Schumann, Wilhelm, *Ihr seid den dunklen Weg für uns gegangen ... Skizzen aus dem Widerstand in Hannoversch-Münden 1933–1939* Frankfurt/M. 1973
- Schwarzschild, Steven S., *A Sequel to the Story of Herbert Baum*, in: *Judaica Post*, Vol. 3 No. 3–4, March–April 1962
- Schwersenz, Jizchak, *Chaluzim im Untergrund im nazistischen Deutschland*, Ejn Charod 1969 (Hebr.)
- Ders. und Edith Wolff, *Jüdische Jugend im Untergrund*, in: BLBI 12 (1969), S. 5–100
- Shamir, Haim, *Before the Holocaust. Jews in the Third Reich and West European Public Opinion*, Tel Aviv 1974 (hebr.)
- Sichel, M., *Der Selbstmord bei den Juden – einst und jetzt*, in: *Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden* 1 (1924), S. 91–107
- Sie flohen vor dem Hakenkreuz. Selbstzeugnisse der Emigration*, hrsg. von W. Zadek, Reinbek 1981
- VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Referate und Resolutionen, hrsg. vom Institut Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1975
- Siegert, Toni, *Das Konzentrationslager Flossenbürg*, in: *Bayern in der NS-Zeit II*
- Sijes, Benjamin, *De Februari Staking, 25–26 Februari 1941*, 's Gravenhage 1954
- Simon, Ernst, *Aufbau im Untergang. Jüdische Erwachsenenbildung im nationalsozialistischen Deutschland als geistiger Widerstand*, Tübingen 1959
- Ders., *Jewish Adult Education in Nazi Germany as Spiritual Resistance*, in: YLBI IV (1956), S. 8–69
- Simpson, J. H. *The Refugee Problem*, London 1939
- Sodeikat, Ernst, *Die Verfolgung und der Widerstand der Juden in der Freien Stadt Danzig von 1933 bis 1945*, in: BLBI 30 (1965) S. 107–149
- Das Sowjetparadies. Ausstellung der Reichspropagandaleitung der NSDAP. Ein Bericht in Wort und Bild*, Berlin 1942

- De SS en Nederland. Documenten uit SS-archieven 1935–1945, hrsg. von N.K.C.A. in't Veld, 2 Bde., 's Gravenhage 1976
- Stamper, Friedrich, Erfahrungen und Erkenntnisse. Aufzeichnungen aus meinem Leben, Köln 1957
- Stand und Problematik der Erforschung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Studien und Berichte aus dem Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bad Godesberg 1965 (hektographiert)
- Steinberg, Hans-Josef, Widerstand und Verfolgung in Essen 1933–1945, Hannover 1969
- Steinberg, Isaac Nachman, Australia – The Unpromised Land, London 1948
- Steinberg, Lucien, Der Anteil der Juden am Widerstand in Deutschland, in: Stand und Problematik der Erforschung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus
- Ders., Jews against Hitler, Glasgow 1978
- Ders., La Revolte des Justes. Les Juifs contre Hitler 1933–1945, Paris 1970
- Steinberg, Maxime, The Trap of Legality. The Association of the Jews of Belgium, in: Patterns of Jewish Leadership
- Steiner, Jean-François, Treblinka. Die Revolte eines Vernichtungslagers, Oldenburg 1966
- Steinert, Marlis G., Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg, Düsseldorf 1970
- Sterling, Eleonore, Judenhaß. Die Anfänge des politischen Antisemitismus in Deutschland (1815–1850), Stuttgart 1969
- Stockvis, B, Advocaat in bezettingstijd, Amsterdam 1964
- Stokes, Lawrence D., The German People and the Destruction of European Jews, in: Central European History 6 (1973), S. 167–191
- Ders., The Sicherheitsdienst (SD) of the Reichsführer-SS and German Public Opinion Sept. 39–June 41, Diss. phil. Johns-Hopkins-University, Baltimore 1972
- Strauss, Herbert A., Jewish Emigration from Germany. Nazi Policies and Jewish Responses (I, II), in: YLBI XXV (1980), S. 313–361 und YLBI XXVI (1981), S. 343–409
- Streit, Christian, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Stuttgart 1978
- Studies over Nederland in Oorlogstijd I, 's Gravenhage 1972
- Stuldreher, Coenrad, J. E., Samen alleen, in: Bericht van de Tweede Wereldoorlog no. 54, deel 4, (1971)
- Sywottek, Arnold, Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935–1946, Düsseldorf 1971
- Tagebuch einer jüdischen Gemeinde 1941/1943, hrsg. von Anton Keim, Mainz 1969
- Tal, Uriel, Christians and Jews in Germany, New York 1974
- Theilhaber, Felix, Der Untergang der deutschen Juden. Eine volkswirtschaftliche Studie, München 1911

- Tenenbaum, Joseph, *Race and Reich*, New York 1956
- Thalmann, Rita und Emmanuel Feinermann, *Crystal Night* 9.–10. November 1983, London 1974
- Thévoz, Robert; Hans Branig u. A., *Pommern 1934/35 im Spiegel von Gestapo-Lageberichten und Sachakten*, 2 Bde., Köln, Berlin 1974
- They fought back. The Story of the Jewish Resistance in Nazi-Europe*, hrsg. von Yuri Suhl, New York 1967
- Thomas, Hugh, *The Spanish Civil War*, London 1961
- Tijn, Gertrude von, *Werkdorp Nieuwesluis*, in: *YLBI XIV* (1969), S. 182–199
- Tjaden, Karl-Heinz, *Struktur und Funktion der »KPD-Opposition« (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur »Rechts«-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik*, Meisenheim 1964
- Toch, Josef, *Juden im Spanischen Krieg 1936–1939*, in: *Zeitgeschichte* 1 (1973), S. 157–170
- Totenliste Hamburger Widerstandskämpfer und Verfolgter 1933–1945*, hrsg. von der Vereinigten Arbeitsgemeinschaft der Naziverfolgten, Hamburg 1968
- Toury, Jacob, *Soziale und politische Geschichte der Juden in Deutschland 1847–1871. Zwischen Revolution, Reaktion und Emanzipation*, Düsseldorf 1977
- Tradition und Neubeginnen*, Köln 1975
- Tramer, Hans, *Ein historisches Fehlurteil*, in: *Die Kontroverse*
- Trunk, Isaiah, *Judenrat. The Jewish Councils in Eastern Europe during the Nazi Occupation*, New York 1972
- »Tschapaiew«. *Das Bataillon der 21 Nationen, dargestellt in Aufzeichnungen seiner Mitkämpfer*, redigiert von Alfred Kantorowicz, Berlin 1956
- Tutas, Herbert, *Nationalsozialismus und Exil. Die Politik des Dritten Reiches gegenüber der deutschen politischen Emigration 1933–1939*, München, Wien 1975
- Underground of the Zionist Youth in Occupied Holland*, Tel Aviv 1969 (Hebr.)
- Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozeß, Schwäbisch-Gmünd 1950*
- Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. Die Lageberichte der Gestapo und des Generalstaatsanwalts Karlsruhe*, hrsg. von Jörg Schadt, Stuttgart 1976
- Vietzke, Siegfried, *Die KPD auf dem Weg zur Brüsseler Konferenz*, Berlin 1969
- Vogel, Rolf, *Ein Stück von uns. Deutsche Juden in deutschen Armeen 1813–1936*, Mainz 1977
- Vollmer, Bernhard, *Volksopposition im Polizeistaat. Gestapo- und Regierungsberichte 1934–1936*, Stuttgart 1957
- Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung*, hrsg. von Heinz Oskar Vetter, Köln 1975
- Vrba, Rudolf, *Ich kann nicht vergeben*, München 1964
- VVN-Kalender*, Berlin 1952 und Berlin 1953

- Walk, Joseph, *The Education of the Jewish Child in Nazi Germany. The Law and its Execution*, Jerusalem 1975 (hebr.)
- Ders., *The Religious Leadership during the Holocaust*, in: *Patterns of Jewish Leadership*
- Ders., *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat*, Karlsruhe 1981
- Ders., *Das Ende des jüdischen Jugend- und Lehrheims Wolzig (1933)*, in: *BLBI* 66 (1983), S. 3–22
- Wallach, Jehuda, *Feldmarschall Erich von Manstein und die deutsche Juden-ausrottung in Rußland*, in: *Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte* 6, Tel Aviv 1974, S. 457–472
- Wasserstein, Bernard, *Britain and the Jews of Europe 1939–1945*, Oxford 1979
- Weber, Hermann, *Der deutsche Kommunismus. Dokumente 1915–1945*. Köln 1973
- Weingartner, Thomas, *Stalin und der Aufstieg Hitlers*, Berlin 1970
- Weinreb, Friedrich, *Collaboratie en Verzet 1940–1945*, Amsterdam 1969
- Weinzierl, Erika, *Zu wenig Gerechte. Österreicher und Judenverfolgung 1938–1945*, Graz, Wien 1969
- Weisenborn, Günther, *Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933–1945*, Hamburg 1962
- Weißbecker, Manfred, *Gegen Faschismus und Kriegsgefahr. Ein Beitrag zur Geschichte der KPD in Thüringen 1933–1945*, Erfurt 1967
- Weißbuch der deutschen Opposition gegen die Hitlerdiktatur, hrsg. vom Vorstand der Sopade, London 1946 (als Manuskript vervielfältigt)
- Weltlinger, Siegmund, *Hast Du es schon vergessen? Erlebnisbericht aus der Zeit der Verfolgung*, Berlin 1954
- Wertheimer, Jack, »The Unwanted Element«. *East Europeans Jews in Imperial Germany*, in: *YLBI* XXVI (1981), S. 23–46
- Der deutsche Widerstand gegen Hitler*, hrsg. von Walter Schmitthenner und Hans Buchheim, Köln, Berlin 1966
- Widerstand 1933–1945. Sozialdemokraten und Gewerkschafter gegen Hitler*, Bonn 1980
- Widerstand und Solidarität der Christen in Deutschland 1933–1945*, hrsg. von Friedrich Wilhelm Kantzenbach, Neustadt (Aisch) 1971
- Widerstand, Verfolgung und Emigration 1933–1945*, hrsg. vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bad Godesberg 1967
- Widerstand und Verfolgung in Köln 1933–1945. Ausstellung des Historischen Archivs der Stadt Köln*, Köln 1974
- Widerstandskampf Görlitzer Antifaschisten 1933–1945. Erinnerungen, Dokumente, Kurzbiographien*, Görlitz 1973
- Wiesemann, Falk, *Juden auf dem Lande. Die wirtschaftliche Ausgrenzung der jüdischen Viehhändler in Bayern*, in: *Die Reihen fast geschlossen*
- Wischnitzer, Mark, *Die jüdische Wanderung unter der Naziherrschaft 1933–1939*, in: *Die Juden in Deutschland 1951–1952*
- Wistrich, Robert S., *Revolutionary Jews from Marx to Trotzky*, London 1976

- Witetschek, Helmut, Die bayerischen Regierungspräsidentenberichte 1933–1943 als Geschichtsquelle, in: *Historisches Jahrbuch* 87 (1967), S. 355–372
- Wolfsohn, Michael, Im Widerstand gegen Hitler. Umriss eines Gruppenporträts deutscher Retter von Juden, in: *Tradition und Neubeginnen*
- Yahil, Leni, Madagaskar – Phantom of a Solution for the Jewish Question, in: *Jews and Non-Jews in Eastern Europe*
- Dies., *The Rescue of Danish Jewry*, Philadelphia 1969
- Dies., Select British Documents on the Illegal Immigration to Palestine (1938–1940), in: *YVS* 10 (1974), S. 241–276
- Zelzer, Maria, *Weg und Schicksal der Stuttgarter Juden*, Stuttgart 1965
- Zentner, Israel, *Von Madrid bis Berlin. Kämpfer aus Israel für ihre und unsere Freiheit*, Tel Aviv 1966 (hebr.)
- Zimmermann, Moshe, *Hamburgischer Patriotismus und deutscher Nationalismus. Die Emanzipation der Juden in Hamburg 1830–1865*, Hamburg 1979
- Zipfel, Friedrich, *Kirchenkampf in Deutschland 1933–1945*, Berlin 1965
- Zorn, Gerda, *Stadt im Widerstand*, Frankfurt/M 1965
- Dies. und Gertrud Meyer, *Frauen gegen Hitler. Berichte aus dem Widerstand 1933–1945*, Frankfurt/M 1974

Personenregister

- Aaquist, Robert 105
Abendroth, Wolfgang 79
Abosch, Heinz 63
Abraham, Max 239
Abrahamson, Heinz 180, 183
Abrahamson, Liesel 346
Abusch, Alexander 327
Ackermann, Anton 91
Adler, Friedrich 89
Adler, Hans-Georg 16, 151, 264,
266–267
Adler, Hermann 150, 262
Adler, Karl 165
Adler, Max 323
Adler-Rudel, Salomon 337
Alsberg, Arthur 226
Alterthum, Ehard 67
Amann-Meier, Ursula 102
Anilewicz, Mordechai 262
Ansbach, Herbert 115
Apfel, Ernst 104
Appelbaum, Paul 95–96
Arendt, Hannah 16
Arndt, Rudi 121, 277–280
Asaria, Zvi 207
Asscher, Abraham 337
Aufhäuser, Siegfried 66
Axen, Hermann 111, 288, 327

Baal Shem Tov 159
Bach, Johann Sebastian 214–215
Bachmann, Alice 111
Bachmann, Kurt 111
Badrian, Gerhard 188, 190–191

Baeck, Leo 16, 47, 59, 128–129, 153,
194, 223, 234, 241, 316, 319
Baer, Herbert 102
Baer, Richard 290
Bahnmüller, Dora 135–137
Ball-Kaduri, Kurt Jacob 17, 178
Bamberger, Wilhelm 115
Baracs, Sandor 337
Bartel, Walter 282
Bauer, Leo 94
Baum, Bruno 288
Baum, Herbert 114–120, 122–127,
130–131, 139, 328–329
Baum, Kurt 282–283
Baum, Marianne 115, 117–118, 120,
126–127
Bauminger 253
Bebel, August 121, 221
Becher, Johannes R. 276
Beck, Gerd 180
Beck, Margot 180
Beer, Fritz 220
Beethoven, Ludwig van 214, 230, 267
Benario, Rudolf 323
Benario-Prestes, Olga 284–285
Benjamin, Alfred 96
Berger, Jakob 135–137
Berlin, Egon 301
Bernel, Paul 301
Berner, Inge 328
Bernhard, Georg 221
Bernhard, Kurt 136–137
Bernstein, Alfred 180
Bernstein, Liselotte 180

- Bernstein, Rudi 180
 Beselin 133–134
 Besmann, Adolf 104
 Biel, Robert 105
 Biermann, Dagobert 94, 255–256
 Biletzki, Moses 105
 Birnbaum, Heinz 117, 122, 125, 130,
 132
 Blachstein, Peter 75–76
 Blank 103
 Blank, Ernst 105, 326
 Blank, Hans 326
 Blank, Peter 326
 Blass, Werner 289
 Blau, Bruno 158, 205
 Bloch, Walter 94
 Blumenstein, Albert 256
 Böchel, Karl 71
 Bögler, Franz 70
 Boehm, Alfred 179, 245
 Bosch, Robert 316
 Bovensiepen, Otto 131
 Brandler, Heinrich 77, 80
 Brandt, Heinz 61, 348
 Brandt, Willy 73
 Brass, Otto 91
 Braun, Max 71
 Braunthal, Alfred 66
 Breitscheid, Rudolf 71
 Brill, Hermann 91
 Bromberg, Hildegard 185, 336
 Broszat, Martin 34
 Brüning, Heinrich 72
 Brunner, Anton 157
 Bry, Gerhard 90
 Buber, Martin 234
 Budzislawsky, Herbert 117, 134, 136
 Bunzol, Alfred 282

 Cabanis, Ernst 132
 Cahn, Ernst 251, 253
 Calmeyer, Hans Georg 174–176
 Canaris, Wilhelm 165
 Carlebach, Emil 62–63, 93, 278,
 280–283, 287, 347
 Carolus 282
 Cassierer, Alfred 146
 Choness, Poldi 180
 Cohen, A. E. 269
 Cohen, David 337

 Cohen, Marianne 192
 Cohen, Virginié 188
 Cohn, Alfred 251–253
 Cohn, Lothar 120, 137
 Cohn, Marianne s. Baum, Marianne
 Crohne, Wilhelm 132
 Crummenerl, Siegmund 66

 Daehne, Willi 170
 Dahlem, Franz 97
 Dankner, Hans 110–111
 Dankner, Max s. Bernel, Paul
 Dapper, Klara 202
 Davidowitsch, Günter 180
 Dessauer, Max 192
 Deutschkron, Inge 158, 171
 Diamant, Leo Jehuda 295
 Dohnanyi, Hans von 165, 167
 Dornberger, Jantje 85
 Dreifuß, Henriette 192, 301, 337
 Dressel, Moritz 324
 Duckwitz, Georg 172

 Ehrlich, Anna 188
 Ehrlich, Ernst Ludwig 146, 332
 Ehrlich, Max 188
 Ehrlich, Ursula 117, 137
 Eichler, Willy 80, 82, 85
 Eichmann, Adolf 128, 170, 237
 Einstein, Albert 105
 Eisenstädter, Alfred 117
 Eisler, Erich 283
 Eisler, Gerhard 103
 Eisner, Kurt 280
 Eliasberg, Georg 91
 Elsas, Fritz 186
 Enders 173
 Engel-Kohn, Bernhard 234
 Eppstein, Paul 128–129
 Erler, Fritz 92
 Eschen, Heinz 275–277, 280
 Etteroth, Hugo 66

 Fabian, Walter 73
 Feldhendler, Leon 296
 Feldmann 103
 Field, Noel H. 326
 Fimmen, Edo 80
 Flechtheim, Ossip K. 62
 Fleischer, Hermann 301

- Fleischer, Lotte 301
 Franco, Francisco 104, 256
 Fraenkel, Edith 119, 130, 132
 Fraenkel, Ernst 91
 Fraenkel, Hermann 323
 Fraenkel, Rudolf Karl 323
 Frank, Hans 241
 Frank, James 220
 Frank, Karl 87, 89, 92
 Franke, Joachim 120, 126–127, 329
 Frankfurter, David 248
 Frankl, Heinz 148–149, 187
 Freeden, Hans 17
 Freier, Recha 178, 181
 Freisler, Roland 168
 Frenkel, Fritz 102
 Freud, Sigmund 28
 Freudenthal 94
 Freundlich, Felix 124–125, 220
 Frick, Wilhelm 22, 223, 241
 Friedemann, Max s. Heuzel, François
 Friedländer, Paul 115
 Friedmann (Berlin) 128
 Friedmann (Peine) 94
 Fröhlich, Horst 94
 Fruck, Hans 120, 135
 Fuchs, Berta 98
 Fürstenberg 94
 Fuhrmann, Alfred 95–96

 Galen, Clemens August von 42, 244
 Galinski, Heinz 128
 Gall, Willi 120
 Gallander, Max 281
 Gandhi, Mohandas Karamchand 59,
 319
 Gaulle, Charles de 104
 Geis, Robert Rafael 201
 Gelbert, Ernst 70–71
 Gemmecke, Walter 269
 Gerla, Josefa 170
 Gerlach, Hellmuth von 82
 Gerson, Eva 323
 Gerstein, Kurt 173, 335
 Giese, Kurt 132
 Gingold 301
 Glasberg, Abbé 192
 Glaser, Erika 326
 Glaser, Kurt 103, 325
 Globke, Hans 62

 Gloeden, Erich 186
 Gloeden, Lilo 186
 Glückauf, Erich 95
 Glücksmann, Sami 239
 Goebbels, Joseph 123, 125, 128, 201,
 214, 223–224, 228, 232, 329
 Goerdeler, Carl 48, 186, 316
 Göring, Hermann 22, 44–45, 242, 247
 Goethe, Johann Wolfgang von 214, 230,
 267, 285
 Goguel, Rudi 95–96, 324
 Goldmann, Ernst 323
 Goldmann, Nahum 259
 Gollancz, Victor 85
 Gompertz, Erich 323
 Gomperz, Rosemarie 337
 Gordon, Charles William 239
 Greuel 281
 Grey, J. J. 88–89
 Groscurth, Georg 167
 Grossfeld, Janek 295
 Grüber, Heinrich 168
 Grün, Fancia 184–185, 336
 Grün, Gerhard 185, 336
 Grün, Ilse 185, 336
 Grünspan, Herschel 243, 249–251
 Grünspan, Ruth 284–285
 Grünvogel, Sally 289
 Grundig, Hans 327
 Grundig, Lea 111, 327
 Grynspan, Herschel s. Grünspan,
 Herschel
 Grzesinski, Albert 71
 Guggenheim, Sally 225
 Gust, Erich 281
 Gustloff, Wilhelm 247–248
 Gymnich, Luis 98

 Haas, Arpid 288
 Haber, Fritz 220
 Händel, Georg Friedrich 230
 Halbreich 253
 Hallermann, Ernst 168–170, 182–183
 Hamacher, Harry W. 166
 Hamber 279–280
 Hamburger, Ernst 66
 Hammerstein, Kunrat von 186
 Handelsman, Jankiel 294
 Hannah, Else 150
 Hannemann, Ernst 204

- Hansen, Richard 70
 Harter, Hilde 301
 Haselbacher, Karl 164
 Havemann, Robert 120, 167–168
 Haydn, Joseph 230
 Hecht, Hugo 289
 Heiden, Konrad 67
 Heilmann, Ernst 280
 Heinemann, Leo 327
 Heinen 188
 Heller, Otto 288
 Hellfeld, Harry 104
 Henschel, Hildegard 157, 203–204
 Henschel, Moritz 128
 Hermlin, Stephan 94, 103, 277, 324
 Herrmann, Max 221
 Hertz, Oskar 69–70
 Hertz, Paul 66, 71, 92, 103
 Herz, Hermann 75
 Heß, Rudolf 24
 Heuzel, François 301
 Heydrich, Reinhard 23, 37, 229–231,
 260–261, 329
 Heymann, Bernhard 120, 137
 Heymann, Felix 117, 134
 Heymann, Fritz 66
 Heymann, Margot 120
 Heymann, Stefan 283, 288
 Hielscher, Friedrich 167
 Hilberg, Raul 15
 Hilferding, Rudolf 66, 71
 Himmler, Heinrich 32, 37, 99, 164, 214,
 222, 252, 272, 343
 Hindenburg, Paul von 218, 220
 Hirsch, Alice 118–119, 130, 132
 Hirsch, Fredy 291–294
 Hirsch, Hella 118, 130–132
 Hirsch, Helmut 248–249
 Hirsch, Otto 59, 223–224, 234,
 237–238, 241
 Hirschberg, Michael 68
 Hirschfeld, Edith 184
 Hirschfeld, Hans 66
 Hirschmann 66
 Hitler, Adolf 31, 33–36, 39–40, 42, 61,
 66, 81, 83, 85, 90–92, 109, 122–123,
 130–131, 214, 218–219, 228, 232–
 233, 241, 244, 247–248, 250, 267,
 275
 Hoffmann, Erich 288
 Hoffmann, Hanna 291–292
 Hofschulte, Hermann 281
 Holzer, Charlotte 114, 117–120,
 126–128, 130, 136–139, 329
 Holzer, Richard 117, 123, 129,
 136–139, 331
 Holzmann, Siegfried 301
 Horkheimer, Max 43
 Hornstein, Georg 107–108
 Hoßbach, Friedrich 52
 Hoven, Waldemar 281
 Hüttenberger, Peter 18
 Hüttner, Johann 286
 Ibsen, Henrik 230
 Israel, Wilfried 193–194
 Israelski, Rudolf 99
 Isselhorst, Erich 162
 Jacobi, Hans 143
 Jacobsen, Edith 91
 Jadamowitz, Hildegard 120, 126–127
 Jakob, Berthold 258
 Jentsch, Horst 325
 Joachim, Hans 117, 119–120, 123, 126
 Joachim, Marianne 117–118, 130–132,
 328
 Jonas, Felix 69
 Jonas, Horst 286, 288
 Jong, Louis de 175
 Josef, Martin 137
 Joseph, Bernhard 159
 Josephus, Flavius 150, 195
 Kästner, Erich 276
 Kahn, Albert 74
 Kahn, Arthur 323
 Kahn, Flora 225
 Kahn, Leopold 301
 Kaiser, Ludwig 103
 Kalisch, Sophie 70
 Kantorowicz, Alfred 103
 Kantorowicz, Hermann 221
 Kareski, Georg 232
 Katz, Alexander 323
 Katz, Delvin 323
 Katzenberger, Karl 302
 Kaufmann, Franz 169–170
 Kaufmann, Margarete 99
 Kaufmann, Max 262

- Kershaw, Ian 42
 Kersten 173
 Kirchner, Johanna 71
 Kisch, Egon Erwin 103
 Kirschbaum 154
 Kliersfeld 235
 Knoeringen, Waldemar von 92
 Kochmann, Martin 115, 117–118,
 134–136
 Kochmann, Sala 115, 117–118,
 126–127, 130–131, 135–136
 König, Joel 155
 Kohn, Hans 105
 Kohn, Kurt 94
 Koppel, Leo 225
 Kozower, Philipp 128
 Krämer, Walter 279
 Krakauer, Max 154
 Kramer, Edith 206–207
 Kraushaar, Louise 301
 Krayer 220
 Kreindler, Leo 128
 Kretschmer, Herbert 103
 Kuba-Bacharach 103
 Kube, Wilhelm 263
 Kübler, Stella 158
 Kühn, Harry 119
 Kulka, Otto 274
 Kuttner, Erich 66, 103–104
- Ladenberg, Friedl 144
 Ladenberg, Karl 144
 Landwehr, Lotte 93
 Langbein, Hermann 106, 270, 274, 277,
 287, 348
 Langer, Felix 239
 Langer, Irene 284
 Lautz, Ernst 135
 Layer 67
 Lazarus, Ludwig 90, 323
 Lehrburger, Karl 323
 Leicht, Alice 174
 Lenin, Wladimir Iljitsch 87, 120–121,
 132
 Leo, Wilhelm 77, 301
 Leo, Gerhard 301
 Leonhard, Rudolf 103, 301
 Leshem, Perez 194
 Lessing, Gotthold Ephraim 230
 Levi, Alfred 94
- Levi, Jettchen 236
 Levinsohn, Max 283, 324
 Levy, Ida 204
 Lèvy-Hass, Hanna 292
 Lewinski 82–83
 Ley, Robert 81
 Lilienthal, Arthur 128
 Lindemann, Fritz 186
 Lindenberg, Kurt 145, 150
 Lion, Anne 324
 Lippert, Julius 224
 Lippmann, Erwin 283, 324
 Lissmann 204
 Lissner, Abraham 207
 Litten, Hans 85
 Löwe, Max 289
 Löwenberg, Martin 94
 Löwenheim, Walter 87, 89
 Löwenherz, Heinrich 128
 Loewenstein, Karl 263–266, 268
 Loewenstein, Siegfried 98
 Löwenthal, Emmi 328
 Löwenthal, Hans 79
 Löwenthal, Richard 89, 92
 Loewy, Hildegard 117–119, 130, 132,
 328
 Londner, Siegmund 323
 Lubinsky, Dagobert 77–78
 Luckner, Gertrude 168
- Maas, Hermann 168
 Maat, Maria van de 97
 Mahler, Joseph 112
 Maltzahn, Maria von 168
 Mamlock, Eva 328
 Mann, Bernhard 301
 Mann, Karl 170
 Mann, Thomas 43
 Marck, Siegfried 71
 Mark, Bernhard 17, 114
 Markowitsch, Erich 94, 289
 Martin, Viktor 173
 Marx, Karl 73, 121
 Mason, Tim 33
 Masur 324
 Mayer, Siegfried 102
 Mechanicus, Philipp 268
 Meinecke, Friedrich 307
 Meier, Rolf 289
 Menzer, Rosa 284–285

- Meyer, Gerhard 117, 126–127, 136
 Meyer, Hanni 117, 127, 130–132
 Meyer, Julius 289
 Meyer, Norbert 137
 Meyer, Rita 136–137
 Meyerstein, Herbert 324
 Michaelis, Herbert 94, 255–256
 Miessen, Heinrich 174–175
 Milkert 136
 Mitscherlich, Alexander 46
 Mitscherlich, Margarete 46
 Mörike, Eduard 285
 Molière, Jean Baptiste Poquelin 230
 Monte, Hilda 85–86
 Moratz, Ruth 137
 Mozart, Wolfgang Amadeus 230, 267,
 278
 Müller, Filip 294
 Mugdan, Heinrich 215
 Mugdan, Käte 215
 Murmelstein, Benjamin 128, 188

 Najdorf, Salomon 97
 Nathan, Hans 324
 Nathan, Marianne 324
 Nelson, Leonard 80
 Neter, Eugen 203, 212
 Neubauer, Theodor 330
 Neubeck, Anna 104
 Neubeck, Hans 104
 Neuberger, Josef 70
 Neumann, Camilla 207, 214
 Neumann, Hans 104
 Neumann, Heinz 103
 Neumann, Helmut 117, 119, 124, 130,
 132, 136
 Neumann, Ludwig 214
 Neumann, Rudolf 102
 Niebes, Heinrich 96
 Niemöller, Martin 168
 Nordheim 104

 Ollenhauer, Erich 66
 Oppenheim, Michael 144–145, 204
 Orsenigo, Cesare 173
 Oroslan, Karli 187
 Oster, Hans 165, 167
 Otter, Göran von 173
 Owens, Jesse 233

 Paech, Charlotte s. Holzer, Charlotte
 Paech, Eva 136
 Paech, Gustav 136–137
 Papen, Franz von 65
 Paucker, Arnold 16
 Paxmann, Lisel 89
 Petschersky, Alexander 296
 Peuke, Werner 89
 Peukert, Detlef 96
 Philippson, Julius 83–84
 Pickard, Jochen 280
 Pikarski, Margot 114–116, 120, 124
 Pineas, Hermann 207
 Pingel, Falk 33, 271, 280
 Pinthus, Kurt 231
 Platz, Ernst 277
 Poelchau, Harald 138
 Pohl, Ottili 325
 Polany, Michael 220
 Poliakov, Leon 33
 Posener, Curt 94, 278, 283, 288, 348
 Presser, Jacob 175–176, 187
 Prestes, Carlos 284
 Preuß, Charlotte 170
 Preußner, Heinrich 132
 Pryzjenski, Frieda 136

 Rabin, Norbert 74
 Racine, Emmanuel 192
 Raczynski 179–180
 Rath, Ernst vom 237, 243, 249–251
 Rauter, Hanns 251–252
 Reichmann, Eva 27
 Reilinger, Kurt 187
 Reinke, Ursula 136
 Reinke, Willi 136
 Reisinger, Toni 113
 Rentsch, Paul 168
 Rewald, Ilse 152, 214, 253
 Richarz, Monika 198
 Richter, Arnim 167
 Ringelblum, Emmanuel 159
 Ritter, Gerhard 11
 Robinsohn, Hans 47, 316
 Röttger 133
 Rogers, Rolf 324
 Rohde 133
 Rommer, Fritz 93
 Rosenberg, Eva Maria 93
 Rosenberg, Walter 148–149, 187

- Rosenblatt, Gerhard 323
 Rosenblatt, Levy 323
 Rosenfeld, Kurt 73
 Rosenfeld, Fritz 84
 Rosenfelder, Fritz 200
 Rosenkranz, Herbert 201
 Rosenthal, Siegfried 67
 Rothfels, Hans 11
 Rothgießer, Georg 324
 Rotholz, Heinz 117, 130-133
 Rotholz, Lotte 117, 130-132, 137
 Rotholz, Siegbert 117, 130, 132-133
 Rubinstein, Rachela 94
 Ruppin, Arthur 51
- Saalfeld, Kurt 74
 Saalfeld, Rudolf 74
 Sack, Walter 115
 Salinger, Lothar 117, 130, 132
 Salomon, Siegmund 239
 Salomon-Salter, Günter 70-71
 Sandberg, Herbert 283
 Sauer 103
 Sauer, Paul 211
 Scharff, Gertrude 336
 Scharff, Werner 184-185, 245
 Schatz, Rosette 192
 Schaul-Benjamin, Dora 301
 Scheer, Johann 97
 Scheffler, Wolfgang 13
 Schertel 204
 Schifrin, Alexander 66, 71
 Schiller, Friedrich von 214, 230, 267, 285
 Schindler, Oskar 173
 Schlesinger, Karl 269
 Schmid, Anton 173
 Schmidt, Elli 97
 Schmidt, Hans 281
 Schnell, Karl 103
 Schnurmann 67
 Schöngarth, Eberhard 176
 Schönhaus, Samson 183-184
 Schöttle, Erwin 92
 Scholem, Gershom 159
 Scholl, Hans 47
 Scholl, Sophie 47
 Schramm, Hanna 192
 Schreier, Esther 301
 Schreier, Israel 301
- Schroeder, Ernst 154
 Schüler, Miriam 180
 Schulze-Bernett, Walter 166
 Schwerin von Krosigk, Lutz 260
 Schwersenz, Hans Joachim 180-181, 183-184
 Scaltiel, David 324
 Seeckt, Hans von 258
 Seghers, Anna 103
 Seidenstücker, Hans 84
 Seligmann, Walter 323
 Seligsohn, Julius 238
 Sender, Tony 66
 Seydewitz, Max 73
 Seyss-Inquart, Arthur 252
 Shakespeare, William 230
 Shapira, Moshe 59
 Shaw, George Bernard 230
 Sijes, Benjamin 176
 Simon 281
 Simon, Ernst 17
 Simon, Joachim 186-187
 Simons, Erwin 97
 Sohst, Hanna 156
 Sojka, Eric 185, 336
 Sommer, Anna 225
 Sommer, Margarete 168
 Spanier, F. 269
 Sperling, Helmut 105
 Sperling, Otto 91
 Stampfer, Friedrich 63, 66, 72, 103
 Steinberg, Isaac Nachman 317
 Steinberg, Lucien 17, 124
 Steinbrink, Werner 120, 125-127, 328
 Steineberg, Siegfried 97
 Steiner, Jean-François 209
 Sterenzy, Miriam 327
 Stern, Alfred 188
 Stern, Jakob 323
 Stern, J. P. 46
 Stern, Jeanne 103
 Stern, Kurt 103
 Stillmann, Ilse 118, 328
 Straßer, Otto 248
 Strauß, Bernhard 289
 Strauss, Herbert A. 146, 205, 332
 Streit, Christian 40
 Stroop, Jürgen 262
 Süß, Bruno 66

- Süsskind, Walter 188
 Swiatopolk-Mirsky, Irma von 170
- Thälmann, Ernst 93
 Thalheimer, August 77, 80
 Thalheimer, Siegfried 66
 Thape, Ernst 282
 Theilhaber, Felix 51
 Thierack, Otto 133
 Tito, Josip 299
 Toch, Josef 101–102, 110
 Todtmann, James 67
 Toller, Ernst 105, 207
 Trümbach, Christiane von 170
 Tscharmann, Friedrich 132
 Tucholsky, Kurt 207, 276
- Urbach 222
- Veen, Gerrit van der 190
 Veltheim, Hans-Hasso von 319
 Vogel, Hans 66
 Vrba, Rudolf 293
- Walcher, Jakob 73
 Waldeck, Helene 214
 Walter, Irene 117, 119, 123, 126–127,
 131
 Walz, Hans 47, 165
 Wander, Georg 174
 Warschewski, Fritz 324
 Weidmann, Frantasek 128
 Weidt, Otto 171, 334
 Weinberg, Heinz 94
 Weinreb, Friedrich 159
 Weisenborn, Günter 128
- Weiskopf, Franz Carl 103
 Weissman, Nathan 295
 Weizmann, Chaim 259
 Wels, Otto 66
 Weltsch, Felix 239
 Weltsch, Robert 219
 Wertheimer, Wolfgang 301
 Wesse, Suzanne 117–119, 121,
 123–124, 126–127
 Westweel, Joop 186–187
 Wiatrek, Heinrich 96
 Wieczorek, Hans s. Scharff, Werner
 Wiedmaier, Maria 284
 Wiegler, Emil 324
 Wiener, Alfred 27
 Wilhelm, Friedrich 281
 Wilmersdorfer, Gertrud 93
 Winter, Kurt 103
 Witte 154
 Wittenberg 137
 Wittmann, Max 132, 134, 330
 Wolf, Viktor 105
 Wollenberg, Hans 231
 Wolff, Edith 169–170, 180–184, 215,
 244
 Wollheim, Norbert 129, 330
- Ziegelmann, Manfred 301
 Zöllner, Ismar 115
 Zola, Emile 243
 Zucker, Heinz 93
 Zuckermann, Rolf 103
 Zündler, Alfons 173, 188
 Zweig, Arnold 207
 Zweiling, Klaus 73